

Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 14

**Gerhard Hirscher (Hrsg.)
Kommunistische und
postkommunistische Parteien
in Osteuropa**

Ausgewählte Fallstudien



**Hanns
Seidel
Stiftung**

Akademie für Politik und Zeitgeschehen

Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 14

**Gerhard Hirscher (Hrsg.)
Kommunistische und
postkommunistische Parteien
in Osteuropa**

Ausgewählte Fallstudien

ISBN 3 – 88795 – 195 6

© 2000 Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München

Akademie für Politik und Zeitgeschehen

Verantwortlich: Dr. Reinhard C. Meier-Walser

Redaktion: Wolfgang D. Eltrich M.A., Christa Frankenhauser, Barbara Fürbeth M.A.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form

(durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren)

ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion reproduziert

oder unter Verwendung elektronischer Systeme

verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Inhaltsverzeichnis

<i>Gerhard Hirscher</i> Einführung.....	5
--	---

Tschechien

<i>Wolf Oschlies</i> Postkommunistische Aufarbeitung in Politik und Recht der Tschechoslowakei und ihrer Nachfolgestaaten.....	7
--	---

Slowakei

<i>Wolf Oschlies</i> Die Kommunistische Partei der Slowakei.....	47
---	----

Polen

<i>Dieter Bingen</i> Die "Sozialdemokratie der Republik Polen" (SdRP) in der "Demokratischen Linksallianz" (SLD).....	67
---	----

Ungarn

<i>Janos Hauszmann</i> Die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (<i>Magyar Szocialista Munkáspárt/MSZMP</i>) in Ungarn 1956-1997.....	103
--	-----

Litauen

<i>Joachim Tauber</i> Postkommunistische Parteien in Osteuropa: Die LDDP in Litauen.....	133
---	-----

Belarus (Weißrußland)

<i>Rudolf A. Mark</i> Weißrußlands Kommunisten seit der Unabhängigkeit des Landes 1991.....	139
--	-----

Rußland

<i>Galina Luchterhandt</i> Neue Linke in Rußland - Kommunistische und sozialistische Organisationen außerhalb der KPRF.....	167
---	-----

<i>Heinz Timmermann</i> Die KP Rußlands - Struktur, Programm, Aktionsmuster.....	195
---	-----

Autorenverzeichnis.....	217
-------------------------	-----

Gerhard Hirscher

Einführung

Die Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung hat sich seit vielen Jahren immer wieder mit kommunistischen und postkommunistischen Parteien in Europa auseinandergesetzt. Dies beinhaltete eine ganze Fülle von Tagungen und Publikationen über die PDS in Deutschland, hat aber immer auch den Blick auf die Nachbarländer mit eingeschlossen. So erschien Anfang 1998 ein Sammelband über kommunistische Parteien in Westeuropa, der aus einer international besetzten Konferenz hervorgegangen war. Im September 1997 führte die Akademie eine Folgekonferenz durch, die sich mit der Situation dieser Parteien in den Ländern Osteuropas befaßte.

Es liegt auf der Hand, daß die Rolle (post)kommunistischer Parteien in Osteuropa noch weit delikater ist als die im Westen. Dort handelt es sich ja oftmals um Reste der alten Diktaturparteien, die noch dazu nicht selten weiter an der Macht sind oder zumindest eine bedeutende politische Rolle spielen, deren Ende nicht abzusehen ist. Hinzu kommt, daß die Situation in manchen Ländern sehr unübersichtlich ist und sich rasch verändert. Insofern ist ein Vorhaben, daß eine lückenlose Aufarbeitung in allen osteuropäischen Staaten einschließlich aller ehemaligen GUS-Republiken zum Ziel hat, ein enorm ambitionöses Vorhaben. Die Konferenz, die wir hierzu durchgeführt hatten, sollte ein erster Schritt zur weiteren Erforschung der Situation in einzelnen Ländern sowie der internationalen Kooperation sein. Aus arbeitstechnischen Gründen wurde jedoch sehr bald deutlich, daß der ursprüngliche Plan, nämlich ein umfassendes Handbuch herauszugeben, das alle osteuropäische Länder umfaßt, in einem vertretbaren Zeitrahmen nicht durchgeführt werden könnte.

Wir haben uns daher dazu entschlossen, die vorhandenen Beiträge in diesem Band zu publizieren, auch wenn wichtige Länder nicht behandelt werden konnten. Da aber dennoch zentrale Staaten vertreten sind und wir die Texte für so wichtig und interessant halten, wollten wir sie einem breiteren Publikum zur Kenntnis geben. Alle Beiträge wurden von den Autoren autorisiert und sind bis Frühjahr 1998 abgeschlossen worden. Der Beitrag von Wolf Oschlies über die Tschechoslowakei wurde im Sommer 1999 nachgereicht. Auch wenn in einzelnen Fällen aktuelle Detailentwicklungen nicht mehr berücksichtigt werden konnten, ist die grundlegende Entwicklung in allen beschriebenen Ländern so behandelt, daß sie auch heute noch Gültigkeit beanspruchen kann.

Die Akademie für Politik und Zeitgeschehen hofft, damit einen kleinen Beitrag zur Entwicklung (post)kommunistischer Parteien in Osteuropa geleistet zu haben. An der umfassenden Analyse der Frage, welche Zukunft kommunistische Parteien nach dem Ende des kommunistischen Herrschaftssystems noch haben, muß noch gearbeitet werden – eine abschließende Antwort hat die Geschichte darauf noch nicht gegeben.

Wolf Oschlies

Postkommunistische Aufarbeitung in Politik und Recht der Tschechoslowakei und ihrer Nachfolgestaaten

1. Einführung

Die Gesamtheit der wissenschaftlichen, politischen, juristischen etc. Aufklärungs- und Restitutionsbemühungen eines postkommunistischen Landes um seine jüngste Vergangenheit, also das gemeinhin als "Aufarbeitung des Kommunismus" bezeichnete Arbeitsfeld, vollzieht sich vor dem Hintergrund jener drei Erkenntnisse, die der Pole Adam Michnik und andere formuliert haben: Politisch war der regierende Kommunismus so am Ende, daß sein Sturz gewissermaßen ein "Kinderspiel" war; wirtschaftlich ist sein "Erbe" so verheerend, daß die Konsequenzen noch ein Jahrzehnt oder länger schmerzlich spürbar sein werden; und die ökologischen Folgen kommunistischer Politik wird man, wenn überhaupt, erst in Generationen beseitigt haben.

Diese Binnengliederung des Hintergrundes determiniert die "Aufarbeitung". Ihre wissenschaftliche Seite dürfte am leichtesten fallen: Ideologische Totalitätsansprüche und Zensur sind gefallen, Archive stehen offen, Zeugen können ohne Beschränkung gefragt, heterogenste Quellen genutzt, grenzüberschreitende Debatten initiiert werden - der Rest ist fleißige Schreibtischarbeit zum gewählten Thema, mit dem der Autor ein monographisches Mosaiksteinchen zur allgemeinen "Aufarbeitung" beitragen will.

Prinzipiell nicht übermäßig schwierig sollte auch die juristische "Aufarbeitung" ausfallen: Zwangsgesetze können aufgehoben, Enteignungen rückgängig gemacht oder entschädigt, Rehabilitierungen ausgesprochen und Haftentschädigungen gezahlt werden - und was sonst noch in dieses Gebiet fällt. Obwohl sich hier bereits die Schwierigkeiten im jeweiligen Detail zeigen. Nachdem es versäumt wurde, gewisse Organisationen und Institutionen des kommunistischen Regimes - KPs, "Kampfgruppen", paramilitärische Verbände, Staatssicherheitsdienste etc.- en bloc als "verbrecherische Vereinigungen" zu qualifizieren und die individuellen Schuldfragen Gerichtsprozessen zu überlassen, sind der juristischen "Aufarbeitung" engere Grenzen gezogen: Wer ist eigentlich noch schuld an "Schießbefehlen", Enteignungen, Verfolgungen etc., wenn mit der Nichtinkriminierung des Regimes insgesamt seiner Politik, seinen Normen und seinen Institutionen eine temporäre Legitimität unterstellt wird?

Diese unklare Frage zeigt die ganze Komplexität, ja zeitweilige Unmöglichkeit einer politischen "Aufarbeitung" des Kommunismus. Da die faktischen Schuldigen fast zur Gänze unbehelligt blieben, konnten sie personell und propagandistisch - nach kurzer "Schreckstarre" im Gefolge der Wenden und Revolutionen von 1989 - mehr oder minder ungestört weitermachen, gefördert durch neue Bündnisse mit Extremisten von Rechts und getragen von einer wachsenden Unzufriedenheit weiter Teile der Gesellschaft mit den Transformationsproblemen: Altes "Versorgtseinwollen" kollidiert mit neuer Orientierungs- und Kompetenzlosigkeit, wachsender Zweifel an der systemaren Überlegenheit der neuen Strukturen baut eine nachträgliche "Leistungsbilanz" des alten Systems auf, frühere ideologische Feindbilder und Neidkomplexe erhalten durch das nahezu ungehinderte Hereinströmen von bislang fremden Menschen, Mustern und Medien neue Nahrung. Daraus folgt jenes besondere aktuelle "Klima" in Ostmitteleuropa, das aus ökonomischer Stagnation, schleppendem Reformtempo,

Politikverdrossenheit, populistischer Propaganda, alt-neuen Feindbildern etc. zusammengesetzt ist.¹

Alle diese und weitere Momente sind am Beispiel der Tschechoslowakei bzw. ihres Nachfolgestaaten zu demonstrieren, da dieses (Ex-)Land sozusagen alle Aspekte des Problems in Reinkultur aufweist²: Wo die Ex-ESSR (-ESFR) mit anderen postkommunistischen Ländern vergleichbar ist und wo sie diesen gegenüber Besonderheiten aufweist, ist sie immer ein exemplarischer Fall, der für andere als Maßstab herangezogen werden kann.

Seit 1993, als die Tschechoslowakei in die Slowakische und in die Tschechische Republik zerbrach, fällt diese exemplarische Funktion für das postkommunistische Ostmitteleuropa vor allem der Tschechischen Republik zu, in erster Linie mit Blick auf die Wirtschaftsreformen in Richtung Marktwirtschaft. In praktisch ganz Ostmitteleuropa war ja ein Wahltrend zurück zu den (mehr oder minder "gewendeten") Kommunisten zu verzeichnen, und fast als Kuriosum mutete jedoch an, daß dieses radikal veränderte Wählervotum nicht einer Absage an die Marktwirtschaft gleichkam. Diese unerklärliche Diskrepanz zwischen Wahlvotum und Reformpräferenz hat Ende 1995 ein Prager Meinungsforschungsinstitut nach Untersuchungen in zwölf Ländern herausgefunden.³ Dabei hatten die tschechische Regierung und ihre Politik von den Tschechen die relativ besten Noten bekommen. Diese guten Noten waren damals noch berechtigt: Nach Ansicht des US-Ökonomen Jeffrey Sachs - der in Polen, Slowenien und Rußland als Berater wirkte - müssen die postkommunistischen Länder ein jährliches Wirtschaftswachstum von 7% erreichen, "um das historische Erbe der letzten vierzig Jahre zu überwinden". Diese Rate erreichte kein einziges Land, die Tschechische Republik kam ihr mit 4% Jahreswachstum bestenfalls nahe. Ihre makroökonomischen Vorkehrungen, dieses Ziel zu erreichen, waren gut, die Hindernisse lagen in Teilbereichen wie dem bürokratischen und belastenden Steuersystem oder dem Sozialsystem, das noch viele Züge des kommunistischen Versorgungssystems aufwies.⁴

Spätestens Ende 1996 stand das "Musterknaben"-Image der Tschechischen Republik immer mehr in Frage, und Ende November 1997 trat Ministerpräsident Václav Klaus zurück - offiziell wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten in seiner regierenden Bürgerlich-Demokratischen Partei (ODS).⁵ Tatsächlich war er rundum gescheitert, was ihm kein anderer als Präsident Václav Havel in einer ungewöhnlich scharfen Rede sagte (ohne dabei Klaus' Namen zu erwähnen): Die "Arroganz" (pýcha) tschechischer Politiker, die "sich über andere erhoben und alle belehrten", sei um so bedrückender gewesen, als ihre Politik keines der beabsichtigten Reformziele erreicht habe - Rechtsordnung und Verwaltungssystem seien ineffektiv, die ökonomische "Transformation blieb auf halbem Weg stecken, und schlimmeres konnte uns nicht passieren". Kurz: Für die Tschechische Republik gelte dasselbe Muster wie für andere postkommunistische Länder, "und dieses Muster könnte man postkommunistische Lähmung (postkomunistický marasmus) nennen".⁶

¹ Am deutschen Beispiel empirisch untersucht bei Opp, Karl-Dieter: Die enttäuschten Revolutionäre - Politisches Engagement vor und nach der Wende, Opladen 1997.

² Herda, Jürgen/Trägler, Adolf (Hrsg.): Tschechien, der ferne Nachbar - Politik, Wirtschaft und Kultur seit 1989, Regensburg 1999.

³ Ergebnisse und Graphik der Prager Umfrage sind der serbischen Wochenzeitung Vreme (Belgrad) 18.12.1995, S. 23 entnommen.

⁴ Bericht über und Interview mit Sachs in: Respekt Nr. 45, 6.-12.11.1995.

⁵ Mlynář, Vladimír/Macháček, Jan: Klaus skončil (K. ist am Ende), in: Respekt Nr.49, 1.-7.12.1997, S. 2.

⁶ Gekürzte Version von Havels Rede in: Mladá fronta dnes (MFD) 10.12.1997, S. 6; deutsche Berichte über sie machten gelegentlich aus dem "Marasmus" einen "Morast", z.B. FAZ 10.12.1997.

Mit anderen Worten: Wenn selbst eine im Sinne der systemaren Transformation so (scheinbar) untadlige Führung wie die der Tschechischen Republik letztlich unfähig ist, eben diese Transformation mit aller Konsequenz durchzuführen, dann ist gerade dieser Umstand geeignet, die Notwendigkeit und Schwere postkommunistischer "Aufarbeitung" zu illustrieren.

2. Gegenstand und Probleme der Aufarbeitung

Als die Tschechoslowakei am 1. Januar 1993 zerfiel, hat die internationale Gemeinschaft den politischen Akteuren von Prag und Bratislava sogar noch gratuliert - weil hier zwar wieder einmal eine von Kommunisten errichtete Föderation an ihrem immanenten Grundwiderspruch (Ethnizität versus Demokratie) zerbrach, im Unterschied zu anderen Föderationen (Sowjetunion, Jugoslawien) dieser Zerfall aber relativ konfliktfrei und völlig unblutig ablief. Davon abgesehen, ist natürlich auch in den beiden Nachfolgestaaten eben jenes Grundproblem kommunistischer Nationalitätenpolitik, Volksgruppenrechte zu vergeben und Menschenrechte zu verweigern, hier wie anderswo kaum artikuliert, geschweige denn "aufgearbeitet" worden. Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KPĚ) wurde 1921 als reformsozialistische Massenpartei gegründet, in den Folgejahren immer mehr zur stalinistischen Sekte verändert und 1929 vollends mit einem Zwanzigstel der ehemaligen Mitglieder zu einer berufsrevolutionären Kaderpartei umgeformt ("Bolschewisierung").⁷ Eine Bedeutung hatte die KPĚ bis zum Zweiten Weltkrieg nur dadurch, daß sie durch die in der ÈSR gesetzliche Wahlpflicht zu einer "Protestpartei" wurde: Die mit Prag unzufriedenen Nationalitäten, darunter auch Sudentendeutsche, wählten als Ausdruck ihres Protestes die KPĚ, was dieser zu allen Zeiten einen Stimmenanteil von ca. 10% sicherte.⁸

Nach dem Krieg hatte die Tschechoslowakei bis 1948 noch eine "Gnadenfrist" als Halbdemokratie. Die Kommunisten waren zwar in der Regierung, aber die Wahlen von 1946 hatten ihnen gezeigt, daß sie auf legalem Wege nie die alleinige Macht übernehmen könnten. Also inszenierten sie im Februar 1948 einen Putsch, der ihnen zur Alleinherrschaft verhalf.⁹ Sofort bemühte sich die Partei, die - ihrer Meinung nach und der ihrer Moskauer "Herren"¹⁰ - verlorene Zeit aufzuholen, wobei alle ihre negativen Eigenschaften, in der Zwischenkriegszeit als Außenseiter in der tschechoslowakischen Demokratie entwickelt, in komprimierter Weise durchschlugen.¹¹

⁷ Vgl. Kuhn Heinrich: Zeittafel zur Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, München 1973.

⁸ Detailliert Oschlies, Wolf: Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei in der Ersten Tschechoslowakischen Republik, in: Bosl, Karl (Hrsg.): Die demokratisch-parlamentarische Struktur der Ersten Tschechoslowakischen Republik, München/Berlin 1975, S. 53-82; ders., Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei als politische Organisation 1920-1938, in: Bosl, Karl (Hrsg.): Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat, München/Wien 1979, S. 155-186.

⁹ Diese Hintergründe wurden offenkundig als peinlich empfunden, weswegen man im Westen Lohnschreiber suchte und fand, die diesen Putsch zu einem "demokratischen" Machtwechsel umdeuteten, vgl. Storm, Walter: Was geschah in Prag? Die Ereignisse im Februar 1948, Berlin 1949.

¹⁰ Überzeugend dokumentiert bei Marjinová, Valentina V.: Od dův ry k podezřavosti - Sov tšti a ěskoslovenšti komunisté v letech 1945-48 (Vom Vertrauen zum Verdacht - Sowjetische und tschechoslowakische Kommunisten in den Jahren 1945-48), in: Soudobé dějiny Nr. 3-4/1997, S. 451-467.

¹¹ Detailliert Ströbinger, Rudolf: Schicksalsjahre an der Moldau, Gernsbach 1988.

Die Herrschaft der KPÈ machte aus der Tschechoslowakei ein großes Gefängnis, in dem alle abstoßenden Aspekte des regierenden Kommunismus ins Höchstmaß gesteigert waren. Dieser spezifische Zug des tschechoslowakischen Kommunismus erfuhr zu Zeiten Milderungen (z.B. im "Prager Frühling" 1968), in anderen Zeiten wieder Verschärfungen (sog. "Normalisierungspolitik" nach 1969/70). In der ersten Hälfte der 70er Jahre spielte sich das scheinbare "Erfolgskonzept" der "Normalisierungspolitik" von KPÈ-Chef Gustáv Husák ein: bescheidener ökonomischer Wohlstand für politisches Wohlverhalten. Da aber zu allen Zeiten dogmatische Disponibilität vor fachlicher Kompetenz rangierte, war der ökonomische Rückgang vorprogrammiert¹² - der zudem durch einen "schwejkischen" Zug noch beschleunigt wurde: Als "bester Ökonom" galt der Fabrikdirektor, der unter Nutzung eines Höchstmaßes an ideologischen Phrasen und Treueschwüren zur Partei einen "leichten Plan" mit den Zentralbehörden aushandelte und den dann auch auf Punkt und Komma erfüllte.¹³ Ab den späten 70er Jahren war der Kommunismus faktisch am Ende¹⁴, wobei allerdings ein Unterschied deutlich wurde: Die Oppositionellen der 70er Jahre, "Charta '77" u.a., boten dem Regime noch einen Dialog an - die Oppositionellen der 80er waren nur noch auf Konfrontation aus. Allerdings gab es zwischen beiden Gruppen gewisse Kontinuitäten, z.B. personelle in der Person Václav Havel, aber auch ideelle: Die tschechoslowakische (und im weiteren Sinne osteuropäische) regimekritische Opposition ist nicht denkbar ohne die Zeitschrift "Svídectví" (Zeugenaussage), die Pavel Tigrid, nach 1948 Emigrant und von 1994 bis 1996 tschechischer Kulturminister, seit den 50er Jahren in den USA, später in Frankreich herausgab: Sie war ein "Denkparlament", in welchem jede Idee erlaubt war, die einen Beitrag für die postkommunistische Tschechoslowakei versprach (und einige ihrer Ausgaben wurden in den frühen 80er Jahren komplett im Prager Untergrund von Václav Havel, Petr Pithart, Jiří Grůša u.a. redigiert). Unter diesem Ansturm geriet die KPÈ in eine ausweglose Lage: Das ökonomische Kapital war verschleudert, das intellektuelle "Kapital" hatte sich nahezu komplett auf der anderen Seite der Barrikade versammelt - der Bankrott der KPÈ war nur noch eine Frage der Zeit, und diese Zeit war spätestens mit dem Machtantritt Gorbachevs in der Sowjetunion (März 1985) gekommen. Husáks "Angebot" an die Tschechen und Slowaken, ihr politisches Wohlverhalten zu "erkaufen", bedeutete nichts mehr, da der Lebensstandard laufend sank und die ökologischen Probleme des Landes sich augenfällig verschärften. Das hatte die KPÈ durch ihre geschichtsnotorische Unfähigkeit bewirkt, den Staat auch nur annähernd synchron zu den natürlichen Möglichkeiten des Landes und den Fähigkeiten der Einwohner zu entwickeln: Das alte Kultur- und Industrieland Tschechoslowakei sah sich zunehmend von der restlichen Welt isoliert, und dagegen half auch kein alleiniger Partei-Besitz der Macht mehr.¹⁵ Art und "timing" der "sanften" oder "samtenen Revolution" zeigten dann im Spätherbst 1989, daß die radikalen Regimegegner gesiegt hatten oder daß sie auf einen Gegner trafen, der zwar im Vollbesitz aller Machtmittel war, aber nicht mehr über die Dynamik verfügte, diese Machtmittel einzusetzen - und sei es nur aus einem Selbsterhaltungsreflex heraus: "Das kommunistische Regime in der Tschechoslowakei wurde

¹² Detailliert dazu Kosta, Jiří: Systemwandel in der Tschechoslowakei - Ökonomische und politische Aspekte, in: Osteuropa Nr. 9/1990, S. 802 – 818.

¹³ Detailliert dazu Turek, Otakar: Podíl ekonomiky na pádu komunismus v Československu (Der Anteil der Wirtschaft am Sturz des Kommunismus in der Tschechoslowakei), S. 23, Prag 1995.

¹⁴ Detailliert Otáhal, Otakar: Der rauhe Weg zur "samtenen Revolution" - Vorgeschichte, Verlauf und Akteure der antitotalitären Wende in der Tschechoslowakei, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien Nr. 25/1992.

¹⁵ Vlasta Šafaříková et al.: Transformace české společnosti 1989-1995 (Transformation der tschechischen Gesellschaft), Brno 1996, S. 9 ff..

nicht gestürzt. Es brach statt dessen in sich selbst zusammen, unter einer Last aus Passivität, Unentschiedenheit und dem Alibismus der Machtspitzen des Regimes".¹⁶

Nebenher bemerkt: Die "Charta '77" löste sich am 3. November 1992 selber auf, fast unbemerkt von der tschechischen Öffentlichkeit.¹⁷ In Prag empfand man diese Nichtbeachtung als symptomatisch - ähnlich dem Übersehen, das die Tschechen der "Charta" lange Jahre entgegenbrachten. Zum zwanzigsten Jahrestag der "Charta" schrieb dazu ein Kommentator böse: "Das angebliche tiefe Demokratentum des tschechischen Volkes ließ hier seine Kehrseite erkennen: Herdentrieb und Unwilligkeit, sich die Finger an Sachen zu verbrennen, die keinen unmittelbaren Nutzen bringen".¹⁸

Aber das ist nur eine Seite des Problems. Daneben ist zu konstatieren, daß die wissenschaftliche Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in den postkommunistischen Jahre große Fortschritte gemacht hat. Die Anfänge waren höchst bescheiden. Von Januar bis März 1990 veröffentlichte der tschechische Historiker Miroslav Šiška in der Tageszeitung Rudé právo (= Rotes Recht, "Zentralorgan" der KPĚ) die elfteilige Artikelserie "Weiße Flecken unserer Geschichte": Eine wenig anspruchsvolle Darstellung der tschechoslowakischen Schauprozesse der frühen 50er Jahre, die keinen Vergleich mit Darstellungen aushielt, wie sie von Autoren im Westen, unter ihnen nicht wenige Emigranten aus der Tschechoslowakei, veröffentlicht worden waren. Im Grunde war Šiškas Arbeit nur als Beleg dafür interessant, wie wenig die tschechoslowakische Öffentlichkeit über diese Dinge informiert war. Aber das galt nicht nur für sie: Šiškas Artikel erschienen später als Buch, wurden ins Deutsche übersetzt und von einem Verlag in den neuen Bundesländern auf den Markt gebracht.¹⁹

Miloš Zeman (*1944), Vorsitzender der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei (ĚSSD) und eigentlicher Sieger der tschechischen Parlamentswahlen vom 1. Juni 1996 (26,44%), hat 1991 ein kleines Büchlein veröffentlicht²⁰, das reich an Gedanken und Beispielen, dabei voll lakonischer Ironie einige tschechische (tschechoslowakische) Charakteristika der Periode 1989/90 herausstellte: Weil der regierende Kommunismus in der Tschechoslowakei so außerordentlich ineffizient, inhuman und antiintellektuell war, war sein Sturz besonders leicht. Weil der Sturz so leicht war, herrschte allgemeine Euphorie. Weil die Euphorie so allgemein war, war auch die Ernüchterung, ja Apathie weitverbreitet, als sich das langfristig wirkende "Erbe" des Kommunismus offenbarte - das freilich von allzu vielen nicht wahrgenommen wurde, weil sie selber mentale Teilhaber dieses "Erbes" waren.

Der Sturz des Kommunismus, so Zeman weiter, läßt sich mit einem See vergleichen, in den nicht mehr giftige Abwässer geleitet werden. Die in ihn jedoch jahrzehntelang eingeleiteten Giftstoffe verhindern, daß der See sofort zur Trinkwasserversorgung genutzt werden könnte. Genauso verhält es sich mit einem postkommunistischen Staat - "auf uns wartet ein langwäh-

¹⁶ Sládek, Zdeněk: Der tschechoslowakische Realsozialismus - Seine Destabilisierung und sein Zusammenbruch, in: Elvert, Jürgen/Salewski, Michael (Hrsg.): Der Umbruch in Osteuropa, HMRG Beiheft 4, Stuttgart 1993, S. 109-120.

¹⁷ Štencl, Richard: Šestnáct dlouhých let - Konec Charty 77 (16 lange Jahre - Das Ende von Charta 77), in: Respekt 23.-29.11.1992, S. 7-8.

¹⁸ Peðás, Jiří: Právo na revoltu (Recht auf Revolte), in: Respekt Nr.1-2, 6.-12.1.1997, S. 2.

¹⁹ Šiška, Miroslav: "Verschwörer, Spione, Staatsfeinde." Politische Prozesse in der Tschechoslowakei, Berlin 1991.

²⁰ Zeman, Miloš: Naše posttotalitní krize a její možná východiska (Unsere posttotalitäre Krise und ihre möglichen Auswege), 2. A., Prag 1991.

render Detoxikationsprozeß (...), und manchmal schocken uns die Langfristigkeit dieses Prozesses und seine Kosten".

3. Allgemeine Aufarbeitungsproblematik und tschecho-slowakische Spezifika

Mit Präsident Václav Havel (*1936) und Ministerpräsident Václav Klaus (*1941) standen in der Tschechischen Republik zwei Männer an der Spitze, die nicht nur keine Mitglieder der KPÈ waren, sondern beide jahrelang die KP-Politik kritisiert haben - Havel als weltbekannter Dramatiker und führender Dissident, Klaus als Wirtschaftstheoretiker des "Prognose-Instituts" der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften. Allein personell standen die beiden für eine selten anzutreffende Kontinuität; darüber hinaus vertraten sie Konzeptionen zur systemaren Transformation, die im westlichen nahezu kongruent erschienen.²¹

Das 1984 als "Kabinett" gegründete Prognostische Institut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften (Prognostický ústav ÈSAV, PGÚ) war eine für kommunistische Länder einmalige Institution²²: Geschaffen als rein wissenschaftlicher Think-tank, ausgestattet mit allen nur denkbaren Forschungs- und Reisemöglichkeiten, personell besetzt mit exzellenten Wissenschaftlern erarbeitete das PGÚ exakte Analysen - die aber niemals veröffentlicht, geschweige denn politisch beachtet wurden. Das akkumulierte Frust bei den Mitarbeitern, die dann auch zum Rückgrat der "samtenen Revolution" wurden - gegen ein Regime, das PGÚ-Leiter Valtr Komárek in einem offenen Brief als "Mafia des Apparats und der Staatssicherheit, die ein 15-Millionen-Volk in Schach hält", bezeichnete. Allerdings hatte die PGÚ-Beteiligung an der Revolution nicht den zu erwartenden Effekt, vielmehr erwiesen sich die "Prognostiker" bald als sozusagen marktwirtschaftliche Maulhelden, die zwar große Reformvorhaben verkündeten, aber nur ganz bescheidene Schritte wagten.

Man übte sich eben in Vorsicht, der gewaltigen Transitionsprobleme bewußt: Überwindung des Kommunismus bedeutete für Havel und Klaus nicht, daß alle vom Kommunismus bislang aufgehaltene Evolutionsströme sozusagen in ihr natürliches Bett zurückfließen und die jahrzehntelang ideell manipulierten, sozial depravierten und hermetisch kontrollierten Völker Ostmitteleuropas geradlinig auf westliches Niveau in allen Lebensbereichen führen.²³ Der Kommunismus hat alle Lebensbereiche deformiert - seine Überwindung in intakt gebliebenen Sphären ansetzen zu wollen, ist unmöglich, weil absolut nichts "intakt" geblieben ist. Ostmitteleuropa erlebt einen totalen Epochenbruch, d.h. die völlige Auswechslung eines Systems durch ein anderes, wobei man weder auf nationale Vorbilder oder Vorgänger zurückgreifen kann, noch sich die Zeit lassen darf, die das neue marktwirtschaftlich-demokratische System in westlichen Ländern zu seiner Reifung hatte.

Gestrige LPG-Bauern sollen heute als freie Landwirte ihr Auskommen verdienen - kommunistische "zentrale Ressourcenallmacht" soll nun per "Privatisierung" auf Individuen oder Organisationen aufgeteilt werden. Diese grundlegenden Aufgaben unter diesem Zeitdruck zu lö-

²¹ Unter vielen Publikationen erscheinen diese als besonders aufschlußreich, vgl. Havel, Václav: Váž ení občané - Projevy èervenec 1990 - èervenec 1992 (Verehrte Mitbürger - Reden Juli 1990 - Juli 1992), Prag 1992; Hviž d'ala, Karel: První zprava - Rozhovor s Václavem Klausem (Erster von rechts - Gespräch mit Václav Klaus), Prag 1992.

²² Burian, Michal: Prognostici v takzvané sametové revoluci (Die Prognostiker in der sogenannten samtenen Revolution), in: Soudobé dějiny Nr. 3-4/1997, S. 492-509.

²³ Dazu und zum folgenden Balla, Bálint/Sterbling, Anton (Hrsg.): Zusammenbruch des Sowjetsystems - Herausforderung für die Soziologie, Hamburg 1996.

sen, ist bereits ein immens schweres Unterfangen - das zudem mit den bewußten oder unbewußten mentalen Vorbehalten weiter Gesellschaftskreise kollidiert.²⁴

Nach der Euphorie des Spätherbstes 1989 spürten die Menschen den Verlust einer doppelten "Glückserwartung", die als Summe der "kleinen Versorgungssicherheiten des östlichen Systems" plus "westliches Schlaraffenland" beschrieben werden kann - frühere Gemeinschaftsideale und umfassende Kontrollsysteme wichen gesamtgesellschaftlicher Regellosigkeit (Anomie). Frühere Aktivisten des antikommunistischen Widerstands haben die politische Bühne verlassen, es fehlt allenthalben an Gründungs- und Führungspersönlichkeiten für neue Bewegungen, Organisationen und Institutionen. Statt ihrer wachsen die "kleinen Lenins" heran, die früheren gesamtgesellschaftlichen Druck nunmehr in der Pluralität rechter und linker Gruppen, Organisationen, Parteien, Banden etc. revitalisieren. Diese repräsentieren eine spezifische Kontinuität von Organisationsformen und "Kadern"²⁵, zumal ihr Einfluß noch zunehmen werde: Die für den früheren Kommunismus typische Lethargie (die ihrerseits ein Rückschlag auf permanente Überforderung an Idealismus war) verhindert einen normalen Lebensrhythmus. Unausweichliche Rückschläge führen zu Zweifeln, ob das neue System wirklich lohnend sei und ob die überwundene Ordnung wirklich so schlecht war. Die neuen Führungspersönlichkeiten sind in ihrer Kompetenz überfordert und durch endlose Schwierigkeiten gehemmt, zudem durch schwindende Gefolgschaft verunsichert. Diese Unsicherheit überträgt sich auf die ganze Gesellschaft, und "Roßkuren" (wie "Schocktherapie") vertiefen die Probleme.

Überfordert waren auch die Gesellschaften selber: Grenzen fielen, alles Mögliche strömte ein, im Inneren gab es keine Kraft oder Instanz, die zwischen gut und schlecht auswählen konnte. Man hatte mentale Schwierigkeiten mit gesellschaftlichen Endzielen, d.h. mit der Auswechslung des bürokratischen Überwachungsstaats gegen libertinären Individualismus. Man suchte unbewußt den Mittelweg zwischen ideologisch-totalitärer Führung und orientierungslosem Laissez-faire. Neue Phänomene wie Kriminalität, Prostitution, Enthüllungspresse, Gefahren durch Zuwanderer ließen die Sehnsucht nach alten restriktiven Praktiken aufkommen, die nun als positive Leistungsbilanz des alten Systems herausgestellt wurden. Daraus erklären sich die Wahlerfolge "gewendeter" Kommunisten, die einen "dritten Weg" zwischen Totalitarismus und moralischer Anarchie propagierten. Da es diesen nicht gibt, war die aktuelle Realität vor allem von der Kontinuität typisch kommunistischer Verhaltens- und Umgangsformen (negative Menschenbilder, Haß, Mißtrauen, Feinddenken) geprägt, die besonders im interethnischen Bereich statthatten, da hier Feindstellungen auf verkleinertem räumlichen Rahmen ausgetragen wurden.²⁶

All das (und mehr) sind die von Miloš Zeman konstatierten "Intoxikationsphänomene", die auszuräumen eine lange Zeit in Anspruch nehmen wird. Aber Gefahr erkannt - Gefahr gebannt! Es gibt, wie noch zu zeigen sein wird, gerade in der Tschechischen Republik eine erfreulich große Zahl von Analytikern, die die generellen Probleme des systemaren Wechsels genau erkennen und am Beispiel der eigenen Gesellschaft verdeutlichen. Miloš Zeman ist nur einer von ihnen, wenn auch der vielleicht geistvollste. Als eines der postkommunistischen

²⁴ Vgl. Kahl, Wolfgang: Das Grundrechtsverständnis der postsozialistischen Verfassungen Osteuropas - Eine Studie am Beispiel von Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei und Rußland, Beiträge zur Politischen Wissenschaft Bd. 81, Berlin 1994; Bela Galgoczi et al. (Hrsg.): Privatization - Enterprises - Participation. Case studies in Eastern and Central Europe, München und Mehring 1995.

²⁵ Vgl. dazu Hradecká, Vladimíra/Koudelka, František: Kádrová politika a nomenklatura KSÈ 1969-1974 (Kaderpolitik und Nomenklatur der KPÈ), Prag 1998, S. 31.

²⁶ Die Darstellung folgt hier vor allem Balla et al., Zusammenbruch des Sowjetsystems, a.a.O., passim.

Hemmnisse bezeichnet Zeman die Neigung seiner Landsleute zu "Uniformität", was nach dem Ende des Kommunismus zur Bildung von "rechten Parteien Lenin'schen Typs" führte. Uniformität bietet Ordnung und verbietet selbständiges Denken, entspricht somit einer zweiten tschechischen Eigenheit, der "Gleichmacherei" (rovnostářství), also dem "Haß auf Fähigkeiten" und dem "Kult der Massen", auch dem "tschechischen Neid", den Zeman "als anthropologische Konstante unserer nationalen Mentalität" empfindet. Aus der Geschichte, speziell dem Münchner Abkommen von 1938, rührt eine "Feigheit" (zbabilost) der tschechischen Gesellschaft her, die im geeigneten Moment in überkompensierende Grausamkeit (etwa bei der "Abschiebung der Deutschen" nach 1945) umschlagen kann, generell aber zur "kultivierten Feigheit" und damit zum Mittel des "Überlebens" geworden ist. Daß Zeman mit derartigen Feststellungen wahrlich keine "Nestbeschmutzung" beging, läßt sich den Büchern des Historikers Tomáš Staník entnehmen - akribischen Wunderwerken über die erste Nachkriegszeit, in denen viele Tschechen sich in der Tat so verhielten, wie von Zeman gerügt.²⁷

Eine weitere Eigenheit der Tschechen ist laut Zeman ihre Neigung zu "Autoritarismus", die im konkreten Fall allerdings dadurch gemildert ist, daß im tschechischen Staat "nicht-führerische Persönlichkeiten" (ne-vůdčovská osobnost) wie Havel und Klaus an der Spitze standen, die dem Land einer relativ ruhigen und allmählichen, wenn auch hinreichend raschen Übergang ermöglichen - etwa wie in Spanien nach dem Ende der Franco-Ära. Andererseits offenbarten die Tschechen (noch) eine Angst vor Alternativen und eine Ablehnung des Dialogs - die Fanatiker wollten sie nicht, andere verstanden sie nicht, und so wirkte "antipluralistischer Fanatismus" auf die Gestaltung von Reformen ein, die als ein für allemal festgelegtes Rezept angesehen und allein auf ihre "technischen Aspekte" reduziert wurden. In dieselbe Richtung wies auch eine Abneigung gegen langfristige Planung, die immer mehr der rein "präsentischen" Politik des Kommunismus ähnelt. Überhaupt sah Zeman die postkommunistische tschechische Gesellschaft als im Grunde unverändert an: "Als System ist der Kommunismus ein Verbrechen, als Ideologie eine Dummheit. Wir wollen jedoch weder vom System noch von der Ideologie lassen, wir wollen sie bloß umbenennen, denn das totalitäre Paradigma ist uns so ins Blut gesickert, daß wir nur zähneknirschend von den Verhaltensstereotypen lassen, die aus ihm herrühren. Und darum bauen wir am Mythos einer Kollektivschuld der Kommunisten, damit wir unsere eigene Kollektivschuld verstecken".²⁸

Zemans Buch stammt aus dem Jahr 1991, und gerade der Wahlsieg seiner Partei 1996 dürfte gezeigt haben, daß die Tschechen nicht oder nicht mehr so waren, wie er sie fünf Jahre zuvor porträtierte. Wenn man die tschechische Publizistik durchschaut, dann fällt einem ins Auge, daß es zwar viele Bemühungen um die Aufarbeitung kommunistischen Unrechts gibt - aber relativ wenig allgemeines Interesse dafür. Die Tschechen (weniger die Slowaken) haben den Kommunismus in seiner abstoßendsten Form erlebt und sind darum an Aufarbeitungen seiner Teilbereiche oder seiner schlimmsten Verbrechen nicht besonders interessiert: Was will man noch aufarbeiten, wenn das vernichtende Gesamturteil über die kommunistische Herrschaft längst gefällt ist? Allerdings ist das nur eine halbe Erkenntnis, die dahingehend fortgeführt werden muß, "daß der Westen vom Osten gar nichts zu lernen hat. Der Osten muß vom Westen alles lernen".²⁹ Diese Konsequenz, den radikalen Systemwechsel als unumgängliche Notwendigkeit und einzige Chance zu begreifen, geht vielen noch nicht ein.

²⁷ Staník, Tomáš: Odsun Němců z československa 1945-1947 (Abschiebung der Deutschen aus der Tschechoslowakei), Prag 1991; ders., Perzekuce 1945 (Verfolgung 1945), Prag 1996.

²⁸ Zeman, Naše posttotalitní, a.a.O., S. 34.

²⁹ Kuras, Benjamin: Méně šťastný svět - Byl komunismus k něčemu už iteňý? (Die weniger glückliche Welt - War der Kommunismus zu irgendetwas nutze?), in: Respekt 13.-19.1.1992, S. 6.

Schließlich ist die Grundfrage postkommunistischer Neuanfänge nicht die, ob die Neuanfänge behindert werden und wodurch, sondern die, ob die neuen Strukturen auf Legitimität und Legalität fußen. Es ist ein temporäres Phänomen, wenn ein neues Rechtsbewußtsein nicht in allen lebt, wenn neue Verfassungen vielen unbekannt sind oder von vielen verletzt werden, wenn neue Wahlen von vielen nicht genutzt oder als Voten für Extremisten mißbraucht werden. Wichtig ist allein, daß Rechtsbewußtsein, Wahlen, Verfassung etc. im Geiste von Legitimität und Legalität nach internationalen Normen konzipiert sind. Wenn diese Grundbestände auf einem guten Weg sind, wie es in der Tschechischen Republik zu sein scheint, dann sind weitere Fragen von sekundärer Natur: Finden in Ostmitteleuropa sozialer Wandel, nachholende Modernisierungsprozesse, irreversible Transition statt oder Zusammenbrüche, Transformationsprozesse mit ungewissem Ausgang, postsozialistische Komplementärmodernisierungen? Sind die demokratischen Institutionen nur symbolisch eingerichtet oder auch vollauf funktionstüchtig?

Es ist überhaupt nicht strittig, daß historische, systemische und Krisenfaktoren Wandlungsprozesse beeinflussen und politische Strukturen, Wertorientierungen und politisches Verhalten prägen. Die Frage ist allein, ob diese Einflüsse und Prägungen negativ ausfallen können, und, wenn ja, wie lange sie es auf welchen Ebenen können. Auf der sozialen Makroebene sind neue institutionelle Strukturen entstanden, die den Rahmen neuer Handlungsmöglichkeiten abstecken, eine Einigung auf den Typ der Verfassung, des Wahlsystems etc. ermöglichen und anderes mehr. Auf der Mesoebene der Interessengruppen, Parteien und Eliten hat sich eine neue zivilgesellschaftliche Infrastruktur der Interessenartikulation eingespielt oder ist auf dem besten Wege dazu. Auf der Mikroebene der politischen Kultur ist anzunehmen, daß sich das Verhalten der Bürger so ändert, daß die Akzeptanz neuer Werte und die Teilnahme am politischen Prozeß gesichert sind. Natürlich "koexistieren" auch in der Tschechischen Republik einstweilen noch traditionelle, staatssozialistische, nationalstaatliche und demokratische Orientierungen nebeneinander, deren wechselndes Mischungsverhältnis die "kritische Masse" für eine postkommunistische Konsolidierung ausmacht.³⁰

Diese Orientierungen sind Teil der menschlichen Kultur, die den institutionellen Veränderungen teils zurücksteht, ihnen teils sogar entgegensteht³¹: Die institutionellen Veränderungen sind "von oben" initiiert, legislativ abgesichert, über die Staatsmacht auf den Weg gebracht und mit mehr oder minder großem Effekt institutionalisiert - wobei der Effekt um so größer ist, je mehr sich diese Veränderungen an erprobte westliche Muster halten, also Parlament, Wahlen und Parteien im Bereich der Demokratie und Privatisierung, Banken, Börsen etc. im Bereich der Marktwirtschaft. Das gilt natürlich auch für die Bereiche der Kultur - Bürgerkultur, Unternehmertum, Arbeitsmoral -, die in einem reziproken Wechselverhältnis zu den institutionellen Veränderungen stehen: Man kann keine demokratische "Bürgergesellschaft" errichten, wenn es nicht ein Bürgerbewußtsein individueller Rechte und Pflichten gibt, denn auf diesem fußen letztlich Verfassungen, Wahlen, Parlamente, Gesetze etc..

³⁰ Balla/Sterbling (Hrsg.), Zusammenbruch, a.a.O., passim.

³¹ Sztompka, Piotr: Pohled zpět, Rok 1989 jako kulturní a civilizační zlom (Rückblick: Das Jahr 1989 als Kultur- und Zivilisationsbruch), in: Sociologický časopis Nr. 1/1996, S. 5-20.

Der wesentliche Unterschied besteht jedoch darin, daß Strukturen und Systeme sehr wohl "gegeben" und folglich auch ausgewechselt werden können, eine Kultur aber nicht. Zwar kann man gewisse Kulturinstitutionen und damit auch Teile der Kultur auswechseln - etwa frühere "Massen-Festivals" -, aber das betrifft die traditionelle Nationalkultur nur am Rande. Auch die zu "realsozialistischen" Zeiten latente, nach 1990 beinahe dominierende "internationale" Kultur nach westlich-amerikanischem Muster ist eher ein Merkmal ausgreifender Globalisierungstrends als Teil originärer Nationalkulturen. Damit letztere sich nahtlos und fördernd in den strukturellen Wandel postkommunistischer Länder einfügen kann, muß sie Regeln und Schablonen, Normen und Werte, Gewohnheiten und Reflexe enthalten und/oder ausbilden, die ein ganzes Volk zu "zivilisatorischer Kompetenz" (P. Sztompka) befähigen. Das könnte eine ihrem Wesen nach demokratische, dialogische, freidenkerische, prowestliche Kultur leisten - wie umgekehrt eine konservative, nationalistische, provinzielle, isolationistische und xenophobe Kultur die systemare Transformation aufs höchste gefährden könnte.

Diese Alternative wird in der Tschechischen Republik sehr wohl gesehen³², jedoch nicht als reale Gefährdung des eigenen Entwicklungsweges eingeschätzt: Neue Generationen mit neuen kulturellen Bedürfnissen und ohne "mentale Haltungsschäden" aus kommunistischer Zeit wachsen heran; mit den gerade in der Tschechischen Republik unverkennbaren Fortschritten in Demokratie und Marktwirtschaft werden umfassendere Interessen artikuliert und breitere Bedürfnisse befriedigt, was automatisch kulturellen Konservatismus abbaut; und am Ende erscheint die als Kultur definierte "zivilisatorische Kompetenz" als ein tragfähiger Kompromiß: Die Menschen sehen ein, daß die systemare Transformation nur in der eingeschlagenen Form und vorgesehenen Zeitspanne machbar ist, und die politischen Eliten nehmen die Gesellschaft so, wie sie ist, nämlich als grundsätzliche Triebkraft und situativ-temporäres Hindernis der Reformen.

4. Die ersten Schritte 1989/90

Was bedeutet systemare Transformation auch in zeitlicher und ganz praktischer Sicht? Gewiß auch dieses: Erst im Oktober 1996 (und dann noch zwei Jahre früher als geplant) konnten tschechische Schulbehörden neue und gründlich veränderte Lehrbücher für die Grundschulen vorlegen - "bislang benutzten die meisten Schulen die alten kommunistischen Lehrbücher, in denen die ideologischen Passagen durchgestrichen waren".³³ Mit anderen Worten: Selbst ein grundsätzlich so antikommunistisches Land wie die Tschechische Republik benötig über sieben Jahre, um die Aufarbeitung des kommunistischen Erbes bis in die Schulbücher vordringen zu lassen.

In einem umfangreichen Interview hat Václav Klaus, damals noch tschechoslowakischer Finanzminister, im Februar 1992 seine Auffassung von systemarer Transformation so formuliert: "Wir zielen auf eine Standard-Marktwirtschaft mit dominanter Stellung des Privatsektors und in Anknüpfung an demokratische und politische Institutionen mit dominanter Stellung des einzelnen, seiner Rechte und seiner Legitimität in der Entscheidung. Hierin hat es niemals einen Zweifel gegeben".³⁴

³² Sztompka, Pohled zpět, a.a.O.; der Autor ist zwar ein Pole, aber sein 1995 auf der Jahreskonferenz der Europäischen Soziologischen Vereinigung in Budapest vorgetragenes Referat wurde sicher nicht zufällig ins Tschechische übersetzt und in der führenden tschechischen Zeitschrift für Soziologie publiziert, W.O..

³³ Holub, Petr: Partyzánskou stezkou - Ve školách se uěí podle nových osnov (Auf Partisanen-Pfad - In den Schulen wird nach neuen Lehrbüchern gelernt), in: Respekt Nr. 41, 7.-13.10.1996, S. 2.

³⁴ Hvizd'ala, První zprava, a.a.O. zit. S. 38.

In demselben Interview sagte Klaus auch, daß er keine "Angst" (strach) davor habe, es könne irgendeine Rückkehr zu alten Verhältnissen geben, wohl aber Angst davor, die neuen Verhältnisse könnten so verwässert und zerredet werden, daß sich die Reformen ergebnislos im Kreise drehten. Das könnte etwa dann eintreten, wenn ein für tschechische Politik und tschechisches politisches Denken traditionelles Element anwüchse, nämlich das "Mißtrauen zum Erfolg" (nedůvìra k úspěchu) - was man wohl mit "Neid" übersetzen muß. Dieser Einwand ist in der tschechischen Publizistik nicht gerade selten zu hören, und das legt einen Schluß nahe: Wer in der Tschechischen Republik wirkliche Reformpolitik machen will, muß diese bewußt gegen tschechische Tradition und Mentalität durchsetzen!

Havel, Klaus und andere haben das wieder und wieder betont - meist mit der provokanten Feststellung, sie seien "Rechte" oder "Konservative" -, und gerade Klaus hat es politisch stän- dig unter Beweis gestellt: Für ihn war die Marktwirtschaft "Grundlage und notwendige Vor- aussetzung der Entstehung eines neuen Moralsystems" und durfte deshalb nicht verfälscht oder verwässert werden, sondern mußte so realisiert werden, wie sie der Student Klaus Mitte der 60er Jahre aus den Büchern des deutschen "Ordoliberalen" Walter Eucken kennenlernte und wie sie der Wissenschaftler Klaus in den 80er Jahren von Margaret Thatcher in der Praxis erlebte. Freiheit, Markt und Individualität, so Klaus' Resümee, werden nur durch einen Kon- servativismus garantiert, der sich als Verbindung von klassischem Liberalismus mit einem Wiederfinden moralischer Werte der Vergangenheit versteht.³⁵

Dieses gewissermaßen "fundamentalistische" Grundkonzept wurde durch eine nicht minder rigorose Personalpolitik des möglichst vollständigen Elitenwechsels gestützt: Im Februar 1990 löste Innenminister Richard Sacher die kommunistische "Staatssicherheit" (Sĕatní bez- peònost, StB) auf, im Mai 1991 erließ das Bundesparlament eine "Deklaration über die Zeit der Unfreiheit", im Oktober 1991 nahm sie das "Durchleuchtungsgesetzes" (lustraèní zákon) an, das den gesamten staatlichen Sektor so überprüfen sollte, daß jede über das unumgängliche Minimum hinausgehende Verbindung mit dem alten Regime für die Mitarbeit unter neuen Verhältnissen disqualifizieren sollte.³⁶ Hier aber kollidierte die reformerische Rigorosität mit rasch entstehenden Koalitionen der Angst, was letztlich zum Zerschlagen des gemeinsamen Staates der Tschechen und Slowaken führte. Dabei hatte alles so hoffnungsvoll begonnen.

Seit Frühjahr 1989 mehrten sich die Zeichen, daß die von Miloš Jakeš geführte KPÈ abge- wirtschaftet hatte, was der Parteichef selber einräumte: Die KPÈ sei ein "kùl v plotì" (mor- scher Zaunspfahl), sagte er bei einer geschlossenen Führungssitzung am 17. Juli 1989. Daß diese und weitere entlarvende Äußerungen des KPÈ-Chefs dennoch umgehend bekannt wur- den, lag an dem Toningenieur Petr Smrèka, der sie heimlich mitschnitt, um sie eigentlich nur seinen spottlustigen Kumpels vorzuführen. Von denen aber fand das Band sehr rasch Verbreitung in ganz Europa.³⁷ - Seit Anfang November 1989 wurde der Rückzug der alten Führung täglich erwartet.³⁸ Nach dem 17. November, dem Tag einer großen Jugenddemon- stration in Prag, kam es zu dem berühmten "show down" zwischen Jakeš und Havel (als dem unumstrittenen Führer des neuentstandenen "Bürgerforums"), der mit der Demission von Jakeš endete. Neuer Parteichef wurde Premierminister Ladislav Adamec, der anfänglich als Reformler galt, binnen Tagen aber unter der Drohung eines Generalstreiks "demontiert" war:

³⁵ Klaus, Václav: Proč jsem konzervativcem? (Warum bin ich ein Konservativer?), Prag 1992.

³⁶ Vgl. die Chronologie in: Respekt 23.-29.11.1992, S. 4.

³⁷ Bericht in: Týden Nr. 29/1999, S. 72.

³⁸ Zu Details vgl. die Dokumentation, Deset praž ských dnù (17.-27. listopad 1989) (Zehn Prager Tage: 17.-27. November 1989), Prag 1990.

Am 29. November strich das Bundesparlament die "führende Rolle der KPĚ" aus der Verfassung (Art. 4), am 10. Dezember trat die von der Opposition gebildete "Regierung der nationalen Verständigung" unter Marián Ěalfa (*1946) ihr Amt an, das Verfassungsgesetz vom 19. Dezember ermöglichte den Rücktritt von Präsident Gustáv Husák, am 29. Dezember wählte das Bundesparlament Václav Havel zum neuen Staatspräsidenten und Alexander Dubček zum neuen Parlamentspräsidenten. Daneben kam es zu Hunderten Personalwechseln auf unteren Stufen, wobei speziell Kooptierungen durch Verfassungsgesetze vom 28. Dezember 1989 und 23. Januar 1990 abgesichert waren. Darüber hinaus waren die personellen Änderungen dringend nötig, da sich die KPĚ nur scheinbar geschlagen gegeben hatte: Ein studentisches Streikkomitee der Universität Brno (Brünn) entdeckte ein geheimes Strategiepapier der Partei, nach welchem diese auf ihre Verdienste (Verzicht auf die "führende Rolle") und auf ihre Lernfähigkeit (die "Fehler" von Jakeš werden sich nicht wiederholen) verweisen, vor allem aber durch Anklagen gegen das "Bürgerforum" und Unterwanderung von dessen linkem Flügel "Obroda" (Erneuerung) Einfluß zurückgewinnen sollte.³⁹ Davon abgesehen, standen sich die Reformer und Revolutionäre zumindest in ökonomischer Hinsicht selber im Weg: Sie hatten ein radikales Programm - welches sie aber kaum umsetzten: Die vorgefundene desolante Situation zwang zu allerlei Provisorien, Rücksichtnahmen, Verwässerungen; die wenig ermutigenden Erfahrungen, die Polen mit seiner "Schock-Therapie" gemacht hatte, wurden in Prag so rezipiert, daß man faktisch auf jede radikale Reform verzichtete.⁴⁰

Am 27. Februar 1990 erließ das Bundesparlament drei Gesetze, die die politische Seriosität und Souveränität der Reformer in nachdrücklichster Weise unterstrichen: Neben detaillierten Bestimmungen zu Wahlen, Wahlsystem, Amtsperioden, Mandaten etc. - alle im Bemühen maximaler Abgrenzung von kommunistischen Praktiken gehalten und darum an frühere Gesetze von 1918 und 1920 (Verhältniswahl) anknüpfend - stand die wohl einmalige Bestimmung, daß das 1990 zu wählende Parlament lediglich eine Amtszeit von 24 Monaten haben solle, denn "der Grund für diese Verkürzung war einfach die Ansicht, daß die Wahlen von 1990 eher ein Plebiszit über den Wechsel der politischen Ordnung als ein Wählervotum zu genau formulierten politischen Richtungen und Programmen sein würden und daß man erst nach der Stabilisierung und Abgrenzung der politischen Parteien Wahlen im eigentlichen Sinne des Wortes würde abhalten können".⁴¹ Was immer die Absichten der Gesetzesväter gewesen sein mögen, der Erfolg hat ihnen recht gegeben; die in Böhmen und Mähren traditionell hochentwickelte empirische Meinungsforschung hat im März 1995 zu folgendem Fazit geführt: "Die Daten besagen, daß die gegenwärtige Ordnung eine stabile Unterstützung durch die Bevölkerung hat. Von der unrealistischen nachrevolutionären Euphorie über eine gewisse Enttäuschung nach den ersten Wahlen, die Preisliberalisierung und den Zerfall des Staates bis zur Gegenwart hat sich ein systematischer Trend zur allmählichen Differenzierung der kritischen Ansichten der Einwohner gezeigt, der Ausdruck wachsender praktischer Erfahrung mit dem Funktionieren des neuen Systems ist".⁴²

Mit anderen Worten: Die konzeptionelle und personelle Rigorosität der tschechischen Reformer hatte die Menschen mehr und mehr von ihrer grundsätzlichen Richtigkeit überzeugt. Das bedeutete jedoch nicht, daß die Menschen allen praktischen Schritten zustimmten, mit allem einverstanden waren, aber es zeigte einen gewissermaßen inneren Mechanismus erfolgreicher

³⁹ de Candole, James: *Czechoslovakia - Too Velvet a Revolution?*, London 1991.

⁴⁰ Burian, *Prognostici*, a.a.O..

⁴¹ Cigánka, František (Hrsg.): *Kronika demokratického parlamentu 1989-1992* (Chronik des demokratischen Parlaments), Prag 1992, S. 13.

⁴² Vgl. den Sammelband *Setkání s tazateli* (Treffen mit den Befragern), Prag/Olomouc 1995, S. 7.

Reformpolitik: Erfolge akkumulieren sich, greifen aus, werden vom Ausland "honoriert", schaffen sich selber die Basis für weitere Erfolge - je jünger, gebildeter und beruflich erfolgreicher die Bevölkerungsteile, desto eher sind sie Befürworter der Reformpolitik - und bilden eine "Wachsamkeit" heraus, das bislang Erreichte nicht durch unüberlegte Schritte, unerfüllbare Versprechungen, hohle Phrasen und überzogene Polemik zu gefährden. Kurz: Stabilität à la Klaus/Havel bedeutet, daß ein wachsender Teil der Bevölkerung der Reformpolitik grundsätzliche Richtigkeit zubilligt und in ihr künftige Chancen erkennt - wenn noch nicht für die eigene Person, dann in jedem Falle für die eigenen Kinder.⁴³

5. Das slowakische Problem

Der Staat Tschechoslowakei entstand 1918 aus den Trümmern der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, zu der die tschechoslowakischen Landesteile unterschiedlich lange gehört hatten. Böhmen und Mähren gehörten rund 400 Jahre dazu und waren sozusagen über dynastische Personalunionen eingangs des 16. Jahrhunderts "hineingeschliddert". Die Slowakei war hingegen 1.000 Jahre Bestandteil Ungarns und hatte es ungleich schwerer, auch nur Reste von Identität und Nationalkultur zu bewahren.⁴⁴

Im Grunde ist die tschechoslowakische Staatsgründung das Werk von tschechischen und slowakischen Emigranten, die sich in den USA darauf verständigten und im sog. Pittsburgher Vertrag von 1917 die Grundlage für einen gemeinsamen Staat der Tschechen und Slowaken schufen. Den Slowaken waren weitgehende Autonomierechte zugesichert worden, die aber anfänglich nur zögernd umgesetzt, ab 1927 gar nicht mehr beachtet wurden. Prag hing der Idee eines ethnischen Verschmelzens ("Tschechoslowakismus") an und praktizierte eine rigoros zentralistische Politik ("Pragozentrismus"), die in der Slowakei zu einem wachsenden Radikalismus und Irredentismus führte. Diese Spannungen machte sich ausgangs der 30er Jahre das nationalsozialistische Deutschland nutzbar: Es zwang die Slowaken dazu, sich am 14. März 1939 als eigener "Staat" von Böhmen und Mähren loszusagen, die dann zu einem "Protektorat" Deutschlands umgewandelt wurden. Nach 1945 wurde die Slowakei wieder Teil der Tschechoslowakei und sollte erneut große Autonomie genießen - was aber nur partiell geschah und nach dem kommunistischen Putsch vom Februar 1948 völlig aufhörte.⁴⁵ Bereits 1949 begannen Verhaftungen "slowakischer bourgeois Nationalisten", unter ihnen der spätere Staatspräsident Gustáv Husák, die 1954 in einem großen Schauprozeß zu schweren Strafen verurteilt wurden. Damit war im Grunde jede Äußerung slowakischer Eigenständigkeit verdächtig - selbst der Gebrauch der slowakischen Sprache, ihre Unterrichtung und Erforschung, waren als potentielle Kundgebungen eines "slowakischen Nationalismus" riskant.⁴⁶ Den Tiefstpunkt slowakischer Entrechtung markierte die "sozialistische" Verfassung von 1960, die das sog. "asymmetrische Modell" einführte: Slowakischen nationalen Organen und Organisationen (z.B. der "Kommunistischen Partei der Slowakei") standen keine tschechischen Pendanten gegenüber, aber über ihnen standen tschechoslowakische Organe und Organisationen (z.B. die "Kommunistische Partei der Tschechoslowakei") in auch rechtlich übergeordneter Position.

⁴³ Ebd. S. 7 ff..

⁴⁴ Vgl. dazu Schwarz, Michael: Die Slowakei - Der jüngste Staat Europas, Leipzig 1939.

⁴⁵ Janáček, František: O èchoslovakismu a èskoslovenství 1918 - 1938 - 1968 (Über Tschechoslowakismus und Tschechoslowakentum), in: Reportér Nr. 7, 20.2.1969, S. V-VIII.

⁴⁶ Detailliert dazu Pavlík, Ondrej: Svedectvo dokumentov o akademikovi Pavlíkovi a tych d'alších (Dokumentarische Zeugenaussage über das Akademiemitglied Pavlík und die weiteren), Bratislava 1968.

Dieser kurze Gang durch die neuere slowakische Geschichte war nötig, weil gerade am Beispiel der Slowakei das Wesen kommunistischer Nationalitätenpolitik sowie deren Fernwirkungen in postkommunistischen Entwicklungen zu demonstrieren sind:

1. Kommunistische Herrschaft hatte generell nichts zu tun mit wirklicher Demokratie, wie sie in Begriffen wie Rechtsstaat, Herrschaft durch Gesetze, Konstitutionalität etc. erfaßt ist. Demgegenüber waren kommunistische Länder "Para-Demokratien", die zwar äußerlich ein Netzwerk konstitutioneller Institutionen besaßen, das aber faktisch bei der "führenden Rolle der Partei" begann und endete.⁴⁷
2. Kommunistische Auffassung von "Nation" behandelte diese allein als Ethnizität, also konträr zu klassischen westlichen Auffassungen von der Nation als eines politisch-moralischen Ensembles von Individuen. Damit war die kommunistische Perzeption von Nation gewissermaßen die Fortsetzung der Praxis früherer multiethnischer Imperien (Türkei, Habsburg), in denen zahlreiche Ethnien ohne jeden Einfluß auf den Staat und die Politik lebten.
3. Eine allein als Ethnizität definierte Nation muß mit dem Traum ihrer "Befreiung" leben, also potentiell gefährlich für jeden Staat sein. Dieses Dilemma war kommunistischen Machthabern zwar bewußt, wurde in der Praxis aber durch Vergabe von "Para-Rechten" als zusätzliche Legitimierung ihrer Macht umgangen: Die tschechoslowakische Verfassung von 1960 begründete einen irreparablen Konflikt dergestalt, daß die Tschechen den Slowaken ihre "nationalen" Organe neideten, die Slowaken aber, in Kenntnis des reinen "Fassaden-Charakters" dieser "nationalen" Organe, sich einmal mehr von den Tschechen hintergangen fühlten. Den "Gewinn" hatte die KPČ, solange sie alle Machtpositionen besetzte und durch diese "Teile-und-herrsche"-Politik noch festigte.
4. Gesetze und Verfassungen wurden von Kommunisten allein als Instrumente der Macht, nicht etwa als Begrenzungen der Macht angesehen. Somit mußte der Grundcharakter des Staates undefiniert bleiben und konnte zu jedem Moment in jeder gewünschten Weise geändert werden (wie die erwähnte Verfassung von 1960 in seltener Eindeutigkeit demonstrierte).
5. Das einzig Feste in einem solchen Staat war die Ethnizität, an die man sich um so fester gebunden fühlte, als sie scheinbar von einer anderen Ethnizität "bedroht" war. Diese inkorporierte interethnische Feindschaft mußte noch stärker werden, als 1968 - nach dem Einmarsch der Sowjets - die Tschechoslowakei in eine "Föderation" nach kommunistischem Muster umgewandelt werden: Jede Ethnizität bekommt "ihre" Republik mit mehr oder minder großer politischer Handlungskompetenz in dieser.⁴⁸
6. "Republik" wurde also als "Nationalstaat" verstanden, "Nationalstaat" wurde dem "ethnischen Staat" gleichgesetzt, und - wie das Beispiel Jugoslawiens seit 1990 zeigt - "ethnische Staaten" leben in dem permanenten kollektiven Empfinden, bedroht zu sein und sich verteidigen zu müssen: Die Mehrheitsnation hat sich ihren Staat verschafft, aus dem automatisch alle ausgeschlossen sein müssen, die nicht zur Mehrheitsnation gehören (wie

⁴⁷ Der Verfasser folgt hier der serbischen Rechtsexpertin Lidija Basta-Posavec, die seit Jahren in der Schweiz lebt und arbeitet. Ihre Argumente sind einem Vortrag entnommen, den Frau Basta-Posavec am 18.2.1995 in Bern hielt und den der Verfasser in voller Länge auf Tonband aufnahm, W.O..

⁴⁸ Šuran, Karol: Ěsko-slovenské vztahy, aneb tvrdá slovenská realita (Die Tschechoslowakischen Beziehungen oder die harte slowakische Realität), in: Reportér Nr. 8, 27.2.1969, S. 5.

z.B. der Dauerkonflikt der Slowaken mit ihrer starken ungarischen Minderheit verdeutlicht).

7. Die so entstandenen Staaten basierten allein auf Volksgruppenrechten ("Gleichheit der Nationen") ohne politische Binnendifferenzierung, was ihre Legitimierung im Sinne von politischem Liberalismus, Menschenrechten etc. ausschloß: Die para-rechtlich abgesteckte Kollektivität als staatliche Basis war eher für totalitäre als für demokratische Weiterentwicklungen geeignet.
8. Da sich bei nationalen Minderheiten ähnliche Kollektivierungen herausbilden, die zu ihrer "Abrundung" einen "Staat" fordern (siehe das Beispiel des Kosovo in Serbien), wird kommunistische Nationalitätenpolitik immer und überall ein Geflecht interethnischer Spannungen und Konflikte schaffen, das sie selber überdauert: Der Krieg in Ex-Jugoslawien begann im Grunde mit der jugoslawischen Verfassung von 1974, die die einzelnen Völker in der beschriebenen Weise behandelte.
9. Ein staatliche System ohne positive Legitimation läßt seinen Politikern nur die Möglichkeit, ethnische Unterschiede im Sinne eines kollektiven Bedrohungsszenarios zu betonen, um durch diese beiden Momente, ethnisch von anderen unterschieden und verfeindet mit anderen zu sein, das eigene politische Überleben zu sichern.
10. Medium der Betonung ethnischer Unterschiede war die kommunistische Kulturpolitik, die - vergleiche das Beispiel der Sorben in der DDR⁴⁹ - allein die äußerlichen Merkmale nationaler Kulturen herausstrich (Kostüme, Musik, Feiern, Bräuche) und somit letztlich "eine an Relikten orientierte Kultursimulation" (W. Koschmal) förderte, die Minderwertigkeitskomplexe bzw. kompensatorische Selbstüberschätzung auslöste.

Natürlich beziehen sich die aufgelisteten Kriterien mehr auf die ex-jugoslawischen als auf die ex-tschechoslowakischen Nachfolgestaaten, aber prinzipiell bestand zwischen beiden kein Unterschied, und es mag dem jugoslawischen schlechten Beispiel und/oder der Lernfähigkeit von Politikern in Prag und Bratislava zuzuschreiben sein, daß der Zerfall der Tschechoslowakei 1993 konfliktfrei und unblutig ablief. Tatsache ist, daß die Tschechische wie die Slowakische Republik ursprünglich "Produkte" kommunistischer Nationalitätenpolitik der beschriebenen Art sind, was aber in der Tschechischen Republik wegen des erwähnten System- und Elitenwechsels nicht mehr recht spürbar ist. Anders ist es bei der Slowakei, die bereits in den 60er Jahren soviel Widerstand gegen Prag akkumuliert hatte, daß durch den Streit um die Priorität von Demokratisierung oder Föderalisierung das Ende des Prager Frühlings beschleunigt wurde. Auch 1992 ging der Streit um "slowakische Staatlichkeit" versus tschechoslowakischen Systemwechsel, wobei aus Bratislava kein Wort über die demokratische Legitimierung oder Implementierung dieser angestrebten "Staatlichkeit" gesagt wurde. Mit anderen Worten: Die seit 1993 souveräne Slowakei blieb auf Jahre hinaus ein Exempel für die Fehler und Schein-Möglichkeiten kommunistischer Nationalitätenpolitik, also ein kommunistischer Staat in postkommunistischer Zeit.

⁴⁹ Dazu Koschmal, Walter: Grundzüge sorbischer Kultur - Eine typologische Betrachtung, Bautzen 1995.

6. "Lustration" oder: Auf dem Weg zur staatlichen Trennung

"Parteien gehören ihren Mitgliedern, das Bürgerforum gehört allen", mit diesem Slogan ging das tschechische "Bürgerforum" (OF) in die Wahlen vom Juni 1990, die es zusammen mit seinem slowakischen Pendant "Öffentlichkeit gegen Gewalt" (VPN) überzeugend gewann. Zwischen Januar ("Kleines Parteiengesetz") und Juni 1990 (Wahlen mit Fünfprozent-Hürde gegen Splitterparteien) hatte sich das politische Leben bereits deutlich westlichen Usancen angenähert⁵⁰, nach den Wahlen ging dieser Trend weiter - beispielsweise mit der sog. "Professionalisierung der Abgeordneten". Dahinter verbarg sich die einfache Einsicht, daß eine funktionierende Demokratie ein permanent tagendes Parlament benötigt, dessen Abgeordnete wie Berufstätige entlohnt werden müssen.

Die "Professionalisierung" ergriff schließlich auch OF und VPN, die die "samtene Revolution" als "Bewegungen" angeführt hatten. Im Februar 1991 spaltete sich die konservative Mehrheit des OF unter Václav Klaus ab und begann als "Bürgerlich demokratische Partei" (ODS) ihren eigenen Weg als strikt antikommunistische, konservative und marktwirtschaftlich-demokratische Partei. Etwas anders war es mit der slowakischen VPN, da diese vor allem durch eine wachsende antitschechische Stimmung zusammengehalten wurde und von Anfang an in mehr Fraktionen, Strömungen etc. als das tschechische OF strukturiert war. Deswegen fiel es nicht weiter auf, daß Vladimír Mečiar am 5. März 1991 seine "Bewegung für eine demokratische Slowakei" (HZDS) als weitere "Plattform" in der VPN gründete und sie erst Mitte Juni als offen separatistische Partei aus dieser völlig ausgliederte.

In diesen Monaten kulminierte auch langsam der Konflikt um das sog. "Lustrationsgesetz", d.h. den Versuch, "aus den Personalverzeichnissen des Bundesministeriums des Inneren festzustellen, ob eine bestimmte Person von diesem Ministerium als geheimer Mitarbeiter der Staatssicherheit ausgewiesen ist".⁵¹ Die Notwendigkeit war wenige Tage vor den Wahlen dramatisch deutlich geworden, als der stellvertretende Bundesinnenminister Jiří Ruml den Abgeordneten, stellvertretenden Parlamentspräsidenten und Vorsitzenden der Volkspartei (ÈSL) Josef Bartoněk öffentlich beschuldigte, ein solcher Mitarbeiter der Geheimpolizei StB gewesen zu sein. Ähnliche Vorwürfe betrafen weitere ÈSL-Führer wie z.B. Richard Sacher, 1989/90 tschechoslowakischer Innenminister. Sacher hatte den früheren StB-Chef General Alojz Lorenc zu seinem "Berater" gemacht. Den Fall Bartoněk erwähnte Lorenc, als er über die Arbeit des StB ein erstaunlich lesenswertes und ungemein zynisches Buch schrieb⁵²: Er gab vieles preis und verschwieg nur das, das geeignet war, allgemein Furcht und Mißtrauen zu verstärken - beispielsweise wenn er die verbreitete und durch detaillierte Namenslisten seit 1950 erhärtete Meinung, der StB habe über 100.000 Spitzel verfügt, so kommentierte: "Die Zahl der aktiven Mitarbeiter der Staatssicherheit oder der in den Mitarbeiterverzeichnissen ausgewiesenen überstieg tatsächlich die 100.000. Viele weitere arbeiteten zudem mit, ohne in Verzeichnissen ausgewiesen zu sein".⁵³

Das Buch von Lorenc und die gesamte "Lustration" zeigen ein grundlegendes Dilemma auf. Da es in ganz Ostmitteleuropa kein Pendant der deutschen "Gauck-Behörde" gibt (und auch nicht geben kann), mußte man den Kampf gegen die kommunistischen Geheimdienste mit

⁵⁰ Detailliert Mikule, Vladimír: Volby do Federálního Shromáždění - Texty předpisů s komentářem (Wahlen ins Bundesparlament - Texte der Vorschriften mit Kommentar), Prag 1992.

⁵¹ Cigánka, Kronika demokratického parlamentu, a.a.O., S. 19.

⁵² Lorenc, A.: Ministerstvo strachu? (Ministerium der Angst?), Bratislava 1992, S. 111.

⁵³ Ebd. S. 109 ff..

deren Hilfe aufnehmen: Wenn man der Meinung war, daß auch ein posttotalitäres Staatswesen einen Geheimdienst benötigt, konnte man diesen nur aus den geprüften und kontrollierten Resten der früheren Geheimdienste bilden - etwa das "Amt für den Schutz der Verfassung und der Demokratie" (Úřad na ochranu ústavy a demokracie), das an die Stelle des StB trat. Es sollte 6.000 Mitarbeiter haben, ein Drittel der alten StB-Stärke, aber auch die bekam man nur zusammen, indem nicht wenige ehemalige StB-Angehörige rekrutierte (von denen manche zwecks Prüfung extra aus dem Ausland nach Hause beordert wurden). Dennoch mußte man sich bald eingestehen, daß alle Prüfungen und Kontrollen nicht den gewünschten Effekt brachten und daß den eigentlichen Schuldigen im Grunde nichts passieren konnte: Lorenc wurde z.B. im April 1990 erstmalig, danach noch zweimal verhaftet und insgesamt elf Monate in Untersuchungshaft gehalten - was ihn nicht hindern konnte, in seine heimatliche Slowakei zurückzukehren. Am 14. Mai 1993 wurden der frühere Bundesinnenminister František Kyncl, Ex-StB-Chef Lorenc und der frühere Polizeichef Karel Vykypěl wegen Machtmißbrauchs zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt - und zwar nach dem alten kommunistischen Recht, um jeden Verdacht einer "Rachejustiz" auszuschließen. Aber es geschah ohnehin nicht viel: Kyncl brachte ein Haftunfähigkeitsattest bei, Lorenc war als Slowake nach dem Zerfall der Tschechoslowakei nicht mehr "greifbar".⁵⁴ Mit diesem Prozeß war eine schier unglaubliche Entwicklung fürs erste beendet worden. 1990 hatte es die erwähnten "Überprüfungen" (provírky) von StB-Angehörigen gegeben, die weitere Verbrechen dieser Organisation erhärtete - etwa die "Aktion Norbert", daß nämlich "im Fall einer Bedrohung der kommunistischen Macht rund 9.000 'unzuverlässige' Leute verhaftet und interniert werden sollten". Aber die Überprüfungskommissionen konnten nichts konkret nachweisen, denn entweder hatte der StB die entsprechenden Unterlagen manipuliert oder vernichtet, oder komplette Unterlagen waren irgendwo bei den Behörden monatelang liegengelassen worden. Unter diesen Umständen konnte auch im Januar 1992 ein erster Prozeß gegen Kyncl, Lorenc und Vykypěl, bei dem sogar der ehemalige KPC-Chef Miloš Jakeš als Zeuge auftrat, kein Resultat erbringen.⁵⁵ Weniger prominenten StB-Leuten geschah gar nichts - sie tauchten über Nacht als ehrenwerte Privatdetektive, Werksschützer etc. wieder auf, nutzten technische Geräte der besten Art, trugen wieder Waffen, und niemand kümmerte sich um sie.⁵⁶ Im Frühjahr 1991 wurde beim "Amt für den Schutz der Verfassung und Demokratie" eine eigene "Inspektion" zur Prüfung von "Straftaten StB-Angehöriger" geschaffen, die aber nur als Ein-Mann-Betrieb ihres Leiters Dr. Šetina arbeitete und entsprechend wirkungslos war.⁵⁷ Den StB-Prominenten konnte auch nicht viel geschehen, denn sie waren ihren Strafverfolgern immer ein paar Schritte voraus und beseitigten per Aktenvernichtung - bereits Ende November oder Anfang Dezember 1989 ließ Lorenc aller Unterlagen der "Aktion Norbert" vernichten - die Beweisgrundlage etwaiger Aklagen gegen sie. So konnte Lorenc bei mehrfachen Verhaftungen sicher sein, daß er bald wieder frei sein würde.⁵⁸ Selbst als der erwähnte Prozeß von 1992 nach neunmonatiger Dauer vor dem Obersten Militärgericht in Tábor zu Ende ging, waren zwar Strafanträge gestellt worden, aber das geschah nur noch aus Resignation. Denn im Grunde war nur eines klar: "Der Tábor-Prozeß gegen die letzte kommunistische Führung des B(undes)-M(inisteriums des) I(inneren) zeigte die Wehrlosigkeit unserer Justiz gegenüber der Willkür des StB. Es ist bezeichnend, daß bis heute kein einziger StB-Angehöriger wegen brutalen Quälens von Menschen, wegen illegaler Verhöre usw. verurteilt worden ist. Die Staatsanwaltschaft schaffte

⁵⁴ Bericht in: Süddeutsche Zeitung 15.5.1993.

⁵⁵ Spurný, Jaroslav: Bez zájmu veřejnosti - Soud s prominenty StB (Ohne öffentliches Interesse - Gerichtsverfahren gegen StB-Prominente), in: Respekt 27.1.-2.2.1992, S. 2-3.

⁵⁶ Spurný, Jaroslav: Pozor, soukromá bezpečnost (Achtung, Stasi privat), in: Respekt 21.-27.1.1991, S. 7.

⁵⁷ Spurný, Jaroslav: Spravedlnost počká (Gerechtigkeit wartet), in: Respekt 8.-14.4.1991, S. 4.

⁵⁸ Spurný, Jaroslav: Příklad Lorenc (Der Fall L.), in: Respekt Nr. 26, 22.-28.4.1991, S. 2.

es nicht, einen legalen Weg zu finden, wie man mit dem 'Erbe' des StB fertig werden kann. Es ist nicht einmal sicher, daß sie sich mit aller Kraft darum bemüht hat".⁵⁹

Angesichts dieser "Wehrlosigkeit" gegenüber Haupttätern verlor man in der Tschechoslowakei rasch den Glauben, eine umfassende "Lustration" könne irgendetwas bewirken. Die Lustration ging auf die im Juli 1990 geschaffene Sonderkommission des Bundesparlaments zurück, die die Ereignisse vom 17. November 1989, dem Beginn der "samtenen Revolution", prüfen sollte: Angeblich handelte es sich dabei um ein Komplott, das tschechoslowakische und sowjetische Geheimdienste eingefädelt hatten. Die mehrfach umgestaltete (weil von früheren StB-Leuten unterwanderte) und von Jiří Ruml geleitete Sonderkommission entdeckte im Oktober 1990 eine geheime StB-Anweisung vom 29. November 1989, daß es "nötig ist, die Agentenarbeit in maximalem Umfang zu aktivieren und Einflußagenten zu nutzen, um Oppositionsgruppen intensiv zu durchdringen, den Gegner zu desinformieren und die radikalsten Vertreter der Opposition zu kompromittieren". Daraufhin wurde die Kommission in ein Untersuchungsorgan mit dem Recht der Zeugenvernehmung umgewandelt. Im März 1991 kontrollierte sie "die Vergangenheit von Staatsbeamten und Abgeordneten" und fand heraus, daß 16 Abgeordnete, 14 Minister oder Minister-Stellvertreter der Bundesregierung, 48 Mitarbeiter im Regierungsamt, 34 im Parlamentsamt usw. ehemalige StB-Agenten waren. Diese verheerenden Funde ließen die Idee einer umfassenden "Lustration" aufkommen.⁶⁰ Am 9. Januar 1991 erließ das Parlament eine Erklärung der Grundrechte und -freiheiten, am folgenden Tag beschloß es, der Lustration eine gesetzliche Basis zu geben. Entsprechende (und leicht unterschiedliche) Vorschläge hatten der Abgeordnete Václav Benda, späterer Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Partei, und die OF-Fraktion eingebracht. Nach langer Debatte wurde ein vergleichsweise radikales Verfahren gebilligt: Ehemalige StB-Mitarbeiter sollten nicht in "Führungsorganen" bleiben - die Sonderkommission sollte feststellen, wer von den Abgeordneten und anderen Politikern "als StB-Mitarbeiter registriert war und in welcher Kategorie". Wer als ehemaliger "estebák" entlarvt wurde, sollte informiert werden und eine Frist von 15 Tagen erhalten, um von allen seinen Ämtern und Funktionen zurückzutreten, anderenfalls würde sein Name in der Presse veröffentlicht. Bereits am 22. März 1991 (und dann nochmals im Dezember 1991) teilte die Kommission beiden Kammern des Parlaments mit, welche Abgeordneten als StB-Mitarbeiter ermittelt waren. Aber "diese Abgeordneten verteidigten sich durchweg mit der Behauptung, sie seien in Wirklichkeit keine StB-Mitarbeiter gewesen, und ihr Abgeordnetenmandat blieb ihnen erhalten".⁶¹ Damit zogen sie sich besser als andere aus der Affäre - etwa als 2.500 StB-Offiziere, die im August 1990 entlassen wurden. Generell war der StB in mehrfacher Hinsicht gefährlich: Er war selbst dort präsent, wo man ihn nicht vermutet hätte, etwa über Ján Budaj in der VNP-Führung; er war darauf spezialisiert, kompromittierendes Material über Einzelpersonen zu sammeln, die dadurch für lange Zeit erpreßbar blieben; er unterhielt engste Beziehungen zum sowjetischen KGB, die auch dann noch fortbestanden, als jegliche KGB-Tätigkeit in der Tschechoslowakei per Gesetz vom Februar 1991 verboten wurde; er stand in ständigem Kontakt mit internationalen Terroristen (Carlos, Abu Nidal u.a.), die er mit dem tschechoslowakischen Sprengstoff "Semtex" versorgte⁶²; und schließlich nutzten zahlreiche StB-Angehörige alte Verbindungen, um in der Verteidigungsindustrie neuen Fuß zu fassen.⁶³ Vor allem aber hatte sich der StB so

⁵⁹ Spurný, Jaroslav: Lorenc a spol. (L. & Co.), in: Respekt 26.10.-1.11.1992, S. 5.

⁶⁰ Brabec, Jan et al.: Buldozer lidských osudů (Bulldozer menschlicher Schicksale), in: Respekt 30.11.-6.12.1992, S. 7.

⁶¹ Cigánka, Kronika demokratického parlamentu, a.a.O., S. 18 ff..

⁶² Detailliert dazu Spurný, Jaroslav: Nejlepší kšefty - Ès. styky s teroristy (Die besten Geschäfte - Tschechoslowakische Kontakte zu Terroristen), in: Respekt 3.-9.2.1992, S. 6.

⁶³ Candole, Czechoslovakia, a.a.O., passim.

gut getarnt, daß er letztlich unangreifbar war: Anfang Mai 1992 schlug die tschechische Regierung vor, "alle StB-Agenten und ihre Führungsoffiziere, die in den Jahren 1948 - 1989 tätig waren, ohne Ausnahme öffentlich zu machen". Das war ein hoffnungsloser Plan: Die Agentenverzeichnisse wurden überhaupt erst 1954 eingerichtet; Agenten, die in Gefängnissen tätig waren, wurden niemals in Verzeichnissen geführt; 1990 wechselte die "dritte StB-Verwaltung (militärische Gegenspionage)" zum Verteidigungsministerium, wodurch ihre Agenten aus den Verzeichnissen verschwanden usw.⁶⁴

Das eigentliche "Lustrationsgesetz" wurde Anfang Oktober 1991 erlassen und schloß einen relativ weitgefaßten Personenkreis von Tätigkeiten im staatlichen Sektor aus: StB-Mitarbeiter und -Informanten, KPÈ-Funktionäre ab Kreisebene, Angehörige der "Volksmilizen", Angehörige von KPÈ-Untersuchungskommissionen nach 1948 und 1968, Absolventen von KPÈ-Hochschulen bzw. von sowjetischen Polizeihochschulen. Als der StB-Mitarbeit überführt galt jeder, der in ihren Verzeichnissen auftauchte, aktiven Kontakt zu ihr gesucht und/oder Berichte geschrieben und sonstige Aufgaben für sie erfüllt hatte. In dieser Form sollte das Gesetz bis zum 31. Dezember 1996 bestehen bleiben, war aber von Anfang an Gegenstand vielstimmiger Kritik⁶⁵, über die Václav Klaus am 26. Oktober 1991 sagte: "Schon lange habe ich nicht mehr soviel Pharisäertum vernommen wie jetzt bei dieser Diskussion. Ich möchte betonen, daß sich dieses Gesetz nicht auf die Vergangenheit richtet, sondern auf die Zukunft. Hätte dieses Gesetz eine Rache oder Strafe sein sollen, dann wäre es bestimmt unmittelbar nach der November-Revolution erlassen worden. Wir haben sie damals die samtene genannt, weil wir hofften, man könne einen dicken Strich unter die Vergangenheit machen. Die folgenden zwei Jahre haben uns gezeigt, daß das unmöglich ist. Je länger, desto offenkundiger beobachten wir, daß sich ein Teil der neuen Machtelite mit der ehemaligen Elite der kommunistischen Macht verbündet und mit ihr einen machtvollen politisch-wirtschaftlichen Komplex bildet".⁶⁶

Natürlich hatte Klaus recht, wie aber auch unbestreitbar war, daß das von ihm betonte Ziel der ganzen Lustration einfach nicht zu erreichen war: Das Parlament war mit den StB-Akten einfach überfordert, die Öffentlichkeit war überzeugt, daß "mindestens 85 Prozent der in den Dossiers ausgeführten Leute" weder StB-Agenten waren, noch überhaupt davon wußten, daß sie in irgendwelchen Geheimakten geführt wurden.⁶⁷ 1992 beantragten 99 Abgeordnete des Bundsparlaments beim Verfassungsgericht, das Lustrationsgesetz für verfassungswidrig zu erklären - was das Gericht ablehnte, u.a. mit dem Hinweis, das in dem Gesetz keinerlei rückwirkende Bestimmungen enthalten seien, sondern nur solche, die künftige demokratische Reformen auf Mitarbeiter stützen sollen, deren Loyalität ohne den geringsten Zweifel gegeben ist. Andererseits hatte die Öffentlichkeit berechnete Zweifel, ob eine Prüfung der StB-Dossiers wirklich aussagekräftig sein könne - zu lange hatten StB-Insider (wie Lorenc) Gelegenheit gehabt, diese Dossiers zu vernichten oder zu manipulieren, als daß sie noch größeren Wert für den Nachweis von (II-)Loyalität hätten haben können. Zudem entstand der Eindruck, daß hier ein Prager Instrument bestünde, mit dessen Hilfe die Tschechen gegen die Slowaken vorgehen wollten. Nach Ansicht von Prager Kommentatoren und Analytikern trat die slowakische Führung die Flucht nach vorn an und ließ lieber den gemeinsamen Staat zerbrechen,

⁶⁴ Spurný, Jaroslav: Dostupný seznam agentù (Das zugängliche Agentenverzeichnis), in: Respekt 11.-17.5.1992, S. 4.

⁶⁵ Detailliert Holländer, Pavel: Die juristische Bewältigung des kommunistischen Unrechts in der Tschechischen und in der Slowakischen Republik, in: Brunner, Georg (Hrsg.): Juristische Bewältigung des kommunistischen Unrechts in Osteuropa und Deutschland, Osteuropaforschung Bd. 34, Berlin 1995, S. 85-103.

⁶⁶ Klaus, Proè jsem konzervativcem, a.a.O., S. 44.

⁶⁷ Kabele, Jiøf: Jste evidován, odejdète (Sie sind überführt, gehen Sie), in: Respekt 10.-16.2.1992, S. 6.

als sich einer "Lustration" auszusetzen.⁶⁸ Tatsache ist, daß Premier Meèiar durchsichtige Forderungen stellte (die slowakischen Dossiers sollten der Slowakei zurückgegeben werden, damit unabhängige Experten sie dort prüften), daß er über sein Hausorgan "Národná obroda" (Nationale Erneuerung) eine wilde Kampagne gegen die Lustration führte und anderes mehr. Am Ende gab es nur noch die Frage, ob der mutmaßliche StB-Mitarbeiter Meèiar die Lustration zur slowakischen Separation genutzt hatte oder ob er von ehemaligen StB-Kreisen dazu gezwungen worden war.⁶⁹

Danach bestand das Lustrationsgesetz in der Slowakei zwar noch - nachdem Meèiars HZDS Anfang 1993 vergeblich versuchte, es vom Verfassungsgericht aufheben zu lassen -, aber allem Anschein nach stand es nur auf dem Papier. In der Tschechischen Republik war das Gesetz hingegen ein unerwarteter Erfolg geworden, so daß es Ende 1995 praktisch ohne Widerspruch in seiner Gültigkeit um zwei Jahre bis zum 31. Dezember 1998 verlängert wurde. Grundsätzlich wurden die StB-Akten von dem dafür zuständigen "Archiv-Komitee" (archívni odbor) unter Jan Frolík auf zweifache Weise genutzt, nämlich zur Überprüfung und zur Recherche auf Wunsch Betroffener. Letztere hatten bereits Ende 1992 260.000 derartige Wünsche geäußert, 8.000 waren "positiv", d.h. in den StB-Akten geführt, davon genau 4.000 als "aktive Mitarbeiter".⁷⁰ Bis Ende 1995 wurden ca. 250.000 Überprüfungen der erstgenannten Art vorgenommen - meist auf Antrag von Personen, die sich um ein Staatsamt bewarben -, und ganz allgemein hat das Gesetz den Zweck erfüllt, den Klaus ihm vor allem zugedacht hatte: die alte "Nomenklatur" daran zu hindern, in Wirtschaft und Staatsverwaltung neuen Einfluß zu gewinnen.⁷¹ Das geschah mitunter in der Form einer sozusagen intellektuell-ironischen "Revanche": Beispielsweise waren in der alten Tschechoslowakei jahrelang die klassischen akademischen Titel verpönt bzw. nur den Parteihochschulen vorbehalten. Am 13. September 1995 entschied der tschechische Verfassungsgerichtshof, daß ehemalige StB-Offiziere und andere, die an der Polizei- bzw. StB-Hochschule den Titel "Dr. jur." erworben haben, dennoch keine Rechtsanwälte werden dürfen.

Umgekehrt "rächten" sich jetzt die, die dank der Unzulänglichkeiten der Lustration die Möglichkeit dazu hatten. Im Oktober 1996 war z.B. nicht mehr zu übersehen, daß "die zahlenmäßig stärkste Berufsgruppe unter den Agenten der Staatssicherheit (StB) eindeutig die katholischen Geistlichen waren". Die kommunistischen Machthaber hatten in Böhmen und Mähren nur die eine Theologische Hochschule in Litoměřice nicht geschlossen, daneben aber versucht, die Priester über die kommunistische Tarnorganisation "Pacem in terris", die vom Vatikan abgelehnt wurde, an sich zu binden. Nach 1990 stellten vor allem die Theologen von Litoměřice diejenigen Priester und Hochschullehrer, die für das rasch restituierte Kirchenleben und Theologiestudium gebraucht wurden. Dabei kam es zu heftigsten internen Kämpfen, bei denen die der Regimeopposition verbundenen Priestern solchen "Kollegen" unterlagen, die auf StB-Listen als Zuträger geführt wurden: Selbst im Senat der Prager Karls Universität hatten sie Sitz und Stimme. Die Theologische Fakultät war von ihnen so unterwandert, daß das dortige Lehrerkollegium bereits als "Rache der StB-Leute" (pomsta estébákù) ironisiert wurde. Rektor Karel Malý hatte sie vor Jahren ernannt, ohne für sie das nötige "Lustrationszeugnis" einzuholen, Kardinal Miloslav Vlk (selber ein früherer Opponent

⁶⁸ Detailliert Oschlies, Wolf: Wir haben uns friedlich und demokratisch getrennt, Start- und Entwicklungsprobleme der parlamentarischen Demokratie in der (Ex)Tschechoslowakei, in: Aufbruch im Osten Europas - Chancen für Demokratie und Marktwirtschaft nach dem Zerfall des Kommunismus, München/Wien 1993, S. 130-137.

⁶⁹ Candole, Czechoslovakia, a.a.O., S. 17.

⁷⁰ Brabec et al.: Buldozer, a.a.O..

⁷¹ Bericht in: Respekt Nr. 39, 25.9.-1.10.1995, S. 4.

gegen das kommunistische Regime) hatte nicht eingegriffen, und das Innenministerium konnte keine nachträglichen Lustrationen vornehmen. Am Ende muß man sich machtlos damit abfinden, daß Priester mit Verdiensten im antikommunistischen Widerstand von namentlich bekannten StB-Agenten im Talar beruflich und persönlich diskreditiert wurden.⁷²

Fast eine Groteske: Das Lustrations-Gesetz war selbst da ein Erfolg, wo es scheinbar ein Mißerfolg war. Es war in Anlage und Realisierung zweifellos das rigoroseste seiner Art in ganz Ostmitteleuropa, nicht zu Unrecht oft mit Regelungen im wiedervereinigten Deutschland verglichen. Die Rigorosität war größtenteils Havels Beitrag, für den immer das Individuum Ausgangspunkt und (mögliche) Lösung von Krisen darstellte - was in der Praxis der Lustration dazu führte, daß nach Meinung zahlreicher Kritiker im In- und Ausland ziemlich unbekümmert mit einer "Kollektivschuld" operiert wurde. Tatsächlich konnte davon keine Rede sein, wie aber das Lustrationsgesetz dennoch einen erstaunlich großen Kreis von Menschen "im Visier" hatte - Reflex des Umstandes, daß der regierende Kommunismus der absolute Gegenpol von Moralität á la Havel war. Für Havel war und ist eine Nation die Summe von Menschen, die im besten Falle alle in ethischer Bewußtheit in der Wahrheit leben (Havels Prinzip). Und umgekehrt waren Krisen wie die des "realen Sozialismus" für ihn weniger ein politisches als in erster Linie ein ethisches und existentielles Problem. Auch die späteren Aufregungen um die Lustration konnte Havel nicht anders denn als indirekten Beweis dafür ansehen, wie notwendig eine ausgreifende und rigorose Lustration war: "Vierzig Jahre wurden menschliche Emotionen unterdrückt, und jetzt zeigen sich wieder die negativsten von ihnen".⁷³

7. Weitere Entwicklungen vor und nach 1993

Die "samtene Revolution" verfolgte von Anfang an das Hauptziel, die KPĚ und ihre Funktionäre aus allen Machtpositionen zu verdrängen. Dem diente bereits das Parteiengesetz vom 23. Januar 1990, das die KPĚ gewissermaßen auf das "Normalmaß" aller Parteien - hinsichtlich der Bestimmungen für Gründung, Tätigkeit und Auflösung - zurechtstutzte.⁷⁴ Am 18. Mai 1990 folgte eine Bestimmung des Parlamentspräsidiums, daß alle Parteien ihr Vermögen auszuweisen und darüber nur mit Wissen und Billigung des Finanzministeriums zu verfügen hätten. Im November 1990 folgten dann Gesetze und Regierungsanordnungen, daß die KPĚ (bzw. ihre Rechtsnachfolger) und der Sozialistische Jugendverband ihr Gesamtvermögen, wie sie es zum 31. Dezember 1989 besaßen, herausgeben mußten. Letztere Bestimmungen erfolgten viel zu spät, als daß sie im Sinne des Gesetzgebers hätten umgesetzt werden können.

Das ganze Jahr 1991 über war mit den erwähnten Bemühungen um die Lustration ausgefüllt. Daneben gab es noch die Novelle zum Strafgesetzbuch vom 11. Dezember 1991, die Unterstützung extremistischer und rassistischer Bewegungen unter Strafe stellte - "(zum Beispiel Faschismus oder Kommunismus)". Dieser eingeklammerte Zusatz wurde später als verfassungswidrig gestrichen, da ihm eine jeweilige Prüfung konkreter Umstände vorzuziehen war. Diese rechtliche Korrektur konnte leicht "verschmerzt" werden, da es längst Bestrebungen gab, die kommunistische Bewegung en bloc als Sammelbecken alles dessen hinzustellen, was

⁷² Detailliert Spurný, Jaroslav: Katolická církev a její agenti (Die katholische Kirche und ihre Agenten), in: Respekt Nr. 41, 7.-13.10.1996, S. 5; Jaroslav Cuhra, Církevní politika KSĚ a státu v letech 1969-1972 (Die Kirchenpolitik der KPĚ und des Staates in den Jahren 1969-1972), Sešity ÚSD 32, Prag 1999.

⁷³ Detailliert dazu Nadein, Vladimír: Žertvy přineseny, očištění ne sostojalos' (Opfer sind gebracht, eine Reinigung fand nicht statt), in: Izvestija, 9.6.1993.

⁷⁴ Dazu und zum folgenden Holländer, Die juristische Bewältigung, a.a.O..

man für eine postkommunistische Tschechoslowakei ablehnte. Anfang November 1991 wurde z.B. per Gesetz konstatiert, daß das kommunistische Regime in der Zeit 1948 - 1989 die Menschenrechte wie auch eigene Gesetze verletzt hatte. Diese Charakterisierung wurde im Juli 1993, also nach dem Zerbrechen der Tschechoslowakei, in der Tschechischen Republik durch das Gesetz über die "Rechtswidrigkeit des kommunistischen Regimes und den Widerstand dagegen" verschärft.⁷⁵ Nach Ansicht des Gesetzgebers handelte es sich um ein: "Regime, das den Bürgern jede Möglichkeit der freien Äußerung ihres politischen Willens verweigerte, (...) systematisch und dauerhaft die Menschenrechte verletzte, wobei es auf besonders schwerwiegende Weise einige politische, soziale und religiöse Gruppen von Bürgern unterdrückte, die Grundprinzipien eines demokratischen Rechtsstaats, die völkerrechtlichen Verträge und seine eigenen Gesetze verletzte und damit praktisch den Willen und die Interessen der Kommunistischen Partei und ihrer Vertreter über das Gesetz stellte, zur Verfolgung alle Machtmittel einsetzte und dabei Hinrichtungen und Morde anordnete, in Gefängnissen und Zwangsarbeitslagern inhaftierte, bei Untersuchung und in der Haft brutale Methoden, psychische und physische Mißhandlungen und unmenschliche Behandlungen vornahm, willkürlich das Eigentum entzog und Eigentumsrechte mißachtete, die Ausübung von Arbeit, Funktionen und des Berufs unmöglich machte, freie Reisen ins Ausland und die Rückkehr verhinderte, Einberufungen für unbefristete Zeit in den Militärdienst, zu den technischen Hilfstruppen und zu technischen Militärtruppen anordnete, zur Erreichung dieser Ziele nicht vor der Begehung von Straftaten zurückschreckte oder ihre straflose Begehung ermöglichte, und denen, die an rechtswidrigen Verfolgungen teilnahmen, unberechtigte Vorteile gewährte, sich mit einer fremden Macht verbündete und seit dem Jahre 1968 mit Hilfe derer Okkupationstruppen ihre Macht aufrechterhielt".

Gegen ein solches Regime, so das Gesetz weiter, sei jeder Widerstand legitim, moralisch gerechtfertigt und achtenswert. Und die Unrechtstaten des Regimes könnten fürs erste auch nicht verjähren, denn "in die Verjährungsfrist für Straftaten wird die Zeit zwischen dem 25. Februar 1948 und dem 29. Dezember 1989 nicht eingerechnet". Gegen das Gesetz legten 41 Abgeordnete Verfassungsbeschwerde ein, die vom tschechischen Verfassungsgericht im Dezember 1993 verworfen wurde.⁷⁶

In der Slowakei wurde kein ähnliches Gesetz erlassen, und grundsätzlich hat es in den beiden Landesteilen und späteren Republiken zwischen November 1989 und November 1993 zahlreiche Änderungen des Strafrechts gegeben, die aus diesem die Reste "sozialistischer Gesetzmäßigkeit" austilgen, aber auch den neuerlichen Anstieg der Kriminalität und des organisierten Verbrechens stoppen sollten.

Ein weiteres Problem postkommunistischer Aufarbeitung betraf die gerichtlichen Rehabilitierungen, wofür es zu Zeiten des "Prager Frühlings" 1968 bereits entsprechende Gesetze gegeben hatte⁷⁷, die aber nach dem gewaltsamen Ende dieses reformkommunistischen Experiments gestoppt wurden. Nach dem November 1989 wurde das Problem erneut angegangen, um Terrorurteile aufzuheben, gesellschaftliche Rehabilitierungen und angemessene Entschädigungen sowie Konsequenzen für frühere Rechtsverletzungen durchzusetzen. Die entsprechenden Gesetze - mit Wirkung ex tunc - wurden zwischen April 1990 und Januar 1991 erlassen, im Februar 1991 folgte ein Gesetz über die außergerichtliche Rehabilitierung, das Entschädigungs-

⁷⁵ Vgl. die deutsche Übersetzung des Gesetzes in: Berichte zu Staat und Gesellschaft in der Tschechischen und in der Slowakischen Republik Nr.1/1994, S. 37 ff. (künftig: Berichte).

⁷⁶ Vgl. die deutsche Übersetzung des Beschlusses in: Berichte Nr. 4/1994, S. 28 ff..

⁷⁷ Tuèková, Anna: Rehabilitace - Kdo seje neklid (Rehabilitation - Wer Unruhe sät), in: Reportér Nr. 5, 6.2.1969, S. 11-13.

und Rückgabeansprüche regelte. Zwischen dem 1. Juli 1990 und dem 30. Juni 1993 wurden aufgrund dieses Gesetzes 205.912 Personen rehabilitiert, nach tschechischen Angaben 95% aller, die dafür überhaupt in Frage kommen.⁷⁸

Ein letztes Problem war die Wiedergutmachung von Vermögensunrecht, wie es durch Verstaatlichungen und Enteignungen durch den kommunistischen Staat begangen worden war. Dafür gibt es mittlerweile drei Restitutionsgesetze, die grundsätzlich Rückgabe vor Entschädigung befürworten, was im konkreten Einzelfall, etwa bei der Rückgabe kirchlichen Vermögens, immer noch auf beträchtliche Schwierigkeiten stoßen kann. Dennoch scheint die tschechische Staatsführung in jüngster Zeit bereit zu sein, den Kirchen ihr Eigentum zurückzugeben.

8. Abweichende Regelungen in der Slowakei

In einem weiteren Sinne ist die Tschechoslowakei letztlich daran zerbrochen, daß auf slowakischer Seite kein so großer Wille zum Systemwechsel wie auf tschechischer bestand. Das hing nach Meinung von Experten⁷⁹ damit zusammen, daß die Slowakei erst durch die Föderalisierung der Tschechoslowakei eine gewisse politische Handlungskompetenz samt ökonomischen Kapazitäten bekam und von daher ein positiveres Verhältnis zu den Föderationsgesetzen aus kommunistischer Zeit behalten hat, was sich auch und gerade in der Verfassung der seit 1993 souveränen Slowakei niederschlug.⁸⁰ Nach Ansicht tschechischer Experten verhielt es sich so, daß die Slowaken zwar keine Rückkehr zum Kommunismus wollten, aber doch eine "nebulöse, unbestimmte dritte Variante: eine Kombination der Prosperität eines Marktsystems mit sozialer Sicherheit und staatlicher Fürsorge für den Bürger".⁸¹

Dem stand die erheblich pessimistischere Ansicht des slowakischen Kenners der Lage, František Šebej, entgegen⁸², daß nämlich die neue Machtelite der Slowakei sich wie die alte Nomenklatura aufführte, dabei ihre Legitimität aber in demokratischen Wahlen gewonnen hatte. Noch sei die Slowakei ein demokratischer Staat, aber die Frage wäre, wieviel demokratische Substanz unter Premier Mečiar bleiben würde, denn der und seine HZDS "tragen in sich das Bild eines Staates, den man nur über die Leiche einer Bürgergesellschaft realisieren kann". Die Psychologie der Führer und ihr gesamter politischer Stil verrieten, "daß diese Leute eine Neigung zur Diktatur haben", und "Inhalt vieler legislativer Schritte der Regierung ist, die demokratischen Institutionen zu zerschlagen". Das Verhältnis zur starken ungarischen Minderheit sei haßerfüllt, der neue Informationsdienst vor allem aus alten StB-Leuten gebildet, die öffentlich-rechtlichen Medien hätten alle Unabhängigkeit verloren und seien zu Sprachrohren der Regierungspropaganda geworden. Privatisierung und marktwirtschaftliche Reformen stagnierten, an ihre Stelle seien Bereicherung und Belohnung von Parteigängern getreten. Populismus und nationale Demagogie wüteten in "irrationalen Haß" gegen jede abweichende Meinung - zwar bekenne sich das Land formal zu NATO und EU, aber tatsäch-

⁷⁸ Lidové noviny 12.8.1993.

⁷⁹ Jiěinský, Zdeněk/Mikule, Vladimír: Das Ende der Tschechoslowakei 1992 in verfassungsrechtlicher Sicht, Teil I-II, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 44 und 45/1994.

⁸⁰ Vgl. die deutsche Übersetzung der Verfassung in: Berichte Nr. 3/1993, S. 23 ff..

⁸¹ Marko Boguszak (Interview): Jiná společnost, jiné tuž by (Andere Gesellschaft, andere Sehnsüchte), in: Respekt 22.-28.4.1991, S. 5.

⁸² František Šebej (Interview): Slovensko je rozděleno na dva světy (Die Slowakei ist in zwei Welten geteilt), in: Respekt Nr. 44, 30.10.-5.11.1995, S. 13.

lich seien "die Einstellungen zu westlichen Strukturen vor allem ein Produkt von Jahrzehnten kommunistischer Propaganda". So weit die Ansichten Šebejs, die er zwar in einem tschechischen Blatt äußerte, die aber damals kaum als zu negativ anmuteten. Und seit dem Machtwechsel vom September 1998, der die angeblichen "slowakischen Wege Mečiar" als typisch postkommunistischen "Klientelismus" mafiöser Art enthüllte, weiß man um ihre prophetische Korrektheit.⁸³

Es gab 1992 in der tschechischen Presse sehr glaubwürdige Berichte, die die in dieser Darstellung erwähnte slowakische Koalition der Angst, nämlich Angst vor der Lustration, bestätigten. Aus diesen Berichten ging hervor, daß "unter dem Aspekt des Gesetzes 451/91 (des sog. Lustrationsgesetzes) V. Mečiar im Archiv des ehemaligen StB als Kandidat für geheime Mitarbeit ausgewiesen ist", und daß sein Führungsoffizier Hauptmann Ivan Hornák war.⁸⁴ Der Ausdruck "Kandidat für geheime Mitarbeit" (slow.: kandidát tajnej spolupráce, KTS) war eine StB-Kategorie, etwas niedriger als der "Vertrauensmann" (slow.: doverník, D). Mečiar's Deckname war "Doktor", und das für ihn zuständige StB-Amt lag in Trenčín, wo Mečiar bis 1989 gearbeitet hatte. Wie weiter oben bereits angeführt, gibt es keine slowakischen Pendanten der tschechischen Gesetze über den Unrechtscharakter des kommunistischen Regimes oder zur Lustration. Hier scheint die eingangs dieses Abschnitts angedeutete Verbindung zu wirken, daß nämlich mehr Slowaken gewissen kommunistischen Gesetzen positiv gegenüberstehen und damit automatisch in den "Raster" einer Lustration nach tschechischer Art fielen. Auch ist denkbar, "daß durch die Lustration zugleich die ohnehin nur geringe Zahl kompetenter Fachleute in Wirtschaft und Politik noch weiter dezimiert werden könnte". Immerhin gibt es ein tschechisch-slowakisches Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Vorbereitung von Strafprozessen, das unter Umständen hier "greifen" könnte - etwa bei Strafverfahren im Gefolge eines tschechischen StB-Unterlagen-Gesetzes o.ä. -, doch läßt das Schicksal des erwähnten StB-Chefs Lorenc daran Zweifel aufkommen.

Im Bereich der Rehabilitierungen und Restitutionen billigten Sachkenner (wie Karin Schmid) der slowakischen Seite mehr Ernst und Konsequenz als der tschechischen zu - höchstwahrscheinlich deshalb, weil von diesen Problemen in erster Linie die katholische Kirche betroffen war, deren Einfluß in der Slowakei generell und immer sehr hoch war. In Sachen Rehabilitierung und Restitution hat die Slowakei indessen nicht tschechische Gesetze rezipiert, sondern ab Juli 1993 ein eigenes Gesetz vorbereitet - vermutlich auch darum, daß Mečiar seine rapide rückläufige Popularität mit dem "Rückenwind" der Kirche verbessern wollte.

Im Herbst 1996 regierte Mečiar mit einer Koalition aus seiner HZDS mit der nationalistischen "Slowakischen Nationalpartei" (SNS) und der "Arbeitervereinigung der Slowakei" (ZRS), die als "neobolschewistisch" angesehen wird. Die Opposition war noch zerstritten und zersplittert, was sich die Regierung zunutze machte, als sie die administrative Binnengliederung der Slowakei änderte. Die neugebildeten acht Bezirke und 79 Kreise waren so "geschnitten", daß HZDS-Hochburgen mehr Kreise als andere haben, so daß künftige Wahlergebnisse aller Voraussicht nach deutlicher zugunsten der HZDS ausfallen werden.⁸⁵

⁸³ Leška, Vladimír: Politologové a zmeny na Slovensku (Die Politologen und die Veränderungen in der Slowakei), in: Mezinárodní vztahy Nr. 2/1999, S. 107-115.

⁸⁴ Žitný, M.: Doktor - Bude sedieť alebo vládnuť? (Doktor - Wird er sitzen oder herrschen?), in: Respekt 30.3.-5.4.1992, S. 7.

⁸⁵ Butora, Daniel: Prvním hráčom zostáva Mečiar (Mečiar bleibt erster Spieler), in: Respekt Nr. 27, 1.-7.7.1996, S. 3.

9. Detailprobleme postkommunistischer Aufarbeitung

9.1 Schauprozesse und Lager

Im postkommunistischen Schrifttum der Ex-Tschechoslowakei ist relativ wenig von dem stalinistischen Terror der 40er und 50er Jahre die Rede. Das ist verständlich, denn diese Aufarbeitung wurde größtenteils schon in der Vergangenheit geleistet. Da der Stalinismus in der Tschechoslowakei wie in kaum einem anderen Land gewütet hatte, war die KPÈ-Führung bereits frühzeitig gezwungen, wenigstens einige Aufklärungs- und Rehabilitierungsarbeit zu leisten. Zu diesem Zweck wurden mehrere Kommissionen eingesetzt, die erste (1955 - 1957) unter Innenminister Rudolf Barák, deren Ergebnisse aber teils zu entlarvend, teils zu unvollständig waren, als daß von ihr eine große Wirkung ausging. Die zweite Kommission (1962 - 1963) unter Drahomir Kolder (zu der u.a. auch A. Dubèek gehörte), hatte breitere Kompetenzen und ihr Bericht führte zu zahlreichen Rehabilitierungen. Die dritte Kommission arbeitete 1968 unter Jan Piller, doch konnte ihr Bericht wegen des gewaltsamen Endes des Prager Frühlings nicht mehr offiziell veröffentlicht werden.⁸⁶ Hinzu kamen Berichte Überlebender (Artur London, Eugen Löbl), Erinnerungen von Angehörigen (Josefa Slánská), historische Analysen, publizistische Artikel und vieles mehr.

Insgesamt wurden 1948 - 1968 rund 200.000 Menschen von diesem Terror erfaßt; 40.000 wurden zu Haftstrafen über zehn Jahren verurteilt, 232 zum Tode (davon 178 vollstreckt), über 8.000 Menschen sind in der Haft oder an ihren Folgen verstorben. Dies sind neueste Angaben⁸⁷, die vermutlich nur die numerische Untergrenze des Terrors markieren, da sie nur jene Opfer erfassen, die zu Gefängnisstrafen verurteilt waren. Die tatsächliche Zahl der Opfer dürfte mehrfach höher gewesen sein, aber Details wird man wohl erst im Verlauf der Arbeit des neuen "Amtes für Dokumentation und Untersuchung des StB" (Úřad pro dokumentaci a vyšetřování StB, ÚVD) erhalten, das regionale Zweigstellen unterhält, um die Verhältnisse genauestens zu erkunden. Davon abgesehen, sprechen für weit höhere Opferzahlen auch folgende Überlegungen: In den tschechoslowakischen Sprachkonventionen der 50er und 60er Jahre war ein Ausdruck absolut frequent, der ursprünglich aus dem Häftlings-Jargon stammte, später standardsprachlich wurde: Mukl - eine Abkürzung von muž urèený k likvidaci (= ein zur Liquidation bestimmter Mann). Dieser Ausdruck umfaßte sehr genau das Schicksal der zahlreichen "Feinde", die die KPÈ in die Strafanstalten schickte. Diese Anstalten waren im wesentlichen so konzentriert, daß man vom einem "tschechoslowakischen Gulag" im Grunde nicht sprechen kann. In der verfügbaren Literatur ist immer wieder von den zwei Prager Gefängnissen Ruzynì und Pankrác sowie von den "Lagern" (tábory) in Pøíbram und Jáchymov (Joachimsthal) die Rede, in denen allein 35.000 Inhaftierte umgekommen sind. Jáchymov, nördlich von Karlovy Vary (Karlsbad) in Nordböhmen gelegen und klimatisch eine der unwirtschaftlichsten Regionen der Tschechischen Republik, war das Zentrum der sog. "Institut für Besserungsmaßnahmen", hermetisch abgeriegelte Konzentrationslager, die um die in der Region damals noch tätigen, inzwischen längst erschöpften Urangruben zentriert waren: "Bei nahe jedes Lager war durch einen Korridor mit einem Uranschacht verbunden".⁸⁸ Dieses

⁸⁶ Vgl. Pelikán, Jiř: Pervertierte Justiz - Bericht der Kommission des ZK der KPTsch über die politischen Morde und Verbrechen in der Tschechoslowakei 1949-1963, Wien/München/Zürich 1972; Ders.: Das unterdrückte Dossier - Bericht der Kommission des ZK der KPTsch über politische Prozesse und "Rehabilitierungen" in der Tschechoslowakei 1949-1968, Wien/Frankfurt/Zürich 1970.

⁸⁷ Aus Lorenc, Ministerstvo strachu, a.a.O., Vorbemerkung des Herausgebers Ján Smolec

⁸⁸ Dokumentarischer Bericht des Slowaken Milan Danko, der im April 1968 in zwei Teilen in der slowakischen Gewerkschaftszeitung "Práca" (Arbeit) veröffentlicht wurde; vgl. die deutsche Übersetzung in: Dahm, Helmut/Kool, Frits (Hrsg.): Die Technik der Macht, Dokumente der Weltrevolution Bd. 5, Freiburg i. Br., 1974, S. 367-376.

System wurde in den Folgejahren gelockert, aber grundsätzlich war "das Gefängniswesen in der Tschechoslowakei jahrzehntelang tabuisiert". Das kritisierte eine am 20. Dezember 1989 berufene Kommission in ihrem Bericht, der auf zahlreiche fortbestehende Mängel im tschechoslowakischen Strafvollzug verwies und Reformvorschläge machte.⁸⁹

Mit Beginn der postkommunistischen Entwicklung der (Ex)Tschechoslowakei formierte sich dort auch eine "Konföderation der politischen Gefangenen der Tschechoslowakei", die sich darum bemüht, das Andenken der Opfer des Kommunismus wachzuhalten. Wenn diese Aktivitäten nicht sonderlich auffielen, dann lag das daran, daß sich in den letzten Jahren 50. Jahrestage von Kriegsereignissen reihten (Attentat auf Heydrich, Zerstörung von Lidice, Getto Theresienstadt usw.), die für alle Tschechen von größerer nationaler Bedeutung waren. Immerhin gab es am 28. Mai 1994 eine Gedenkveranstaltung für die 45.000 politischen Häftlinge von Jáchymov. Im Juli 1994 begannen auch Prozesse gegen berüchtigte Wärter aus früheren Strafanstalten, wobei sich als erster Angeklagter der mittlerweile 74 Jahre alte ehemalige "Politruk" des Gefängnisses Plzeň-Bory (Pilsen-Bory) zu verantworten hatte.

9.2 Zugang zu StB-Dossiers

Im Mai 1996 erließ das tschechische Parlament ein lange erwartetes Gesetz, dem zufolge jeder ehemalige tschechoslowakische Bürger vom 1. Dezember 1996 bis zum 30. Juni 2000 Einsicht in sein persönliches StB-Dossier nehmen können. Damit hat Prag im Sinne der seinerzeit vereinbarten Gemeinsamkeiten des slowakisch-tschechischen Vertrags vom 29. Oktober 1992 gehandelt und auch Slowaken diese Möglichkeit eröffnet. Nach dem Zerbrechen der Tschechoslowakei war das gesamte schriftliche Material des StB, ausgenommen einige Berichte regionaler Ämter, in Prag verblieben.⁹⁰ Grundsätzlich gehören Archivmaterialien dem Staat, auf dessen Territorium sie sich befinden - was im konkreten Fall bedeutet hätte, daß die Slowakei so gut wie nichts bekommen hätte. Die StB-Dossiers gehörten nach Meinung von Prager Experten nicht zu solchen Archivmaterialien und wurden deshalb teilweise der Slowakei zurückgegeben - allerdings erst nach Abebben der Umzugswelle im Gefolge der staatlichen Trennung.⁹¹

Mit anderen Archiven schien es keine Probleme mehr zu geben, wie aus den Materialien neuerer tschechischer Publikationen zu schließen ist - vielfach akribische Wunderwerke auf solider dokumentarischer Basis. Zugang zu Archiven ist ein Bürgerrecht, das nur durch (von Staat zu Staat unterschiedliche) Sperrfristen beschränkt ist. Das tschechische Archiv-Gesetz stammt von 1974, wurde aber verschiedentlich novelliert. Archivare hielten im Dezember 1989 in Prag und im Oktober 1990 in Zlín Konferenzen ab mit dem Ziel, ein "Tschechisches Archivamt" (Český archivní úřad) zu gründen und diesem die bislang noch beim Innenministerium liegenden Kompetenzen zu übertragen - was als zu teuer und "unseren legislativen Gewohnheiten" nicht entsprechend abgelehnt wurde. Anfang Februar 1992 fand im Akademie-Institut für Zeitgeschichte (Leitung Dr. Vilém Prečan) eine Diskussion darüber statt, wie es in der Tschechischen Republik künftig mit Archiven gehalten werden sollte. Dabei verstrickte man sich in terminologische Detailprobleme, woraus u.a. resultierte, die StB-Dossiers nicht als Archivmaterialien anzusehen. Andererseits hatte das Ministerium dem Prečan-Institut bereits Materialien ausgehändigt, vor allem solche zur Charta 77. Und das wurde wohl

⁸⁹ Vgl. die gekürzte Übersetzung des Berichts in: Osteuropa Nr. 9/1990, S. A 541 - A 549.

⁹⁰ Meldung in: Budování státu Nr. 5/1996, S. 19.

⁹¹ Bericht über die Abmachungen in: Respekt 15.-21.6.1992, S. 4.

Gewohnheitsrecht, wie z.B. Dr. Václav Ledvinka vom "Archiv der Hauptstadt Prag" erläuterte: "Jede Woche geben wir Bürgern und Instituten dreihundert Dokumente über gerichtliche Rehabilitierungen, zweihundert Dokumente über Arbeitslager, hundertfünfzig weitere Dokumente aus". Grundsätzliche Probleme schien es nicht mehr zu geben, Detailprobleme desto mehr: Wem gehören die Archiv der KPĚ, was wird aus Gebäuden und Geldern der alten Parteiarchive, wohin mit den in alten Klöstern entdeckten Aktensammlungen von Kilometern Länge, woher Geld und Mitarbeiter für die neuen Archive, wie sollen die Dokumente vor dem Verfall bewahrt werden?⁹²

9.3 Denkmäler für die Opfer

In Regionen wie Prag 5, in denen die "Konföderation politischer Häftlinge der Tschechoslowakei" besonders aktiv war oder ist, wurden Vorschläge gemacht und gebilligt (mit Gegenstimmen der Kommunistischen Partei Böhmen und Mährens, KSĚM), den ehemaligen Opfern eine rechtliche Anerkennung und vermehrte soziale Fürsorge zukommen zu lassen sowie ihnen Denkmäler oder Gedenktafeln zu setzen - beispielsweise am Krematorium Prag-Motol, wo die Leichen der meisten Hingerichteten eingeäschert wurden.⁹³ Allerdings dürften das Ausnahmen sein. Generell war allgemein bekannt, was mit den Opfern geschah und wo sie verblieben sind - etwa in den Massengräbern entlang der Nordwand des Zentralfriedhofs von Prag-Ďáblice -, was solchen Orten eine besondere Weihe und Würde auch ohne besondere Denkmäler verleiht. Hier reihen sich kleine Grabplatten für Menschen, die nach knapp 30 oder 40 Lebensjahren 1954 ums Leben kamen - was für sich spricht.

Im übrigen sind gerade Böhmen und Mähren so mit häßlichen Denkmälern aus kommunistischer Zeit zugestellt - man denke nur an die pathetischen Kleinplastiken "Wir bleiben treu" mit Schwurhand, die an jeder zweiten Prager Hauswand kleben -, daß es den Tschechen nicht zu verdenken wäre, wenn sie gegen Denkmäler "allergisch" wären. Wenn man die Opfer des Stalinismus ehren will, dann sollte man endlich die meterlangen Stalin-Reliefs am Gipfel des ehemaligen Prager Lenin-Museums entfernen.

9.4 Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens als Nachfolgepartei der KPĚ

Die "Kommunistische Partei Böhmens und Mährens" (Komunistická strana Ěech a Moravy, KSĚM) entstand ursprünglich als tschechische Regionalorganisation der alten KPĚ (KPĚS) und konstituierte sich am 31. März 1990 als eigenständige Partei. Zu ihrem Programm heißt es: "Die Partei bemüht sich um einen demokratischen Sozialismus, der eine Verbindung der Ideale von Demokratie und Humanität, der Menschenrechte und -freiheiten, der sozialen Gerechtigkeit und der Lebenssicherheiten der Werktätigen darstellt. Als Grundlage ihrer Politik erachtet sie wissenschaftliche Erkenntnis, offenen und gleichberechtigten Dialog, demokratische Pluralität, politischen Wettbewerb aller sich gegenseitig respektierenden konstruktiven Kräfte in der Gesellschaft. Sie verwirft Bemühungen um eine Durchsetzung eines Monopols der politischen Macht. Sie will mit ihrer Tätigkeit zur Überwindung der Spaltung der kom-

⁹² Šustrová, Petruška: Archiv versus historická bádání (Archive versus historische Forschungen), in: Respekt 2.-8.3.1992, S. 9.

⁹³ Brabec, Jan: Třetí odboj na Praze 5 (Dritter Widerstandskampf in Prag 5), in Respekt Nr.51, 21.-27.12.1992, S. 3.

munistischen und sozialistischen Bewegung beitragen und sich in das Spektrum linker Parteien als deren Bestandteil einreihen".⁹⁴

KSÈM-Führer ist der Historiker Miroslav Grebenîek (*1947) aus Brno, der in den 80er Jahren Auslandsaufenthalte in Leipzig (1982) und Moskau (1986) absolvierte. Unter seiner Leitung bemüht sich die Partei um ein linksdemokratisches Image zur Verteidigung sozial Schwacher, sozialer Abfederung von Reformen, "Recht auf Arbeit", staatlich "gelenkte Marktwirtschaft" etc. Tatsächlich handelt es sich um eine kommunistische Partei mit kaum aufgearbeiteter kommunistischer Vergangenheit, die für andere als nicht koalitionsfähig gilt. 1989/90 zählte sie 400.000 Mitglieder, die sie zur numerisch stärksten Partei der Republik machten; hinzu kam ein sicherer Wähleranteil von 10 - 15%.⁹⁵

Im Februar 1992 hatte die KSÈM noch 380.000 Mitglieder, Ende 1995 220.000. Trotz dieses unverkennbaren Schwundes bemüht sich die Partei erfolgreich, überall mit Kandidaten präsent zu sein, wo solches nur möglich war - was ihr u.a. in der ganzen Republik 380 Bürgermeisterposten einbrachte. Bei den Parlamentswahlen vom Juni 1996⁹⁶ bekam sie 626.000 Stimmen oder 10,33%. Dieser Anteil war in allen Teilen der Republik, ausgenommen Prag, relativ gleichmäßig: Prag - 7,45%; Nordböhmen - 11,56%; Westböhmen - 11,31%; Ostböhmen - 9,56%; Mittelböhmen - 11,22%; Südböhmen - 11,16%; Nordmähren und Schlesien - 9,78%; Südmähren - 11,16%.

Bei den Juni-Wahlen 1996 verlor die KSÈM 30.000 Stimmen an die rechtsradikalen Republikaner des Miroslav Sládek (SPR-RSÈ), was bei näherem Hinsehen kein Zufall war: Beide Parteien schöpften aus einem weithin identischen Wählerreservoir (Angehörige von Polizei und Armee, Land- und Bauarbeiter, Menschen mit abgebrochenen Bildungsgängen usw.), beide hatten ihre Mitglieder und Wähler überdurchschnittlich fest "an der Leine", beide sind strikt gegen einen Beitritt der Tschechischen Republik zu EU und NATO, und beide sind in ihrer Feindschaft gegen Deutschland vereint. Letzteres ist wörtlich zu nehmen, denn Kommunisten und Republikaner arbeiten aktiv in den "Klubs des tschechischen Grenzlands" (Klub èeského pohraniîí) zusammen - also in einer Organisation, die von den Sicherheitsdiensten als "extremistische Vereinigung" eingestuft wurde.⁹⁷

Im parlamentarischen Alltag der Tschechischen Republik bemüht sich die KSÈM, mit Kritik an der Regierung und eigenen Vorschlägen ihr demokratisches Image zu unterstreichen. Vergleicht man jedoch die Pro-Voten der Regierungspartei ODS mit den Anti-Voten der KSÈM zu ausgewählten Themen und Gesetzen, dann wird sehr schnell deutlich, daß diese KP sich nur wenig gewandelt hat:⁹⁸ (in %)

	ODS (+)	KSÈM (-)
Lustrationsgesetz	90	79
Deutsch-Tschechoslowakischer Vertrag	82	92
außergerichtliche Rehabilitierungen	65	88

⁹⁴ Politické strany a hnutí v ÈSFR 1992 (Politische Parteien und Bewegungen in der ÈSFR 1992), Prag 1992, S. 59.

⁹⁵ Hatschikjan, Magarditsch A./Weilemann, Peter R.: Parteienlandschaften in Osteuropa, Studien zur Politik Bd. 25, Paderborn/München/Wien/Zürich 1994, S. 117.

⁹⁶ Alle Angaben zur Wahl 1996 aus: Mladá fronta dnes 11.6.1996, Sonderbeilage "Volby '96" (Wahlen '96).

⁹⁷ Nêmeèek, Tomáš/Šídlo, Jindøich: Volání ze suterénu (Rufe aus dem Souterrain), in: Respekt Nr. 45, 6.-12.11.1995, S. 9-11.

⁹⁸ Zahlen aus, Respekt Nr. 22, 1.-7.6.1992, S. 7-8.

Wirtschaftsplanung	82 -	58 +
Transformation der Gesellschaft	78	67
Restitution von Kircheneigentum	65	83

In der Tschechischen Republik fanden am 19./20. Juni 1998 vorgezogene Neuwahlen statt, die zwar zwei radikale Parteien aus dem Parlament warfen, ansonsten aber keine Erwartung erfüllten. Die seit Ende 1997 bestehende parlamentarische Krise geht weiter – das in seinem Reformkurs arg verlangsamte Land muß weiter auf starke Politiker mit Ideen und Initiativen warten. Dreizehn Parteien traten zu den Wahlen an, sechs waren von vornherein chancenlos, die anderen ein buntes Spektrum von Linksextremen über die Mitte bis zu Rechtsradikalen.

Präsident Václav Havel hat es lange vorher gewußt. So sehr das Ausland ihn verehrt, so kritisieren ihn die Tschechen – Ende Juni war er nur noch für 57% von ihnen ein "vertrauenswürdiger Politiker".⁹⁹ Havel selber nimmt zu heimischen Verhältnissen auch kein Blatt vor den Mund: Schwache Parteien "kollaborieren" miteinander, anstatt sich argumentativ um Profil zu bemühen und Führungspersönlichkeiten hervorzubringen. Und das reine Verhältniswahlrecht der ÈR, das gegen Havels erklärten Willen 1990 verankert wurde, wird dafür sorgen, daß die bisherige Pattsituation weiterbesteht.¹⁰⁰ Und im Wahlkampf wurde alles offenkundig – Konfrontation der Personen statt der Profile, anstelle von Argumenten "Parolen, Liedchen, persönliche Angriffe und am Ende Hysterie".¹⁰¹

Im Dezember 1997 wurde Klaus auf einem außerordentlichen ODS-Kongreß zum Parteivorsitzenden gewählt und schwor die ODS darauf ein, gegen Neuwahlen einzutreten. Havel, von der Lage unverkennbar angewidert ("die Basis ist unterminiert"), ernannte den parteilosen Bankfachmann Josef Tošovský zum neuen Premier und im Januar 1998 die neue Regierung, die aus Abgeordneten der ODA, der KDU-ÈSL und einigen Unabhängigen zusammengesetzt war. Unter Führung des ehemaligen Innenministers Jan Ruml, der zum Jahresende 1997 eine eigene Abtrünnigen- "Fraktion" innerhalb der ODS gebildet hatte, konstituierte sich nun die Freiheitsunion (Unie svobody, US) als neue Mitte-Rechts-Partei.

Präsident Havel traf sich mit den Parteien, außer Kommunisten und Radikalen, und beschwor sie, der Regierung das Vertrauen auszusprechen, da sonst die Neuwahlen erschwert würden. Am 10. April 1997 entschied Havel, daß die Neuwahlen am 19. und 20. Juni 1998 stattfinden sollten.

Dreizehn Parteien traten zur Wahl an, von denen sechs von vornherein chancenlos waren: Unabhängige, Demokratische Union (DEU), Bürgerkoalition (OK), Mährische Demokratische Partei (MDS), Tschechische Nationalsozialistische Partei (ÈSNS) und Grüne (SZ). Vor dem Parlament war für sie die Fünfprozent-Hürde zu hoch, vor der Staatskasse die Dreiprozent-Hürde – die genommen werden mußte, um pro Wählerstimme 90 Kč zu kassieren.

Die anderen Parteien waren als Organisationen zwar sehr "jung" (da erst nach 1989 entstanden), beriefen sich aber teils auf sehr alte Traditionen. Im einzelnen handelte es sich um folgende Gruppierungen:

⁹⁹ Bericht und Graphik, in: Právo 25.6.1998, S. 2.

¹⁰⁰ Václav Havel (Interview), Pøejí si, aby strany vzkvétaly (Ich wünsche mir, daß die Parteien blühten), in: Respekt, Nr. 15, 6.-13.4.1998, S. 12-13.

¹⁰¹ Bericht in: Lidové noviny (LN), 17.6.1998, S. 3.

- ODS: Aus dem ursprünglichen Bürgerforum (OF), dem eigentlichen "Motor" der "samtenen Revolution" von 1989 stammend, war sie von Václav Klaus auf einen Mitte-Rechts-Kurs gebracht worden und jahrelang unangefochtene Regierungspartei. In die Wahlen von 1996 war sie mit beträchtlichem Selbstbewußtsein gegangen – und schwer enttäuscht aus ihnen hervorgekommen: Sie mußte eine Koalition bilden, wofür die Partner acht Ministerposten verlangten, was von Anfang an für ein gereiztes Koalitionsklima sorgte. Finanzskandale und die Entdeckung geheimer "Schweizer Konten" brachten die Partei in Verruf, und der Ruf nach einem Rücktritt Klaus' wurde laut. Kurz darauf mußte die Regierung zurücktreten, und nach dem Willen des Parteichefs sollte sich die ODS in "konstruktiver Opposition" üben. Ruhe kehrte in der Partei nicht ein, vielmehr kam es zu der erwähnten Abspaltung der Ruml-Fraktion. Zu Jahresbeginn 1998 war die ODS auf einem Tiefpunkt, konnte sich aber wieder erholen, so daß ihr Comeback wahrscheinlich wurde.¹⁰²

- ÈSSD: Die Sozialdemokratie beruft sich auf eine Tradition seit 1878, erwähnt aber nicht gern, daß in den ersten Nachkriegsjahren sozialdemokratische Kollaborateure für eine Vereinigung mit den Kommunisten sorgten. In ihrer gegenwärtigen Form besteht die Partei seit dem 19. November 1989. Bei den ersten Wahlen 1990 erreichte sie ein so miserables Ergebnis, daß sie nicht einmal ins Parlament gelangte. 1992 kam sie hinein, und 1993 begann sie unter dem neuen Vorsitzenden Miloš Zeman ihren Weg zur stärksten tschechischen Partei. Zeman gilt als cholischer Despot, der mit Widersachern kurzen Prozeß macht – etwa mit Karel Machovec, 1995 bis 1997 Vize-Parteichef, danach eine "politische Leiche", weil er für den Haushaltsentwurf der Regierung gestimmt hatte. Selber hat sich Zeman indessen Eskapaden und Affären erlaubt – etwa sein legendärer "Koffer", in dem er angebliche Beweise für den politischen Mißbrauch des neuen Geheimdienstes gesammelt hatte, oder die "Bamberger Affäre" vom Frühjahr 1998, als der Parteichef mit nebulösen Finanziers um "Geldspritzen" verhandelte.¹⁰³

- KSÈM: Im Wahlkampf hatte Václav Klaus einmal gesagt, er sei "seit dem Weltkrieg der erste Regierungschef ohne kommunistische Vergangenheit", aber er wußte, daß es in seiner Partei wie in allen anderen ungezählte Ex-Kommunisten gibt.¹⁰⁴ Umgekehrt höhnte Vize-Parteichef der KSÈM Miroslav Randsdorf, daß es nur in seiner Partei keine "ehemaligen Kommunisten" gäbe. Er hatte völlig recht: Im ganzen postkommunistischen Osteuropa gibt es kaum eine zweite Partei, die in Namen, Stil und Mitgliedschaft so bruchlos in altkommunistischen Bahnen weitermarschiert. Dabei konnte sie stets auf beträchtlichen Wählerrückhalt zählen und war – bis zum Aufstieg der ÈSSD – in mehreren Wahlen zweitstärkste Partei geworden. Dennoch steckt sie seit 1989 in einer politischen Isolation, denn sie ist für keine andere Partei koalitionsfähig. Im Juni 1993 kam Miroslav Grebeníèek an die Parteispitze – als angeblicher Repräsentant eines "liberalen" Parteiflügels. Tatsächlich ist er ein beinhardter Dogmatiker, der "die Insel der Freiheit", Kuba, als "Vorbild" propagiert, die Verbrechen des Kommunismus systematisch bagatellisiert, gegen die Privatisierung von "strategischen" Betrieben, gegen den NATO-Beitritt der ÈR, gegen die Deutsch-Tschechische Deklaration etc. agitiert. Vize-Parteichef Václav Exner und Fraktionschef Vojtìch Filip wurden als ehemalige Spitzel des kommunistischen

¹⁰² Pitrová, Zuzana: Zvládne ODS svùj politický comeback? (Schafft die ODS ihr politisches Comeback?), in: LN, 16.6.1998, Wahlbeilage S. II.

¹⁰³ Kalenská, Renata: ÈSSD se tiší, že poprvé po listopadu zasedne do vlády (Die ÈSSD freut sich, daß sie erstmalig nach dem November 1989 in der Regierung sitzt), in: LN, 16.6.1998, Wahlbeilage S. III.

¹⁰⁴ Šidlo, Jindøich: Kolik nás tam bylo (Wieviele von uns waren dabei), in: Respekt, Nr. 23, 1.-7.6.1998.

Staatssicherheitsdienstes StB enttarnt. All dies schadete der Partei überhaupt nicht, und für die Wahl rechnete Grebeníèek mit "mindestens" 12 bis 15% Stimmen.¹⁰⁵

- KDU-ÈSL: Die Partei ist in gewisser Weise die Nachfolgerin der 1918 aus einer Fusion mehrerer katholischer Parteien entstandenen Tschechoslowakischen Volkspartei (ÈSL), die 1945 im Rahmen der kommunistisch dominierten Nationalen Front agierte und nach 1948 von ihrem Vorsitzenden Josef Plojhar zu einem treuen Satelliten der regierenden Kommunisten wurde. Nach 1989 wurde sie von dem neuen Vorsitzenden Josef Bartonèik auf eine christlich-soziale Richtung gebracht – die sie auch beibehielt, nachdem Bartonèik 1990 als ehemaliger StB-Zuträger entlarvt wurde. Neuer Vorsitzender wurde im September Josef Lux. Im März 1992 vereinigten sich ÈSL und Christlich-Demokratische Union (KDU), woraus die Partei in ihrer gegenwärtigen Gestalt entstand. Dem jungen Parteichef Lux gelang es, die Partei im allgemeinen Bewußtsein als "ruhige Kraft" positiv zu verankern. Lux hatte in den letzten Monaten die Partei von der ODS hinweg und zur ÈSSD hin geführt, was sich nach der Wahl als Hindernis erweisen könnte: Etwa die Hälfte der Parteimitglieder gilt als entschieden gegen eine Koalition mit den Sozialdemokraten eingestellt, die der Vorsitzender befürwortet.¹⁰⁶
- SPR-RSÈ: Die 1989 gegründete, 1992 (über 7%) und 1996 (8%) sicher ins Parlament gekommene Partei machte sich in der Öffentlichkeit einen Namen mit "scharfen Ausfällen gegen Roma, Deutsche und Juden und häufige Konflikte mit dem Gesetz". Von Anfang an leitete die Partei der heute 47jährige Miroslav Sládek, vor der Wende Beschäftigter "im Tschechischen Amt für Presse und Information, das faktisch als staatliche Zensur fungierte". Neben Sládek genießen noch Jan Vik, Generalsekretär und Sprecher der Partei, und der Abgeordnete Josef Krejsa einen gewissen Bekanntheitsgrad; Krejsa ist auch Chefredakteur des Parteiblatts "Republika", das er ganz auf seine extreme Xenophobie ausgerichtet hat. Parteichef Sládek wurde international bekannt, als er im Januar 1997 auf einer Demonstration gegen die Deutsch-Tschechische Deklaration verkündete, "wir können es nur bedauern, daß wir im Krieg so wenige Deutsche umgebracht haben" (muž eme litovat jen toho, ž e jsme Nìmcù ve válce zabìli málo). Die Deklaration selber bezeichnete Sládek als "Vollendung der Pläne Adolf Hitlers", und die tschechische Regierung nannte er "verräterisch". Andererseits hat er, wie das Tschechische Fernsehen in einer Dokumentation nachwies, 1991 den Deutschen Schönhuber, Parteigründer der Republikaner in Deutschland, um "finanzielle Unterstützung ersucht".¹⁰⁷ In ihrer "ambivalenten" Einstellung zu Deutschland waren die Republikaner häufig aufgefallen, z.B. 1995, als Fraktionschef Vik Flugblätter verteilen ließ, auf denen der Text eines angeblichen deutsch-tschechischen Vertrags über die Rückerstattung von Eigentum an Sudetendeutsche abgedruckt war.¹⁰⁸
- US: "US? Heißen die wirklich so?", hatte Václav Klaus Ende 1997 lachend gefragt. Kurz darauf dürfte ihm das Lachen vergangen sein, als die neue Protestpartei zeitweilig auf 18% Wählerpräferenz stand. Gestartet war die Partei als "ideelle Plattform in der ODS"

¹⁰⁵ Sedlák, Gabriel: Komunisté chtìjí pryè z izolace (Kommunisten wollen aus der Isolation heraus), in: LN, 16.6.1998, Wahlbeilage S. III.

¹⁰⁶ Korecký, Miroslav: Klidná síla bude velmi neklidnì oèekávat výsledek voleb (Die ruhige Kraft wird sehr unruhig das Wahlergebnis erwarten), in: LN, 16.6.1998, Wahlbeilage S. II.

¹⁰⁷ Šidlo, Jindøich: Ktož jsú bož í bojovníci (Wer Gottes Streiter sind), in: Respekt, Nr. 16, 14.-19.4.1998, S. 4; der Titel ist einem altschechischen Kampflied aus der Hussiten-Zeit entlehnt, das bei Parteitagen der Sládek-Republikaner als eine Art Parteihymne gespielt wird, W.O..

¹⁰⁸ Hubièka, Filip: S dominantním vůdcem v èele proti Romùm, Židùm a Nìmcùm (Mit einem dominanten Führer an der Spitze gegen Roma, Juden und Deutsche), in: LN, 16.6.1998, Wahlbeilage S. IV.

auf dem Sonderparteitag, der im Dezember 1997 in Podìbrady stattfand – vierzehn Tage nach dem Sturz der Regierung Klaus. Leitende Figuren der Gruppe waren Ex-Innenminister Jan Ruml, der auf dem Kongreß erfolglos für den ODS-Vorsitz kandidiert hatte, und Finanzminister Ivan Pilip – also die beiden Rebellen, die bereits im November Klaus wegen ungeklärter Finanzskandale zum Rücktritt aufgefordert hatten. Anfang 1998 schieden einige ODS-Abgeordnete aus der Fraktion ("Abgeordnetenklub") aus und gründeten eine eigene, die sich "Klub Freiheitsunion" nannte. Im Frühjahr 1998 wurde die US in Litomyšl offiziell gegründet, und in Umfragen legte sie so rasch zu, wie die ODS fiel und zeitweilig unter 10% stand. Die US erlebte ein "Zwischenhoch" als pointierte Anti-Links-Partei, strenge Befürworterin einer wirklichen Marktwirtschaft und scharfe Kritikerin von Klaus' reformfeindlicher Subventionspolitik.¹⁰⁹ Das schlug ins Gegenteil um, als ODS und US in einen harten "inflight" gingen: ODS kletterte wieder auf 18%, US stieg zur Fünfprozent-Hürde ab. Allerdings sah es zeitweilig so aus, als sei die neue Partei ihr eigener Feind – Abgeordnete stritten sich in aller Öffentlichkeit, US-"Medienstar" und Minister ohne Geschäftsbereich Vladimír Mlynáø wäre fast über seine halblegalen Geheimdienstkontakte gestolpert. Davon unberührt blieb das Ziel der US, "die Rechte wieder zu integrieren und eine Mauer gegen den Machtantritt der Linken zu errichten".¹¹⁰

- Rentner für Lebenssicherheiten, DŽJ: Die Partei mit diesem wunderlichen Namen begann ursprünglich im Dezember 1989 als Initiative für einen "Gewerkschaftsverband der Rentner", die am 14. März 1990 als "Bewegung der Rentner für Lebenssicherheiten" amtlich registriert wurde. Der eigentliche Gründungskongreß fand zwei Jahre später statt, die Umwandlung in eine Partei nach einem weiteren Jahr. In den Anfangszeiten hatte die Partei 5.000 Mitglieder, im Frühjahr 1998 bereits 55.000. An der Spitze der DŽJ steht seit 1996 der derzeit 68jährige Eduard Kremlìeka, vor 1989 ein hoher Armee-Offizier, später Spitzenfunktionär des paramilitärischen Verbands Svazarm. Unter ihm wurde die Partei, die 1996 ganze 3,09% Wählerstimmen bekommen hatte, bekannt und von den Medien beachtet – als vorgeblicher Verteidiger der Rentner gegen die "asoziale Politik". Allgemein galt die DŽJ-Führung als Sammelbecken ehemaliger hoher KPÈ-Funktionäre, und programmatisch stand die Partei der KSÈM am nächsten (in Detailfragen wie der Befürwortung der Todesstrafe aber auch den Republikanern), schloß indessen eine Koalition mit der ÈSSD nicht aus.¹¹¹ Unter ihren Kandidaten wurden mehrere ehemalige StB-Zuträger entdeckt, und allgemein hieß es von der DŽJ, "die Partei hat keine Persönlichkeiten, keine Fachleute, sie stellt nur unerfüllbare Forderungen".¹¹²

Alle diese Parteien wurden in den Monaten vor den Wahlen von den Meinungsforschern sehr genau beobachtet, wobei sich die Präferenzen wie folgt änderten (%/ Monat).¹¹³

¹⁰⁹ Ivan Pilip (Interview), Nìjak spoledì ž ít (Irgendwie zusammen leben), in: Respekt, Nr. 21, 18.-24.5.1998, S. 12.

¹¹⁰ Drábek, Ondøej: Strom, na nìmž sedí modří ptáci (Der Baum, auf dem die blauen Vögel sitzen), in: LN, 16.6.1998, Wahlbeilage S. IV.

¹¹¹ Vgl. die interessante Zusammenstellung, Jak se liší odpovìdi stran na 50 konkrétních otázek (Wie sich die Antworten der Parteien auf 50 konkrete Fragen unterscheiden), in: LN, 16.6.1998, Wahlbeilage S. VIII. In dieser Aufstellung fehlten indessen die Republikaner, W.O..

¹¹² Korecký, Miroslav: Dùchodcovská lobby se dere na výsluní (Die Rentnerlobby reißt sich um die Sonnenseite), in: LN, 16.6.1998, Wahlbeilage S. V.

¹¹³ Tabelle in: MFD, 9.6.1998.

Partei	I	II	III	IV	V	VI
ÈSSD	29	29	25	25	22	22,5
ODS	15	10	10	11	14	15
KSEM	9	8	8	10	8,5	7,5
KDU-ÈSL	11	8,5	8	8	6	7
US	-	10	13	12	9	7
DŽJ	0,5	1,5	1,5	5	10	7
SPR-RSE	3,5	6	5,5	5	4	4

Die Wahlveranstaltungen aller Parteien waren zumeist so theatralisch-nichtssagend, daß die Presse sie in aller Regel nur noch ironisch kommentierte.¹¹⁴ Die Slogans der Parteien waren peinlich oder unfreiwillig komisch, oft beides.¹¹⁵ Die (wenigen) politischen Aussagen waren an den Haaren herbeigezogen: ÈSSD-Chef Zeman verglich die aktuelle Lage mit einer Stätte der "verbrannten Erde", der Kommunist Grebenìek sah "Menschen sogar in Aschenkübeln wühlen, weil sie nichts zu essen haben". Aber hier war man offenkundig obskuren Umfragen erlegen, denen zufolge "seit Ende letzten Jahres die Zahl der Leute, für die das jetzige demokratische Regime mehr Vorzüge als der Kommunismus hat, unter fünfzig Prozent der Bevölkerung gefallen ist". Natürlich gab es solche Ansichten, und Zeman kam ihnen entgegen, mehr noch DŽJ-Chef Kremlièka, aber sie hatten keine reale Basis: Vor dem November 1989 hatten 6% aller Haushalte unter der Armutsgrenze gelebt, 1996 nur noch 3%, und an zahllosen Details war nachzuweisen, daß die Tschechen unvergleichlich besser als früher lebten.¹¹⁶

Daß überhaupt solche populistischen Spiegelfechtereien eine Rolle spielen konnten, lag an der argumentativen Armut des gesamten Wahlkampfes.¹¹⁷ Das von Klaus größtenteils selber verfaßte Wahlprogramm der ODS enthielt als einzige neue Idee, eine für alle gleiche Steuer in Höhe von 20% der Einkünfte einzuziehen – wovon die Partei aber bald wieder abrückte, als sie sich erst später die Verluste ausrechnete, die der Staat bei einer solchen Steuerregelung hätte.¹¹⁸ Dabei gab es gleich zwei gewichtige Gründe, über Wirtschaftsfragen tiefgehender und kompetenter zu sprechen. Zum einen waren alle am Wahlkampf Beteiligten der Ansicht, es müsse etwas zur Gesundung der tschechischen Wirtschaft getan werden. Zum zweiten war die Mehrheit der Menschen schon vor den Wahlen überzeugt, daß die nötige Gesundung in den nächsten zwölf Monaten nicht eintreten werde. Nach Parteipräferenzen verteilte sich dieser Pessimismus wie folgt (in %):¹¹⁹

¹¹⁴ Èápková, Hana et al: Volte s úsmìvem (Wählt mit einem Lächeln), in: Respekt, Nr. 24, 8.-14.6.1998, S. 9-11.

¹¹⁵ Aufstellung, in: Mladá Fronta Dnes (MFD), 12.6.1998, S. 5.

¹¹⁶ Švehla, Marek: Za komunistù bylo lépe (Unter den Kommunisten war es besser), in: Respekt, Nr. 22, 25.-31.5.1998, S. 9-11.

¹¹⁷ Holub, Petr: Ve víru politické vášni (Im Wirbel politischer Leidenschaft), in: Respekt, Nr. 21, 18.-24.5.1998, S. 9.

¹¹⁸ Nìmeèek, Tomáš: Hodina nudy a rovná daò (Eine Stunde Langeweile und gleiche Steuer), in: Respekt, Nr. 19, 4.-10.5. 1998, S. 3.

¹¹⁹ Nach einer Graphik in: Lidové Noviny (LN), 15.6.1998.

Partei	Optimisten	Pessimisten
ODS	35	63
US	35	66
KDU-ÈSL	22	75
SPR-RSÈ	14	85
ÈSSD	14	83
DŽJ	11	87
KSÈM	8	90

"Die Tschechen sind gewöhnt, alles auf die Politiker abzuwälzen. Aber die sind auch nur so wie wir alle. Das heißt: faul, bequem, ungebildet, unverantwortlich, zynisch und abgefeimt", bemerkte ein Kritiker bissig und rechnete vor, wohin alles trieb: Das Wirtschaftswachstum wird bis zum Jahr 2000 unter einem Prozent liegen, während es "im benachbarten Polen im letzten Jahr sieben Prozent erreichte und heuer nur wenig niedriger sein wird".¹²⁰ Das alles war seit Anfang 1997 durchaus bekannt, aber die Regierungen schufen einfach nicht die nötigen Veränderungen im Rechtssystem, die es dem Markt erlaubt hätten, Wirtschaftsprobleme selbstregulierend zu lösen.¹²¹ Und gerade unter ökonomischem Aspekt waren "die Programme der hiesigen Parteien so oberflächlich und nebe lhaft".¹²²

Das Ausscheiden von Kremlièkas DŽJ und von Sládeks Republikanern, denen Umfragen noch eine Woche vor den Wahlen 13 bzw. 17 Sitze prognostiziert hatten,¹²³ wurde allgemein freudig begrüßt – bei letzteren auch von Strafverfolgungsbehörden, die bislang durch die Immunität der Abgeordneten daran gehindert waren, sich näher mit vermutlich illegalen Finanzpraktiken dieser Partei zu befassen. Zunächst einmal bekam sie jedoch Geld, nämlich die erwähnten 90 Kè pro Wähler (am 23. Juni 1998 war der Kurs für 1 DM 18,47 Kè). Im einzelnen verteilten sich diese "Staatszuschüsse" wie folgt:¹²⁴

Partei	Stimmen	Zuschuß (Kè)
ÈSSD	1.928.660	173.579.400
ODS	1.656.011	149.040.990
KSÈM	658.550	59.269.500
KDU-ÈSL	537.013	48.331.170
US	513.596	46.223.640
SPR-RSÈ	232.965	20.966.850
DŽJ	182.900	16.461.000

Interessant war die regionale Differenzierung der Wählervoten, da diese ein aufschlußreicher Indikator für das dreifache Dilemma der postkommunistischen ÈR ist: Zum einen gibt es ein Entwicklungsgefälle der Großregionen – Böhmen prosperiert, Mähren verliert. Zum zweiten

¹²⁰ Macháèek, Jan: S uèbnicemi mezi mlýnské kameny (Mit Lehrbüchern zwischen Mühlsteine), in: Respekt, Nr. 11, 9.-15.3.1998, S. 2.

¹²¹ Kokout, Pavel: Rok s balèkem (Das Jahr mit dem Paket), in: Respekt, Nr. 18, 27.4.-3.5.1998, S. 6.

¹²² Macháèek, Jan/Holub, Petr: Království za hlas (Ein Königreich für eine Stimme), in: Respekt, Nr. 25, 15.-21.6.1998, S. 9-11.

¹²³ Zahlen und Graphiken in: LN 12.6.1998, S. 1.

¹²⁴ Tabelle in: LN, 22.6.1998, S. 4.

besteht eine direkte Korrelation sozialer Benachteiligung und Wählervoten – je höher die Arbeitslosigkeit, desto höher die Stimmenanteile der Radikalen. Und zum dritten werden hier die konzeptionellen Fehler des (Pseudo)Marktwirtschaftlers Václav Klaus deutlich: Weil er von Marktwirtschaft mehr redete als dafür tat, mußte er Arbeitslosenunterstützung zahlen – aber Arbeitslose wählten ihn nicht. Im Detail ergab sich folgendes Bild (in %):¹²⁵

Region	ÈSSD	ODS	KSÈM	KDU-ÈSL	US
Prag	23,44	42,45	6,99	6,15	13,38
Mittelböhmen	32,70	29,94	11,52	6,50	7,90
Südböhmen	31,11	28,34	11,50	9,89	8,54
Westböhmen	32,72	27,74	11,73	6,82	8,37
Nordböhmen	34,71	26,26	12,59	4,14	7,80
Ostböhmen	29,94	27,73	10,00	11,56	9,07
Nordmähren	38,98	22,56	11,26	9,14	6,25
Südmähren	31,81	22,99	12,34	13,50	8,52

Wie bereits 1996, so war auch 1998 die Neigung Nordböhmens zu radikalen Voten deutlich: In dieser Region, die zu kommunistischen Zeiten Industriebetriebe und Gruben in Fülle beherbergte, hatten die Kommunisten ihre höchsten Ergebnisse, und selbst die Republikaner kamen hier mit 6,11% deutlich über die Fünfprozent-Hürde. Es gibt in der ÈR mehrere solcher Rückzugsregionen, die sich aus obiger Tabelle leicht lokalisieren lassen. Einstweilen freuen sich Parteien wie die ÈSSD über ihre dort erzielten Spitzenwerte, aber das Gefühl potentieller Gefahren für die tschechische Demokratie ist doch auch vorhanden.¹²⁶ Dafür sorgen schon die Soziologen, die aus der Analyse der Wahlergebnisse ein paar einleuchtende "Gesetzmäßigkeiten" herausdestillierten: Je höher die Arbeitslosigkeit einer Region, desto signifikanter radikale Stimmenanteile – proportional zur Einkommenshöhe fallen die Voten für ÈSSD oder ODS aus. Je mehr die Durchschnittseinkommen unter 10.000 Kè liegen, desto besser plaziert sich die ÈSSD – wo man 11.000 bis 14.000 Kè und mehr monatlich verdient, also vor allem in Teilen Prags und in Èeské Budjovice (Budweis), dort steht man eisern zur ODS.¹²⁷

Nach Sozial- und Altersgruppen hatte die ÈSSD in Städten und Dörfern, bei Studenten und Arbeitern, bei Erstwählern und Beschäftigten im Schulwesen 30 und mehr Prozent bekommen, am deutlichsten bei Arbeitern (42%) und Armeeingehörigen (39,5%). Die ODS lag bei Unternehmern bei 46%, in Städten bei 31% und bei Erstwählern bei 28%. Extremisten von links und rechts konnten bei ausgewählten Gruppen überdurchschnittliche Voten erringen (in%):¹²⁸

¹²⁵ Zahlen und Graphiken in: Právo 22.6.1998, S. 3.

¹²⁶ Detailliert Kontra, Martin: Místo, kde bych nechtìl bydlet (Ein Ort, an dem ich nicht wohnen möchte), in: Respekt, Nr. 20, 11.-17.5.1998, S. 9-10.

¹²⁷ Lesková, Ivana/Marek, Tomáš: Volby velmi silnì ovlivnila ekonomika (Die Wahlen wurden sehr stark von der Wirtschaft beeinflusst), in: MFD, 25.6.1998, S. 14.

¹²⁸ Zahlen in: MFD, 22.6.1998, S. 8.

Sozialgruppe	Kommunisten	Republikaner
Dorf	13,5	6,8
Ältere (60 J. +)	18	2
Arbeiter	13	9
Armeeangehörige	10,8	14,0
Schulwesen	10,9	3,9

10. Wie beharrlich ist die "postkommunistische Mentalität"?

Und was wird sein, wenn alles aufgearbeitet ist, was überhaupt nur aufzuarbeiten ist? Eine Antwort darauf hat der Prager Soziologe Jindřich Fibich (*1922) in seinem bemerkenswerten Aufsatz über die "postkommunistische Mentalität" versucht, der hier abschließend referiert werden soll.¹²⁹

Es geht um das retardierende Gewicht menschlicher "mentaler Infrastruktur" in der postkommunistischen Übergangsphase, deren ohnehin lange Dauer - Zbigniew Brzezinski: "Die Ablösung vom Kommunismus wird solange dauern wie der Kommunismus selber" - durch sie noch beträchtlich gestreckt wird: Die "'realsozialistischen' Denk- und Verhaltensstereotypen des Menschen" sind durch das politische Ende des Kommunismus keineswegs verschwunden; sie haben vielmehr in der postkommunistischen Gesellschaft "Hybride" gebildet, die nun deren Ausformung im politisch erwünschten Sinne erschweren.

Die Charakteristika des "Sozialismus" wurden von Stalin gebildet, später "modifiziert": "pau-schale und ideologische Faktoren von Macht und Klasse". Für die alltägliche Realität "realso-zialistischen" Lebens folgten daraus einige allgemeine Züge: "archaischer Utilitarismus" mit antiintellektueller Ausprägung, "intolerante Verabsolutierung der Partei", "Vergötterung alles Weltlichen", "Wille zur Nivellierung", "Mangel an moralischer Entschiedenheit und Verant-wortung" und "Glaube an die Allmacht des Dirigismus und der Großorganisationen".

Diese Natur des "Realsozialismus" (erläuterte Fibich in Übereinstimmung mit dem Deutschen H. J. Maaz und anderen Autoren) führte dazu, daß alle zugleich Opfer und (Mit)Täter waren - Opfer von Repression, Manipulation, Kontrolle und Kommandierung, (Mit)Täter durch An-passung, Kollaboration, Verbergen, Denunziationen etc. Darüber hinaus differenzierte sich die Gesellschaft in einige "Grundtypen" samt entsprechenden Organisations- und Denkpro-filen: "Machtmenschen" (Nomenklatur), "Karrieristen" (persönlicher Erfolg ohne innere Bin-dung an die Ideologie), "Mitläufer" (untertänige Anpassung), "Oppositionelle" und "Dissi-denten" (in Wissenschaft, Kultur und Kirche) und "Utopisten" (mit einer Fülle divergierender Ideale).

Diese charakterlichen Deformationen (so Fibich weiter) verstärkten im spezifischen Falle früher erworbene "negative Züge des tschechischen Nationalcharakters" (negativní rysy české národní povahy): "Kollaboranten-Ängstlichkeit" (kolaborantská ustrašenost), "lakaienartige Willfährigkeit" (lokajské přísluhovaeství), "Maskierung moralischer Schwächen durch ideelle Heuchelei" (maskování morálních slabín ideovou pøetvãrkou), "Hinüberwachsen nationaler und moralischer Resignation in eine Abkehr von nationalen und traditionellen Werten" und andere mehr. Andere Völker mögen andere Erschwernisse für die postkommunistische Trans-

¹²⁹ Fibich, Jindřich: Postkomunistická mentalita (Postkommunistische Mentalität), in: Mezinárodní vztahy Nr. 1/1995, S. 70-76.

formation bereithalten, aber generell gilt: "Je weiter nach Osten, desto größer der Einfluß so-wjetisch-imperialer Muster. Je geringer die verschiedenen Elemente von Demokratismus in der dem Realsozialismus vorhergehenden Periode, desto größer und tiefergehend die Resi-duen von Autoritarismus und Totalität. Je niedriger der Grad der Industrialisierung und je größer das Übergewicht des Landes über die Städte, desto größer das Übergewicht von Irra-tionalismus über Rationalismus und von Totalität über Differenzierung".¹³⁰

Weil das so ist, offenbart sich eine "trügerische und gefährliche kognitive Dissonanz": Zum einen wird die gesamte Transformationsproblematik verengt auf "einen möglichst raschen Übergang von der Gesellschaft der Gewalt und des Mangels zu einer Gesellschaft der Freiheit und des unbegrenzten Konsums". Zum zweiten will man "möglichst rasch die elitäre und massenhafte Neigung (...) zu verschiedenen Sicherheiten und Fiktionen des realen Sozialis-mus vergessen". Kaum jemand ist bereit, alte Denk- und Verhaltensschablonen abzulegen, und diese kollektive Unwilligkeit ist nicht nur die schwerste Bürde der systemaren Transfor-mation, sondern auch letztlich Ursache dafür, daß die im Westen bewährten Mittel von Marktwirtschaft und Demokratie im Osten häufig fehlschlagen (selhávati) oder zu "wunderli-chen Deformationen" führen. So entsteht eine Kluft zwischen formal neuen Strukturen in In-stitutionen und einer im Grunde unveränderten "mental und persönlichen Infrastruktur". Letztere exemplifizierte Fibich an einigen Umfrageergebnissen aus Polen vom Jahre 1992: Ein Viertel der Menschen wünschte sich ein "autoritatives Regime", fast die Hälfte sogar einen "starken Führer"; die "Mehrheit der Leute" glaubte, "daß der Kommunismus durch eine andere Form der undemokratischen Macht ersetzt wurde", "fünfzig Prozent halten die Demo-kratie nur dann für zweckmäßig, wenn sie ihnen Reichtum bringt" usw.¹³¹

In der "ehemaligen DDR" hinterließ der Kommunismus vor allem "Ruinen und mentale Ver-wüstungen", wozu nun die "postkommunistische Kultur oberflächlich loyaler Untergebener mit gelähmtem Leistungswillen" kommt, wie Fibich anhand innerdeutscher Produktivitäts-vergleiche belegte: Ostdeutsche Arbeitsproduktivität "erreicht knapp 50% der westdeut-schen". Überall in Osteuropa sah der tschechische Analytiker (in Übereinstimmung mit einer polnischen Autorin) einen "bestimmten Typ von Zynismus und Apathie" wachsen, dazu eine radikaler werdende Rückwendung der "Eliten" zu den Vorstellungen vom "Staat", wie sie im 19. Jahrhundert üblich waren. Ähnlich halten es die Menschen, so daß Gruppenegoismus und Freund-Feind-Denken samt Simplifizierungstendenzen jede Art vom "Problemlösungen" bestimmen. Und das alles, so Fibich, pervertiert die offiziell als Ziele akzeptieren "Demokra-tie, Marktwirtschaft, Europäertum" in der postkommunistischen Realität zu "Pseudo- oder Als-ob"-Surrogaten: Was immer als Schritt zu diesen Zielen hin ausgegeben wird, entpuppt sich in Wirklichkeit als deren Verfälschung - "was Freiheit der Äußerung und Formung der öffentlichen Meinung genannt wird, ist gemeinhin eher ein fortdauerndes Funktionieren von emotionalen und expressiven Stereotypen", und so ähnlich ist es in allen Lebensbereichen.¹³²

Eine Besserung sei, so Fibich abschließend, für die absehbare Zukunft nicht zu erwarten: Ehemalige "Nomenklaturkader" haben sich hinter "angeblichem Expertentum" verschanzt und pflegen ihre Seilschaften, künstlich geschürte Leidenschaften und Haß begünstigen politi-schen Radikalismus, politische und andere Gegner werden wie früher bedroht, Einkommen und Informationen werden in mafiöser Geschlossenheit verteilt. Solche bewußten Aktionen korrelieren mit "unterbewußten Aggressionen": Soziale Sicherheit verbindet sich "mit gewis-

¹³⁰ Fibich, Postkomunistická, a.a.O., S. 73.

¹³¹ Fibich, Postkomunistická, a.a.O., S. 73 ff..

¹³² Fibich, Postkomunistická, a.a.O., S. 74 ff..

sen Zügen des realen Sozialismus", "Mitschuld-Komplexe" werden aggressiv übertönt, es wächst der "Infantilismus in Politik und zwischenmenschlichen Beziehungen", für alle Fälle sucht und findet man "äußere Feinde und Haßobjekte". Mit anderen Worten: Die vom Kommunismus geerbten Phänomene wie "emotionale und kulturelle Unreife (und) Neigung zu primitiven eindimensionalen Modellen des Menschen und der Gesellschaft" werden weiterhin "absichtsvoll gepflegt".¹³³

11. Zusammenfassung

1. Nur die Tschechoslowakei hatte mit ihrem reformkommunistischen Experiment des "Prager Frühlings" von 1968 eine Art "Muster", wie nach 1989 die postkommunistische Neubesinnung auszusehen habe. Das galt besonders für den Umgang mit den Medien und die Aufdeckung kommunistischer Repression bei der Verfolgung Andersdenkender. Hinzu kam, daß es gerade in diesem Land eine sehr weit verzweigte, intellektuell reife Dissidentenszene gab, die sich auf ein allgemeines antikommunistisches Sentiment (wie es nach dem Scheitern des "Prager Frühlings" entstanden war) stützen konnte und zudem Verbindung zur politischen Emigration im Westen hielt. Alle diese Umstände förderten die Revolution und den ihr folgenden Neubeginn.
2. Charakteristisch für die postkommunistische Tschechoslowakei war weiterhin, daß man sich dort verhältnismäßig wenig Illusionen machte, der Neubeginn werde leicht und problemlos sein. In diesem Land gab es mehr als anderswo Warner, die die Problematik mit einem hochkontaminierten Gewässer verglichen, in das zwar keine giftigen Abwässer mehr eingeleitet würden, das aber auf lange Zeit vergiftet bliebe. Diese Gedanken entsprachen westlichen Überlegungen, die die Langzeitwirkung von kommunistischen Doktrinen und Zwängen auf Verhaltens-, Denk- und Aktionsweisen breiter Gesellschaftskreise in Rechnung stellten: Die Menschen sind von der Fülle neuer Entwicklungen überfordert, sehnen sich nach der Minimal-Versorgung aller unter dem Kommunismus zurück und sind noch weit davon entfernt, jene "zivilisatorische Kompetenz" zu entwickeln, die das Hauptelement eines erfolgreichen Systemwandels ist.
3. Gerade die in der tschechischen Gesellschaft zählebigen Denk- und Verhaltensstereotype haben die Reformer zu einer Radikalität angestachelt, die sich in frühen Aktionen und langfristigen Konzepten niederschlug: Nirgendwo wurde die kommunistische Geheimpolizei so rasch wie hier aufgelöst, nirgendwo der Kommunismus mit parlamentarischen Deklarationen so rückhaltlos verurteilt, nirgendwo das Konzept einer "Marktwirtschaft ohne Adjektiv" so grundsätzlich angegangen. Gleichzeitig nahm man aber auch die demokratischen Spielregeln sehr ernst, was in einem weiteren Sinne den alten kommunistischen Feinden der Demokratie eine neue Chance zur Einflußnahme verschaffte (da sie nicht mit letzter Konsequenz ausgeschaltet und für ihre früheren Untaten verantwortlich gemacht werden konnten).
4. Ein Problem ergab sich nach 1989 mit der Slowakei, die zu kommunistischen Zeiten systematisch von Prag aus benachteiligt worden war. Die neuen slowakischen Eliten sprachen zwar auch von "Demokratie" und "Menschenrechten", forderten aber rücksichtslos Volksgruppenrechte ein und sicherten ihre eigene Position durch Forcierung eines slowakisch-tschechischen Gegensatzes. Diese Entwicklung, die vollauf kommunistischen Mu-

¹³³ Fibich, Postkomunistická, a.a.O., S. 75 ff..

stern entsprach, ließ das Auseinanderfallen der Tschechoslowakei schon früh als unvermeidlich absehen.

5. Der letzte Anstoß dazu kam mit dem Lustrations-Gesetz. Ursprünglich gedacht als Versuch, das ganze Ausmaß personeller Verstrickung in den kommunistischen Macht- und Überwachungsapparat offenzulegen, und dazu durch immer neue Entdeckungen ehemaliger Spitzel in den neuen Machtstrukturen gezwungen, praktizierte man die Lustration doch so ungeschickt, daß sie von ihren Gegnern als kollektive Verdächtigung ganzer Völker hingestellt und letztlich in großen Teilen verhindert werden konnte.
6. Mit jedem Jahr nach der Revolution enthüllte sich mehr die Tragik um die Lustration: Sie wurde als das hingestellt, was sie gerade nicht sein sollte, ein Racheakt an den alten Machthabern. Im Kampf gegen die Lustration verbündeten sich neue und alte Eliten zu Koalitionen, die die Politik und Wirtschaft der postkommunistischen Tschechoslowakei belasteten und bedrohten. Am nachhaltigsten gelang dieser "Schulterschluß" in der Slowakei, wo die ganze Lustration als tschechischer Anschlag auf das slowakische Volk hingestellt wurde, was letztlich den Boden für die staatliche Trennung bereitete.
7. In der Tschechischen Republik ging die Aufarbeitung des kommunistischen Erbes geradlinig weiter, was gesetzliche Verurteilung des Unrechtscharakters des kommunistischen Regimes, Rehabilitierungen, Entschädigungen etc. betraf. In der Slowakei war von all dem immer weniger zu spüren, da hier eine Elite aus der Vergangenheit (die zudem im Verdacht stand, selber Zuträgerdienste zum Staatssicherheitsdienst StB geleistet zu haben) die Macht übernommen hatte und fortan alles tat, um diese Macht zu sichern.
8. Das fiel jedoch nicht so gravierend ins Gewicht, als das Zentrum des kommunistischen Terrors in Böhmen und Mähren gelegen hatte und hier auch die meiste Arbeit zu leisten war, was frühere Straflager und Schauprozesse und neue Rehabilitierungen, Wiedergutmachungen etc. betraf. Dabei hat sich auch ein Umgang mit früheren kommunistischen Archiven eingeschrieben, der in dieser Selbstverständlichkeit und Offenheit anderswo nicht anzutreffen ist.
9. Ebenfalls in der Tschechischen Republik regten sich auch mit einigem Erfolg neokommunistische Parteien, die mitgliederstark und in Wahlen erfolgreich sind, dennoch als organisierter Ausdruck vergangener Denkweisen und Stereotype anzusehen sind und darum kaum Erfolg auf Dauer haben werden.
10. Diese Stereotype werden von tschechischen Soziologen als Teil der "postkommunistischen Mentalität" genau beobachtet und als Ausdruck individueller Mängel ehemaliger "Karrieristen", "Mitläufer" etc. interpretiert. Alte Denk- und Verhaltensschablonen werden noch lange wirksam sein und die systemare Transformation belasten - formal sind die Strukturen und Institutionen neu, aber in ihnen agieren vielfach noch unveränderte "mentale Infrastrukturen". Die Situation kann sich sogar noch verschlimmern, wenn altkommunistische "Kader" in neuen "Experten"-Rollen auftauchen und Koalitionen mit denen eingehen, die von den Wandlungen enttäuscht und frustriert sind. Dann können sich soziale Ängste, Mitschuldkomplexe, Aggressionen, Fehlperzeptionen der neuen Erfordernisse, eindimensionale Wertungen von politischen und zwischenmenschlichen Verhältnissen und anderes mehr zu einem mentalen Gemisch verbinden, das die hoffnungsvollen Anfänge von 1989/90 nachhaltig bedroht. Allerdings erscheint diese Gefahr nicht besonders groß, da die "schwejkische" Gelassenheit der Tschechen und der wirtschaftliche Erfolg ihres Staates in einer Weise gegensteuern, die letztlich zukunftsentscheidend sein dürfte.

Wolf Oschlies

Die Kommunistische Partei der Slowakei

Es war symptomatisch, daß der Sturz des kommunistischen Systems mit dem Zerschlagen der von Kommunisten gezimmerten Föderationen einsetzte. Im Falle des von Lenin und Stalin erbauten Völkergefängnisses Sowjetunion mag man das billigen - wie man das Zerschlagen mit Blick auf Jugoslawien und die Tschechoslowakei bedauern muß: Hier wurden Staaten per Politbüro-Beschluß föderalisiert, die Jahrzehnte zuvor per freiem Votum der Bürger als gemeinsame Heimat mehrerer Völker entstanden waren.

Davon abgesehen, wiesen die drei Föderationen denselben Konstruktionsfehler auf: Bei ihrer Konstituierung wurde die Ethnizität so hoch über die Demokratie gestellt, daß letztere unsichtbar blieb - die Vergabe formaler Volksgruppenrechte verbot den Wunsch nach individuellen Menschenrechten. Damit aber hatten die Föderationen den Virus ihres späteren Vergehens von Anfang an inkorporiert: Politische Eliten in derart verfaßten Föderationen können gar nicht anders, als die eigene Machtposition und die Binnenkohäsion der eigenen Volksgruppe dadurch zu stärken, daß sie Feindbilder und Bedrohungsszenarien von anderen Volksgruppen aufstellen und laufend verfestigen. Das war der Anfang - das Ende war 1992/93 zu erleben, als die internationale Staatengemeinschaft fast dankbar registrierte, daß die Sowjetunion und die Tschechoslowakei nicht so blutig und konfliktreich wie Jugoslawien zerbrachen.

Der Rest sind sekundäre Differenzierungen dergestalt, daß die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei gerade auf diesem staatsrechtlichen Gebiet ihrem Image treubleib, unter allen KPs Osteuropas die dogmatischste, geistesfeindlichste, unintellektuellste zu sein: Was sich diese Partei mit den Slowaken zeit ihres Bestehens erlaubte, wie arrogant, brutal und gefühllos sie mit allen nationalen und nationalkulturellen slowakischen Anliegen umsprang - das allein hätte das Ende der kommunistisch initiierten tschecho-slowakischen Föderation mehrfach legitimieren können, wäre dieses Ende nicht erst lange nach dem Ende eben dieser Partei gekommen und wäre es nicht von typischen Erziehungsprodukten der ehemaligen KPÈ gegen die neue antikommunistische und demokratische Führung in Prag inszeniert worden.

Die KSS in der Ersten Tschechoslowakischen Republik

Aber geschehen ist geschehen, und uns bleibt nur, die Geschichte der Kommunistischen Partei der Slowakei (Komunistická Strana Slovenska, KSS) unter diesem Aspekt zu analysieren. Andere Aspekte stehen nicht zur Verfügung, da die KSS nie eine andere Existenzberechtigung hatte, als Weisungen der Prager Zentrale und speziell deren antislowakische Pläne umzusetzen: Streng genommen gab es niemals eine Partei dieses Namens, die ein Mindestmaß von konzeptioneller und operationaler Autonomie besessen hätte - selbst in Zeiten, da es den in Moskau lebenden KPÈ-Führern opportun erschien, eine KSS zuzulassen, also gegen Ende des Zweiten Weltkriegs, war diese nur, was sie immer gewesen war: die "Regionalorganisation der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei in der Slowakei".¹³⁴

¹³⁴ Soweit nicht anders ausgewiesen, stützen sich die historischen Passagen dieser Darstellung vor allem auf Gorovsky, Karl: Der heutige Stand der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei - Diktatur der Apparatschiki oder Demokratie der Arbeiter? 2. A. Prag 1928; Reimann, P.: Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Hamburg/Berlin 1931; Stichwort Komunistická strana

Begonnen hatte sie indessen als Regionalorganisation der ungarischen Kommunisten: Diese hatten seit dem Dezember 1918 starken propagandistischen Einfluß in der Slowakei ausgeübt diese vom 30. Mai bis zum 5. Juli 1919 militärisch besetzt, nachdem sie sich in das Abenteuer einer "Ungarischen Räterepublik" gestürzt hatten. Nach diesem Vorbild entstand am 6. Juni 1919 eine "Slowakische Räterepublik" (Slovenská republika rád), die aber, wie auch die ungarische Besatzung, unter dem Druck der tschechoslowakischen Armee bald zusammenbrach. Da diese Militäraktion von den tschechoslowakischen Sozialdemokraten unterstützt worden war, radikalisierte sich die bislang latente Aufspaltung der Sozialdemokratie in Reformisten und Bolschewisten: Zum Jahresende 1919 konstituierte sich die "Marxistische Linke" (marxistická ľavica) innerhalb der Partei, die sich offen für die Annahme der 21 Bedingungen der Moskauer Kommunistischen Internationale einsetzte und sich auf ihrem Kongreß in L'ubochňa im Januar 1921 faktisch als Kommunistische Partei etablierte. Schon im Mai 1921 vereinigte sie sich mit ähnlichen Gruppen in Böhmen und Mähren (wobei das bis dahin bestehenden gesamtslowakische "Aktionskomitee" aufgelöst wurde), und im November 1921 kam es durch persönliches Eingreifen von Lenin zur Bildung der vereinten Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei - Sektion der III. Internationale.

Die Geschichte dieser Partei ist bekannt: Gestartet als reformsozialistische Massenpartei mit rund 400.000 Mitgliedern, war sie nach wenigen Jahren zur stalinistischen Sekte mit einem Zwanzigstel des ursprünglichen Mitgliederbestands verfallen, weil in ihren Führungen permanent Radikale von Extremisten links überholt wurden. Die slowakischen Mitglieder spielten überhaupt keine Rolle mehr, da die Partei organisatorisch auf striktem Zentralismus und konzeptionell auf Moskauer Weisungen basierte, die in der Slowakei von vier "Bezirks-Exekutivkomitees" (krajské výkonné výbory) durchgesetzt wurden.

Als die Slowakei sich 1918 mit Böhmen und Mähren zur Tschechoslowakei vereinte, war sie nach Jahrhunderten ungarischer Fremdherrschaft ein rückständiges Agrarland, in dem erst durch die anlaufende Industrialisierung so etwas wie eine Arbeiterschaft gebildet wurde. Lebensstil und Denkweise blieben rural, Verhaltensweisen eines Industrieproletariats konnten gar nicht aufkommen. Die organisatorische Geschlossenheit der neuen Partei war demgemäß niedrig, desto ausgeprägter war ihr Radikalismus, der aus der allgemeinen Unzufriedenheit mit der relativ schlechten ökonomischen Gesamtlage resultierte. Hinzu kam der mit unter 25 Jahren extrem niedrige Altersdurchschnitt der Mitgliedschaft - selbst ein Spitzenfunktionär wie Marek Èulen (*1887) war noch keine 35 Jahre alt -, der diesen Radikalismus begünstigte: In so jungen Jahren war man durch keine sozialdemokratische Vergangenheit "belastet" und konnte desto energischer für einen "Sozialismus" bolschewistischer Prägung eintreten.

Dieser Radikalismus hatte vor allem eine indirekte Auswirkung auf die KPÈ: In der ersten Tschechoslowakischen Republik bestand Wahlpflicht, was in der politischen Praxis dazu führte, daß ein Großteil der mit Prag Unzufriedenen die Kommunisten wählte, mit denen er generell absolut nichts zu tun hatte. Es ist z.B. bekannt, daß deutsche Nationalsozialisten in der ÈSR so wählten, und der praktisch unveränderliche Stimmenanteil der KPÈ von stets über 10 Prozent rührte vor allem aus ihrem Image als Protestpartei her - sichtbar u.a. an einem Ost-West-Gefälle ihrer Stimmen.¹³⁵

Slovenska, in: Encyklopédia Slovenska Bd. III, Bratislava 1979, S. 137 ff.; L'ubomír Lipták: Politické strany na Slovensku (Politische Parteien in der Slowakei) 1860-1989, Bratislava 1992.

¹³⁵ Fulka, Jaroslav: Rùst èlenskè základny KSÈ a únor 1948 (Wachstum der Mitgliederbasis der KPÈ und der Februar 1948), in: Nová mysl Nr. 3, 16.3.1970, S. 347-355.

Die Partei bemühte sich nach Kräften, diesem Image gerecht zu werden: Als Koalitionspartner kam sie für keine andere Partei in Betracht, sie verweigerte grundsätzlich jeder Regierungspartei die Zustimmung selbst zu banalen Dingen, sie benutzte das Parlament allein als Tribüne für ihre Phrasen und Slogans (da hier die Zensur nicht zugreifen konnte) und konzentrierte sich vor allem auf Streiks und Demonstrationen, die sie dann so gewalttätig ablaufen ließ, daß es nicht selten zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei kam. All das wurde als "revolutionärer Ausweg aus der Krise" ausgegeben, wie die damals gültige Losung lautete.¹³⁶

Die durch und durch destruktive Einstellung der Partei schlug um 1935 in ihr Gegenteil um, als die neue Volksfront-Linie die Kommunisten dazu brachte, "für die Verteidigung der Republik gegen Faschismus und Krieg" aufzutreten, konstruktive Programme zu entwickeln, eine Regierungsbeteiligung nicht auszuschließen und sogar die Präsidentschaftskandidatur von Edvard Beneš zu unterstützen. Selbst ihre bisherige "Antiarbeit" in der Armee gab die Partei auf und propagierte Verteidigungsfähigkeit und Wehrpflicht. Da aber alle diese Neuorientierungen nur taktische Äußerlichkeiten waren, die keinen Einfluß auf die zentralistischen Strukturen in der Partei hatten, und weil gleichzeitig in der Sowjetunion der stalinistische Terror seinen ersten Höhepunkt erreichte, verhalfen alle Anstrengungen den Kommunisten nicht zu wachsender Glaubwürdigkeit in der slowakischen Gesellschaft.

Krieg und Nachkriegszeit

Nach dem Münchner Abkommen verbot das regionale slowakische Innenministerium am 9. Oktober 1938 die Tätigkeit der Partei - in Böhmen und Mähren konnte die KPĚ noch bis zum Dezember 1938 legal fortexistieren. Die slowakischen Kommunisten hatten diesen Schritt erwartet und sich auf ihn vorbereitet. In Moskau ordnete die Führung der Kommunistischen Internationale (KI) an, den slowakischen Teil der KPĚ als eigenständige Partei neuzufirmieren, wie es im Mai 1939 unter dem Namen KSS auch geschah. Aber die Eigenständigkeit bestand wirklich nur im Namen, denn die neu-alte KSS wurde keine KI-Sektion und ausschlaggebend blieben für sie die Weisungen, die die nach Moskau geflüchtete KPĚ-Führung unter Klement Gottwald ausgab. Die Verbindungen hin und her wurden bis 1941 durch Funkkontakte und Kuriere aufrechterhalten, danach über eine Rundfunkstation, die zuerst in Ufa, ab Mai 1943 in Moskau installiert war. Wichtiger war zweifellos die kommunistische Präsenz bei der tschechoslowakischen Exilregierung in London, für deren einflußreichen Sender Vladimír Clementis (unter dem Pseudonym Peter Hron) den KSS-Part übernahm. Clementis mußte sich "rehabilitieren": Bei Kriegsbeginn hatte er den Hitler-Stalin-Pakt und den sowjetischen Überfall auf Finnland ("Winterkrieg") kritisiert und sich dafür einen zeitweiligen Ausschluß aus der KSS eingehandelt.

Daheim ging die Partei in die Illegalität, geleitet von Plänen und Organisationsschemen, die bereits 1933 ausgearbeitet worden waren. Im Grunde waren es die alten Strukturen, jetzt mit einem I (für "illegal") versehen. Zu den während des Krieges wechselnden I-Führungen gehörten Funktionäre, die später noch große Rollen spielen sollten: Karol Šmidke, Gustáv Husák, Ladislav Novomeský u.a. - sofern sie es nicht vorzogen, ins sichere Ausland zu entweichen: Šmidke, Ěulen und Bacílek nach Moskau, Viliam Široký nach Frankreich, Vladimír Clementis nach London etc. Die Funktionäre, die daheimblieben, bemühten sich um Reso-

¹³⁶ Detailliert dazu Oschlies, Wolf: Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei als politische Organisation 1920-1938, in: Bosl, Karl (Hrsg.): Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat, München/Wien 1979, S. 155-186.

nanz und Volkstümlichkeit - z.B. dadurch, daß man die slowakische Robin-Hood-Gestalt, den legendären Räuber Jánošík, als Namenspatron für Parteiblättchen und -formationen hernahm. Großen Effekt hatte das alles nicht, denn der Geheimdienst der seit 1939 "souveränen" Slowakei war den Kommunisten immer hart auf den Fersen, verhaftete viele von ihnen und war stets über alle KSS-Interna informiert. Diese hatte es natürlich auch schwer, allen verwirrenden Kehrtwendungen der Moskauer Politik zu folgen. Solange die Sowjetunion noch nicht von Hitler angegriffen worden war, galt für die slowakischen Genossen die Weisung "Festigung der slowakischen Staatlichkeit", danach "Erneuerung der Tschechoslowakei". Beides wurde von den slowakischen Kommunisten im Grunde abgelehnt; was sie wollten, formulierte Husák im Juli 1944 so:

"Nach einer Erneuerung der Republik und nach einer Rückkehr der alten Verhältnisse sehnen sich die Leute etwa so wie nach der Krone des Heiligen Stefan (= Ungarn, W.O.). Die einzige Macht, die sich als allmächtig erwiesen hat, ist die UdSSR, also suchen auch wir eine Lösung dort. Warum sollen wir Rettung bei Beneš suchen, wenn das bewährte Rezept bei Stalin liegt? Niemand erwartet, daß die Befreiung von Seiten der Tschechen kommt, die Mehrheit sieht sie greifbar nahe durch die Russen. Wir wollen Bestandteil der UdSSR sein. Würde man uns heute die Möglichkeit geben, per Abstimmung zu entscheiden, wohin die Slowaken staatsrechtlich gehören wollen, dann würden mindestens 70 Prozent für einen Anschluß an die UdSSR stimmen".¹³⁷

Konzeptionell hielt die Partei am Radikalismus ihrer Gründerzeit fest - z.B. in ihrem Programm vom 1. Mai 1941, in dem als Endziel der eigenen Bemühungen angegeben war, "für eine Sowjet-Slowakei" (za sovietské Slovensko) zu kämpfen. Das war der KPÈ-Führung in Moskau nicht recht, die damals zeitweilig den Gedanken an eine Restitution des tschechoslowakischen Staates aufgegeben hatte und ihre slowakischen Genossen lieber "für eine eigenständige Slowakei" (za samostatné Slovensko) einsetzte. Dieser ständige Wechsel der Ziele, Konzeptionen und Slogans vertiefte bei den Slowaken die vor dem Krieg bereits verbreitete Abneigung gegen die KSS: Diese Partei der radikalen Konzeptionslosigkeit konnte man nicht ernstnehmen. Das änderte sich ab Jahresbeginn 1944, als die Slowakei auf ihren großen Nationalaufstand zusteuerte. Dieser heroische Aufstand ist den Slowaken später von der kommunistischen Propaganda regelrecht "gestohlen" worden (und von Schriftstellern wie Ladislav Mòàeko mit seinem Roman "Wie die Macht schmeckt" zurückerstattet), dabei hatte die KSS mit ihm nur wenig zu tun: Die Kämpfe faßte sie als revolutionäre Auseinandersetzung auf, in den neuen Machtorganen wollte sie nur ihre eigenen Vorstellungen durchsetzen - nachdem sie in diese überhaupt nur dank der Hilfestellung der Sozialdemokraten hineingekommen war. Zum Dank "vereinigte" sich die KSS auf einem Parteitag am 17. September 1944 mit der "Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Slowakei", was konkret hieß, daß sie dieser ihren Namen und ihr Programm aufzwang.

Ende Februar 1945 hielt die KSS in Košice eine Konferenz ab, auf der Gustáv Husák, gerade aus Moskau mit neuen Weisungen Gottwalds zurückgekehrt, das Hauptreferat hielt. Bei dieser Konferenz wurde auch ein "Aktionsprogramm" verabschiedet, in dem sich die KSS für die "föderative Lösung der staatsrechtlichen Beziehungen zwischen Tschechen und Slowaken" aussprach. Damit war ein Punkt angesprochen, der in den folgenden Jahrzehnten noch oft bedeutsam werden sollte, der aber bereits im kommunistisch beeinflussten Regierungs-"Programm von Košice" vom 5. April 1945 nicht mehr erwähnt worden war. Die Prager KPÈ-Führer, ohne deren Zustimmung die Slowaken gewiß nicht die Föderationsidee zu äußern

¹³⁷ Zit. bei Mlynárik, Ján: Nastolenie komunistickej diktatúry na Slovensku (Errichtung der kommunistischen Diktatur in der Slowakei), in: Lidové noviny, 10.8.1991.

gewagt hätten, wollten ab Juli 1945 nichts mehr davon wissen und nutzten eine hektische Abfolge von Konferenzen, um der KSS jeden Gedanken daran und aus ihrer Führung jeden Fürsprecher einer Föderation auszutreiben. Das war einfacher als es oft aussah. Im Aufstand von 1944 hatten sich die Slowaken maximale Autonomie gewissermaßen "verdient", die sich dann auch in Form einer Regionalregierung - Komitee der Beauftragten (Zbor povereníkov) - bekamen. In diesem Komitee nahm Husák mit dem Innenressort die wichtigste Funktion ein, aber sein Hauptbestreben war, die gesamte slowakische Autonomie so gering wie möglich zu halten. Das ging selbst seinen Genossen zu weit, die ihn in das weniger wichtige Verkehrsressort abschoben.

Die ersten Nachkriegsjahre waren für die Kommunisten eine Zeit, in der sie künftige Vorhaben dadurch vorbereiteten, daß sie möglichst viele Mitglieder aufnahmen. Die tschechischen Kommunisten umwarben Mitglieder und Wähler der einst bedeutsamen, 1945 verbotenen Agrar-Partei, die slowakischen mühten sich um die irredentistische Slowakische Volkspartei Hlinkas. Hauptgegner der slowakischen Kommunisten war indessen die im Aufstand gegründete und von Jozef Lettrich (1905-1968) klug geführte Demokratische Partei, die sich im April 1946 mit der einflußreichen katholischen Geistlichkeit verbündete und Ende Mai 1946 den Kommunisten eine nachhaltige Wahlniederlage bereitete: Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung vom 26. Mai 1946 hatte die KSS 489.596 Stimmen (30,37%) erhalten, die Demokratische Partei aber fast eine Million (62%). Die Slowakei hatte also den Kommunisten generell verdeutlicht, daß sie in der alten Demokratie Tschechoslowakei über Wahlen nie die Macht erringen würden - was umgekehrt dazu führte, daß die Kommunisten die Slowakei zum Trainingscamp jener terroristischen Methoden machten, die sie nach ihrem Prager Putsch vom Februar 1948 im ganzen Land anwendeten. Die slowakischen Kommunisten gerieten in Panik, ihre tschechischen Herren sahen sie als unfähig an und sagten ihnen das auch bei jeder Gelegenheit. Husák mußte, um Boden zurückzugewinnen, noch brutaler als die Prager Zentrale vorgehen: Ende Oktober 1947 berief er in Bratislava einen Kongreß von Betriebs- und Personalräten ein und ließ diesen eine Resolution über eine Säuberung des öffentlichen Lebens von verräterischen Demokraten verabschieden. Daraufhin inszenierten die Kommunisten eine innenpolitische Krise, bei der das mehrheitlich nicht-kommunistische Komitee der Beauftragten sogar mit Generalstreiks-Drohungen unter Druck gesetzt wurde. Mitte November 1947 wurde dann ein neues Komitee gebildet, in dem die Kommunisten die Oberhand und Husák den Vorsitz innehatten. Als dann in Prag der erwähnte Putsch der KPĚ kam, sorgte Gustáv Husák, in seiner Funktion als regionaler Premier dafür, daß sich die Verhältnisse in der nominell nicht betroffenen Slowakei so wie in Böhmen und Mähren änderten.

Im September 1945 hatte die KSS 203.609 Mitglieder gehabt, danach fiel diese Zahl, um nach dem Februar 1948 bei 200.000 zu stagnieren. Im Sommer 1948 setzte eine Massenwerbung ein, die die Mitgliederzahl auf 407.000 wachsen ließ - die im Spätherbst durch eine "Säuberung" auf 267.560 gemindert wurde. Eine Rolle spielte das nicht mehr: Seit September 1948 hatte die KSS auch formaljuristisch aufgehört, eine eigenständige Partei zu sein, und war wieder Regionalorganisation der KPĚ geworden - was insofern verwirrend war, als es niemals ein Pendant in Form einer Regionalorganisation für Böhmen und Mähren gegeben hatte. Was immer die KSS unternahm, mußte von Prag aus "gebilligt" werden: Termine von Parteitag, Tagesordnungen, Re dnerlisten, ZK-Mitglieder etc..

Entwicklung nach 1948

Fremdbestimmung durch die KPÈ-Führung, bürokratische Aufblähung des Apparats und doppelte Drangsalierung durch ein eigenes "Ministerium für nationale Sicherheit" und sowjetische "Sicherheitsberater" - das war das Schicksal slowakischer Kommunisten und aller Slowaken. Wenn die Kommunisten dabei gelegentlich noch schlechter als andere davorkamen, dann wegen des tschechischen Neids auf den Slowakischen Nationalaufstand von 1944, dem die Tschechen nichts entgegenzusetzen hatten, am wenigsten ihren operettenhaften "Prager Aufstand" vom Mai 1945, und den sie nun als partiellen Ausdruck "slowakisch bourgeoisen Nationalismus" anschwärzten. Die Folge davon war, daß die späteren Prager Schauprozesse bereits Ende der 40er Jahre ihr slowakisches Vorspiel hatten, in welchem zahlreiche prominente Parteifunktionäre um Leben oder Freiheit gebracht wurden: Vladimír Clementis, Gustáv Husák, Ladislav Novomeský, Ladislav Holdoš, Daniel Okáli u.a. An ihre Stelle rückten stalinistische Kreaturen wie Karol Bacílek, Pavol David, Štefan Bašt'ovanský u.a., von deren charakterlicher und intellektueller Minderwertigkeit uns Mòàèkos Romane und Novellen einen erschreckenden Begriff vermittelt haben. Ein noch beredteres Zeugnis war das dokumentarische Buch, das Ondrej Pavlík, international angesehener Erziehungswissenschaftler und langjähriges KSS-Mitglied, 1968 über diese Zeit veröffentlichte. Mit besonderer Akribie beschrieb Pavlík, wie jede, auch die kleinste Aktion für slowakische Belange als "slowakisch bourgeoisen Nationalismus" verdächtigt und geahndet wurde.¹³⁸

Diese Mafia konnte nicht einmal der 20. Parteitag 1956 in Moskau erschüttern, auf dem Chrušèev die Verbrechen Stalins entlarvt hatte - sie wurde vielmehr durch den wenige Monate später ausbrechenden ungarischen Volksaufstand in ihren Positionen bestärkt. Erst die kulturell fruchtbaren, politisch und wirtschaftlich aber krisenhaften 60er Jahre schufen hier einen Wandel, dessen letztlicher Auslöser die von Prag generell und von Staats- und Parteichef Antonín Novotný (1904-1975) persönlich genährte Feindschaft gegen die Slowaken war. Ausdruck dessen war die neue "sozialistische" Verfassung der Tschechoslowakei vom 11. Juli 1960, die die langjährige Diskriminierung der Slowaken als "asymmetrisches Modell" fest schrieb: Slowakischen Regionalorganisationen und -institutionen stehen keine tschechischen Pendanten gegenüber, sondern sie stehen unter der Herrschaft "tschechoslowakischer" Zentralorgane. Damit hatte die KPÈ beide Völker gegeneinander aufgebracht: Die Tschechen neideten den Slowaken ihre angebliche Sonderrolle - die Slowaken fühlten sich einmal mehr von den Tschechen hintergegangen, da sie um die Sinnlosigkeit dieser vorgeblich "nationalen" Organe wußten. Alexander Dubèek hat in seinen Memoiren "Hope dies last" (die im Deutschen den reißerischen Titel "Leben für die Freiheit" haben) diese Situation sehr nachdrücklich beschrieben, eingeleitet mit einer lakonischen Bemerkung über sein eigenes Schicksal:

"Zuerst wurde ich vom tschechoslowakischen Präsidium wieder zurück in die Slowakei beordert (...) Dort wurde ich zum Vollmitglied des slowakischen Politbüros und zum Sekretär der slowakischen Kommunisten ernannt, was fast wie eine Beförderung aussah. Insider wußten freilich, daß es sich um eine Demontage handelte, wenn man vom Sekretär der Zentrale zum Sekretär auf Provinzebene wurde".¹³⁹

¹³⁸ Pavlík, Ondrej: Svedectvo dokumentov o akademikovi Pavlíkovi a tých ialších (Dokumentarische Zeugenaussage über das Akademie-Mitglied P. und die weiteren), Bratislava 1968.

¹³⁹ Dubèek, Alexander: Leben für die Freiheit, München 1993.

Erst 1963 konnte die KPĚ nicht mehr umhin, die Opfer ihres Terrors gegen "slowakisch bourgeoisen Nationalismus" zu rehabilitieren, und sofort bildeten sich um diese, allen voran Gustáv Husák, Kreise, die gegen Novotný opponierten. Das war um so leichter, als Karol Bacílek die Parteiführung an den jungen und unbelasteten Alexander Dubček (1921-1992) abgeben mußte, mit dem augenblicklich ein relativ entspanntes Klima aufkam: Was in Prag noch längst nicht möglich war, das war in slowakischen Blättern wie "Kultúrny život" (Kulturelles Leben), der Literatur, der Wissenschaft, dem Theater etc. fast schon die Norm. Aufwühlende Bücher wie etwa Mòàèkos "Verspätete Reportagen" waren nicht nur verdienstermaßen Bestseller, sondern enthielten darüber hinaus eine politische Brisanz, die den Prager Frühling von 1968 vorbereiteten.

"Prager Frühling" (Pražské jaro) ist eigentlich der Name eines altehrwürdigen Musikfestivals - der aber in aller Welt zur Bezeichnung jenes reformkommunistischen Experiments diente, das im Lande selber "Wiedergeburtssprozeß" (obrodný proces) genannt wurde. Wie immer man die Ära auch nannte - im Grunde begann sie im Oktober 1967, als Dubček vor dem ZK der KPĚ dieses heftig kritisierte und dafür von Novotný in drohender Form des "slowakischen Nationalismus" beschuldigt wurde. Das war zuviel, und gewissermaßen aus Notwehr gingen die Slowaken samt tschechischen Reformern gegen den Staats- und Parteichef vor und wählten in den ersten Januartagen 1968 Dubček an dessen Stelle. Davor und danach überließen es die Slowaken Husák, ihre Kritik an Novotný in denkbar schärfster Form zu äußern: Er sei der "böse Geist nach dem Tode Gottwalds".¹⁴⁰

Dubčeks slowakisches Amt übernahm Vasil Bil'ak (*1917), ein Altstalinist, der später zu den Unterzeichnern des berühmten "Hilferufs" gehörte, der den Sowjets im August 1968 als Vorwand für ihren Überfall auf die Tschechoslowakei diente. Jetzt mußte sich Bil'ak vor allem mit einer parteiinternen Opposition um Husák auseinandersetzen, wobei man sich in einem Punkt jedoch einig war: Föderalisierung vor Demokratisierung!¹⁴¹ Die Prager Reformer sahen es umgekehrt, und der entsprechende Streit wurde im Frühjahr und Sommer 1968 mit wachsender Verbitterung ausgetragen. Später, nach dem sowjetischen Überfall und der nachfolgenden "Normalisierung", bekamen die Slowaken die Föderalisierung - um dann zu erkennen, daß eine Föderalisierung ohne Demokratisierung ein Widerspruch in sich ist, der keine einzige Erwartung erfüllte.

Dubček wurde unter sowjetischem Druck immer mehr in die Enge getrieben und mußte am 17. April 1969 die KPĚ-Führung an Husák abgeben. Diese mußte sich zwei, drei Jahre mit dem Wüten von "Normalisierern" wie Jozef Lenárt, Peter Colotka, Ladislav Abrahám u.a. abfinden, die sich in immer neuen "Säuberungen" und Prozeßwellen gegen die Männer des Prager Frühlings austobten, um dann seine eigene Version von "Normalisierung" zu präsentieren: Wohlstand gegen Wohlverhalten! Es sollte den Bürgern gutgehen, wenn sie auf alle eigenen politischen Aktivitäten verzichteten und diese der Partei überließen. Die Menschen gingen, in Ermangelung jeglicher Alternative, darauf ein: Die Tschechoslowakei erlebte ihre ökonomisch prosperierendste Phase, die politisch gleichwohl eine der dunkelsten war, dominiert von Heuchelei und Angst - rügte Václav Havel 1972 in seinem berühmten Brief an Husák. Aber dennoch: Es ließ sich Husáks "normalisierter" Tschechoslowakei (fast) leben, was vor allem die DDR-Bürger zu schätzen wußten, denen dieses Land auf lange Zeit das einzige Visa-freie Schlupfloch aus Honeckers Mauer-Staat blieb.

¹⁴⁰ Husák, Gustáv: O odpovídnosti A. Novotného (Über die Verantwortung A.N.'s), in: Rudé právo 15.6.1968.

¹⁴¹ Husák, Gustáv: Historická zodpovednosť (Historische Verantwortung), in: Nové slovo Nr. 6, 27.6.1968.

Der intelligente Zyniker Husák hatte es geschafft, einen zeitweilig haltbaren Konsensus zu etablieren, der zum traditionellen Radikalismus der KSS und zum dogmatischen Übereifer gewisser KPÈ-Gruppen Distanz wahrte; das war politisch zwar noch weniger als etwa die Spätphase von Novotný, aber in Verbindung mit ökonomischen Benefizien war es ein wohlkalkulierter Appell an tschechische und slowakische Bereitschaft zur Kollaboration, wenn diese sich materiell lohnte. Nur Individuen mit geradezu herostratischem Mut opponierten dagegen, aber weil sie so wenige waren, mußte sich das Regime um sie kaum kümmern - wie am Beispiel der Bürgerrechtsbewegung Charta '77 zu sehen war, die ursprünglich in Böhmen und Mähren wenige Hundert, in der Slowakei "fünfeinhalb" (V. Havel) Anhänger hatte. Das konnte auch kaum anders sein, da die Slowakei nach 1969 eine Sonderentwicklung durchlaufen hatte: Als im ökologisch devastierten tschechischen Landesteil selbst bei schlechtestem Willen keine Industrieanlagen mehr realisierbar waren, wurden diese Kapazitäten in die Slowakei ausgelagert, was dort die bekannten Folgen nach sich zog: Industrialisierung, nationale Elitenbildung, nationalistisches Abrücken von den Tschechen.

Spätestens ab Mitte der 80er Jahre offenbarten sich die Konstruktionsfehler von Husáks Konzept: Wer die politische Ruhigstellung der ganzen Gesellschaft und die politische Verlässlichkeit von Individuen zu den alleinigen Kriterien seiner Herrschaftstechnik macht, gerät unweigerlich in eine Sackgasse: Das ökonomische Kapital wird verschleudert, das intellektuelle Kapital versammelt sich auf der anderen Seite der Barrikade, die Partei wird ein nutzloser "kùl v plotì" (Zaunpfahl, wie Parteichef M. Jakeš im Sommer 1989 klagte), das System kollabiert beim geringsten Anstoß. Genau das passierte im Spätherbst 1989 in ganz Osteuropa, aber nirgendwo so leicht, so spielerisch, so fröhlich wie in der "samtenen" (sametná), "zärtlichen Revolution" (níž ná revoluce) der Tschechoslowakei. Auch wenn es früh erkennbar war, daß gewisse Gruppen in der Slowakei den Fehler von 1968 wiederholen wollten, slowakische Sonderwünsche über den tschechoslowakischen Wunsch nach Demokratie zu stellen und so den gemeinsamen Staat in immer neue Krisen zu stürzen.¹⁴²

Die "samtene Revolution" und ihre Nachspiele

Die damaligen Vorgänge in Prag wurden weltbekannt, da sie die moralische Instanz Europas, Václav Havel, gewissermaßen als "Regisseur" und Zentralfigur ("Havel auf die Burg!") hatten. Weniger bekannt ist, was sich in Bratislava abspielte, obwohl die dortigen Ereignisse zwischen dem 17. November und dem 10. Dezember 1989 auf einer dokumentarischen Doppel-LP festgehalten sind. Ein Hörvergnügen und ein akustisches Erlebnis der herausragenden Art! Die slowakische "Revolution" war mit der tschechischen absolut kongruent: Dieselbe Führerschaft einer informellen Organisation, hier "Verejnos • proti násiliu" (Öffentlichkeit gegen Gewalt), dieselben höhnischen Slogans gegen die Partei ("Nech žije KSÈ! Ale za vlastné KÈS" - Es lebe die KPÈ! Aber auf eigene tschechoslowakische Kronen), dieselbe optimistische Stimmung Hunderttausender und alles andere. Und es gab noch etwas, was sehr rasch und gründlich verloren wurde: "Noch nie in der Geschichte dieses Landes waren unsere beiden Völker so einig wie jetzt", rief damals der Philosoph M. Èimeèka sen. aus, und alle Anwesenden bestätigten es begeistert.

Die "samtene Revolution" traf auf eine KPÈ, die ihren 18. Parteitag vorbereitete und sich dabei bemühte, den eigenen Dogmatismus mit den Neuerungen Gorbaèevs in Einklang zu bringen, nämlich "ihre Avantgarde-Rolle bei der Erfüllung der Aufgaben des Umbaus und der

¹⁴² Fedor Gál et al.: Dnešní krize èesko-slovenských vztahù (Die heutige Krise der tschecho-slowakischen Beziehungen), Praha 1992.

Demokratisierung aller Sphären des gesellschaftlichen Lebens" zu stärken.¹⁴³ Nach der Revolution kam es zu zahlreichen Aus- und Rücktritten, so daß sich die parlamentarische Stärke der KPĚ von Tag zu Tag änderte. Ende Februar 1990 hielt sie noch 138 der 300 Sitze im Bundesparlament (Federální shromáždění) und 81 im Tschechischen Nationalrat.¹⁴⁴ Zu diesem Zeitpunkt hatte die Partei bereits ihren "außerordentlichen Parteitag" vom 26. Januar 1990 hinter sich, auf dem sie sich mit weiteren Spaltungstendenzen konfrontiert sah: "KPĚ-Grundorganisationen" hatten sich zu Hunderten aufgelöst, vor allem in der Polizei und der Armee, und waren durch eilig geschaffene "Klubs" nur unvollkommen ersetzt worden.¹⁴⁵ Solche Klubs schienen ein Allheilmittel zu sein, weswegen sie wie Pilze nach dem Regen auftraten, unter anderem "Klubs kommunistischer Journalisten" in Prag "und weiteren Städten der ÈSSR", die der Partei "allseitige Hilfe bei der Realisierung des Aktionsprogramms der KPĚ, beim Wahlkampf und bei der Vorbereitung des 18. Parteitags anboten".¹⁴⁶ Hinzu kamen Neugründungen wie der Klub für sozialistischen Umbau - Wiedergeburt (Klub za socialistickou pøestavbu - Obroda) oder das Demokratische Forum der Kommunisten (Demokratické fórum komunistù, DFK), das sich aus Enttäuschung über die Debatten und Beschlüsse des außerordentlichen KPĚ-Parteitags völlig zu einer Unabhängigen Partei der Linken (Strana nezávislá levice) abspalten wollte, wobei sein Führer Jaroslav Trávníèek davon träumte, daß die neue Partei "wohl ein linker Partner des Bürger-Forums" werden könnte.¹⁴⁷

Bedeutung hatte das alles kaum. Die KPĚ verriet auf Schritt und Tritt, daß sie sich nicht ändern wollte und nicht ändern konnte. Was sie offiziell zu früheren Verbrechen verlautete, etwa zum Februar-Putsch von 1948¹⁴⁸ oder den stalinistischen Schauprozessen der frühen 50er Jahre¹⁴⁹, waren Mischungen aus halbherzigen Entschuldigungen und massiven Schuldzuweisungen an fremde Adressen.. Was die KPĚ zu aktuellen Entwicklungen sagte, etwa auf ihrer außerordentlichen ZK-Sitzung Ende November 1989, war von grotesker Weltferne: Es hat Fehler gegeben, erklärte der neue Parteichef Karel Urbánek (*1941), an denen bestimmte Funktionäre schuld sind - wechseln wir also diese Funktionäre aus, machen wir darüber hinaus ein paar Konzessionen hinsichtlich von Grundrechten der Bürger, und alles wird wieder wie es war.¹⁵⁰

Mußte die KPĚ sich überhaupt tiefergehend ändern? Meinungsumfragen ergaben schon Ende November 1989, daß die Taktik der Partei weithin der Meinung der Menschen entsprach: Kritik "an der KPĚ-Führung und ihrer bisherigen Politik", aber Willen zu "sozialistischer Entwicklung" (45%) oder doch zu "etwas zwischen Sozialismus und Kapitalismus" (47%), keineswegs aber "Kapitalismus" (3% Pro-Voten).¹⁵¹

¹⁴³ Vgl. das Interview mit ZK-Funktionär Vladimír Pátek, in: Rudé právo 1.11.1989.

¹⁴⁴ Bericht in: Rudé právo 21.2.1990.

¹⁴⁵ Bericht in: Rudé právo 4.1.1990.

¹⁴⁶ Bericht in: Rudé právo 3.2.1990.

¹⁴⁷ Interview mit Trávníèek in: Rudé právo 17.1.1990.

¹⁴⁸ Wortlaut der Erklärung in: Rudé právo 2.2.1990.

¹⁴⁹ Radvoský, Petr: Didictví stalinské éry (Erbe der Stalin-Ära), in: Práce 3.2.1990.

¹⁵⁰ Bericht mit Redeauszügen in: Rudé právo 27.11.1989.

¹⁵¹ Bericht in: Rudé právo 27.11.1989.

Weit interessanter war da die Haltung der KSS, die faktisch immer weniger ihre vom Partei-Statut festgelegte Rolle als slowakische Regionalorganisation der KPÈ zu spielen gedachte. Während ihre Prager Genossen "Kaderfragen" lösten, kamen die Parteimitglieder von Bratislava in "einer stürmischen und mehrfach kaum noch zu steuernden Diskussion" zu Aussagen, die wirklich von Gewicht waren, etwa die Forderung, "daß in den ersten beiden Punkten des Aktionsprogramms der Vorschlag zur Streichung des Verfassungsartikels 4 der ÈSSR, in dem die führende Rolle der KPÈ verankert ist, enthalten sei."¹⁵² Aber das war ein Minimum dessen, was zu tun war - erklärte Peter Weiss (*1952), "wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KSS": Die "neostalinistische, hierarchisch-bürokratische" Partei müsse vor allem "in den politischen Kampf mit sich selber" treten, da sie ansonsten ihren "Einfluß in der Gesellschaft verliert".¹⁵³

Weiss' Schlußfolgerung war logisch - aber nicht tschechoslowakisch. Aus der Geschichte der KPÈ ist bekannt, daß diese ungeachtet aller ihrer Fehler, Schwankungen, ja Narreteien stets ihren festen Wählerstamm hatte. Und das wiederholte sich auch nach der "samtenen Revolution": Aus den Wahlen von Anfang Juni 1990 ging die KPÈ als sozusagen heimlicher Sieger hervor: Für die beiden Kammern des Bundesparlaments hatte sie 13,6 und 13,7 Prozent bekommen, was sie zur zweitstärksten Partei der Republik machte. Ebenfalls Zweiter wurde sie mit 13,24 Prozent im Tschechischen Nationalrat, während sie im Slowakischen Nationalrat mit 13,34 Prozent nur auf dem vierten Platz landete.¹⁵⁴ Nach über vierzig Jahren kommunistischer Unterdrückung hatte sie ein Ergebnis erzielt, "das am Ende noch besser als der höchste Wahlgewinn der Partei aus der Zeit der Ersten Republik war", worüber vor allem das DFK staunte.¹⁵⁵ Nichtkommunistische Kommentatoren waren eher entsetzt und glaubten nicht daran, daß die KPÈ eine "konstruktive Opposition" stellen würde; der "starke Fetisch der Einheit" habe gewisse Spaltungstendenzen überspielt, und das kam vor allem den Dogmatikern zugute - also "rechnen wir lieber mit allem", denn "uns allen kann das Lachen vergehen".¹⁵⁶ Die Partei war seit dem November 1989 auf einen "harten Kern" von immer noch beträchtlicher Größe zusammengeschrumpft: Von den ursprünglich 1,7 Mio. Mitgliedern waren bis zum Februar 1990 rund 600.000 ausgetreten, danach gab es einen monatlichen "Schwund" von ca. 100.000. Dennoch wies die KSÈS am 30. Juni 1990 immer noch 760.000 Mitglieder auf, davon 190.000 in der Slowakei. 45 Prozent der Mitglieder waren über 60 Jahre alt, "junge Leute" (bis 30 Jahre) stellten gerade sechs Prozent. Männer und Frauen waren "etwa gleichstark" vertreten, 31 Prozent waren "Arbeiter", 25 Prozent "Angehörige der Intelligenz", wobei aber offiziell eingeräumt wurde, "daß wir zum Beispiel in der Akademie der Wissenschaften und in anderen führenden Forschungsstätten heute nicht viele Mitglieder haben".¹⁵⁷

1990 herrschte ein monatelanges Verwirrspiel um den Namen der Partei. Da sich der Staat glaubwürdig föderalisierte, tat es die Partei ihm zumindest im Namen nach: KSÈS. Im Grunde wollte und sollte die Partei eine Zentralorganisation bleiben: Mitte Februar beschloß das ZK die "Gründung einer Regionalorganisation der KPÈ in der ÈSR" (úzerní organizace KSÈ v ÈSR), was auf einem Gründungskongreß am 31.3.1990 in Prag geschehen sollte.¹⁵⁸ So

¹⁵² Bericht in: Pravda (Bratislava) 28.11.1989.

¹⁵³ Weiss, Peter: Bez ilúzií (Ohne Illusionen), in: Pravda 28.11.1989.

¹⁵⁴ Wahlergebnisse in: Èas 11.6.1990.

¹⁵⁵ Wortlaut der Erklärung in: Rudé právo 14.6.1990.

¹⁵⁶ Novàèek, Petr: Poèítejme raději se vším (Rechnen wir lieber mit allem), in: Zemìdìlské noviny 16.6.1990.

¹⁵⁷ Novàèek, Petr: Hledá se elita (Elite gesucht), in: Zemìdìlské noviny 11.9.1990.

¹⁵⁸ Bericht in: Rudé právo 19.2.1990.

entstand die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (Komunistická strana Èech a Moravy, KSÈM), die bis zu ihrem ersten Parteitag, Mitte Oktober 1990 in Olomouc, von Jiøí Machalík geführt wurde. In Olomouc wurde der Filmregisseur Jiøí Svoboda (*1945) zum neuen Parteiführer gewählt, der sich mit Blick auf die Vergangenheit seiner Partei "als Kommunist bei allen Betroffenen entschuldigt und ihnen als Bürger sein tiefes Bedauern ausdrückt".¹⁵⁹

Tschechische Dogmatiker - slowakische Taktiker

Die KSÈM hieß auch neun Jahre nach der "samtenen Revolution" so, und die Beibehaltung des belasteten Epithetons kommunistisch entsprach dem neostalinistischen Charakter ihrer Mitglieder, die 1990 bei einem innerparteilichen Referendum zu über 75 Prozent eben für diesen Namen gestimmt hatten. Umgekehrt äußerte die KSS schon früh ihre Ansicht, daß die Diskussion um den Parteinamen überzogen sei und von programmatischen und organisatorischen Änderungen ablenke.¹⁶⁰ In Bratislava hatte man schon 1990 gemerkt, was sich in Prag auch 1998 noch nicht herumgesprochen hatte - daß eine kommunistische Partei allein wegen dieses Namens als altmodische, dogmatische und koalitionsunfähige Verlierer-Partei erscheinen muß. Diese Erkenntnis hatte Peter Weiss als neuer KSS-Vorsitzender den Mitgliedern förmlich eingehämmert und sie dadurch bereit gemacht, eine "politische, personelle und ideologische Diskontinuität zur ehemaligen KSS" zu wagen. Das ging dann auch sehr rasch: Die KSS begann, sich ab Dezember 1989 unter einem eigenen "Aktionskomitee" den neuen Verhältnissen anzupassen - als "demokratisch organisierte Partei des linken Typs". Im Februar 1990 warf sie Ballast ab, was wortwörtlich zu verstehen war: Sie räumte ihr Pressewesen der Zentral-, Bezirks- und Kreis-"Organe" so gründlich auf, daß eine Papierersparnis von 5.500 Tonnen herauskam.¹⁶¹ Am 28. September 1990 wurde die Partei amtlich als KSS-SDL' (Strana demokratickej ľavice = Partei der demokratischen Linken) registrierte, und Ende Oktober 1990 präsentierte sie sich auf einem Parteitag in Prešov als völlig neue Partei, die der "marxistisch-leninistischen" Ideologie abgeschworen hatte. Am 26. Januar 1991 wurde auch die "KSS" aus dem Namen gestrichen, wonach sich die Partei nur noch SDL' nannte. Die ideologische "Diskontinuität" war in dem früh geäußerten Wunsch nach Aufnahme in die Sozialistische Internationale ausgedrückt, den die SDL' durch ein betont freundschaftliches Verhältnis zu den von Dubèek geführten Sozialdemokraten (die bereits in der SI waren) unterstrich. In derselben Zeit, als sich die slowakischen Kommunisten vom Kommunismus lösten, strebten die tschechischen zu diesem zurück. Aber selbst dafür hatte der überragende Taktiker Weiss noch Verwendung: Auf den Parteitag seiner SDL' ließ er bereitwillig die schlimmsten Dogmatiker der KSÈM reden, um sozusagen seinen Genossen Anschauungsunterricht zu geben, was ihnen erspart blieb.¹⁶² Über ihr eigenes Programm sagte damals, als es noch eine integrale Tschechoslowakei gab, die SDL':

"Die SDL' bemüht sich als linke Partei um einen demokratischen Sozialismus. Sie setzt sich als Ziel die Verteidigung der Menschen, die physische und geistige Arbeit leisten, sie bemüht sich um die Bildung einer starken Linken in der ÈSFR. Sie bekennt sich zum Übergang vom totalitären System zur pluralistischen Demokratie, zur sozial und ökologisch orientierten Marktwirtschaft, zur Respektierung der Menschen- und Bürgerrechte und zum gemeinsamen

¹⁵⁹ Berichte in: Rudé právo 15.10.1990.

¹⁶⁰ Bericht in: Pravda (Bratislava) 15.9.1990.

¹⁶¹ Bericht in: Pravda 19.2.1990.

¹⁶² Detailliert Peèinka, Bohumil: SDL a KSÈM, in: Reflex Nr. 45/1992.

Staat. Sie bemüht sich um eine Einbindung in die Arbeit der Sozialistischen Internationale. Sie verleugnet nicht ihren Teil Verantwortung für die Entwicklung der Gesellschaft in der vorhergegangenen Periode, lehnt es jedoch ab, politische Verantwortung zu übernehmen für die Tätigkeit ehemaliger Repräsentanten und Organe der KPC, die die Ideale der Arbeiter- und der sozialistischen Bewegung entwertet haben".¹⁶³

Auch ausländische Beobachter bescheinigen der SDL', daß sie weiter als die KSÈM von linksradikalen Positionen abgerückt ist.¹⁶⁴ Das dürfte vor allem dem Einfluß des Parteichefs Weiss zuzuschreiben sein, der diesen "Rechtsruck" der Partei von Anfang an betrieben hat und über deren Absichten bereits 1991 sagte:

"Wir haben soziale Demagogie abgelehnt, eingeschlossen die Ansicht 'Je schlimmer, desto besser'. Demagogen gibt es rund um uns genug. Im übrigen kann keine Partei wie der Messias kommen und die schwere Krise allein lösen, die ein Produkt des vergangenen Regimes und ungewöhnlich komplizierter geopolitischer Verhältnisse ist. Wen die Ereignisse in der Sowjetunion nicht überzeugt haben, der unterliegt einfach Illusionen. Unsere Arbeit war dadurch motiviert, das Potential an Menschen zu erhalten, die die historische Niederlage des Kommunismus begriffen haben und respektieren und sich gleichwohl an der Realisierung von Werten beteiligen wollen, wie sie beispielsweise in den Prinzipien der Sozialistischen Internationale enthalten sind. Wir sind eine nichtkommunistische Partei, die jede Art von gewaltsamem Kampf um die Macht verwirft".¹⁶⁵

In offiziellen SDL'-Erklärungen klingen programmatische Aussagen weniger direkt, da man hier wohl Rücksicht auf die "Biographien" älterer Mitglieder nehmen will; so verlautete etwa auf dem 4. Parteitag (27./28. April in Nitra):

"Die SDL' ist das Ergebnis der Sehnsucht, eine Wiederbelebung linksgerichteter Politik und eine Erneuerung der sozialistischen Ideale zu fördern und unter den neuen Bedingungen wirkungsvoll die Interessen der Werktätigen zu verteidigen. Sie erwuchs aus den dramatischen Erfahrungen der Kämpfe für eine Demokratisierung der Verhältnisse in der Zeit des sog. realen Sozialismus und aus der wachsenden Überzeugung reformorientierter Mitglieder der früheren KSS, daß grundlegende gesellschaftliche Veränderungen unumgänglich seien. Sie gründeten Menschen, die nicht vor ihrer Vergangenheit davonlaufen wollen, gerade um sich ehrlich und rechtschaffen für eine neue Zukunft einsetzen zu können".¹⁶⁶

Auf dem Papier waren SDL' und KSÈM immer noch in einer Föderation vereint, was vor allem in ungeklärten Rechtsfragen um die Nachfolge des immensen Besitzes der alten KPÈ und ihrer Frontorganisationen begründet war. Dennoch betrieb Peter Weiss 1991 einen förmlichen "Interview-Krieg", um diese Allianz zu beenden - was ihm auch im Dezember 1991 gelang. Er beschuldigte die KSÈM, mit gefälschten Mitgliederzahlen zu operieren, er berichtete, daß die KSÈM allerlei altstalinistische Gruppierungen, von denen sich die SDL' gerade getrennt hatte, in die gemeinsame Föderation aufnehmen wollte, und er nannte jeden Kontakt mit der KSÈM eine "unermeßliche Erschwernis" für seine SDL'. Diese war gerade dabei, bei

¹⁶³ Politické strany a hnutí v ÈSFR 1992 (Politische Parteien und Bewegungen in der ÈSFR 1992), Prag 1992, S. 121 ff.

¹⁶⁴ Hatschikjan, Weilemann, Parteienlandschaften in Osteuropa, a.a.O., S. 123.

¹⁶⁵ Interview in: Rudé právo 30.8.1991.

¹⁶⁶ Zit. n. Cramer-Langer, Katrin: Demokratisierung in der Slowakischen Republik - Entstehung und Entwicklung des Parteiensystems seit 1989, Magisterarbeit Heidelberg 1997, S. 72.

den Slowaken neues Terrain zu gewinnen: Umfragen sagten, daß sie auf Dauer mit einem Wähleranteil von 12 bis 16 Prozent rechnen könne, und daß der Anteil derer, die die SDL' "niemals wählen würden" in wenigen Monaten von 70 auf 30 Prozent gefallen war.¹⁶⁷

Die SDL' startete mit etwas über 50.000 Mitgliedern und hielt sich nach Abgang der erwähnten altstalinistischen Gruppen konstant bei etwa 42.000 Mitgliedern. Und die Wählerpräferenz entwickelte sich in der prognostizierten Weise: Von 9,6 Prozent (November 1991) kletterte sie rasch auf 14,5 Prozent (Februar 1992). Noch besser kam Peter Weiss persönlich davon, der - mehr als Vizepräsident des Slowakischen Nationalrats und wohl weniger als SDL'-Chef - Ende 1992 der populärste Politiker in der Slowakei war. Die SDL' gibt die Parteizeitung *L'avicové noviny* (Links-Zeitung) und das Wochenblatt *Nové slovo* (Neues Wort) heraus. Die früheren KSS-Blätter *Pravda* (Wahrheit) und das ungarische *Új Szó* (Neues Wort) sind von der SDL' organisatorisch getrennt.¹⁶⁸

Die SDL' war 1996/97 immerhin noch drittstärkste slowakische Partei. Bis zum April 1996 war Peter Weiss Parteivorsitzender, der die Partei 1996 in die Sozialistische Internationale führte. In ihren Erklärungen hat sich die Partei immer wieder vom alten Modell - "führende Rolle der Partei", "Planwirtschaft", "Primat der ML-Ideologie" etc. - abgegrenzt, gleichwohl aber (wie das obige Zitat von 1996 zeigte) auf eine personelle Kontinuität mit der alten KSS Wert gelegt: Die SDL' sei Ausdruck dessen, "daß wir nicht 40 Jahre umsonst gelebt haben", "sie gründeten Menschen, die nicht vor ihrer Vergangenheit davonlaufen wollten" und ähnliches mehr. Darüber hinaus hing sie altkommunistischen Idealen an, etwa daß Staatseigentum gleich Gemeineigentum sei, in jedem Fall aber besser als der Besitz "egoistischer Eigentümer". Was mag das alles heißen? Hat Alexander Dubèek "umsonst" gelebt, der doch in seinen Memoiren immer wieder aussprach, wie früh er erkannt hatte, daß er sich mit einem völlig verfehlten Gesellschafts- und Menschenbild verbunden hatte?

Seit ihrer Gründung war die SDL' im Parlament vertreten, in früheren Jahren auch für ein paar Monate in der Regierung. Mit ihren nebulösen Aussagen zur sozioökonomischen Transformation paßte sie jedoch zu keiner Regierung - aber auch nicht in die Opposition, die von (Christ)Demokraten dominiert wird. Also befand SDL'-Chef Weiss, "die SDL' will auf einem eigenen Oppositionsstuhl sitzen". Und zwar auf einem Stuhl, von dem aus sie "pragmatisch" und "entgegenkommend" mit der Regierungspartei HZDZ kooperieren und vielfach mit dieser stimmen kann.

Peter Weiss hatte Anfang November 1995 seinen Rücktritt angekündigt. Ende April 1996 fand der 4. SDL'-Parteitag statt, auf dem der angekündigte Wechsel ablief. Neuer Parteichef wurde Jozef Migás (*1954), Angehöriger der ukrainischen Minderheit, der in Kiew studierte und promovierte, danach in der Slowakei als KP-Funktionär tätig war und seit 1995 als slowakischer Botschafter in der Ukraine arbeitete. Allem Anschein nach verdankte er sein neues Amt dem Umstand, daß Weiss den Vorsitz nicht mehr wollte - weil er wegen der kommunistisch-konservativen Mitgliedschaft resignierte, die die SDL' lieber in einer gewissermaßen linksfundamentalistischen Opposition sieht. Weiss hatte in seiner Abschiedsrede die Partei nochmals aufgefordert, die Menschenrechte, die Demokratie, den Dialog mit der Kirche usw. nicht als taktische Probleme, sondern als Werte an sich anzusehen. Unverkennbar ist, daß es

¹⁶⁷ Von vielen Interviews Weiss vgl. vor allem das in: *Rudé právo* 30.8.1991.

¹⁶⁸ Cramer-Langer, Katrin: *Demokratisierung*, a.a.O., S. 71; ebd. führt die Verfasserin auch eine eigene Befragung vom Dezember 1996 an, die den Mitgliederbestand der SDL' auf 24.000 beziffert; der Verfasser der vorliegenden Darstellung hält diese Zahl für entschieden zu niedrig.

in der SDL' einen Linksruck gegeben hat - der aber der neuen Parteiführung als eine Art Garantie dafür erscheint, daß sie die Wahlen 1998 gewinnt.¹⁶⁹

Ist die Tschechoslowakei an der Angst der Kryptokommunisten zerbrochen?

Anfang 1990 schuf Präsident Václav Havel seine "Präsidentenkommission", die sich mit der tschechoslowakischen Armee im November 1989 befaßte; ihr im Oktober 1990 vorgelegter umfangreicher Bericht besagte, daß die Tschechoslowakei damals am Rande eines Bürgerkriegs stand, den die Armee im Parteauftrag gegen das eigene Volk zu führen bereit war.¹⁷⁰ Im Mai 1991 erließ das Bundesparlament eine "Deklaration über die Zeit der Unfreiheit", am 4. Oktober 1991 nahm es das "Durchleuchtungsgesetz" (lustrační zákon) an, das den gesamten staatlichen Sektor so überprüfen sollte, daß jede über das unumgängliche Minimum hinausgehende Verbindung mit dem alten Regime für die Mitarbeit unter neuen Verhältnissen disqualifizieren sollte.¹⁷¹ Hier aber kollidierte die reformerische Rigorosität mit rasch entstehenden Koalitionen der Angst, was letztlich zum Zerbrechen des gemeinsamen Staates der Tschechen und Slowaken führte.

Die seit 1993 souveräne Slowakei ist (und bleibt vorerst) ein Exempel für die Fehler und Schein-Möglichkeiten kommunistischer Nationalitätenpolitik, also ein kommunistischer Staat in postkommunistischer Zeit. Ende 1990 hatten sich in der Tschechischen (88%) und in der Slowakischen Republik (84%) deutliche Mehrheiten für den "Erhalt der Föderation" ausgesprochen¹⁷², und noch im Juli 1992 wünschten in Umfragen nur 16 Prozent der Slowaken, aber 20 Prozent der Tschechen (= Einwohner Böhmens, während in Mähren 11 Prozent dafür votierten) die Aufteilung der Tschechoslowakei in "souveräne Staaten".¹⁷³

Das Problem war im Grunde simpel, aber eben darum für Tschechen kaum einsehbar: Die Slowaken hatten nach 1968 vom "Sozialismus" profitiert, da große Industriekapazitäten zu ihnen disloziert worden waren, und sie sahen darum keinen so großen Grund wie die Tschechen, sich vom "Sozialismus" nunmehr radikal zu distanzieren.¹⁷⁴ Zu dieser Grundhaltung trugen zwei Momente bei: Zum einen hatten die beginnenden Wirtschaftsreformen für die Slowaken weit gravierendere Folgen als für die Tschechen, was die slowakische "Reformfreudigkeit" natürlich entscheidend minderte.¹⁷⁵ Zum zweiten fand der Elitenwechsel in der Slowakei nicht oder nur in geringerem Maße statt¹⁷⁶, was Mitte 1991 dem Willen von 30 Prozent der Slowaken entsprach, die sich in Umfragen die "Rückkehr des alten Regimes" wünschten.¹⁷⁷ Später verstärkten sich diese Trends noch: Die Unzufriedenheit der Slowaken mit den Reformergebnissen war signifikant höher als bei den Tschechen¹⁷⁸, das Prestige der Aktionsgruppen der "samtenen Revolution" fiel so rasant, wie das neuer nationalistischer

¹⁶⁹ Zahlreiche Berichte in: Národná obroda 29.4.1996.

¹⁷⁰ Auszüge aus dem Bericht in: Lidová demokracie 20.10.1990.

¹⁷¹ Vgl. die Chronologie in: Respekt 23.-29.11.1992, S. 4.

¹⁷² Bericht in: Lidové noviny 27.11.1990.

¹⁷³ Ergebnisse in: Rudé právo 24.7.1992.

¹⁷⁴ Umfrageergebnisse und Kommentar in: Respekt 18.-24.11.1991.

¹⁷⁵ Graphik zu Umfrageergebnissen in: Lidové noviny 21.9.1991.

¹⁷⁶ Sklenka, M.: Komunisti vládnu d'alej (Die Kommunisten herrschen weiter), in: Verejnost 27.7.1990.

¹⁷⁷ Haban, Oto: Návrat starého režimu? (Rückkehr des alten Regimes?), in: Verejnost 8.7.1991.

¹⁷⁸ Umfrageergebnisse in: Èas 2.7.1991.

Gruppen stieg¹⁷⁹, und als die Tschechoslowakei auseinanderbrach, empfanden das nur noch 20 Prozent der Slowaken als "entschiedenen Verlust".¹⁸⁰

Schlimmer noch war, daß von Anfang an bei den Slowaken der Eindruck entstanden war, daß mit der Lustration ein Prager Instrument bestünde, mit dessen Hilfe die Tschechen gegen die Slowaken vorgehen wollten. Nach Ansicht von Prager Kommentatoren und Analytikern trat die slowakische Führung die Flucht nach vorn an und ließ lieber den gemeinsamen Staat zerbrechen, als sich einer "Lustration" auszusetzen.¹⁸¹ Tatsache ist, daß Premier Mečiar durchsichtige Forderungen stellte (die slowakischen Dossiers sollten der Slowakei zurückgegeben werden, damit unabhängige Experten sie dort prüften), daß er über sein Hausorgan "Narodná obroda" (Nationale Erneuerung) eine wilde Kampagne gegen die Lustration führte und anderes mehr. Am Ende gab es nur noch die Frage, ob der mutmaßliche StB-Mitarbeiter Mečiar die Lustration zur slowakischen Separation genutzt hatte oder ob er von ehemaligen StB-Kreisen dazu gezwungen worden war.¹⁸²

Inzwischen besteht das Lustrationsgesetz in der Slowakei zwar noch - nachdem Mečiar HZDS Anfang 1993 vergeblich versuchte, es vom Verfassungsgericht aufheben zu lassen -, aber "the law is currently considered 'invalid' and lays dormant".¹⁸³

Slowakische Neostalinisten

Peter Weiss hatte sich nie gescheut, die Neuartigkeit seiner SDL' durch kontrastive Seitenhiebe auf alt- und neostalinistische Grüppchen zu unterstreichen. Eines seiner Lieblingsopfer war dabei die Kommunistische Partei der Slowakei '91 (Komunistická strana Slovenska '91, KSS 1991), die Ende Juni 1991 ihren Gründungskongreß in Zvolen abhielt: "Marxistisch-leninistisch" sei die Partei, aber keinesfalls eine "Nachfolge-Partei der ehemaligen KSS". Zum Vorsitzenden wurde Július Feješ gewählt, der den angeblich 10.000 Mitgliedern sagte, wer die Verbündeten der KSS '91 seien, nämlich die KSĚM und der Bund der Kommunisten der Slowakei, und wer ihre Gegner, also Peter Weiss und seine "rechtsgerichtete" SDL'. Die anwesenden Vertreter der KSĚM bat er um Unterstützung ("die habt ihr") und Hilfe ("das wird schlechter").¹⁸⁴

Mit anderen Worten: Die neue KSS '91 ist nicht eine regionale Unterorganisation einer von Prag aus dirigierenden KP. Obwohl sie eben das gern wieder wäre, denn sie bemüht sich sehr um "ehemalige KPĚ-Mitglieder" - wie sie sich überhaupt ein betont altkommunistisches Image zulegte: Zentralkomitee mit Regionalkomitees, "Sozialistischer Jugendverband" (Socialistický zväz mladých), Zentralorgan "Úsvit" (Morgenröte), "(Verdiente) Volkskünstler" auf "sozialistischen Pressefesten" etc. Das ganze hat überhaupt keine Bedeutung, denn die

¹⁷⁹ Umfrageergebnisse und Kommentar in: Nový èas 18.9.1991.

¹⁸⁰ Graphik und Kommentar zu Umfrageergebnissen in: Smena 27.4.1993.

¹⁸¹ Detailliert Oschlies, Wolf: Wir haben uns friedlich und demokratisch getrennt... Start- und Entwicklungsprobleme der parlamentarischen Demokratie in der (Ex)Tschechoslowakei, in: Aufbruch im Osten Europas - Chancen für Demokratie und Marktwirtschaft nach dem Zerfall des Kommunismus, München/Wien 1993, S. 130-137.

¹⁸² de Candole, James: Czechoslovakia - Too Velvet a Revolution?, London 1991, S. 17.

¹⁸³ Šiklová, Jiřina: Lustration or the Czech Way of Screening, in: East European Constitutional Review Nr. 1/1996, S. 57-62.

¹⁸⁴ Bericht in: Rudé právo 1.7.1991.

KSS hat kaum Mitglieder; aber sie hat den Rückhalt der KSÈM, die ihr jede "logistische" Hilfe (z.B. den Vertrieb des "Úsvit") gewährt, da sie offenkundig keine anderen Partner in der Slowakei findet.

Im Sommer 1997 hielt die KSS '91 ihren zweiten Parteitag ab, und der "stellte das unmittelbare Ziel auf, daß die KSS bei kommenden Wahlen ins Parlament gelangt". Das dürfte schwierig genug werden, wenn man seine Kräfte konzentrieren muß "vor allem auf den Bereich einer Ausweitung der Mitgliederbasis mit der Absicht, daß bis zum Wahltermin in jeder Gemeinde wenigstens ein registriertes KSS-Mitglied präsent ist". Bislang gab es in den meisten Gemeinden nicht einmal dieses eine Vorzeige-Mitglied, weswegen sich die Partei vermehrt um "ehemalige KSS-Mitglieder" bemühen wollte. Davon abgesehen, weist sie organisatorisch ganz die alte Struktur auf, die von der Spitze, dem von Vladimír Ľad'o geleiteten "Zentralkomitee", über "Bezirksleitungen" bis zur Grundorganisation die bekannten Stufen absteigt.

Die neue KSS ist ein Nichts, was sie weiß und sich deshalb eng an die ungleich bedeutendere "Kommunistische Partei von Böhmen und Mähren" (KSÈM) des Miroslav Grebenèk anschließt, beispielsweise bei gemeinsamen "Feiertagen der tschechisch-slowakischen Wechselseitigkeit", bei denen jeder, der es will, nochmals wie in alten Zeiten "Volkskünstler" und "Verdiente Volkskünstler" erleben kann.

Neben der KSS '91 gibt es noch einige ähnliche Gruppierungen, die im Grunde nur statistischen Wert haben. Eine solche ist beispielsweise der erwähnte Bund der Kommunisten der Slowakei (Zväz komunistov Slovenska, ZKS), der von Juraj Janošovský geleitet und am 19. März 1991 in Bratislava amtlich registriert wurde. Die Gruppierung "bekennt sich zu den Ideen des Sozialismus, sieht sich aber nicht als Nachfolgeorganisation von KPÈ oder KSS an. Sie will vor allem die Rechte der Werktätigen schützen. Sie unterstützt eine gleichberechtigte Föderation".¹⁸⁵

Meèiars Slowakei und die nächste Zukunft der SDL

In der Slowakei gibt es seit Jahren eine scharfe Auseinandersetzung mit gelegentlich grotesken Zügen: Da hatte Premier Vladimír seinem Intimfeind, Staatspräsident Michal Kovàè, im Spätherbst 1997 eine Digitaluhr vor den Amtssitz stellen lassen, die höhnisch die Zeit bis zu Kovàès Amtsende Mitte Februar 1998 zeigte. Und dann demonstrierten am 17. November in Bratislava und anderen Städten der Slowakei Zehntausende - gegen Meèiars "Totalitarismus", gegen seinen "Verrat der Ideale der sanften Revolution von 1989", gegen seine Verzögerung der slowakischen Westintegration und anderes mehr. So etwas hat der "echte slowakische Mann" Meèiar (*1942) kaum erwartet.

Wohl aber Michal Kovàè (*1930), der die Proteste indirekt angestoßen hatte: Ende Oktober äußerte er sich zum 79. Jahrestag der tschechoslowakischen Staatsgründung und lobte den 1993 zerbrochenen gemeinsamen Staat der Tschechen und Slowaken: "In ihm haben wir Slowaken in Demokratie gelebt, von ihm haben wir die demokratischen Werte übernommen, die sich uns heute verzinsen können". Leider sähe die Realität anders aus, denn "offenkundig wurde die innenpolitische Entwicklung der Slowakei zum Gegenstand internationaler Kritik".

¹⁸⁵ Kommentierte Übersichten slowakischer Parteien in: Smena 1.6.1992, Nový èas 3.6.1992.

Und diese Kritik war 1997 besonders laut: Das Europäische Parlament rügte per Resolution die Slowakei, weil sie die EU-Kriterien für Aufnahmekandidaten nicht erfüllte und die vom slowakischen Nationalrat eingegangenen Verpflichtungen, etwa die Gleichberechtigung ausländischer Wirtschaftspartner betreffend, ignorierte. Bis Ende November hätte Mečiar Republik noch Zeit zur Besserung, und wenn sie diese ungenutzt verstreichen ließe, drohe ihr die politische Isolation. So wurde es Michal Kováč, als dieser Mitte November zum Staatsbesuch in Rom war, auch vom italienischen Präsidenten Oscar Luigi Scalfaro deutlich gesagt.

Mečiar fühlte sich von unfairer Kritik getroffen - das Ausland, so sein Verdacht, fiel einfach auf "Lügen" herein, die die slowakische Opposition verbreitete. Und seinen "Mann fürs Grobe" Dušan Slobodník, Vorsitzender des Auswärtigen Parlamentsausschusses, ließ er vor der Presse wettern, daß die EU die Slowakei ungerecht behandle, während sie z.B. Ungarn alles nachsehe.

Mečiar sollte stille sein, bedeutete ihm Birgitt Dahl, Parlamentspräsidentin Schwedens, als sie Anfang November in Bratislava war: Wie er persönlich Kováč angreife, wie schlecht das Verhältnis der Regierung zur Opposition sei, wie wenig die Rechte nationaler Minderheiten garantiert wären, und wie rechtlich zweifelhaft er seinen ehemaligen Parteifreund Gaulieder aus dem Parlament warf - das waren nur einige Minuspunkte auf dem Sündenregister des slowakischen Premiers.

Mečiar, ehemals kommunistischer Jugendfunktionär, war nach 1990 dreimal Premier. Mit seiner "Bewegung für eine Demokratische Slowakei" (HZDS) hat er 1991 die Bürgerrechtsorganisation "Öffentlichkeit gegen Gewalt" (VPN), die 1989 den Umsturz in der Slowakei anführte, gespalten, 1992/93 auch die Tschechoslowakei. Die slowakische Eigenstaatlichkeit startete zum 1. Januar 1993 unter denkbar schlechtesten Auspizien, aber das Land überraschte alle Welt: Es prosperierte, stand 1996 sogar besser als Polen und Ungarn da - weil es einträglichste Geschäfte mit Rußland und allen ex-sowjetischen Nachfolgestaaten machte. Eben diese Partnerschaft ließ Mečiar auf Distanz zu NATO und EU gehen. Den Slowaken war das zumeist egal: Solange der Lebensstandard hoch war, durfte der Regierungschef die Presse manipulieren, die Opposition gängeln, NATO-Referenden fälschen und jedes Allotria treiben. Und er durfte sogar den Präsidenten angreifen, wenn der rügte, daß Demokratie á la Mečiar kaum mehr als "wachsender Partei-Klientelismus und Partei-Lobbyismus" sei.

Aber Ende 1997 schien Mečiar sein Blatt überreizt zu haben, was auch seinen verärgerten Ton erklärte: Nur "heimische Laien und Nichtsköner" (schimpfte er vor der Presse) kritisierten seine Wirtschaftspolitik, die "auswärtige Experten lobten". Wirklich? Die Slowakei hat zwar 7,4 Mrd. US-Dollar Devisenreserven, aber auch eine Arbeitslosigkeit von 12,8 Prozent. Und Umfragen von Ende Oktober 1997 besagten, daß nur noch 3 Prozent der Slowaken die Wirtschaftslage des Landes als "gut" bewerten - was nicht viel besagt, da dieser Wert bis Jahresende 1997 wieder auf 27 Prozent stieg. Immerhin schienen sich verschleppte Reformen und Gefälligkeits-Privatisierungen zu rächen. Hinzu kamen andere Probleme: Konflikte mit der starken ungarischen Minderheit um die "slowakische Staatssprache", Streit mit Ungarn (dem Mečiar einen "Bevölkerungsaustausch" der Minderheiten vorgeschlagen haben soll), Spannungen mit Prag. Und vor allem der Dauerstreit mit der Opposition, die sich zur "Slowakischen Demokratischen Koalition" (SDK) vereint hat. Die SDK hatte auch die jüngsten Demonstrationen gegen Mečiar organisiert - wohl als "Test" für die Wahlen 1998, bei denen sie geschlossen gegen den Premier antreten will. Für den hielt sie sogar schon eine personelle Alternative bereit: Rudolf Schuster, populärer Bürgermeister im ostslowakischen Košice. Für Mečiar schienen sich die Zeichen der Zeit zu verschlechtern - nachdem zum Jahresende 1997 bekannt geworden war, daß er sogar dem international gesuchten bosnisch-serbischen Kriegs-

verbrecher Radovan Karadžić einen slowakischen Diplomatenpaß (ausgestellt auf den Namen Radomir Kadlec, aber mit Karadžićs Bild versehen) zugestellt haben soll.

Zum Jahresende befragte die seriöse slowakische Tageszeitung *Národná obroda* (Nationale Wiedergeburt) ausländische Prominente zu ihrer Meinung über die gegenwärtige Slowakei (die die EU gerade einmal mehr nicht unter den potentiellen Beitrittskandidaten aufgeführt hatte); unter den Befragten war auch der polnische Publizist und "Querdenker" Adam Michnik:

"In demokratischen Ländern, auch in Polen, gibt es viele Vorbehalte gegenüber der Politik von Vladimír Mečiar. Ich habe meine Meinung nie verheimlicht. Ich behaupte immer, entweder schafft es Mečiar, eine breite Koalition proeuropäischer Kräfte zusammenzubringen, oder er sollte zurücktreten. Denn seine Politik ist destruktiv. Aus dem Blickwinkel slowakischer Nationalinteressen, nicht aus meinem".

Unter diesen Umständen ist der SDL' über Nacht eine neue Bedeutung zugewachsen. Die Vize-Vorsitzende der SDL', die Wirtschaftsexpertin Brigita Schmögnerová (*1947), die 1994 bereits einmal Vize-Premierin war, bewertete die slowakische Gesamtentwicklung seit 1994 in einem Buch als "Rücktritt vorwärts" (*Cúvanie napred*). Der SDL'-Fraktionsvorsitzender im Parlament, Robert Fico, hielt der Regierung Fehler bei der Privatisierung vor, die zur Illiquidität des Fonds des Nationaleigentums der Slowakischen Republik (FNM SR) führen könnten. Peter Weiss, jetzt ebenfalls Vize-Vorsitzender der Partei und ihr außenpolitischer Sprecher, kritisierte die Regierung, daß sie seit 1994 mit ihrer verfehlten Europa-Politik die Slowakei in die Isolation treibe. Und er rechnete vor, daß wohl kaum Zeit bliebe, hier eine grundlegende Änderung vorzunehmen: Selbst wenn Mečiar bei den Wahlen im September 1998 abgelöst werden sollte, dann hätte eine neue Regierung bestenfalls zwei Monate Zeit, um bei der im Dezember 1998 folgenden zweiten Bewertung der EU-Beitrittskandidaten besser auszusehen. Um die Slowakei gar nicht erst in diese Termin- und Argumentationsnöte gelangen zu lassen, entwickelte SDL'-Vorsitzender Jozef Migaš eine umfassende Korrespondenz, um mit Briefen an die Regierungschefs der nächsten beiden EU-Präsidentschaftsländer, den Briten Tony Blair und den Österreicher Viktor Klima, die slowakischen Chancen zu verbessern.¹⁸⁶ Mit anderen Worten: Gegen Jahresende 1997 erweckte die SDL' den Eindruck, daß sie die konsequenteren Marktwirtschaftler, besseren Europäer und kompetenteren Politiker stellte, wobei sie geschickt die Fehler der Mečiar-Regierung und den Sachverstand eigener Prominenter nutzte.¹⁸⁷

Noch immer war die SDL' im Grunde für keine andere Partei koalitionsfähig, aber ohne sie war auch kaum etwas zu machen. Wahlprognosen sagten ihr zwar nur 8,5 Prozent voraus¹⁸⁸, aber das bewies im Grunde nur, daß man sich bei Umfragen schwerer für diese Partei entscheidet als in der Anonymität der Wahlkabine. Andererseits wäre die SDL' nicht seit Mitte Dezember 1997 damit beschäftigt gewesen, mit den wichtigsten Regierungs- und Oppositionsparteien über die bevorstehenden Präsidentenwahlen zu konferieren. Aber dabei ging es auch um andere Dinge, denn die SDL' forderte die Beibehaltung des Verhältniswahlrechts und die Beschränkung der Wahlkreise auf acht.¹⁸⁹

¹⁸⁶ Bericht in: *Národná obroda* 31.12.1997.

¹⁸⁷ Vgl. das Interview mit Brigitta Schmögnerová in: *Národná obroda* 29.12.1997.

¹⁸⁸ Bericht in: *Národná obroda* 30.12.1997.

¹⁸⁹ Bericht in: *Národná obroda* 22.12.1997.

Die Amtszeit des Präsidenten Kováčik endet am 1. März 1998, und schon am nächsten Tag soll sein Nachfolger das Amt antreten. Dieser sollte am 23. Januar 1998 vom Parlament gewählt werden - nachdem Kováčik selber schon vor langem vorgeschlagen hatte, den Präsidenten direkt vom Volk wählen zu lassen. In Bratislava wurde im Vorfeld der Wahl spekuliert, was geschehen könnte, falls an diesem Termin kein Präsident gewählt würde. Die SDL' rechnete sich für jeden denkbaren Fall gute Chancen aus: Mit dem 67jährigen Juraj Hraško hatte sie einen hochkarätigen Kandidaten ins Rennen geschickt, von dem anzunehmen war, daß er bei Direktwahlen gute Chancen hatte, anderenfalls sogar noch bessere, da er mit Unterstützung von Mečiar's HZDS und vermutlich auch mit der von Jaroslav Volf geführten Sozialdemokratischen Partei der Slowakei (Sociálnodemokratická strana Slovenska, SDSS) gewählt werden würde. Hraško - ein getaufter und konfirmierter Protestant, der schon als Gymnasiast in die KPĚ eintrat - ist Mitglied der Slowakischen Akademie der Wissenschaften (SAV) und gilt als Begründer der wissenschaftlichen Bodenkunde in der Slowakei. 1968 hatte er sich für den "Prager Frühling" engagiert, weswegen man ihn später aus der Partei und aus dem Beruf werfen wollte - mit Rücksicht auf die von ihm gerade geleiteten Forschungsprojekte beließ man es bei schärfsten Parteistrafen, die erst 1982 aufgehoben wurden. In der SDL' war er Mitglied, seit es diese Partei gab, und über sein Selbstverständnis sagte er: "Ein Teil unseres politischen Spektrums in der Slowakei sagt, daß sie gute Slowaken seien, und der andere Teil sagt, daß sie gute Demokraten seien. Was mich betrifft, so bin ich sowohl ein guter Slowake als auch ein guter Demokrat".¹⁹⁰

Es dürfte niemanden verwundern, wenn dieses Diktum Hraškos eines Tages der programmatische Slogan der SDL' würde. Man sollte diese Partei nicht unterschätzen.

Abstract

Name: SDL' (Strana demokratickej ľavice = Partei der demokratischen Linken)

Gründung bzw. Registrierung: 28. September 1990

Nachfolge: Aus der Kommunistischen Partei der Slowakei (KSS) hervorgegangen, zu der sie aber maximale personelle, strukturelle und ideologische Diskontinuität zum Programm gemacht hat

Führung: Gründer Peter Weiss (*1952), Vorsitzender seit 1996 Jozef Migás (*1954), Vize-Vorsitzende Brigitta Schmögnerová (*1947) und P. Weiss, Fraktionschef im Parlament Robert Fico

Mitglieder: Offiziell 42.000, vermutlich weniger

Alters- und Regionalstruktur der Mitglieder: Starker Anteil Älterer aus der Mittel-Slowakei
 Presse: Parteizeitung L'avicové noviny (Links-Zeitung), Wochenblatt Nové slovo (Neues Wort)

Akzeptanz in der Öffentlichkeit: Sicherer zweistelliger Stimmenanteil bei Wahlen (1992 14,7% , 1994 10,4%), weniger bei Umfragen

Programm: Völlige Abkehr von altkommunistischer Ideologie, diffuse Berufung auf "linke, sozialistische Ideale", Befürwortung einer systemaren Transformation

¹⁹⁰ Porträt von Hraško in: Národná obroda 2.1.1998.

der Slowakei und ihrer Einbindung in europäische Allianzen, "Verteidigung der Rechte der Werktätigen" Erscheinungsbild: Die Partei wirkt sehr einig und geschlossen auf postkommunistischen linken Positionen, nur wenig Indizien für interne Gruppenbildung und/oder Fraktionskämpfe zu erkennen; überzeugendes und fachlich kompetentes Auftreten ihrer Sprecher in der Öffentlichkeit und im Parlament; P. Weiss erreicht bei Umfragen sehr hohe Sympathiewerte

Verbindung: Keine Beziehungen zu altkommunistischen Gruppierungen in der Slowakei, keine organisatorischen Verbindung mehr zur Kommunistischen Partei von Böhmen und Mähren (KSÈM), gute und vertraglich geregelte Kooperation mit der slowakischen Sozialdemokratie (SDSS), seit 1996 Mitglied der Sozialistischen Internationale (SI)

Politische Perspektiven: Noch nicht für andere Parteien koalitionsfähig, aber wichtiger Faktor im politischen Leben der Slowakei; wachsende Kontakte mit Regierungs- und Oppositionsparteien; könnte im Frühjahr 1998 den neuen Präsidenten stellen und im September 1998 wieder Mitglied der Regierung werden; mittelfristig scheint eine Vereinigung mit den zwei sozialdemokratischen Parteien der Slowakei möglich.

Dieter Bingen

Die "Sozialdemokratie der Republik Polen" (SdRP) in der "Demokratischen Linksallianz" (SLD)

1. Eine erste Charakterisierung

Die SdRP gilt in weiten Kreisen der polnischen Öffentlichkeit als die Nachfolgepartei der PZPR. Diese Einschätzung ist teils richtig und teils falsch, und sie hängt entscheidend von der Gewichtung und gegenseitigen Abwägung der juristischen, politischen und moralischen Kategorien ab. Tatsächlich wurde die SdRP während des Auflösungskongresses der PZPR von der Mehrzahl der PZPR-Delegierten gegründet. Die wichtigsten Politiker der SdRP, Kwaśniewski, Oleksy und Miller, waren Mitglieder der PZPR und befanden sich in deren Endphase an höchsten Stellen der Nomenklatura. Andererseits ist die SdRP weder programmatisch noch organisatorisch und funktionell als Nachfolgeorganisation zu betrachten.¹⁹¹

Die SdRP tritt kaum selbständig auf. In der Öffentlichkeit findet in der Regel die SLD, die "Demokratische Linksallianz" (oder wörtlich "Bündnis der Demokratischen Linken") Erwähnung, da sie sich den polnischen Wählern zur Wahl stellt, und nicht die SdRP als Partei. Die SLD ist eine Koalition aus 28 Gruppierungen, unter denen die "Sozialdemokratie der Republik Polen" (SDR) freilich die mit Abstand stärkste Kraft darstellt, gefolgt von dem in den 80er Jahren mit der PZPR verbundenen Gewerkschaftsverband OPZZ sowie der allzeit angepassten Lehrgewerkschaft (ZNP). Die übrigen, weit kleineren Gruppierungen haben eine Spannweite von der Demokratischen Frauenunion bis zu Formationen der alten Parteikonservativen wie dem "Bund Polnischer Kommunisten 'Proletariat'" oder der "Bewegung der Werktätigen" des früheren OPZZ-Vorsitzenden Alfred Miodowicz, aber auch der winzigen, sich aus dem Solidarnœæ-Lager herleitenden Funktionärsgruppe der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), die sich mit zwei rivalisierenden PPS-Grüppchen in der SLD befindet.¹⁹² Innerhalb der SdRP lassen sich gegenwärtig zwei Hauptströmungen unterscheiden.¹⁹³

1.1 Die sozialdemokratisch-manageristische Strömung

Dieser zentristisch-pragmatische Flügel bildet zur Zeit die meinungsbildende Strömung in der Partei. Er strebt die Umgestaltung in eine sozialdemokratische Partei nach westlichem Vorbild an. Mit diesem "programmatischen Verbal-Sozialdemokratismus" korrespondiert eine hohe Flexibilität im Alltag, die die Partei in unterschiedliche Richtungen offen halten soll. Die Pragmatiker dominieren in den Führungsgremien der Partei und werden von besser gebildeten und jüngeren Parteimitgliedern unterstützt. Zulauf erhalten die "Sozialdemokraten" auch von einigen zahlungskräftigen Post-Partei-Unternehmern und wirtschaftsliberalen "Roten Thatcheristen".

¹⁹¹ Vgl. auch Bingen, Dieter: Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Polen, Köln 1997 (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien [BIOst], 27-1997).

¹⁹² Siehe auch Ziemer, Klaus: Das Parteiensystem Polens, in: Segert, Dieter u.a. (Hrsg.): Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas, Opladen 1997, S. 39-89, hier S. 60 f..

¹⁹³ Vgl. Lang, Kai-Olaf: Polens Linksparteien vor den Parlamentswahlen, Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 37/1993.

Ein Exponent dieser Orientierung, der ehemalige Finanzminister (1993/94) und Vizemarschall des Sejm, seinerzeit SdRP-Vorstandsmitglied und seit Dezember 1997 der stellvertretende Parteivorsitzende, Marek Borowski, hat in einer Rubrik, die die Tageszeitung "Gazeta Wyborcza" den wichtigsten Parteien vor den Sejmwahlen am 21. September 1997 zur Selbstdarstellung zur Verfügung stellte, die Stichworte für das moderne und rationale Politikverständnis der Sozialdemokratie geliefert, indem er aufzählte, für wen die SLD (SdRP) keine Heimstatt darstellen sollte:

"Wenn es sich also zufällig so verhält,
 daß Du nach politischem Kabarett in den Reihen des Sejm Sehnsucht verspürst;
 daß Du von der gesellschaftlichen Ruhe und politischen Stabilisierung ermüdet bist und Kriege 'da oben' Unfrieden und Demonstrationen herbeisehnst;
 daß Du die Chancen für Polen im Aufwärmen der historischen Teilungen in "Kommies" (abwertend für Kommunisten, vergleichbar auf Deutsch mit "Rote Socken"), Solidarność siehst;
 daß, wenn Du 'Weg mit der Kommune' schreist, Du Dich nach unbekümmertem Ausgeben des Geldes aus dem Budget und uneingeschränktem staatlichem Interventionismus sehnst;
 daß Du ein Minimum an Staat, einen Staat als 'Nachtwächter', zügellosen Kapitalismus, der auf der Grundlage 'Hilfe dir selbst' funktioniert, wünschst; Reformen um der Reformen und nicht der Menschen willen forderst;
 daß Du nach einem Staat rufst, in dem das kanonische Recht zu staatlichem Recht wird und die Würde einer Frau als ein Gut niederer Ordnung behandelt wird;
 daß Du ein Wirtschaftssystem, das sich auf 'moralische Reflexionen' stützt, und die Herrschaft einer Gewerkschaft wünschst;
 daß Du 'Polen für die Polen' zum Motto erhebst, Verständigung zu Gunsten von Haß, eines Programms der Abrechnungen, Dekommunisierung und wirtschaftlicher Lustration verwarfst, so hast Du Glück! Du kannst Deine kostbare Zeit sparen und brauchst den Rest nicht weiterzulesen. Die SLD ist nicht imstande und – was noch wichtiger ist – hat nicht vor, Deine Wünsche zu verwirklichen."

Positiv stellte Borowski das Wahlprogramm seiner Partei mit Stichworten zur politischen Kultur wie folgt dar: "Wir vermeiden Radikalismus"; "wir sind berechenbar"; "wir halten Wort"; "wir setzen uns ganz konsequent für den weltlichen Staat ein"; "unsere Wirtschaftspolitik ist weder doktrinär noch populistisch"¹⁹⁴; "wir sind in der Lage, vernünftige Kompromisse zu schließen"; "wir setzen uns für sozialen Frieden nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Solidarismus ein"; "es lohnt sich, uns zu wählen, denn wir stehen unverbrüchlich für eine Koalition der Vernunft gegen Verbohrtheit, Dummheit und Beschränktheit".¹⁹⁵

1.2 Die Konservativen

Die konservative Fraktion in der SdRP stellt sich als Verfechter traditioneller linker Werte dar. Obwohl die Vertreter der orthodoxen Gruppen sich öffentlich auf die reformerischen Strömungen der PZPR beziehen, verteidigen sie in ihren Auftritten immer unverhohlener die "Errungenschaften der Volksrepublik". Als informeller Anführer der Konservativen galt lange

¹⁹⁴ Es war einem Wirtschaftsexperten, wie dem der Freiheitsunion nahestehenden Posener Professor Wilczyński, überlassen, im Wirtschaftsteil des Wahlprogramms der SLD - ebenso in dem der AWS - eine zentralistisch-makroökonomische Perspektive auf die Wirtschaft und die Betonung der helfenden Rolle des Staates (aktive Industriepolitik, Allokationspolitik, Kreditpolitik u.a.) zu entdecken; siehe Wilczyński, Wacław: Wyborcy odrzuć populizm (Die Wähler lehnen Populismus ab), in: Gazeta Wyborcza (GW), 3.9.1997.

¹⁹⁵ Borowski, Marek: Dlaczego warto głosować na SLD?, in: GW, 21.8.1997.

Zeit Leszek Miller, der vor der Annahme von Regierungsämtern ein radikaleres Image und einen aggressiveren, kämpferischen Stil der Partei anstrebte. Zur Gruppe der Gegner einer grundlegenden Erneuerung der Partei gehören v.a. der Apparat der früheren PZPR, insbesondere dessen mittlere und regionale Ebene, sowie Funktionäre ehemaliger kommunistischer Massenorganisationen wie der ehemalige ZSMP-Apparatschik und zeitweilige SdRP-Generalsekretär (1993-1997) und SLD-Fraktionsvorsitzende Jerzy Szmajdzński (Jg. 1952). Obwohl die Konservativen mittlerweile eine Reihe von Niederlagen hinnehmen mußten, sollte ihr Einfluß nicht unterschätzt werden, da dem von den ehemaligen Funktionären beherrschten Parteiapparat bei der Ausführung der Politik der SdRP eine wichtige Rolle zukommt. Die Konservativen in der Parlamentsfraktionen haben schließlich in den vergangenen Jahren einen Kompromiß in der Konkordatsratifizierungsdebatte mit verhindert und so mit zur Erhaltung des "Lager"-Denkens in Polen beigetragen.

1.3 Kommunisten als Randgruppe

Noch eine kurze Bemerkung zum "Bund Polnischer Kommunisten", nicht weil er eine politische Bedeutung besäße - es handelt sich um eine politisch bedeutungslose Randerscheinung -, sondern aus statistischen Gründen, weil er das Attribut "kommunistisch" trägt. Der "Bund Polnischer Kommunisten 'Proletariat'" (Związek Komunistów Polskich "Proletariat") wurde im März 1990 gegründet und hat nach Angaben seines 1993 gewählten Vorsitzenden Zbigniew Wiktor über 2.500 zahlende Mitglieder.¹⁹⁶ Der ZKP fühlt sich nicht als Nachfolger der PZPR, weil dies - so die programmatische Deklaration der 21 Punkte von 1990 - auch "die Unterschrift unter die strafwürdigen und unverzeihlichen Entscheidungen und Schachzüge der ehemaligen Führungsequipen bedeutet hätte".¹⁹⁷ Der ZKP distanziert sich von "den totalitären Tätigkeiten, deren Resultat politische Morde, Gefängnisse und außerrechtliche Eliminierung politischer Gegner" gewesen seien. Als Staatsmodell wird ein unabhängiges, souveränes, selbstverwaltetes und demokratisches Polen vorgestellt, das die religiösen Überzeugungen seiner Bürger achtet.¹⁹⁸ Der ZKP "Proletariat" müßte befürchten, gemäß Artikel 13 der neuen Verfassung verboten zu werden, da dort ein "Verbot politischer Parteien und anderer Organisationen, die sich in ihren Programmen auf totalitäre Methoden und Praktiken des Nazismus, Faschismus und Kommunismus berufen" postuliert wird, wenn man die Distanzierung des ZKP "Proletariat" von den "Verzerrungen im sogenannten realen Sozialismus" (Wiktor)¹⁹⁹ nicht ernstnähme.²⁰⁰

¹⁹⁶ Wir bleiben sehr kritisch, in: Neues Deutschland, 28.7.1997.

¹⁹⁷ Zit. n. Dehnel-Szyc, Małgorzata/Stachura, Jadwiga: Gry polityczne - Orientacje na dzidziś (Politische Spiele - Orientierungen von heute), Warszawa 1991, S. 85.

¹⁹⁸ Ebenda.

¹⁹⁹ Neues Deutschland, 28.7.1997.

²⁰⁰ Vgl. auch Urbanek, Mariusz: Mały Proletariat (Kleines Proletariat), in: Polityka, Nr. 7, 14.2.1998.

2. SdRP/SLD - eine Wählerpartei

Die nach außen getragene Einheit der SLD und der SdRP wurde bis 1993 nicht zuletzt durch die Ausgrenzung gefestigt, die von fast allen anderen politischen Gruppierungen gegenüber den Erben der PZPR praktiziert wurde. Die Ausgrenzung wurde vom polnischen Wähler nicht lange, wenn überhaupt, praktiziert.

Bei den ersten freien Kommunalwahlen im Mai 1990 erhielten die Kandidaten der SdRP fast 1 Mio. Wählerstimmen. Fast 700 Mitglieder bzw. Anhänger der SdRP erhielten Mandate, das waren 9,5% aller Sitze, die bei den Gemeindewahlen vergeben wurden.

Schon bei den Präsidentschaftswahlen im November/Dezember 1990 erhielt der von der SLD unterstützte Kandidat W³odzimierz Cimoszewicz im ersten Wahlgang über 9% der Stimmen (Mazowiecki 18%, Tymiński 23%, Wa³ęsa 40%).

Im sog. Kontraktparlament, das im Juni 1989 gewählt worden war, saßen unmittelbar vor den ersten freien Parlamentswahlen 23 Abgeordnete im parlamentarischen Klub der SLD. Bei den ersten freien Parlamentswahlen im Oktober 1991 avancierte die SLD mit knapp 12% der Stimmen zur zweitstärksten Sejmfraktion. Bei den Sejmwahlen zwei Jahre später erhöhte sie ihren Stimmenanteil auf 20,4% und wurde stärkste Parlamentsfraktion. Aber es war dem die wählerstärksten Parteien begünstigenden Wahlrecht zu verdanken, daß SLD und Bauernpartei (PSL) fast 2/3 der Sejmsitze erhielten.

Sejmwahlen vom 27.10.1991, 19.9.1993 und 21.9.1997						
	1991		1993		1997	
	Stimmenanteil (%)l	Sitze	Stimmenanteil (%)	Sitze	Stimmenanteil (%)	Sitze
Demokratische Union (UD)/Freiheitsunion (UW)	12,31	62	10,59	74	13,37	60
Demokratische Linksallianz (SLD)	11,98	60	20,41	171	27,13	164
Katholische Wahlaktion (WAK) / KKW "Vaterland" ("Ojczyzna")	8,73	49	6,37	-	-	-
Polnische Bauernpartei (PSL)	8,67	48	15,40	132	7,31	27
Konföderation Unabhängiges Polen (KPN)	7,50	46	5,77	22	-	-
Zentrumsallianz (PC)	8,71	44	4,42	-	-	-
Liberal-Demokratischer Kongreß (KLD)	7,48	37	3,99	-	-	-
Bauernallianz (PL)	5,46	28	2,37	-	-	-
Gewerkschaft Solidarność	5,05	27	4,90	-	-	-
Polnische Partei der Bierfreunde (PPPP)	3,27	16	0,10	-	-	-

Union für Realpolitik (UPR)	2,25	3	3,18	-	2,03	-
Arbeitsunion (UP)	2,05	4	7,28	41	4,74	-
Deutsche Minderheit (MN)	1,17	7	0,80	4	0,61	2
Partei "X"	0,47	3	2,74	-	-	-
Parteiloser Block zur Unterstützung der Reformen (BBWR)	-	-	5,41	16	-	-
Wahlaktion Solidarnoœæ(AWS)	-	-	-	-	33,83	201
Bewegung für den Wiederaufbau Polens (ROP)	-	-	-	-	5,56	6
Sonstige	14,90	26	0,79	-		

Die Wählerschaft der SLD bei den Parlamentswahlen 1993 zeichnete sich durch einen hohen Anteil nicht nur unter Facharbeitern und ungelerten Arbeitern sowie unter Rentnern aus, sondern auch unter Angestellten mit und ohne Universitätsabschluß sowie unter Studenten. Besonders bemerkenswert war, daß mit 17 Prozent die meisten Selbständigen für die SLD stimmten. Vergleichbar war das Wahlverhalten bei den Präsidentschaftswahlen im Herbst 1995, aus denen der SdRP-Vorsitzende Kwaœniewski als Sieger hervorging. Die politische Landkarte gab bei dem Referendum über die neue Verfassung vom 25. Mai 1997 die Auskunft, daß die Regionen, in denen im November 1995 Kwaœniewski über Wa³œsa siegte, zugunsten der neuen Verfassung votierten.

Seit dem Eintritt in die Regierung im Oktober 1993 waren Spannungen innerhalb der SLD ebenso wie innerhalb der SdRP unübersehbar. Der marktwirtschaftlich orientierte Flügel fand sich schnell im Gegensatz zu den Repräsentanten der OPZZ, aber auch zu früheren Exponenten der PZPR wie Mieczys³aw Rakowski, denen ein klares ideologisches Konzept der SdRP fehlte. Antiklerikale Kräfte standen gegen kompromißbereite Politiker insbesondere der SLD-Führungsriege um Kwaœniewski und Oleksy, später Cimoszewicz, die sich erfolglos um einen Ausgleich mit der katholischen Kirche in der Frage der Ratifizierung des Konkordats aussprachen.

Diese Richtungskämpfe fanden ihren Ausdruck auch in der SLD-Fraktion, deren Vorsitzender Aleksander Kwaœniewski bis zu seiner Wahl zum Präsidenten mehrfach mit seiner Position unterlag, ohne daß dies freilich seine Stellung anfechten konnte. Die SLD bzw. die im Bündnis dominierende SdRP errang zwar mit der Wahl Kwaœniewskis zum Staatspräsidenten ihren bisher größten Erfolg. Nach der Beendigung der durch die Spionagevorwürfe gegen den seit Anfang 1995 amtierenden Premierminister Józef Oleksy ausgelösten Regierungskrise durch die Bildung der Regierung von W³odzimierz Cimoszewicz verschärfen sich die Spannungen zwischen dem ganz auf Marktwirtschaft orientierten (und zum Teil auch persönlich von ihr profitierenden) Flügel und der auf Arbeitnehmerinteressen pochenden 61 Mitglieder zählenden OPZZ-Gruppe auch für die Öffentlichkeit sichtbar. Die seinerzeitige OPZZ-Vorsitzende Ewa Spychalska forderte schriftlich fixierte größere Rechte für die OPZZ-Abgeordneten in der SLD (etwa bei Abstimmungen keine Verpflichtung auf die Fraktionsdisziplin der SLD, sondern auf die Beschlüsse der OPZZ) und suspendierte ihre Funktion als stellvertretende Fraktionsvorsitzende, bis sie 1996 als Botschafterin nach Minsk weggelobt wurde.²⁰¹ Auf der

²⁰¹ Konflikt w SLD, in: Rzeczpospolita (Rz), 3.2.1996.

Suche nach Verbündeten gegen das als zu liberal beurteilte "Programm 2000" des im Februar 1997 abgelösten Finanzminister und Vizepremier Grzegorz Kołodko traf sich die OPZZ-Führung auch mit der Führung der die Wirtschaftspolitik der Regierung am schärfsten ablehnenden Arbeitsunion (UP) und kündigte für die Zukunft sogar gemeinsame Initiativen an. Oleksy war nach der nach ihm benannten Affäre von der Partei mehr aus Trotz als aus politischer Einsicht als Parteivorsitzender bestätigt worden. Ein "Putsch" der Jüngeren gegen den Parteivorsitz des politisch dauerhaft beschädigten Oleksy und die Gruppe um Szmajdziński und Miller scheiterte im Juni 1997.²⁰² Nach einem Treffen von 15 SLD-Parlamentariern und dem Präsidentschaftsminister Marek Siwiec bei Kwaśniewski im Präsidentenpalast hatten 13 SLD-Politiker, unter ihnen SLD-Pressesprecher Andrzej Urbańczyk, der neue Star im SdRP-Nachwuchs, der 38-jährige Abgeordnete Jacek Piechota und Senator Grzegorz Wojny, indirekt eine Ablösung der Parteiführung gefordert. Erst nach den Wahlen stand im Vorfeld des Parteitag die Ablösung Oleksys auf der Tagesordnung.

Bereits unmittelbar nach den Parlamentswahlen sagte Präsident Kwaśniewski der "Gazeta Wyborcza"²⁰³, Oleksy werde wahrscheinlich gehen. Wenn die Führungsriege der SLD Verantwortungsbewußtsein besitze, würde sie neuen Leuten Platz machen. Das war deutlich genug, um als Aufforderung an Oleksy verstanden zu werden zurückzutreten. Der ehemalige Chefredakteur der "Trybuna", Dariusz Szymczycha, der im Juli 1997 gefeuert worden war, da er der vom Parteiapparat gewünschten Reorientierung der "Trybuna" auf altes Kampfblattniveau im Wege stand, plädierte in Beiträgen für andere Zeitungen für eine "entschiedenere und moralisch eindeutigerere Einschätzung der Geschichte" und Leute an der Spitze der SdRP "ohne Parteikomitee-Lebensläufe".²⁰⁴ Bereits einige Tage vor den Wahlen hatte die Chefin der Präsidentschaftskanzlei, die SdRP-Politikerin Danuta Waniek, die Fernsehzuschauer wissen lassen, daß der SdRP-Parteitag im Dezember 1997 dazu genutzt werden sollte, die Führung zu verändern. Oleksy half es nicht, daß die SLD in den Sejmwahlen im Vergleich zu den Wahlen von 1993 sogar noch zulegte.

Die Überschwemmungskatastrophe in Südwestpolen vom Juli 1997 beeinflusste entgegen ersten Erwartungen das Wahlverhalten in den betroffenen Regionen nicht in dem Sinne, daß die SLD/SdRP dort Stimmen verloren hätte. Im Gegenteil konnte sie in den am meisten betroffenen schlesischen Wojewodschaften (Oppeln, Breslau, Grünberg) gegenüber 1993 vergleichbar mit dem Landesdurchschnitt (33%) zwischen 30 und 42% Wählerstimmen hinzugewinnen.²⁰⁵

Was die Wahlgeographie Polens anbetrifft, hat sich in den letzten Jahren eine relativ stabile Teilung in "rechte" und "linke" Regionen etabliert. Die "rechten" Regionen umfassen den Osten und Südosten (Galizien) sowie die südwestlichen Wojewodschaften Breslau, Oppeln, Kattowitz und als "schwarze Insel" im "roten Meer" Danzig. Sie haben beispielsweise 1995 für den Präsidentschaftskandidaten Wałęsa und 1997 gegen die Annahme der von AWS und katholischer Kirche vehement abgelehnten Verfassung und im September 1997 für die AWS votiert. In den "linken" Regionen, das ist der polnische Norden und Westen (die ehemaligen deutschen Ostgebiete und preußischen Teilungsgebiete) sowie die südöstliche Wojewodschaft Chetm (mit einer weißrussischen Minderheit), gewann Präsidentschaftskandidat Kwaś-

²⁰² Smoleński, Paweł: Szkoła przetrwania (Schule des Überdauerns), in: GW, 6.-7.9.1997.

²⁰³ GW, 23.9.1997.

²⁰⁴ Szymczycha, Dariusz: Co z tego, to nie my? (frei übersetzt: Schwamm drüber?), in: GW, 13.10.1997; auch ders., Fotele i fortele (Sessel und Tricks), in: GW, 6.-7.12.1997.

²⁰⁵ SLD wodoodporny (SLD wasserbeständig), in: GW, 1.10.1997.

niewski, die neue demokratische Verfassung und die SLD eine Mehrheit. Um auf ein aufschlußreiches Einzelergebnis innerhalb der "rechten" Wahlbezirke einzugehen: Im oberschlesischen Kattowitz mit den von Restrukturierung und Arbeitslosigkeit betroffenen bzw. bedrohten Bergleuten hätte man eigentlich einen Sieg des Kandidaten der Wahlaktion Solidarność, den Gewerkschaftsvorsitzenden Marian Krzaklewski, erwarten sollen. Tatsächlich zog aber der "Vater der polnischen Wirtschaftsreform", der als unsozial und "Jobkiller" verschriene Vorsitzende der Freiheitsunion Leszek Balcerowicz (91.000 Stimmen), an Krzaklewski (73.000) vorbei. Sogar die SLD-Kandidatin Barbara Blida erhielt in Kattowitz mehr Stimmen (82.000).

3. Der III. Parteitag im Dezember 1997 - kein Sprung aus dem Käfig der Vergangenheit

Auf dem III. Parteikongreß der SdRP, der vom 6.-7. Dezember 1997 in Warschau stattfand, wurde entgegen den früheren Ankündigungen des "starken Manns" der Partei, des SLD-Fraktionsvorsitzenden und früheren Ministers für Inneres und Verwaltung, Leszek Miller (51 J.), die Partei brauche nach dem Vorbild der AWS eine Verjüngung der Führungsspitze, er selbst zum Parteivorsitzenden gewählt. Dazu hatte es einer geschickten Regie bedurft. Nachdem durch die Verjüngungsankündigung die Chancen gleichaltriger Rivalen geschwächt waren, gab der amtierende Vorsitzende Oleksy (51 J.) endgültig auf. Dann wurde während des Parteitags die Forderung lanciert, daß der Parteivorsitzende in Oppositionszeiten zugleich den Vorsitz der SLD-Sejmfraktion übernehmen müsse. Damit war der Weg für den ohnehin favorisierten Miller frei. Der war im Oktober mit überwältigender Mehrheit zum neuen SLD-Fraktionsvorsitzenden gewählt worden. Er erhielt doppelt soviel Stimmen wie sein Gegenkandidat der bisherige Fraktionschef Jerzy Szmajdziński. Miller gilt als guter Debattenredner, Organisator und äußerst pragmatischer und effektiver Politiker,²⁰⁶ aber mit seiner Biographie nicht als glaubwürdiger "Sozialdemokrat", sondern als Repräsentant des immer noch dominierenden ehemaligen PZPR-Apparats. Süffisant-bissig kommentierte der Polen-Korrespondent des "Neuen Deutschland", der "altlinke" Breslauer Journalist Julian Bartosz: "Dieser allerdings veranstaltete mit seinem Gerede vom 'Generationswechsel' in der Parteiführung und seiner Verzichtserklärung ein Riesentheater, was dazu führte, daß die Delegierten ihn regelrecht bitten mußten, das Amt zu übernehmen. Der berühmte Spruch Wa³s³as 'Ich wollte nicht, aber ich mußte', sozusagen als sozialdemokratische Variante."²⁰⁷ Die konservative "Gazeta" zitierte einen ungenannten Spitzenpolitiker der SdRP mit den Worten: "Leszek ist schon auf der Stufe einer Primadonna. Er will nicht, daß man ihn nur schätzt. Er will, daß man ihn liebt".²⁰⁸ Miller erhielt bei der Wahl 311 Stimmen, auf den Gegenkandidaten, den 39jährigen ehemaligen Wirtschaftsminister und dem liberalen Reformflügel zugerechneten Wies³aw Kacmarek entfielen 86 Stimmen.

Der angekündigte Generationenwechsel und damit die Entlastung der Partei von ihrem politischen und biographischen Erbe hatte nicht stattgefunden. Die Parteibasis hing noch zu stark an ihrer eigenen Geschichte. Die 5.000 bis 6.000 Mitglieder zählende "Fraktion junger Sozialdemokraten" (bei etwa 62.000 SdRP-Mitgliedern, deren Durchschnittsalter etwa 42 Jahre beträgt) vermochte keinen der ihren in die Führungsspitze zu bringen. Es fiel auf, daß der bisherige Ministerpräsident und Spitzenkandidat der SLD im Wahlkampf, Cimoszewicz,

²⁰⁶ Siehe S³awomir Mac, Jerzy: Premier opozycji (Premier der Opposition), in: Wprost, 2.11.1997.

²⁰⁷ Bartosz, Julian: Machtmensch Miller für Oleksy, in: Neues Deutschland, 8.12.1997.

²⁰⁸ Geliebte Primadonna, in: Gazeta, 8.12.1997.

obwohl nicht Mitglied der SdRP, auf dem Parteitag nicht zugegen war. Die Niederlage der Repräsentanten des Flügels ohne PZPR-Vergangenheit war vermutlich auch durch die Verbalattacken und aggressive Versuche der politischen Ausgrenzung der SLD von seiten prominenter Politiker des "Nation-Gott-Vaterland"-Flügels der AWS nach dem großen AWS-Wahlsieg im September zurückzuführen. Die Angriffe von außen reaktivierten in den Reihen der SdRP-Anhängerschaft eine Verteidigungshaltung und aus dem Gefühl heraus, eine belagerte Festung gegen die Reaktion verteidigen zu müssen, die Einstellung "Keine Experimente".²⁰⁹

Die SdRP/SLD mit Leszek Miller als ihrem Aushängeschild ist für das Postsolidarność-Lager nicht koalitionsfähig, zumal seine Verwicklung in illegale Transfers sowjetischer Parteifonds an die SdRP und deren Rücktransfer über die sowjetische Botschaft in den Jahren 1990/91 nicht aufgeklärt wurde. Der 51-jährige Miller war 1969 in die PZPR eingetreten und gehörte zuletzt dem Zentralkomitee und dem Politbüro an. In der 1990 gegründeten SdRP war er zunächst Generalsekretär und später stellvertretender Vorsitzender. Als 1993 die SLD an die Regierung kam, wurde Miller Arbeitsminister. 1996 gelang es ihm im Rahmen der Regierungsreform, in das mächtige Ministerium für Inneres und Verwaltung zu wechseln. Von da an galt er definitiv als heimlicher "starker Mann" der Partei.

Die Zahl der Stellvertreter wurde von zwei auf fünf erhöht. Wiedergewählt wurde die parteikonservative Izabella Sierakowska. Dazu kamen der Vize-Sejm marschall und ehemalige Finanzminister Marek Borowski, der bisherige Generalsekretär Jerzy Szmajdziński, der aus Stettin stammende Jacek Piechota als Erster stellvertretender SdRP-Vorsitzender, mit 38 Jahren, einer "unbefleckten" politischen Vita und einem unkomplizierten Verhältnis zur katholischen Kirche die Hoffnung der Parteierneuerer, und der Außenpolitiker Tadeusz Iwiński. Zum Generalsekretär der SdRP wurde der als weltoffen und effektiv beschriebene Krzysztof Janik gewählt, bisher in Kwaśniewskis Präsidialkabinett. Parteitagsdelegierte sollen gewitzelt haben, daß die Führungspositionen - mit Ausnahme Piechotas - wie üblich unter der "Rozbrat (Sitz der Parteizentrale)-Genossenschaft" aufgeteilt wurden. Verjüngt wurden das 14-köpfige Parteipräsidium und das 11-köpfige Zentrale Exekutivkomitee.

In der innerparteilichen Diskussion plädierte Oleksy für die Umbildung der SLD in eine politische Partei. Damit könne die Gefahr eines Zerfallsprozesses der SLD ohne Macht reduziert werden. Die SdRP solle sich als Bestandteil einer neu zu konstituierenden Bewegung verstehen, in der auch Mitglieder anderer Parteien und Sympathisanten ihren Platz finden sollten.²¹⁰ Auch Miller betonte, die SLD könne sich für die Arbeitsunion (UP), Teile der Freiheitsunion (UW) und ökologische und andere Gruppen der Gesellschaft öffnen. Der ehemalige Wirtschaftsminister Wiesław Kaczmarek sprach von der Notwendigkeit eines Generationenwechsels und der Öffnung der Partei in Richtung Marktwirtschaft (New Labour), Mittelklasse, Geschäftswelt und Intellektuelle.²¹¹ Der ehemalige Finanzminister und neue stellvertretende SdRP-Vorsitzende Marek Borowski schlug ein konsultatives Gremium vor, aus dem eine linke Föderation mit SLD, UP und Dissidenten innerhalb der Bauernpartei (PSL) entstehen solle. Der "Außenpolitiker" Tadeusz Iwiński ergänzte, der Transformationsprozeß müsse graduell sein und mit einer Kooperation zwischen SLD-, UP- und PSL-Vertretern in der Kampagne zu den Kommunalwahlen 1998 beginnen.

Während die PSL-Führung solche Vorschläge klar ablehnt, führen das Scheitern der linkssozialdemokratischen UP an der Fünf-Prozent-Hürde in den Sejmwahlen, ihre politische Margi-

²⁰⁹ Vgl. Macieja, Dorota/Stachura, Zofia: Druga młodość (Zweite Jugend), in: Wprost, 14.12.1997.

²¹⁰ Siehe Interview mit Oleksy, Józef: Salon Warszawski (Warschauer Salon), in: Polityka, Nr. 3, 17.1.1998.

²¹¹ Vgl. auch Kaczmarek, Wiesław: Kongres się odbył, wyzwania pozostały (Der Kongreß ist vorbei, die Herausforderungen sind geblieben), in: GW, 19.12.1997.

nalisierung zwischen den beiden großen Lagern und die Angebote von seiten der SdRP/SLD auf der einen Seite und der UW auf der anderen Seite dazu, daß die Arbeitsunion, die als einzige namhafte Partei die historische Teilung postkommunistisches/Post-August-Lager in den neunziger Jahren aufbrach, in ihre historischen Bestandteile zu zerfallen droht, die einen sich der SdRP/SLD anschließen und die ehemalige Solidarność-Linke ihre Heimstatt in der UW (Zbigniew Bujak, Ryszard Bugaj?) findet. Die Wahl einer überzeugenden jungen SdRP-Partei-führung hätte die Spaltung der UP womöglich verhindern und eine Annäherung auch der aus dem Solidarność-Lager kommenden UP-Politiker an die SdRP erleichtern können.

4. Kontinuität und Wandel von Funktionen

Bei der Frage nach funktionaler Kontinuität und Wandel ist eines klar: Die klassische Funktion als Staatspartei ist bei der SdRP/SLD ersatzlos weggefallen. Aber auch die Funktion einer Einheitspartei der Linken kann die SdRP aus mindestens zwei Gründen nicht beanspruchen: Zum einen steht sie bis auf weiteres in Konkurrenz mit der sich als links-sozialdemokratisch verstehenden Arbeitsunion (Unia Pracy/UP), die aus Abspaltungen der PZPR und Solidarność-Linken entstanden ist, zum anderen reicht das politische Spektrum innerhalb der SdRP bis zu einer wirtschaftsliberalen Fraktion, die insbesondere in der Regierung stark vertreten war. Die "sozialistische Rechte" in AWS, ROP und anderen wertkonservativen Parteien könnte als wirtschaftspolitisch "linker" im Sinne von Staatsinterventionismus, Protektionismus u.ä. verortet werden als die Wirtschaftspolitiker in der SdRP.

Die personelle Kontinuität in den Führungspositionen der SdRP ist bezüglich der Herkunft aus der PZPR offensichtlich, allein die Parteiführung der achtziger Jahre hält sich dezent im Hintergrund. Der letzte Erste Sekretär Rakowski blieb dem SdRP-Vorsitzenden und jetzigen Präsidenten Kwaśniewski ein Ratgeber. Von den ca. 2,1 Millionen Mitgliedern der PZPR im Jahre 1989 fand sich weniger als 1 Prozent (d.i. ca. 20.000) bei der SdRP wieder, die heute ca. 60.000 Mitglieder zählt. Ihre Organisation kann sich auf den Kern des früheren Parteiapparates stützen und ist allein dadurch allen anderen Parteien – abgesehen von der PSL – überlegen. Die Basis der Parteiorganisation bilden "Kreise" am Wohnort und am Arbeitsplatz, gefolgt von beratenden und Exekutivorganen auf gemeindlicher, Wojewodschafts- und nationaler Ebene.

Die SdRP bekennt sich nach ihrem Parteiprogramm von 1997 und nach den Wahlaussagen der letzten Jahre als sozialdemokratische Partei zu den Grundwerten der parlamentarischen Demokratie und tritt für die soziale Marktwirtschaft ein. Den ideologischen Grundaussagen der leninistischen Klassenpartei hatte sie schon auf dem Gründungskongreß ausdrücklich abgeschworen. Weltanschauliche Programmatik, politische Selbstdarstellung und praktische Politik in den unterschiedlichen Feldern (Wirtschaftspolitik, eindeutige außen- und sicherheitspolitische Orientierung) waren dann offensichtlich dafür entscheidend, daß die SdRP gemeinsam mit der UP im Jahre 1996 in die Sozialistische Internationale aufgenommen wurde.

Auf der Programmkonferenz der SdRP im Februar 1997 wurde deutlich, daß allein die Leistungen ihrer postideologischen technokratischen Führungsriege als Basis der Auseinandersetzungen mit den anderen Parteien dienen sollen. Ein neues Parteiprogramm sollte dafür ein Angebot unterbreiten. Sein Entwurf unter der Losung "Demokratie, soziale Marktwirtschaft, Gerechtigkeit" unterstrich den Wunsch nach "Normalität". Das gespaltene Verhältnis zur kommunistischen Vergangenheit überwinden die Delegierten hier ebensowenig wie der seinerzeitige SdRP-Vorsitzende Kwaśniewski, als er sich für die stalinistischen Verbrechen

entschuldigte, aber das Unrecht nach 1956 unerwähnt ließ. Die Programmkonferenz erwähnte nicht die antijüdische Kampagne 1967/68, die Toten in den Ostseestädten von 1970, die Verfolgung streikender Arbeiter 1976 und das Kriegsrecht 1981 mit seinen Toten.²¹² Da erwies sich die Parteiführung, allen voran ihr Chef Józef Oleksy, als weitsichtiger als das Parteifußvolk. In der abschließenden Beratung des Parteiprogramms listeten die SdRP-Führungsgremien die Vergehen nach 1956 auf. Auf dem III. Parteitag der SdRP wurde das neue Parteiprogramm im Dezember 1997 offiziell verabschiedet.

Ungeachtet aller formalen Abgrenzungen liegen jedoch die Wurzeln der SdRP eindeutig im technokratischen Flügel der PZPR. Die politische Kontinuität zeigt sich auch in der Aufbewahrung eines Teils der Unterlagen der PZPR und wird durch die Besuche der Parteitage durch die ehemaligen Parteichefs der PZPR, Jaruzelski und Rakowski, symbolisiert.

Eine merkwürdige Geschichtslosigkeit prägt die Partei. Auffallend ist die fehlende historische Verankerung in der über hundertjährigen Geschichte der europäischen und polnischen sozialistischen/sozialdemokratischen Bewegung - kein Wunder angesichts der Genese der PZPR, der Spaltungs- und Vereinnahmungspolitik ihrer Vorgängerin, der Polnischen Arbeiterpartei (PPR), gegenüber der traditionsreichen Polnischen Sozialistischen Partei (PPS). Der historisch-biographische Zwiespalt in der SdRP wird in der Art der historischen Auseinandersetzung mit der PZPR und der Volksrepublik sowie mit der Erbschaft des kommunistischen Polen täglich unter Beweis gestellt. Zwar bekennt die SdRP die politische und moralische Verantwortung der PZPR für das kommunistische Unrecht. Dies geschah – erst mehrere Jahre nach der Wende – in einer berühmten Bitte des damaligen SdRP-Vorsitzenden Kwac̄ niewski im Sejm um Verzeihung für das vom Regime begangene Unrecht. Andererseits weigert sich die Partei aber, die gesamte Periode von 1944 bis 1989 als Unrechtsregime zu bewerten, indem sie auf zivilisatorische Errungenschaften unter PZPR-Herrschaft verweist (Industrialisierung, Bildung u.a.). Im Gegenteil, ihre Vertreter verteidigen im Sinne der Historisierung die Partei-/Staatsräson der Vergangenheit in der historisch-politischen und moralischen Auseinandersetzung, was insbesondere in der juristischen und politischen Auseinandersetzung um die Einführung des Kriegszustands zum Ausdruck kommt. Dabei wird deutlich, daß sie sich nicht allein auf die angebliche Interventionsdrohung berufen, sondern gelegentlich aus dem Selbstverständnis der damaligen Nomenklatur heraus argumentieren.²¹³

Das letzte Kapitel der PZPR unter der Überschrift "uw³aszczenie nomenklatury" (Privatisierung zugunsten der Nomenklatur) bleibt für die SdRP verständlicherweise ebenfalls ein Tabu, da ihre führenden Vertreter und Sponsoren deren Hauptbegünstigte sind. Die Veruntreuung des Staatsvermögens durch Genossen, Partner und Geheimdienstler in großem Stil in der 1987 begonnenen "Privatisierungspolitik" bleibt ungeahndet. Sie wurde zum "Teil des Urschlammes eines freien polnischen Unternehmertums".²¹⁴ Ebenso unangetastet bleibt der Umstand, daß Genossen und Funktionäre der Bauernpartei in die staatlich kontrollierten Wirtschaftssektoren, etwa ins Bankenwesen, und in das weit verzweigte Netz der Agenturen, die mit Staatsgeld ausgestattet sind, einsickerten.²¹⁵

²¹² Ludwig, Michael: Streben nach Normalität, in: FAZ, 11.2.1997.

²¹³ GW, 12.-13.10.1996.

²¹⁴ Ludwig, Michael, in: FAZ, 15.4.1997.

²¹⁵ Vgl. Krzysztof Wróblewski, Andrzej: Nasz cz³owiek. Na kierownicze stanowiska wracaj¹ ludzie starego reżimu (Unser Mann. Auf Leitungspositionen kehren Leute des alten Regimes zurück), in: Polityka, 2, 11.1.1997; S³awomir Mac, Jerzy/Zaw³ocka, Aleksandra: Rodzina (Die Familie), in: Wprost, 10, 9.3.1997.

Von 1993 bis 1997 in der Regierungsverantwortung und seit 1995 mit ihrem bisherigen Vorsitzenden als vom Volk frei und direkt gewählten Präsidenten, ist die Sozialdemokratie (SdRP) selbst zum Symbol für die von der Mehrheit der Bevölkerung bevorzugte Art der Vergangenheitsbewältigung geworden. Die Parole könnte heißen: Mit Nachsicht oder gar nicht über die Vergangenheit reden und sich ohne Frage nach dem Woher in der Demokratie und Marktwirtschaft einrichten, dort selbst – wenn es um die ehemalige Nomenklatur geht – einen gesicherten Platz finden und Polen in die Bündnisse des Westens integrieren.

5. Die Medienlandschaft und die SdRP/SLD

Im März 1990 wurde das staatliche Pressemonopol aufgegeben und die mit der früheren Staatspartei PZPR verknüpfte allmächtige Verlagsgenossenschaft "Ruch" aufgelöst. Mit der Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien hatten bereits in den ersten vier Monaten 1990 allein über 90 Zeitschriften eingestellt werden müssen. Im Oktober 1990 wurde die Presse privatisiert, über 100 Zeitungen wurden verkauft, zu einem großen Teil an ausländische Interessenten (u.a. Hersant, Maxwell). Ca. 70 Titel gingen an neugebildete Genossenschaften über, darunter die renommierte Warschauer Wochenzeitung "Polityka". Die Tageszeitung "Gazeta Wyborcza", 1989 als Sprachrohr der Solidarność-Bürgerkomitees gegründet, entwickelte sich zur größten und einflußreichsten polnischen Tageszeitung. 1995 gab es in Polen 63 Tageszeitungen (1992: 72) und 4.340 Zeitschriften (1992: 2.950).

Nach einer repräsentativen Stichprobe vom Frühjahr 1997 waren die am meisten gelesenen überregionalen polnischen Tageszeitungen (in % der Nennungen): "Gazeta Wyborcza" (UW-nahe) (14,9), "Super Express" (Boulevardzeitung) (10,7), "Rzeczpospolita" (überparteilich-zentristisch) (5,0), "Tydzień" (konservativ) (2,5), "Express Wieczorny" (überparteiliche Abendzeitung) (2,1), "Tydzień Warszawy" (liberal-konservativ) (1,2). Ein interessantes Phänomen auf dem polnischen Zeitungsmarkt ist die starke Position von regionalen Tageszeitungen. Die größten von ihnen, "Dziennik Zachodni", "Trybuna Górska", "Gazeta Pomorska", "Nowiny" u.a., nehmen in der gesamtpolnischen Statistik der meistgelesenen Tageszeitungen die Plätze vier bis zehn ein.²¹⁶

Die am meisten gelesenen – im landläufigen Sinne meinungsbildenden – polnischen Wochenzeitungen waren nach dieser Stichprobe: "Polityka" (linksliberal) (5,4), "Wprost" (konservativ-liberal), (5,4); "Nie" (links-sensationalistisch) (5,0); "Angora" (3,5), "Niedziela" (katholisch) (2,6), "Przekrój" (1,0). Diese Statistik sähe aber ganz anders aus, wenn man zu den Wochenzeitungen alle Periodika mit wöchentlicher Erscheinungsweise zählen würde. Dann würden die Plätze eins bis sieben von den polnischen Ausgaben deutscher Frauenzeitschriften, der Fernsehzeitschrift "Tele Tydzień" und der altbeliebten "Przyjaciółka" belegt: "Pani Domu" (16,4), "Przyjaciółka" (12,9), "Tele Tydzień" (12,2), "Tydzień na Gorzcu" (10,4), "Naj" (9,5), "Tina" (8,8), "Chwila dla Ciebie" (8,0). Was die Zahl der Leser anbelangt, rangieren die renommierte katholisch-liberale Wochenzeitung "Tygodnik Powszechny" (0,40) und die Wochenzeitung der Gewerkschaft Solidarność "Tygodnik Solidarność" (0,09) abgeschlagen auf den hintersten Rängen (37 bzw. 71).²¹⁷

Die Bemühungen um Erweiterung politischer und wirtschaftlicher Einflüsse auf die Medien gehen mit unterschiedlichen Erfolgen weiter. Nach dem Regierungswechsel im August 1989

²¹⁶ Baczyński, Jerzy: Co się czyta (Was gelesen wird), in: Polityka, Nr. 24, 14.6.1997.

²¹⁷ Ebenda.

war das Staatliche Radio- und Fernsehkomitee dem Einfluß der PZPR entzogen worden. Seit 1990 verfestigten sich im Komitee parteipolitische Lager durch Querelen zwischen dem Mazowiecki-Flügel und dem Wałęsa-Flügel. Nach der Aufhebung des staatlichen Rundfunk- und Fernsehmonopols im Oktober 1992 und der Überführung des Staatsfernsehens in ein nach Art einer AG als "Einpersonengesellschaft" des Fiskus organisiertes öffentliches Polnische Fernsehen (TVP) im Februar 1993 ging der Kampf um den politischen Einfluß dort weiter.

Auf dem polnischen TV-Markt dominiert weiterhin das öffentliche Fernsehen gegenüber privaten Anbietern (wie PolSat und Polonia I). Dagegen haben im Rundfunksektor private Stationen mit landesweiter (RMF, Radio "Z" u.a.), regionaler und lokaler Ausstrahlung gegenüber den öffentlichen Sendern zumindest gleichgezogen. Eine umstrittene Rolle spielt die katholische Radiostation "Maryja" mit ihrer Mischung aus beschaulichen religiösen Sendungen, praktischer Lebenshilfe und radikal-intoleranten, xenophoben und rassistischen Beiträgen, die das polnische Episkopat zur Distanzierung von diesem Sender veranlaßte, der von einem Pater geleitet wird.

Im April 1996 wählte der fünfköpfige TVP-Aufsichtsrat eine neue Geschäftsführung und den Bauernpolitiker Ryszard Miasek zum neuen Intendanten. Zwar obliegt dem neunköpfigen Landesrundfunkrat (KRRiTV) die Aufsicht über Radio und Fernsehen und die Vergabe von Sendelizenzen an private und kirchliche Betreiber. Aber seine Mitglieder werden von den politischen Parteien in Sejm und Senat und dem Präsidenten entsandt. Die Zusammensetzung des Gremiums spiegelt also ungefähr die politischen Mehrheitsverhältnisse wider.

Nach Ansicht unabhängiger Beobachter hat die Wahl Miaseks und der neuen TV-Geschäftsführung gezeigt, daß sich das Proporzdenken statt des Sachverstands – wie schon zu Zeiten des Präsidenten Wałęsa und der ersten Solidarność-Regierungen – in dem Gremium fortsetzt, was regierungskritische Beiträge aber bisher nicht zum versiegen brachte. Die Versuchung der Regierenden, die Unabhängigkeit und Kontrollfunktion der Medien einzuschränken, ist aber ungebrochen.

Im Unterschied zu den Problemen direkter politischer Kontrolle beim Fernsehen erstreckt sich die Diskussion über die boomende Presselandschaft in Polen mehr auf die Probleme wirtschaftlicher Macht und Konzentration (Regionalpresse, Yellow Press) im Zeitungswesen im Zusammenhang mit dem hohen Anteil ausländischen Kapitals an landesweiten (56%) und regionalen (50%) Zeitungen (hier besonders deutsches Kapital).

Es muß aber im Zusammenhang mit dieser emotionalisierbaren Diskussion betont werden, daß sich die ausländische Anteilseigner bzw. Besitzer polnischer Zeitungen in die Redaktionspolitik der Zeitungen in der Regel nicht einmischen, also die Frage der inneren Pressefreiheit in Polen durch formalen Besitzerwechsel nicht berührt wird. Unabhängig von dieser Debatte ließ sich auch in der jüngsten Zeit die Wahrnehmung der herausragenden Rolle einer unabhängigen und kritischen Presse als "vierte Gewalt" voll bestätigen. Im Zusammenhang mit der "Sache Oleksy" konnte sogar ein bedenklich extensives Selbstverständnis des investigativen Journalismus beobachtet werden, das die Frage der Berufspflichten erneut aufwarf. Private Rundfunkstationen bewährten sich im Gegensatz zu den parteipolitisch genutzten öffentlich-rechtlichen Anstalten bei der Katastrophenhilfe während der Überschwemmungskatastrophe in Schlesien im Sommer 1997 angesichts des Zusammenbruchs der übrigen Kommunikationssysteme (v.a. Radio Dolny Śląsk [Niederschlesien], Radio Vanessa).

Nach der Zerschlagung des Presseimperiums der PZPR - der RSW Prasa-Księżka-Ruch - hat die postkommunistische Sozialdemokratie ihren direkten Einfluß auf die Presse verloren und

die Meinungsführerschaft einer Vielfalt von Tages- und Wochenzeitungen überlassen müssen, die der SdRP/SLD grundsätzlich distanziert bis kritisch gegenüberstehen, wobei der weltanschauliche mainstream der polnischen Presse als liberal bis gemäßigt konservativ charakterisiert werden kann.²¹⁸ Die Sozialdemokratie hat auf keine der meinungsbildenden Tages- und Wochenzeitungen inhaltlichen Einfluß, auch nicht auf die Presseerzeugnisse, die die Wende überlebt haben. Die einzige landesweit erscheinende Tageszeitung, die sich sozialdemokratisch nennt, ohne im Besitz der Sozialdemokraten zu sein, ist die "Trybuna", die aus der ehemaligen Parteizeitung "Trybuna Ludu" hervorgegangen ist.²¹⁹ An der "Trybuna" hat die SdRP formell nur einen Anteil von 1%. 99% der Aktien von Ad Novum, dem Verlag der "Trybuna", gehören der "Fundacja Bliżej Ęwiata" (Stiftung Näher zur Welt). Gegründet wurde diese Stiftung von der Gesellschaft "Universal". Hinter dieser gesamten Konstruktion steht zwar die ehemalige PZPR-Nomenklatur, aber was für die Einschätzung des Einflusses der "Trybuna" ausschlaggebend ist, bleibt die Tatsache, daß sie mit einer Auflage von knapp 100.000 Exemplaren weit unter den Auflagen der größten Tageszeitungen Gazeta Wyborcza (ca. 460.000), Rzeczpospolita (ca. 260.000) und Ćycie (ca. 125.000) bleibt und weit weniger Leser erreicht als die seriösen und v.a. auch die Express-Zeitungen (Super Express, Express Wieczorny). Unter den Wochenzeitungen macht die "Nie" des ehemaligen Jaruzelski-Pressesprechers Jerzy Urban mit ihrer Auflage den größten Wochenzeitungen wie Polityka und Wprost Konkurrenz. Dieses Blatt, das seine Leser mit einem Gemisch aus Enthüllungen, politischen Satiren, zotigen Anekdoten über Prominente und Politiker sowie frivole Karikaturen lockt, gilt zwar als Sprachrohr eines Flügels innerhalb der SdRP/SLD, kann aber formell nicht der Sozialdemokratie zugeordnet werden, zumal deren technokratischer und reformistischer Flügel sich in dem Blatt nicht vertreten sieht.²²⁰

6. Die SdRP, die PZPR und das Vermögen der PZPR

Mit der Wahlniederlage im Sommer 1989 und mit der Regierungsübernahme durch ein Koalitionskabinett mit nichtkommunistischer Mehrheit unter dem demokratischen Ministerpräsidenten Mazowiecki verlor die "Polnische Vereinigte Arbeiterpartei" (PZPR), die seit 1948 regierende leninistische Hegemonialpartei (1944-48 Polnische Arbeiterpartei/PPR), ihre primären Funktionen: die unmittelbare Machtausübung sowie die Privilegienverwaltung und -verteilung. Am Tage der Selbstauflösung der PZPR am 28./29. Januar 1990 wurden zwei neue Parteien gegründet, von denen sich eine, die "Sozialdemokratische Union" von Tadeusz Fiszbach, von den ideologischen Wurzeln der PZPR distanzierte und keinen Anspruch auf das PZPR-Vermögen erhob. Sie konnte politisch nicht überleben. Die "Sozialdemokratie der Republik Polen" (SdRP) unter dem Vorsitz von Aleksander Kwaœniewski, während einer Unterbrechung des Auflösungskongresses der PZPR von der Mehrzahl der PZPR-Delegierten gegründet, erklärte sich zur Rechtsnachfolgerin der PZPR und beanspruchte einen Teil ihres Vermögens. Allerdings scheiterte die von den Delegierten des 11. (Auflösungs-)Parteitags gewollte Rechtsnachfolgeregelung zugunsten der SdRP aufgrund der Entscheidung des

²¹⁸ Ausführlicher zur polnischen Medienlandschaft seit 1989: S³omkowska, Alina (Hrsg.): Transformacja mediów 1989-1995 (Transformation der Medien), Warszawa 1996; dies. (Hrsg.): Dylematy transformacji prasy polskiej (1989-1993) (Dilemmata der Transformation der polnischen Presse), Warszawa 1994.

²¹⁹ Vgl. Palska, Hanna: Stylistyka przemiany. O "Trybunie" w pocz³tkach 1990 r. (Stilistik des Wandels. Über die "Trybuna" Anfang 1990), in: Kultura i Spo³eczeñstwo, Nr. 2, 1996, S. 183 ff..

²²⁰ Vgl. Schruppeliger Wurm, in: Der Spiegel, Nr. 17, 1996, S. 182 f..

Verfassungstribunals vom 25. Februar 1992 aus formellen Gründen, weil der entsprechende Beschluß des Parteitags erst nach dem Vollzug der Selbstauflösung der PZPR gefaßt wurde.²²¹

Der Status des Vermögens von politischen Parteien und sozialistischen Organisationen war zu Beginn des Jahres 1990 Gegenstand einer Untersuchung durch eine Sonderkommission (Soko) der Regierung. Für die PZPR ergab die Untersuchung, daß von den 1.869 Liegenschaften, die sie nutzte, nur 23 ihr Eigentum waren. 156 Gebäude waren aus Mitteln der PZPR auf staatlichen Grundstücken errichtet, die Nutzung der restlichen Liegenschaften erfolgte aufgrund von Verträgen, Verwaltungsakten und in 500 Fällen ohne jegliche nachvollziehbare Rechtsgrundlage. Im April 1990 wies die Soko der SdRP, die damals noch als Rechtsnachfolgerin der PZPR galt, die 23 Liegenschaften aus dem Eigentumsfonds der PZPR zu, die übrigen wurden den örtlich zuständigen Wojewoden zur Disposition gestellt.

Die unbefriedigende Regelung trug zu einer intensiven Diskussion über den Entwurf eines Übernahmegesetzes bei. Die postkommunistische Linke wehrte sich zwar gegen den Gesetzesentwurf, er wurde aber am 9. November 1990 vom Sejm verabschiedet. Gemäß Art. 1 ging das vorhandene PZPR-Vermögen am 27. Februar 1991 auf den Fiskus über. Als Stichtag galt der 24. August 1989, der Tag der Ernennung von Tadeusz Mazowiecki zum Ministerpräsidenten. Das Gesetz erweiterte den Anwendungsbereich auf Forderungen, finanzielle Mittel und sonstige vermögenswerte Rechte, über welche die PZPR verfügte. Die Mitgliedsbeiträge wurden von dieser Regelung ausgenommen. Um eine gezielte Schmälerung des Vermögens zu verhindern, enthielt das Gesetz eine Regelung, nach der sämtliche nach dem 24. August 1989 zu diesem Zwecke getätigte Rechtsgeschäfte unwirksam wurden. Ein Übernahmeprotokoll bildete die Grundlage für die Eintragung des staatlichen Eigentums in die Grundbücher. Der Staat übernahm zugleich die Haftung für die Verbindlichkeiten der PZPR, die sich jedoch auf den Wert des übernommenen Vermögens beschränkte. Dritte konnten um Rückgabe von Immobilien und Mobilien nachsuchen, wenn sie bis zum 31. Dezember 1992 eine Klage eingereicht hatten. Wegen der ungeklärten Frage, ob die politischen Parteien bis zur Verabschiedung des Parteien- bzw. Wahlgesetzes vom 28. Juli 1990 Rechtspersönlichkeit hatten²²² und somit Träger von Vermögen sein konnten, stellte das Gesetz nicht auf das Eigentum, sondern auf den unmittelbaren Besitz der PZPR ab.²²³

Die praktische Bedeutung dieses Gesetzes war gering, da die meisten Vermögenswerte der ehemaligen PZPR bis zum Inkrafttreten des Gesetzes am 27. Februar 1991 anderweitiger Bestimmung zugeführt wurden. In erster Linie ging es um eine demonstrative Verurteilung der Handlungsweise der PZPR und die Schaffung von Voraussetzungen für die Revindikation von Vermögenswerten, die offensichtlich in der letzten Phase des Bestehens der PZPR und später von der SdRP verschoben worden waren. Besonders umstritten war ein den polnischen Behörden entgegen polnischem Recht verheimlichter Kredit der KPdSU über mehr als eine Mio. US \$ vom Frühjahr 1990 sowie der Transfer von mehreren Mio. US \$ vom Frühjahr 1990 sowie der Transfer von mehreren Mio. US \$ aus dem PZPR-Vermögen für Firmengründungen im westlichen Ausland.

²²¹ Siehe Mohlek, Peter: Die juristische Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit in Polen, in: Brunner, Georg (Hrsg.): Juristische Bewältigung des kommunistischen Unrechts in Osteuropa und Deutschland, Berlin 1995, S. S. 53-80, hier S. 54.

²²² Siehe Winczorek, Piotr: Problemy ustawowej regulacji po³ożenia partii politycznych w Polsce (Probleme der gesetzlichen Regelung der Stellung der politischen Parteien in Polen), in: Państwo i Prawo, 1, 1990, S. 3-15.

²²³ Siehe Mohlek, a.a.O..

Justizminister Leszek Kubicki gab im November 1996 ein "Weißbuch" über die finanziellen Verbindungen zwischen der KPdSU und der PZPR/SdRP in Auftrag. Der letzte Erste Sekretär der PZPR, Mieczysław Rakowski, hatte im Dezember 1989 über eine Anleihe von mehr als einer Million Dollar mit Generalsekretär Gorbatschow verhandelt. Die PZPR erhielt den Kredit zwei Wochen vor ihrer Selbstaflösung im Januar 1990. Nach polnischen Presseveröffentlichungen zahlten die ehemaligen Parteioberen Leszek Miller und Rakowski die Schulden teilweise in dem Appartement des KGB-Offiziers Wladimir Alganow zurück, dessen Kontakte zu Ministerpräsident Oleksy (1995/96) diesem zum politischen Verhängnis werden sollten.²²⁴

Derweil weigerte sich derselbe Justizminister, sich mit den Schulden der SdRP in Höhe von 22 Millionen Z³oty zu befassen, die diese wegen der unberechtigten Nutzung oder gar des gesetzwidrigen Verkaufs von PZPR-Vermögen gegenüber dem Staat angehäuft hatte. Es sind noch zahlreiche Straf- und Zivilklagen gegen die SdRP anhängig. In mehreren polnischen Städten werden seit Jahren Prozesse zwischen der SdRP und den Kommunen um die früheren Parteihäuser geführt.²²⁵

Am 10. April 1997 billigte der Sejm gegen die Stimmen der SLD – und mit den Stimmen des Koalitionspartners PSL – eine Entscheidung des Verfassungstribunals, die der SLD-Interpretation des Gesetzes über die Übergabe des Vermögens der ehemaligen PZPR widerspricht, nach der ein Teil des früheren PZPR-Eigentums rechtmäßig an die SdRP übergegangen ist.²²⁶ Aber auch mit der Klarstellung des Sachverhalts durch den Sejm sind die Streitigkeiten nicht beendet worden. Denn in den meisten Fällen hat die SdRP den früheren Parteisitz längst auf kompliziert ineinander verschachtelte Gesellschaften und Privatfirmen überschrieben, die von ehemaligen Parteimitgliedern mit PZPR-Geldern gegründet wurden.²²⁷ Derweil argumentiert die SdRP unentwegt, daß ihre Konten leer seien und sie Steuerschulden, zu denen sie sich bekennt, nicht zahlen könne, und bittet um Steuererlaß.²²⁸ Am 30. September 1997, also unmittelbar nach den verlorenen Wahlen, einigte sich die SdRP mit dem damaligen Finanzminister Marek Belka über die Rückzahlung von 2,7 Mio Z³oty innerhalb von zehn Jahren.²²⁹ Der neue PZPR-Liquidator Andrzej Herman verlangte im Februar 1998 eine Stornierung des Vertrags wegen einer zu langen Ratenzahlung und Verlusten für die Staatskasse wegen des fehlenden Inflationsausgleichs.²³⁰ Die Sache läuft weiter.

²²⁴ OMRI Daily Digest, No. 222, Part II, 15.11.1996.

²²⁵ Süddeutsche Zeitung (SZ), 14.11.1996.

²²⁶ Rz, 11.4.1997.

²²⁷ Imbramowski, Jacek: Oddaæ, co siê nie nale¿y (Weggeben, was einem nicht gehört), in: Tygodnik Powszechny (TP), 16, 20.4.1997; SZ, 14.4.1997.

²²⁸ Rz, 25.5.1996; Rz, 19.7.1996; Burnetko, Krzysztof: Kpina z wszystkich po kolei (Verspottung aller der Reihe nach), in: TP, 31, 4.8.1996; Ludwig, Michael: Die Liquidierung des Liquidators, in: FAZ, 11.11.1996.

²²⁹ Siehe Reszka, Paweł: Dzieje d³ugu (Geschichte der Verschuldung), in: Rz, 15.10.1997; Podemski, Stanisław: Wróbel w garœci (Sperling in der Handvoll), in: Polityka, Nr. 42, 18.10.1997; Opisanie d³ugów (Beschreibung der Schulden), in: GW, 27.10.1997.

²³⁰ Siehe Źycie, 12.2.1998.

7. Die strafrechtliche Verfolgung der Unrechtstaaten der PZPR und die Rehabilitierung

Ein Instrument der strafrechtlichen Verfolgung ist die bereits mitten im Kriegsrecht, 1982, wiedereingeführte Staatsgerichtsbarkeit.²³¹ Seinerzeit ging es um eine juristische Handhabe gegen die für die Wirtschaftskrise der siebziger Jahre Verantwortlichen (P. Jaroszewicz u.a.). Damals wurden Sündenböcke gesucht, um das System als solches im wesentlichen unangetastet zu lassen. Dabei blieb der ehemalige Parteichef Gierek von vornherein außen vor, da er "nur" Erster Sekretär der PZPR war und kein Staatsamt bekleidete.

Das Verfahren vor dem Staatstribunal kann sich gegen Inhaber von aufgezählten Staatsämtern richten. Die Anklage kann neben den Verstößen gegen die Verfassung und gegen die einfachen Gesetze auch Straftaten erfassen, sofern diese im Zusammenhang mit der Amtsausübung begangen wurden. Vor dem Tribunal können die Amtsträger somit zur staats- und strafrechtlichen Verantwortung gezogen werden. Für den Präsidenten ist dies das einzig zuständige Strafgericht.

Ein Aufnahmeantrag für das Verfahren kann vom Präsidenten, einem Sonderausschuß des Sejm oder einem Viertel aller Abgeordneten gestellt werden. Das Plenum des Sejm entscheidet über die Anklageerhebung.²³² Gegen Wojciech Jaruzelski, den ehemaligen Innenminister Czesław Kiszczak und den ehemaligen Premier Rakowski wurden mehrere Verfahren vor dem Staatstribunal angestrengt. Jaruzelski und Kiszczak sollten wegen der Vernichtung von Protokollen der Politbürositzungen aus den Jahren 1982 bis 1989 angeklagt werden. Die Sejmkommission für verfassungsrechtliche Verantwortung hatte die Anklageerhebung in dieser Sache befürwortet. Nach den Parlamentswahlen vom September 1993, aus denen die SLD und die PSL als Sieger hervorgingen, revidierte der neugewählte Sonderausschuß jedoch diese Entscheidung.²³³

Gegen Jaruzelski, Kiszczak, den ehemaligen Staatsratsvorsitzenden Jabłoński und 15 weitere Personen schwebte außerdem seit 1991 ein Verfahren wegen der Verhängung des Kriegszustands. Am 1. Februar 1992 hatte der Sejm den Kriegszustand für illegal erklärt. Die Sejmkommission für verfassungsrechtliche Verantwortung mit ihrer SLD/PSL-Mehrheit schlug im Februar 1996 vor, keine weiteren Schritte (d.h. Anklage vor dem Staatstribunal wegen Hochverrat) zu unternehmen und das Verfahren einzustellen, da es ausreichende Belege dafür gebe, daß die Urheber des Kriegsrechts im "Zustand höherer Notwendigkeit" (Drohung äußerer Intervention u.a.) gehandelt hätten²³⁴. Die Vertreter von SLD und PSL argumentierten in der Parlamentsdiskussion (1996) ganz im Sinne der Verantwortlichen für den Kriegszustand (Doppelherrschaft, Zusammenbruch der Wirtschaft, Chaos). Am 23. Oktober 1996 entschied der Sejm mit den Stimmen der Regierungsparteien endgültig, von einem Verfahren vor dem Staatstribunal abzusehen.²³⁵

²³¹ Siehe Pietrzak, Michał: *Odpowiedzialność konstytucyjna w Polsce* (Verfassungsrechtliche Verantwortung in Polen), Warszawa 1992, S. 87 ff..

²³² Mohlek, S. 65.

²³³ Frankfurter Rundschau (FR), 9.4.1994.

²³⁴ SZ, 14.2.1996; GW, 12.-13.10.1996; Maleszka, Lesław: *Przed Bogiem, historią i komisją sejmową* (Vor Gott, der Geschichte und der Sejmkommission), in: GW, 9.10.1996; kritisch zu der angeblichen Interventionsdrohung u.v.a. Holzer, Jerzy: *Das Schreckgespenst der Intervention benutzen... Die Gefahr eines sowjetischen Einmarsches wurde 1980/81 von der polnischen Führung hochgespielt*, in: FAZ, 10.12.1996.

²³⁵ SZ, 24.10.1996.

Im Oktober 1991 leitete der Sejm ein Verfahren gegen den letzten kommunistischen Ministerpräsidenten Rakowski wegen seiner Entscheidung vom Herbst 1988 ein, die Danziger Werft aufzulösen. Die Parlamentsentscheidung von 1991 wurde 1993 und 1996 nochmals bestätigt, ohne daß es bisher zu einer formalen Anklageerhebung vor dem Staatstribunal gekommen wäre.²³⁶

Das Staatstribunal erwies sich als eine stumpfe Waffe. Die Hauptquelle der Handlungsfähigkeit der Akteure, ihre Stellung innerhalb der PZPR, wurde wegen der Nichtzuständigkeit des Gerichts in den Verfahren ausgeblendet. Darüber hinaus leidet die polnische Staatsgerichtsbarkeit unter ihrer politischen Instrumentalisierung durch die Parteien. Bis zur Zustellung der Anklage an das Tribunal ist das Verfahren in der Hand des Sejm und der dort herrschenden Mehrheit, die sich nach den Wahlen 1993 zugunsten der Linksallianz und der Bauernpartei verschoben hat. Zudem wurde das Staatstribunal dadurch entwertet, daß es leichtfertig den jeweiligen politischen Gegnern seit 1989 angedroht wurde.

Abgesehen von dem Sonderfall des Staatstribunals sind kommunistische Unrechtstaten unter die gewöhnlichen Tatbestände wie Totschlag, Körperverletzung oder Freiheitsberaubung zu subsumieren. Durch eine Strafrechtsnovelle von 1995 wurde allerdings die Verjährung von Verbrechen von Funktionsträgern der Volksrepublik – gegen den Willen der Linksallianz – aufgehoben. Der Stichtag für die Berechnung der Verjährungsfrist für Verbrechen gegen Leben, Gesundheit, Freiheit und Gerechtigkeit, die zwischen dem 1. Januar 1944 und dem 31. Dezember 1989 begangen wurden, beginnt mit dem 1. Januar 1990. Nach dieser Novelle konnten nunmehr auch die stalinistischen Verbrechen der fünfziger Jahre geahndet werden. Im Mai 1996 ergänzte der Sejm die Novelle dahingehend, daß Amnestie- und Abolitionsdekrete der fünfziger bis achtziger Jahre die Strafverfolgung nicht behindern.²³⁷

Aber schon vor dieser Verjährungsnovelle unterlagen nach polnischem Recht Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach der entsprechenden internationalen Konvention keiner Verjährung.²³⁸ Wer stalinistische Verbrechen, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hatte, konnte sich demnach auch nicht auf Abolitions- und Amnestiebestimmungen berufen, die vor dem 7. Dezember 1989 erlassen worden waren.²³⁹

Ein Verfahren gegen Jaruzelski als seinerzeitigen Verteidigungsminister, den damaligen Innenminister Kazimierz Świątała, den ehemaligen Danziger Parteisekretär Stanisław Kociołek und neun weitere Angeklagte wegen der 44 Todesopfer und mehreren hundert Verletzten der Dezember-Unruhen 1970 in Stettin, Danzig, Gdingen und Elbing vor dem Danziger Wojewodschaftsgericht (Anklage: Verstoß gegen die Verfassung der VRP und gegen das Strafrecht) wurde am 25. April 1996 nach nur einem Monat Dauer wegen Nichtzuständigkeit eingestellt. Zwei Monate später kassierte das Revisionsgericht den Beschluß. Demnach mußten sich die Angeklagten erneut vor dem Danziger Gericht verantworten.²⁴⁰ Das Gericht hatte ursprünglich damit argumentiert, daß die Verletzung des Strafrechts nur eine Folge der Verletzung der Verfassung sein könne, wonach zunächst einmal die Verletzung der Verfas-

²³⁶ Czy istnieje akt oskarżenia (Gibt es eine Anklageschrift), in: Rz, 26.6.1996.

²³⁷ GW, 1.-2.6.1996.

²³⁸ Dziennik Ustaw (Dz. Ust.) 1970, Nr. 26, Pos. 208/209.

²³⁹ Die Rechtsprechung hat die Anwendung dieser Bestimmung insoweit eingeschränkt, als sie feststellte, daß die rechtskräftigen Abolitions- und Amnestieentscheidungen von ihr nicht berührt werden.

²⁴⁰ SZ, 29./30.6.1996.

sung festgestellt werden müßte, wofür allein das Staatstribunal zuständig sei. Für den Gang vor das Staatstribunal in dieser Sache machte sich Jaruzelski selbst stark.

Der Freispruch (29.7.1996) im Prozeß gegen Kiszczak, der für den Schußwaffengebrauch mit Todesfolge für neun Bergleute bei der Pazifizierung der Zeche "Wujek" am 16. Dezember 1981 angeklagt war, wurde am 15. Mai 1997 vom Obersten Gericht aufgehoben.²⁴¹ Ein aufseherregender Fall wurde schon in der Phase der "Normalisierung", nach der Aufhebung des Kriegsrechts, vor Gericht behandelt, als die Mörder des Priesters Popiełuszko vor Gericht gebracht und abgeurteilt wurden. Da aber 1985 das Gericht aus politischen Gründen die Frage nach den Hintermännern des Auftragsmordes nicht aufgreifen konnte, wurde das Verfahren 1994 und 1996 nochmals aufgerollt. Der Freispruch der beiden Geheimdienstgeneräle W. Ciaston und Z. Platek aus dem Jahre 1994 wurde – nach zweijähriger Verhandlungsdauer (in dubio pro reo) – nach einer Berufungsverhandlung im März 1996 aufgehoben. Der Fall muß jetzt noch einmal verhandelt werden.²⁴² Generell läßt sich gerade in bezug auf die politischen Verbrechen der Kriegsrechtszeit feststellen, daß es schwierig ist, eventuelle politische Morde zu verfolgen, sogar wenn die Ereignisse noch frisch in Erinnerung sind. Die meisten Verfahren ziehen sich in die Länge, andere sind noch gar nicht aufgenommen, teilweise mangels ausreichender Beweise, teilweise aber auch wegen Geheimhaltungsvorschriften des Innenministeriums, die den Strafverfolgungsbehörden bis 1994 den Zugang zu klassifiziertem Material im SB-Archiv verweigerten. Die Wiederaufnahme und Durchführung von Strafverfahren wegen der Ermordung von Oppositionellen und Priestern in den siebziger und achtziger Jahren wird aber neuerdings durch die Öffnung der personenbezogenen SB-Akten für die Gerichte erleichtert (Fälle G. Przemysk 1983, S. Pyjas 1977 u.a.).²⁴³ Zwei ehemalige Polizeibeamte wurden von einem Warschauer Gericht im April 1997 verurteilt, weil mit dem vorgelegten Material die Umstände bewiesen wurden, die im Mai 1983 zum Tod des 19jährigen Grzegorz Przemysk geführt hatten.²⁴⁴ Seinerzeit gestaltete sich das Begräbnis zu einer der größten Manifestationen gegen das Kriegsrecht.

Ein erster aufseherregender Prozeß wegen stalinistischer Verbrechen, die bis ins Jahr 1946 zurückreichten, endete im März 1996 mit hohen Haftstrafen für die angeklagten ehemaligen Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes (A. Humer u.a.).²⁴⁵ Die Wiederaufnahme des Verfahrens wegen des antijüdischen Pogroms in Kielce 1946 wurde eingeleitet.²⁴⁶

Die Rehabilitierung der Opfer wird seit 1989 auf dem Wege außerordentlicher Revisionen bzw. von Wiederaufnahmeverfahren betrieben. Aus rechtlichen und faktischen Gründen (z.B. Vernichtung der Akten) war es öfters äußerst schwierig, diese Urteile zu überprüfen. Dennoch wurden viele Verfahren erfolgreich abgeschlossen. Die Grundlage für die strafrechtliche Rehabilitierung bilden drei Rechtsakte:

- das Gesetz vom 29. Mai 1989 über zwischen dem 31. August 1980 und dem 29. Mai 1989 aus politischen Gründen begangene Straftaten,

²⁴¹ GW, 30.7.1996; Rz, 16.5.1997.

²⁴² Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 22.3.1996.

²⁴³ Rz, 17.-18.6.1996.

²⁴⁴ RFE/RL Newline, Vol. 1, No. 5, Part II, 7.4.1997.

²⁴⁵ GW, 5.3.1996; FR, 11.3.1996.

²⁴⁶ GW, 21.5.1996.

- das Gesetz vom 24. Januar 1991 über die Kriegsteilnehmer und über die Opfer von Kriegs- und Nachkriegsrepressionen,²⁴⁷
- das Gesetz vom 23. Februar 1991 über die Feststellung der Nichtigkeit von Entscheidungen gegen die aufgrund der Tätigkeit für die Unabhängigkeit Polens verurteilten Personen (Rehabilitierungsgesetz).²⁴⁸

Die Rehabilitierten haben Anspruch auf Schadensersatz und Schmerzensgeld sowie auf die Rückgabe des eingezogenen Vermögens bzw. auf Wertersatz. Diese Ansprüche richten sich an den Staat und gehen im Todesfall des Opfers auf Ehegatten, Kinder und Eltern über.²⁴⁹

An dem Rehabilitierungsgesetz ist vor allem die zeitliche Beschränkung auf bis zum 31. Dezember 1956 begangene Taten problematisch. Auch nach diesem Zeitpunkt gab es Widerstand gegen die kommunistische Herrschaft, der als Kampf für die nationale Selbstbestimmung gedeutet werden muß. Deshalb ist es aus rein rechtlichen Gründen nicht ersichtlich, warum die Opfer dieses Kampfes anders behandelt und auf den schwierigeren Weg der außerordentlichen Revision verwiesen werden. Die Liberalisierung nach 1956 reicht als Erklärung nicht aus. Es bestehen demnach Defizite für die Opfer der politischen Justiz der Gomulka- und Gierak-Ära (1956-1970, 1971-1980). Ein Vorstoß aus den Reihen des Senats, den Opfern der Dezember-Unruhen 1970 den Kombattantenstatus zu gewähren, hat kaum Aussicht auf Erfolg. Eine Besserung verspricht jedoch die neuere Rechtsprechung des Obersten Gerichts, wonach der Widerstand gegen eine totalitäre Staatsgewalt unter Ausübung der politischen Rechte, die in der Verfassung der Volksrepublik und dem Internationalen Pakt für bürgerliche und politische Rechte (IPBPR) garantiert waren, mangels materiellen Unrechts des Tuns keine Straftat ist.

Die Opfer der Strafjustiz des Kriegsrechts erfahren eine besondere Behandlung. Während des Kriegszustands verurteilten die Gerichte 2.071 Personen wegen politischer Delikte. Schon in den Jahren 1989-1992 wurde in 274 Fällen außerordentliche Revision eingelegt, die in allen Fällen mit der Aufhebung des Urteils endete. Nach dem Sejm-Beschluß über die Illegalität der Ausrufung des Kriegszustands vom 1. Februar 1992 ordnete der Generalstaatsanwalt die Überprüfung sämtlicher politisch motivierter Strafverfahren unter dem Kriegsrecht an. Als Ergebnis dieser Untersuchung wurde in weiteren 1.260 Fällen außerordentliche Revision eingelegt. Die Freisprüche werden meistens mit der fehlenden Unrechtstat oder mit dem Grundsatz *nullum crimen sine lege* begründet, weil das Dekret über den Kriegszustand, das eigene Straftatbestände enthielt, erst am 17. Dezember 1981, also erst vier Tage nach dessen Verhängung, mit Wirkung *ex tunc* verkündet wurde und gerade unmittelbar nach dem 13. Dezember zahlreiche inkriminierte Taten begangen worden waren.

Einen besonders delikaten Fall stellt die Frage der Rehabilitierung des 1981 in die USA geflohenen Oberst R. Kukliński dar, der 1984 wegen Verrats (der Pläne zur Vorbereitung des Kriegszustands) in Abwesenheit zum Tode, dann 1990 zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Das Urteil wurde inzwischen vom Obersten Gericht kassiert, der Haftbefehl aufgehoben.²⁵⁰ Bereits 1995 hatte das Oberste Gericht eine Wiederaufnahme des Verfahrens verfügt. Die Anklage wegen Verrats und Fahnenflucht wurde inzwischen, nicht zuletzt unter tätiger Mithilfe des SdRP-Innenministers Miller, ebenfalls aufgehoben. An dem Fall

²⁴⁷ Dz. Ust. 1991, Nr. 17, Pos. 75.

²⁴⁸ Dz. Ust. 1991, Nr. 34, Pos. 149.

²⁴⁹ Mohlek, S. 72.

²⁵⁰ SZ, 29.8.1996.

Kukliński konzentriert sich wie in einem Brennglas die Vermischung von politischen, moralischen und juristischen Kriterien der Beurteilung der kommunistischen Herrschaft in Polen: Entweder war Kukliński Verräter oder Jaruzelski, oder – salomonisch – beide handelten in gutem Glauben.

8. Der "Fall Oleksy" - ein Spiegel des Erbes der SdRP

Die angesichts der historischen Nähe unvermeidbare Verquickung von historisch-politischem und moralischem Urteil, von Möglichkeiten und Grenzen juristischer Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit wurde in der "Angelegenheit Oleksy" fokussiert, die Polen im Dezember 1995/Januar 1996 erschütterte. Innenminister Andrzej Milczanowski hatte den Regierungschef auf Veranlassung des drei Tage später aus dem Amt scheidenden Präsidenten Wałęsa am 21. Dezember 1995 im Sejm der Spionage für eine ausländische Macht (Sowjetunion/Rußland) beschuldigt. In der damit losgetretenen Affäre wurde die Bedeutung der freien Presse in Polen als "vierte Macht" demonstriert, die allerdings manchmal der Versuchung eines auflagentreibenden und mangelhaft recherchierten Enthüllungsjournalismus erlag. Im Fall Oleksy wurde deutlich, daß es keine politischen Tabus gibt, aber auch keinen Schutz vor tagespolitischer Instrumentalisierung von komplizierten historisch-politischen Vorgängen, bei deren Bewertung Augenmaß vonnöten ist.

Ungeachtet aller Instrumentalisierungsprobleme hatte die "Sache Oleksy" grundsätzliche Probleme des Selbstverständnisses der SdRP, der Mentalität ihrer Führung und der kommunistischen Vergangenheitsaufarbeitung in Polen ans Tageslicht befördert. Bei dem "Weißbuch zum Fall Oleksy" mußte der Justizminister als Herausgeber im Oktober 1996 zugeben, daß wichtige Dokumente und Zeugenaussagen nicht veröffentlicht worden sind, weil sie nach seinen Worten Staatsgeheimnisse enthielten.²⁵¹ Oleksy war am 24. Januar 1996 unter Be-teuerung seiner Unschuld als Premier zurückgetreten. Zuvor hatte die zuständige Militärstaatsanwaltschaft gegen ihn ein Verfahren wegen Landesverrats eröffnet. Oleksy hatte lediglich zugegeben, sich für einen Spitzenpolitiker äußerst fahrlässig verhalten zu haben und mit einem KGB-Offizier jahrelang ein "freundschaftliches Verhältnis" gepflegt und auch noch nach seiner Wahl zum Sejm-Marschall 1993 fortgeführt zu haben. Das allein hätte in den Augen der Oppositionsparteien bereits als Rücktrittsgrund gereicht. Das Untersuchungsverfahren endete am 22. April 1996 mit der Entlastung Oleksys, dem Spionage nicht nachgewiesen werden konnte, und der Einstellung des Untersuchungsverfahrens.²⁵² Ein zeitgleich mit dem "Weißbuch" herausgegebenes "Graubuch" versuchte den Verdacht zu belegen, daß Regierung, Parlamentsmehrheit und Militärstaatsanwaltschaft sich alle Mühe gaben, eine eingehende Untersuchung zu blockieren. Jedenfalls blieb der Fall juristisch ungeklärt. Was allerdings ungeachtet des verschleierte juristischen Aspekts übrigbleibt, ist das Unverständnis in der neuen Elite Polens darüber, daß Oleksy nicht bemerkt hatte, daß nach dem Systemwechsel von 1989 alte Loyalitäten und ein "freundschaftliches Verhältnis" zu einem KGB-Agenten aufzugeben waren. Dies ist dann eher eine entscheidende Frage zum Stand der politischen Kultur der SdRP-Elite als eine Frage des Strafrechts.²⁵³

²⁵¹ Weißbuch zur Affäre Oleksy vorgelegt, in: FAZ, 29.10.1996.

²⁵² GW, 23.4.1996; Rz, 23.4.1996.

²⁵³ Siehe das faire Oleksy-Porträt von Smoleński, Paweł: Szkoła przetrwania (Schule des Überlebens), in: GW, 6.-7.9.1997.

Die "Gefährdung" der mittleren Generation von SLD/SdRP-Politikern durch das Geheimdienstmilieu (KGB-Agenten/Residenten) mit dem unabsehbaren Element politischer Erpreßbarkeit bzw. innenpolitischer Instrumentalisierung wurde im September 1997 nochmals verdeutlicht, als die konservative Warschauer Tageszeitung "Życie" mit einer Enthüllungsstory von sich reden machte, in deren Mittelpunkt der jetzige Präsident Kwaśniewski stand. Die "Życie"-Investigatoren wollten herausgefunden haben, daß der seinerzeitige SdRP/SLD-Vorsitzende noch im Sommer 1994 mit dem russischen Geheimdienstmann und ehemaligen KGB-Residenten mit diplomatischer Legende, Wladimir Alganow, in einem Ostseekurort zusammengetroffen sei.²⁵⁴ Die Angelegenheit erhielt dann noch eine deutsch-polnische Note, als die ebenfalls an der Enthüllungsgeschichte beteiligte Danziger Tageszeitung "Dziennik Bałtycki" auf Druck des Besitzers des Dziennik, des Passauer Verlegers Franz Xaver Hirtreiter, ihre Anschuldigungen gegen Kwaśniewski wegen "schlampiger Recherche" zurücknahm. Hirtreiter entschuldigte sich schriftlich bei Präsident Kwaśniewski.²⁵⁵

9. Lustration und Personalpolitik

Seit dem "Fall Oleksy" waren sich erstmals seit 1989 alle Parteien grundsätzlich über die Notwendigkeit einer Lustration einig. Er zeigte, daß die Lustration noch eine Aufgabe erfüllen konnte, die bis dahin fast übersehen worden war. Es ging um den Schutz vor Beschuldigungen ohne Beweise. Solange es kein Lustrationsverfahren gab, konnte jeder jedem vorwerfen, Mitarbeiter der Dienste gewesen zu sein.

Der erste nachkommunistische Regierungschef T. Mazowiecki hatte sich 1989 in seiner Regierungserklärung darauf beschränkt, die kommunistische Beamtenschaft zu beruhigen, daß keine großen Entlassungen geplant seien. Für die Weiterbeschäftigung seien fachliche Eignung und Loyalität maßgebend. Mit der Politik des "dicken Strichs" wurde der Dekommunisierung und Lustration ein Riegel vorgeschoben. Erst Ministerpräsident Jan Olszewski (1992) rückte diese Frage in den Mittelpunkt der Regierungspolitik.

Es gehört zu den Paradoxa der polnischen Politik, daß die Bemühungen des Ministerpräsidenten Olszewski und seiner politischen Freunde um Lustration und Dekommunisierung ausgerechnet durch den Lustrationsbeschluß des Sejm vom 28. Mai 1992 konterkariert und diskreditiert wurden.²⁵⁶ Der Beschluß verpflichtete den Innenminister, dem Sejm Auskunft über Staatsbeamte vom Wojewoden aufwärts, über Abgeordnete, Senatoren, Richter, Rechts- und Staatsanwälte, Gemeinderäte sowie Mitglieder der Gemeindevorstände, die im Zeitraum von 1945 bis 1990 als geheime Mitarbeiter mit dem ehemaligen Staatssicherheitsdienst zusammengearbeitet haben, zu erteilen. Die Lustrationsanhänger wählten absichtlich die Form eines parlamentarischen Beschlusses, um das Verfahren zu beschleunigen und zu verkürzen. Denn bei einem Sejm-Beschluß wird nur eine Lesung durchgeführt. Der ad hoc gefaßte, erkennbar verfassungswidrige Beschluß respektierte weder das Prinzip des Vorbehalts des Gesetzes, noch garantierte er den Betroffenen eine Anhörung vor der Weiterleitung der Nachricht über ihre Arbeit für den Sicherheitsdienst. Mitarbeiterlisten wurden offen auf dem Markt gehandelt. Die politischen Erpressungsversuche des Regierungschefs, mit dem unüberprüften Material die Regierungsmehrheit zu sichern, und die überstürzte Ausführung des Beschlusses durch den damaligen Innenminister Antoni Macierewicz führten schließlich am 5. Juni 1992

²⁵⁴ Życie, 23.8.1997, und folgende Ausgaben.

²⁵⁵ Ein Brief aus Deutschland verschafft unverhofft Entlastung für Kwaśniewski, in: FAZ, 13.9.1997.

²⁵⁶ Siehe Potocka-Hoser, Anna: Spór o lustrację – komunikacja bez porozumienia (Streit über die Lustration – Kommunikation ohne Verständigung), in: Kultura i Społeczeństwo, 2, 1996, S. 163-182.

zu einem Mißtrauensvotum und zum Sturz der Regierung. Das Verfassungstribunal befaßte sich ebenfalls mit der Angelegenheit und stellte am 19. Juni 1992 die Verfassungswidrigkeit des Sejm-Beschlusses wegen Verletzung des Rechtsstaatsprinzips fest.²⁵⁷ Das Verfassungsgericht betonte die Kontrolle der Rechtmäßigkeit des Eingriffs in die Menschenrechte nicht zuletzt auch deshalb so stark, weil die Archive des Innenministeriums unvollständig und die Bestände nicht klassifiziert sind. Es stellte insbesondere klar, daß die Frage der Lustration in einem Gesetz geregelt werden müsse. Der Vollzug des Sejm-Beschlusses wurde zunächst ausgesetzt. Nach Ablauf einer dreimonatigen Frist trat er dann außer Kraft.

Seit der zweiten großen parlamentarischen Lustrationsdebatte im Juli 1994 lagen dem Sejm fünf verschiedene Lustrationsgesetzentwürfe (SLD, KPN, PSL, Präsident, UW/UP/PSL) vor.²⁵⁸ Am 9. Oktober 1996 beschloß ein neu geschaffener Sejm-Ausschuß für die Vorbereitung des Lustrationsgesetzes, den gemeinsamen Entwurf von UW, UP und PSL ("Lustrationskoalition") als Grundlage für die weitere gesetzgeberische Arbeit zu benutzen. Der Entwurf sah vor: Ein Lustrationsgericht befaßt sich mit der "bewußten und nicht erzwungenen Mitarbeit" von Personen in öffentlichen Funktionen in den zivilen und militärischen Sicherheitsdiensten. Wenn die Zusammenarbeit mit den Diensten nicht freiwillig, sondern erzwungen war, kann der Betroffene sich an das Lustrationsgericht wenden, damit dieses ihm eine Bescheinigung über den Zwangscharakter der Zusammenarbeit ausstellt.

Die Funktionsträger bzw. -bewerber, wie Präsident, Abgeordnete, vom Präsidenten, Sejm, Senat, Ministerpräsidenten berufene oder ernannte Personen oder Kandidaten für diese Positionen geben eine Erklärung über ihre (Mit-)Arbeit für die Dienste ab. Die Erklärungen der Präsidentschafts- und Abgeordneten kandidaten sind öffentlich. Für unwahre Erklärungen oder Verheimlichung der Wahrheit droht eine Freiheitsstrafe von zwei bis zehn Jahren. In der Lustrationskommission werden die Erklärungen – spätestens drei Monate nach Amtsübernahme – überprüft. Der Betroffene kann Berufung einlegen. Das Urteil der Kommission ist in der zweiten Instanz (5 Richter) endgültig und wird veröffentlicht.

Es blieb den Wählern bzw. den berufenden Instanzen überlassen, den der Mitarbeit mit den Sicherheitsdiensten Überführten in eine öffentliche Position zu berufen.²⁵⁹ Acht Jahre nach der Wende in Polen verabschiedeten der Sejm (11.4.1997) und der Senat (14.5.1997) gegen den Widerstand der SLD das Lustrationsgesetz auf der Grundlage des von der "Lustrationskoalition" eingebrachten Gesetzentwurfs. Zusätzlich werden die Inhaber von Führungspositionen in den öffentlich-rechtlichen Medien durchleuchtet. Ausgenommen aus dem Prozedere sind Rektoren, Chefredakteure, Manager und andere Funktionsträger, die aufgrund der Gesetzgebung in der kommunistischen Zeit verpflichtet waren, den Diensten Auskunft zu geben.²⁶⁰ Sowohl Präsident Kwaśniewski als auch die SLD hatten dem Senat nochmals Änderungsvorschläge unterbreitet, in denen es insbesondere darum ging, die Mitarbeiter der Spionage und Gegenspionage von der Lustration auszunehmen. Kwaśniewski machte sich dafür stark, daß das Gesetz jedem Polen den Zugang zu "seiner" Akte ermöglichen sollte. Die Mehrheit der Abgeordneten und Senatoren lehnte die Ausnahme für Geheimdienstmitarbeiter

²⁵⁷ Orzecznictwo Trybunału Konstytucyjnego w 1992 roku. Cz. I (Urteile des Verfassungstribunals 1992, Teil I), Warszawa 1992, Pos. 13, S. 196 ff..

²⁵⁸ Banaszak, Bogusław: Probleme der sog. Lustration in den gegenwärtigen gesetzgeberischen Arbeiten in Polen, in: Recht in Ost und West, 1, 1997, S. 32-35, hier S. 32 ff..

²⁵⁹ GW, 10.10.1996.

²⁶⁰ OMRI Daily Digest, No. 60, Part II, 26.3.1997.

jedoch ab. Von der Mehrheit der Abgeordneten wurde es auch als nicht sinnvoll erachtet, das Lustrationsgesetz mit der Frage des Aktenzugangs zu verknüpfen, da der ungeordnete Zustand der polnischen Stasiakten die gründliche Vorbereitung eines entsprechenden Gesetzesvorhabens und eine vollständige Reorganisation des Archivwesens erforderte. Eine Verknüpfung des Lustrationsgesetzes mit der Einrichtung einer polnischen "Gauck-Behörde"²⁶¹ hätte die Verabschiedung des Lustrationsgesetzes weiter verzögert.²⁶² Deshalb entschied der Sejm, den Aktenzugang durch einen gesonderten Gesetzentwurf vorzubereiten.²⁶³ Von Abgeordneten der "Lustrationskoalition" wurde darauf hingewiesen, daß die SLD ein besonderes Interesse an der von ihr geforderten Ausnahmeregelung für Geheimdienstmitarbeiter habe, da es vor allem die ehemaligen PZPR-Mitglieder gewesen seien, die in den Zeiten der Volksrepublik formell oder informell polnischen und sowjetischen Diensten zugearbeitet hätten. Dem Vorwurf von SLD, Premier Cimoszewicz und UOP-Chef Andrzej Kapkowski, mit der Lustration der geheimen Mitarbeiter von Spionage und Gegenspionage werde die Funktionsfähigkeit des Staatsschutzamts (UOP) in Frage gestellt, hielt der ehemalige Innenminister Kozłowski entgegen, dieses Risiko sei nichts im Vergleich zu den Folgen der Veröffentlichung des Weißbuchs über den "Fall Oleksy" und dem Vertrauensverlust in das UOP durch die Enttarnung des russischen Agenten, der in diesem Fall mit den polnischen Staatsschutzbehörden zusammengearbeitet hatte. Allerdings mußte Kozłowski Kapkowski Recht geben, daß es wegen des Verlusts umfangreicher Archivbestände sehr schwer sein würde, eine Zusammenarbeit mit den Diensten zu beweisen.²⁶⁴ Entgegen der Erwartung von politischen Beobachtern, daß Präsident Kwaśniewski die Verfassungsmäßigkeit des Lustrationsgesetzes überprüfen lassen würde, unterschrieb er es am 18. Juni 1997.²⁶⁵

Da es sich als unmöglich erwies, 21 Richter für die Besetzung des Lustrationsgerichts zu gewinnen, brachte die neue AWS/UW-Regierung gegen den Protest der SLD eine Gesetzesnovelle ein, nach der die Aufgaben des Lustrationsgerichts dem Warschauer Appellationsgericht übertragen werden sollen.

Das neue Lustrationsgesetz erfüllt nicht mehr den Zweck, die alte Nomenklatura aus dem politischen Leben auszuschließen. Dafür kommt es zu spät. Die Tätigkeit für die Dienste an sich bleibt straflos. Das Gesetz schließt grundsätzlich niemanden von irgendeinem staatlichen Posten aus, der hinsichtlich seiner Vergangenheit das Licht der Öffentlichkeit nicht scheut. Der Zweck des Gesetzes liegt allein in der Aufdeckung der Tätigkeit der Sonderdienste und ihres Agentennetzes, um durch die Bekanntgabe aller Tatsachen das öffentliche Leben zu "säubern" und die Transparenz des staatlichen Lebens zu fördern. Die Bürger sollen wissen, wer an bestimmten Stellen sitzt oder sich darum bewirbt. Es ist dann sowohl Sache der Betroffenen als auch des Wählers, des Dienstherrn oder des Parlaments, aus den vorhandenen Informationen Konsequenzen zu ziehen.²⁶⁶

Der einzige bisher geglückte Versuch der "weichen" Durchsetzung eines Lustrationsvorhabens – abgesehen von der erwähnten Lustration des Sicherheitsdienstes – erfolgte im Wahlge-

²⁶¹ Eine polnische "Gauck-Behörde"?, in: Osteuropa-Archiv, 4, 1997, S. A153-A160.

²⁶² Siehe Kozłowski, Krzysztof: Gra na czas (Spiel auf Zeit), in: Wprost, 21, 25.5.1997; Jan Widacki, Prezydentcka lustracja (Präsidentielle Lustration), in: TP, 19, 11.5.1997.

²⁶³ Rz, 15.5.1997.

²⁶⁴ Stachura, Zofia: Sojusz antylustracyjny (Antilustrationsbündnis), in: Wprost, 16, 20.4.1997; W Senacie o lustracji (Im Senat über die Lustration), in: Życie, 24.4.1997.

²⁶⁵ Rz, 19.6.1997.

²⁶⁶ Banaszak, Probleme der sog. Lustration, S. 34.

setz vom 28. Mai 1993, das eine Regelung enthält, wonach jeder Bewerber für das Abgeordnetenmandat (Sejm und Senat) eine schriftliche Erklärung abgeben soll, ob er in den Jahren 1944-1989 Mitarbeiter der Sicherheitsorgane oder der militärischen Sonderdienste war. Im Falle der Verweigerung sollte die Wahlliste, auf der der Bewerber stand, nicht registriert werden.

Auch das geltende Recht des öffentlichen Dienstes ließ sich auf sein illustratives Potential hin ausloten. Das Recht des öffentlichen Dienstes wurde nach 1989 novelliert. Nur für Polizei und Staatsschutz wurden am 6. April 1990 neue Gesetze erlassen.²⁶⁷ Die bestehenden Gesetze bieten Möglichkeiten, belastete Personen vom öffentlichen Dienst fernzuhalten, soweit sie ihn erst anstreben. Demgegenüber erscheint die Entlassung von belasteten Mitarbeitern in einem formellen Verfahren als außerordentlich schwierig. Die Entlassungstatbestände sind eng und enumerativ erfaßt (mangelnde fachliche Eignung, Verurteilung wegen einer vorsätzlichen Straftat, Auflösung einer Behörde, gesundheitsbedingte Dienstunfähigkeit, Verlust der polnischen Staatsangehörigkeit u.a.).²⁶⁸

Beim Staatssicherheitsdienst fand eine Verifizierung statt. Der alte Sicherheitsdienst wurde mit der Gründung des Amtes für Staatsschutz (UOP) im Mai 1990 aufgelöst und seine Mitarbeiter entlassen. Sie konnten neu eingestellt werden, sofern sie sich auf eigenen Antrag mit Erfolg einer besonderen Überprüfung unterzogen. Die Durchführung des "Qualifizierungsverfahrens" übernahmen Sonderkommissionen, die durch Vertreter der Regierung, des Parlaments, der Gewerkschaften sowie angesehene Bürger besetzt waren. Der Maßstab für die Überprüfung war neben der fachlichen Eignung die ethische Qualifikation, die bei Feststellung von Rechtsverstößen bzw. Verletzung der Menschenwürde im Dienst sowie bei Amtsmissbrauch abzusprechen war. Die Grundlage für die Beurteilung bildeten die zugänglichen Akten des Sicherheitsdienstes, insbesondere die Personalakten.²⁶⁹ Von den ehemals 24.000 SB-Mitarbeitern baten 14.000 um eine Verifizierung, nur 4.000 wurden vom UOP übernommen, vor allem ehemalige Mitarbeiter der Abteilungen Spionage und Gegenspionage. SB-Mitarbeiter über 55 Jahre wurden grundsätzlich nicht wieder eingestellt. Von 137 höheren Ministerialbeamten hatten überhaupt nur 10 um ein Qualifizierungsverfahren gebeten.²⁷⁰

²⁶⁷ Gesetz über die Polizei, in: Dz. Ust. 1990, Nr. 30, Pos. 179, und Gesetz über das Staatsschutzamt, in: Dz. Ust. 1990, Nr. 30, Pos. 180.

²⁶⁸ Mohlek, S. 62.

²⁶⁹ Ebenda, S. 63.

²⁷⁰ Siehe Kozłowski, K. im Interview in: Januszewski, Radosław/Strękowski, Jan: Szara księga. Mówią członkowie Sejmowej Komisji Nadzwyczajnej do zbadania zgodności z prawem działania organów państwa w sprawie Józefa Oleksego (Graubuch. Mitglieder der Außerordentlichen Sejmkommission zur Erforschung der Rechtmäßigkeit des Verhaltens der Staatsorgane in der Sache Oleksy haben das Wort), Warszawa 1996. Kozłowski berichtet hier auch in Einzelheiten über die Zustände im Innenministerium, als er im März 1990 stellv. Innenminister wurde, insbesondere über den unkontrollierten Zugang, den dort sowjetische KGB-Angehörige hatten. Bis März 1990 wurden täglich 200-300 unkontrollierte Telefongespräche von den KGB-Offizieren mit der sowjetischen Botschaft in Warschau geführt.

Gegen die Entscheidungen der Qualifizierungskommissionen gab es keine Rechtsmittel. Die Abteilungen I und II (Spionage und Gegenspionage) kamen relativ ungeschoren davon und auch aus den aufgelösten Abteilungen III (politische Opposition) und IV (katholische Kirche und Glaubensgemeinschaften) sollen viele Offiziere die Verifizierung bestanden haben.²⁷¹ Im September 1996 wurde mit nur einer Stimme Mehrheit im Verwaltungsausschuß des Sejm ein Vorstoß aus den Reihen der SLD zurückgewiesen, die Endgültigkeit der Entscheidungen der Qualifizierungskommissionen aufzuheben, da diese eine Verletzung der Menschenrechte darstellten. Innenminister Siemiątkowski deutete sogar an, daß mit der Umwandlung des Innenministeriums in ein Ministerium für Verwaltung und Inneres am 1. Januar 1997 die Verifikationsvorschriften auch ohne Änderung des Rechts gegenstandslos würden, da sich diese auf das dann nicht mehr existente Innenministerium (MSW) beziehen würden.²⁷²

In einer Unterhaltung mit dem Autor (März 1996) sprach der erste Solidarność-Innenminister Kozłowski geradezu begeistert von dem Nutzen der Professionalität und insbesondere der Disponibilität der alten SB-Mitarbeiter, die ihre Loyalität gegenüber der neuen Ordnung durch die gezielte Zurverfügungstellung ihres Herrschaftswissens unter Beweis zu stellen suchten. Mit wem sonst hätte man die Organe des Verfassungsschutzes und der Gegenspionage weiterführen und umstrukturieren können? Der "Fall Oleksy" hätte ebensowenig ohne die Informationen der "umgedrehten" früheren SB-Mitarbeiter aufgerollt werden können.²⁷³

Die Miliz (milicja) erfuhr eine nachsichtige Behandlung. Ihre Mitarbeiter wurden von der neugegründeten Polizei (policja) übernommen, sofern sie bis zum 31. Juli 1989 nicht für den Sicherheitsdienst tätig waren.

Für die Richterschaft gibt es dagegen keine Rechtsgrundlage für eine formelle Lustration. Trotz des erbitterten Widerstands des Juristenverbandes wurde zwar bei der Novellierung des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 23. Mai 1993 eine Bestimmung (Art. 59, 1) aufgenommen, wonach der Präsident einen Richter abberufen kann, wenn dieser bei seinen Amtsgeschäften das Prinzip der richterlichen Unabhängigkeit verletzt, wobei Handlungen und Umstände aus der gesamten Dienstzeit des Richters von einem Disziplinargericht beurteilt werden sollten.²⁷⁴ Diese Norm wurde jedoch ein halbes Jahr später vom Verfassungstribunal für verfassungswidrig erklärt.²⁷⁵ Erst unter der nach den Parlamentswahlen im September 1997 gebildeten großen "Post-Solidarność-Regierungskoalition der Union der Freiheit (UW) und der Wahlaktion Solidarność (AWS) hat die Justizministerin Hanna Suchocka (UW) das Problem der Lustration der Richterschaft wieder in die politische Diskussion eingeführt. Eine im Januar 1998 verabschiedete Gesetzesnovelle über die Organisation der ordentlichen Gerichte sieht die Verifikation von kompromittierten Richtern aus der kommunistischen Zeit (1944-1989) vor.²⁷⁶

²⁷¹ Siehe die kritische Bewertung der Loyalität der UOP-Kader insbesondere im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den NATO-Geheimdiensten durch den Chef der Studienabteilung des Innenministeriums unter Innenminister Macierewicz (1992); Woyciechowski, Piotr/Podolski, Antoni: *Lojalność wobec sojuszników* (Loyalität gegenüber den Verbündeten), in: Rz, 12.6.1997.

²⁷² GW, 26.9.1996.

²⁷³ Karpiński, Jakub: *Polish Security Services and the Oleksy Case*, in: *Transition*, Vol. 2, No. 22, 1.11.1996, S. 9-13, hier S. 12.

²⁷⁴ Dz. Ust. 1993, Nr. 47, Pos. 312.

²⁷⁵ Działocha, K.: *Probleme der Lustration der Staatsbeamten und der Beseitigung einiger Folgen der kommunistischen Gesetzgebung in der Rechtsprechung des polnischen Verfassungsgerichtshofes*, in: Brunner, G. (Hrsg.), a.a.O., S. 83.

²⁷⁶ TP, Nr. 5, 1.2.1998.

Nach dem Regierungswechsel von 1993 war von der SLD/PSL-Regierung ganz offen bei der Besetzung von Leitungspositionen in Ministerien und auf anderen Ebenen der Staatsverwaltung (Wojewodschaften) auf ehemalige PZPR-Funktionäre zurückgegriffen worden.²⁷⁷ So wurde ein früherer ZK-Sprecher, der sich mit seinen Manipulationen einen zweifelhaften Ruf erworben hatte, vorübergehend Chef des Amtes des Ministerrats. Ein General, der unter dem Kriegsrecht die Niederschlagung von Streiks befehligt hatte, wurde mit einem der höchsten Kommandos betraut. Einer der Anführer der Rollkommandos der Geheimpolizei gegen die "Fliegenden Universitäten" der 70er-Jahre-Opposition wurde Generaldirektor eines Staatskonzerns, ein anderer Vizeminister. Ein Provinzstaatsanwalt, der während des Kriegszustands an der Fabrizierung von Belastungsmaterial gegen einen der führenden Köpfe der Solidarność beteiligt war, machte einen Karrieresprung zum Chef der Anklagebehörde seiner Wojewodschaft.²⁷⁸ Seit der Übernahme des Außenministeriums durch Dariusz Rosati sorgte 1996/97 die Besetzung von Botschafterposten (Moskau u.a.) mit reaktivierten PZPR-Diplomaten für politische Auseinandersetzungen mit der Opposition.²⁷⁹ Die Besetzung von Aufsichtsratsposten im Landesfernseh- und Rundfunkrat (KRRiTV) und dreier neuzuwählender Verfassungsrichterpositionen ausschließlich mit Nahestehern der Regierungskoalition ohne Einhaltung eines Proporz kurz vor dem Ende der Legislaturperiode im Sommer 1997 wurde in Polen allenthalben als schlechter Stil und Mangel an demokratischer politischer Kultur angeprangert.²⁸⁰

Aleksander Kwaśniewski war nach seiner Wahl formell aus der SdRP ausgetreten. Er hat aber wiederholt seine traditionellen Sympathien, ja sogar eine Art ideeller Patronage mit Blick auf die Präsenz der SdRP/SLD-Formation in der polnischen Politik beansprucht. Ohne Zweifel bemüht er sich seit seiner Amtsübernahme unter Zuhilfenahme seiner Stellung um die dauerhafte Regierungsfähigkeit der SdRP/SLD, um die Öffnung der Linken und die Erweiterung ihrer Koalitionsfähigkeit. Seine Kritiker werfen ihm vor, sich in seiner Präsidialkanzlei fast gänzlich mit Oldtimern umgeben zu haben, die tief in den Strukturen der Volksrepublik verwurzelt sind. Seine engsten Berater sind u.a. Edward Szymański, früher Erster Sekretär der PZPR in Włocławek, Andrzej Gdula, früher Stellverteter von Czesław Kiszczak im Innenministerium und Kazimierz Morawski, früher "Konzessionskatholik" der regimenahen ChSS im Staatsrat. Die ehemalige OPZZ-Vorsitzende vom konservativen SLD-Flügel, Ewa Spychalska, die im Februar 1998 auf Druck des neuen Außenministers Bronisław Geremek wegen Unfähigkeit von ihrem Botschafterposten in Minsk zurückgetreten war, wurde von Kwaśniewski als Beraterin für internationale Fragen in die Präsidialkanzlei berufen.

"Seine" Formation SdRP/SLD erwartet von Präsident Kwaśniewski, daß er in der Gesetzgebung von seinem Vetorecht Gebrauch macht, wenn es um die juristische Bewältigung der kommunistischen Vergangenheit geht, und seinen Amtseinfluß geltend macht, wenn die Befriedigung von Ansprüchen wichtiger Wählergruppen (Veto gegen Abschaffung von Rentenprivilegien für ehemalige Armee- und Milizangehörige im Dezember 1997) und die Erhaltung der juristischen Grundlagen für die Einflüsse der alten Nomenklatur in Wirtschaft (ad Reprä-

²⁷⁷ Mazur, Bogusław: Partia władzy. SLD i PSL będą rządzić nawet jeżeli przegrają wybory (Partei der Macht. SLD und PSL werden regieren, sogar wenn sie die Wahlen verlieren), in: Wprost, Nr. 35, 31.8.1997, S. 20-23.

²⁷⁸ Urban, Thomas: Noch schnell eigene Leute placieren, in: Süddeutsche Zeitung, 21.8.1997.

²⁷⁹ Vgl. auch Zawodowi dyplomaci z przeszłości (Berufsdiplomaten mit Vergangenheit), in: Rz, 20.8.1997.

²⁸⁰ Siehe Kto z kim w radzie (Wer mit wem im Rat), in: Rz, 13.8.1997; Skok koalicji na trybunał (Sprung der Koalition ins Tribunal), in: GW, 14.-15.8.1997; Sarzyński, Piotr: Zwycięzcy biorą wszystko (Die Sieger nehmen alles), in: Polityka, Nr. 33, 16.8.1997.

vatisierung) und Politik in der Provinz (ad Wojewodschaftsreform) ansteht.²⁸¹ Kwaśniewskis Kritiker behaupten, er sei eine Geißel der Linken, wobei eher festgestellt werden kann, daß es hier eine beiderseitige Abhängigkeit gibt. Der Präsident ist seit den Septemberwahlen 1997 in der Kohabitation das einzige Gegengewicht gegen das Regierungslager und damit Schutzschirm für die SdRP/SLD. Andererseits bleibt Kwaśniewski für die nächste Präsidentschaftswahl auf die Wahlkampfmaschine der Linken angewiesen. Das Dilemma für ihn bleibt aber, daß er - nicht zuletzt aufgrund des wieder stärker werdenden Lagerdenkens mit dem Sieg der AWS - im Elfenbeinturm der Linken gefangengehalten, seinen Wahlerfolg von 1995 im Jahr 2000 kaum wiederholen können.

Eine vergleichende soziologische Studie des Instituts für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften über Kontinuität und Wechsel der Eliten zwischen 1988 und 1993 in Polen, Ungarn und Rußland stellte fest, daß in Polen der Elitenwechsel innerhalb der kommunistischen Eliten zwischen 1983 und 1988 größer gewesen sei als der Austausch zwischen 1988 und 1993. Auf der Grundlage des Elitenkonzepts des französischen Soziologen Pierre Bourdieu kommen die Autoren zu dem Ergebnis, daß 1993 in Polen ca. 57% der Elite im Privatsektor der ehemaligen Nomenklatura-Elite entstammten (Rußland: 53%; Ungarn: 66%), ca. 31% der politischen Elite (Rußland: 83%; Ungarn: 32%) und 30% der kulturellen Elite (Rußland: 78%; Ungarn: 56%).²⁸² Da die Studie vor den Wahlsiegen der postkommunistischen Sozialdemokraten durchgeführt wurde, müßten heute die Merkmale von Kontinuität entsprechend höher bewertet sein. In diesem Kontext muß aber betont werden, daß die rein formale Zuordnung zur kommunistischen (Funktions-)Elite vor 1989 kaum Aussagen über die System-"Gläubigkeit" bzw. - "Zuverlässigkeit" der Eliten in den achtziger Jahren zuläßt. Dies gilt beispielsweise in Polen insbesondere für die wirtschaftlichen und kulturellen Eliten.

10. Der Umgang der SdRP mit Unterlagen der Geheimdienste und der PZPR

Im Oktober 1996 war A. Zieliński, der Leiter der Geheimdienstarchive, als letzter hoher Amtsträger aus den Reihen der früheren Solidarność in der Innenbehörde abberufen worden. Seinen Platz nahm W. Mrozwicz ein, bis auch er nach dem Regierungswechsel im Oktober 1997 entlassen wurde. Ihm wurde von der Opposition vorgeworfen, daß er SB-Mitarbeiter war und in den achtziger Jahren Archivdirektor im Innenministerium.²⁸³

Die Ablösung Zielińskis stand offensichtlich im Zusammenhang mit der Sejm-Debatte über ein Gesetz über den Umgang mit den SB-Akten und allgemein mit den Lustrationsgesetzentwürfen. Die SLD wollte im Gegensatz zu der Opposition eine Öffnung der Archive sowie eine Überprüfung von Amtsträgern stark einschränken. Die mitregierende PSL war in dieser Streitfrage auf den Kurs der Opposition eingeschwenkt. Aufgeschreckt durch entsprechende Informationen Zielińskis, stimmte im Lustrationsausschuß eine deutliche Mehrheit aus Opposition und PSL-Politikern für eine Aufforderung an das Innenministerium und das Verteidigungsministerium, die Vernichtung von Akten aus der Zeit vor dem 1. August 1990 unverzüglich einzustellen. Zieliński hatte Ende September 1996 in einer Anhörung darauf hingewiesen, daß die Archivbestände des SB in den letzten Jahren auf Weisung von oben – und oben hieß bis 1995 ein Innenminister aus den Reihen der früheren Solidarność und Präsi-

²⁸¹ Siehe Sławomir Mac, Jerzy: Adwokat PRL (Advokat der VRP), in: Wprost, 15.2.1998.

²⁸² Elity w Polsce: w Rosji i na Węgrzech. Wymiana czy reprodukcja? (Eliten in Polen, Rußland und Ungarn. Austausch oder Reproduktion?), hrsg. von I. Szelenyi u.a., Warszawa 1995.

²⁸³ GW, 10.10.1996.

dent Wałęsa²⁸⁴ – so stark dezimiert worden seien, daß sie für eine Personenüberprüfung oder wissenschaftliche Auswertung kaum noch tauglich seien. Nur 10 Prozent der vorhandenen Akten erlaubten eine eindeutige und prozeßtaugliche Feststellung, wer für den SB gearbeitet habe. Allein im UOP-Archiv von Danzig (Sitz der Solidarność, Wohnsitz L. Wałęsas) seien 95 Prozent der Akten verschwunden.

Im Herbst 1996 sorgten von der Gauck-Behörde freigegebene Akten in Polen für Aufregung, die Interna aus der vatikanischen Kurie enthalten und den Verdacht erhärten, daß dort über Jahrzehnte IM des polnischen Geheimdienstes gewirkt haben. Die Spitzelberichte geben darüber hinaus dem in Polen bisher nur hinter vorgehaltener Hand geäußerten Verdacht Nahrung, daß es auch im polnischen Klerus eine größere Anzahl von Informanten des SB gab. Die zurückhaltende polnische Rezeption²⁸⁵ der deutschen Berichterstattung über die neuesten Erkenntnisse der Gauck-Behörde lassen erahnen, daß sich nicht nur die katholische Hierarchie in Polen, sondern ein großer Teil der Öffentlichkeit nur unwillig auf die "drohende" ernsthafte und notwendige Diskussion über die Rolle der katholischen Kirche im kommunistischen Polen zwischen Widerstand und Anpassung und auf die Tatsache einläßt, daß gerade diese Kirche wegen ihrer systemfremden Funktion bevorzugtes Objekt der Beobachtung sein mußte. Gleiches gilt übrigens auch für die Solidarność in den Jahren 1980-1990. Nicht zu Unrecht befürchtet man in grundsätzlich kirchenfreundlichen, nicht automatisch kirchennahen oder klerikalen Kreisen (resp. in Post-Solidarność-Kreisen) eine vordergründige politische Instrumentalisierung dieses Komplexes durch die postkommunistischen Kreise und ein Ablenkungsmanöver angesichts des Unwillens der Sozialdemokratie Oleksys, sich offen mit der Vergangenheit der kommunistischen Bewegung in Polen auseinanderzusetzen, frei nach dem Motto: "Wir sitzen doch alle in einem Boot".

10.1 Aktenbestand

Der Sicherheitsdienst des Innenministeriums verfügte über 3 Millionen Akten,²⁸⁶ die militärische Gegenspionage über weitere 400.000. Die genaue Zahl der heute noch vorhandenen Akten ist nach den Aktenvernichtungen seit 1989 unbekannt (geschätzt: 40 km Länge). Vize-Innenminister J. Zimowski gab in einer Anhörung im September 1996 bekannt, daß nach der vornehmlich bis Februar 1990 erfolgten "Säuberung" der zentralen und Wojewodschaftsarchive heute 40-50 Prozent der Akten fehlen. Bereits 1956 waren die Archive mit den Unterlagen aus der stalinistischen Epoche vernichtet worden. Die Akten vieler Agenten, die auf inhaftierte Solidarność-Aktivisten angesetzt waren, sind verschwunden. Der militärischen Geheimpolizei wird vorgeworfen, die Register der meisten Geheimagenten vernichtet zu haben. Insgesamt sollen seit 1989 fast 20.000 Vorgänge illegal vernichtet worden sein.

UOP-Archivdirektor Zieliński erklärte im September 1996, daß in ca. 80 Prozent der Fälle ein Funktionär in der Lage wäre, mit "gutem Gewissen" zu erklären, daß eine bestimmte Person ein SB-Mitarbeiter gewesen sei, aber diese Aussage nicht vor Gericht verwertbar sein würde. Von Agenten eigenhändig unterschriebene Berichte seien selten. Oft seien sie maschinenge-

²⁸⁴ Vgl. Ryszard Socha. Gra w Bolka. Spawa teczek byłego prezydenta powraca jak bumerang (Spiel um Bolek. Die Sache mit den Akten des ehemaligen Präsidenten kommt zurück wie ein Bumerang), in: Polityka, Nr. 43, 25.10.1997.

²⁸⁵ Vgl. auch den Beitrag des Direktors des Instituts für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Paczkowski, Andrzej: Ostrożnie z interpretacją (Vorsichtig mit der Interpretation), in: Życie Warszawy, 21.10.1996.

²⁸⁶ Ebenda, S. 16.

schrieben. Zieliński unterstrich, daß die aus den siebziger und achtziger Jahren erhalten gebliebenen Akten weniger pfiffige Personen ohne Mittelschulbildung betreffen, die so oder so keiner Lustration unterliegen würden. Die Akten seien intelligent vernichtet worden: Es fehlten die Akten der interessanteren Personen. Der erste Solidarność-Innenminister, K. Kozłowski, ergänzte, daß die wichtigsten Agenten nichts unterschrieben hätten: "Die politische, kulturelle, kirchliche Intelligenz war zu dezent, um zu unterschreiben. Das hätte sie kränken können."

Die Zahl der hauptamtlichen Offiziere in den Sicherheitsdiensten wurde auf 24.000 geschätzt. Es gibt keine zuverlässigen Schätzungen über die IM, deren Zahl soll aber "beträchtlich" gewesen sein. Eine erste systematische Vernichtung der Akten – Grundlage für entsprechende Verfahren gegen Jaruzelski und Kiszczak – begann schon direkt nach den Wahlen im Juni 1989. Zwischen der Wahl T. Mazowieckis zum Ministerpräsidenten (24.8.1989) und der Regierungsübernahme (12.9.1989) ergingen am 4. und 5. September 1989 Befehle zur Vernichtung von Akten, die die Beobachtung der katholischen Kirche und der Solidarność betrafen.²⁸⁷ Noch im Februar 1989 hatte Kiszczak vor führenden Kadern des Sicherheitsdienstes die Devise ausgegeben, die Opposition zu unterwandern und oppositionelle Zirkel und Parteien unter der Ägide des UB zu gründen, um die Opposition zu spalten.²⁸⁸ Die Aktenvernichtung konnte bis Februar 1990 ungestört fortgesetzt werden, weil das Innenministerium und das Verteidigungsministerium aufgrund des Kompromisses am "Runden Tisch" bis Juli 1990 in der Hand der kommunistischen Generäle Kiszczak und Siwicki blieben. Formell hatte Innenminister Kiszczak am 30. Januar 1990 die weitere Vernichtung der Akten des Sicherheitsdienstes verboten.²⁸⁹ Aber erst im März 1990 wurde die "Michnik-Kommission" gebildet, die UB-Akten sichten und sicherstellen sollte, und der Solidarność-Politiker K. Kozłowski mit der Auflösung des Sicherheitsamtes (UB) zum Leiter des neuengerichteten Staatsschutzamtes (UOP) ernannt.²⁹⁰

Wegen Vernichtung von 20.000 Akten – von der Aktion "Weichsel" 1947 bis in die achtziger Jahre – wurde in einem ersten Prozeß am 26. Juni 1996 der letzte Chef des militärischen Sicherheitsdienstes (WSW), General E. Buła, zu zwei Jahren Haft verurteilt. Fünf weitere Mitarbeiter des Geheimdienstes wurden zu Haftstrafen zwischen sechs Monaten und eineinhalb Jahren verurteilt. Das Gericht setzte alle Strafen für drei Jahre aus.²⁹¹

Am 10. April 1997 setzte Innenminister Miller einen aus 16 Wissenschaftlern bestehenden Wissenschaftlichen Archivrat ein, der bei der Inventarisierung der bisher nur zur Hälfte ausreichend beschrifteten und inventarisierten Akten behilflich sein soll, die sich im Ministerium für Inneres und Verwaltung befinden, um sie nicht zuletzt Benutzern außerhalb des Ministeriums zugänglich zu machen,²⁹² wobei der Gesetzgeber bekanntlich noch nicht über die Regelung des Aktenzugangs für einfache Bürger entschieden hat.

Die Akten des Sicherheitsdienstes übernahm nach dessen Auflösung nach Art. 129, Abs. 1 des Gesetzes über das Staatsschutzamt der Innenminister, der sie auf die neugegründeten zen-

²⁸⁷ Siehe zuletzt noch K. Kozłowski in: Der Lustrationskommission des Senats; Agata Nowakowska, SLD: Mniej lustracji (SLD: Weniger Lustration), in: GW, 15.5.1997.

²⁸⁸ FAZ, 16.11.1996.

²⁸⁹ Rz, 18.5.1992.

²⁹⁰ Vgl. Bereś, W./Burnetko, K.: Gliniarz z "Tygodnika" (Der Bulle aus dem "Tygodnik"), Warszawa 1991.

²⁹¹ GW, 27.6.1996.

²⁹² GW, 10.4.1997.

tralen Sicherheitsorgane entsprechend ihrer Zuständigkeit verteilen sollte. Da das Staatsschutzamt kein funktioneller Gesamtnachfolger des Sicherheitsdienstes ist, hat es bei dem Verteilungsverfahren nicht alle dessen Akten erhalten (z.B. betr. Kirchen, Gewerkschaften, intellektuelle Zirkel). Einen Teil der Akten kann die Polizei beanspruchen. Der Rest, dies betrifft vor allem auch die PZPR-Akten, mußte an die staatlichen Archive übertragen werden. Werden die Akten dort abgeliefert, so können sie grundsätzlich erst nach 30 Jahren, allerdings gerechnet vom Tage der Anfertigung, eingesehen werden, sofern dabei keine rechtlich geschützten Interessen des Staates oder von Privatpersonen tangiert werden. Die Benutzung der Archive ist grundsätzlich nur für Zwecke der Wissenschaft, Kultur, Technik und Wirtschaft erlaubt. Ausnahmsweise können die Bestände jedoch schneller und zu anderen Zwecken zugänglich gemacht werden.

10.2 Zugang zu den Akten

Bis 1994 existierte praktisch keine Möglichkeit zur Akteneinsicht im Innenministerium. Der Innenminister war der Ansicht, daß die Akten des Sicherheitsdienstes in ihrer Gesamtheit unter den Begriff des Staatsgeheimnisses fallen, weil mit der Einsicht in diese auch die Arbeitsmethoden der Sicherheitsbehörden offengelegt werden. Ein entsprechendes Gesetz vom 6. April 1990²⁹³ über das Amt des Ministers für Innere Angelegenheiten war äußerst restriktiv. Den weit ausgelegten Ermessensspielräumen des Innenministers schob das Verfassungstribunal erst in seinem Auslegungsbeschluß vom 22. Juni 1994²⁹⁴ zum Gesetz über Staats- und Dienstgeheimnisse von 1982²⁹⁵ (!) einen Riegel vor. Danach fallen nur die personenbezogenen Daten der ehemaligen Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes, die im Bereich der Spionage und Gegenspionage gearbeitet haben, generell unter den Begriff des Staatsgeheimnisses. Die Daten der übrigen Mitarbeiter sind durch das Staatsgeheimnis nur dann geschützt, wenn ihre Offenbarung die Verteidigungsfähigkeit, die Sicherheit des Staates oder ein anderes wichtiges Staatsinteresse gefährden könnte.

Nach diesem Beschluß konnten die Gerichte und die Staatsanwaltschaft in den meisten Fällen auf den Inhalt der Akten des Sicherheitsdienstes zurückgreifen. Auch für diese Akten wurde die 30-Jahre-Sperrfrist für Zwecke der Forschung eingeführt. Die Geheimklausel für die Akten des Innenministeriums bezüglich der deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945 wurde aufgehoben.²⁹⁶ Innenminister Siemilkowski bekräftigte, daß die Akten der geheimen Mitarbeiter der Sonderdienste nicht geöffnet würden. Einzige Ausnahme sind Anfragen von Gericht und Staatsanwalt bei schweren Verbrechen (z.B. Fall Pyjas, Priester S. Suchowolec).²⁹⁷

²⁹³ Dz. Ust. 1990, Nr. 39, Pos. 181.

²⁹⁴ Rz, 23.6.1994.

²⁹⁵ Dz. Ust. 1982, Nr. 40, Pos. 271.

²⁹⁶ Burnetko, Krzysztof: Minister odtajnia i ujawnia, in: TP, 37, 15.9.1996.

²⁹⁷ Rz, 12.7.1996.

11. Die SdRP und das kurze (oder milde) Gedächtnis der Nation

Nicht zuletzt an der Rezeption der Lustrationsproblematik läßt sich das diffuse Verhältnis der Bevölkerung zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit feststellen. Für die Mehrheit spielt das Thema eine so untergeordnete Rolle, daß sie sich in ihrem Abstimmungsverhalten durch die Disposition der Parteien in dieser Frage nicht leiten läßt. Die durchaus vorhandene antikommunistische Stimmung im Sinne von "nie wieder" hat sich nicht zu einem bestimmenden politischen Willen verdichtet, zumal keine ernstzunehmende politische Gruppierung eine Rückkehr zur kommunistischen oder auch nur sozialistischen Ordnung anbietet. Da die Frage der Dekommunisierung nur für einen kleinen Teil der Wähler von Bedeutung war, wurde entgegen der ursprünglichen Absicht des Vorsitzenden der konservativen AWS, Marian Krzaklewski, dieser Thematik im Wahlprogramm kein prominenter Platz eingeräumt.

Die dilatorische Behandlung der Lustrationsfrage läßt sich aus der jüngsten Geschichte Polens heraus erklären. Der Übergang zur Demokratie war in Polen das Ergebnis eines längeren, im wesentlichen gewaltlosen Transformationsprozesses, bei dem neben der um die *Solidarność* und die katholische Kirche gesammelten Opposition auch die Reformkräfte der PZPR und der Blockparteien mitwirkten. Die Bevölkerung war nicht rachsüchtig, und die neuen Eliten waren durch das Abkommen am "Runden Tisch" gebunden. Es kam zu einer Art Nichtangriffspakt: Machtübergang gegen Verzicht auf Vergeltung.²⁹⁸

Die sozialen und wirtschaftlichen Erschütterungen im Kontext des insgesamt sehr erfolgreich verlaufenden makroökonomischen Systemwechsels haben bei Millionen Menschen in Polen zu einer Umwertung der kommunistischen Periode, insbesondere der Gierak-Ära mit ihrer sog. "kleinen Stabilisierung", beigetragen. Andererseits nimmt die VRP-Nostalgie in der Bevölkerung von Jahr zu Jahr weiter ab (von 40% im Oktober 1994 auf 27% im Februar 1997 und 21% im September 1997).²⁹⁹ Zudem galt Polen als das kommunistische Land mit der größten Tradition nationalen Ungehorsams gegenüber inneren und äußeren Usurpatoren. Polen konnte auf die stärksten Potentiale des politischen und kulturellen Dissens zurückblicken, um hier nur "die" Schriftsteller und "die" katholische Kirche zu benennen. Andererseits haben polnische Soziologen schon in den achtziger Jahren darauf hingewiesen, daß die überzeugten Anhänger der demokratischen Opposition nur ca. 20 Prozent der Bevölkerung ausmachten, ca. 20 Prozent für das kommunistische System und ca. 60 Prozent politisch indifferent und manipulierbar waren. Auch in Polen hatten sich die meisten mit dem System arrangiert.³⁰⁰ Diese Haltung muß Konsequenzen für die Einstellung gegenüber ehemaligen Funktionsträgern haben. Kollektive Zurückweisung unterschiedslos aller früheren Funktionäre ist weitgehend absent. Maßstab ist vielmehr die zugeschriebene Qualifikation, womit sich auch die Wahlerfolge der postkommunistischen Sozialdemokraten erklären lassen – und deren Unlust, sich mit der eigenen Vergangenheit ehrlich auseinanderzusetzen – und der Erfolg der Nomenklatura-Privatisierung. Auch von Kritikern der moralischen Indifferenz wird

²⁹⁸ Vgl. die äußerst anregenden, aber auch streitbaren Analysen von Zubek, Voytek: *The Reassertion of the Left in Post-communist Poland*, in: *Europe-Asia Studies*, Vol. 46, No. 5, 1994, S. 801-837, und *The Phoenix out of the Ashes: The Rise To Power of Poland's Post-Communist SdRP*, in: *Communist and Post-Communist Studies*, Vol. 28, No. 3, 1995, S. 275-306, der ein erhebliches Maß von "Schuld" für den Wiederaufstieg der Postkommunisten der von ihm als "linke" Partei bezeichneten "Demokratischen Union" zuschreibt.

²⁹⁹ *Nie tęskno nam za PRL (Wir haben keine Sehnsucht nach der VRP)*, in: *GW*, 18.3.1997; *Teraz Polska (Jetzt Polen)*, in: *Życie Warszawy*, 10.10.1997.

³⁰⁰ Vgl. auch Podgórecki, Adam: *Reappearance of Ex-Communist Structures as a Test for the Integrative Theory of Law*, in: *Polish Sociological Review*, No. 3 (115), 1996, S. 199-213.

zugegeben, daß gerade das persönliche Interesse der Nomenklatura-Unternehmer zur Fortsetzung der wirtschaftlichen Reformen (Privatisierung) beitrug.

Die Tendenz zu vergessen wird außerdem dadurch genährt, daß einzelne Galionsfiguren des demokratischen Umbruchs sich an die Spitze der Bewegung des Vergebens stellen. Der einflußreiche Intellektuelle Adam Michnik ist mit seiner Versöhnungsattitüde, ob nun gegenüber seinem ehemaligen "Kerkermeister" und jetzigen Duzfreund Jaruzelski oder gegenüber dem Presse mogul und ehemaligen Pressesprecher des Kriegsrechtsregimes, J. Urban, in seiner Konsequenz des Verzeihens eine Ausnahme, wobei er gleichzeitig den Zynismus und die Prinzipienlosigkeit der Partei seiner ehemaligen Peiniger beklagt.³⁰¹ Auch forderte er gemeinsam mit dem damaligen Premier Cimoszewicz in einem Aufruf ("Über Wahrheit und Versöhnung") in seiner Tageszeitung "Gazeta Wyborcza" im September 1995 zu einer gemeinsamen Vergangenheitsbewältigung von Kommunisten und Oppositionellen auf. Die allgemeine Reaktion im "Lager" der ehemaligen demokratischen Systemopposition waren allerdings Unverständnis und Ablehnung.

Andererseits zeitigt die Politik des "dicken Strichs" (gróba kreska)³⁰² negative Folgen, die das politische Klima in Polen gerade Mitte der neunziger Jahre schwerer belasten als am Anfang des Transformationsprozesses. Mit dem "Fall Oleksy" wurde auch die Bevölkerung wieder für ein nicht bearbeitetes Kapitel der Vergangenheit neu sensibilisiert. Die politischen Gräben im Sinne der Polarisierung von Postsolidarność und Postkommunismus, die zeitweise zugunsten sachbezogener und aktueller weltanschaulicher Differenzen zum Teil überwunden schienen, drohten wieder aufzubrechen. Für die anderen Parteien blieben SdRP und SLD jedoch ungeachtet der Spionagevorwürfe gegen ihre höchsten Repräsentanten, ungeachtet von Korruptionsvorwürfen und Ämterschacher ein sehr schwieriger Gegner.

Schlußbetrachtung³⁰³

Die Sozialdemokratie der Republik Polen (SdRP) unter dem organisatorischen Schirm der Demokratischen Linksallianz (SLD) war die erste Partei nach dem demokratischen Umbruch in Polen, die ihre Regierungszeit mit einer noch höheren Wählergunst beendete (1997), als sie sie zu Anfang hatte (1993). Trotz aller Kritik im inneren und von außen, ideologischer Streitigkeiten und Spannungen verschiedener Art ist das SLD-Elektorat stabil geblieben. In diesem Sinne haben die aus der kommunistischen Partei hervorgegangenen Sozialdemokraten eine Machtprobe erfolgreich bestanden, ohne freilich eine Regierung bilden zu können. Das war die Niederlage im Wahlerfolg. Schließlich galt die SLD (SdRP) nicht als koalitionsfähig zur Mitte hin. Damit schlug die negative Seite der Erbschaft aus kommunistischer Zeit zu Buche.

Die Tatsache, daß eine Formation mit einer solchen Bürde der Vergangenheit und einem scheinbar stark belasteten Konto als zweitstärkste Gruppierung und sogar mit einem Siebenprozentzuwachs an Wählerstimmen aus den Parlamentswahlen im September 1997 hervorgeht und zudem von der Sozialistischen Internationale und der internationalen politischen

³⁰¹ Michnik, Adam: When the Majority Rejects Virtue, in: Transition, Vol. 2, No. 12, 14.6.1996 (Original in: GW, 6.-8.4. 1996).

³⁰² Vgl. Jedlicki, Jerzy: Wariacje na temat gróbej linii (Variationen zum Thema des dicken Strichs), in: GW, 26.-27.4.1997.

³⁰³ Die Schlußbetrachtung lehnt sich an den Essay des Warschauer Soziologen und Publizisten Śpiewak, Paweł: SLD - bardzo trudny przeciwnik (SLD- ein sehr schwieriger Gegner), in: Życie, 27.8.1997, an.

Klasse unterschiedlicher Couleur als ein glaubwürdiger politischer Block behandelt wird, ist auf mehrere Ursachen rückführbar.

Nach wie vor fühlt sich ein zahlenmäßig beeindruckendes Segment der polnischen Gesellschaft durch Neigungen, Ansichten und gesellschaftliche Verbindungen mit der sogenannten Linken verbunden bzw. mit ihrer eigenen Biographie aus der kommunistischen Vergangenheit. Der PZPR gehörten in den 80er Jahren ungefähr 2 Millionen Menschen an. Diese Bindung wird durch das ständige Gefühl der Bedrohung von außen verstärkt.

Die Bedrohung, das sind die Solidarność-Leute, die Schwarzen und Hinterwäldler. Zwischen dem sog. postkommunistischen "Lager" und der Rechten besteht ein scharfer Konflikt, der weniger dazu dient, den Gegner zu bekämpfen, als nach innen das Gefühl zu vermitteln, eingekreist und bedroht zu sein. Permanent muß man zum Kampf mobilisieren, permanent etwas verteidigen.

Diese polare Weltsicht begünstigt die postkommunistischen Sozialdemokraten. Nicht nur von deren Propagandisten, sondern auch von radikal antikommunistischen Kräften wird diese Sicht des politischen Spiels immer wieder regeneriert

Das Autostereotyp des neuen Sozialdemokraten ist das des sogenannten Europäers, der für den Beitritt Polens zu den westlichen Gemeinschaften ist, der offen, tolerant ist und jede Form von Nationalismus und religiöser Bigotterie ablehnt. Auf der anderen Seite sind demnach Nationalisten und Klerikale wiederzufinden. Aleksander Kwaśniewski (und mit ihm seine Formation) gewann die Präsidentschaftswahlen dadurch, daß er von sich das überzeugende Image eines modernen, leistungsfähigen, relativ sachlichen und auf die Modernisierung des Landes abzielenden Politikers schuf. Man könnte sagen, daß die Linke sich für die einzige Repräsentantin liberaler Werte in Polen hält. Ein grundlegender Teil dieses Kanons ist der Grundsatz der weltanschaulichen Neutralität des Staates und der Toleranz gegenüber allen Minderheiten.

Diese Polarisierung wird durch den Teil des katholisch-traditionalistischen und antieuropäisch-nationalistischen Spektrums der Rechten gefördert, die häufig durch auffällig brutale und menschenverachtende Rhetorik den Eindruck zu vermitteln sucht, daß in Polen innenpolitisch weiterhin der kalte Krieg herrscht und daß die politische Revolution noch nicht beendet ist bzw. noch gar nicht angefangen hat. Pralle Belege für radikale Ansichten der Rechten kann man z.B. in den Büchern des AWS-Abgeordneten Jan Maria Jackowski ("Schlacht um Polen", "Schlacht um die Wahrheit") finden, der über die von "Radio Maryja" empfohlene Wahlliste in den Sejm einzog.

Diese Situation erlaubt es der SdRP/SLD, sich als Gradualisten, als Anhänger evolutionärer, relativ erschütterungsfreier Veränderungen darzustellen. Dieses proeuropäische und liberale Image der Linken findet Zustimmung bei denjenigen, die einerseits zu wenig über die Geschichte der Volksrepublik und ihrer Hegemonialpartei wissen und andererseits allzu genaue Kenntnisse über die Sünden der "Nation-Gott-Vaterland-Parteien (Śpiwak: "partii narodowobogoojczyźnianych") haben.

Die Verfassungsdebatte der letzten Jahre konnte den Anspruch der Linken auf die Rolle des Anwalts für Menschenrechte nur verstärken. Schon aus dem Grund, daß die von der Rechten einschließlich der Wahlsiegerin AWS an der jetzigen Verfassung geübte Kritik in der Regel weniger sachlicher, sondern hauptsächlich ideologischer Natur war. (Bezeichnenderweise brach diese Kritik nach den Septemberwahlen 1997 unvermittelt von einem auf den anderen

Tag ab.) Der liberal-konservative Soziologe Paweł Śpiewak kommentierte dazu: "Wenn man die Bürger vor die Wahl zwischen dem Recht (unabhängig davon, wie es konstruiert ist) und dem Gedanken einer Inthronisierung von Christus als König Polens stellt, ist es schwierig, darin ein Minimum an gesundem Menschenverstand zu finden."³⁰⁴

Einen besonderen Platz nimmt im Programm von SdRP/SLD die Frage der katholischen Kirche und ihres Stellenwerts im politischen System ein. Unter den Bürgern Polens herrscht das, was Śpiewak einen "gemäßigten Antiklerikalismus" nennt: Die entschiedene Mehrheit der Bürger möchte nicht, daß sich Priester in politischen Angelegenheiten engagieren.

In Staatsrecht verwandelte religiöse Gebote haben für viele den Ruch eines konfessionellen oder ideologischen Staates und eindeutiger Mißachtung der Bürgerfreiheiten. Die Linke, die den politischen Ambitionen der Kirche gegenüber mißtrauisch gegenübersteht und heutzutage unter dem Schild des Pragmatismus auftritt, verschafft sich Beifall nicht nur unter radikalen Antiklerikalen, sondern auch unter denen, die einfach in einem pluralistischen Staat nach dem Vorbild eines westeuropäischen Staates leben wollen. Und diese Garantie kann ihnen die Rechte nicht geben.

Ungeachtet dessen, wie kritisch die Bevölkerung gegenüber den zahlreichen Nomenklatura-Unternehmern (bis in Regierungskreise hinein) ist, wieviel man über illegale Geldwäsche schreibt, das eine scheint gewiß: Das hohe Wirtschaftswachstum blieb unter den postkommunistischen Sozialdemokraten ungebrochen. Die Anzahl der Streiks ist in den letzten Jahren drastisch zurückgegangen. Die Armut ist nicht größer geworden.

Eine Art Bestätigung für die Glaubwürdigkeit dieser Formation war die Tatsache, daß die Einladung zu den Gesprächen über den Beitritt zur Europäischen Union wenige Monate vor den Sejmwahlen an den SLD-Regierungschef Włodzimierz Cimoszewicz erging.

Das SLD-Programm fand nach der soziologischen Analyse des Wahlergebnisses vom 21. September 1997 Unterstützung in allen gesellschaftlichen Gruppen. Die größte in der Staatsverwaltung, aber ebenso unter den sogenannten Geschäftsleuten als auch unter Arbeitern und in der Intelligenz. Das bedeutet, daß die SLD ein Programm hat, das vielleicht zu einem bestimmten Grade inkohärent ist, jedoch so beschaffen, daß jedes Segment der Gesellschaft seine Ansichten darin wiederfindet.

Diese programmatische Polyphonie findet ihre Widerspiegelung in der Vielfalt der Politiker, die für unterschiedliche Orientierungen zur Identifikation anstiften: Izabella Sierakowska für die Antiklerikalen, Cimoszewicz für die Pragmatiker, Borowski für Marktwirtschaftler, während die Führung der OPZZ als Allianzpartner der SdRP in der Linksallianz das soziale Gewissen zum Ausdruck bringt. Durch die Vielfalt der Flügel bzw. Gesichter erhielt die Allianz bisher kein widersprüchliches, sondern ein ausgeglichenes und reicheres Image. Obwohl sich jeder von ihnen nach außen etwas anders präsentiert, führt das nur selten zu öffentlichem Streit und innerparteilichem Gezänk, anders als im Fall der meisten Post-Solidarność-Parteien und zuletzt noch in der Wahlaktion Solidarność (AWS) und in der Regierungskoalition der Post-Solidarność-Gruppierungen.

Die Regierungszeit der Sozialdemokraten mit der Bauernpartei war reich an Affären verschiedener Art, sowohl an Korruptions- und Konzessions- als auch an Spionageaffären. Viele solcher Affären konnten aufgedeckt werden. Zwar verlor Oleksy an Ansehen in der öffent-

³⁰⁴ Ebenda.

lichen Meinung, aber die SLD nicht. Es hat sich herausgestellt, daß man so regieren kann, daß man auf den demokratischen Geschmack der aufgeklärten öffentlichen Meinung nicht allzuviel Rücksicht nehmen muß, daß man unter dem Blickwinkel der augenblicklichen Interessen Recht frei gestalten kann. Die ersten Solidarność-Regierungen waren ungeachtet ihrer Verdienste um Demokratisierung und marktwirtschaftliche Reformen mit schlechtem Beispiel vorgegangen. Die Postkommunisten waren nicht die ersten, die unter der demokratischen Regierungsform bewiesen, daß Regieren auch Schläue und Zynismus verlangt. Sie haben das diffuse Wertesystem einer postkommunistischen Gesellschaft übernommen und gestärkt

Janos Hauszmann

Die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (Magyar Szocialista Munkáspárt/MSZMP) in Ungarn 1956-1997

1. Historische Einführung

Selten war ein europäisches Land so tief und mit solcher unglaublichen Beharrlichkeit Jahrhunderte hindurch ins Gewebe pseudo-romantischer Klischees und Traumvorstellungen verwickelt wie Ungarn. Für die meisten europäischen Nationen, so freilich auch für die Deutschen, galten die Magyaren "eher als etwas Fremdartiges inmitten des Kontinents, zwar noch europäisch begreifbar, doch schon reichlich eigenartig, recht nahe an der Grenze des Exotischen"³⁰⁵. Eine Tatsache, die den berühmten deutschen Philosophen und Theologen Johann Gottfried Herder (1744-1803) gar zu der Vermutung hinreißen ließ, daß die Sprache der Magyaren, die unter Slawen, Deutschen und Wallachen im Donaauraum den geringeren Teil der Landeseinwohner gestellt hatten, nach Jahrhunderten vielleicht kaum zu finden sein würde.³⁰⁶ Ganz offenkundig schenkte Herder den eifrigen Bestrebungen der Magyaren zur Schaffung eines "einheitlichen" Nationalstaates keine allzu große Aufmerksamkeit und übersah die doch recht erstaunliche Lebensfähigkeit dieses einst asiatischen Krieger- und Nomadenvolkes, das zuweilen als "europei di caso" (Zufallseuropäer) bezeichnet wurde.³⁰⁷ Letztlich vermochte es sich nämlich - trotz ständiger äußerer Bedrohung und wechselnder politischer Abhängigkeit - in seiner Eigenstaatlichkeit, die in der Zeit der habsburgischen Vorherrschaft immer mehr zu einer Frage der nationalen Identität wurde, zu behaupten. Stets waren die Ungarn bemüht, Stillstand und Rückständigkeit des eigenen Entwicklungsprozesses durch die Übertragung westlicher Kultur zu korrigieren. Nach dem bekannten ungarischen Historiker der Zwischenkriegszeit, Gyula Szekfü (1883-1955), stellt dies eine Tendenz dar, die sich seit der Gründung des christlichen Königreichs durch Stephan den Heiligen im Jahre 1000, an jeder entscheidenden Wende der ungarischen Geschichte, erkennen lasse.³⁰⁸ Alles in allem blieb eine umfassende "Europäisierung" vom Land und Volk indes aus. Denn die unübersehbare Verspätung des Verbürgerlichungsprozesses und das Ausbleiben grundlegender Umwälzungen im sozialen Bereich konservierten Reste der - für den östlichen Teil Europas so charakteristischen - ständischen Gesellschaft und Denkweise bis ins 20. Jahrhundert hinein. Da geriet Ungarn mit wahrhaftig elementarer Wucht in den Sog des Spannungsfeldes der internationalen Politik. Festgestellt werden muß hierbei auch die Tatsache, daß die parlamentarische Demokratie westeuropäischer Provenienz zu keinem Augenblick in der neuesten Geschichte Ungarns - strenggenommen bis zur überraschenden politischen Wende im Jahre 1989 - keine echte Chance gehabt hatte, sich in dieser ostmitteleuropäische Region wirksam und auf Dauer durchzusetzen. Das Schicksal der demokratisch gesinnten Intelligenz, die in Ungarn immer eine sehr kleine und leider äußerst wenig beachtete (sic!) Minderheit darstellte, trägt heute in der historischen Rückschau eher

³⁰⁵ Silagi, Denis: Ungarn. Geschichte und Gegenwart. Eine Landesbiographie, 2. durchgesehene und erweiterte Auflage, Hannover 1964, S. 9.

³⁰⁶ Vgl. Herder, Johann Gottfried: Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit, zit. nach Sundhausen, H.: Der Einfluß der Herderschen Ideen auf die Nationsbildung bei den Völkern der Habsburgermonarchie, München 1973, S. 77 f..

³⁰⁷ Vgl. Steinacker, Harold: Leistung und Schicksal des Magyarentums im Donaauraum, in: Südostdeutsches Archiv, hrsg. v. Harold Steinacker, Bd. VII., München 1964, S. 32.

³⁰⁸ Szekfü, Gyula: Der Staat Ungarn. Eine Geschichtsstudie, Stuttgart und Berlin 1918.

traurige Züge: Stets war sie entweder von rechts (in der Horthy-Epoche der Zwischenkriegszeit) oder von links (in der kommunistischen Periode nach dem Zweiten Weltkrieg) Repressalien ausgesetzt, wurde verfolgt oder endgültig ins ausländische Exil getrieben, wo sie schnell in Vergessenheit zu geraten drohte.³⁰⁹ In entscheidenden Augenblicken von den vermeintlichen Freunden im Westen immer wieder in Stich gelassen, durch die innenpolitischen Kämpfen völlig zermürbt, sah sie sich spätestens nach der Proklamation der Räterepublik im März 1919 genötigt, ihr Vorhaben, ein "neues" und vor allem demokratisches Ungarn nach westeuropäischem Vorbild zu schaffen, aufzugeben. In diesen Monaten schritt Ungarn unaufhaltsam seinem Schicksal entgegen, der verhängnisvolle Weg nach Trianon³¹⁰ war bereits vorgezeichnet und die Bühne der Politik für den Auftritt extremer politischer Strömungen praktisch vorbereitet. "Das Schicksal des Habsburgerreiches hing nun vom Selbstbestimmungsstreben ihrer Völker und den Kriegszielen der siegreichen Entente-mächte ab. Anfangs dachte die Entente nicht an eine völlige Auflösung des Reiches, höchstens an seine Verstümmelung. Gegen den Zarismus war aber nun kein Machtgewicht mehr nötig, auch das an der Schwelle seiner Niederlage stehende Deutschland war kein Machtfaktor mehr, so daß sich die Siegermächte für die Zerstückelung der Monarchie entschieden und die neu entstehenden Grenzen von vornherein so zogen, daß ihnen die neuen Staaten verpflichtet blieben. Statt einer gerechten Aufteilung bestimmte ein imperialistisches Diktat die Verhältnisse in diesem Raum".³¹¹

2. Stationen der Konfrontation Ungarns mit der kommunistischen Herrschaft

2.1 Die Räterepublik 1919

In einem seiner Bücher aus dem Jahr 1918 entwarf Oszkár Jászi, wohl die prominenteste Persönlichkeit und der Anführer der ungarischen bürgerlich-radikalen Bewegung um die Jahrhundertwende, einen Plan, nach dem die Monarchie in eine "Schweiz des Ostens", d.h. in einen fünf Gebiete umfassenden demokratischen Staatenbund umgewandelt werden sollte.³¹² Nach der unblutigen "Astern"-Revolution vom Herbst 1918 bekam Jászi als Experte für Nationalitätenfragen den schweren Posten eines Nationalitätenministers ohne Portefeuille im Kabinett des Grafen Mihály Károlyi. In seiner Eigenschaft als Minister war Jászi fest entschlossen, eine "mehr auf die Zukunft als auf die Gegenwart" gerichtete Politik zu betreiben und der gesamten Welt zu dokumentieren, "daß die geplante imperialistische Aufteilung Ungarns das Nationalitätenproblem nicht zu lösen vermag, sondern statt der alten Irredenta

³⁰⁹ Vgl. dazu u.a. Bak, Janos M. (Hrsg.): Liberty and Socialism. Writings of Libertarian Socialists in Hungary 1884-1919, Maryland 1991; Congdon, Lee: Exile and Social Thought. Hungarian Intellectuals in Germany and Austria 1919-1933, Princeton, New Jersey 1991; Hauszmann, Janos: Bürgerlicher Radikalismus und demokratisches Denken im Ungarn des 20. Jahrhunderts. Der Jászi-Kreis um "Huszadik Század" (1900-1949), Frankfurt a.M./Bern/New York/Paris 1986.

³¹⁰ Auf Grund der Ungarn gegenüber besonders harten Friedensbedingungen verlor die ehemalige östliche Reichshälfte der nach dem I. Weltkrieg zerfallenen Habsburgermonarchie mehr als zwei Drittel ihres Staatsgebietes und über die Hälfte ihrer Bevölkerung, darunter drei Millionen Menschen magyarischer Nationalität. Trianon wurde in der ungarischen öffentlichen Meinung als schreiendes Unrecht, ja als "Diktat" empfunden. Als Folge dessen suchte die ungarische politische Führung in der Zwischenkriegszeit eine immer engere Anlehnung an die deutsche Revisionspolitik. Siehe dazu: Hoensch, Jörg: Geschichte Ungarns 1867-1983, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1984, S. 99 ff..

³¹¹ Kósa, László (Hrsg.): Die Ungarn. Ihre Geschichte und Kultur, Budapest 1994, S. 168.

³¹² Vgl. Jászi, Oszkár: Der Zusammenbruch des Dualismus und die Zukunft der Donaustaaten, Wien 1918.

eine neue schaffen werde"³¹³. Zu diesem Zeitpunkt herrschte jedoch schon völlige Klarheit darüber, daß die alte politische Integrität Ungarns nicht mehr zu retten war und daß der Károlyi-Regierung außenpolitisch große Anstrengungen bevorstanden. Nur einen einzigen schwachen Lichtblick gab es in der im Grunde aussichtslosen Lage nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, daß nämlich sowohl der frankophile Károlyi als auch Jászi in Entente-Kreisen seit längerem bekannt waren und einen guten Ruf genossen. Doch auch diese Hoffnung erwies sich bald als illusorisch, zumal die Balkanarmee der Entente, den kurz zuvor unterzeichneten Paduaer Vertrag mißachtend, immer weiter in ungarisches Gebiet eindrang. Im November 1918 folgte sogar die Besetzung solcher Gebiete, die vorwiegend von Magyaren bewohnt waren. Auch die Gespräche Jászis mit den slowakischen und rumänischen Nationalitätenführern im gleichen Monat brachten nicht den gewünschten Erfolg, weil "ihr Wunsch, sich mit ihren Konnotationen in neuen oder den - durch ihre Siedlungsgebiete wesentlich erweiterten - bereits bestehenden Nationalstaaten zusammenzuschließen, auch nicht durch die weitestgehenden Zugeständnisse abzubauen war".³¹⁴ Die hauptsächlich von den Sozialdemokraten vertretene Ansicht, wonach die europäischen Demokratien ein "demokratisches Ungarn" begünstigen würden, wurde weder durch konkrete Schritte der französischen noch der englischen Politik unterstützt, sondern eher noch widerlegt. Außerdem führten die Bedingungen des Friedensvertrags von Trianon zu derartigen Spannungen zwischen Ungarn und seinen Nachbarn, daß es nur wegen der Schwäche Ungarns nicht zu einem bewaffneten Konflikt kam. Von einer regionalen Zusammenarbeit konnte keine Rede sein. Diesbezügliche Versuche gab es bloß am äußeren Rand der politischen Linken, die aber in allen Ländern eine nur marginale Rolle spielten. "Von seiten der mit sozialistischen Überzeugungen aus Rußland heimkehrenden Kriegsgefangenen und linken Sozialdemokraten erklang die Losung: "Folgen wir dem russischen Weg!", sie versprach eine radikale gesellschaftliche Umgestaltung und neue außenpolitische Orientierung"³¹⁵. Indes war es noch nicht so weit, denn innenpolitisch schien die Tätigkeit der Regierung Károlyis Früchte zu tragen. Ein neues Wahlgesetz wurde verabschiedet, das das Wahlrecht erheblich ausdehnte und die Presse-, Versammlungs- und Redefreiheit garantierte. Die Bodenreform wurde vorbereitet und der Achtstundentag eingeführt. Leider blieb es letztlich bei diesen Anfängen, weil die demokratische Entwicklung auch durch die beinahe unüberwindbaren Schwierigkeiten im Bereich der Wirtschaft und der Versorgung der Bevölkerung empfindlich gestört wurde. Mit dem Sturz der Monarchie brach die Volkswirtschaft des Landes buchstäblich zusammen. Die Zahl der Arbeitslosen wuchs katastrophal an, obendrein mußten auch große Massen der heimkehrenden demobilisierten Soldaten versorgt werden. Antidemokratisch und regierungsfeindlich eingestellte Beamte des Staatsapparates führten die wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen der Regierung nur zögernd und widerwillig aus. Politische Rechte und Linke formierten sich: Während Mitglieder des Offizierskorps zur Verteidigung des Vaterlandes Geheimbünde gründeten, schlossen sich oppositionelle linke Sozialisten mit der kommunistischen Gruppierung Béla Kuns (1886-1939) am 24. November 1918 in der "Kommunistischen Partei Ungarns" (KMP) zusammen, die bald darauf eine eigene Tageszeitung unter dem Namen "Rote Zeitung" herausgab. Im Januar 1919 nahm die Massenbewegung an Umfang und Intensität zu, die großen Städte des Landes wurden von einer neuen Streikwelle erfaßt, die die Regierung nur mit Waffengewalt niederschlagen konnte. Am 21. Februar 1919 ließ die Károlyi-Regierung die Kommunistenführer nach einer blutigen Demonstration vom Vortag verhaften. Um sie zu befreien, rief die KMP für den 23. März 1919 zu einer weiteren Demonstration auf. Angesichts der ungeheueren außenpolitischen Schwierigkeiten des Landes lehnten die ungarische Sozialdemokraten den

³¹³ Jászi, Oszkár: *Magyariens Schuld - Ungarns Sühne. Revolution und Gegenrevolution in Ungarn* (Mit einem Geleitwort von Eduard Bernstein), München 1923, S. 61.

³¹⁴ Hoensch, *Geschichte Ungarns*, a.a.O., S. 88.

³¹⁵ Kósa, *Die Ungarn*, a.a.O., S. 171.

Vorschlag Károlyis ab, die Regierungsverantwortung allein zu übernehmen. Am 21. März erfolgte die Vereinigung der sozialistischen und der Kommunistischen Parteien zur "Sozialistischen Partei Ungarns" (MSZP). Am gleichen Tag konstituierte sich das neue Kabinett unter dem Namen "Regierender Revolutionsrat", in dem Kommunistenführer Béla Kun das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten übernahm. Bereits einen Tag später, am 22. März 1919, wurde die "Ungarische Räterepublik" und damit die sog. "Diktatur des Proletariats" etabliert. Zu diesem Zeitpunkt glaubten die Kommunistenführer überall noch "an eine weitere Ausdehnung des revolutionären Weltprozesses" und hofften, daß "die Fackel der Revolution bis zur französischen Grenze weitergetragen werden"³¹⁶ könne. In ganz Europa löste die politische Wende in Ungarn ein breites Echo aus, und auch die Pariser Konferenz der Siegermächte nahm die Nachricht mit Irritation entgegen. W.I. Lenin (1870-1923) empfand über die Berichte der Machtübernahme durch die ungarischen Kommunisten Genugtuung und Freude und wertete sie auf dem VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands (KPR (B)) als einen "moralischen Sieg". Laut Lenin hatte "die radikalste, demokratischste, paktiererischste Bourgeoisie erkannt, daß im Augenblick einer gewaltigen Krise, da dem vom Krieg erschöpften Land ein neuer Krieg droht, die Sowjetmacht eine historische Notwendigkeit ist".³¹⁷ Graf Károlyi beteuerte dagegen in seinen Memoiren, daß er die Regierungsverantwortung nicht den Kommunisten, sondern "nach und nach den Sozialdemokraten übergeben" habe. Gleichwohl machte er die Entente-Mächte verantwortlich für die "Torpedierung des demokratischen Ungarn und für die kommunistische Machtübernahme", indem sie mit ihrem *Fait accompli* seine Lage unmöglich gemacht hätten.³¹⁸

Die Rätewahl Béla Kuns befand sich von Anfang an in einer außerordentlich schwierigen innen- und außenpolitischen Lage. Schon bald wurde fraglich, ob diese Republik der Räte der konfliktreichen Situation gewachsen sein würde. Der sich ausbreitende Widerstand breiterer Bevölkerungsschichten wurde durch die "Gegenmaßnahmen" der Kommunisten - Requirierungen, Beschlagnahmeaktionen und Verhaftung der Rädelsführer - nur noch weiter angeheizt. Am 6. Juni 1919 brach das "Experiment" der Räterediktatur in Ungarn nach einer Dauer von nur 133 Tagen, deren Schicksal tatsächlich nicht im Lande selbst, sondern im Kraftfeld der internationalen Politik entschieden wurde, zusammen. Kaum vier Wochen später übergaben Béla Kun und die sog. "Volksbeauftragten" die Macht einer Gewerkschaftsregierung und setzten sich nach Österreich ab. Anfang August marschierten rumänische Truppen ungehindert in Budapest ein. "Offenes Chaos" kennzeichnete die Wochen nach dem Zusammenbruch der Räterepublik.³¹⁹

2.2 Die "demokratische Scheinblüte" nach 1945 und die Gleichschaltung 1949

Die Machtübernahme Adolf Hitlers am 30. Januar 1933 verpflichtete Deutschland endgültig zu einem außenpolitischen Programm, "das die partielle oder totale Korrektur der Kriegsergebnisse (nämlich des Ersten Weltkriegs - J.H) forderte" und den Krieg demzufolge mit vollem Selbstverständnis als "natürliche *Ultima ratio*" betrachtete.³²⁰ Der sich nach Revanche

³¹⁶ Siklós, András: Ungarn 1918/19. Ereignisse-Bilder-Dokumente, Budapest 1979, S. 249.

³¹⁷ Vgl. Lenin, W.I.: Werke, Bd. 29, Berlin 1960, S. 210.

³¹⁸ Károlyi, Mihály: Hit, illúziók nélkül (Glaube ohne Illusionen), Budapest 1977, S. 167.

³¹⁹ Zur Geschichte der Räterepublik in Ungarn siehe u.a.: Tökés, Rudolf L.: Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic, Stanford University, California 1967; Völgyes, Iván (Hrsg.): Hungary in Revolution 1918-1919, Lincoln 1971.

³²⁰ Graml, Hermann: Europa zwischen den Kriegen, München 4. Aufl. 1979, S. 275 f..

sehnenen politischen Führung in Ungarn kam dieser Umstand mehr als entgegen. Fortan war sie fieberhaft bemüht, die seit dem gemeinsamen Kampf im Ersten Weltkrieg bestehende "Schicksalsgemeinschaft" beider Völker und die Notwendigkeit der Revision der Pariser Verträge hervorzuheben, denn "wie die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung dachten auch die Politiker allein in historisch-geographischen Kategorien und waren von der Notwendigkeit überzeugt, Ungarn entweder in den Grenzen der Heiligen Stephanskrone restaurieren zu müssen oder es dem nationalen Untergang zu weihen".³²¹ Als Antwort auf das scheinbar großzügige Entgegenkommen Hitlers hinsichtlich der ungarischen Revisionsbestrebungen³²² trat Ungarn dem Antikomintern-Pakt - ursprünglich deutsch-japanisches Abkommen vom 25. November 1936 zur Abwehr der Komintern - bei und verließ den Völkerbund. Diese mehr als enge Beziehung zu Hitlerdeutschland sollte sich in letzter Konsequenz verheerend für das weitere Schicksal Ungarns auswirken. Am 27. Juni 1941 erklärt Ungarn der Sowjetunion den Krieg und nahm damit unwiderruflich an der Seite der Achsenmächte am Zweiten Weltkrieg teil. Als Reichsverweser Miklós Horthy de Nagybánya (1868-1957) und die Regierung Miklós Kállays - übrigens recht spät - merkten, daß der überwiegende Teil der von den Ungarn gehegten Hoffnungen illusionär war, versuchten sie einen vorsichtigen "Seitenwechsel" zu vollziehen: "Die Regierung wollte jedoch die Verhandlungen mit den Westmächten nicht dazu benutzen, möglichst schnell aus dem Krieg auszuschneiden und sich gegen Nazideutschland zu wenden, sondern sie erkundigte sich nach den Vorstellungen der Westmächte von der Ordnung in Südosteuropa nach dem Kriege, ob sie bereit wären, die antisowjetische Politik der ungarischen Regierung zu honorieren und dafür auch nach dem Krieg deren Revisionsansprüche anzuerkennen".³²³ Hitler vereitelte indes sämtliche Absprungspläne der Ungarn dadurch, daß er am 19. März 1944 deutsche Truppen in Ungarn einmarschieren ließ. Dieser Augenblick markierte den Anfang jener Geschichtsperiode, die ohne Übertreibung zu den dunkelsten und tragischsten in der tausendjährigen Geschichte Ungarns gezählt werden kann. Nichts in der Welt vermochte danach den ruhmlosen und letztlich selbstverschuldeten Untergang des nach nationalsozialistischem Muster handelnden Landes zu verhindern. Am 23. August 1944 wechselte Rumänien die Front und ging von der deutschen Seite zur Roten Armee über. Mit einem Schlag wurde der Weg für die Sowjets im Karpatenraum frei. Selbst in dieser Situation konnte sich das autoritär-konservative Regime des Reichsverwesers Miklós Horthy in Budapest nicht vorstellen, daß die Alliierten Ost- und Südosteuropa der Sowjetunion preisgeben würden. Außer einer Handvoll Kommunisten, die ihre Partei 1943 in "Békepárt" (Friedenspartei) umbenannt hatten, wünschte wohl niemand in Ungarn eine "Befreiung" durch die Sowjetarmee. Zu dem Zeitpunkt, als die sowjetische Streitkräfte Ende September 1944 die Staatsgrenzen im Osten des Landes erreicht hatten, war das Land politisch wie wirtschaftlich völlig ruiniert. Die sowjetische Besatzungsmacht gab sich zunächst großzügig und ließ - wohl eher aus taktischen Gründen, hauptsächlich mit Rücksicht auf die angelsächsischen Großmächte - den Eindruck erwecken, die demokratische Umwälzung von Staat und Gesellschaft stünde unmittelbar bevor: "Stalin sah die Lage 1945 realistisch. Überall waren die Kommunisten allein viel zu schwach, als daß sie sofort die ganze Macht erobern konnten. Reine sowjetische Besatzungsregime hätten Amerika alarmiert. Für Moskau aber schien es lebenswichtig, sich langfristig den gesamten osteuropäischen Raum zu sichern. Denn vor dem Zweiten Weltkrieg waren die im sogenannten "Cordon sanitaire" gegen den

³²¹ Hoensch, Geschichte Ungarns, a.a.O., S. 140.

³²² Durch den sog. ersten Wiener Schiedsspruch des deutschen Außenministers von Ribbentrop und seines italienischen Amtskollegen Ciano erhielt Ungarn am 2. November 1938 die überwiegend magyarisch bewohnte Südslowakei. Der zweite Wiener Schiedsspruch vom 30. August 1940 zwang den hartnäckigsten Gegner der ungarischen Revisionsforderungen, nämlich Rumänien, zur Abtretung Nordsiebenbürgens und des Széklerlandes.

³²³ Pamlényi, Ervin (Hrsg.): Die Geschichte Ungarns, Budapest 1971, S. 617.

Bolschewismus organisierten osteuropäischen Staaten mit Ausnahme der Tschechoslowakei strikt antisowjetisch gewesen. Eine erneute antisowjetische Orientierung dieser Länder - diesmal unter anglo-amerikanischem, also "kapitalistischem" Einfluß - mußte Stalin als gefährliche Bedrohung ansehen, die es ein für allemal auszuschalten galt".³²⁴ Die Volksfront-Politik wiederum sei ursprünglich dazu bestimmt gewesen, betont der ungarische Historiker Fejtő, den Kampf zwischen Parteien und Klassen, zwischen prowestlichen und prosowjetischen Richtungen zu verhindern und den Kampf gegen den gemeinsamen Feind zu intensivieren. Die UdSSR habe ihre Loyalität gegenüber dem Bündnisgeist und ihre Entschlossenheit zur Bündnispolitik dadurch beweisen wollen, daß sie das Ausarten des Widerstandes in Bürgerkrieg und Revolution verhindert habe. Als Gegenleistung sollten die Anglo-Amerikaner ihre nationale gesinnten Freunde dazu bewegen, kommunistische Repräsentanten in den Widerstandskreis aufzunehmen.³²⁵ Dementsprechend erhielten in Ungarn einige Parteien im Zuge der angekündigten "Demokratisierung", in erster Linie die sog. "antifaschistischen" Parteien, die Genehmigung zur politischen Betätigung, die zunächst im Rahmen der am 2. Dezember 1944 in Szeged gegründeten "Ungarischen Nationalen Unabhängigkeitsfront" geführt werden sollte. Unterdessen brachen die Völker Osteuropas - unter ihnen auch die Ungarn - in den ersten Monaten des Friedens voller Tateifer auf und hofften erneut auf eine entschlossene politisch-moralische Unterstützung durch die Westalliierten. Doch mit der Unterzeichnung des in den Grundzügen bereits im Herbst 1946 feststehenden Friedensvertrages am 10. Februar 1947 in Paris hatten diese tatsächlich ihr einziges diplomatisches Druckmittel aus der Hand gegeben, die kommunistische Umwandlung des östlichen Europas und die Einbeziehung der von der Roten Armee besetzten Länder in den sowjetischen Hegemonialbereich aufzuhalten oder wenigstens zu verlangsamen. Auch die Führung der demokratischen Gruppen mußte allmählich erkennen, "daß in der katastrophalen Lage, in der Ungarn sich nach dem Kriegsende befand, ausgeliefert an die Besatzungsmacht, mit einem völlig zerfallenen Staatsapparat, einer darniederliegenden Wirtschaft, daß da nur ein Übereinkommen mit den Kommunisten und den Russen den Wiederaufbau ermöglichen würde".³²⁶ Am 1. Februar 1946 erklärte die ungarische Nationalversammlung das Königtum für abgeschafft und rief die Republik aus. Schon bald aber mußten die Illusionen der ungarischen Bevölkerung, Ungarn könne sich - trotz der noch zu dulddenden Anwesenheit der sowjetischen Besatzungsmacht - nach westlichem Vorbild entwickeln, wie Seifenblasen zerplatzen. In der am 15. November 1945 gebildeten Regierung erhielten die aus der Sowjetunion nach Kriegsende zurückgekehrten Kommunisten um Mátyás Rákosi (1892-1971), József Révai (1898-1959) und Ernő Gerő (1898-1980), denen sich auch Widerstandskämpfer aus dem Lande, wie László Rajk (1909-1949), anschlossen,³²⁷ das sehr wichtige Ressort des Innenministers. Ein Zeichen, das wenig Gutes vermuten ließ, wenn auch die Kommunisten auf ihrer Landeskonferenz von 20./21. Mai 1945 in einem stark nationalistisch gefärbten Ton versichert haben, sie würden mit allen demokratischen Kräften des Landes zusammenarbeiten. Bereits Ende Juli 1947 wurde das Parlament vorzeitig aufgelöst. Die am 31. August 1947 stattgefundenen Neuwahlen fielen für die "Magyar Kommunista Párt" (Ungarische Kommunistische Partei) - wie schon im November 1945 - "trotz massiver Beeinflussung und einer wahrscheinlich beträchtlichen Manipulation der Wahlergebnisse"³²⁸ wieder enttäuschend aus. Unter den 11 zugelassenen

³²⁴ Kogelfranz, Siegfried: Das Erbe von Jalta. Die Opfer und die Davongekommenen, Hamburg 1985, S. 19.

³²⁵ Vgl. Fejtő, Francois: Die Geschichte der Volksdemokratien, Erw. Neuausg. d. zweibändigen Werkes von 1972, Frankfurt a.M. 1988, Bd. 1, S. 59.

³²⁶ Ebda., S. 119.

³²⁷ Zur Rückkehr und Machtergreifung der Kommunisten in Ungarn siehe: Molnár, Miklós: The Communist Party of Hungary, in: Fischer-Galati, Stephen (Ed.): The Communist Parties of Eastern Europe, New York 1979, S. 201 ff..

³²⁸ Hoensch, Geschichte Ungarns, a.a.O., S. 175.

Parteien errangen sie mit 22,3% der Stimmen nur 100 von 411 Mandaten. Die Kommunisten, angeführt von Mátyás Rákosi, machten ihrerseits die internationalen Verwicklungen der Politik, vor allem die "subversive Tätigkeit" der USA dafür verantwortlich, daß die "Beschleunigung der revolutionären Umwälzung von Staat und Gesellschaft" in Ungarn notwendig wurde, wobei sie auch den Einfluß und die "Machenschaften" der einheimischen "klerikalen und faschistischen Reaktion" hervorhoben. Die Zeiten standen in Ungarn "ganz im Zeichen des politischen Vordringens der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gegenüber den konterrevolutionären Kräften", und die realen politischen Machtverhältnisse sollten in den kommenden Monaten durch die "Vertiefung des revolutionären Prozesses und seine Hinüberleitung in die sozialistische Revolution" geklärt und endgültig entschieden werden.³²⁹

Schon im Sommer 1948 vereinigten sich die Kommunisten und die Sozialdemokraten Ungarns zur "Magyar Dolgozók Pártja" (Partei der Ungarischen Werktätigen-MDP) Die neue marxistisch-leninistische Einheitspartei MDP, die am 13./14. Juni 1948 ihren ersten Parteitag abgehalten und die zu diesem Zeitpunkt bereits über ca. 1,1 Millionen Mitglieder gezählt hatte, trug diesen Namen bis 1. Nov. 1956. Mit der Gründung der "Ungarischen Unabhängigkeitsvolksfront" am 1. Februar 1949 war das Schicksal der Oppositionsparteien mehr oder weniger besiegelt. Die Inkraftsetzung der neuen Verfassung am 20. August 1949 brachte letztlich die völlige "Gleichschaltung" der politischen Landschaft, das sog. "Wendejahr", in dem Ungarn in eine "Volksrepublik", also einen "Staat der Arbeiter und werktätigen Bauern" umgewandelt wurde. Dem Ausbau der "Diktatur des Proletariats" oder wie Hoensch es nennt, "der persönlichen Diktatur des Mátyás Rákosi", stand fortan nichts mehr im Wege. Das Land verschwand für vierzig Jahre hinter dem "Eisernen Vorhang", wo das Rákosi-Regime "die Erfahrungen und die politische Praxis der KPdSU und der UdSSR zum unantastbaren Dogma" erhob".³³⁰

2.3 Die ungarische Revolution von 1956 und ihre politischen Auswirkungen

Der Freiheitskampf des ungarischen Volkes im Jahr 1956³³¹ fegte die langjährige kommunistische Schreckensherrschaft Mátyás Rákosis in nur wenigen Tagen hinweg. Seine brutale Unterdrückung durch die Panzer der Roten Armee erschütterte zutiefst die Bürger der freien Welt. Ungarn wurde in diesen Tagen, "wie schon einmal 1948-49, weltweit zum Symbol der Freiheit und der tragischen Niederlage eines für seine Freiheit aufgestandenen Volkes"³³², war es doch einer der frühesten und eindrucksvollsten Versuche im damaligen Ostblock, sich der stalinistischen Sowjetherrschaft - wenn es sein mußte mit Waffengewalt - zu entledigen Die Kommunisten in der neugegründeten "Magyar Szocialista Munkáspárt" (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei-MSZMP) stellten unter der Führung des neuen Parteichefs, János Kádár (1912-1989), schon Anfang Dezember 1956 fest, in Ungarn sei durch die aktive Unterstützung von "westlichen imperialistischen Agenten" und "Parteigängern des alten Systems" eine "offene Konterrevolution" angezettelt worden. "Was die Lehren des konterrevolutionären

³²⁹ So der DDR-Historiker Door, Rochus: Neueste Geschichte Ungarns, Berlin (Ost) 1981, S. 161 ff..

³³⁰ Hoensch, Geschichte Ungarns, a.a.O., S. 181.

³³¹ Aus der überaus reichhaltigen wissenschaftlichen Literatur zur Volkserhebung in Ungarn im Jahre 1956 sind unbedingt drei neuere Veröffentlichungen zu empfehlen: Litván, György-Bak, Janos M. (Hrsg.): Die Ungarische Revolution 1956. Reform-Aufstand-Vergeltung. Mit einer Einführung von Jörg K. Hoensch, Wien 1994; Haraszti-Taylor, Eva: The Hungarian Revolution of 1956. A Collection of Documents from the British Foreign Office. Nottingham 1995; Mack, Karlheinz: Revolutionen in Ostmitteleuropa 1789-1989. Schwerpunkt Ungarn, Wien/München 1995.

³³² Litván, a.a.O., S. 169.

Anschlags betrifft", so hieß es dann in einem Bericht des Zentralkomitees auf der Landeskonferenz der USAP im Juni 1957, "ist zu erwähnen, daß der innere Feind ebenso wie der äußere es sich nicht nehmen ließ, zu behaupten, die Partei, der Kommunismus befänden sich in einer Krise, der Marxismus-Leninismus wäre veraltet. Vor allem muß man feststellen, daß die Tatsachen des in Ungarn angezettelten konterrevolutionären Staatsstreichs genau das Gegenteil dieser Behauptung, nämlich die Kraft des Kommunismus und die Wahrheit des Marxismus-Leninismus bewiesen haben".³³³ Während der gesamten Epoche des Kádár-Regimes in den darauf folgenden Jahrzehnten galt diese Parteilinie für die ungarische Gesellschaft - unter Androhung massiver polizeilicher Verfolgung - offiziell bindend. Erst in den 70er Jahren wurde es möglich, von der ungarischen Revolution 1956 als von einer "nationaler Tragödie" zu sprechen, nachdem sich Kádár selbst zuvor in ähnlichem Sinne geäußert hatte. Überaus treffend stellt der Kölner Politologe und Ungarnexperte, Gyula Józsa, fest, daß die Bedeutung der Revolution vor allem darin liege, wie der Aufstand in der Erinnerung der Bevölkerung und der Herrschenden weitergelebt und gewirkt habe. Nicht irgendein "posttotalitärer" romantischer Humanismus, so Józsa, sondern die schreckliche Erfahrung von 1956 habe fortan die Grundlage des stillschweigenden "gesellschaftlichen Vertrags" zwischen der Bevölkerung und dem kommunistischen Regime in der Kádár-Ära gebildet.³³⁴ Die potentielle Gefahr eines wiederholten Aufstandes galt in den 1960er Jahren als Motiv und Anlaß zur Konzessionsbereitschaft und zum Start von Reformen. Für Parteichef Kádár, dessen zwielichtige Rolle bei der Niederschlagung des Volksaufstandes von 1956 übrigens bis zu seinem Tode nicht geklärt werden konnte, blieb dieses Trauma für immer bestimmend. Nachdem über die wochenlang geöffneten Grenzen etwa 200 000 Menschen in den Westen geflohen waren, sah sich die neue Parteiführung gezwungen, mit dem starren Kommunismus stalinistischer Prägung zu brechen und mit dem Aufbau einer - den ungarischen Verhältnissen weitaus besser angepaßten - Variante des Sozialismus zu beginnen. "Kádár und das von ihm geführte politbürokratische Establishment starteten die Reformen aus dieser Zwangslage, aus einem politischen Selbsterhaltungstrieb heraus, mit der - im Westen vielfach geteilten - eitlen Illusion, daß das System, bei Beibehaltung der innen- und außenpolitischen Bedingungen, reformierbar sei. Das wahre Motiv der Reformbereitschaft war also vorrangig politischer Natur, es ging um die Aufrechterhaltung des Herrschaftsmonopols der Kommunistischen Partei".³³⁵ Doch in der sog. "Konsolidierungsperiode" der späten 50er und 60er Jahre versuchte die politische Führung zunehmend, sich die Loyalität der Bevölkerung zu sichern und die Zusammenarbeit mit den Massen zu forcieren. Als das Schlüsselwort der gesellschaftlich-politischen Entwicklung galt im kommenden Zeitabschnitt der "gesamtnationale Konsens", der durch den von János Kádár im Jahre 1961 verkündeten Satz endgültig sanktioniert wurde: "Wer nicht gegen uns ist, ist mit uns" (eine wohl bewußte Umkehrung der bekannten biblischen Formel, die in ihrer ursprünglichen Form früher von Stalin und Rákosi gebraucht wurde).³³⁶ Zu den ersten Anzeichen der Lockerung gehörten u.a. die Amnestie von 1963 für die "Sechshundertfünfziger", die weitgehende Zurückhaltung der Behörden in bezug auf das Privatleben der Bevölkerung, die Tolerierung der individuellen Glaubensausübung und die Lockerung der Freizügigkeit beim Ein- und Ausreiseverkehr. Auch im Zuge der Kollektivierung der Landwirtschaft, die aus der Sicht der politischen Führung zunächst ein gewagtes Experiment darstellte,

³³³ Vgl. Vida, Sándor (Hrsg.): Pártkongresszusok és pártkonferenciák 1918-1980 (Parteikongresse und Parteikonferenzen 1918-1980, Budapest 1985, S. 73 ff..

³³⁴ Józsa, Gyula: Von der Implosion des politbürokratischen Systems in Ungarn zum Rechtsstaat und zum Parteienpluralismus (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Heft 23) Köln 1992, S. 10.

³³⁵ Ebda., S. 10 f..

³³⁶ Vgl. Lázár, István: Kleine Geschichte Ungarns, Budapest 1990, S. 222.

ging man behutsam vor. Allmählich hatte sich das Leben in Ungarn zum ersten Mal seit Jahrzehnten beruhigt.

3. Ausklang der Kádár-Epoche: das Jahr 1988

Der Zeitabschnitt der Modernisierung, die mit der Einführung des sog. "Neuen Wirtschaftsmechanismus" am 1. Januar 1968 begann und die sich überwiegend allein auf die Wirtschaft und ausdrücklich nicht auf den politischen "Überbau" bezog, fiel in Ungarn in die Jahre 1968-1978. Nach dem Willen der Parteiführung sollte zunächst die Wirtschaftsplanung dezentralisiert und entbürokratisiert, ein neues Preissystem geschaffen und Maßnahmen zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion getroffen werden. Doch schon bald stellte sich heraus, daß diese Reformansätze, zum Teil auf Druck der Bündnispartner nach dem "Prager Frühling" von 1968, aber auch wegen der Priorität der politischen Interessen gestoppt bzw. wiederholt blockiert wurden. Gleichwohl wurde im gesellschaftlichen Leben eine kontinuierlich voranschreitende relative "Liberalisierung" sichtbar, wobei allerdings die hier erfahrenen positiven Veränderungen "sich jedoch nicht zu institutionalisieren vermochten, und somit keine Sicherheit bestand, daß diese Prozesse unumkehrbar sein könnten".³³⁷ Die letzten zehn Jahre der nach János Kádár benannten Epoche (1978-1988) waren eher nur durch Stagnation gekennzeichnet, deren Ursachen zwar komplexer Natur waren, die aber nicht nur den grundsätzlich systemimmanenten Widerspruch, sondern auch das Paradoxon der systemimmanenten Reformversuche zunehmend sichtbar werden ließ. Mit der sich langsam ausbreitenden Krise, die sich auf Wirtschaft, Gesellschaft und Politik gleichermaßen erstreckte, bekam auch die früher unbestrittene Popularität Kádárs ernsthafte Risse. Am Ende der 80er Jahre geriet auch die USAP in eine Krise, die sie zu spalten drohte. Der Kampf um die Macht zwischen den "Doktrinärkommunisten" und den "Reformkommunisten" spitzte sich zunehmend zu. "Abseits der politischen Auseinandersetzungen konnte sich infolge der oben erwähnten Auflockerung des So wjetsystems und der teilweisen Aufgabe der Isolation in den achtziger Jahren in der Verwaltung von Staat und vor allem von Wirtschaft und Fachbranchen eine junge Führungsschicht etablieren, die sich von den beiden Fronten im Kampf um die Macht Abseits hielt und die sich die Gestaltung einer sogenannten pragmatischen Politik zum Ziel gesetzt hatte. Darunter war der Abschied von der führenden Rolle der Partei zu verstehen, die Befreiung der Wirtschaft vom Primat der Politik und die Öffnung für westliche Ideen auch unter sozialistischen Verhältnissen usw".³³⁸ Der orthodoxe Parteiapparat mit Kádár an der Spitze verlor rasch an Einfluß in Partei und Regierung und mußte diesen jüngeren pragmatischen Technokraten, die nicht mehr von der Terrorzeit der 50er Jahre geprägt sind, schon bald Platz machen. Sie übernahmen nun hohe Ämter und "höhlten" das System sozusagen von innen aus. Wie bereits erwähnt, hatten die politischen und ökonomischen Reformschritte der Kádárschen Politik in den 70er und 80er Jahren zu einer De-Ideologisierung und Liberalisierung auch unter den herrschenden politischen Eliten des Landes beigetragen. Elemente eines latenten Pluralismus waren bereits lange vor der Wende vorhanden, die strukturelle Bereitschaft zum Dialog mit der sich ausweitenden politischen Opposition bestand, womit eine wesentliche Bedingung für den friedlichen Systemwandel in Ungarn, für die sog. "ausgehandelte Revolution" (Rudolph L. Tökés) erfüllt wurde. "Dort, wo die 'Revolution' den wohl längsten Vorlauf an Reformen aufzuweisen hatte, erwuchs die Möglichkeit, sie friedlich zwischen Regime- und Oppositionseliten 'auszuhandeln', gerade aus der von beiden Seiten bekundeten Einsicht in ihre Notwendigkeit,

³³⁷ Kósa, Die Ungarn, a.a.O., S. 196.

³³⁸ Glatz, Ferenc: Reform und Systemwechsel in Ungarn in 1989 bis 1993, in: Mack: Revolutionen, a.a.O., S. 162.

d. h. aus dem Konsens darüber, daß das sozialistische System letztlich unreformierbar war".³³⁹ In die Jahre 1987/88 fiel die Phase, in der verschiedene kritische und oppositionelle Gruppen den Weg in Richtung politischer Organisation betraten und sich nach den Versuchen politischer Selbstdefinition reihenweise politische Organisationen und Parteien bildeten. Die Krise der USAP erreichte mit der denkwürdigen außerordentlichen Parteikonferenz im Mai 1988 ihren ersten Höhepunkt. Der langjährige KP-Chef Kádár wurde von seinem Amt abgelöst und in die bedeutungslose, eigens für ihn geschaffene, Position des Ehrenpräsidenten abgeschoben. Viele seiner Gefolgsleute gerieten alsbald ins politische Abseits. In seinem im Jahre 1991 in deutscher Sprache erschienenen Buch beschreibt Gyula Horn, damals Staatssekretär im Außenministerium und später Außenminister im Kabinett des Reformkommunisten Miklós Németh, seit 1994 ungarischer Ministerpräsident, eindrucksvoll das Szenario: "Am dritten Tag interessierten sich die Delegierten nur noch für die neue Zusammensetzung der Parteiführung... Sie hatten genug von der alten Parteiführung und drängten auf eine vollständige Erneuerung. Auf der geschlossenen Sitzung, wo die Wahl des neuen Zentralkomitees stattfinden sollte, war die Stimmung bereits so angeheizt, daß dem Vorsitzenden, einem Politbüro-Mitglied, die Kontrolle über die Ereignisse entglitt. Und als es schließlich zur Wahl kam, machten die Delegierten kein Hehl daraus, daß sie entschlossen waren, die vorgelegte Nominierungsliste radikal zu dezimieren bzw. umzuschreiben. Ich sehe die Budapester Delegierten noch heute vor mir: Sie saßen in einer geschlossenen Gruppe im Parterre des Kongreßsaales und nahmen sich nicht einmal die Mühe, in die Kabinen zu gehen, sondern fingen gleich auf ihren Plätzen an, einen Namen nach der anderen von der Liste zu streichen. Das Ergebnis der Wahl verduzte nicht nur János Kádár und die Mitglieder der Politbüros, sondern die ganze Öffentlichkeit: Aus der früheren Führungsriege blieb im neugewählten ZK nicht nur - wie Kádár es sich vorgestellt hatte - der Alt-Gewerkschaftsboß Sándor Gáspár außen vor, sondern auch der Budapester Parteichef Ferenc Havasi, der Chefideologe Miklós Ovári, der Präsidialratsvorsitzende Károly Németh und der frühere langjährige Ministerpräsident György Lázár, zu diesem Zeitpunkt Kádárs Stellvertreter in der Partei. Das heißt, die prominentesten Vertreter der "alten Garde" um Kádár schafften nicht einmal den Sprung ins Zentralkomitee. Damit war ihnen der Weg zu einer Wiederwahl ins Politbüro von vornherein verbaut und ihre politische Laufbahn ein für allemal besiegelt. Manche von ihnen sind nach Verkündung des Wahlergebnisses in Tränen ausgebrochen. Doch die Delegierten der Parteikonferenz nahmen die Erneuerung des ZK und die Entfernung der alten Kader aus der Führung mit Genugtuung und tosendem Beifall zur Kenntnis. /.../ Auch wenn wir damals noch nicht wissen konnten, an welchem epochalem Ereignis in der Geschichte der USAP wir teilhatten, waren wir uns wohl alle einig, daß damit auch im Leben des Landes ein neues Kapitel eröffnet wurde. Freilich hätte keiner von uns gedacht, daß die Partei kaum anderthalb Jahre später, im Oktober 1989, in Stücke zerfallen und in Ungarn eine Entwicklung eingeleitet werden würde, die den Systemwechsel nicht nur bei uns unumkehrbar machte, sondern auch in den meisten ost-mitteleuropäischen Ländern, den Anfang vom Ende einläutete. Meine Einschätzung ist nach wie vor, daß die Parteikonferenz im Mai 1988 zumindest in Ungarn der Wendepunkt war. /.../ Die alte Führung hatte die Erneuerung des Landes praktisch verhindert, und ohne ihre Absetzung wäre die demokratische Umgestaltung nicht möglich gewesen. Doch für die vertane Zeit, für die mindestens 10 Jahre Stagnation, für die diese - als noch so gemäßigt geltende - Führung verantwortlich war, mußte die Linke im Ungarn der 90er Jahre einen schmerzhaft hohen Preis bezahlen".³⁴⁰

³³⁹ Sitzler, Kathrin: Ungarn. Von der schrittweisen Reform zum Systemwechsel, in: Altmann, Franz-Lothar/Hösch, Edgar (Hrsg.): Reformen und Reformer in Osteuropa, Regensburg 1994, S. 71.

³⁴⁰ Horn, Gyula: Freiheit, die ich meine. Erinnerungen des ungarischen Außenministers, der den Eisernen Vorhang öffnete, Hamburg 1991, S. 66 ff..

4. Das Ende des Einparteiensystems: das Jahr der "Wende" 1989

4.1 Der Abschied vom Sozialismus

Auf dieser außerordentlichen Parteikonferenz der USAP bestellte man den als "Reformer" geltenden Károly Grósz zum neuen Generalsekretär, der gleichzeitig vorerst auch das Amt des Ministerpräsidenten bekleidete. Fortan übernahm eine Koalition aus Reformkommunisten, Zentristen und Technokraten die Führung. Grósz selbst verkörperte einen - auch vom Parteichef der KPdSU Gorbatschow favorisierten - Typus des kommunistischen Funktionärs, der äußerlich einen neuen Stil verkörperte und den Eindruck eines umgänglichen, gar reformwilligen Parteifunktionärs machte. Gleichwohl bekannte sich Grósz immer wieder zum Einparteiensystem und zur der Treue zur Sowjetunion. Mit ihm wollte die neue Partei- und Staatsführung einen Stabilisierungskurs durch Krisenmanagement einschlagen und zugleich eine effiziente Wirtschaftsreform mit marktwirtschaftlichen Elementen, begleitet von demokratischen und rechtsstaatlichen Veränderungen, in Gang setzen. Ebenfalls war eine Öffnung von größerem Umfang in Richtung Westen in Aussicht gestellt. Grósz betonte nach seiner Amtsübernahme, zwar habe Kádár große Verdienste um den Staat erworben, doch sei er nun nicht mehr imstande, die Geschäfte weiterzuführen. Das Zentralkomitee der USAP teilte in einem offenen Brief vom 10. Mai 1989 dem ehemaligen Parteichef Kádár den Beschluß mit, daß es ihn im Hinblick auf seinen Gesundheitszustand von den Verpflichtungen des Präsidenten der USAP und des Mitglieds des Zentralkomitees "entlasten" wolle. Gleichwohl wurde betont, daß weder die Erfolge der Partei unterschätzt noch ihre Fehler verschwiegen werden dürften. Man sei sich der Tatsache bewußt, hieß es weiter, daß die politischen und wirtschaftlichen Probleme des Landes in den vergangenen Jahrzehnten durch "falsche Entscheidungen verschlimmert" worden seien. Dann übermittelte das ZK der USAP Kádár einen herzlichen Dank für die "jahrzehntelange Arbeit" und übersandte ihm einen "kameradschaftlichen Gruß".³⁴¹ In seinem Antwortschreiben bat Kádár um Verständnis dafür, daß es ihm schwer gefallen sei, die Feder zu ergreifen. Als "disziplinierter Kommunist" sei er jedoch bereit, die Entscheidung des ZK zu akzeptieren. Kádár dankte allen Arbeitskollegen und Genossen für die während der vergangenen Jahrzehnte erfahrene Unterstützung und gab offen zu, in seiner politischen Arbeit auch Fehler begangen zu haben. Dann fügte er hinzu: Aber glauben Sie mir bitte, daß meine Taten stets vom guten Glauben geleitet waren. Vor allem waren mir das Wohl des ungarischen Volkes, die Interessen der Arbeiterbewegung und der Partei von erstrangiger Bedeutung. /... .../ Der innere Zustand unseres Landes sowie unsere außenpolitische Schritte trugen wesentlich dazu bei, daß sich in der großen Welt, vor allem aber in Europa, ein positives Bild von Ungarn entfalten konnte". Zum Schluß wünschte Kádár allen seinen Landsleuten, den Parteimitgliedern und der politischen Führung des Landes viel Erfolg bei der Lösung jener schweren Aufgaben, die sich der Nation alsbald stellen werden.³⁴²

Grósz selbst und mit ihm seine "Reformdiktatur" vermochten sich dann gerade nur ein gutes Jahr zu halten - als Ministerpräsident wurde Grósz bereits im Oktober 1988 abgelöst - und gingen mitsamt der Kommunistischen Partei im Oktober 1989 endgültig unter. Daß Moskau zu Gunsten Grósz' nichts unternahm, zeigte die ganze Machtlosigkeit der Sowjets angesichts des raschen Zerfalls des Kommunismus in Ostmitteleuropa. Die Reformkurs setzte sich zuweilen in atemberaubender Geschwindigkeit fort. Der Reformwind aus Moskau und noch mehr die katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes zwangen die USAP zu

³⁴¹ A Központi Bizottság levele Kádár Jánoshoz (Brief des Zentralkomitees der USAP an János Kádár), in: Magyar Nemzet, Budapest 10.5.1989.

³⁴² Kádár János válaszevele az MSZMP KB-hoz (Der Antwortbrief János Kádárs an das ZK der USAP), in: Magyar Nemzet, Budapest 11.5.1989.

einem radikalen neuen Kurs. Ungarn übernahm im Verlauf der rasanten Umwälzungen in Osteuropa immer mehr die Vorreiterrolle. Als die Reformkommunisten, angeführt von Ministerpräsidenten Miklós Németh, Außenminister Gyula Horn und Staatsminister Imre Pozsgay, in den Sommermonaten des Jahres 1989 die Anweisung zum Niederreißen des Eisernen Vorhangs gaben und die Ausreise Zehntausender von DDR-Bürgern ermöglichten, rückte das Land zwangsläufig in den Mittelpunkt des Interesses der Weltöffentlichkeit.³⁴³ Staat und Gesellschaft kannten inzwischen keine Tabus mehr. Der auch im Westen bekannte Schriftsteller und Samisdat-Autor, György Dalos, berichtet von einer - für die damalige politische Situation durchaus typischen - Begebenheit: "Sechs Studenten stecken die Köpfe zusammen und beschließen, eine unabhängige Jugendorganisation zu gründen. Sie mieten das Café "Mon Chérie" in Budapest und halten dort eine Pressekonferenz ab. Man sagt, sie hätten bereits tausend Mitglieder. Das ist unerhört. Diese Zwanzigjährigen greifen nach etwas Heiligem: nach der staatlich gehüteten Einheit der ungarischer Jugend. Einen der Gründer zitiert man daraufhin zum Staatsanwalt. Dieser droht, ihnen wegen Verschwörung den Prozeß zu machen, falls sie die Organisation nicht sofort auflösen. Der vorgeladene junge Mann, ein Jurist, bricht in schallendes Gelächter aus. In diesem Lachen liegt Ungarns Zukunft".³⁴⁴ Im Januar 1989 bezeichnete der Reformkommunist Imre Pozsgay in einem Radiointerview die Ereignisse von 1956 als "Volksaufstand", eine Umwertung, die die ideologische Grundlagen und die Scheinlegitimation der USAP während des Kádárregimes rückwirkend in Frage stellte. Freilich wurde Pozsgay für sein Vorpreschen vom Zentralkomitee noch im Februar 1989 prompt getadelt. Seine "unglückliche Simplifizierung" habe zu "Mißverständnissen" geführt. Gleichzeitig sprach das Zentralkomitee Pozsgay das "Vertrauen" aus. Ungeachtet dessen ließ die Parteiführung der USAP schon im gleichen Monat verlautbaren, daß sie zukünftig bereit sei, auf ihr durch die Landesverfassung garantiertes Herrschaftsmonopol zu verzichten und der Errichtung eines Mehrparteiensystem, begleitet von freien und geheimen Parlamentswahlen, zuzustimmen. Die Akteure des Volksaufstandes von 1956, Imre Nagy und seine Kampfgefährten, wurden am 16. Juni 1989 in demonstrativer Anwesenheit reformkommunistischer Politiker feierlich umgebettet. Am gleichen Tag hielt der Präsident der Vereinigten Staaten, George Bush, eine Rede in der Aula der nach Karl Marx benannten Ökonomischen Universität in Budapest, wobei allerdings die Büste des vormals hochverehrten Philosophen taktvoll bedeckt wurde. Am 6. Juli 1989 meldeten die Nachrichtenagenturen ein wahrhaft historisches "Doppelereignis" aus Ungarn: An diesem Tag starb János Kádár im Alter von 77 Jahren, nach langer schwerer Krankheit, vom Reformkurs seiner Heimat überrollt, politisch völlig ins Abseits geraten. Seine Ära, die den Ungarn über drei Jahrzehnte hinaus relativen - wenn auch teuer erkauften - Wohlstand (1990 näherten sich die Auslandsschulden Ungarns der Höhe von 22 Mrd. Dollar) und kleine Freiheiten garantiert und letztlich auch das Anlaufen der Reformwelle ermöglicht hatte, war zu diesem Zeitpunkt bereits vorüber. Der Oberste Gerichtshof in Budapest hob am selben Tag die Urteile aus dem Jahr 1958 gegen den damaligen Ministerpräsidenten Imre Nagy und seine vier Schicksalsgefährten wegen erwiesener Unschuld auf. Mit der Beendigung dieses Revisionsverfahrens wurde nach der politischen nun auch die juristische Rehabilitierung der zu Unrecht Hingerichteten vollzogen. Genau am 33. Jahrestag der ungarischen Revolution, am 23. Oktober 1989, rief der amtierende Parlamentspräsident Mátyás Szűrös vom Balkon des Parlaments in Budapest der versammelten Menschenmenge zu: "Von heute an heißt unser Staat Republik Ungarn". Die revidierte Verfassung vom 23. Oktober 1989 setzte sich in ihrer Präambel das Ziel des Übergangs zu einer parlamentarischen

³⁴³ Zum Verlauf der Ereignisse in den Sommermonaten vgl. Schmidt-Schweizer, Andreas S.: Die Öffnung der ungarischen Westgrenze für die DDR-Bürger im Sommer 1989. Vorgeschichte, Hintergründe und Schlußfolgerungen, in: Südosteuropa-Mitteilungen Heft 1, München 1997, S. 33-53.

³⁴⁴ Ungarische Miniaturen (1988), in: Dalos, György: Ungarn - Vom Roten Stern zur Stephanskronen, erweiterte Auflage, Frankfurt a.M. 1997, S. 137.

Demokratie und eines die soziale Marktwirtschaft verwirklichenden Rechtsstaates und definierte die Republik Ungarn als einen demokratischen Rechtsstaat. Gleichwohl verabschiedete das Parlament ein Wahlgesetz, das die Durchführung von freien Wahlen im Mai 1990 ermöglichen sollte. Vertreter des Reformflügels der USAP haben sich zuweilen für eine tiefgreifende Erneuerung der Partei und im Falle eines Sieges des dogmatischen Flügels am kommenden Parteitag für die Gründung einer eigenen Partei auf sozialdemokratischen Grundlagen ausgesprochen. Regierungschef Németh kündigte seine Absicht an, die Partei in kürze verlassen zu wollen. Es deutete alles darauf hin, daß die Partei der orthodoxen Kommunisten in Ungarn ihre Rolle als "Staatspartei" verlieren würde. Die Regierungsumbildung unter Miklós Németh, die Verhandlungen am "Nationalen Runden Tisch"⁶⁴⁵ und der Parteikongreß vom Oktober 1989, auf dem die USAP aufgelöst und eine neue "Magyar Szocialista Párt" (Ungarische Sozialistische Partei-MSZP) als deren Rechtsnachfolge ins Leben gerufen wurde, markierten die letzten Etappen auf dem Weg zur politischen Wende in Ungarn. Nach Ansicht des bekannten amerikanischen Ungarnexperten, Rudolf L. Tökés, könne man zwar rückblickend argumentieren, daß Grósz und die halbreformistische, halb-konservative Führung der USAP nie wirklich eine Chance gehabt habe, ihre Kontrolle über Partei, Wirtschaft und das Land insgesamt zu konsolidieren. "Diese Partei war nicht mehr in der Lage", so Tökés, "die politischen Interessen und die auseinanderstrebenden sozio-ökonomischen Erwartungen ihrer Mitglieder einzudämmen, geschweige denn sie zu befriedigen. Nach der Maikonferenz widersetzten sich die meisten der fest im Sattel sitzenden Kreisparteiverbände allen Forderungen nach Reformen, Dezentralisierung der Entscheidungsprozesse und Teilhabe der einfachen Parteimitglieder an der Macht. Die noch fester im Sattel sitzenden "roten" und "grünen Barone" in Industrie und Landwirtschaft leisteten zwar Lippenbekenntnisse zugunsten wirtschaftlicher Reformen, lehnten es jedoch eisern ab, sich an die Regeln fiskalischer Klugheit und kosteneffektiven Managements zu halten".³⁴⁶

4.2 Gefahr einer drohenden Spaltung - Der XIV. Parteikongreß der USAP

Mit der personellen Erneuerung an der Parteispitze schuf die Parteikonferenz im Mai 1988 die Voraussetzung für eine politische Erneuerung. Der eigentliche Durchbruch wurde allerdings

³⁴⁵ Zu den Verhandlungen siehe: Schmidt, Andreas S.: Die politischen Auseinandersetzungen am "Nationalen Runden Tisch" in Ungarn, in: Südosteuropa. Zeitschrift für Gegenwartforschung, Heft 1-2, München 1997, S. 37-64.

³⁴⁶ Tökés, Rudolf L.: Vom Postkommunismus zur Demokratie. Politik, Parteien und die Wahlen 1990 in Ungarn, Sankt Augustin 1990, S. 2 f. (= Interne Studien des Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 18/1990). Zur politischen Wende in Ungarn 1988/89 sollten an dieser Stelle nur die wichtigsten Publikationen erwähnt werden: Agh, Attila (Hrsg.): The Emergence of East Central European Parliaments. The First Step, Budapest 1994; Agh, Attila/Kurtán, Sándor (Hrsg.): Democratization and Europeanization in Hungary: The First Parliament 1990-1994, Budapest 1995; Altmann, Franz-Lothar/Hösch, Edgar (Hrsg.): Reformen und Reformen in Osteuropa, Regensburg 1994; Bischof, Henrik: Ungarn auf dem Weg zur Demokratie. Am Vorabend der ersten freien Wahlen, Bonn 1990 (= Studie der Abteilung Außenpolitik- und DDR-Forschung im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung); Bozóki, András/Körösényi, András/Schöpflin, George (Hrsg.): Post-Communist Transition. Emerging Pluralism in Hungary, London 1992; Brunner, Georg (Hrsg.): Ungarn auf dem Weg der Demokratie. Von der Wende bis zur Gegenwart, Bonn 1993; Gorzka, Gabriele (Hrsg.): Ungarn im Wandel, Köln 1995; Hatschikjan, Magarditsch A./Weilemann, Peter R. (Hrsg.): Parteienlandschaften in Osteuropa. Politik, Parteien und Transformation in Ungarn, Polen, der Tschecho-Slowakei und Bulgarien 1989-1992, Paderborn 1994; Oplatka, Andreas: Der Eiserner Vorhang reißt. Ungarn als Wegbereiter, Zürich 1990; Segert, Dieter/Machos, Csilla: Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure, Opladen 1995; Südost-Europa. Zeitschrift für Gegenwartforschung: Schwerpunktheft Ungarn, Heft 11/12, München 1995; Weilemann, Peter R./Brunner, Georg/Tökés, Rudolf L. (Hrsg.): Upheaval against the Plan. Eastern Europe on the Eve of the Storm, Oxford 1991.

erst im Februar 1989 erzielt. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Partei auf einem dauernden Rückzug vor den unerwartet lautstark auftretenden oppositionellen Kräften befunden. Besonders deutlich wurde dieses Zurückweichen in der Auseinandersetzung um das Einparteiensystem. Mitte Februar 1989 sprach sich das Zentralkomitee der USAP in Budapest auf einer zweitägigen Sondersitzung für die Einführung eines Mehrparteiensystem aus, wobei allerdings auch betont wurde, daß die Gesellschaft "nicht für die sofortige Übernahme des politischen Mehrparteiensystems vorbereitet" sei. Es bestehe die Gefahr der "Destabilisierung", hieß es im veröffentlichten Kommuniqué, und einer unkontrollierten Entwicklung. Die Partei werde allen jenen den Kampf ansagen, die solche Ziele verfolgten und versuchten, Ungarn in Anarchie zu stürzen. Sie sei jedoch bereit, mit allen "verantwortungsbewußten" politischen Kräften zusammenzuarbeiten. Im Kommuniqué wurde vor der Illusion gewarnt, man könne allein mit der Einführung eines Mehrparteiensystems die ökonomischen und sozialen Probleme des Landes lösen. Das ZK schließe ein solches System nicht länger aus, beharrt aber weiterhin auf dem Sozialismus und der "führenden Rolle der Partei", nämlich der USAP.³⁴⁷ Angesichts der Tatsache, daß solche außerhalb des kommunistischen Systems agierenden Organisationen sich längst einer munteren Existenz erfreuten - etwa die Partei der Kleinen Landwirte oder das Ungarische Demokratische Forum - erschien die Stellungnahme der Partei eher farblos und verspätet. Diese Entscheidung machte zudem mehr als deutlich, daß der Kampf zwischen den "Konservativen" und den "Reformern" bereits voll entbrannt war. Denn die USAP bestand zu diesem Zeitpunkt aus mindestens zwei, wenn nicht mehr "Parteien in der Partei": Aus dem fast schon sozialdemokratischen Reformflügel um die Politbüromitglieder Imre Pozsgay und Rezső Nyers, aus den orthodoxen Kadaristen und aus einem technokratisch-funktionalistischen Zentrum. Nach Ansicht des ungarischen Politologen, Attila Agh, machte sich die Krise der USAP in drei Fragen sichtbar: Erstens habe die Partei kein umfassendes nationales Programm gehabt, das die Strategie des Krisenmanagements und die langfristigen Ziele der USAP im Geiste des demokratischen Sozialismus u. a. gleichzeitig beinhaltet hätte; zweitens habe die Partei nicht über eine einheitliche Führung verfügt. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Führung hätten die innere Zwietracht unter den "Konservativen" und den "radikalen und gemäßigten Reformern" verdeutlicht; drittens sei auch die Einheit unter den Parteimitgliedern zerfallen, und die Mitgliedschaft bröckelte an beiden Flügeln, was wiederum die Aktionseinheit der Partei in der neuen Situation entscheidend geschwächt bzw. aufgehoben habe. Immerhin sei in der Lösung der Parteikrise der Umstand ein wichtiger Fortschritt gewesen, daß man die Tatsache der Krise aussprechen und ihre Gründe analysieren durfte.³⁴⁸ Bei den Wiederholungsnachwahlen zum ungarischen Parlament setzten sich die Kandidaten der Opposition (Demokratisches Forum) in drei Wahlkreisen erfolgreich durch: In Kecskemét erhielt der siegreiche Kandidat des "Forums" 70% und in Szeged 61% der abgegebenen Stimmen. In Kiskunfélegyháza war auch beim zweiten Wahlgang die Stimmbeteiligung zu niedrig (48%), doch schnitt hier der Parteikandidat etwas besser ab. Der Sieg der Opposition galt in weiten Teilen der Öffentlichkeit als erste Warnung an die regierenden Kommunisten. In Budapest sprach man von "der ersten wirklichen Wahlkampagne", und der Vorsitzende des Präsidiums der USAP, Rezső Nyers, schlug in einer - anlässlich der Nachwahlen gehaltenen - Rede vor, daß der Name der Partei geändert, und die Partei in eine "demokratische Volkspartei" verwandelt werden müßte.³⁴⁹ Kurz vor dem Beginn des mit

³⁴⁷ Vgl. Neue Züricher Zeitung, 15.2.1989.

³⁴⁸ Agh, Attila: A pártosodás éve: válságok és szerveződések (Das Jahr der Parteilichkeit: Krisen und Organisierungen), in: Kurtán, Sándor/Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 1990 (Ungarns Politisches Jahrbuch 1990), Budapest 1990, S. 15.

³⁴⁹ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.8.1989.

Spannung erwarteten XIV. Parteikongresses der USAP³⁵⁰, der zwischen dem 6. und 9. Oktober 1989 stattfand, wurde die Gefahr einer Spaltung der Partei immer greifbarer. Die jüngsten Veränderungen in Ungarn führten obendrein zu einem dramatischen Aderlaß in der Mitgliedschaft der USAP, denn nach eigenen Angaben hatte die Partei in der letzten Zeit monatlich 10.000 Abgänge, aber nur 200 Eintritte verzeichnet. (Die Zahl der Mitglieder der USAP lag ursprünglich bei ca. 700.000-750.000). Drei Präsidiumsmitglieder der Partei, Ministerpräsident Németh, Parteipräsident Nyers und Staatsminister Pozsgay sprachen sich im Vorfeld des Parteitages an einer Landesversammlung der Reformzirkel unmißverständlich für die Erneuerung der USAP und für einen politischen Wechsel in Ungarn aus und gaben zu verstehen, daß sie gezwungen sein könnten, eine eigene - sozialdemokratische orientierte - Partei zu gründen, falls sich die Dogmatiker oder die Vertreter eines Kompromißkurses durchsetzen sollten. Auf der anderen Seite schlossen auch die orthodoxen Kräfte die Gründung einer eigenen Partei nicht mehr aus und warnten vor der Preisgabe grundlegender sozialistischer Herrschaftsprinzipien sowie vor der Gefahr einer kapitalistisch-bürgerlichen Restauration in Ungarn. Es sei höchste Zeit, so lautete ihre Parole, entschieden zu handeln und sich solchen Tendenzen entgegenzustellen. Vor dem Beginn des Parteikongresses der USAP stand also alles offen: Die Frage, ob sich die radikalen Reformer durchsetzen werden; die Frage, ob die konservativen Kräfte die Oberhand gewinnen; die Frage, ob die von Fraktionskämpfen zerrissene Partei endgültig auseinanderbricht. Sicher schien für den politischen Beobachter nur, daß es nach diesem Parteikongreß die USAP, wie sie Janos Kádár vor mehr als 30 Jahren gegründet und drei Jahrzehnte lang als regierende Staatspartei angeführt hat, nicht mehr geben werde.³⁵¹ Den tatsächlichen Zustand der Partei, der von Polarisierung und Konfrontation gekennzeichnet war, belegen die diversen Aktivitäten im Vorfeld des Kongresses. Es geschah zudem etwas, was noch nie in der Geschichte der Kommunistischen Parteien nach 1945 vorgekommen war: Die vor und während des Parteikongresses entstandenen Plattformen wurden offiziell bekanntgegeben. Ihre Liste lag gedruckt vor, die Wortführer der Plattformen erhielten zunächst das Wort in der Diskussion. Zu erwähnen sind hier die sog. "linke Plattform", der u.a. folgende Strömungen angehörten: die sog. "Sammlung für den Sozialismus" (Frigyes Puja), die "Ferenc-Münnich-Gesellschaft", benannt nach dem langjährigen Kádár-Intimus, die "Marxistisch-Leninistische Einheitsplattform", angeführt von Robert Ribánszky, dem langjährigen persönlichen Referenten Kádárs und die wohl wichtigste und einflußreichste Plattform die "Vereinigung zur Erneuerung der USAP", zu deren führenden Köpfen der ehemalige Chefideologe János Berecz gehörte. Erst im Juni 1989 verlor er seinen Parteiposten und galt seitdem als Intimfeind des Reformkommunisten Imre Pozsgay. (Ferenc Münnich war nach 1956 Innenminister und dann Ministerpräsident von 1958 bis 1961 und trug die exekutive Verantwortung für den Rachefeldzug der Kommunisten gegen die Aufständischen.) Seinen Namen aus der historischen Versenkung just in jenen Monaten hervorzuholen, in denen die Listen der mehr als 250 Hingerichteten seiner Amtszeit veröffentlicht wurden, war ein besonderer Beleg für den Fanatismus der Altkommunisten. Auf der anderen Seite etablierte sich ein Reformbündnis, zu dem sich etwa 120 Parteitagsdelegierten zusammengeschlossen hatten, die vorbehaltlos die von Pozsgay angestrebten radikalen Reformen unterstützten. Kurz zuvor hatte Pozsgay die "Bewegung für ein demokratisches Ungarn" gegründet, die allen Reformanhängern innerhalb und außerhalb der USAP offenstand. Für den Fall, daß die Reformer bei

³⁵⁰ Eine ganz ausgezeichnete Analyse dieses Parteikongresses liefert Bihari, Mihály: Két kongresszus Magyarországon. Az MSZMP/MSZP kongresszus szociológiája (Zwei Kongresse in Ungarn. Die Soziologie des USAP/USP-Kongresses), in: Társadalmi Szemle, Budapest 1/1990, S. 19-30; siehe auch: Széll, János: Az MSZMP májusi pártértekezlete (Der Parteikongreß der USAP im Mai), in: Kurtán u.a. (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 1988 (Ungarns politisches Jahrbuch 1988), Budapest 1989, S. 215-226.

³⁵¹ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 6.10.1989.

ihrem Versuch scheitern sollten, aus der USAP eine neue, sozialistische Partei nach dem Vorbild westlicher Sozialdemokratie zu machen, kündigte Pozsgay seinen Austritt aus der Partei an. Laut Bihari wurden die auf einen Kompromiß zielenden Verhandlungen letztendlich unter den vier bedeutendsten Politikern der USAP geführt: Rezső Nyers, Imre Pozsgay, Miklós Németh und Gyula Horn. Das spektakulärste Ergebnis brachte der Kompromißentwurf über den Charakter der Partei, der am 7. Oktober 1989, um 20.24 Uhr von 1202 (von den insgesamt 1279 Delegierten wurden auf dem Parteikongreß 1274 registriert.) Delegierten angenommen wurde. Damit hörte die am 1. November 1956 gegründete USAP nach knapp 33 Jahren auf zu existieren. Die Ungarische Sozialistische Partei (MSZP) erlebte ihre Geburtsstunde. Das Verschwinden der USAP war ein Ereignis, das - so Bihari - im wesentlichen von drei Faktoren vorbereitet wurde: der Parteikonferenz von Mai 1988, der Entstehung von Reformzirkeln und dem Druck der Oppositionsbewegungen- bzw. -parteien. Die ersten zwei Faktoren haben, so Bihari, innerhalb der Partei gewirkt, der dritte sei aus dem politischen Umfeld gekommen. "Das Ergebnis wurde also nicht durch äußere Kräfte erzwungen, sondern durch eine "stille Revolution" innerhalb der USAP. Zum ersten Mal in der Geschichte löste sich in einem sozialistischen Land eine kommunistische Partei bolschewistischen Typs - wie die USAP - selbst auf. Damit vermied sie den Zerfall oder ihre eventuelle Zerschlagung durch äußere Kräfte. Gleichwohl schuf sie die historische Chance, eine echte linke sozialistische Partei zu werden.³⁵² Das Präsidium der neuentstandenen Ungarische Sozialistischen Partei (MSZP) ließ schon bald durch die Presse verlautbaren, sie sei weder statuten- noch programmäßig mehr eine "leninistische" Partei. Als "einzig legitime Rechtsnachfolgepartei" der ehemaligen USAP erhebe sie Anspruch auf das Vermögen der Vorgängerin. Politisch verstehe sich die MSZP als eine sozialistisch-sozialdemokratische Partei im westeuropäischen Sinne, die zukünftig zu einer "Partei des historischen Gewissens" werden wolle.³⁵³

4.3 Die Neugründung der USAP

Wenige Tage nach dem XIV. Parteikongreß der USAP meldete die amtliche Nachrichtenagentur MTI, daß in dem Budapester Arbeiterbezirk Csepel eine Gruppe von 43 Altkommunisten die Neugründung der USAP beschlossen hat. In einem Schreiben bezeichnete sich die Gruppe als offizieller Nachfolger der USAP. Die neue USAP wolle,- hieß es weiter, 30% der Funktionäre, die sie von ihrer kommunistischen Vorgängerin übernommen hat, entlassen und sich mit einem hauptamtlichen Personal von 2800 Mitarbeitern begnügen. Anfang November trat der frühere ungarische Ministerpräsident und bis zum 7. Oktober amtierende Generalsekretär der USAP Grósz im ungarischen Parlament auf, um sich wieder in der Öffentlichkeit zu zeigen. In einem Interview mit der Tageszeitung Népszabadság bezeichnete er den XIV. Parteikongreß als Putsch und warf Staatsminister Pozsgay vor, sich nicht an die Vereinbarungen gehalten zu haben. "Zeigen Sie mir einen Beschluß oder zumindest eine Zeile darüber, daß die USAP aufgelöst sei", sagte Grósz. "Zeigen Sie mir ein Dokument, welches das Zentralkomitee von seinem Amt entbindet. Auf dem Kongreß wollte man eine Partei liquidieren, aber der Versuch mißlang. Die Partei lebt, existiert, sucht und gründet ihre Zentren und Organisationen..." Zugleich verkündete Grósz, daß er der Partei auch weiterhin zur Verfügung stehen

³⁵² Bihari, Két kongresszus, a.a.O., S. 20.

³⁵³ Jogutód: a Magyar Szocialista Párt. Az Országos Elnökség állásfoglalása (Rechtsnachfolger: die Ungarische Sozialistische Partei. Stellungnahme des Präsidiums), in: Népszabadság, 26.10.1989; Vitatkozó, újat kereső párt leszünk. Nyers Rezső beszéde Sopronban (Wir werden eine Partei werden, die diskutiert und Neues sucht. Rede Rezső Nyers' in Sopron), in: Népszabadság, 1.11.1989.

werde.³⁵⁴ Die Frage, ob die USAP zum Zeitpunkt des geplanten Parteitages Ende des Jahres noch existieren werde, löste indes im Parteivolk, aber auch in der Bevölkerung Unsicherheit aus. In einer Meinungsumfrage vertrat Anfang November 55% der Befragten die Auffassung, daß die Auflösung der USAP rechtmäßig vonstatten gegangen sei, 29% jedoch waren der Meinung, daß die Delegierten dazu kein Mandat gehabt hätten. Nach Meinung von Parteipräsident Rezső Nyers, der gerade zu diesem Zeitpunkt die Aufnahme der USP in die Sozialistische Internationale beantragte, könnten Aktionen von Grósz "störend wirken" und warnte vor einem Bruderkampf. Nach seiner Meinung zu dem Gerücht befragt, daß Grósz sich kurz zuvor mit dem tschechoslowakischen Parteichef Jakes getroffen haben soll, sagte der ungarische Ministerpräsident Miklós Németh äußerst gelassen, "Grósz kann als Privatperson hinfahren, wohin er nur will".³⁵⁵

Am 17. Dezember 1989 begann der XIV. Kongreß der USAP zunächst mit einer geschlossenen Sitzung. In der Gewerkschaftshalle, wo früher die Parteitage der USAP stattgefunden hatten, versammelten sich jene ungarischen Kommunisten, die den Wandel ihrer Partei zur "Ungarischen Sozialistischen Partei" grundlegend ablehnten und den "Verrat an den Wünschen der Basis" nicht mitmachen wollten. Die 782 Delegierten berieten zunächst über Fragen der Geschäftsordnung, dann trat Altkommunist György Marosán ans Mikrofon und sagte: "Ich habe die Eröffnung des Kongresses aus dem Grunde übernommen, weil die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei die Partei ist, die den Marxismus verteidigt und die dafür kämpft, ihre Ehre wiederzuerlangen." Bezugnehmend auf die innenpolitischen Kämpfe in Ungarn sprach Marosán von einem neuen Zeitalter, dem sich letztendlich niemand habe stellen wollen, und warnte in leidenschaftlichem Ton vor einem Bruderkrieg.³⁵⁶ Die Rehabilitierung Marosáns, der im Jahre 1960 wegen seiner Kritik an den angeblich "bürgerlichen Tendenzen" des Kádár-Regimes aus der USAP ausgeschlossen worden war, gehörte zu den ersten Beschlüssen dieses Parteikongresses. Dieser wählte dann den damals erst 36jährigen Berufsdiplomaten Gyula Thürmer³⁵⁷ zum Vorsitzenden sowie ein elfköpfiges Sekretariat und ein aus 28 Mitgliedern bestehendes Zentralkomitee, darunter die Altfunktionäre wie Károly Grósz, den ehemaligen ZK-Sekretär János Berecz, den früheren Außenminister Frigyes Pulya und den - als äußerst dogmatisch geltenden - früheren stellvertretenden Vorsitzenden der "Patriotischen Volksfront" Róbert Ribánszki. In seiner, letztlich nur vom schwachen Beifall der Delegierten begrüßten Grundsatzreferat³⁵⁸ sprach Grósz davon, daß die Partei im ganzen Land, in den Städten und Dörfern lebe und arbeite. Außerordentlich wichtig sei, daß die Neuorganisation der Partei von "unten", in den Reihen der Mitgliedschaft begann, und daß die Fortsetzung nun von unten und von oben gleichzeitig vonstatten gehe. Den Organisatoren des Oktoberkongresses hielt Grósz vor, sie hätten die Linke geschwächt und rechten antisozialistischen Kräf-

³⁵⁴ "Kulturált szakítást akartam... Grósz Károly a kongresszusra készül, in: Népszabadság, 1.11.1989, vgl. auch: Weyer, Béla: Die Verlierer wehren sich heftig. Nach der Gründung der USAP versuchen die ungarischen Kommunisten einen Neuanfang, in: Süddeutsche Zeitung, 4.11.1989.

³⁵⁵ Ebda.

³⁵⁶ Elsődleges a demokratizmus. Az MSZMP szakít elődje hibáival (Der Demokratismus ist vorrangig: Die USAP bricht mit den Fehlern ihrer Vorgängerin), in: Népszabadság 18.12.1989.

³⁵⁷ Gyula Thürmer, verheiratet mit einer Russin, hatte nach dem Studium am Moskauer Institut für Internationale Beziehungen im ungarischen Außenministerium und später in der Botschaft von Moskau gearbeitet. Danach war er außenpolitischer Berater von Károly Grósz.

³⁵⁸ Az MSZMP XIV. kongresszusának dokumentumaiból. Grósz Károly előadói beszéde (Aus den Dokumenten des XIV. Partiekongresses der USAP. Der Vortrag Károly Grósz'), in: Kurtán, Sándor u.a. (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 1990, a.a.O., S. 568-574. Siehe auch: Meier, Viktor: Klage über den Verrat an den Wünschen der Basis. Die dogmatischen Kommunisten in Ungarn konstituieren sich neu, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.12.1989.

ten den Weg geebnet. Damit hätten sie die Grundlagen des sozialistischen Systems unterminiert. Trotzdem wolle die USAP keinen Bruderkampf gegen die USP führen, sondern mit ihr zusammenarbeiten. Man solle den Feind bei den Rechten, nicht bei den Linken suchen. 58.000 Mitglieder hätten sich bereits eingeschrieben, sagte Grósz, gleichzeitig hätten weitere Zehntausende ihre Bereitschaft erklärt, zukünftig Parteimitglied werden zu wollen. (Die neue Ungarische Sozialistische Partei verfügte zu diesem Zeitpunkt über ca. 50.000 Parteimitglieder.) Der kommunistischen Parteiführung der vergangenen 15 Jahre warf Grósz schwere Fehler vor. Die USAP werde damit brechen und die nationalen Interessen keinen abstrakten "internationalistischen" Interessen mehr unterordnen. Sie wolle das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen, auch wenn sie sich zum Marxismus bekenne. Die demokratische Umgestaltung sei, fuhr Grósz fort, schon vor mehreren Jahren eine gereifte politische Notwendigkeit gewesen, und der sozialistische Aufbau müsse auch zukünftig auf dem Wege der Demokratisierung erfolgen. Die Wiedergeburt des Sozialismus könne nicht an einem Tag erfolgen, sie sei nicht Gegenstand eines einfachen Beschlusses oder einer Entscheidung. Daher könne es keinen friedlichen, idyllischen Übergang aus dem bequem und bürokratisch gewordenen Sozialismus in den demokratischen Sozialismus geben, der erheblich effektiver funktioniere und der sich auf die Kraft der Gemeinschaft stütze. Nach Grósz beabsichtige die USAP eine "gemischte" Wirtschaft mit Beteiligung des Privatkapitals und ausländischer Investoren zuzulassen, aber sie wolle das Land und die Arbeiterklasse nicht schutzlos dem "Diktat" der Privatwirtschaft ausliefern. Als aktuelle politische Aufgabe bezeichnete Grósz zum Schluß die Neuorganisation der USAP in möglichst kurzer Zeit, den Ausbau von Verbindungen der Partei zu anderen maßgebenden politischen Institutionen des Landes und die möglichst erfolgreiche Vorbereitung der Partei für die Landtags- und Kommunalwahlen.³⁵⁹ Nach dem Abschluß des Kongresses veröffentlichte das geschäftsführende Sekretariat der USAP eine Erklärung, in der die Führung noch einmal hervorhob, daß die Partei bereit sei, mit allen politischen und gesellschaftlichen Kräften, Strömungen, Parteien und Organisation zusammenzuarbeiten, deren Motivation darin bestehe, den Interessen des ungarischen Volkes und der Arbeiter zu dienen. Gleichwohl rief man alle, "die sich mit den Zielen der Partei identifizieren und dafür arbeiten wollen", dazu auf, sich der Partei anzuschließen. Schließlich wurde allen Menschen gedankt, die selbstlos, ohne finanziellen-technischen Hintergrund, bei der Organisation des Parteikongresses mitgewirkt haben.³⁶⁰ Die erste Ausgabe des neuen Parteiorgans der USAP, der Wochenzeitschrift "Szabadság" (Freiheit) erschien bereits am 24. November 1989 und löste die unter dem Namen "Népszabadság" (Volksfreiheit) gedruckte alte Tageszeitung ab. Diese wiederum wurde nach der politischen Wende kurioserweise Tochterunternehmen der weltweit agierenden Gütersloher Bertelsmann-Unternehmensgruppe.

5. Vom Postkommunismus zur Demokratie - Die Wahlen von 1990 und 1994³⁶¹

Die Transformation Ungarns, deren wichtigsten Merkmale Gewaltlosigkeit und Kompromißbereitschaft seitens der politischen Akteure waren, fand zwischen Mai 1988 und Mai 1990 statt. Von dem sog. "Runden Tisch" führte der Weg zu den ersten freien Parlamentswahlen. Diese Wahlen und der Auf- bzw. Ausbau neuer politischen Institutionen stellten die ersten Schritte zu einer demokratischen politischen Kultur dar. Tatsächlich hat auch die heutige Parteilandschaft Ungarns ihren Ursprung im wesentlichen in den Jahren 1987-1989. "Sie ist

³⁵⁹ Vgl. Kurtán, Magyarország politikai évkönyve 1990, a.a.O., S. 573 f..

³⁶⁰ Ebda., S. 574 f..

³⁶¹ Eine vorzügliche Analyse der beiden Wahlen und der Parteilandschaft in Ungarn bietet: Machos, Csilla: Ungarn - stabile Mehrheiten und untergründiger Wandel, in: Segert, Dieter/Machos, Csilla: Parteien in Osteuropa, a.a.O., S. 63-103.

das Ergebnis der politischen Ereignisse und Konflikte in der Endphase des staatssozialistischen Systems, als sich das öffentliche politische Leben pluralisieren konnte".³⁶² Bereits vor den Wahlen am 25. März - 8. April 1990 galt als sicher, daß keine der sich zur Wahl stellenden Parteien die absolute Mehrheit würde erhalten können. Alles deutete auf eine Koalition mehrerer Parteien hin, wobei niemand mit den Sozialisten zu koalieren beabsichtigte. Die Wahlaussichten der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP) sahen zuweilen mehr als schlecht aus. Das Mißtrauen und die Erbitterung über den wirtschaftlichen Niedergang waren im weiten Kreise der ungarischen Gesellschaft zuletzt größer als die Bereitschaft, die Leistungen der Reformkommunisten bei der Einleitung der Wende anzuerkennen. Letztendlich schafften sechs Parteien den Sprung ins ungarische Parlament. Die Regierung wurde aus einer Koalition der Parteien - aus dem Ungarischen Demokratischen Forum (MDF), der Unabhängigen Partei der Kleinlandwirte (FKGP) und der Christlich-Demokratischen Volkspartei (KDNP) - gebildet. Fortan dominierte in Ungarn eine große "antikommunistische Koalition", die jede Kooperation mit Vertretern des alten Regimes und der sozialistischen Nachfolgepartei MSZP ablehnte. Diese erhielt zwar mit 10,89% der Stimmen 33 Mandate im Parlament, aber sie mußte sich dort mit der Oppositionsrolle abfinden. Die USAP, die mit der Losung "Arbeit, Auskommen, Freiheit, Sicherheit" Wahlkampf geführt hatte, scheiterte mit 3,68% der Stimmen an der damals noch 4% Hürde und versank allmählich in der politischen Bedeutungslosigkeit. Die Führung der USAP versuchte, die bittere Niederlage damit zu begründen, daß die erneuerte Partei nur wenig Zeit für die Wahlvorbereitungen gehabt und vom alten Parteivermögen nichts bekommen habe. Daher die Losung: "Die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei bekam Marx, die Ungarische Sozialistische Partei nahm sich das Kapital." Gleichwohl gab sich die Parteiführung zuversichtlich, daß die weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Landes und die zu erwartende Verschärfung sozialer Spannungen die gegenwärtige Stimmung der Bevölkerung kippen könnten. Dies würde dann die Gegensätze zwischen den im Parlament vertretenen Parteien verstärken, die relative Stabilität der Regierung untergraben und somit neue Voraussetzungen für die Aktivität der linken Kräfte schaffen.³⁶³ Anlässlich des einjährigen Todestages des verstorbenen Ex-Parteichefs, Janos Kádárs, hielt der Vorsitzende der USAP, Gyula Thürmer, am 6. Juli 1990 eine Gedenkrede mit dem Titel "Ohne Linke gibt es keine nationale Zukunft", in der er u. a. betonte, die Arbeiterpartei verwerfe die kritiklose Idealisierung des Kádárschen Lebenswerkes, verurteile jedoch solche Stellungnahmen, die auf politischen oder persönlichen Motiven beruhen. Die Arbeiterpartei werde, so Thürmer, den Humanismus des Verstorbenen weitertragen. Den Paternalismus des alten Systems müsse man aber beseitigen, weil dieser die Parteimitglieder vom selbständigen Denken abgehalten habe. Aus dem außenpolitischen Vermächtnis Kádárs werde die Arbeiterpartei den Realismus und die Berechenbarkeit aufgreifen, denn die Öffnung nach Westen, der Anschluß an die europäischen Vorgänge seien mit seinem Namen verbunden, so sehr andere diesen Erfolg für sich zu verbuchen bemüht seien. Zum Schluß äußerte sich Thürmer optimistisch, indem er betonte: "Wenn wir die Interessen der einfachen Menschen richtig vertreten, so werden wir unsere Kräfte stärken können. Der Rückzug der linken Kräfte ist nur vorübergehend. Mit unserer gegenwärtigen Arbeit bereiten wir uns auf eine neue Epoche vor. Heute legen wir die Grundlagen einer zukünftigen linken, wirklich volksverbundenen Regierung".³⁶⁴ In den Jahren 1990-1994 entzogen die tatsächlich wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, der sich vergrößernde Widerspruch zwischen (geweckten) gesellschaftlichen Erwartungen und sozialer Realität der konservativen Regierung

³⁶² Kipke, Rüdiger: Etabliert, aber nicht verwurzelt? Ungarns Parlamentsparteien und ihre Wähler, in: Südosteuropa-Mitteilungen Nr.2, 37. Jg., München 1997, S. 95.

³⁶³ A Magyar Szocialista Munkáspárt alapszervezeti tájékoztatója. Választási tapasztalatok és tanulságok., in: Kurtán u.a. (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 1991, Budapest 1991, S. 784.

³⁶⁴ Ebda., S. 785 f..

die Vertrauensbasis bei den Menschen in Ungarn. Statt dessen wuchs im Lande ein allgemeines Klima nostalgischer Rückbesinnung auf die "alten Zeiten" des Kádárismus. Das alles bildete die Grundlage für einen kontinuierlichen Anstieg der Wählergunst für die Sozialisten, deren überwältigender Wahlsieg bei den zweiten Parlamentswahlen am 8. und 29. Mai 1994 sicherlich nicht das Ergebnis einer spontanen Entwicklung war. Die von Parteichef Gyula Horn angeführte MSZP, deren Mitgliederzahl sich heute um die 40.000 bewegt, erzielte mit 33% der Stimmen und einem Mandatsanteil von 54% einen sensationellen Verdreifachung ihres Stimmenanteils und damit eine - von den Meinungsumfragen vorausgesagte - absolute Mehrheit im Parlament. Eindeutig entwickelte die MSZP, die nach den Wahlen von 1990 als wohl kaum zukunftsfähig gegolten hatte, unter den ungarischen Parteien die am meisten "Volkspartei"-ähnlichen Züge.³⁶⁵ Ihr Programm war durchaus pragmatisch und eher auf Sachfragen gerichtet, ideologische Fragen ließ man bewußt im Hintergrund. Aus den Wahlen ist dann eine sozialistisch-liberale Regierungskoalition - bestehend aus der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP) und dem Bund Freier Demokraten (SZDSZ) - unter dem Ministerpräsidenten Gyula Horn hervorgegangen. Für die Kommunisten, die ihren XVI. Parteikongreß im November 1993 unter dem Motto. "Heute ist Links besser als Rechts" abgehalten hatten, warb der Parteivorsitzende Thürmer mit dem Aufruf um die Wählerstimmen, die Arbeiterpartei wolle Arbeiter, Bauern, Ingenieure, Ärzte, Pädagogen, die arbeitende Intelligenz ins Parlament schicken. Im Laufe des Jahres wurde im Parteiorgan "Szabadság" mehrfach ein "Aufruf" an den einfachen Menschen" oder "den Menschen des linken Wählerspektrums" gerichtet, "der keine Vertretung im Parlament" habe und der "jetzt schlechter lebe als jemals in den vergangenen Jahrzehnten". Immer wieder wurde die Lage der Nation in düsteren Farben geschildert. Nach Einschätzung der Parteiführung, hieß es etwa in "Szabadság", befinde sich Ungarn "auf dem Weg zur Katastrophe". Die Antall-Regierung habe in ihrer zweieinhalbjährigen Regierungszeit all das zerstört, was Millionen von Menschen während Jahrzehnten aufgebaut hätten. Sie habe die staatlichen Unternehmen verkauft oder in Konkurs gehen, die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und die gesamte Landwirtschaft in Krisen geraten lassen, die früheren sowjetischen und die anderen traditionellen Märkte aufgegeben. Auch habe sie 800 000 Menschen auf die Straße geschickt und Millionen von Menschen in Armut gezwungen. Nun hätten die "arbeitenden Menschen" genug von der Zerstörung und vom Schwindel. Die Arbeiterpartei bitte nun um die Wählerstimmen, denn ohne sie könne es keine linke Politik und keine echte Demokratie geben.³⁶⁶ Mit 3,18% der Stimmen ging die MSZMP bei den Wahlen 1994 letztlich erneut leer aus und scheiterte an der 5% Hürde. Bei der Analyse der Wahlergebnisse stellte die Parteiführung nüchtern fest, daß die Partei - trotz der 171 000 erhaltenen Stimmen - nicht ins Parlament gekommen sei. Sie betonte ferner, die Menschen hätten für eine linke Politik gestimmt, sie hätten mit ihren für die Ungarische Sozialistische Partei abgegebenen Stimmen die rechte Regierung ablösen wollen.³⁶⁷

³⁶⁵ Vgl. Machos, Csilla: Von der Staatspartei zur "Volkspartei"? Überlegungen am Beispiel der ungarischen Sozialistischen Partei, in: Südost-Europa. Zeitschrift für Gegenwartforschung, Heft 11/12, München 1995, S. 686-710.

³⁶⁶ Vgl. A Munkáspárt felhívása (Aufruf der Arbeiterpartei), in: Szabadság, 26.3.1993; Felhívás minden baloldali emberhez, a baloldali választókhöz (Aufruf an den linken Menschen, an die linken Wähler), in: Szabadság, 12.11.1993.

³⁶⁷ A Munkáspártról közelebbről (Über die Arbeiterpartei aus der Nähe), Informationsbroschüre der MSZMP, Budapest 1997, S.28 f..

6. Aktuelle politische Fragen in Ungarn aus der Sicht der USAP

Seit ihrer Gründung im Jahre 1989 führt die Arbeiterpartei ein eher bescheidenes Dasein, fern ab von der politischen Entscheidungsfindung des Landes. Die Popularität des Parteivorsitzenden, Thürmers, aber auch die der Partei, bewegen sich im äußerst bescheidenen Rahmen. Eine Umfrage des angesehenen ungarischen Meinungsforschungsinstituts Szonda Ipsos über die Popularität ungarischer Spitzenpolitiker aus dem Jahre 1992 ergab, daß es unter allen aufgelisteten Politikern nur zwei Personen gibt, die über eine ähnlich große Gegnerschaft verfügt, nämlich der amtierende Parteichef der USAP, Gyula Thürmer, und der Vorsitzende der Unabhängigen Partei der Kleinlandwirte, József Torgyán. Eine weitere Gemeinsamkeit dieser beiden Politiker wurde darin entdeckt, daß ihre Parteien Wählerschaft und Mitglieder überwiegend aus dem Kreis der armen Rentner und von Leuten mit geringer Bildung aus niedrigen sozialen Schichten - vor allem aus der Provinz - gewinnen. Für die jüngere Generation und für neu entstandene soziale Gruppen im städtischen Milieu scheint die Arbeiterpartei wenig Attraktivität zu besitzen.³⁶⁸ In einer anderen Umfrage von Szonda Ipsos aus dem gleichen Jahr stuften zudem 22% der Befragten die USAP als "extrem links" ein (die Ungarische Sozialistische Partei wurde lediglich von 5% der Befragten ebenso eingestuft).³⁶⁹ Während es den Sozialisten in den vergangenen Jahren also augenscheinlich gelungen ist, die Wandlung von der Staatspartei in eine Art "Volkspartei" zu vollziehen, versucht die USAP Gyula Thürmers ihrerseits unermüdlich, mit kämpferischen Stellungnahmen zu aktuellen politischen Themen aus der "außerparlamentarischen" Opposition sich Gehör bei der Bevölkerung zu verschaffen. Dabei tritt sie immer wieder als patriotischer Hüter nationaler Traditionen und Werte auf. Über das ungarische Parlament nach den Wahlen von 1994 befragt, sagte Thürmer folgendes: "Was die Akzeptanz des Parlamentes anbetrifft, so hängt diese meines Erachtens von zwei Faktoren ab. Davon nämlich, ob erstens das Ergebnis der Wahlen die Interessen möglichst breiter Schichten zum Ausdruck bringt, und zweitens, ob die Tätigkeit der Regierung bzw. des Parlamentes mit den Interessen des größeren Teils der Gesellschaft im Einklang steht. Im Mai 1994 wählte die Mehrheit der Wähler deshalb die USP, weil sie die Herrschaft der rechten Parteien satt hatte und die Boross-Regierung abwählen wollte. Unter den Wählern der siegreichen Partei waren Repräsentanten der Arbeiter, der Bauern, der Intellektuellen und der Angestellten. Die Lage hat sich seit Mai verändert. Die siegreiche USP vertritt ihre Interessen heute nicht mehr bzw. sie vertritt nicht überwiegend ihre Interessen. Man kann nämlich nicht zeitgleich den Siegern und den Verlierern des kapitalistischen Systemwechsels Gutes tun. Da auch keine der anderen im Parlament vertretenen Parteien diese Interessen vertritt, so kann man behaupten, es fehlt die Vertretung der bedeutenden Interessen der Arbeiterschaft im ungarischen Parlament".³⁷⁰

Gegenwärtig richten sich die Proteste der USAP in erster Linie gegen die Osterweiterung der NATO bzw. gegen eine mögliche Mitgliedschaft Ungarns in der NATO. Während die euroatlantische Integration in den geltenden strategischen Richtlinien der ungarischen Außenpolitik unter Ministerpräsidenten Gyula Horn nach wie vor absolute Priorität besitzt, hat Gyula Thürmer bereits am 25. Januar 1995 auf einer Pressekonferenz betont, hinter der angestrebten NATO-Mitgliedschaft Ungarns stehe - aus der Sicht der Arbeiterpartei - nicht die Sicherheit Ungarns, sondern die Schaffung von internationalen Garantien für den kapitalistischen Re-

³⁶⁸ Vgl. Bokor, Agnes: Politikusok népszerűsége (Die Popularität der Politiker), in: Kurtán, Sándor u.a. (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 1993, Budapest 1993, S. 703.

³⁶⁹ Vgl. Závecz, Tibor: A szélsőségek és a centrum. A közvélemény a baloldalról és a jobboldalról (Extreme und das Zentrum. Die öffentliche Meinung über Linke und Rechte), ebda., S. 689.

³⁷⁰ Thürmer, Gyula: Munkáspárt (Arbeiterpartei), in: Kurtán, Sándor u.a. (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 1995, Budapest 1995, S. 167.

gimewechsel. Am 29. Juni startete eine Artikelreihe in der parteieigenen Wochenzeitung "Szabadság" unter dem Titel "Die Arbeiterpartei gegen die NATO-Mitgliedschaft und für die Neutralität". Hier wurden die Überlegungen der Arbeiterpartei zu diesem Thema in 13 Punkten zusammengefaßt: Die ersten drei Argumente unter diesen waren folgende: Es gibt keine Gefahr, und Ungarn wird von niemandem bedroht. Die NATO-Mitgliedschaft könnte die Stationierung von fremden Truppen und Atomwaffen in Ungarn nach sich ziehen. Mit der NATO-Mitgliedschaft verzichtet Ungarn auf seine Souveränität.³⁷¹ Am 12. August erschien das Buch Gyula Thürmers zu diesem Thema unter dem Titel "Wir brauchen die NATO nicht" in einer Auflage von 10.000 Exemplaren, die angeblich in nur zwei Wochen fast restlos verkauft wurde. Im August wurde die Gründung der "Stiftung für ein neutrales Ungarn" bekanntgegeben, deren Ziel es ist, die Idee der Neutralität in der öffentlichen Meinung im In- und Ausland zu verbreiten. Die Arbeiterpartei protestierte energisch gegen die Entscheidung des Parlamentes vom 28. November 1995, die das Betreten ungarischen Territoriums durch fremde Truppen genehmigte, weil - wie es hieß - diese die nationalen Interessen Ungarns verletzte. Die Arbeiterpartei bezeichnete diesen Schritt als "inakzeptabel, zutiefst unmoralisch und politisch kurzsichtig". Anlässlich eines feierlichen Gedenkens an János Kádár im Juli 1996 stellte Thürmer in seiner programmatischen Rede folgende Frage an die amtierende Regierung: "Wer sind Sie? Sind Sie die gewählten Vertreter des ungarischen Volkes oder die ungarischen Statthalter Ihrer amerikanischen und deutschen Freunde? Wenn sich die Horn-Regierung für den gewählte Repräsentanten des ungarischen Volkes hält, so sollte sie sich auch um die Armen, die Gebrechlichen, die Kranken und Schwachen kümmern".³⁷² Im November präsentierte sich die Arbeiterpartei als Medienprofi: Die Partei erschien mit ihren Dokumenten mittels einer eigenen Homepage im Internet.³⁷³ Anfang Dezember 1996 hielt die Arbeiterpartei ihren XVII. Parteikongreß ab, der dem "Entwurf einer kurzfristigen Programmatik der Arbeiterpartei" zustimmte. Darin wurde u.a. anderem festgehalten: "- Die Arbeiterpartei will die Modernisierung Ungarns, die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Friedens und der innenpolitischen Stabilität sowie die Bewahrung der Unabhängigkeit Ungarns. Die Arbeiterpartei setzt sich zum Ziel, den Wünschen der Arbeiter, der armen und kleinen Bauern, der in verschiedenen Gebieten der Wirtschaft arbeitenden Angestellten, Kleinunternehmer und Mittelständler, der Rentner und der jungen Menschen eine Stimme im ungarischen Parlament zu verleihen.

- Die Arbeiterpartei will eine Wende in der Wirtschaftspolitik, die Modernisierung der Produktion in der Industrie und in der Landwirtschaft, die Weiterentwicklung der Infrastruktur. Dabei möchte sie die Möglichkeiten des Staates weitestgehend nutzen, vor allem in der Planung der wichtigsten wirtschaftlichen Vorgänge, in der Förderung der Ausbildung, der Forschung und der Entwicklung.
- Die Arbeiterpartei hält die Überprüfung aller Vorgänge und Machenschaften, die bei der Privatisierung zu beobachten waren und die dem Land großen Schaden zugefügt haben, für notwendig. Das Verkehrswesen, die Wasser- und Energieversorgung, die Lebensmittelverarbeitung, die Militärindustrie und das Bankwesen dürfen unter keinen Umständen in Privatbesitz gelangen. Die in diesen Bereichen bereits privatisierten Unternehmen sollte

³⁷¹ Vgl. A munkáspártról közelebbről, a.a.O., S. 31.; Eine objektive und gründliche wissenschaftliche Analyse eines möglichen NATO-Beitritts Ungarns liefert Kiss, László J.: Zwischen euro-atlantischer Integration und demokratischer Unsicherheit. Ungarns Sicherheitspolitik nach der Wende (1989-1996), in: Pradetto, August (Hrsg.): Ostmitteleuropa, Rußland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit, Opladen 1997, S. 77-100.

³⁷² Ebda., S. 34.

³⁷³ Die Homepage der MSZMP ist im Internet abrufbar unter: <http://www.elender.hu/munkaspart/>.

die Regierung wieder in staatlichen Besitz nehmen, wobei die Formen dieser Amtshandlung durch ein Gesetz geregelt werden sollten. Zur Beseitigung der Schattenwirtschaft werden solche Steuer- und Wirtschaftsgesetze benötigt, die Anständigkeit lohnender machen als Betrug und Kriminalität.

- Ungarn braucht echte Presse- und Meinungsfreiheit: Das Gesetz sollte den Ausverkauf ungarischer Zeitungen, Fernseh- und Radiosender an Ausländer verbieten. In den Massenmedien sollte man dafür Sorge tragen, daß die Menschen in Ungarn objektive und präzise Informationen erhalten.
- Die Arbeiterpartei sieht die Sicherheit Ungarns in folgenden Faktoren gesichert: In einer stabilen innenpolitischen Lage, im gutnachbarschaftlichen Verhältnis und in der Zusammenarbeit mit allen benachbarten Ländern, in der aktiven Teilnahme an den Anstrengungen zur europäischen Sicherheit und in der Ausrufung der ewigen Neutralität Ungarns. Hierüber sollte unverzüglich eine Volksabstimmung abgehalten werden.
- Die Arbeiterpartei unterstützt den Beitritt Ungarns in die EU nur in dem Falle, wenn der Beitrittsvertrag die volle Gleichberechtigung des Landes und die Bewahrung unserer nationalen Wirtschaftsressourcen garantiert. Über den Beitritt soll eine Volksabstimmung entscheiden. Angesicht der Tatsache, daß sowohl die NATO als auch die EU - auch im Verhältnis unter ihren gegenwärtigen Mitgliedern - vor neuen Fragen stehen, befürwortet die Arbeiterpartei, daß die europäischen Länder über die Schaffung einer solchen neuen europäischen Wirtschafts- und Sicherheitsstruktur nachdenken mögen, in der die Mitgliedsländer von Anbeginn gleichberechtigt sind".³⁷⁴ Bei der Bekanntgabe der am 8. Juli 1997 in Madrid getroffenen Entscheidung der NATO, neben Polen und Tschechien auch Ungarn zu Verhandlung über einen Beitritt einzuladen, herrschte im ungarischen Parlament eine ungewöhnlich feierliche Stimmung. Ministerpräsident Gyula Horn und alle im Parlament vertretenen Parteien sprachen von einem großen Sieg der ungarischen Diplomatie. Für Horn selbst dürfte die Einladung auch eine persönliche Genugtuung bedeuten, hatte er doch bereits im Februar 1990 erklärt, er halte es für nicht ausgeschlossen, daß Ungarn eines Tages Mitglied der NATO sein werde. Ungeachtet der einhelligen Begeisterung der politischen Führung kündigte die ungarische Koalitionsregierung im August 1997 an, ein Referendum über Ungarns Beitritt zur NATO mit bindendem und nicht - wie ursprünglich geplant - konsultativen Charakter abhalten zu wollen. Damit kam das Horn-Kabinett der Ankündigung der Oppositionsparteien im Parlament überraschend schnell entgegen, sie werde die Volksabstimmung durch die Sammlung von 200.000 Unterschriften erzwingen. Besonders ärgerlich erschien dieser Schachzug der Regierung aus der Sicht der Kommunisten in der außerparlamentarischen Opposition, hatten sie doch bereits am 25. Oktober 1995 dem ungarischen Parlament 142.000 Unterschriften zur Volksabstimmungsinitiative übergeben. Bemerkenswerterweise schmetterte das Parlament diese Aktion im Dezember 1995 im wesentlichen ohne größere Debatte ab. Im Januar 1996 wandte sich dann die Führung der MSZMP an das ungarische Verfassungsgericht mit der Bitte, es möge gegen den verfassungswidrigen Beschluß des Parlaments vorgehen und das ungarische Parlament auffordern, die Volksabstimmung doch noch anordnen zu lassen. Die Beschwerde wurde im Februar vom Verfassungsgericht mit der Begründung mangelnder Zuständigkeit zurückgewiesen. Bei dem am 16. November 1997 stattgefundenen Referendum über die geplante NATO-Mitgliedschaft Ungarns stimmte die überwiegende

³⁷⁴ A Munkáspárttal a XXI. századba. Részletek a Munkáspárt rövid távú programjának tervezetéből (Mit der Arbeiterpartei ins XXI. Jahrhundert. Auszüge aus dem Entwurf eines kurzfristigen Programms der Arbeiterpartei), in: A Munkáspártról közelebbről, a.a.O., S. 4-16.

Mehrheit der Wähler letztlich doch für den Beitritt zur westlichen Allianz. Insgesamt waren ca. acht Millionen Wahlberechtigte dazu aufgerufen, die zur Abstimmung vorgelegte Frage "Sind Sie damit einverstanden, daß die Republik Ungarn den Schutz des Landes durch einen NATO-Beitritt gewährleistet?", zu beantworten. Die Wahlbeteiligung lag bei 49,24%, davon gaben insgesamt 41,50% aller Wahlberechtigten und 85,33% der zur Wahl erschienenen Wahlberechtigten, also weit mehr als die gesetzlich vorgeschriebene 25%, eine bejahende Antwort.³⁷⁵ Derzeit laufen in Ungarn die militärischen Vorbereitungen auf die Integration in das westlichen Militärbündnis - trotz der insgesamt angespannten Finanzlage des Landes - auf Hochtouren. Die in den Jahren 1989/1990 begonnene Modernisierung der ungarischen Armee und deren Ausrüstung ist ja noch längst nicht vollendet. Die vom Land selbst zu tragenden Kosten des NATO-Beitritts geben Anlaß zu einer intensiven öffentlichen Debatte. Und daran möchte sich freilich auch die Arbeiterpartei beteiligen. Zum überaus positiven und erfreulichen Ausgang der Volksabstimmung - zumindest aus der Sicht der Koalitionsregierung Gyula Horns - ließ die Führung der Arbeiterpartei via Parteiorgan "Szabadság" u. a. verkünden: "Das Präsidium der Partei nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, daß ihre mehrjährige Bemühung hinsichtlich des NATO-Beitritts Ungarns eines ihrer Ziele erreicht habe: die Wähler durften mittels einer Volksabstimmung über die Zugehörigkeit des Landes zu einer militärisch-politischen Organisation entscheiden. Man darf nämlich nicht außer acht lassen, daß die Regierung und die im ungarischen Parlament vertretenen Parteien alles getan haben, um die Volksabstimmung zu verhindern. Sie haben die Entwicklung der internationalen Politik dazu ausgenutzt, die ungarische Bevölkerung davon zu überzeugen, daß die Ereignisse in Rußland, die jugoslawische Krise und die Politik der slowakischen Führung für Ungarn militärische Gefahren bedeuten. Sie waren bemüht, die ungarische öffentliche Meinung zu spalten und dabei den Anschein zu erwecken, daß "jeder junge, moderne und europäisch denkende Mensch" für den Beitritt stimmt, und daß nur "die Alten und die Konservativen" dagegen sind. Sie machten vielen Menschen glaubhaft, daß jede Stimme zugunsten der NATO zugleich eine Stimme für die Demokratie ist. Die Arbeiterpartei hatte keine Illusionen: wir wußten von Anfang an, daß im Vorfeld der Entscheidung in bezug auf den NATO-Beitritt ein außerordentlich ungleicher Kampf läuft. Auf der einen Seite marschierten in Übereinstimmung alle Parlamentsparteien, die alle politischen und materiellen Mittel der Macht besaßen. Neben ihnen agitierten die Gewerkschaftsbosse, einige Persönlichkeiten der Kirche und des öffentlichen Lebens. Die NATO-Länder haben die Parteien spektakulär unterstützt. Eine ganze Reihe von Ministern und Militärs besuchte Ungarn und machten gelegentlich solche Äußerungen, die einer offenen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ungarns gleichkamen. Die Arbeiterpartei konnte dagegen nur äußerst bescheidene Mittel für die Kampagne verwenden. Wegen ihrer Isoliertheit von den Massenmedien war sie nicht in der Lage, der irreführenden Politik und der Propaganda der Parlamentsparteien gegenüber effektiv entgegenzutreten. Das Präsidium der Arbeiterpartei ist dennoch der Meinung: Wir haben keinen Grund zum übertriebenen Pessimismus, aber auch nicht zum unbegründeten Optimismus. Unter den Bedingungen der bürgerlichen Demokratie können wir keinen Wunder erwarten. Tatsache ist, daß der Bekanntheitsgrad und das Ansehen der Arbeiterpartei größer geworden ist. Dies ist das politische Kapital, das wir im nächsten Jahr bei den Wahlen und bei den Aktivitäten der Partei insgesamt verwenden können".³⁷⁶ Tatsächlich wird das Jahr 1998 in Ungarn ein Wahljahr sein. Unlängst erklärte der ungarische Politologe Attila Agh, ein exzellenter Kenner des

³⁷⁵ Vgl. dpa-Meldung vom 17.11.1997 zum ungarischen Referendum über die NATO-Mitgliedschaft.

³⁷⁶ A Munkáspárt Elnöksége: Számon fogjuk kérni (Das Präsidium der Arbeiterpartei: Wir werden Rechenschaft fordern), in: Szabadság, zit. nach Homepage der MSZMP im Internet <http://www.elender.hu/munkaspart/> vom 26.11.1997.

politischen Geschehens und der Parteilandschaft, in einem Interview mit der Tageszeitung Nepszabadság, die Ungarische Sozialistische Partei sei gegenwärtig die einzige, wirklich große Partei, die willens und in der Lage sei, die politische Mitte, das politische Zentrum zu erobern.³⁷⁷ Was die Chance der Arbeiterpartei anbetrifft, so liegt - angesichts der inzwischen wieder recht hohen Popularität der MSZP und der beinahe chronisch anhaltenden Unbeliebtheit der Kommunisten beim Wahlvolk - die Vermutung nahe, daß die Kommunisten bei den kommenden Wahlen erneut die Chance verpassen werden, mit Hilfe einer entsprechenden Anzahl der Wähler aus dem langjährigen unfreiwilligen Exil ins aktive politische Leben zurückzukehren.

Kurzfassung

Ungarn war Jahrhunderte hindurch in romantische Klischees und Traumvorstellungen verwickelt und galt schon immer als "etwas Fremdartiges" in Europa. Dennoch vermochte sich das ungarische Volk - trotz ständiger Bedrohung und wechselnder Abhängigkeit - in seiner Eigenstaatlichkeit zu behaupten. Obschon die Ungarn stets bemüht waren, die Rückständigkeit ihres Landes durch die Übertragung westlicher Kultur zu korrigieren, blieb eine umfassende "Europäisierung" der ständischen Gesellschaft, vor allem wegen der Verspätung des Verbürgerlichungsprozesses, bis ins 20. Jahrhundert aus. So hatte auch die parlamentarische Demokratie westeuropäischer Prägung in der neuesten Geschichte Ungarns - strenggenommen bis zur überraschenden politischen Wende im Jahre 1989 - keine Chance gehabt, sich wirksam und auf Dauer durchzusetzen. Die demokratisch gesinnte Intelligenz war stets von rechts oder links verfolgt, Repressalien ausgesetzt und mußte daher ihr Vorhaben, ein "neues", demokratisches Ungarn zu schaffen, letztlich aufgeben. Die erste Station der Konfrontation Ungarns mit der kommunistischen Herrschaft markierte die Ausrufung der Räterepublik durch die kommunistische Gruppierung Béla Kuns nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem Zerfall der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie im März 1919. Ein "Experiment", das bereits nach 133 Tagen kläglich zusammenbrach. Die "rote" Diktatur wurde nun von der "weißen" abgelöst. Eine Konsolidation der politischen Situation trat erst Ende der 20er Jahre ein. Vom heißen Wunsch der Revision des Trianoner "Friedensdiktats" getrieben, erklärte Ungarn im Juni 1941 der Sowjetunion den Krieg und nahm damit unwiderruflich an der Seite der Achsenmächte am Zweiten Weltkrieg teil. Selbst im Sommer 1944 konnte sich das autoritär-konservative Regime des Reichsverwesers Miklós Horthy de Nagybánya noch nicht vorstellen, daß die Alliierten Ost- und Südosteuropa der Sowjetunion preisgeben würden. Außer einer Handvoll Kommunisten wünschte wohl niemand in Ungarn eine "Befreiung" durch die Sowjetarmee. Bereits in der am 15. November 1945 gebildeten Regierung erhielten die nach Kriegsende aus der Sowjetunion unter Führung Mátyás Rákosis zurückgekehrten Kommunisten das wichtige Ressort des Innenministers. Im Sommer 1948 vereinigten sich die Kommunisten und die Sozialdemokraten Ungarns zur "Partei der Ungarischen Werktätigen" (Magyar Dolgozók Pártja-MDP). Mit der Gründung der "Ungarischen Unabhängigkeitsvolksfront" im Februar 1949 war das Schicksal der bürgerlichen Oppositionsparteien besiegelt. Mit der Inkraftsetzung der neuen Verfassung im August 1949 wurde die "Gleichschaltung" der politischen Landschaft endgültig vollzogen. In der "Volksrepublik" Ungarn stand der "Diktatur des Proletariats" und der des Kommunistenführers Mátyás Rákosi nichts mehr im Wege. Der Freiheitskampf des ungarischen Volkes im Oktober 1956 fegte jedoch die langjährige Schreckensherrschaft Rákosis in nur wenigen Tagen hinweg. In diesen

³⁷⁷ Pogonyi, Lajos: Horn meghódíthatja a politikai centrumot (Horn kann das politische Zentrum erobern), in: Nepszabadság, 19.10.1997; zu den Wahlaussichten der MSZP vgl. auch Stumpf, István: Két választás között (Zwischen zwei Wahlen), Budapest 1997, bes. S. 257 ff..

Tagen wurde Ungarn weltweit zum "Symbol der Freiheit". Nach der Unterdrückung des Volksaufstandes durch die Panzer der Roten Armee erfolgte die Neugründung der Kommunistischen Partei unter dem Namen "Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei" (Magyar Szocialista Munkáspárt-MSZMP) unter der Führung des neuen Parteichefs János Kádár, der im Januar 1968 die Modernisierung des Landes mit dem sog. "Neuen Wirtschaftsmechanismus" einleiten ließ. Doch schon bald stockten die Reformansätze, und die letzten zehn Jahre der nach Kádár benannten Epoche (1978-1988) waren eher durch Stagnation gekennzeichnet. Am Ende der 1980er Jahre spitzte sich der Kampf um die Macht zwischen "Doktrinär- und Reformkommunisten" zu, und die USAP geriet zunehmend in eine Krise, die sie zu spalten drohte. Diese Krise erreichte mit der außerordentlichen Parteikonferenz der USAP im Mai 1988 ihren ersten Höhepunkt: Parteichef Kádár wurde von seinem Amt abgelöst und in die eigens für ihn geschaffene, bedeutungslose Position des Ehrenpräsidenten abgeschoben. Zum neuen Generalsekretär wurde zunächst der als "Reformer" geltende Károly Grósz bestellt. Mit ihm vermochte sich die sog. "Reformdiktatur" dann gerade nur ein gutes Jahr zu halten. Im Verlauf der rasanten Umwälzungen in Osteuropa übernahm Ungarn immer mehr die Vorreiterrolle. Es deutete alles darauf hin, daß die Partei der orthodoxen Kommunisten in Ungarn ihre Rolle als "Staatspartei" verlieren würde. Die Regierungsumbildung unter Miklós Németh, die Verhandlungen am "Nationalen Runden Tisch" und der Parteikongreß vom Oktober 1989, auf dem die USAP aufgelöst und die "Ungarische Sozialistische Partei" (Magyar Szocialista Párt-MSZP) als deren Rechtsnachfolge ins Leben gerufen wurde, markierten die letzten Etappen auf dem Weg zur politischen Wende in Ungarn. Wenige Tage nach diesem Parteikongreß meldeten die Nachrichtenagenturen, daß die Altkommunisten die Neugründung der USAP beschlossen haben. Im Dezember 1989 begann der XIV. Kongreß der neuen USAP, der den damals erst 36jährigen Berufsdiplomaten Gyula Thürmer zum Vorsitzenden wählte. Bei den Wahlen von 1990 und 1994 schaffte die neue USAP nicht den Sprung ins ungarische Parlament und versank allmählich im politischen Abseits. Die Popularität des Parteivorsitzenden bewegt sich seitdem in äußerst bescheidenen Rahmen. Die USAP selbst gewinnt ihre Wählerschaft überwiegend aus dem Kreis der armen Rentner und von Leuten mit geringer Bildung aus niedrigen sozialen Schichten, vor allem in der Provinz. Sie tritt immer wieder als patriotischer Hüter nationaler Traditionen und Werte auf und versucht eher vergeblich, sich mit kämpferischen Stellungnahmen zu aktuellen politischen Themen Gehör zu verschaffen. Der Einzug der USAP ins ungarische Parlament im Wahljahr 1998 erscheint eher fraglich.

Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei /Magyar Szocialista Munkáspárt - MSZMP/
(Stand: Dezember 1997)

<i>Gründung:</i>	1.
<i>November 1956</i>	
<i>Neugründung:</i>	17.
<i>Dezember 1989</i>	
<i>Mitgliedschaft:</i>	ca.
<i>20.000</i>	
<i>Presseorgan:</i>	"Szaba
<i>dság" (Freiheit)</i>	
<i>Auflage:</i>	nicht
<i>bekannt</i>	
<i>Redaktionsadresse:</i>	Baross
<i>Straße 6</i>	
<i>1082 Budapest</i>	H-
	Tel.:
<i>0036/1/313-54 20</i>	
	Fax:
<i>0036/1/313-54 23</i>	

Parteitage:
XIV. Parteitag: Dezember 1989
XV. Parteitag: Oktober 1991
XVI. Parteitag: November 1993
XVII. Parteitag: November/Dezember 1996

Das Präsidium der MSZMP:

Vorsitzender: Gyula Thürmer
Stellvertreter: Szöllösiné Fitos Eva (Gymnasiallehrerin)
János Vajda (Betriebswirt)
Attila Vajnai (Elektroingenieur)

Mitglieder des Präsidiums:

István Dolmán (Lehrer Fachgymnasium),
Lajosné Karacs (Direktorin der Elegant Charme AG),
Pál Kollát (Vorsitzender des Koordinationskomitees der MSZMP in Budapest),
András Kozák (Student der Pädagogischen Hochschule, Leiter des Jugendkollegs der MSZMP),
György Zinner (Adjunkt an der Kálmán Kandó Technischen Hochschule)

Homepage der MSZMP im INTERNET: <http://www.elender.hu/munkaspart/>

Literaturverzeichnis

- Agh, Attila (Hrsg.): The Emergence of East Central European Parliaments. The First Step, Budapest 1994.
Ders./Kurtán, Sándor (Hrsg.): Democratization und Europeanization in Hungary: The First Parliament 1990-1994, Budapest 1995.

- Bak, Janos M. (Hrsg.): *Liberty and Socialism. Writings of Libertarian Socialists in Hungary 1884-1919*, Maryland 1991.
- Bihari, Mihály: *Két kongresszus Magyarországon. Az MSZMP/MSZP kongresszus szociológiája (Zwei Kongresse in Ungarn. Die Soziologie des MSZMP-MSZP Parteikongresses)*, in: *Társadalmi Szemle* 1/1990, Budapest 1990, S. 19-30.
- Bischof, Henrik: *Ungarn auf dem Weg zur Demokratie. Am Vorabend der ersten freien Wahlen (=Studie der Abteilung Außenpolitik- und DDR-Forschung im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung)*, Bonn 1990.
- Bozóki, András/Körösényi, András/Schöpflin, Georg (Hrsg.): *Post-Communist Transition. Emerging Pluralism in Hungary*, London 1992.
- Brunner, Georg (Hrsg.): *Ungarn auf dem Weg der Demokratie*, Bonn 1993.
- Congdon, Lee: *Exile and Social Thought. Hungarian Intellectuals in Germany and Austria 1919-1933*, Princeton, New Jersey 1991.
- Dalos, György: *Ungarn - Vom Roten Stern zur Stephanskronen, erw. Auflage*, Frankfurt a.M. 1997.
- Csaba, László: *Was geschah mit der ungarischen Reform? (1979-1988) (=Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 52.)*, Köln 1989.
- Fejtő, Francois: *Die Geschichte der Volksdemokratien, Erw. Neuausg. d. zweibändigen Werkes von 1972*, Frankfurt a.M. 1988.
- Glatz, Ferenc (Hrsg.): *Europäische Visionen (=Schriftenreihe des Europa-Instituts Budapest, Band 1.)*, Budapest 1995.
- Ders.(Hrsg.): *Ungarn und Europa. Budapest 1996 (=Schriftenreihe des Europa-Instituts Budapest, Band 3.)*, Budapest 1996.
- Gorzka, Gabriele (Hrsg.): *Ungarn im Wandel*, Köln 1995.
- Graml, Hermann: *Europa zwischen den Kriegen, 4. Aufl.*, München 1979.
- Haraszi-Taylor, Eva: *The Hungarian Revolution of 1956. A Collection of Documents from the British Foreign Office*, Nottingham 1995.
- Hatschikjan, Magarditsch A./Weilemann, Peter R. (Hrsg.): *Parteienlandschaften in Osteuropa. Politik, Parteien und Transformation in Ungarn, Polen, der Tschecho-Slowakei und Bulgarien 1989-1992*, Paderborn 1994.
- Hauszmann, János: *Bürgerlicher Radikalismus und demokratisches Denken im Ungarn des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt a.M./New York/Paris 1986.
- Hoensch, Jörg K.: *Geschichte Ungarns 1867-1983*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1984.
- Ders.: *Ungarn-Handbuch. Geschichte, Politik, Wirtschaft*, Hannover 1991.
- Horn, Gyula: *Freiheit, die ich meine. Erinnerungen des ungarischen Außenministers, der den Eisernen Vorhang öffnete*, Hamburg 1991.
- Jászi, Oszkár: *Der Zusammenbruch des Dualismus und die Zukunft der Donaustaaten*, Wien 1918.
- Ders.: *Magyariens Schuld Ungarns Sühne. Revolution und Gegenrevolution in Ungarn (Mit einem Geleitwort von Eduard Bernstein)*, München 1923.
- Józsa, Gyula: *Von der Implosion des politbürokratischen Systems in Ungarn zum Rechtsstaat und zum Parteienpluralismus (=Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 23/1992)*, Köln 1992.
- Ders.: *Regierungswechsel in Ungarn 1994. Konkursverwaltung nach dem Realsozialismus und Wahlsieg der Sozialisten (=Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 10/1996)*, Köln 1996.
- Károlyi, Mihály: *Hit illúziók nélkül (Glaube ohne Illusionen)*, Budapest 1977.
- Kipke, Rüdiger: *Etabliert, aber nicht verwurzelt? Ungarns Parlamentsparteien und ihre Wähler*, in: *Südosteuropa-Mitteilungen* Nr. 2, 37. Jg., München 1997, S. 95-100.
- Kogelfranz, Siegfried: *Das Erbe von Jalta. Die Opfer und die Davongekommenen*, Hamburg 1985.

- Kósa, László: Die Ungarn. Ihre Geschichte und Kultur, Budapest 1994.
- Kurtán, Sándor/Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai Evkönyve 1988-1997 (Ungarns Politisches Jahrbuch 1988-1997), Budapest 1988-1997.
- Lázár, István: Kleine Geschichte Ungarns, Budapest 1990.
- Litván, György/Bak, János M. (Hrsg.): Die Ungarische Revolution 1956. Reform-Aufstand-Vergeltung. Mit einer Einführung von Jörg K. Hoensch, Wien 1994.
- Machos, Csilla: Von der Staatspartei zur "Volkspartei"? Überlegungen am Beispiel der Ungarischen Sozialistischen Partei, in: Südost-Europa. Zeitschrift für Gegenwartforschung, Heft 11/12 1995, München 1995, S. 686-710; Elitenbildung und Elitenwandel in der Ungarischen Sozialistischen Partei (1989-1996), in: Südosteuropa, Heft 1-2/1997, München 1997.
- Mack, Karlheinz: Revolutionen in Ostmitteleuropa 1789-1989. Schwerpunkt Ungarn, Wien/München 1995.
- Molnár, Miklós: The Communist Party of Hungary, in: Fischer-Galati, Stephen (Hrsg.): The Communist Parties of Eastern Europe, New York 1979.
- A munkáspártról közelebbről /Über die Arbeiterpartei aus der Nähe), Informationsbroschüre der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei-MSZMP, Budapest 1997.
- Nyers, Rezső: Die ungarische Reformpolitik (=Vortrag vor dem Gesprächskreis Politik und Wissenschaft des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 21. Juni 1989), Bonn 1989.
- Oplatka, Andreas: Der Eiserner Vorhang reißt. Ungarn als Wegbereiter, Zürich 1990.
- Pamlényi, Ervin (Hrsg.): Die Geschichte Ungarns, Budapest 1971.
- Pradetto, August (Hrsg.): Ostmitteleuropa, Rußland und die Osterweiterung der NATO., Perceptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit, Opladen 1997.
- Segert, Dieter/Machos, Csilla: Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure, Opladen 1995.
- Shawcross, William: Crime and Compromise. János Kádár and the Politics of Hungary Since Revolution, London 1974.
- Sitzler, Kathrin: Ungarn. Von der schrittweisen Reform zum Systemwechsel, in: Altmann, Franz-Lothar/Hösch, Edgar (Hrsg.): Reformen und Reformer in Osteuropa, Regensburg 1994, S. 70-95.
- Timmermann, Heinz: Die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas und die euro-atlantischen Integrationsprozesse (=Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 18/1997), Köln 1997.
- Schöpflin, Georg: Opposition and Para-Opposition: Critical Currents in Hungary, 1968-78, in: Tökés, Rudolf L. (Hrsg.): Opposition in Eastern Europe, Oxford 1979.
- Siklós, András: Ungarn 1918/19. Ereignisse-Bilder-Dokumente, Budapest 1979.
- Silagi, Denis: Ungarn. Geschichte und Gegenwart. Eine Landesbiographie, 2., durchgesehene und erweiterte Auflage, Hanover 1964.
- Steinacker, Harold: Leistung und Schicksal des Magyarentums im Donauraum, in: Südost-deutsches Archiv, Bd. VII., München 1964.
- Stumpf, István (Hrsg.): Két választás között, Zwischen zwei Wahlen, Budapest 1997.
- Szekfü, Gyula: Der Staat Ungarn. Eine Geschichtsstudie, Stuttgart und Berlin 1918.
- Tökés, Rudolf L.: Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic, Stanford University Press, California 1969.
- Ders.: Vom Postkommunismus zur Demokratie. Politik, Parteien und die Wahlen 1990 in Ungarn (=Interne Studien des Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 18.), Sankt Augustin 1990.
- Vida, Sándor (Hrsg.): Pártkongresszusok és pártkonferenciák 1918-1980 (Parteikongresse und Parteikonferenzen 1918-1980), Budapest 1985.

- Völgyes, Iván (Hrsg.): Hungary in Revolution 1918-1919, University of Nebraska Press, Lincoln 1971.
- Weilemann, Peter R./Brunner, Georg/Tökés, Rudolf L. (Hrsg.): Upheaval against the Plan. Eastern Europe on the Eve of the Storm, Oxford 1991.

Joachim Tauber

Postkommunistische Parteien in Osteuropa: Die LDDP in Litauen

Die Geschichte der Demokratischen Arbeitspartei Litauens, der LDDP, läßt sich ab der Wende in Osteuropa in drei klar abgetrennte Phasen einteilen: Zwischen 1990 und Herbst 1992 befand sich die Partei in einer Periode der Um- und Neuorientierung, die zugleich mit dem realen Machtverlust durch die ersten freien Wahlen zum litauischen Parlament im Februar 1990 verbunden war. Der spektakuläre Sieg der LDDP bei den Seimaswahlen im Herbst 1992 brachte die Reformkommunisten zurück an die Schaltstellen des Landes. Ebenso aufsehenerregend war die katastrophale Niederlage, die die Partei im Herbst 1996 bei den Parlamentswahlen erlitt; deutlicher hätten die litauischen Wähler ihr Verdikt über die Politik der LDDP nicht aussprechen können.

Mein Beitrag orientiert sich an den oben genannten Zäsuren der Parteigeschichte und will verdeutlichen, welche Rolle die LDDP in der politischen Landschaft Litauens einnimmt und welche Ziele die Partei verfolgt. Für die Einschätzung der ehemaligen kommunistischen Partei Litauens ist ein Blick auf die Jahre des Kampfes um die Unabhängigkeit Litauens von zentraler Bedeutung. Erst der historische Hintergrund vermittelt ein tieferes Verständnis der litauischen politischen Entwicklung.

Seit spätestens Mitte der 60er Jahre war die litauische kommunistische Partei dadurch geprägt, daß mehr als 70% ihrer Mitglieder Litauer waren. Deswegen kann man von einem nationallitauischen Element sprechen, was sich – trotz aller Abhängigkeit von der Moskauer Zentrale – auch in der Entwicklung der litauischen Sowjetrepublik niederschlug. Nichts zeigt die Affinität zwischen der KPL und der im Gefolge der Perestroika entstehenden baltischen Freiheitsbewegungen deutlicher als die Tatsache, daß von 36 Mitgliedern der Initiativgruppe von Sąjudis 17 Parteigenossen waren.³⁷⁸ Relativ schnell fand ein personelles Revirement innerhalb der KPL statt, als dessen Symbol die Wahl von Algirdas Brazauskas zum Generalsekretär im Oktober 1988 gesehen werden kann. Brazauskas, der keine Berührungängste im Umgang mit Sąjudis hatte und zudem über eine medienwirksame Volkstümlichkeit verfügt, avancierte schnell zu einem der populärsten Politiker Litauens.

Bereits 1989 bewies die neue KPL-Führung (und mit ihr die Partei), daß sie auch die Auseinandersetzung mit Moskau nicht scheute: Eine breite Mehrheit entschied sich auf dem XX. Parteitag im Dezember 1989 für die offizielle Trennung von der KPdSU. Da sich zugleich eine Minderheit moskautreuer Kommunisten abspaltete, war endgültig auch in der litauischen Öffentlichkeit ersichtlich, daß sich die KPL von den alten Idealen des internationalen Sozialismus getrennt hatte und litauische Interessen vertrat.

Zwar führten die Wahlen zum Obersten Sowjet im Februar 1990 zu einem Sieg der Sąjudis-Bewegung unter Vytautas Landsbergis, die einen radikaleren Weg in die Unabhängigkeit als die KPL propagierte, doch gehörten auch alle KPL-Abgeordneten zu den Unterzeichnern der Unabhängigkeitserklärung vom 11. März 1990. Der Kampf um die Unabhängigkeit, der erst mit dem mißlungenen Moskauer Putsch vom August 1991 endete, fand die selbständige KP Litauens an der Seite der rechtmäßigen Regierung. So hatte sich die Partei in unzweideutiger

³⁷⁸ Vgl. Krupavičius, Algis: Prokommunistinė transformacija ir Lietuvos partijos (Die postkommunistische Transformation und die litauischen Parteien), in: Ders. (Hrsg.): Politinės partijos Lietuvoje – Atgimimas ir veikla (Politische Parteien in Litauen – Wiederentstehung und Tätigkeit), S. 39.

Weise zur litauischen Unabhängigkeit bekannt und damit die Voraussetzung für die eigene Eingliederung in die junge litauische Demokratie geschaffen. Eine Diskreditierung der Partei und ihrer Führung als Kollaborateure Moskaus oder gar als "fünfte Kolonne" war ausgeschlossen; vielmehr hatten die Kommunisten unter Brazauskas maßgeblich an der Wiedererlangung der Unabhängigkeit mitgewirkt, ja das Land bis an die Schwelle der Souveränität geführt.³⁷⁹

Augenscheinlich wurde die Neuorientierung der Partei während eines Sonderparteitages im Dezember 1990. Das Plenum faßte den Beschluß, die Partei in Demokratische Arbeitspartei Litauens (Lietuvos demokratinė darbo partija = LDDP) umzubenennen. In ihrem Programm bekannte sich die LDDP zur Demokratie als Staatsform und bezeichnete sich selbst als sozialdemokratische Partei. Nach dem Parteitag sank die Zahl der Parteimitglieder nochmals rapide von 21 000 auf 15 000, was als klares Indiz zu sehen ist, daß die Umorientierung auch unter den Parteigenossen nicht nur als politische Taktik gesehen wurde.³⁸⁰

Die LDDP konnte den alten Parteiapparat übernehmen und reformieren, was ihr einen nicht unbedeutenden Startvorsprung gegenüber den anderen politischen Gruppierungen und Parteien in der nun beginnenden demokratischen Auseinandersetzung verschaffte. Zudem nutzte die Führung auch die Chance, die Parteiorganisation auf eine neue demokratische Grundlage zu stellen und damit eine innerparteiliche demokratische Entscheidungsfindung zu schaffen, auch wenn die praktische Umsetzung lange hinter den theoretischen Ansprüchen hinterherhinkte.³⁸¹ Entscheidend für den Aufstieg der Partei war aber neben der großen Popularität von Brazauskas das eindeutige Bekenntnis zum neuen litauischen Staat und zur Fortführung der begonnenen Reformen, wobei die LDDP allerdings zu einem langsameren Tempo und sozial verträglicheren Schritten riet. Diese Ausrichtung fand eine starke Resonanz in der Bevölkerung und erklärt den klaren Sieg der LDDP bei den Parlamentswahlen im Herbst 1992. Die litauischen Wähler entschieden sich nicht – um dies nochmals deutlich zu betonen – für eine Rückkehr zum Kommunismus, sondern sie stimmten für eine Partei, an deren nationallitauischer Haltung kein Zweifel bestand und die für eine sozial gerechtere Fortsetzung des Transformationsprozesses eintrat.³⁸²

Aufgrund der klaren Mehrheit und der Erwartungshaltung der Bevölkerung stand die LDDP von Beginn der Legislaturperiode an unter starkem Druck. Hinzu kam, daß sie durch die im Frühjahr 1993 folgende Präsidentenwahl zwar nochmals einen großen Sieg feiern konnte, zugleich aber mit der Wahl von Algirdas Brazauskas zum Staatsoberhaupt ihren populärsten Politiker verlor, denn aufgrund der litauischen Verfassung hat sich der Präsident parteipoliti-

³⁷⁹ Ausführlich ist dieser Prozeß dargestellt bei Liekis, Algimantas: LKP Agonijos kronika - Dokumentinė apybraiža (Chronik des Unterganges der KPL – Eine dokumentarische Skizze), Band 1 Vilnius 1996 und Senn, Alfred Erich: Gorbachev's failure in Lithuania, New York 1995. Vgl. dazu auch meine Darstellung: Die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit in Litauen, Berichte des Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche und internationale Studien 28-1997, Köln 1997.

³⁸⁰ Vgl. Krupavičius, wie Anm. 378, S. 49 f. Der Autor interpretiert diesen Vorgang als wesentlichen Schritt des Transformationsprozesses der Partei.

³⁸¹ Vgl. Krupavičius, wie Anm. 378, S. 67 f..

³⁸² Bereits ab Januar 1992 überstieg die Popularität der LDDP und ihres Vorsitzenden Brazauskas die der konservativen Kräfte unter Landsbergis bei weitem. Vgl. Gaidys, Vladas: Partijų popularimas viešosios nuomonės apklausose 1989-1996 m. (Die Popularität der Parteien in Erhebungen zur öffentlichen Meinung), in: Krupavičius, wie Anm. 378, S. 99.

scher Aktivitäten zu enthalten.³⁸³ Brazauskas selbst kritisierte in den vergangenen Jahren oft in klaren Worten die ehemalige eigene Partei, so daß an der Unabhängigkeit des Präsidenten und seinem Amtsverständnis kein Zweifel besteht.³⁸⁴

Trotz vieler damaliger Befürchtungen kann die Übernahme der Regierungsgewalt durch die LDDP aus heutiger Sicht nicht als radikaler politischer Umschwung bezeichnet werden. Vielmehr entwickelten sich sehr schnell politische Kontinuitäten in praktisch allen Bereichen. Die unter konservativer Ägide eingeleiteten Transformationsprozesse wurden auch unter der LDDP fortgesetzt. Deutlich zeigt sich dies etwa in der Währungspolitik, die im Frühjahr 1993 zur Einführung des Litas führte, aber auch im Abzug der letzten russischen Truppen aus Litauen im Herbst 1993. So kamen unter der neuen Regierung Entwicklungen, die im Verständnis der Bevölkerung tiefe Zäsuren darstellen, zum Abschluß, die bereits von den Konservativen vorbereitet worden waren. Besonders deutlich wird die eben angedeutete Kontinuität auch im Bereich der Außenpolitik. Vertrat die LDDP noch 1992 die Meinung, Litauen habe eine neutrale Position zwischen Ost und West zu suchen, was vor allem in einer Verbesserung der Beziehungen zu Rußland zum Ausdruck kommen sollte, so war die litauische Republik im Januar 1994 das erste Land, das ehemals zur Sowjetunion gehört hatte, das einen offiziellen Aufnahmeantrag in die NATO stellte.³⁸⁵

Die schwierige soziale Situation großer Teile der Bevölkerung konnte die LDDP während ihrer vierjährigen Herrschaft nicht maßgeblich verbessern. Die geringen Steuereinnahmen und das damit verbundene Haushaltsloch verhinderten flankierende soziale Maßnahmen während des Transformationsprozesses, was zu massiver Unzufriedenheit in weiten Teilen der Bevölkerung führte. So gelang es zwar, die Inflationsrate ab 1995 massiv zu verringern, aber die Leidtragenden der restriktiven Haushaltspolitik waren vor allem Rentner und Angestellte des öffentlichen Dienstes, die ihren Lebensunterhalt fast nicht mehr decken können. Die Krise der Landwirtschaft betraf und betrifft zudem eine Bevölkerungsgruppe, die die LDDP zu ihrer besonderen Klientel zählt.

So führte die Regierungsverantwortung die Partei in eine innere Zerreißprobe. Die realen Sachzwänge standen im Widerspruch zu den programmatischen Zielen. Daher überrascht es nicht, daß sich inner- und außerhalb der Seimasfraktion scharfe Kritik am eingeschlagenen Weg erhob und eine "sozialistischere" Politik gefordert wurde. Mehrere LDDP-Abgeordnete kehrten der Partei während der abgelaufenen Legislaturperiode den Rücken.³⁸⁶

In der Tat zeigen Wähleranalysen recht deutlich, daß die Partei vor allem Anhänger auf dem Lande und in den mittleren und unteren Verwaltungspositionen findet; daneben weisen ethnische Minderheiten eine starke Affinität zur LDDP auf. Die meisten LDDP-Wähler gehören der Generation der zwischen 30 und 60-jährigen an.³⁸⁷ Allein die demographisch-soziologische Zusammensetzung der Wählerschaft verdeutlicht, weswegen die LDDP bei den Parlamentswahlen 1996 von vornherein eine schlechte Ausgangsposition hatte, denn ihre

³⁸³ Vgl. Tauber, Joachim: Politische Normalität – soziale Defizite. Politik und Gesellschaft in Litauen 1995/96, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Jahrbuch 1996/97: Nach sieben Jahren Transformation – wie viele Osteuropas? (im Druck).

³⁸⁴ Bis zum Sommer 1997 hat Brazauskas noch nicht erklärt, ob er für eine zweite Amtsperiode zur Verfügung steht. In Umfragen erhält der jetzige Präsident weiterhin von allen Kandidaten die größte Zustimmung.

³⁸⁵ Vgl. dazu Tauber, Joachim: Litauen und die NATO, in: Osteuropa 6/94, A 322 ff..

³⁸⁶ Vgl. Krupavičius, wie Anm. 378, S. 87 f.

³⁸⁷ Vgl. Gaidys, wie Anm. 382, S. 93 ff; Krupavičius, wie Anm. 378, S. 82.

Klientel gehört zu den "Verlierern" des Umwandlungsprozesses. Die Enttäuschung der 1992 geweckten Erwartungen führte dazu, daß die LDDP ihr Wählerpotential nicht mobilisieren konnte.³⁸⁸ Hinzu kommt, daß die Wählerbindung an eine Partei in Litauen noch nicht sehr stark ausgeprägt, also ein hoher Prozentsatz zu den Wechselwählern zu zählen ist.³⁸⁹

Den endgültigen Ausschlag für den erneuten Machtwechsel gaben allerdings die Bankenzusammenbrüche Ende 1995 und Anfang 1996. Viele Litauer verloren ihre Spareinlagen, die Regierung stand den teilweise dubiosen Geschäftsgebaren mancher Banken nicht nur hilflos gegenüber, sondern wurde durch den Ministerpräsidenten und Regierungschef Slež evièius selbst in den Skandal verwickelt. Slež evièius hatte aus Insiderquellen von dem bevorstehenden Zusammenbruch seiner Hausbank erfahren und gerade noch rechtzeitig sein Privatvermögen abgehoben. Erst ein Machtwort des Präsidenten erzwang den Rücktritt des Ministerpräsidenten, die LDDP-Fraktion hatte zunächst wochenlang versucht, den kompromittierten Regierungschef im Amt zu halten.³⁹⁰

Die Wahlen im Herbst 1996 präsentierten dann der LDDP die politische Quittung: mit knapp 10% der Stimmen ist die Partei jetzt zusammen mit den Sozialdemokraten nur noch die viertstärkste politische Macht des Landes hinter den Konservativen, den Christdemokraten und der Zentrumsunion. Sie stellt nur noch 12 Abgeordnete im Parlament, zwischen 1992 und 1996 gehörten 72 Parlamentarier der LDDP an.

In ersten Stellungnahmen kündigte die LDDP-Führung an, eine scharfe, aber konstruktive Opposition gegen die konservative Regierung führen zu wollen. In einem Fernsehinterview meinte der stellvertretende Parteivorsitzende Justinas Karosas: "Wir werden alles tun, damit im Seimas ... die rechten Gruppierungen, innerhalb deren es Tendenzen zur Radikalisierung gibt, nicht zu stark sind."³⁹¹ In diesem Zusammenhang wurde auch wieder die außenpolitische Karte gespielt, indem die LDDP behauptete, die neue Regierung werde die Beziehungen zu den Nachbarstaaten, insbesondere zu Rußland, verschlechtern.³⁹² Damit wiederholte die Partei diejenigen Argumente, die sie bereits 1992 verwendet und mit der sie den Wahlkampf 1996 geführt hatte, auch nach der Niederlage.

Die LDDP befindet sich auch deswegen in einer schwierigen Situation, weil die litauischen Sozialdemokraten, die 1992 nur wenige Wähler anziehen konnten, inzwischen ebensoviele Abgeordnete stellen wie die LDDP. Der Versuch der LDDP, die LSDP in einer Koalition der Linksparteien an sich zu binden, wurden von den Sozialdemokraten kategorisch zurückgewiesen.³⁹³ Es ist mehr als zweifelhaft, ob sich innerhalb des litauischen Parteienspektrums zwei Parteien dauerhaft etablieren können, die sich als sozialdemokratisch bezeichnen.

³⁸⁸ Die Wahlbeteiligung 1996 lag bei knapp 50%, worunter sicherlich die LDDP am meisten zu leiden hatte.

³⁸⁹ Vgl. Krupavièius, wie Anm. 378, S. 62.

³⁹⁰ Eine ausführliche Darstellung der Affäre bei Tauber, Politische Normalität, wie Anm. 383.

³⁹¹ "Mes darysime visk¹, kad Seime... dešiniøjø pozicija, kurioje áþvelgiama radikalizmo tendencija, nebûtø per daug stipri." Fernsehsendung Panorama vom 23. Oktober 1996. Zit. nach <http://rc.lrs.lt/naujienos/> (Abfrage LDDP). (Die Zitation der Internet-Quellen nach: Page, Melvin E.: A brief Citation Guide for Internet Sources in History and the Humanities [http://www.uni-duesseldorf.de/WWW/Geschichte/_texte/_zitate2.htm]).

³⁹² Ebd., Lietuvos Aidas vom 24. Oktober 1996.

³⁹³ Ebd., Panorama vom 11. Oktober 1996.

Eine Auseinandersetzung über die Gründe der Niederlage fand nur in Ansätzen statt. Am 23. Oktober 1996 trat die Parteiführung geschlossen zurück und übernahm damit zwar die politische Verantwortung³⁹⁴, aber der sechste Parteitag der LDDP am 23. Dezember 1996 bestätigte Èeslovas Juršenas als Parteivorsitzenden, so daß eine hohe personelle Kontinuität weiterhin gewährleistet ist. Als Sündenbock für die Niederlage wurde nun Ex-Premier Slež evièius ausgemacht, wobei die Partei vergaß, daß sie selbst eine zentrale Rolle bei dem Skandal gespielt hatte, indem sie wochenlang nicht bereit war, sich von Slež evièius zu trennen. Die schwierige wirtschaftliche Lage und die damit verbundene Enttäuschung über die Regierungspartei wurden als Grund gesehen, weswegen es nicht gelungen sei, die eigenen Anhänger zu mobilisieren. Was sich schon im Wahlkampf 1996 abzeichnete, wurde auch im Dezember 1996 wieder offensichtlich: der Partei mangelt es an einer überzeugenden Neudefinition der eigenen Ziele. Die seit 1992 sattsam bekannten Argumente werden gebetsmühlenartig wiederholt, ohne damit eine neue Anziehungskraft unter den Wählern gewinnen zu können.

Bei den Kommunalwahlen am 23. März 1997 konnte die LDDP immerhin mit 14,5% einen gewissen Aufwärtstrend gegenüber dem Herbst 1996 verzeichnen³⁹⁵, was vom Parteivorsitzenden Juršenas als Trendwende interpretiert wurde.³⁹⁶ Umfrageergebnisse belegen allerdings, daß die Partei bei Parlamentswahlen weiterhin knapp unter 10% liegen würde, was ihrem Ergebnis vom Herbst 1996 entspricht.³⁹⁷ Offensichtlich hat die LDDP derzeit wenig Chancen, ihr Wählerpotential zu vergrößern.

Programmatisch versteht sich die Partei, wie bereits erwähnt, als der Sozialdemokratie nahestehend. In ihren offiziellen Verlautbarungen heißt es: "The Lithuanian Democratic Labour Party is a parliamentary, social democratic party, the principles of which are based on the key values of democratic socialism: freedom, justice and solidarity."³⁹⁸ Im politischen Spektrum bezeichnet sich die LDDP als "stable left wing party"³⁹⁹; ihre Aussagen zur wirtschaftlichen Grundordnung lehnen jegliche Planwirtschaft ab, sie tritt für Privateigentum, Marktwirtschaft und freies Unternehmertum ein. Einen wilden Kapitalismus lehnt die LDDP jedoch ab und räumt stattdessen dem Staat das Recht und die Aufgabe ein, die Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung zu legen. Insgesamt erinnern die wirtschaftlichen Vorstellungen stark an eine soziale Marktwirtschaft. Besonderen Wert legen die Parteiprogramme daher auf eine starke soziale Komponente, in der der Staat eine führende Rolle zu übernehmen hat, um allen Bürgern gleiche Möglichkeiten zu schaffen. Dadurch will die Partei auch den Prozeß der "welfare differentiation" zumindest abmildern, den sie als sozial ungerecht betrachtet.

Was die grundsätzliche Ausrichtung des Staatswesens betrifft, tritt die LDDP ohne jeden Zweifel für ein demokratisches, parlamentarisches Mehrparteiensystem ein, in dem die Menschenrechte geachtet werden. In Glaubensfragen fordert sie eine strikte Neutralität des Staates. Es gibt keinen Zweifel, daß die Partei sich den demokratischen Strukturen nicht nur ange-

³⁹⁴ Ebd., Panorama vom 23. Oktober 1996.

³⁹⁵ Die Wahlergebnisse nach der litauischen Nachrichtenagentur ELTA vom 1. April 1997. Quelle: <http://elta.elta.lt>.

³⁹⁶ Elta, wie Anm. 395, vom 24. März 1997.

³⁹⁷ Elta, wie Anm. 395, vom 3. Juni 1997.

³⁹⁸ N.N.: Lithuanian Democratic Labour Party's political orientation and attitude towards the statehood, Vilnius 1995, S. 1.

³⁹⁹ Ebd., S. 3.

paßt hat, sondern sie auch als Grundprinzip akzeptiert. Der demokratische Machtwechsel im Herbst 1996 liefert dafür den eindeutigen Beweis.⁴⁰⁰

Schwer tut sich die Partei dagegen im Umgang mit der eigenen Vergangenheit. Die Stellungnahmen zur monolithischen Einparteienherrschaft der Sowjetperiode erwecken den Eindruck, als spreche die LDDP, deren Mitglieder meist auch der KPL angehörten, von einer völlig anderen politischen Gruppierung. Eine Auseinandersetzung mit der sowjetkommunistischen Vergangenheit findet daher nicht statt.⁴⁰¹ Statt dessen wird immer – zweifellos nicht zu Unrecht – auf die klare Entscheidung für die litauische Unabhängigkeit verwiesen, die die Partei 1989/90 vollzog.

Abschließend sei als Fazit festgehalten, daß die LDDP heute zweifellos als eine demokratische Linkspartei zu bezeichnen ist, die unter dem Schlagwort "postkommunistisch" nicht mehr adäquat erfaßt werden kann. Sozialistische Ideologiefragmente finden sich in den Programmen und Verlautbarungen der LDDP ebensowenig wie ihre bisherige Politik in irgendeiner Form nahelegt, man orientiere sich an alten Denkmustern. Damit hebt sich die LDDP aus der Reihe der osteuropäischen ehemaligen kommunistischen Parteien deutlich hervor.

Ob die Partei eine Zukunft hat, wird sich in den nächsten Jahren zeigen. Immerhin konnte die sozialdemokratische Partei Litauens bei den letzten Parlamentswahlen mit der LDDP gleichziehen und ebenfalls 12 Abgeordnete in das Parlament entsenden. Auf jeden Fall stehen dem linken politischen Spektrum Litauens spannende Zeiten bevor.

⁴⁰⁰ Vgl. ebd. und N.N.: Programme of the Lithuanian Democratic Labour Party, adopted by the 3rd Congress of the LDDP in Vilnius, April 17-18 1993, o.O., 1993.

⁴⁰¹ Vgl. dazu meinen in Anm. 379 erwähnten Beitrag.

Rudolf A. Mark

Weißrußlands Kommunisten seit der Unabhängigkeit des Landes 1991

Vorbemerkung

Ein Signum der Kommunisten in Weißrußland und ihrer Strukturen war deren enge Einbindung in die Gesamtpartei der Bolševiki sowie ihre vorbehaltlose Unterordnung unter die Moskauer Zentrale. Schon bei der Konstituierung der Weißrussischen SSR spielten indigene Momente eine viel geringere Rolle als etwa in der Ukraine oder anderen Regionen des sich formierenden Sowjetimperiums. Nur für eine sehr kurze Zeitspanne in den 20er Jahren prägten Weißrussen, ihre Sprache und kulturellen Traditionen das politische und gesellschaftliche Leben des Landes, wobei schon damals die am 30.12.1918 als regionale Organisation gegründete Kommunistische Partei Weißrußlands/ KP(b)B (seit 1945 KPB) am kurzen Arm Moskaus geführt wurde. Als Statthalter vor Ort fungierten die Ersten Sekretäre, unter denen bis weit in die 1930er Jahre hinein kein Weißrusse zu finden war.⁴⁰² Gleichwohl - und dies ist bezeichnend - gab es zu keinem Zeitpunkt antirussische Ressentiments oder entsprechende Spannungen. Die Gründe dafür liegen in der Geschichte der Weißrussen, in ihrem wenig ausgeprägten nationalen Sonderbewußtsein, zu einem Teil wohl auch in der Tatsache, daß es die russisch bestimmte Sowjetmacht war, die Weißrußland zum ersten Mal in der Geschichte die Eigenstaatlichkeit brachte.

Die weitere Entwicklung prägte jedoch die seit den 30er Jahren von Moskau verfolgte Politik der Gleichschaltung, in deren Folge Weißrußland zu einer unauffälligen Provinz des Sowjetreiches degenerierte, in der die bescheidenen Ansätze der in den 20er Jahren beobachteten "nationalen Renaissance" sehr schnell verloren gingen.⁴⁰³ Sowjetisierung und Modernisierung des Landes förderten zudem die Russifizierung der sich jetzt erst entfaltenden und differenzierenden weißrussischen Gesellschaft, und was an indigenen Kräften und an nationalen Institutionen und Strukturen die 30er Jahre überdauert hatte, wurde schließlich im Zweiten Weltkrieg vernichtet.⁴⁰⁴

Dieser Krieg und die unter sowjetischen Fahnen erfahrene Befreiung von Terror und Not haben aber - wie man bis heute beobachten kann - die emotionalen Bindungen der Weißrussen an Rußland, an das russische Volk und die gemeinsame sowjetische Heimat immens gestärkt, zumal auch der Wiederaufbau nach dem Krieg und der industrielle Ausbau der SSR seit den 1960er Jahren mit einer kontinuierlichen Verbesserung des Lebensstandards und wachsendem Wohlstand der Bevölkerung Weißrußlands einhergingen. Hier gründeten letztlich die Wurzeln der Russen und Weißrussen verbindenden besonderen Beziehungen und ihre

⁴⁰² A.F. Mjasnikov (Armenier), V.S. Mickevicius-Kapsukas(Litauer), V. Bogucki (Pole), A.M. Asatkin-Vladimirskij u. A. I. Krynickij (Russen), V.G. Knoryn (Lette), J. Hamarnik (Tscheche), K.V. Gej (Este), N.F. Gikalo (Ingusche).

⁴⁰³ Dazu Vakar, N.P.: Belorussia. The Making of a Nation. Cambridge 1956, passim; Drweski, Bruno: La Bielorussie, Paris 1993, S. 76-88; Chiari, Bernhard: Nationale Renaissance, Belorussifizierung und Sowjetisierung: Erziehungs- und Bildungspolitik in Weißrußland 1922-1944, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, NF, Bd. 42 (1994) 4, S. 521-540.

⁴⁰⁴ Siehe dazu vor allem auch: Chiari, Bernhard: Alltag hinter der Front. Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrußland 1941-44, Düsseldorf 1998 (= Schriften des Bundesarchivs, Bd. 53).

weitgehende wechselseitige Assimilierung,⁴⁰⁵ die auch das Fundament für die enge Anbindung der weißrussischen Organisation der KPdSU an die Moskauer Zentrale bildeten. Mit anderen Worten: die Kommunisten der Weißrussischen SSR galten nicht ohne Grund als der moskautreueste Flügel der Partei, dessen Orthodoxie und konservative Strukturen gegen alle Neuerungen und Experimente besonders resistent zu sein schienen.

Im Unterschied zur Situation in den übrigen Unionsrepubliken, man denke nur etwa an die Ukraine, hatte es hier - mit wenigen Ausnahmen - so gut wie keine Erscheinungen von ideologischer und politischer Dissidenz gegeben⁴⁰⁶, und fast bis zum Ende der Sowjetunion war die alles beherrschende Stellung der KPB praktisch nicht in Frage gestellt worden. Nichtsdestoweniger konnte aber auch sie sich den durch Perestrojka und Glasnost´ initiierten Veränderungen nicht entziehen, mußten die weißrussischen Kommunisten die Entmachtung der KPdSU durch Gorbachev in Moskau sowie den Untergang der UdSSR erleben und schließlich nach der Unabhängigkeit Weißrußlands die Auflösung ihrer eigenen Organisation hinnehmen.

Zerfall und Ende der KPdSU in Weißrußland

Die die weißrussische Gesellschaft erschütternde Katastrophe von Tschernobyl und die Entdeckung der Massengräber im Wald von Kuropaty waren Erfahrungen, die maßgebliche Anstöße zur Formierung einer nationalen weißrussischen Oppositionsbewegung gaben. Diese, die Weißrussische Volksfront - Adradpënne, begann zwar seit 1988/89 die Vorherrschaft der KPB in Frage zu stellen, vermochte aber nicht zur bestimmenden Kraft in Weißrußland zu werden. Sie scheiterte letztendlich an der nach außen gezeigten Geschlossenheit und der immer wieder demonstrierten Entschiedenheit der Kommunisten, die Schalthebel der Macht nicht aus den Händen zu geben. Im Gegenteil, die KPB konterte mit "massive[n] Behinderungen und Verleumdungskampagnen"⁴⁰⁷ und konnte die offizielle Registrierung von Adradzenne bis in den Juni 1991 hinauszögern.

Allerdings hatten sich zwischenzeitlich innerhalb der Partei, die erst jetzt die Perestrojka tatsächlich wahrzunehmen schien, Ansätze von Wandlungen, aber dann auch schon erste Risse im inneren Gefüge gezeigt. Auf dem im Juni 1989 stattfindenden X. Plenum des ZK sah sich die Partei gezwungen, ihre Politik des "nationalen Nihilismus" aufzugeben, sich der "nationalen Wiedergeburt" zu öffnen,⁴⁰⁸ wobei wohl die Konstituierung des Volkskongresses in Moskau, auf dem Themen wie die Nationalitätenfrage und die Umgestaltung der föderativen

⁴⁰⁵ Eine Folge davon ist die bei vielen Bürgern des Landes seit der Unabhängigkeit beobachtete nationale Indifferenz und das Fehlen eines jeglichen Abgrenzungsbedürfnisses gegenüber Rußland. Manche Beobachter sprechen auch von "nihilistic attitudes towards the Belarussians' statehood and language, and a desire for political consolidation and re-unification with Russia"; Chakvin, Igor/Novogrodskii, Tadeush: Present-Day National Inter-Ethnic Relations in the Republic of Belarus, in: Segbers, Klaus/De Spiegeleire, Stephan (Eds.): Post-Soviet Puzzles. Mapping the Political Economy of the Former Soviet Union, Volume IV, Baden-Baden 1995, S. 153; vgl. auch Belarus: dva goda nezavisimosti (analitičeskie materialy po resul'tatam sociologičeskich issledovanij). Belorusskaja sociologičeskaja služ'ba "Obščestvennoe mnenie". Minsk 1992, S. 52-58.

⁴⁰⁶ Solchanyk, R.: Ukraina, Belorussia, and Moldavia: Imperial Integration, Russification, and the Struggle for National Survival, in: Hajda, Lubomyr/Beissinger, Mark (ed.): The Nationalities Factor in Soviet Politics and Society. Boulder u.a. 1990, S. 197.

⁴⁰⁷ Holtbrügge, Dirk: Weißrußland, München 1996, S. 46.

⁴⁰⁸ Sahn, Astrid: Die weißrussische Nationalbewegung nach der Katastrophe von Tschernobyl (1986-1991), Münster/Hamburg 1994, S. 32. Der Verfasser dankt Frau Sahn für kollegiale Hilfe bei der Materialsuche.

Struktur der UdSSR einen Schwerpunkt bildeten,⁴⁰⁹ entscheidende Impulse gegeben hatten. Auch die bereits zuvor in einzelnen lokalen Gliederungen beobachtete Lockerung der Parteidisziplin dürfte dabei eine Rolle gespielt haben. So hatte sich im März 1989 in Minsk ein politischer Klub "Kommunisten für die Perestrojka" zusammengefunden, aus dessen Reihen immer öfter kritische Töne zur Rolle der KPdSU zu hören waren. Aus ihm ging ein Jahr später, im Juli 1990, die "Demokratische Plattform Weißrußlands" hervor, die sich schließlich ganz von der KPB abwendete, für die Auflösung der KPdSU und die Nationalisierung ihres Vermögens plädierte.⁴¹⁰ Den Anfang vom Ende läutete jedoch der zur gleichen Zeit tagende XXVIII. Parteitag der KPdSU (2.-14. Juli 1990) in Moskau ein, dessen Resolutionen mit den bisher geltenden Dogmen der Partei, "Kernstück des politischen Systems" und "führende und lenkende Kraft der sowjetischen Gesellschaft"⁴¹¹ zu sein, gründlich aufräumten und sie zu einer beliebigen politischen Vereinigung werden ließen. Es wurde ebenfalls als eine Folge dieses Parteitags interpretiert, daß seither auch die KPB von einer Austrittswelle erfaßt wurde und dies in einem Ausmaß, daß in einzelnen Rajonen bereits im Frühjahr 1991 keine Parteiorganisationen mehr existierten.⁴¹² Dabei wurde natürlich als besonders schlimm empfunden, daß die Hälfte der ausgetretenen Mitglieder Werktätige, vor allem Arbeiter waren.⁴¹³ Falls die einschlägig genannten Zahlen stimmen, mußte die Partei in den Jahren 1990 und 1991 einen Verlust von rund 200.000 ihrer zuvor 697.608 eingeschriebenen Mitglieder verkraften.⁴¹⁴

Die KPB war nun in eine Krise geraten, und wenn auch ihre Monopolstellung kaum gefährdet war, waren doch Autorität und Ansehen der Kommunisten in der Öffentlichkeit deutlich gesunken. Dies manifestierte sich nicht nur bei den ersten Massendemonstrationen, als etwa im Februar 1990 in Minsk der seit Januar 1987 amtierende Erste Sekretär Efrem Sokolov und der Parlamentspräsident Dzemjancej von der Menge niedergeschrien wurden,⁴¹⁵ sondern auch in den Ergebnissen der März-Wahlen im gleichen Jahr. Nach ihrer Durchführung saßen sowohl im Minsker Stadtsowjet wie auch im Obersten Sowjet der Republik Deputierte, die Mitglieder der Volksfront waren oder sich als Anhänger der von dieser erhobenen Forderung nach einer Souveränitätserklärung des Landes erwiesen. Noch wichtiger war jedoch, daß diese Abgeordneten bei der Formulierung der weißrussischen Souveränitätserklärung mitreden und das Parlament zum Handeln zwingen konnten, wobei die Tatsache nicht unerheblich war, daß Stanislaw Šuškevič, der das Vertrauen der Volksfront wie auch die Unterstützung einiger kommunistischer Abgeordneter genoß, das Amt des stellvertretenden Parlamentspräsidenten bekleidete. Auch hier zeigte sich die durch Sondervoten und Faktionsbildungen⁴¹⁶ schwindene Kohäsion innerhalb der kommunistischen Parlamentsfraktion. Infolge dessen konnte die KPB, obgleich sie bei den Wahlen etwa 86% der Stimmen erhalten hatte, bei wichtigen Abstim-

⁴⁰⁹ Meissner, Boris: Gorbatschows Umbau des Sowjetsystems (IV), in: Osteuropa (im folgenden OE), 11/12 (1989), S. 1005-1007.

⁴¹⁰ Sahm, a.a.O., S. 34.

⁴¹¹ Meissner, B.: Die KPdSU zwischen Macht und Ohnmacht, in: OE, 1 (1991), S. 34 ff..

⁴¹² Semenov, V.M.: Poëinaja gor'kie plody, in: Izvestija CK KPSS, 7 (1991), S. 39.

⁴¹³ Ebd., S. 40; vgl. auch Timmermann, Heinz/Schneider, Eberhard: Voraussetzungen und Perspektiven für die neuen Parteien in der Sowjetunion. Ergebnisse einer Forschungsreise in drei Republiken, in: OE, 11 (1991), S. 1050.

⁴¹⁴ Belarus. Encykłapedyëny davednik. (Haloûny red. B.I.Sacanka). Minsk 1995, S. 364; Pankratowa, Elena: Politische Parteien ohne Einfluß, in: Wostok, 2/März-April 1997, S. 45.

⁴¹⁵ Vgl. Report on the USSR (im folgenden: Report), 10 (1990), S. 18 f..

⁴¹⁶ Vgl. Sahm, a.a.O., S. 34 f..

mungen nur noch auf etwa 250 und weniger der 360 Abgeordneten tatsächlich zählen.⁴¹⁷ Dies waren natürlich immer noch genügend, um den Obersten Sowjet auf konservativem Kurs zu halten.

Die Verabschiedung der weißrussischen Souveränitätserklärung am 27. Juli 1990 durch den Obersten Sowjet war somit das einzige Zugeständnis an den Zeitgeist, als die Volksfront sowie die meisten der sich nun formierenden politischen Parteien und Vereinigungen bereits die Unabhängigkeit und Entsowjetisierung des Landes zu fordern begannen. Aber selbst die Souveränitätserklärung war in enger Absprache zwischen Minsk und Moskau zustande gekommen und hielt expressis verbis die Absicht der weißrussischen Führung fest, möglichst umgehend Verhandlungen über einen neuen Unionsvertrag aufzunehmen.⁴¹⁸ Die KPB konnte sich dabei allerdings auf die Meinung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung stützen, wie die 82,7% für den Erhalt der Sowjetunion abgegebenen Ja-Stimmen auf dem Referendums im März 1991 unzweifelhaft belegten.⁴¹⁹

Vor diesem Hintergrund scheint es auf den ersten Blick ein Paradoxon zu sein, daß die Weißrussische SSR, deren Machtelite von der existierenden nationalen Opposition zwar kontinuierlich kritisiert wurde, die aber zu keinem Zeitpunkt von einer weißrussischen nationalemanzipatorischen Volksbewegung dazu gedrängt worden war, von eben dieser KPB zur unabhängigen, souveränen Republik Belarus' erklärt wurde. Bei näherem Hinsehen löst sich dieser Widerspruch jedoch rasch auf und es zeigt sich, daß die Proklamation der Unabhängigkeit nur ein taktischer Schritt - sozusagen eine ultima ratio - der Parteiführer gewesen war, um ihre Organisation, die zu den Befürwortern des Moskauer Putschversuchs im August 1991 gezählt hatte, der erwarteten Rache der Sieger Jelzin und Gorbachev zu entziehen.⁴²⁰

Bereits im Frühjahr jenes Jahres war die Partei in eine kritische Lage geraten, als nach Preiserhöhungen im April vor allem in Minsk Streiks und Demonstrationen das öffentliche Leben tagelang lahmlegten. Auf Massenveranstaltungen war aber nicht nur gegen die sich verschlechternden Lebensbedingungen demonstriert worden, Proteste hatten sich auch direkt gegen die KPB gerichtet, deren Auflösung genauso gefordert wurde wie der Rücktritt der erst ein Jahr amtierenden Regierung unter Kebiè. Auch Rufe nach Unabhängigkeit sowie für eine von Moskau unabhängige Politik Weißrußlands waren überall zu hören und zu lesen gewesen.⁴²¹ Nur sehr knapp waren die Kommunisten damals einem Kollaps ihres Regimes entkommen. Zwar konnten die aufgebrachten Werktätigen durch rasch verordnete Lohnerhöhungen relativ schnell zufriedengestellt werden, aber die Partei wäre beinahe auseinandergebrochen. Schon auf dem XXXI. Parteitag im November 1990 war der Erste Sekretär Efrem Sokolov überraschend zurückgetreten, was als ein Eingeständnis dafür interpretiert werden konnte, daß

⁴¹⁷ Vgl. Holtbrügge, a.a.O., S. 46; Sahm, aa.O., S. 26; Schneider, E.: Rußland auf Demokratiekurs? Neue Parteien, Bewegungen und Gewerkschaften in Rußland, Ukraine und Weißrußland, Köln 1994, S. 99.

⁴¹⁸ Vgl. Mihalisko, Kathleen: Belorussia as a Sovereign State: An Interview with Henadz' Hrushavy, in: Report, 2/35 (1990), S. 11 f; Holtbrügge, S. 47.

⁴¹⁹ Meissner, B.: Gorbatschow, Jelzin und der revolutionäre Umbruch in der Sowjetunion (I), in: OE, 12 (1991), S. 1193.

⁴²⁰ Dazu ausführlicher Stankievich, W.: The Events behind Belorussia's Independence Declaration, in: Report, 20.9.1991, S. 25 f; Mihalisko, K.: Belorussia: Setting Sail without a Compass, in: RFE/RL Research Report (im folgenden: RFE/RL), 3.1.1992, S. 40; Mark, Rudolf A.: Die politische Entwicklung in der Ukraine und in Weißrußland, in: Die GUS-Staaten in Europa und Asien, hrsg. v. B. Meissner/Alfred Eisfeld, Baden-Baden 1995 (= Nationen und Nationalitäten in Osteuropa, Bd. 3), S. 62 f..

⁴²¹ Mihalisko, Belorussia, a.a.O., S. 39 f; Holtbrügge, a.a.O., S. 47.

die Partei an den vielfältigen, neuen Herausforderungen gescheitert war.⁴²² Ein halbes Jahr später demonstrierte dessen Nachfolger Anatolij Malofeev, der zuletzt die Position des Ersten Sekretärs des Minsker Gebietspartei Komitees innegehabt hatte, daß er noch weit weniger ein Befürworter von Perestrojka, Reform und Glasnost´ war als sein Vorgänger. Denn angesichts der im Lande sich mehrenden Streiks und Massenproteste hatte Malofeev die Verhängung eines unionsweiten Ausnahmezustandes gefordert, war aber damit sowohl in Moskau als auch an einer Abstimmungscoalition zwischen Volksfront-Abgeordneten und Teilen der KPB-Fraktion im Obersten Sowjet in Minsk gescheitert.⁴²³

Wie hier deutlich geworden war, existierte in grundlegenden Fragen bereits kein innerparteilicher Konsens mehr, was schließlich zu einer ersten Spaltung führte. Als Reaktion auf die von Malofeev eingeschlagene politische Linie lösten sich im Juni 1991 33 Abgeordnete unter Führung eines gewissen Aleksandr Lukašenko von der KPB, um künftig als "Kommunisten Weißrußlands für Demokratie" eine eigene Parlamentsfraktion zu bilden. Ihre Mitglieder wollten sich für eine Umwandlung der KPB in eine demokratische Partei, für die Einführung von Privateigentum und echte Souveränität Weißrußlands einsetzen.⁴²⁴ Die weitere politische Entwicklung des Landes bot dieser Faktion jedoch keine Gelegenheit mehr, ihr Programm in die Tat umzusetzen. In die Geschichte wird sie als ein Beweis dafür eingehen, daß - anders als etwa in den Nachbarrepubliken - die KP in Weißrußland bis zuletzt ihre Bastionen verteidigen konnte.

Überlebensstrategien – Die Entwicklung seit 1991

Die KPB schien vor ihrer endgültigen Auflösung zu stehen, als durch Regierungsdekrete, die nach dem Augustputsch erlassen worden waren, alle Aktivitäten der Partei suspendiert und ihr Vermögen unter staatliche Aufsicht gestellt wurden. Gleichwohl blieben diese Verfügungen reine Formalien, denn die tief in Staat und Gesellschaft verwurzelte Partei und ihre Eliteschicht reagierten darauf mit flexiblen Überlebensstrategien. Keines der Kabinettsmitglieder hat jemals offiziell seinen Parteiaustritt erklärt, fast alle behielten ihre Ämter, und auch in den nachgeordneten Verwaltungen und Amtsstuben fand kein Revirement statt. Im Gegenteil: die weiter amtierende Regierung unter Kebic bot der ihrer Positionen verlustig gegangenen Partei-Nomenklatura hier Zuflucht und Auskommen, wie dies auch staatliche Wirtschaftsunternehmen, Bankinstitute und ähnliche Einrichtungen anbieten konnten.⁴²⁵ Zum Nachteil der Reformfähigkeit des Landes verdichtete sich so das aus dieser Machtelite gebildete Netz im Staats- und Regierungsapparat, während sich gleichzeitig Rahmen und Spielraum für demokratische Erneuerung und staatliche Reform erkennbar verringerten. Dies bedeutete, da auch der Anteil ehemaliger Parteisekretäre unter den Abgeordneten des Obersten Sowjets sehr hoch war und ca. ein Viertel der Deputierten in Regierungsstrukturen tätig waren,⁴²⁶ daß schließlich die "gewendete Partei- und Staatsnomenklatura nach einer kurzen Schwächephase 1991/92

⁴²² Vgl. Sahn, a.a.O., S. 33 f..

⁴²³ Stankievich, a.a.O., S. 88; Timmermann/Schneider, a.a.O., S. 1062.

⁴²⁴ Mihalisko, K.: Prospects for The Last Bulwark of Bolshevism in Eastern Europae, in: Report, 3/32 (1991), a.a.O., S. 15 ff; dies., Belorussia, a.a.O., S. 41; Sahn, S. 35.

⁴²⁵ Zaiko, Leonid: Elite Groups in the Republic of Belarus: Interpretation of the Expert Analysis, in: Segbers/De Spiegeleire, Volume III: Emerging Societal Actors - Economic, Social and Political Interests. Theories, Methods and Case Studies. Baden-Baden 1995, S. 247; Hoff, Magdalena/Timmermann, Heinz: Belarus in der Krise. Die "Partei der Macht" drängt auf Rückwendung nach Rußland, in: OE, 8 (1994), S. 731; Mihalisko, Belorussia, a.a.O., S. 39.

⁴²⁶ 105 von 345 Hoff/Timmermann, a.a.O., S. 732; Zvjazda. Belaruskaja Hazeta, 28.2.1992.

die strategischen Kommandohöhen in Politik, Wirtschaft, Militär und Massenmedien wieder fest in die Hand⁴²⁷ nehmen konnte. Hier liegen bis heute die Fundamente der sogenannten "Partei der Macht" von Belarus'.

Parallel zur Etablierung der ZK-Nomenklatura im weit verzweigten Staatsapparat erfolgten aber auch schon sehr früh Bemühungen zur Restituierung der KPB, die im eigentlichen Sinne nie wirklich bzw. nur für eine kurze Zeitspanne nach dem Putsch verboten worden war.⁴²⁸ Allerdings wurde ihr die offizielle Registrierung zunächst noch verweigert. Schon bald gingen jedoch Reaktivierungsversuche von der kommunistische Mehrheit im Obersten Sowjet und deren Fraktionsführer Ivan Karaënja aus. Noch wichtiger scheint dazu ein Initiativkomitee gewesen zu sein, das ehemalige GebietsparteiSekretäre gebildet hatten.⁴²⁹ So kam es schließlich am 7. bzw. am 10. Dezember 1991 zur Konstituierung der "Weißrussischen Partei der Kommunisten" (Partija kommunistov Belarusskaja, PKB), die sich als Nachfolgerin der KPB verstand⁴³⁰ - einer Neugründung für den Fall, daß letztere nicht wieder zugelassen würde.

Man kann es als symptomatisch für die bis heute konservative Strukturen fördernde politische Atmosphäre Weißrußlands betrachten, daß sich gleichzeitig allen Widrigkeiten zum Trotz auch die KPB über die Runden retten konnte. Minsk war seit Dezember 1991 nicht nur Hauptstadt der GUS geworden, auch als Zentrum und Ausgangspunkt für unterschiedliche Versuche zur Rettung oder Revitalisierung überkommener sowjetischer Institutionen begann es sich einen Namen zu machen, insbesondere nachdem Anfang Juni 1992 der Oberste Gerichtshof die bis dahin von den Gerichten verweigerte offizielle Registrierung der PKB möglich gemacht hatte.⁴³¹ Ungefähr ein halbes Jahr später, im Februar 1993, wurde das KP-Verbot dann ganz aufgehoben, das Parteivermögen jedoch noch nicht wieder zurückgegeben. Schon im April 1993 versammelten sich dann in Minsk die Vertreter von Komsomolorganisationen der ehemaligen Sowjetrepubliken, während gleichzeitig ein nicht öffentlicher, außerordentlicher XXXII. Parteitag der KPB abgehalten wurde.⁴³² Umfragen hatten ergeben, daß die beiden kommunistischen Parteien mit rund 30% noch immer die stärksten Parteien vor der weit abgeschlagenen Weißrussischen Volksfront darstellten.⁴³³ Eine Bündelung der Kräfte schien daher sinnvoll, auch angesichts der damals in der Öffentlichkeit erhobenen Forderungen, ein Referendum über Parlamentsneuwahlen durchzuführen, weshalb auf einem außerordentlichen Vereinigungs-Parteitag im Mai 1993 der Zusammenschluß mit der PKB beschlossen wurde. Die von Malofeev und dem früheren ZK-Sekretär Aleksej St. Kamaj geführte Partei versammelte eigenen Angaben gemäß noch immer 50.000 Mitglieder⁴³⁴ in ihren Reihen, von denen

⁴²⁷ Timmermann, H.: Belarus: Eine Diktatur im Herzen Europas?, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (im folgenden: BIOST), 10-1997, S. 11.

⁴²⁸ Vgl. Holtbrügge, a.a.O., S. 52.

⁴²⁹ RFE/RL, 1/ Nr. 5 (1992), a.a.O., S. 65; Mihalisko, Belorussia, a.a.O., S. 41.

⁴³⁰ Novikov, Vasilij: "PKB ne mogla ne okazat" sja v oppozicii", in: Belarusskaja Delovaja gazeta, 19.11.1997, Nr. 421; Götz, Roland/Halbach, Uwe: Politisches Lexikon GUS. München 1992, S. 72; Mihalisko, Belorussia, S. 41; Förster, Heinrich Linus: Von der Diktatur zur Demokratie – und zurück? Eine Auseinandersetzung mit der Problematik der Systemtransformation am Beispiel der ehemaligen Sowjetrepublik Belarußland. Hamburg 1998, S. 182.

⁴³¹ RFE/RL, 1/ Nr.24 (1992), S. 61.

⁴³² Izvestija, 25. und 26.4.1993; Novikov, a.a.O..

⁴³³ Izvestija, 26.5.1993.

⁴³⁴ Holtbrügge, D.: Im Schneckentempo ins Unbestimmte. Stand und Perspektiven der Wirtschaftsreformen in Weißrußland, in: OE, 9 (1993), S. 850; Pankratowa, Jelena: Politische Parteien ohne Einfluß, in: Wostok 2/97, März-April 1997, S. 45.

jedoch nicht alle den Zusammenschluß mit der PKB gutgeheißen haben dürften, wie spätere Zahlen, die einen deutlichen Mitgliederschwund erkennen lassen, belegen. Anbetrachts der unübersichtlichen Parteienlandschaft, mangelhafter Organisationsstrukturen sowie der auch in Weißrußland damals rapide wachsenden Parteienmüdigkeit war dies eine durchaus normale Erscheinung. Auch Malofeev, Kamaj oder etwa Dzemjancej verschwanden zwischenzeitlich in den Hintergrund der politischen Bühne.

Seit der Unabhängigkeit Weißrußlands waren Unübersichtlichkeit und eine komplizierte Gemengelage die hervorstechenden Merkmale des Parteienwesens. Alle politischen Strömungen und Gruppierungen boten nämlich ein höchst amorphes Erscheinungsbild, dessen Konturen durch Blockbildungen, Abstimmungscoalitionen und eine sehr hohe Fluktuation des Mitgliederbestands bis heute nur schwer zu erfassen sind. Der eigentlich aufgelösten KPB, d.h. Teilen von ihr, gewährten aber gerade diese Bedingungen die Möglichkeit, sich über die Zeit zu retten. Mit anderen linken Parteien - einschließlich einer schon seit März 1992 bestehenden kommunistischen Parlamentsfraktion "Belarus" - bildete sie im März 1993 eine "Volksbewegung von Belarus"⁴³⁵, die eng mit der PKB zusammenarbeitete⁴³⁶ und im Januar 1994 mit zum Sturz von Šuškeviè beitrug.

Der für die Bewegung gewählte Name bedeutete natürlich keine nationale Orientierung in einem ethnisch affirmativen Sinn. In der nationalen Frage bekannte sich der Block dezidiert zum Internationalismus, zur Idee der Erneuerung der Sowjetunion. Der als Sprecher einer zum Gründungskongreß am 11. März angereisten russischen Delegation⁴³⁷ auftretende Abgeordnete Sergej Barburin dürfte die Meinung der damals Versammelten zu dieser Frage exakt wiedergegeben haben. "Wir möchten," - hob er hervor - "daß unsere Kollegen im Obersten Sowjet der Republik Belarus' vom Volk von Belarus nicht einfach ein Mandat erhalten für Gespräche über irgendeine Konföderation, die nur eine schlechtere Wiederholung der GUS wäre, sondern für die Wiederherstellung unseres brüderlichen, föderativen Staates".⁴³⁸ In dieselbe Kerbe hieb schließlich auch A. Lukašenko, als er mit Blick auf das mangelnde Interesse der GUS-Staaten an einer Reintegration zu dem Schluß gelangte: "Auch wenn heute einzelne Politiker in der Ukraine und in anderen Staaten für eine Vereinigung noch nicht reif sind, wir müssen beginnen, uns in Richtung Rußland zu bewegen. Wir müssen die abgenutzte Idee einer Wirtschaftsunion aufgeben und eine politische Lösung erreichen".⁴³⁹ Auch deshalb wandte sich die Bewegung dezidiert gegen die vor allem von der nationalen Opposition geforderte Belorussifizierung und trat explizit für Russisch als gleichberechtigte Staatssprache neben dem Weißrussischen ein.⁴⁴⁰ Mit dieser politischen Philosophie lag sie völlig auf Regie-

⁴³⁵ Sie umfaßte den gesamten linken Flügel des politischen Spektrums, insgesamt 18 politische und gesellschaftliche Vereinigungen, darunter: die ehemaligen offiziellen Gewerkschaften, den Bund der Offiziere, die Slawische Sammlung "Belaja Rus", Komsomolzen und die Parlamentsfraktion "Union".

⁴³⁶ Dazu ausführlicher Mihalisko, K.: Political Crisis in Postcommunist Belarus, in: RFE/ RL 1/22 (1992), S. 29; Steht Belarus vor Neuwahlen?, in: Wostok, 5/1993, S. 15 f.; Umbach, Frank: Außen- und sicherheitspolitische Orientierungen Weißrußlands, in: OE, 3/1994, S. 247; Steht Belarus vor einer politischen Wende?, in: Wostok, März-April 1994, S. 41; Hoff/Timmermann, S. 724, 731 f..

⁴³⁷ Weitere De legationen waren aus der Ukraine und Litauen angereist.

⁴³⁸ Zitiert nach Gukovskij, Igor: Aleksandr Lukašenko raskryvaet karty, Respublika, Nr. 180 (467), 14.3.1993.

⁴³⁹ Ebd.; Zlydzenka, N.: Kanhres naroda Belarusi, Homel skaja praŭda, Nr. 106, 14.3.1993.

⁴⁴⁰ Buchovec, O.G.: Političeskie partii i nacional-radikalizm v Belorussii, in: Političeskie partii v Rossii i na Zapade: Funkcionirovanie partijnych sistem. Problemo-tematičeskij sbornik. Otv. red. V.P.Ljubin. Moskva 1995, S. 102 ff..

rungskurs⁴⁴¹ und bildete so zusammen mit sogenannten "parteilosen" Abgeordneten linker Couleur das parlamentarische Fundament für den reformfeindlichen Regierungs- und Staatsapparat - bis zum Machtantritt Lukašenkos.

Im Vordergrund des politischen Geschehens agierte aber die im Dezember 1991 gegründete PKB. Letztere war aus mehreren Gründen eher geeignet, die politische Fortexistenz der am Kommunismus ostentativ festhaltenden Gruppen und Kreise zu sichern als die KPB. Sie konnte nach außen als eine Neubildung firmieren, die die alten, überkommenen Strukturen hinter sich gelassen hatte, und sozusagen ohne formalen Ballast aus der Vergangenheit flexibler auf tagesaktuelle Erfordernisse reagieren konnte. Erleichtert wurde dies auch durch die Tatsache, daß sich die Angehörigen der obersten Nomenklaturaschicht mit ihren Staats- und Regierungspfründen zufrieden zu geben schienen und bis heute in der Öffentlichkeit als "parteilose" auftreten. So wurde dies die Stunde der einstigen Stellvertreter bzw. der Sekretäre nachgeordneter Bereiche und Parteiebenen, die sich mit der PKB nicht nur eine neue politische Heimat schaffen wollten. Sie hatten zudem wohl auch weniger ideologische Skrupel, sich den jeweiligen Machtverhältnissen anzupassen.

Spiritus rector wie Organisator der PKB war der ehemalige Zweite (Ideologie)Sekretär des Minsker Stadtpartei Komitees, Viktor Èykin, der neben Sergej Kaljakin die führende Rolle spielte. Cykin hatte zuvor schon eine neobolschewistische, sowjetnostalgische Gruppe organisiert, die "Bewegung der Arbeiter der Republik Belarus für Demokratie, sozialen Fortschritt und Gerechtigkeit", die sich um die von ihm seit Juni 1990 herausgegebene "unabhängige linke Zeitung" "My i vremja" sammelte. Ihre Artikel zeichneten sich damals schon durch einen antiliberalen, antiwestlichen und teilweise auch antisemitisch-antizionistischen Charakter aus; und daran hat sich bis heute nichts Wesentliches verändert, sieht man einmal davon ab, daß die Zeitung auf ihren Seiten inzwischen auch gerne die Bibel oder kirchliche Hierarchen zitiert.

Die PKB, deren offizielle Registrierung nicht lange auf sich warten ließ und Anfang Juni 1992 erfolgte,⁴⁴² zählte zunächst nur 15.000 Mitglieder, aber rund 60.000,⁴⁴³ nachdem sie die Masse der KPB in ihre Reihen aufgenommen hatte. Außerdem konnte sie sich auf 72 Abgeordnete im Obersten Sowjet stützen.⁴⁴⁴ Allerdings wurde spätestens bei den Präsidentschaftswahlen 1994 klar, daß die Kommunisten für sich genommen keine entscheidende Kraft mehr darstellten, sie nur im Verbund mit affilierten Gruppierungen ihre Ziele erreichen konnten. Die fortschreitende politische Desorientierung, Politikmüdigkeit und materielle Depravierung der Bevölkerung ließ diese nach Hoffnungsträgern ausschauen, denen man die Überwindung von Inkompetenz, Stagnation und Perspektivlosigkeit zutrauen würde; vor diesem Hintergrund konnte daher ein sich volksnahe gerierender Politiker wie Aleksandr Lukašenko, der mit simplen Wahrheiten hausieren gegangen war und rasche Verbesserungen versprochen hatte, schließlich das Rennen machen. Alle übrigen Kandidaten waren weit abgeschlagen worden, wobei der KP-Kandidat Novikov mit 4,9% der Stimmen im ersten Wahlgang das schlechteste Ergebnis erreicht hatte.⁴⁴⁵

⁴⁴¹ Der damals noch amtierende Ministerpräsident Kebiè hatte schon Anfang 1992 öffentlich erklärt, daß die Auflösung der SU Weißrußland von Rußland nicht trennen könne: "Einen Fehler macht...wer darauf setzt, daß man Weißrußland von Rußland losreißen könne. Ohne es können wir nicht überleben." *Sustreàa prem'era z milicyjaj*, in: *Dobry veàar*, 28.2.1992.

⁴⁴² RFE/ RL 1/24 1992, S. 61.

⁴⁴³ Vgl. ebenda; Pankratowa, a.a.O., S. 46; Hoff/Timmermann, a.a.O., S. 732.

⁴⁴⁴ Holtbrügge, *Im Schneckentempo*, S. 850.

⁴⁴⁵ Timmermann, *Belarus*, S. 12.

Es erübrigt sich fast, darauf hinzuweisen, daß dies auch ein Resultat mangelnder wahltaktischer Absprachen zwischen den etablierten konservativen Eliten war. Hier manifestierte sich zudem die längst verlorengegangene Homogenität der kommunistisch-sowjetischen Kräfte des Landes und die ihr zugrunde liegende politisch-ideologische Diversifizierung - ungeachtet des von allen geteilten Strebens nach Machterhalt. Die Absonderung der Nomenklatura des landwirtschaftlichen und agroindustriellen Sektors von der KP und die Gründung einer eigenen Organisation bieten dafür ein anschauliches Beispiel, nicht unähnlich den Verhältnissen in der Rußländischen Föderation.

Auf Initiative des ehemaligen Kolchosvorsitzenden und Professors für Politökonomie an der Minsker Universität, Semen G. Šareckij, sowie des ehemaligen stellvertretenden Landwirtschaftsministers der Weißrussischen SSR, Jurij Chusajinov,⁴⁴⁶ hatte sich am 13. Juni 1992 in Senica bei Minsk die "Vereinigte Agrardemokratische Partei von Belarus" konstituiert, die sich später in "Agrarpartei von Belarus" umbenannte. Auf ihrem Gründungsparteitag wurden 250 Mitglieder registriert, die aus allen sechs Gebieten Weißrußlands stammten, wobei Minsk mit 79 Repräsentanten am stärksten vertreten war.⁴⁴⁷ 1995 soll die Partei schließlich 10.000 Mitglieder gezählt haben.⁴⁴⁸ Alleiniger Vorsitzender ist seit dem III. Parteitag im März 1993 Šareckij, der als ehemaliger Berater des Ministerpräsidenten Kebiè - und wie andere Führer der Partei auch - recht eng mit dem Regierungsapparat verbunden gewesen war. Die Herkunft der Funktionärsriege läßt dabei unschwer erkennen, daß die Agrarpartei den besonders konservativen landwirtschaftlichen Sektor organisieren⁴⁴⁹ und für die machthabende Elite kontrollieren sollte. Minsk half dabei mit enormen staatlichen Subventionen, die bis zu 28% des weißrussischen Gesamthaushalts ausmachten.⁴⁵⁰ Die Agrarier entwickelten sich so neben den Kommunisten zu einer verlässlichen Stütze der Macht im parlamentarischen System, was sich nicht zuletzt auch darin ausdrückte, daß ihr Vorsitzender nach den Parlamentswahlen des Jahres 1995 zum Präsidenten des Obersten Sowjet gewählt wurde.

Mit den nominell kommunistischen Gruppierungen und Kräften teilen die Agrarier die Abneigung gegenüber den Verträgen von Belovez und Minsk sowie eine nostalgisch verklärte Erinnerung an die UdSSR. Daher traten sie von Anbeginn an zwar für die Souveränität Weißrußlands ein, plädierten aber gleichzeitig für eine Reintegration der ehemaligen Sowjetrepubliken mit Rußland auf konföderativer oder vergleichbarer Basis. Oder mit den Worten Šareckij: "Die Souveränität des Volkes ist das Recht jedes Volkes, seine Geschicke zu entscheiden. Wir sind für eine solche Souveränität. Was aber die staatliche Unabhängigkeit angeht, so kann es diese in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe der Weltgesellschaft nicht

⁴⁴⁶ Investitionsführer Belarus. Hrsg. von TRANSFER Gesellschaft für kooperative Regionalentwicklung in Europa mbH. Dortmund 1993, S. 25.

⁴⁴⁷ Agrarnaja partija Belarusi (Oficial'noe izdanie). Otvet. V.A.Svjatskaja, V.A.San'ko, I.I.Prokopoviè. Minsk 1995, S. 3.

⁴⁴⁸ Sahn, A.: Kein politischer Frühling in Belarus. Das Scheitern der Parlamentswahlen im Mai 1995 und die Verselbständigungstendenzen der Exekutive, in: OE, 11 1995, S. 1028.

⁴⁴⁹ Dazu lautet Art. I des Parteiprogramms: Die Agrarpartei von Weißrußland ist eine politische Massenorganisation. In ihren Reihen vereint sie und drückt die Interessen aus der Mehrheit der Kolchozniki und Bauern, der Sovchozarbeiter und der ländlichen Anbauer, der Arbeiter der ländlichen Dienstleistungen und der in den Verarbeitungsbetrieben tätigen, der Funktionäre der Verbraucherkooperationen, der alltäglichen Dienstleistungen und der Waldwirtschaft, der Lehrer, Kulturfunktionäre und Ärzte, der Wissenschaftler und Studenten, der Datschenbesitzer und Hobbygärtner und aller Bürger der 'Republik Belarus', die die Sorgen um die Entwicklung des agroindustriellen Komplexes als der materiellen Grundlage der Existenz der Gesellschaft teilen", in: Agrarnaja Partija, S. 69.

⁴⁵⁰ Holtbrügge, Weißrußland, S. 73 f..

geben.⁴⁵¹ Auch darüber, daß ein Teil der Schuld für die desolate Wirtschaft des Landes auf das Konto "antistaatlicher, gegen das Volk gerichteter und parasitärer Aktivitäten der Banken" gehe und das Resultat "neokolonialistischer" Versuche auswärtiger Staaten sei, die weißrussischen Märkte zu beherrschen⁴⁵², sind sich die Agrarier mit den Kommunisten einig.

Allerdings gibt es daneben auch markante Unterschiede, die zumindest beim Vergleich der Statute und Parteiprogramme ins Auge springen, da in ihnen sozialdemokratische Prinzipien und Forderungen die ideologische Grundlage konstituieren. Die Agrarier bekennen sich zum "demokratischen Sozialismus", lehnen "die Diktatur jeder Klasse, jeder sozialen Schicht und jeder gesellschaftlichen oder staatlichen Struktur" ab. Sie treten für Rechtsstaatlichkeit, ein demokratisches, Menschenrechte achtendes Staatswesen, für Privateigentum und Privatbesitz an Grund und Boden sowie für deren Schutz ein, fordern "soziale Marktwirtschaft", aber auch "staatliche Regulierungen" neben Entstaatlichung und Reform der Kolchosen und Sowchosen.⁴⁵³

Es ist hier hervorzuheben, daß Parteiprogramme wie auch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei im praktischen politischen Leben Weißrußlands nur sekundäre Bedeutung besitzen und nur grobe bzw. tendenzielle Orientierungen über eine Gruppierung oder einen Politiker ermöglichen. Viel wichtiger erweist sich das professionelle Umfeld bzw. Nähe oder Ferne von Institutionen und Menschen zum Machtapparat und dessen regionalen Strukturen. Daher sind Parteigrenzen fließend, Fraktionierungen und Wechsel genauso gang und gebe wie Abstimmungscoalitionen oder große Wahlbündnisse, wenn es die gemeinsame Interessenlage erfordern sollte. Die Entwicklung in Weißrußland seit Machtantritt Lukašenkos hat dies in extenso demonstriert.

Der erste Staatspräsident in der Geschichte des Landes, A. Lukašenko, hat schon sehr bald nach seiner Wahl zu erkennen gegeben, daß er Pluralismus, Parlamentarismus oder etwa Gewaltenteilung für westliche, antislawische Erfindungen hält, und er hat seinen Ankündigungen auch Taten folgen lassen. Er, der als einziger Abgeordneter des Obersten Sowjets gegen die Auflösung der Sowjetunion gestimmt hatte, genoß anfangs viel Verständnis in den Reihen der Kommunisten, die Agrarier eingeschlossen. Erst als Lukašenko energisch daranging, die Präsidentenherrschaft bis in die lokalen Administrationen hinein auszudehnen, die sogenannte "präsidiale Vertikale"⁴⁵⁴ auf- und auszubauen, und zugunsten der Exekutive das Parlament auszuschalten versuchte, begann sich dies zu ändern.

Zunächst standen die Kommunisten sowohl bei den Auseinandersetzungen des Präsidenten mit der nationaldemokratischen Opposition um die Gedenkfeierlichkeiten anlässlich des 50. Jahrestages des Sieges im Zweiten Weltkrieg, wie auch bei den Diskussionen über ein neues Wahlsystem ganz auf der Seite Lukašenkos. Auch das von der Volksfront heftig bekämpfte Referendum über die Aufwertung der russischen Sprache, der Wiedereinführung von Staatssymbolen und Emblemen sowjetischer Prägung sowie über erweiterte Rechte des Präsidenten zur Auflösung des Parlaments, fand die aktive Unterstützung von Agrariern wie Kommunisten.⁴⁵⁵ Zumindest für die beiden ersten Fragen hatten sie auch die überwiegende

⁴⁵¹ Doklad sopedredatelja Agrarnoj partii Belarusi S.G Šareckogo na III s-ezde 11.3.1995 goda, in: Agrarnaja partija, S. 45; Art. 2, Programma Agrarnoj partii Belarusi, in: Ebenda, S. 69.

⁴⁵² Ebd., S. 70 f..

⁴⁵³ Ebd., S. 69-77.

⁴⁵⁴ Vgl. dazu Förster, Von der Diktatur, S. 254 ff..

⁴⁵⁵ Vgl. etwa den Aufruf des Polocker Stadtkomitees der PKB dazu: Jaðe raz ab dzjarpaũnych simvalach, Vicebski raboèy, Nr. 91, 11 iunja 1993; Sahm, Kein politischer Frühling, S. 1027.

Mehrheit der Bevölkerung hinter sich. Profitiert haben beide zudem von den sehr restriktiven Bestimmungen des von Lukašenko durchgesetzten Wahlgesetzes sowie den allen Parteien auferlegten Beschränkungen im Wahlkampf. So mußte ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen, und das bei mindestens 50% Wahlbeteiligung im jeweiligen Wahlbezirk. Wahlpropaganda durfte nur in einem sehr begrenzten Umfang stattfinden, und jeder Kandidat durfte nicht mehr als umgerechnet rund 80 DM dafür ausgeben etc. Diese Bestimmungen sind daher auch zu Recht als "Wahlverhinderungsregeln"⁴⁵⁶ bezeichnet worden, die ihren Zweck erfüllten. Da so Medien und andere Mittel der Wahlpropaganda kaum eingesetzt werden konnten, waren vor allem die Parteien im Vorteil, die den stabilsten Mitgliederstamm besaßen und auf dem Land mit seinen überkommenen Strukturen am tiefsten verwurzelt waren. Agrarier, PKB, die Weißrussische Sozialistische Partei, die Weißrussische Patriotische Bewegung und die Republikanische Partei der Eintracht hatten sich außerdem zu einem linken Wahlbündnis zusammengeschlossen,⁴⁵⁷ so daß sie es anders als die nationaldemokratische Opposition weitgehend vermeiden konnten, sich gegenseitig Stimmen abzujagen.

Entsprechend war das Ergebnis ausgefallen, als sich nach drei Urnengängen und trotz intensivster Bemühungen Lukašenkos, die Wahlen scheitern zu lassen, Kommunisten und Agrarier mit 21,1% und 16,7% zu den Siegern rechnen durften.⁴⁵⁸ Ein noch günstigeres Bild lieferten schließlich die Angaben über die Stärke der Fraktionen, die - wie in anderen GUS-Staaten auch - oft parteienübergreifend gebildet wurden. Von insgesamt 199 Abgeordneten gehörten folgenden Fraktionen an:⁴⁵⁹

- 60 der ausschließlich Vertreter der Präsidialstrukturen und Behördenleiter umfassenden Fraktion "Soglasie"
- 48 den Agrariern
- 45 PKB
- 18 Sozialdemokraten
- 18 Bürgerunion
- 10 ohne Fraktion

Die verfassungswidrigen Interventionen des Präsidenten, seine beleidigenden Ausfälle gegen Parlamentarier und Obersten Sowjet sowie der forcierte Ausbau der inzwischen alle gesellschaftlichen Sphären kontrollierenden präsidialen Kommandostrukturen und der sogenannten "Machtministerien"⁴⁶⁰ haben schon Ende 1995 zu einer gewissen Annäherung unter den Parteien geführt. Durch diese ersten Auseinandersetzungen mit Lukašenko und ungeachtet des Wahlkampfes scheinen zudem die Reihen der Parlamentarier enger an einander gerückt und deren Verfassungsloyalität gewachsen zu sein. Zudem glaubten Beobachter, daß der relativ erfolgreiche Wahlkampf Kommunisten und Agrarier auch organisatorisch-strukturell gefestigt

⁴⁵⁶ Ebd., S. 1022.

⁴⁵⁷ Ebd., S. 1028; Förster, S. 273.

⁴⁵⁸ Zur Zusammensetzung des Obersten Sowjets insgesamt: Förster, S. 293.

⁴⁵⁹ Die folgenden Zahlen erhielt der Verf. im Mai 1996 im Obersten Sowjet in Minsk. Zu den Wahlergebnissen vgl. Sahm, Kein politischer Frühling, S. 1030; Wostok, 2/1996, S. 13; Babossow, Ewgenij: Der heutige belarussische Staat - Wege zur Schaffung einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft, in: Berliner Europa Forum. Sonderheft Belarus, VIII/1996, S. 15.

⁴⁶⁰ Die zudem einen großen Teil des Staatshaushalts für ihren Unterhalt verbrauchen. Allein 11% des Ausgabenetats waren 1995 für das Verteidigungs- und das Innenministerium sowie für das KGB bestimmt, laut Zagorul'skaja, Ol'ga: The System of Interest Representation in the Republic of Belarus, in: Segbers/De Spiegelleire, III, S. 663.

habe.⁴⁶¹ Jedenfalls gab es genügend Anzeichen dafür, daß der neue Oberste Sowjet unter dem Präsidium Šareckijs mit mehr Selbstbewußtsein und geschlossener als der alte Lukašenko Paroli bieten wollte, zumal es auch das Verfassungsgericht unter dem Vorsitzenden Richter Valerij Tichinja an seiner Seite wußte.⁴⁶²

Das traditionelle Bündnis zwischen kommunistischer Mehrheit im Parlament und Staatsmacht schien aber noch einmal gestärkt zu werden, als zu Beginn des Jahres 1996 die Frage der Union mit Rußland die Öffentlichkeit erregte. Es waren vor allem die Kommunisten und die Mehrheit der Agrarier, die neben Soglasie Lukašenkos Politik im Parlament⁴⁶³ wie in der Öffentlichkeit vorbehaltlos unterstützten. So auch am 31. März die RKP, die zusammen mit anderen linken Gruppen und Lukašenkos Beamten eine Großkundgebung mit dem Motto "Ja zur Union mit Rußland" inszenierten, nachdem es zuvor in Minsk heftige Protestaktionen und Großdemonstrationen der nationalen Opposition gegen die Reintegrationspolitik des Präsidenten gegeben hatte.⁴⁶⁴ Als schließlich am 2. April in Moskau von Jelzin und dem weißrussischen Staatsoberhaupt die Gründung der Gemeinschaft Souveräner Republiken verkündet worden war, forderte der Fraktionschef der Kommunisten, S. Kaljakin, "noch eine engere Union mit Rußland" sowie "die Übergabe eines Teils der souveränen Vollmachten an eine Unionsführung".⁴⁶⁵ Die Ratifizierung im Obersten Sowjet in Minsk erfolgte schließlich unter stürmischem Applaus am 4. Mai mit 166 Ja-Stimmen bei zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen.⁴⁶⁶

Nichtsdestoweniger haben sich seither die Wege getrennt. Schon in der Frage einer Union mit Rußland hatte Lukašenko das Parlament weder informiert noch konsultiert, so daß es gezwungen war, Dokumente zu diskutieren, von denen es keine Zeile schriftlich vorliegen hatte.⁴⁶⁷ Zu steigenden Spannungen und heftigen Auseinandersetzungen führten dann Initiativen, die der Präsident im Frühsommer 1996 gestartet hatte, um den ungeliebten Obersten Sowjet weiter zu entmachten bzw. - wie längst schon die Medien - gleichzuschalten. Für November 1996 ließ er dazu ein Referendum vorbereiten, um vom Wahlvolk zu einschneidenden Verfassungsänderungen ermächtigt zu werden: Erweiterte Rechte zur Auflösung des Parlaments gehörten ebenso dazu wie eine Aufspaltung des Obersten Sowjet in zwei Kammern, um es leichter als "verlängerten Arm der Präsidenten-Exekutive"⁴⁶⁸ gebrauchen zu können. Außerdem sollte dem Staatsoberhaupt das entscheidende Wort bei der Zusammensetzung des Verfassungsgerichts eingeräumt werden, das durch zahlreiche Einsprüche verfassungswidrige Entscheidungen Lukašenkos als solche gebranntmarkt hatte.

Das allzu oft nur als Akklamationsverein fungierende Parlament begann sich nun aber zu wehren, begann offensiv die Verfassung zu verteidigen, sicherlich auch motiviert durch die Proteste der anwachsenden außerparlamentarischen Opposition. Anfang Juni geißelte Šareckij

⁴⁶¹ Vgl. Wostok, 2 (1996), S. 10.

⁴⁶² Vgl. dazu Lukashuk, Alexander: Belarus. Interview with Former Constitutional Court Justice Mikhail Chudakou, in: East European Constitutional Review, Vol 6, Nr.1, Winter 1997, S. 63-65.

⁴⁶³ Saenko, L.: Ot SSSR vnov' pachnet "ëeremuchoj", in: Moskovskie novosti, Nr. 12, 24.-31.3.1996, S. 9.

⁴⁶⁴ Vgl. Malek, Martin: Gründung einer "Gemeinschaft der Souveränen Republiken". Minsk und Moskau treiben die "Integration" voran, in: OE, 2 (1997), S. A 64.

⁴⁶⁵ Zitiert nach Malek, S. A 63.

⁴⁶⁶ Ebd., S. A 63.

⁴⁶⁷ Saenko, S. 9.

⁴⁶⁸ Timmermann, Belarus, S. 18.

in einer programmatischen Rede die Allmachtsansprüche des Präsidenten und sprach sich dezidiert für den Schutz der Verfassungsordnung, für demokratischen Pluralismus sowie Wahrung der nationalen Souveränität aus.⁴⁶⁹ Noch wichtiger war jedoch, daß die Abgeordneten seinen Appellen folgten und sich zu einem runden Tisch, zu einem Oppositionsblock der sieben größten Parteien zusammenfanden. Er reichte von den Kommunisten und Agrariern über die Vereinigte Bürgerpartei unter Bogdankevič und Karpenko, den Sozialdemokraten unter Kravčenko bis hin zur Volksfront. In einer ganzen Reihe von Erklärungen und Appellen der Parteiführer wendeten sie sich bis zum eigentlichen Referendum immer wieder an die Öffentlichkeit,⁴⁷⁰ versuchten aber auch, Lukašenko zu Kompromißlösungen zu bewegen. Nachdem Agrarier und Kommunisten zunächst einen alternativen Verfassungsentwurf ausgearbeitet hatten, demgemäß das Präsidentenamt ganz entfallen sollte, wollten sie sich schließlich aber auch mit einer gewissen Einschränkung der Präsidentschaftsmacht zufriedengeben.⁴⁷¹

Durchgesetzt hat sich jedoch Präsident Lukašenko, der sein ganzes Machtinstrumentarium einsetzte⁴⁷², um schließlich am 24. November ein Referendum durchzuführen, dem vom Verfassungsgericht alle Legalität abgesprochen worden war und das von neutralen Beobachtern im In- und Ausland als alles andere denn frei und fair qualifiziert wurde. Der Europarat hat darauf im Januar 1997 mit der Aussetzung des Gaststatus, den Weißrußland besaß, reagiert. Ungeachtet aller Proteste, des Rücktritts seines Premierministers und der Hälfte der Verfassungsrichter setzte Lukašenko seine Absichten in die Tat um, nachdem 70,45% der Urnen-gänger (bei einer offiziell angegebenen Wahlbeteiligung von 84,14%) dem präsidentialen und lediglich 7,9% dem Verfassungsentwurf des Parlaments⁴⁷³ zugestimmt hatten. Gelingen konnte ihm dies nur deshalb, weil vor allem in der Fraktion der Kommunisten, aber auch unter den Agrariern im Obersten Sowjets eine beträchtliche Anzahl von Abgeordneten nicht der Politik ihrer Parteiführer, sondern der des Präsidenten gefolgt waren. Dabei dürften sowohl persönliche Ambitionen wie auch von oben - etwa über die präsidentenhörige Fraktion "Soglasie" - ausgeübter Druck im Spiel gewesen sein.⁴⁷⁴

Schon am 27. November 1996 trat die neue Verfassung in Kraft, denn der nun mit diktatorischen Vollmachten ausgestattete Präsident⁴⁷⁵ hatte 113 von 199 Abgeordneten für sein Parla-

⁴⁶⁹ Makalovich, Ivan P.: Belarus auf dem Weg zur Demokratie!, in: Berliner Europa Forum, S. 36.

⁴⁷⁰ Der Tenor lautete: "Für uns alle ist heute das Wichtigste der Erhalt der Souveränität der Republik Belarus und, wie es die Verfassung vorsieht, der Aufbau eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates", zitiert nach Makalovich, S. 38; besonders eindrucksvoll der Appell Šareckij in der Narodnaja Volja, Nr. 81, Sept. 1996 unter der Überschrift: "Die Stunde hat geschlagen...Leute, seid wachsam! In der Republik riecht es nach Faschismus!"

⁴⁷¹ Vgl. Timmermann, Belarus, S. 19; Sahn, A.: Schleichender Staatsstreich in Belarus, in: OE, 5 (1997), S. 476 ff..

⁴⁷² Diffamierungsversuche, die etwa Šareckij über sich ergehen lassen mußte, eingeschlossen, vgl. Drakokhrust, Yuri: Surrounded by enemies on every front, Minsk Economic News, Nr. 19 (71), October 1996, S. 3.

⁴⁷³ Timmermann, Belarus, S. 19.

⁴⁷⁴ Vgl. ebd., S. 34; Sahn, Schleichender Staatsstreich, S. 483; Volodin, Mikhail: Secret plans revealed by MP's, Minsk Economic News, Nr. 19 (71), October 1996, S. 2.

⁴⁷⁵ Laut Art. 79-85 der "Lukašenko-Verfassung" hat der Präsident folgende Rechte und Aufgaben: Er repräsentiert Staat und Volk nach innen und außen, garantiert die Verwirklichung der Innen- und Außenpolitik, schützt die Souveränität des Landes und dessen territoriale Integrität, sichert die wirtschaftliche und politische Stabilität, die Kontinuität und das Zusammenwirken der staatlichen Organe und vermittelt zwischen diesen. Er genießt Immunität, seine Ehre ist durch Gesetz geschützt. Außerdem hat er das Recht, Referenden durchführen zu lassen, die Termine für die Parlamentswahlen zu bestimmen, das

ment, der aus zwei Kammern bestehenden Nationalversammlung (Nacyjanal'ny schod), gewinnen können.⁴⁷⁶ Neben den meisten Mitgliedern der Fraktion "Soglasie", sieben unabhängigen Abgeordneten und sechs Vertretern der Union der Arbeit hatten auch 24 Agrarier und 21 Kommunisten für ihn gestimmt.⁴⁷⁷ Wer gegen ihn war - rund 70 Parlamentarier mit Šareckij an der Spitze - wurde durch die Sicherheitskräfte des Parlaments verwiesen. Inzwischen hat sich die Nationalversammlung tatsächlich zu einem reinen Akklamationsverein entwickelt, zu einem "eher unpolitische[n] Organ" in dem Parteilose, präsidententreue Kommunisten und Agrarier den parlamentarischen Alltag prägen.⁴⁷⁸

Die Kommunisten seit Lukašenkos Staatsstreich

Die Konfrontation zwischen Präsident und Parlament hat das weißrussische Parteiensystem verändert, da sie zu einer weiteren Aufsplitterung, aber auch zur Klärung ideologischer und programmatischer Grundpositionen beigetragen hat. Kommunisten und Agrarier sind davon am stärksten betroffen, da jeweils rund die Hälfte ihrer Abgeordneten zu Lukašenko übergewechselt sind. Ob sich aus den Reihen der abtrünnigen Agrarier eine neue Partei entwickeln wird, ist augenblicklich noch nicht abzusehen. Die Kommunisten dagegen haben wie schon einmal nach 1991 wieder zwei verschiedene Organisationen.

Die größere stellt die PKB dar, die - weiter geführt von Kaljakin und Novikov - nach der Teilung noch 15.000 Mitglieder⁴⁷⁹ zählte. Sie hat sich zunächst mit praktisch allen oppositionellen Parteien und Bewegungen zu einem "Weißrussischen Komitee zum Schutz der Demokratie" zusammengeschlossen, das sich unter der Führung Šareckijs und G. Karpenkos zu einem neuen nationalen Oppositionszentrum entwickelt hat. Aus seinen Reihen wurde am 14. Oktober 1997 ein Nationales Exekutivkomitee zur Koordinierung aller oppositionellen Kräfte gebildet, zu dessen Vorsitzendem Karpenko gewählt wurde.⁴⁸⁰ Die ehemaligen Parlamentspräsidenten Šuškevič und Grib oder Regierungsmitglieder wie Hončar und andere mehr zählen zu den prominentesten Akteuren des Oppositionslagers. So hat Lukašenko zuwege gebracht, daß seither trotz fortbestehender Unterschiede in wesentlichen Grundsatzfragen

Parlament aufzulösen, die Regierung, die Obersten Richter und die Generalstaatsanwälte, den Vorsitzenden der Wahlkommission, den Nationalbankpräsidenten zu ernennen und zu entlassen. Er ist zudem Oberbefehlshaber der Streitkräfte, kann den Ausnahmezustand erklären und entscheiden, wer die Staatsbürgerschaft erhält. Er erläßt Dekrete und Verfügungen, kontrolliert und kassiert die legislativen und exekutiven Entscheidungen staatlicher Organe und der Selbstverwaltungsinstitutionen auf lokaler und regionaler Ebene - um nur die wichtigsten zu nennen. Vgl. Kanstytucyja Respubliki Belarus' 1994 hoda (sa zmjanennjami i dapaŭnennjami). Prynjata na respublikanskim referendumie 24 listapada 1996 hoda. Minsk 1997, S. 65-68.

⁴⁷⁶ Archiv der Gegenwart, 15.-30.11.1996, S. 41592; laut Sahn, Schleichender Staatsstreich, S. 485: 120 von 198; 110 nach Lindner, Rainer: Präsidialdiktatur in Weißrußland. Wirtschaft, Politik und Gesellschaft unter Lukašenko, in: OE, 10/11 (1997), S. 1044, die "nicht mehr als 43 Prozent der Wählerschaft" vertreten, ebd..

⁴⁷⁷ Sahn, Schleichender Staatsstreich, S. 485; Förster, S. 340.

⁴⁷⁸ Die Nationalversammlung – im Schatten des Präsidenten, in: Belarus-News (im folgenden: BN), Nr. 5, Frühling 1999, S. 12.

⁴⁷⁹ Pankratowa, J.: Politische Parteien ohne Einfluß, in: Wostok, 1 (1997), S. 46; Èikin spricht im Oktober 1997 von 11.800 Parteimitgliedern vor der Spaltung, vgl. Socialističeskaja revoljucija prodolž aetsja. Doklad Pervogo sekretarja Kommunističeskoj partii Belorussii Viktora Èikina na XXXIV s-ezde KPB, in: My i vremja. Gazeta Kommunističeskoj partii Belorussii (im folgenden: MiV), Nr. 32-33 (232), oktjbr" 1997, S. 4.

⁴⁸⁰ Izvestija, 22.10.1997.

Volksfront und PKB gemeinsam auf der Straße demonstrieren, verfolgt von giftigen Kommentaren ihrer ehemaligen Genossen.⁴⁸¹

Abgespaltet von der PKB hat sich im Laufe des zwischen Lukašenko und dem Parlament ausgetragenen Verfassungskonfliktes ein regimetreuer Flügel. Angeführt vom ehemaligen Ersten Sekretär der KPB, Efrej Sokolov, und dem bisherigen ZK-Sekretär der PKB, Viktor Èikin, war schon auf dem XXXIII. Parteitag Anfang November 1996 die KPB revitalisiert und ihre Parteistrukturen restituiert worden. Sie hat ihren Mitgliederbestand von zunächst rund 1.500 auf 7.110⁴⁸² erhöhen können, weil sich ihr 4.127 Mitglieder der PKB angeschlossen haben. Außerdem ist die kleine, bisher separat bestehende "Kommunistische Bauern- und Arbeiterpartei" (Kommunističeskaja raboče-krest'janskaja Partija) im Oktober 1997 vollständig in der KPB aufgegangen, wie der inzwischen zum Ersten Sekretär gewählten Viktor Èikin den Delegierten des XXXIV. Parteitags stolz verkünden konnte.⁴⁸³ Letzterer ist außerdem Stellvertreter der Bürgermeister von Minsk, und in diesem Amt für "Ideologie und Massenarbeit" zuständig. Als Gründer und Herausgeber der Zeitung "My i vremja", die zum offiziellen Parteiblatt der KPB avanciert ist, scheint er dazu auch die nötige Qualifikation zu besitzen. Seine Position wirft zudem ein bezeichnendes Licht auf die personellen Querverbindungen und Verflechtungen dieser Partei mit den staatlichen Machtstrukturen. So ist zum Beispiel der ZK-Sekretär S. A. Posochov Mitarbeiter der Präsidialverwaltung. Auch andere Personalentscheidungen scheinen darauf hinzudeuten, daß Lukašenko zur Exekutierung seiner Politik gern auf (alte) sowjetische Kader, wie sie in der KPB versammelt sind, zurückgreift. So erhielt etwa Anatolij Malofeev, der deshalb aus der PKB ausgeschlossen wurde,⁴⁸⁴ den Vorsitz im Unterhaus (Palata pradžaŭnikoŭ), und der seit dem Augustputsch politisch weggetauchte ehemalige Parlamentspräsident Nikolaj Dzemjancej wurde Mitglied von Lukašenkos Herrenhaus, des Rates der Republik (Savet Respubliki).

Seit Januar 1997 hat die KPB auf mehreren ZK-Plenen neue Statuten sowie einen Programm-entwurf ausgearbeitet und demonstriert, wie sie sich in die neuen Verhältnisse einzupassen gedenkt. So sparte sie bisher nicht mit Loyalitätsbekundungen gegenüber Lukašenko, dessen Reunifizierungspolitik mit Rußland die Partei vehement verteidigt. In einer offiziellen Erklärung ihres ZK- Büros, wie das Politbüro jetzt bezeichnet wird, hieß es dazu im Juni 1997: "Wir geben dem Präsidenten der Republik Belarus, A.G.Lukašenko, was ihm gebührt. In vielem hat sich dank seiner Bemühungen die Auflösungstendenz, die infolge der sogenannten "demokratischen" Wende in Moskau im August 1991 entstanden ist, in eine Vereinigungstendenz verwandelt".⁴⁸⁵ Nachdem Lukašenko dann auf dem XXXIV. Parteitag mit einer Ansprache aufgetreten war, in der er die "konstruktive Position" lobte, "die von den Mitgliedern dieser Partei eingenommen wird",⁴⁸⁶ revanchierte sich der Parteitag am 5. Oktober mit einem Dankschreiben. In diesem wird dem Präsidenten Solidarität gelobt und ihm Unterstützung zugesichert "für die von Ihnen mannhaft durchgeführte Politik zum Wohle des Volkes von Weißrußland, die auch den Erwartungen aller Völker der Bruderrepubliken" entspreche.⁴⁸⁷

⁴⁸¹ Vgl. etwa Kto ž e vy, gospodin - tovarišè (g.-t.) Šèukin?, in: MiV, Nr. 21 (220), iun 1997.

⁴⁸² Pankratowa, Politische Parteien, S. 46; Informacionnoe soobščenie o XXXIV s-ezde Kommunističeskoj partii Belorussii, in: MiV, Nr. 32-33, S. 3.

⁴⁸³ Socialističeskaja revoljucija prodolž aetsja, S. 3.

⁴⁸⁴ Die Entwicklung der belarussischen Parteien, in: BN, Nr. 2, 1998, S. 4.

⁴⁸⁵ MiV, Nr. 21, S. 3.

⁴⁸⁶ Vystuplenie prezidenta Respubliki Belarus Aleksandra Grigoreviča Lukašenko pered zarubež nymi gostjami XXXIV s-ezda Kommunističeskoj partii Belorussii, in: MiV, Nr. 32-33, S. 10.

⁴⁸⁷ Poslanie XXXIV s-ezda KPB Prezidentu Respubliki Belarus A.G. Lukašenko, in: MiV, Nr. 32-33, S. 5.

Neben solchen Elogen dürften auch die wichtigsten im Parteiprogramm formulierten Ziele der KPB des Präsidenten Gefallen und die Zustimmung der um ihn gescharten Kreise finden.

Nachdem im April und Juni 1997 Entwürfe eines Parteiprogramms und neuer Statuten veröffentlicht worden waren,⁴⁸⁸ scheinen sich innerhalb der Partei heftige Diskussionen abgespielt zu haben. Die meisten Auseinandersetzungen hatten sich an der Frage entzündet, warum der Sozialismus in der UdSSR gescheitert sei. Wie Èikin in seinem Rechenschaftsbericht vor dem XXXIV. Parteitag etwas verklausuliert ausführte, hatten einzelne Diskutanten die objektiven Faktoren, die zum Untergang des Sozialismus beigetragen haben, nicht sehen wollen, sondern nur den subjektiven Faktor im Blick gehabt. Andere hatten demnach die "inneren Gründe" übersehen und alles auf den "äußeren Faktor" zurückgeführt. Heiß debattiert worden sei auch darüber, ob in der UdSSR der Sozialismus tatsächlich aufgebaut worden sei und ob die sozialistische Gesellschaft Warencharakter besitze. Ein Teil der eingebrachten Vorschläge habe zudem einen nicht übersehbaren sozialdemokratischen Charakter gehabt, weswegen diese abgelehnt worden seien. Leider habe man nicht alle strittigen Fragen lösen können und daher Kompromisse finden müssen. Wie der Parteichef weiter darlegte, seien sich alle nur darin einig, "daß der Sozialismus wissenschaftlich sein muß, aber darüber hinaus sich jeder ihn auf seine Weise vorstellt". Eine von der Mehrheit der Partei geteilte Sichtweise habe sich dazu bisher noch nicht herausgebildet.⁴⁸⁹

Wie pragmatisch und ideologisch flexibel die KPB geworden ist, machte zudem die Diskussion über ein Herzstück der alten Parteiphilosophie sehr anschaulich deutlich. So verkündete Èikin dem Parteitag ohne irgendwelche Skrupel, daß die Programmkommission die Wiederaufnahme der Losung: "Alle Macht den Räten!" als nicht zeitgemäß abgelehnt habe, um dann hinzuzufügen: "Ein ehrlicher Präsident, für den eine erdrückende Mehrheit der Bevölkerung der Republik gestimmt hat - ist auch eine Form von Volksherrschaft".⁴⁹⁰ Trotz vielfacher Einwände und ungeachtet der genannten Defizite sind Programm und Statut auf dem XXXIV. Parteitag der KPB, der vom 4. bis 5. Oktober 1997 in Minsk stattgefunden hat, angenommen und verabschiedet worden.

Der Parteitag setzte sich aus 522 Delegierten (darunter 369 Weißrussen, 116 Russen, 14 Ukrainer) zusammen, die 7.110 registrierte Parteimitglieder repräsentierten. Als Gäste waren zudem Vertreter von 19 kommunistischen bzw. linken Parteien aus den Nachfolgestaaten der UdSSR sowie Repräsentanten von neun weiteren Parteien aus dem übrigen Ausland in die weißrussische Metropole geeilt.⁴⁹¹ Die Parteitagsdelegierten stammten aus allen sechs Gebieten des Landes. Von 150 Rayons waren 144 in Minsk vertreten. Die stärksten Delegationen stellten mit 153 bzw. 105 Delegierten die Gebiete Vitebsk und Gomel. Ihnen folgten: Minsk (86), Mogilev (84), Grodno (53), Stadt Minsk (51) und Brest (49). 116 (20%) Parteitagsteilnehmer waren Frauen.

⁴⁸⁸ Vgl. MiV, Nr. 13 (212) april 1997, S. 2; Nr. 21, S. 2-3.

⁴⁸⁹ Socialistiëskaja revolucija prodolž aetsja, S. 4.

⁴⁹⁰ Ebd..

⁴⁹¹ Informacionnoe soobšëenie o XXXIV s-ezde Kommunistiëskoj partii Belorussii, in: MiV, Nr.32-33, S. 1; aus dem "fernen" Ausland vertreten waren: PDS und KPD (Deutschland), kommunistische Parteien aus Griechenland, Italien, Kuba, Polen, Tschechien, Zypern, ein Vertreter der Kurden. Grußadressen sandten kommunistische Parteien und Gruppierungen aus Kanada, Frankreich, Portugal, Abchasien, Jugoslawien, Kirgisistan, Ungarn, Armenien, Korea, Indien u.a. mehr.

Interessant und aufschlußreich ist ein Blick auf die soziale Herkunft und die unter den Delegierten vertretenen Berufsgruppen, wie sie im Bericht der Mandatskommission angegeben wurden:

Leiter von Industriebetrieben und Produktionsvereinigungen	85
Lehrer und Mediziner	37
Arbeiter und Techniker aus Industrie und Bauwesen	29
Kultur- und Kunstschafter	21
Wissenschaftler	18
Kolchos- und Sowchodirektoren	17
Kolchos- und Sowchosarbeiter, Brigadiere	13

Mehr als die Hälfte der Delegierten, nämlich 287, hatten wichtige Parteiämter inne. Unter diesen wurden 38 Parteisekretäre gezählt. 145 waren als gewählte Gewerkschaftsfunktionäre oder in verwandten gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen aktiv. Acht hatten einen Sitz in der Nationalversammlung, 105 waren Deputierte örtlicher Sowjets. Für Verdienste um das sowjetische Vaterland waren 186 Delegierte ausgezeichnet worden. Unter ihnen rangierten sieben "Helden der Sowjetunion und der Sozialistischen Arbeit" an erster Stelle.⁴⁹²

Die KPB, wie sie sich auf ihrem Parteitag präsentierte, ist eine Partei der Funktionäre und der Pensionäre. Nur 6% der Delegierten waren unter 30 Jahre alt, aber 42% hatten die 60 schon überschritten. Das Durchschnittsalter der Gesamtpartei beträgt 54 Jahre, oder anders ausgedrückt: 33,4% der Parteimitglieder haben bereits das Pensionsalter erreicht.⁴⁹³ Daher war es verständlich, daß der Erste Sekretär Èikin, die Parteiarbeit mit der Jugend als eine erstrangige Aufgabe bezeichnet hat. Auch andere Defizite trüben das Erscheinungsbild der Partei, werden als problematisch betrachtet. Dazu gehört vor allem die Tatsache, daß die große Zahl der ehemaligen KPdSU-Mitglieder bisher mehrheitlich nicht den Weg zur KPB gefunden hat - die in Lukašenkos Parlament sitzenden Abgeordneten nicht ausgenommen. Nur sieben Mitglieder des Unterhauses sowie drei des Rates der Republik gehören der KPB an. Bedauert wird auch, daß die Repräsentanz der Partei in staatlichen Organen noch zu wünschen übrig läßt, obwohl "viele Funktionäre der Exekutive auf allen Ebenen - von der Verwaltung des Präsidenten bis auf Rayonebene - Parteimitglieder sind."⁴⁹⁴ Speziell in den Gebieten Brest und Grodno scheinen Einfluß und Attraktivität der KPB geringer zu sein als in den übrigen Regionen. Auffallend ist zudem, daß sie auch in Gebiet und Stadt Minsk nur schwach verankert ist. Ganze 505 Mitglieder zählte die Partei in der Hauptstadt. Dies ist darüber hinaus die einzige Region, in der laut Aussage Èikins das öffentliche Ansehen der Partei noch hinter dem der PKB rangiert.⁴⁹⁵

Die Organisationsstruktur wie auch das ideologische Fundament der restituierten KPB erinnern an sowjetische Zeiten. Parteiliche Geschlossenheit, das Prinzip des demokratischen Zentralismus, strenge Parteidisziplin, das Verbot von Fraktionsbildungen u.ä.m. nehmen die Mitglieder in Pflicht. Allerdings erlaubt das Statut, auch Minderheitenmeinungen in Sitzungsprotokollen festzuhalten. Neben einem ZK nach bekanntem Zuschnitt, einem ZK-Büro, das das frühere Politbüro als höchstes Exekutivorgan ersetzt, sowie einer Zentralen Revisionsko-

⁴⁹² Alle Zahlen nach: Doklad predsedatelja mandatnoj komissii XXXIV s-ezda KPB N.A.Prokosinoj, in: MiV, Nr. 32-33, S. 5.

⁴⁹³ Ebd.; Socialističeskaja revolucija prodolž aetsja, S. 4.

⁴⁹⁴ Ebd..

⁴⁹⁵ Ebd..

mitee ist auch ein Areopag vorgesehen. Er wird unter der Bezeichnung Parteirat auf zwei Jahre gewählt und zwar "aus der Zahl der erfahrensten und am meisten Autorität besitzenden Kommunisten, die das Vertrauen der Partei genießen und einen wesentlichen Beitrag zu ihrer Tätigkeit geleistet haben."⁴⁹⁶ Dieser Ältestenrat soll als Garant der Einheit der Partei funktionieren, die Rechte der Parteimitglieder schützen und als höchste Appellationsinstanz in allen wichtigen Entscheidungen angerufen werden.⁴⁹⁷

In ihrem Programm⁴⁹⁸ hat sich die KPB die Wiederherstellung "der Union der Brudervölker" in einer erneuerten UdSSR auf freiwilliger Basis zu ihrem wichtigsten politisch-strategischen Ziel gesetzt und sich zu aktivem Widerstand gegen "die Zerstörung bringende Expansion des Westens" verpflichtet. Es gelte außerdem, liest man hier weiter, "dem weißrussischen Volk das antinationale Wesen der Kompradoren-Bourgeoisie klar zu machen, der unsere Gesellschaft in die Katastrophe führt" und das staatliche Monopol im Außenhandel einzuführen. Wie Čikin in seinem Rechenschaftsbericht ausführte, sind es die "ausländischen und hausgebackenen Monetaristen", die Weißrußland in das "Verderben der neoliberalen Reformen...stoßen".⁴⁹⁹ Die Gesellschaft soll wieder auf den "sozialistischen Weg" gebracht und die Partizipation der Werktätigen an der Verwaltung von Staat, Produktionsunternehmen und Organisationen aller Art durch die Verfassung gewährleistet werden. "Mit allen erreichbaren Mitteln" sei die Privatisierung von Staatsbetrieben zu verhindern, die Verstaatlichung voranzutreiben und in allen Bereichen die Rolle des Staates weiter zu verstärken. Prinzipiell lehnt die Partei Privateigentum ab, es soll aber mit "ökonomischen Methoden" überwunden werden, was immer das bedeuten mag.

Ohne sich dabei in Details zu verlieren, werden Maßnahmen zur Stärkung der weißrussischen Währung, zur Einführung neuer Technologien sowie die Wiederaufnahme von Kooperationsbeziehungen und die Wiederherstellung der "Spezialisierung der Produktion im Rahmen einer Union mit Rußland und den übrigen Nachfolgestaaten der UdSSR" gefordert. Die Partei tritt zudem für die Herrschaft des Volkes ein, heißt es weiter, und unterstützt die Einrichtung von Arbeiter-, Spezialisten-, Kolchos- und Angestellten-Sowjets. Außerdem sollen die aktiven Deputierten-Räte eine größere Rolle spielen und Arbeiter und Bauern im Parlament stärker vertreten sein. Im Agrarbereich fordert die KPB die "Effektivität der Arbeit von Kolchosen und Sowchosen sowie anderer Unternehmen von Kollektiveigentum zu fördern". Sie ist gegen Kauf und Verkauf von Grund und Boden und befürwortet die Übergabe von Land an all diejenigen, die es bearbeiten, mit vererbbarem Nutzungsrecht. u.ä. mehr.

Um all dies zu erreichen, meinte Čikin in seinem Vortrag vor dem Parteitag, sei ein "mächtiger, antibürgerlicher, antikapitalistischer Block linker Kräfte" zu schaffen, um vor allem gegen die Politik der Weißrussischen Volksfront und deren Verbündeten Widerstand zu leisten. Zu den linken Parteien, mit denen die KPB aus ideologischer Nähe und anderer gemeinsamer Traditionen wegen zu einer bedingten Kooperation bereit ist (wobei ihre Führung vor allem interessiert zu sein scheint, deren Mitglieder und Wählerschaft für die eigenen Reihen zu gewinnen), zählen: PKB, "Agrarpartei", "Sozialistische Partei", "Republikanische Partei der Arbeit und Gerechtigkeit" sowie die "Patriotische Partei". Genügend Berührungspunkte und gemeinsame Ziele bestehen zudem mit der "Liberaldemokratischen Partei" und der "Sla-

⁴⁹⁶ Ustav Komunističeskoj partii Belorussii, in: MiV, Nr.32-33, S. 9.

⁴⁹⁷ Ebd..

⁴⁹⁸ Alle Zitate - wenn nicht anders angegeben - nach Programma Komunističeskoj partii Belorussii, in: MiV, Nr. 32-33, S.6-7.

⁴⁹⁹ Socialističeskaja revoljucija prodolž aetsja, S. 4.

wischen Sammlung 'Belaja Rus', die vom Ersten Sekretär der KPb als panslawisch apostrophiert wurden. Beide plädieren für eine Vereinigung der slawischen Völker und die rasche "Wiederherstellung des ehemaligen Unionsstaates auf einer neuen Grundlage."⁵⁰⁰ Auch daher hat sich die KPb im September 1998 mit den Liberaldemokraten, Belaja Rus sowie zahlreichen kleineren Parteien und Organisationen zur Volkspatriotischen Front zusammengeschlossen, um bei den nächsten Präsidentschaftswahlen Lukašenko entsprechend zu unterstützen.⁵⁰¹

Alle anderen Parteien kommen aufgrund ihrer "offenen bürgerlich-liberalen Positionen" bzw. ihrer nationalistischen Programme für eine Zusammenarbeit nicht in Frage - die sozialdemokratischen Parteien wie etwa die Hramada oder die Weißrussische Partei der Grünen eingeschlossen. Sie werden vor allem widersprüchlicher Positionen geziehen. Zum Vorwurf machen ihnen die Kommunisten außerdem, daß diese Parteien "kein in Jahrhunderten gearbeitetes Klassenbewußtsein" besitzen. "Sie können Unterstützung geben, sie können [uns] aber auch "in den Rücken schießen" ", um Èikin zu zitieren.⁵⁰²

Angesichts so vieler unsicherer Kantonisten hält sich die KPb an Lukašenko und seinen Staat, das gegenwärtige Weißrußland, das sich laut Čikin in einer "einzigartigen Situation" befindet. Diese bestehe darin, daß der Präsident und seine Exekutive auf allen Ebenen die Politik verfolgen, "einen sozial orientierten Staat aufzubauen", was genau den Zielen und der Aufgabe entspreche, die sich die Partei in der gegenwärtigen Phase gesetzt hat.⁵⁰³

Während sich die KPb - wie dargestellt - ein neues Gewand verpaßt hat und bemüht ist, sich in Lukašenkos Diktatur einzurichten, steht die PKB vor einer schwierigeren Wegstrecke. Von der Staatsbühne verdrängt, sieht sich die Partei in eine Oppositionsrolle versetzt, der sie kaum gewachsen ist. Mit ihren Verbündeten in der außerparlamentarischen Opposition teilt sie kaum mehr als die Ablehnung des autoritären Führungsstils des weißrussischen Präsidenten. Gemeinsame Aktivitäten sind immer seltener möglich, da ideologische wie politisch-taktische Differenzen wieder stärker in den Vordergrund getreten sind. So hat sich die PKB dem im Herbst 1997 neu formierten Oppositionslager unter Leitung Gennadij Karpenkos, dem Nationalen Exekutivkomitee (Nacional'nyj ispolnitel'nyj komitet), erst gar nicht angeschlossen.⁵⁰⁴ Auch gegenüber den Bemühungen des im Februar 1999 gegründeten Koordinierungs- und Konsultationsrates, im Mai 1999 Präsidentschaftswahlen abzuhalten, zeigte die PKB die kalte Schulter.⁵⁰⁵ Sie sucht nach ihrem eigenen Weg, den zu finden ihr jedoch immer schwieriger fällt.

Daß sich die Partei in einer Art Identifikationskrise befindet, belegt nicht zuletzt auch der Umstand, daß sie bis dato kein neues Programm vorweisen kann. Angesichts der im Lande bestehenden Unsicherheiten und vielfältigen Imponderabilien ist dies aber auch kein Wunder. Und Auswege aus der Krise zeichnen sich momentan noch kaum ab. Zu suchen wären sie höchstens in einer Annäherung an die Agrarier, in einer politischen Wende hin zu mehr ideologisch-programmatischer Flexibilität, wie sie etwa bei der Agrar-Partei in der Eigentumsfrage und bei wirtschaftspolitischen Optionen zu finden ist. Mit letzterer verbindet die PKB zudem ein beachtliches Maß an Loyalität gegenüber der Verfassung von 1994, wie sie seit

⁵⁰⁰ Ebd..

⁵⁰¹ Chronologie der Ereignisse in Belarus vom 16.6. bis 15.9.1998, in: BN, Nr. 3 (1998), S. 13.

⁵⁰² Socialističeskaja revoljucija prodolž aetsja, S. 4.

⁵⁰³ Ebd..

⁵⁰⁴ Novikov, "PKB ne mogla ne okazat'sja...".

⁵⁰⁵ Auf dem Weg zur Doppelherrschaft?, in: BN, Nr. 5, 1999, S. 10.

Lukašenkos Novembercoup bewiesen hat. Ob sich auf dieser Grundlage beide Parteien zusammenschließen können oder wollen, muß jedoch stark bezweifelt werden.

Ideologisch-programmatisch bleibt die PKB in der Vergangenheit befangen, scheint mehr noch als die KPB sowjetnostalgische Erinnerungen zu pflegen. Zudem scheint sich ihr Erster Sekretär Sergej Kaljakin als Hüter und Verkünder der wahren sowjetischen Lehre zu verstehen, wodurch sein Blick auf die Wirklichkeit allerdings sehr getrübt wird. Vermutlich will er dadurch die Tatsache überspielen bzw. kaschieren, daß die Partei politisch weitgehend isoliert ist, ihr auch die internationale Anerkennung fehlt, der sich die KPB erfreut. Während letztere die Mitgliedschaft des "Bundes der kommunistischen Parteien - KPdSU" (Sojuz kommunističeskich partij - KPSS) besitzt, bleibt die PKB davon ausgeschlossen. Auch auf dem IV. Parteitag der KP der Rußländischen Föderation (KPRF) am 19. und 20. April 1997 in Moskau mußte Kaljakin die Erfahrung machen, daß seiner Partei in der Auseinandersetzung mit Lukašenkos Regime die Solidarität der kommunistischen Internationale versagt bleibt, da der weißrussische Präsident sowohl innerhalb der KPRF als auch in den Reihen der übrigen kommunistischen Parteien als Vorkämpfer einer neuerlichen Vereinigung der ehemaligen Sowjetrepubliken entsprechendes Ansehen genießt. Lediglich mit einzelnen kommunistischen Gruppierungen in Armenien, Rußland und der Ukraine scheinen noch Kontakte zu bestehen.⁵⁰⁶

Das größte Problem Weißrußlands liegt nach Einschätzung der PKB in der Tatsache begründet, daß es von einem Präsidenten regiert wird. Nach wie vor wird in ihren Reihen die sozialistische Demokratie, "ein neuer, höherer historischer Typ von Demokratie" als eine der wichtigsten Errungenschaften der Oktoberrevolution gefeiert. Anders als im Falle der KPB, die ihre Hoffnungen auf Lukašenko setzt und dabei auch bereit ist, erhebliche ideologische Abstriche in Kauf zu nehmen, ist für die PKB gerade die Institution und das Amt des Präsidenten der Stein des Anstoßes bzw. eine unverzeihliche Abweichung vom Pfad der ideologischen Tugenden. Die Person des Amtsinhabers ist dabei jedoch zweitrangig, denn, so Kaljakin, "jeder Präsident...ist in einem Klassenstaat gezwungen, den Willen der herrschenden Klasse zu erfüllen". In Weißrußland sei allerdings insofern eine besondere Situation eingetreten, als hier vorläufig "Klassenparität" herrsche. Die Arbeiterklasse spiele bereits keine führende Rolle mehr, und die wachsende Bourgeoisie sei noch nicht in der Lage, die Führungsrolle vollständig zu übernehmen. Daher befinde sich der Präsident zwischen zwei Stühlen, zwischen der Arbeiterklasse und dem Kapital, zwischen welchen er schwanke und sich hindurchzulavieren versuche. Praktisch aber verfolge er wie auch seine Kollegen in den anderen GUS-Staaten eine bourgeoisie-freundliche Politik, wobei er immer weiter ins Lager des Kapitals abgleite. Die "Volksherrschaft in der Republik", so Kaljakin weiter, sei "faktisch liquidiert worden".⁵⁰⁷

Da das Regime nur die Interessen der "Bürokratie und der kriminellen Bourgeoisie" vertrete, stelle sich die PKB gegen diese Politik. Sie sei darüber hinaus bereit, sich den linken Kräften in den übrigen Nachfolgestaaten anzuschließen, um die volksfeindlichen Regime auf dem Verfassungsweg zu beseitigen und den Sozialismus wiederherzustellen. Leider sei dies momentan aber im eigenen Land nicht möglich, denn es herrsche die Meinung vor, "daß diese Aufgabe für Weißrußland nicht aktuell sei, weil unsere Republik innerhalb der GUS einzig

⁵⁰⁶ Ebd.; Timmermann, H.: Rußlands KP: Zwischen angepaßtem Leninismus und Volkspatriotismus. Begegnungen und Beobachtungen anläßlich des IV. Kongresses der Zjuganov-Partei, in: OE, 8 (1997), S. 759-760.

⁵⁰⁷ Kaljakin, Sergej: Oktjabr' i vozrož denie socializma: Revoljucija prodolž aetsja. Doklad na torž estvennom sobranii, posvjaščennom 80-letiju Velikoj Oktjabr'skoj socialističeskoj revoljucii, 4 nojabrja 1997 goda, in: Tovariše, Nr. 45 (151), 6 nojabrja 1997.

stehe. Hier gebe es Volksherrschaft, repräsentiert durch Lukasenکو und seine "Vertikale". Dank ihrer hätte sich in Weißrußland eine kleine Insel des Sozialismus mit allen seinen politischen, ökonomischen und sozialen Attributen erhalten. Diese Meinung ist jedoch grundfalsch, weil sie auf Mythen beruht, die von der offiziellen Propaganda und den alimentionierten Apologeten des Regimes erdacht und in Umlauf gebracht werden.⁵⁰⁸

Dieses Zitat beleuchtet in anschaulicher Weise die komplizierte Lage, in der sich Kaljakins Kommunisten seit Lukašenkos Staatsstreich befinden.

Vergangenheitsbewältigung!?

Eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit findet in den hier behandelten Parteien praktisch nicht statt. Die Geschichte der KPdSU und der UdSSR werden zwar häufig thematisiert, aber fast ausschließlich zur Verklärung ihrer großartigen historischen Leistungen bzw. als Stoff für neue Legendenbildungen. Kritisiert und vor allem bedauert wird das Ende des Sowjetsystems, wofür politisch-taktische Fehler, nie aber die systemimmanenten Widersprüche und Unzulänglichkeiten als Ursachen genannt werden. Auch die zahlreichen Opfer etwa der Stalinzeit oder der aus der kommunistisch-bolschewistischen Ideologie geborene Totalitarismus bleiben fern jeder kritischen Überprüfung. Diamat und Histomat werden als fortwirkende Kräfte der historischen Entwicklung verstanden, deren gesetzmäßiger Ablauf gegenwärtig zwar unterbrochen, letztendlich aber unaufhaltbar sei. Gegenwärtig sei aus äußeren wie inneren Gründen der Sozialismus in den Republiken der ehemaligen UdSSR - und so auch in Weißrußland - nur vorübergehend etwas in den Hintergrund getreten.⁵⁰⁹

Im Programm der KPB wird dies auch näher dargelegt: Der der SU aufgezwungene "Kalte Krieg" und das Wettrüsten haben demnach die Wirtschaft so sehr belastet, daß die Vorzüge der sozialistischen Ordnung nicht in vollem Maße verwirklicht werden konnten. Aber auch die "Dogmatisierung einzelner Leitsätze der marxistisch-leninistischen Theorie" sowie "die Revision ihrer Grundlagen, besonders in der Etappe der sogenannten "Perestrojka"⁵¹⁰ werden als entscheidende ideologische Fehler angeführt. Außerdem habe die wachsende Bürokratisierung von Partei und Staat die Führung der großen Masse der einfachen Kommunisten und Werktätigen entfremdet. Diese seien darüber hinaus immer weniger in den Genuß der von ihnen produzierten materiellen Güter gekommen, so daß die Stimuli für eine effiziente, schöpferische Arbeit gefehlt haben. Dies habe im weiteren zu "Schmarotzertum und zu Rückfällen in eine kleinbürgerliche Psychologie" sowie "zur Restauration des Kapitalismus" mit all seinen Widersprüchen geführt. Die Fehler beim Aufbau des Sozialismus, die Versuche, sie mit kapitalistischen Methoden zu kurieren sowie der "Verrat der höheren Partei- und Staatsführung und ihr Kurs in Richtung Restauration des Kapitalismus" (der "Verrat Gorbachevs und seiner Gleichgesinnten in den höheren Echelons von Partei und Staat" lautete der entsprechende Satz im Entwurf⁵¹¹) - so das Resümee der KPB - waren schließlich für den Zerfall der UdSSR und die daraus entstandene nationalen Katastrophe für die Sowjetvölker verantwortlich.⁵¹²

⁵⁰⁸ Ebd..

⁵⁰⁹ Programma Kommunistieskoj partii Belorussii, in: MiV, Nr. 32-33, S. 6.

⁵¹⁰ Ebd..

⁵¹¹ Proekt. Programma Kommunistiëskoj partii Belorussii, in: MiV, Nr. 21, S. 2.

⁵¹² Programma Kommunistiëskoj partii, S. 6.

Kaum anders wird die Vergangenheit und der Untergang des Sowjetimperiums von der PKB dargestellt. In der offiziellen Erklärung des ZK der Partei anlässlich der Feierlichkeiten zum 80. Jahrestag der "Großen Sozialistischen Oktoberrevolution" am 6. November 1997 hieß es dazu, die bürgerliche Konterrevolution des Jahres 1991 sowie die kapitalistische Restauration hätten Weißrußland um zehn Jahre zurückgeworfen und die gemeinsame Heimat Sowjetunion zerstört. Die Oktoberrevolution, wird hier ausgeführt, hat Weißrußland die Staatlichkeit, eine blühende und sich dynamisch entwickelnde Wirtschaft, technologischen und wissenschaftlichen Fortschritt sowie eine eigenständige Kultur gebracht. Die Weißrussische SSR sei eine der gleichberechtigten Bruderrepubliken gewesen, die sich zudem internationales Ansehen erworben habe. Das Sowjetsystem, eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution, sei nun vollkommen liquidiert und die sozialen Errungenschaften seien dem totalen Angriff der regierenden bürgerlichen Regime ausgesetzt etc. zum Nachteil der darbenenden Bürger.⁵¹³

Undifferenziert wird die sowjetische Vergangenheit in den schönsten Farben wiedergegeben. Ökonomisch, so etwa der Erste Sekretär der PKB am 4. November 1997, habe das Sowjetland den zweiten Platz hinter Amerika eingenommen und die Parität im Verteidigungsbereich erlangt. Das Nationaleinkommen habe zwei Drittel des amerikanischen betragen, sei aber viermal so schnell gewachsen. Industrie- und Landwirtschaftsproduktion hätten bereits vier Fünftel des amerikanischen ausgemacht und ähnliches mehr. Der Untergang des Sowjetsystems geht nach Kaljakin vor allem auf das Konto der Parteiführer, die die materialistische Dialektik nicht richtig studiert, nicht fortentwickelt und nicht praktisch angewendet hätten, sondern einem Dogmatismus verfallen und vom Weg der " "leninschen" Prinzipien abgewichen" seien. "Den Klassenfeinden" [sei] "nichts anderes übrig geblieben als sich dieser Gefälligkeiten zu bedienen und sie in den Dienst ihrer Interessen zu stellen". Daher kommt der Parteichef nach weiteren Ausführungen schließlich zu der Erkenntnis, "daß nicht der wissenschaftliche Sozialismus eine Niederlage erlitten hat, sondern die Zerstörung seiner Grundprinzipien, was vom Weltimperialismus und den inneren Gegnern des Sozialismus ausgenutzt worden ist".⁵¹⁴

Dies mag genügen, um deutlich zu machen, daß die Kommunisten die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit nicht auf ihr Panier geschrieben haben, sondern sich weiterhin von der Schimäre der Unvermeidlichkeit des Klassenkampfes leiten lassen und für die Auseinandersetzung mit dem angeblich Weißrußland bedrohenden Imperialismus der internationalen Kompradoren-Bourgeoisie rüsten. Daher betrachten sie als ihre Hauptaufgabe "die Überwindung der im Rahmen des Kapitalismus prinzipiell unüberwindbaren Widersprüche", um auf dieser Basis die Strategie für die nächste Zukunft aufzubauen.⁵¹⁵

So bizarr und anachronistisch einem außenstehenden Beobachter dies auch erscheinen mag, die hier skizzierte Programmatik, die alten kommunistischen Losungen und der sowjetnostalgische Zungenschlag der zitierten Parteiführer erreichen vor allem die ländliche Bevölkerung und bedienen deren Erwartungen. Da der sozialökonomische Niedergang Weißrußlands sich weiter fortsetzen dürfte und damit eine weitere Verschlechterung des Lebensstandards verbunden sein wird, werden sie als Verfechter eines Gegenentwurfes zur vermeintlich kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Gegenwart Weißrußlands noch eine Weile eine entsprechende Rolle spielen können.

⁵¹³ Obrašèenie Central'nogo Komiteta Partii kommunistov Belorusskoj (PKB) k kommunistam, trudjašèimsja respubliky v svjazi s 80-letniem Velikoj Oktjabr"skoj socialističeskoj revoljucii, in: Tovarišè, Nr. 45 (151), 6. Nov. 1997, S. 1.

⁵¹⁴ Kaljakin, Oktjabr' i vozrož denie socializma, S. 2.

⁵¹⁵ Ebd..

Abstract

Historisch bedingt war die KPdSU bzw. die KPB als deren regionaler Flügel in Weißrußland stärker in Staat und Gesellschaft verwurzelt als andere regionale Parteiorganisationen. Trotz Perestrojka und Protestaktionen der Weißrussischen Volksfront konnte sich daher die KPB bis zum Moskauer Augustputsch des Jahres 1991 an der Macht halten. Nach ihrer dann erfolgten formalen Auflösung und einem starken Mitgliederschwund setzte ein organisatorischer Wandlungsprozeß ein. Die Herrschaft der kommunistischen Machtelite in den sich kaum verändernden staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen des Landes blieb jedoch erhalten. Die oberste Nomenklaturaschicht "überwinterte" in Staats- und Regierungseinrichtungen, während sich die Funktionäre nachgeordneter Ebenen um eine Restituierung der Partei bemühten.

Schon im Dezember 1991 konnte sich die Partei der Kommunisten Weißrußlands (PKB) konstituieren, die sich als Nachfolgerin der KPB verstand. Letztere bzw. das, was von ihr noch existierte, vereinigte sich im Mai 1993 mit der PKB. Deren Mitgliederbestand belief sich nach dem Zusammenschluß auf 60.000 Parteibuchinhaber, reduzierte sich aber nach einer Spaltung 1996 auf rund 15.000.

Um den landwirtschaftlichen Sektor auch weiterhin kontrollieren zu können, wurde auf Initiative, die von der Agrarnomenklatura und dem Minsker Regierungsapparat ausgingen, im Juni 1992 die "Vereinigte Agrardemokratische Partei" gegründet, die sich später in "Agrarpartei von Belarus" (AP) umbenannte. Sie versteht sich als eine Partei des demokratischen Sozialismus. Daher lehnt sie jede Art ideologischer Diktatur ab, fordert Rechtsstaatlichkeit sowie soziale Marktwirtschaft und tritt für Privateigentum an Grund und Boden ein. Allerdings plädiert auch die AP für staatliche Intervention zur Sicherung der sozialen Stabilität im Lande und zur Gewährleistung gerechter Einkommensverhältnisse.

Zusammen mit den Kommunisten und der Präsidentenfraktion stellten die Agrarier die große Mehrheit im Obersten Sowjet als parlamentarische Stütze der regierenden "Partei der Macht". Ein weitreichender Wandlungsprozeß, in dessen Verlauf der bisher bestehende, auf einer deutlichen Interessenidentität basierende Konsens der Nomenklatura zu schwinden begann, wurde durch Lukasenos autoritäre, verfassungswidrige gegen das Parlament gerichtete Politik eingeleitet. Nachdem sich der Präsident durchgesetzt und auf der Grundlage des im November 1996 verfassungswidrig durchgeführten Referendums das weißrussische Parlament zu einem reinen Akklamationsinstrument degradiert hatte, kam es zu einem offenen Bruch. Da jeweils auch ein Teil der Agrarier und der Kommunisten nicht ihren Führungen folgten, sondern sich auf Lukasenos Seite schlugen, mußten beide Parteien Abspaltungen hinnehmen. Während sich die PKB unter Novikov und Kaljakin dem von Šareckij und Karpenko geführten Oppositionslager angeschlossen hat, ist der Rest der von Èikin restituierten KPB beigetreten, die den von Lukasenko eingeschlagenen politischen Kurs vorbehaltlos mittragen will. Diese Partei hat sich inzwischen neue Statuten und ein der aktuellen Entwicklung angepaßtes Programm gegeben, in dem aus politischen Opportunitätsüberlegungen wichtige ideologische Dogmen aufgegeben worden sind.

Anhang

Kommunistische Partei Weißrußlands (Kommunističeskaja Partija Belorussii)

Abk.: *KPB*

Die KPB als Regionalorganisation der ehemaligen KPdSU war nach dem Augustputsch 1991 zunächst verboten. Als Nachfolgeorganisation wurde im Dezember 1991 die PKB gegründet, die viele Mitglieder der alten KPB übernahm. Im November 1996 spaltete sich dann ein Teil der um V. Èikin gruppierten Mitglieder ab, um die KPB zu restituieren.

Parteichef: Erster Sekretär des ZK der KPB Viktor Èikin

Mitglieder: 1.500 (Frühjahr 1997)

7.110 (Oktober 1997)

Parteizeitung: My I Vremja. Gazeta Kommunističeskoj Partii Belorussii

Gegr.: Juni 1990 von V. Nikol'skij (Èikin)

Chefredakteur: Reent, N.I.

Erscheint unregelmäßig

Auflage:

1993: 30.000

1997: 6.000 - 9.000

1999: 8.000

Organisation und Führungsstrukturen:

Höchstes Organ ist der PARTEITAG (s-ezd), der einmal in zwei Jahren vom Zentralkomitee der Partei einberufen wird. Außerordentliche Parteitage können vom ZK oder dem Parteirat - auch auf Initiative anderer Parteiorganisationen - einberufen werden. Sollte die ordnungsgemäße Einberufung von den genannten Organen unterlassen worden sein, haben die Parteiorganisationen das Recht, ein entsprechendes Organisationskomitee zu bilden.

Das Zentralkomitee der KPB (Central'nyj Komitet KPB) ist das Leitungsorgan der Partei, das mindestens einmal pro Halbjahr zusammentritt und zwischen den Parteitag "alle Fragen des Parteilebens" entscheidet. Es wählt zudem die Sekretäre des ZK sowie die Kandidaten und Mitglieder des Büros.

Das Büro des ZK der KPB (Bjuro CK KPB) ist das Exekutivorgan des ZK, das mindestens einmal monatlich zusammentritt. Es beruft die Plenartage des ZK ein und sorgt für die Verwirklichung von ZK-Beschlüssen. Es leitet zudem die praktische Arbeit der Parteiorganisationen und verwaltet die Parteikasse.

Die Zentrale der Revisionskommission der KPB (Central'naja revizionnaja komissija KPB) kontrolliert im Auftrag des Parteitages die finanziellen und ökonomischen Aktivitäten des ZK und der nachgeordneten Parteistellen.

Der Parteirat (Sovet partii) wird vom Parteitag "aus der Zahl der erfahrensten und am meisten Autorität besitzenden Kommunisten" auf zwei Jahre gewählt und tagt mindestens einmal pro Halbjahr. Er garantiert die Einheit der Partei und überwacht die Einhaltung und Wahrung der

Statuten sowie der Rechte der Mitglieder der Partei. Er stellt eine Art Gericht und Areopag der KPБ dar.

Grundorganisationen nach dem Territorialprinzip existieren in allen Wahlkreisen, dörflichen Verwaltungseinrichtungen, Stadtteilen, Städten, Rayons und Gebieten. Ihre Parteiversammlungen finden mindestens einmal in zwei Monaten statt. Als Entscheidungsebenen sind sie nach dem "Prinzip des demokratischen Zentralismus" hierarchisiert.

Die Mitglieder des Büro des ZK der KPБ (Okt. 1997):

V.V. Èikin	Erster Sekretär des ZK, Mitglied
V.A. Pletjuchov	Zweiter Sekretär des ZK, Mitglied
I.V. Kotljarov	ZK-Sekretär (für Ideologie), Mitglied
S.I. Kostjan	ZK-Sekretär (für Internationale Angelegenheiten), Mitglied
V.V. Sventanovskaja	ZK-Sekretärin (für Jugendarbeit), Mitglied
V.A. Ageeva	Mitglied
I.D. Zamulko	Mitglied
M.F. Konoplev	Mitglied
L.A. Zolotoreviè	Mitglied
G.A. Giros	Mitglied
P.I. Losiè	Mitglied
S.A. Posochov	Mitglied
V.F. Romanovskij	Mitglied
I.A. Januškeviè	Mitglied
V.N. Zacharèenko	Kandidat
A.S. Mikša	Kandidat
V.V. Markeviè	Kandidat
S.I. Prokopenko	Kandidat
L.E. Skol'nikov	Kandidat

Mitglieder des Parteirates:

E.E. Sokolov	Vorsitzender (Sekretär des ZK)
M.A. Kaèan	Mitglied (Büro des Gebietskomitees von Gomel)

Zentrale Revisionskommission:

L.N. Kljuènikova	Vorsitzende (Sekretär des ZK)
------------------	-------------------------------

Partei der Kommunisten Weißrußlands (Partija Kommunistov Belorusskaja)

Bis 1994: Partija Kommunistov Belarusi

Parteichef: Anatolij Malofeev
Sergej I. Kaljakin (seit 1997)

Mitglieder: 15.000 (Frühjahr 1997)

Parteizeitung: TOVARIŠÈ. GAZETA BELORUSSKICH KOMMUNISTOV
Gegründet Dezember 1994

Organisation und Führungsstrukturen:

S.I. Kaljakin	Erster Sekretär des ZK
V. Novikov	Sekretär des ZK
A. Pochlopko	Sekretär des ZK
E. Skrigan	Sekretär des ZK
I.I. Akinciè	Sekretär des ZK

Agrarpartei Weißrußlands (Agrarnaja partija Belarusi)

Abk.: AP

Gegründet am 13. Juni 1992 in Senica bei Minsk als VEREINIGTE AGRARDEMOKRATISCHE PARTEI WEISSRUSSLANDS (Ob-edinennaja agrarno-demokratièeskaja partija Belarusi). Seit 1995 Agrarpartei.

Die 250 Gründungsmitglieder stammten aus allen sechs Gebieten des Landes:

Brest	28
Vitebsk	23
Gomel	51
Grodno	47
Mogilev	22
Minsk	79 (davon Stadt Minsk: 12)

Parteichef: 1992-1995 Semen G. Šareckij u. Jurij Chusajinov

Seit 1995 S.G. Šareckij:
Geb. am 23. September 1936. Nach der Schule Studium der Agrarwissenschaften und Promotion zum Dr.phil.

1977-1984
Vors. der Abteilung für Wirtschaft und landwirtschaftliche Produktionsorganisation an der Höheren Parteischule.

1984-1989
Vorsitzender des Kolchos "Rotbanner"

1989-1993
Professor für Politökonomie an der Staatlichen Universität in Minsk

1993-1994
Berater des Ministerpräsidenten von Weißrußland

1995
Alleiniger Vorsitzender der AP

Seit Januar 1996
Präsident des Obersten Sowjets der Republik Belarus´.

Seit November 1996
einer der Oppositionsführer

Mitglieder: 10.000 (1995)

Parteizeitung: Belarusskaja niva

Organisation und Führungsstrukturen:

Höchste Organe der Partei sind der Parteitag und die Konferenzen der Gebiets-, Rayon- und Stadtorganisationen der AP. Sie werden je nach Bedarf einberufen.

Der Zentralrat (Central´nyj sovet) und die Räte auf Gebiets-, Rayon- und Gemeindeebene sind die Leitungsorgane, die von den jeweiligen höchsten Organen der AP bzw. der territorialen Organisationen gewählt werden.

Das politische Exekutivkomitee des Zentralrates (Politispolkom CS) sowie die Exekutivkomitees der territorialen Organisationen stellen die ausführenden Organe dar. Die praktische Geschäftsführung obliegt dabei dem Vorsitzenden der AP, seinen Stellvertretern, den Sekretären des Zentralrates sowie den Vorsitzenden usw. der Räte in den territorialen Organisationen.

Die Grundorganisationen sind nicht selbständig, sondern bilden einen Teil der jeweiligen Stadt- oder Rayonparteiorganisation.

Die Mitglieder des Politischen Exekutivkomitees der AP (1995):

Šareckij, Semen G.	Vorsitzender der AP
Girut' Mečislav I.	Stv. Vorsitzender der AP und Vorsitzender der Oblast-organisation von Grodno
Juncevič, Anton V.	Stv. Vorsitzender der AP
Efimov, Valerij S.	Sekretär des ZR der AP
Krestovskij, Viktor G.	Sekretär des ZR der AP
Svjatskaja, Valentina A.	Sekretärin des ZR der AP
Apackij, Aleksandr N.	Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses der Obersten Sowjet von Weißrußland
Bulachov, Viktor S.	Vorsitzender der Oblastorganisation von Minsk
Buško, Nikolaj M.	Vorsitzender der Oblastorganisation von Gomel
Galko, Ivan K.	Leiter des Wissenschafts- und Konsulationszentrums
Ivanov, Sergej A.	Vorsitzender der Gewerkschaft des Agroindustriellen Komplexes
Mirgorodskij, Viktor N.	Vorsitzender der Oblastorganisation von Mogilev
Michajlov, Vladimir D.	Vorsitzender der Stadtorganisation von Minsk
Fisejko, Vladimir A.	Vorsitzender der Oblastorganisation von Brest
Simanskij, Michail V.	Chefredakteur der Zeitung "Belorusskaja niva"
Janukovič, Michail A.	Vorsitzender der Oblastorganisation von Vitebsk

Der Zentralrat der AP zählte 1995 insgesamt 131 Mitglieder, von denen nur vier Frauen waren.

Meinungsumfragen über Wertschätzung und Bedeutung der weißrussischen Parteien:

Partei

Mai 1993	PKB/KPB	30,0%
Oktober 1994	PKB	9,5%
Juni 1996	PKB	25,1%
	Agrarier	23,3%
Oktober 1997	PKB	2,5%
	KPB	5,5%

Galina Luchterhandt

Neue Linke in Rußland - Kommunistische und sozialistische Organisationen außerhalb der KPRF

Eine breite Palette linker Parteien und Bewegungen - von den Anhängern des demokratischen Sozialismus bis hin zu den orthodoxen Marxisten und Bolschewiken - spielt gegenwärtig eine bedeutende Rolle im politischen Leben Rußlands. Die führende Kraft dabei ist die Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation (KPRF), die größte und stärkste Nachfolgepartei der KPdSU, die im Parlament die stärkste Fraktion stellt und in vielen regionalen und lokalen Vertretungsorganen ebenfalls zur führenden Kraft geworden ist. Diese Partei stellt inzwischen einige Gouverneure und führt die National-Patriotische Union sowie andere kommunistische und national-kommunistische Bündnisse auch über die Grenzen der Rußländischen Föderation hinaus. Um die KPRF gruppieren sich neben den national-patriotisch orientiert auch diverse sozialistische und kommunistische Parteien und Bewegungen, die teilweise mit ihr kooperieren, teilweise rivalisieren, jedoch unvermeidlich auf die stärkste kommunistische Partei angewiesen sind.

In diesem Beitrag werden die Wurzeln, die Geschichte und die Gegenwart des linken Teils des politischen Spektrums Rußlands untersucht, wobei aus der bunten Vielfalt von Parteien, Bewegungen, Gruppen und Grüppchen nur diejenigen ausgewählt werden, die zumindest eine gewisse Rolle in der Politik spielen oder gespielt haben, d.h. im Parlament vertreten sind oder außerparlamentarisch Protestaktionen organisieren, eigene Presseorgane haben oder in den Medien präsent sind. Die KPRF selbst wird hier weitgehend ausgeklammert, da ihr ein spezieller Beitrag von Heinz Timmermann gewidmet ist.

1. Kommunistische und sozialistische Gruppierungen außerhalb der KPdSU vor der Perestroika

Neben der Staatspartei KPdSU tauchten schon in der ersten Hälfte der sechziger Jahre erste unabhängige kommunistische Zirkel auf. Sie glaubten an die Möglichkeit, mit Hilfe des "wahren", "richtigen" Marxismus die Gesellschaft und den Staat von ihren Krankheiten heilen und sie reformieren zu können. Die oppositionellen kommunistischen bzw. marxistischen Zirkel und Organisationen waren nicht zahlreich und ihre Tätigkeit hatte keine breitere gesellschaftliche Resonanz, schon deswegen nicht, weil sie sich mehr oder weniger im Untergrund abspielte. Das ideologische Spektrum reicht vom "Bund der Kommunarden" (Sojuz Kommunarov), der die Zeitschrift "Die Glocke" (Kolokol) herausgab und die Prinzipien des Marxismus von ihren "Entstellungen" reinigen wollte, über die "Marxistische Partei neuen Typs", die in mehreren Städten wirkte, bis hin zu der Gruppe "Fetissow", die die politische Lage von Standpunkt des Stalinismus aus kritisierte.⁵¹⁶

Etwas abseits standen die sozialistischen Gruppen der 1980er Jahre⁵¹⁷, die Zeitschriften wie z.B. die "Linkswende" (Levyj povorot) herausgaben. Mit Beginn der Perestrojka gewannen einige Führer dieser Organisationen an politischem Einfluß, allen voran Boris Kagarlitzkij, der an seinen sozialistischen Vorstellungen festhielt und zunächst in der "Moskauer Volksfront" (Moskovskij Narodnyj Front), dann in der Sozialistischen Partei und später in der Partei der

⁵¹⁶ Lewytkyj, Boris: Die linke Opposition in der Sowjetunion, Hamburg 1974.

⁵¹⁷ Alekseeva, Ljudmila: Istorija inakomysliza v SSSR, Moskva- Vil'njus 1993, S. 300-310.

Arbeit tätig war. Auch in der Provinz gab es solche Persönlichkeiten. In Samara gründete Grigorij Issaew die kleine, aber rußlandweite Marxistische Arbeiterpartei - Partei der Proletarischen Diktatur.

2. Gruppen, Bewegungen und Parteien des linken Spektrums während der Perestrojka

Die Herausbildung des linken Spektrums während der Perestrojka-Zeit lief in folgenden Phasen ab:

1. Gründung von Diskussionsgruppen und Klubs;
2. Bildung von Plattformen bzw. Fraktionen innerhalb der KPdSU;
3. Entstehung von Bewegungen;
4. Konstituierung legaler Parteien und Bildung eines reaktionären Blocks.

Dieser Prozeß fand seine Ende mit dem Verbot der KPdSU nach dem August-Putsch 1991. Es folgte die Neuorganisierung des linken Spektrums.⁵¹⁸

2.1 Diskussionsgruppen und -klubs

Die Phase der Entstehung von Gruppen und Klubs (1986 - 1988) ist einerseits durch Versuche, zu größeren Zusammenschlüssen zu gelangen, andererseits durch Spaltungen gekennzeichnet. Nebeneinander existierten eine allgemeindemokratische Richtung, die die Positionen von Liberalen und Demokraten bis zu einem "humanen Sozialismus" umfaßte, und eine Richtung, die entschieden sozialistische Werte betonte. Zur ersten gehörten zahlreiche Diskussionsklubs in den Großstädten, zur zweiten eine Reihe von Klubs, die anfangs im "Soziopolitischen Unionsklub auf Korrespondenzbasis" (Vsesojuznyj zaočnyj social'no-političeskij klub) zusammengeschlossen waren, der seit Mai 1987 eine Reihe von Konferenzen veranstaltete und bald darauf in "Sozio-politischer Unionsklub" umbenannt wurde. Er zerfiel 1988, doch wurde sein Netzwerk von der "Föderation Sozialistischer Gesellschaftlicher Klubs" (Federacija socialističeskich obščestvennych klubov) übernommen, in der Anarcho-Syndikalisten von der Vereinigung "Gemeinde" (Obščina) die Schlüsselstellung einnahmen. Schließlich entstand im Sommer 1988 die "Konföderation der Anarcho-Syndikalisten/ KAS" (Konfederacija anarcho-sindikalistov). Ihre Parole war: "Die Macht den Völkern, nicht den Parteien!"

Zu den Besonderheiten dieser Phase gehört die stärker ausgeprägte sozialistische Orientierung der politischen Klubs in der Provinz verglichen mit denen in Moskau und Leningrad. Zu jener Zeit spielten nicht nur für die Genehmigung der Zusammenkünfte, sondern auch in den Diskussionen selbst Komsomol- und KPdSU-Funktionäre eine große Rolle. Die Apparatschiki, die glaubten, die entstehenden Aktivitäten in dem Rahmen des Erlaubten halten und sie in die "richtige Richtung" bringen zu können, leisteten durch ihre organisatorische Unterstützung

⁵¹⁸ Ausführlich zum Prozeß der Parteienbildung: Luchterhandt, Galina: Parteien im neuen Rußland, Edition Temmen, Bremen 1993; Luchterhandt, Galina: Die rußländische Parteienlandschaft: kommunistische und sozialistische Parteien und Bewegungen, in: Osteuropa, 1992, S. 1038-1049; Urban, Mishael/Igrunov, Vycheslav/Mitrokhin, Sergei: The rebirth of politics in Russia, Cambridge 1997, S. 145-310; Urban, Mishael/Gel'man, Vladimir: The development of political parties in Russia, in: Dawisha, Karen/Parrott, Bruce (Hrsg.): Democratic changes and reactions in Russia, Ukraine, Belarus and Moldova, Cambridge 1997, S. 175 -222.

objektiv einen wichtigen Beitrag zur raschen Entwicklung der gesellschaftlichen Gruppen. Diese positive Wirkung ist in vielen Städten ganz verschiedenen Gruppen zugute gekommen, obwohl Hilfe und Unterstützung nur auf die "wahren Sozialisten" und, meistens ganz geheim, auf die chauvinistischen "Pamjat" - Gruppen abzielte. Ein Nebeneffekt der Arbeit des Apparats mit den "nichtformalen" (wie sie damals bezeichnet wurden) Gruppen bestand darin, daß dabei ungewollt aus einem Teil der Partei- und Komsomolfunktionären zukünftige Mitglieder der Fraktionen und Plattformen innerhalb der KPdSU herangezogen wurde.

2.2 Plattformen und Fraktionen innerhalb der KPdSU

Um die Jahreswende 1989/90 bildeten sich zunächst Plattformen und Fraktionen innerhalb der KPdSU, aus denen später selbständige Parteien hervorgingen. Gleichzeitig entstanden breite "gesellschaftliche Bewegungen" mit sozialistischen Zielen, die teilweise Parlamentsfraktionen einschlossen. Die zunehmende Polarisierung des politischen Lebens förderte die Herausbildung eines kommunistisch-nationalistisch-chauvinistischen Blocks, der der breiten demokratischen Bewegung "Demokratisches Rußland" ("Demokratičeskaja Rossija") in offener Feindschaft gegenübertrat und im zweiten Halbjahr 1990 bestimmenden Einfluß auf den politischen Kurs des Staates gewann.⁵¹⁹

Hintergründe der Fraktionsbildung in der KPdSU waren die Richtungskämpfe im Vorfeld des XXVIII. Parteitages (Juli 1990), obwohl die Gruppen sich nicht als "Fraktionen" bezeichneten. Im Januar 1990 wurde offiziell die Gründung der "Demokratischen Plattform in der KPdSU" (Demplatforma) verkündet, auf einer Konferenz, die die vor dem Parteitag in vielen Städten gebildeten "Parteiklubs" und reguläre Parteiorganisationen organisiert hatten. Ein Teil der Plattform trat nach dem Parteitag aus der KPdSU aus und gründete die sozialdemokratisch orientierte Republikanische Partei der Rußländischen Föderation/ RPRF (Respublikanskaja Partija Rossijskoj Federacii). Der andere Teil der Aktivisten der Parteiklubs gründete im März 1990 die "Marxistische Plattform in der KPdSU" (Marksistskaj Platforma v KPSS), in der Alexej Prigarin und Alexander Busgalin die führende Rolle spielten.⁵²⁰

Drei Mitglieder der Plattform wurden auf dem XXVIII. Parteitag in das ZK der KPdSU gewählt. In der "Marxistischen Plattform" existierten zwei Flügel: ein der VFW nahestehender und ein mehr "demokratisch" orientierter. Im November 1990 bildete sich daneben die Fraktion "Marxismus-XXI", die der demokratischen Bewegung in der KPdSU nahestand. Alle diese Richtungen wurden später zur Basis für neue Parteien. Im Sommer 1990 konstituierte sich auch die "Bolschewistische Plattform in der KPdSU" (Bolševistskaja platforma v KPSS).

2.3 Politische Bewegungen

Die 1988-1989 gegründeten Bewegungen, die bei weitem größere Mitgliedschaft als die bis dahin existierenden Gruppen und Klubs hatten, entstanden nur teilweise von unten, wie vor allem jene zahlreichen regionalen "Volksfronten" (Narodnye fronty), die meistens sozialistisch orientiert waren und zwischen einigen Dutzend und einigen Hundert Mitglieder besa-

⁵¹⁹ Alexandrova, Olga/Vogel, Heinrich: Die reaktionäre Wende in der Sowjetunion, in: Europa-Archiv, 1991, S. 103-110.

⁵²⁰ Dazu siehe das Buch einer der wichtigsten Akteure dieser Zeit: Buzgalin, A.V.: Belaja vorona (poslednij god žizni CK KPSS. Vzgljad iznutri), Moskva 1993.

Ben. Auf Initiative der KPdSU bzw. des KGB wurden "Apparat-Bewegungen" organisiert, die programmatische Unterschiede hatten.

Auf Parlamentsebene kam es ebenfalls zur Formierung von Gruppen und Fraktionen, die sich in ihren undemokratischen Auffassungen einig waren und die kommunistische Ideologie, die damals noch einen offiziellen Charakter hatte, vertraten. Im Obersten Sowjet der UdSSR war es der Block "Union" (Sojuz), für den allerdings das Ziel der unbedingten Bewahrung der Sowjetunion noch Vorrang vor Sozialismus und Kommunismus hatte. Die Großmacht Rußlands bzw. der Sowjetunion sollte erhalten bleiben und ihre Grenzen sollten unverletzbar sein. Damit fanden diese Gruppen und Bewegungen Anschluß an die Parolen des "national-patriotischen" Lagers, an die chauvinistische "Pamjat"-Bewegung und ihre Ableger. Deswegen war die Herausbildung eines reaktionären, "national-bolschewistischen" Blocks alles andere als erstaunlich. Dieser Block entstand im zweiten Halbjahr 1990 in "vertikaler" Form, durch ein Bündnis von "oben" agierender Abgeordneter bzw. Parlamentsgruppen mit der Basis der "unten" agierenden politischen Bewegungen und Gruppen.⁵²¹ Auf Initiative von "Union" fand am 1.12.1990 der Gründungskongreß der Unionsvereinigung der Volksdeputierten aller Ebenen "Union" statt, an dem sich 354 Abgeordnete aller Ebenen (Unions-, Republik-, Gebiets- und Stadt - sowie Rayonebene) beteiligten. Er wurde von den gemäßigt national-patriotischen, stärker sozialistisch profilierten Organisationen beeinflusst wie der Vereinigten Front der Werktätigen (dazu unten) und den im Baltikum operierenden Vereinigungen Interbewegung in Estland (Interdviženie) und Einheit in Lettland (Edinstvo) und vertrat eine "sozialistische Option". Der Vorsitzende des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR, Anatolij Lukjanow, unterstrich mit seiner Anwesenheit die politische Bedeutung des Ereignisses.⁵²² Typisch für den politischen Kurs der "Union" war u.a. ihre Drohung, den Präsidenten vor einem außerordentlichen Volkskongreß zur Rechenschaft zu ziehen. Sie wurden von Seiten der schon damals im Rußländischen Obersten Sowjet bestehenden Fraktion der "Kommunisten Rußlands" und von der reaktionären KP der RSFSR unterstützt.

Der Spaltungsprozeß innerhalb der KPdSU veränderte auch die neue Kräfteverteilung im rußländischen Parlament. Ein Teil der Deputierten, die der KPdSU angehörten, bewegte sich langsam in die demokratische Richtung, bis hin zur Absage an die Idee des Kommunismus überhaupt. An den Sitzungen der demokratischen und zentristischen Fraktionen "Wechsel" (Smena) und "Demokratisches Rußland" nahmen auch KP-Mitglieder teil, während sich in der Fraktion "Kommunisten Rußlands" (Kommunisty Rossii) die Kommunisten um den Sekretär des ZK der KP der RSFSR Iwan Poloskow zusammenschlossen, die an ihren dogmatischen, konservativen Ansichten festhielten. Unmittelbar nach dem Versuch der "Kommunisten Rußlands", auf dem dritten außerordentlichen Volkskongreß der RSFSR im März 1991, Jelzin zu stürzen, bildete sich im rußländischen Parlament unter der Führung des Obersten und Helden aus dem Afghanistankrieg, Alexander Ruzkoj, die Gruppe Kommunisten für Demokratie ("Kommunisty za demokratiju"). Sie umfaßte insgesamt 100 Abgeordnete, von denen aber nur etwa 20 aus der Fraktion "Kommunisten Rußlands" stammten. Durch ihren Übertritt in den Block "Demokratisches Rußland" und auf die Seite von Jelzin verhinderte die Gruppe dessen Sturz. Zum Dank wurde Ruzkoj später von Jelzin zum Vizepräsidenten ernannt. Die "Kommunisten für Demokratie" wiederholten den Weg, den vor ihnen die "Demokratische Plattform" gegangen war, von einer Richtung (Fraktion) innerhalb der KPdSU zu einer selbständigen Partei, hier zur "Volkspartei freies Rußland" (Narodnaja partija Svobodnaja Rossija), die den Kommunismus als ideologischen Ballast abwarf.

⁵²¹ Pribylovskij, Vladimir: Slovar' novych političeskich partij i organizacij Rossii, Moskva, Panorama 1992.

⁵²² Vo vremja sojuza, in: Narodnyj deputat, 1991, Nr. 9, S. 13-19.

Es gab noch weitere Bündnisse, die einen offen chauvinistischen Charakter hatten und deren Mitgliedsorganisationen und Deputierte teilweise bei der "Union" mitarbeiteten. Besondere Erwähnung verdient die im Februar 1991 auf Initiative der ZK-Mitglieder der KP der RSFSR Jegor Ligatschjew und Gennadij Sjuganow organisierte Konferenz "Für ein großes, unteilbares Rußland". Auf ihr wurde ein Koordinationsrat der patriotischen Volkskräfte ("Koordinacionnyj sovjet narodno-patriotičeskich sil") gebildet, in dem etwa 40 Organisationen - von Monarchisten bis zu Kommunisten - vertreten waren. Zum gemeinsamen Handeln war man aber (noch) nicht fähig; die Koalition existierte in dieser Periode hauptsächlich auf dem Papier.

Im Unterschied zum "Demokratischen Rußland" war die Solidarität unter den Gruppen des reaktionären Blocks gering, obwohl es zwischen ihnen mannigfache personelle Überschneidungen gab. Auch auf lokaler Ebene brachte der Block kaum gemeinsame Aktionen zustande. Seine Hauptfunktion war, die Öffentlichkeit glauben zu machen, daß er fest in der Gesellschaft verankert sei. Die aktivsten Gruppen innerhalb des Block waren, solange es existierte, seine Gründerorganisationen "Einheit" und "Vereinigte Front der Werktätigen".

Nach dem August-Putsch 1991 und dem Ende der Unionsorgane wurde im Dezember 1991 auf der Basis von "Union" der "Rußländische Bund des Gesamten Volkes" (Rossijskij obščnarodnyj sojuz/ ROS) gegründet. Er löste sich völlig von der internationalistischen Ideologie des Marxismus-Leninismus und trat offen chauvinistisch auf. Zu seinen Mitgliedsorganisationen gehörten z. B. der "Nationalsozialer Bund" (Nacional-Social'nyj sojuz) und die "Slawische Volksversammlung" (Slavjanskoe Veče), die den Nationalsozialismus als ihre Ideologie verkündeten. Ungeachtet dessen blieb die neue Organisation eine treuer Verbündeter der Parteien und Bewegungen des "linken" Spektrums.

Eine weitere, im Mai 1989 gegründete Bewegung, "Einheit - für Leninismus und kommunistische Ideale"/ Einheit (Edinstvo - za leninizm i kommunističeskie idealy) stand ganz offen auf stalinistischen Positionen; ihre Mitglieder arbeiteten teilweise mit den Nationalisten von "Pamjat", teilweise auch mit der VFW zusammen. Selbstverständlich nahm "Einheit" an vielen Aktionen (Kundgebungen, Märschen usw.) gegen die "Politik der Demokraten" teil und unterstützte den politischen Kurs von "Union" bzw. den ihrer Nachfolgeorganisation "Rußländischer Bund des Gesamten Volkes". Später traten viele "Einheit"-Mitglieder in die linksradikalen kommunistischen Parteien ein. Die Führerin dieser Organisation war Nina Andrejewa, eine Hochschullehrerin aus Leningrad (St. Petersburg), die durch ihr Anti-Perestroika-Manifest, in der konservativen Zeitung "Sowjetskaja Rossija" im Frühjahr 1988 landesweit bekannt geworden war.

Im Juli 1989 wurde die "Vereinigte Front der Werktätigen"/ VFW (Objedinennyj Front Trudjaščichsja) wurde auf Unionsebene, im September 1989 für die RSFSR gegründet. Die Initiative ging von den dogmatischen Ideologen des Marxismus-Leninismus (deren "Assoziation des wissenschaftlichen Kommunismus" wurde zum kollektiven Mitglied der Organisation), von den Vertretern der baltischen "Interfronten" und von den Führern der sozialistisch orientierten national-patriotischen Gruppen aus. Die VFW beteiligte sich vor allem an Aktionen gegen die Marktreform. Auf ihrem Kongreß im Januar 1990 kam es zur Bildung der Bewegung "Kommunistische Initiative" (Kommunističeskaja Inicijativa), deren Ziel die Schaffung einer oppositionellen kommunistischen Partei auf der VFW-Plattform war. Einige Mitglieder der VFW waren gleichzeitig Mitglieder des ZK der KP der RSFSR. Die führenden Figuren der "Kommunistischen Initiative" waren die Ideologiefunktionäre, allen voran der Chefredakteur der theoretischen Parteizeitschrift "Kommunist" Richard Kossolapow. Insgesamt zählte die Organisation, die einige regionale Abteilungen hatte, ca. 3 000 Mitglieder.

Vor dem August- Putsch 1991 begann die Bildung von linken Splitterparteien. Seit Mai 1989 bestand seit Mai 1989 die Konföderation der Anarcho-Syndikalisten / KAS (Kofederacija Anarcho-sindikalistov). Von ihr spaltete sich im Sommer 1990 die "Assoziation Anarchistischer Bewegungen" (Associacija anarhičeskich dviženij) ab. In der KAS befanden sich sogenannte Anarcho-Kommunisten, Anarcho-Demokraten, Anarcho-Pazifisten und Anarcho-Individualisten. Manche von ihnen arbeiteten aktiv mit diversen Grünen Gruppen und mit den neuen Gewerkschaften zusammen. Die KAS war auf publizistischem Gebiet aktiv und hatte insgesamt 15 Publikationsorgane, darunter die Zeitschrift "Obščina" (Gemeinde).

Die Sozialistische Partei "Neue Sozialisten" (Socialističeskaja partija "Novye socialisty"), bestand seit Juni 1990 und hatte rund 300 Mitglieder, darunter einige Volksdeputierte. Im Moskauer Stadtsowjet war sie mit einer siebenköpfigen Fraktion vertreten. Die Sozialistische Partei wollte zwar im Prinzip eine Marktwirtschaft, trat daneben aber mit besonderem Nachdruck für ein entwickeltes System sozialer Garantien und eine breite Entfaltung der Demokratie auf der Grundlage örtlicher und betrieblicher Selbstverwaltung ein. Die führende Rolle in der Partei spielte der oben schon erwähnte Boris Kagarlitzkij. Anfang 1992 zerfiel die Partei, da ihr großer Teil in die neugegründete "Partei der Arbeit" (Partija Truda), übertrat, während eine Minderheit die Neubildung einer Gruppe der "Linke Sozialisten" (Levyje Socialisty) verkündete. Sowohl die KAS als auch die Sozialistische Partei unterhielten aufgrund ihrer ausgeprägten demokratischen Position enge Kontakte zu der Bewegung "Demokratisches Rußland".

Aus den zahlreichen weiteren Gruppen und Grüppchen unterschiedlicher marxistischer Richtungen, sollen hier einige gesondert erwähnt werden.⁵²³

- die "Marxistische Partei der proletarischen Diktatur" (Marksistskaja partija diktatury proletariata) und die "Demokratische Arbeiterpartei (Marxisten)" (Demokratičeskaja robočaja partija /Marksisty), die beiden im März 1990 auf demselben Kongreß gegründet wurden und nicht mehr als jeweils ein Dutzend Mitglieder besaßen;
- die "Kameradschaft der sozialistischen Volkstümmler" (Tovariščestvo socialistov-narodnikov), 1990 die im Februar entstand und gute Beziehungen zur Sozialistischen Partei und zur KAS unterhielt;
- trotzkistische Gruppen, so seit 1990 das "Komitee für Arbeiterdemokratie und Internationalen Sozialismus" (Komitet za rabočuju demokratiju i internacional'nyj socializm) und die von der KAS 1990 abgespaltene Gruppe "Revolutionäre proletarische Zellen" (Revoljucionnyje proletarskie jačejki);
- der "Bund der jungen Kommunisten" (Sojuz molodych kommunistov), die im November 1990 gegründete Jugendorganisation von "Einheit" und der VFW.

⁵²³ Slovar' oppozicii. Nove političeskie partii i organizacii Rossii. Analitičeskie vesti informacionnogo agentstva "Postfaktum", April 1991, Nr. 4-5.

3. Kommunistische und sozialistische Parteien und Bewegungen nach dem Ende der KPdSU (seit Herbst 1991)

3.1 Kommunistische und sozialistische Parteien

Nachdem Jelzin am 12.6.1991 gegen den KPdSU-Apparat die Präsidentschaftswahl in Rußland gewonnen hatte, verbot er per Dekret am 20.7.1991 sämtliche "organisatorischen Strukturen" aller politischen Parteien und gesellschaftlichen Bewegungen in allen staatlichen Einrichtungen.⁵²⁴ Faktisch war davon allein die KPdSU betroffen, da die neuen Parteien und Bewegungen noch zu schwach waren, um in den Betrieben und Institutionen eigene Organisationen zu haben.

Der gescheiterte Staatsstreich vom 19.-21.8.1991 bedeutete faktisch das Ende der KPdSU sowie das Ende ihrer Staatsschöpfung, der UdSSR. Mit Dekreten vom 23. und 25.8.1991 suspendierte Präsident Jelzin die Rußländische KP und übertrug das in Rußland befindliche KPdSU-Vermögen dem Staat, mit dem Dekret vom 6.11.1991 wurden die KPdSU und die KP der RSFSR endgültig verboten.⁵²⁵ Auf Antrag von Abgeordneten der Parlamentsfraktion "Kommunisten Rußlands" überprüfte das im Herbst 1991 gebildete Verfassungsgericht des Landes die Verfassungsmäßigkeit der Dekrete. Seine Entscheidung vom 30.11.1992 folgt in wesentlichen Punkten der Position des Präsidenten.⁵²⁶ Das Verbot des gesamten Apparates der KPdSU bis hin zu den Parteiorganisationen in den Betrieben wurde für verfassungsmäßig erklärt, da es sich bei dieser Struktur nicht eigentlich um eine "Partei", sondern um einen quasi staatlichen Herrschaftsmechanismus gehandelt habe. Nur die territorialen Grundorganisationen der KPdSU hätten den Charakter "gesellschaftlicher Organisationen" besessen. Deren Verbot habe daher gegen das Grundrecht der Vereinigungsfreiheit verstoßen und sei infolgedessen verfassungswidrig. Das Verfassungsgericht sah es als erwiesen an, daß die KPdSU-Führung (als solche) die Putschisten unterstützt habe. Das Verbot des Parteiapparats sei als Vorbeugungsmaßnahme gegen weitere Putschversuche gerechtfertigt gewesen.

Nach dem Verbot der KPdSU und der KP Rußlands entstanden auf der Basis schon existierenden Plattformen und Bewegungen schnell einige kommunistische und sozialistische Parteien.⁵²⁷ Es kam dabei zu einigen Spaltungen. Die "Marxistische Plattform" spaltete sich in drei Teile: "Bund der Kommunisten", der später zu der Rußländischen Kommunistischen Partei - KPdSU wurde, die Rußländische Partei der Kommunisten und die Partei der Arbeit, die sich 1994 auflöste.

1. Auf der Basis der Bolschewistischen Plattform in der KPdSU und der Bewegung "Einheit" entstand die Allunionistische Kommunistische Partei der Bolschewiken/AKPb (Vse-

⁵²⁴ Text des Dekretes VVS RSFSR 1991, Nr. 31, Pos. 1035; ausführlich: Meissner, Boris: Gorbatschow, Jelzin und der revolutionäre Umbruch, in: Osteuropa 1992, S. 39-40.

⁵²⁵ VVS RSFSR 1991, Nr. 35, Pos. 1149; VVS RSFSR 1991 Nr. 35, Pos. 1164; VVS RSFSR 1991, Nr. 45, Pos. 1537.

⁵²⁶ Text der Entscheidung des Verfassungsgerichts Rußlands: VVS RF 1993, Nr. 11, Pos. 400. Ausführlich dazu: Luchterhandt, Otto: Vom Verfassungskomitee der UdSSR zum Verfassungsgericht Rußlands, in: Archiv des öffentlichen Rechts, Bd. 118/1993, S. 337-288 (274 ff.).

⁵²⁷ Ausführlich dazu: Ermakov, Ja./Šavšukova, T./Jakuničkin, V.: Kommunističeskoe dviženie v period zapreta: ot KPSS k KPRF, in: Kentavr, 1993, Nr. 3; Kagarlickij, B.: Levye v Rossii: nadeždy, neudači, bor'ba, in: Svobodnaja mysl, 1994, Nr. 11; Luchterhandt, Galina: Das kommunistische und sozialistische Parteienspektrum in Rußland; Luchterhandt, Galina: Die rußländische Parteienlandschaft: kommunistische und sozialistische Parteien und Bewegungen; Mogorartijnost' v Rossii: bloki i koalicii, Moskva, Rossijskaja Akademija Upravlejnja, 1992, S. 143-149.

sojuznaja Kommunističeskaja Partija Bolševikov). Ihr Gründungskongreß fand am 7./8.11.1991 in St. Petersburg statt, Nina Andrejewa wurde einstimmig zur Generalsekretärin gewählt.

2. Die Rußländische Kommunistische Arbeiterpartei/ RKAP (Rossijskaja Kommunističeskaja Rabočaja Partija) wurde am 23/24.11.1991 in Jekaterinburg als orthodoxe marxistische Partei gegründet. Auf dem Gründungskongreß waren 525 Delegierte versammelt. 16% unter ihnen waren Arbeiter, die meisten dagegen "Parteiveteranen". Überwiegend handelte es sich um Mitglieder der Bewegung "Kommunistische Initiative" und der eng mit ihr verbündeten VFW. Die Hauptrolle bei der Gründung spielten Richard Kossolapow, der Mitorganisator der VFW, sowie der Professor und VFW-Aktivist Alexej Sergejew und der General und Präsidentschaftskandidat bei den Wahlen 1991 Albert Makaschow.
3. Der Bund der Kommunisten (Sojuz kommunistov) wurde auf einer Konferenz in Sheleznodoroshnyj, nicht weit von Moskau, am 16./17.11.1991 gegründet, an der 102 Delegierte aus sieben Republiken und zwölf autonomen Gebieten Rußlands sowie aus sechs früheren Unionsrepubliken teilnahmen. Die meisten von ihnen kamen aus der "Marxistischen Plattform in der KPdSU", die wichtigste Rolle spielte Alexej Prigarin, ein der Bewegung "Kommunistische Initiative" nahestehender Führer der "Marxistischen Plattform". Der Bund der Kommunisten war eine der kleinsten neuen kommunistischen Parteien.
4. Die Rußländische Partei der Kommunisten/ RPK (Rossijskaja partija kommunistov) wurde im Herbst 1991 nach der Spaltung der "Marxistischen Plattform in der KPdSU" gegründet, zu ihrem Vorsitzenden wurde ZK-Mitglied Anatolij Krjutschkow gewählt. Die RPK vertrat orthodoxe marxistisch-leninistische Positionen und befand sich in einem ständigen Konflikt mit anderen kommunistischen Parteien, insbesondere mit der KPRF wegen deren "Opportunismus".
5. Die Sozialistische Partei der Werktätigen/SPW (Sozialističeskaja Partija Trudjaščichsja) wurde 26.10.1991 gegründet und vereinigte sowohl Vertreter der "Marxistischen Plattform" als auch Mitglieder der Bewegung "Kommunisten für Demokratie". Zu den Führern der SPW gehörten der bekannte Historiker und ehemalige Dissident Roj Medwedew und Parteifunktionärin Ljudmila Wartasarowa.

Es entstanden weitere kleinen kommunistische Parteien, deren ideologisches Spektrum vom orthodoxen Marxismus der RKAP bis zu der eher sozialdemokratischen Ideologie der SPW reichte.

Die Mitglieder der neuen Parteien waren meist aktive Kommunisten gewesen, überwiegend aus der älteren Generation. Die Programmprinzipien der neuen kommunistischen Parteien unterschieden sich beträchtlich voneinander. Auf dem "rechten" Flügel stand die SPW, die sich vom Marxismus-Leninismus gelöst hatte und Positionen eines "demokratischen Sozialismus" vertrat, auf dem "linken" standen die orthodox kommunistische RKAP und die Bolschewiken. In organisatorischer, struktureller Hinsicht folgten die Parteien des neuen linken Spektrums dem Prinzip "je linker die Partei, desto strenger die Disziplin bzw. ihr demokratischer Zentralismus".

Neben diesen Parteien oder auf ihrer Basis wurden einige lose kommunistische Sammelbewegungen gegründet, die aber ganz überwiegend die Mitglieder der RKAP und anderer orthodox-kommunistischen Parteien vereinigten: "Werktätiges Rußland" (Trudovaja Rossija) und

ähnliche Bewegungen mit regionalem Charakter, nämlich "Werktätiiges Moskau", "Werktätiiges Samara" usw., und der "Rußländische Sowjet der Arbeiter". Letzterer wurde in Nishnij Nowgorod unter Beteiligung von 170 Delegierten aus 54 Städten unter Mitwirkung von Makaschow durchgeführt.

Im Januar 1992 wurde die Komsomolorganisation (RKSM) der Stadt Moskau und im April der kommunistische Jugendverband in einem "Wiederherstellungskongreß" wiedergegründet. Obwohl sich viele Kommunisten besonders in der Provinz längst nach einer großen vereinigten Partei zurückgesehen hatten, kam es erst im Februar 1993 zur offiziellen Gründung der Kommunistischen Partei der Rußländischen Föderation/KPRF. Die aus diversen kommunistischen Parteien der KPRF beigetretenen Mitglieder bewahrten indes ihre vorherige Parteizugehörigkeit, was sofort zu heftigsten Konflikten führte. Während in der KPRF war der ehemalige Mitarbeiter des ZK-Apparats, Gennadij Sjuganow.⁵²⁸

Parallel dazu wurde ferner eine KPdSU-Union der Kommunistischen Parteien gegründet, an der sich kommunistische Organisationen aus den früheren Unionsrepubliken beteiligten. Der KPRF sehr nahe stand die im Februar 1993 gegründete Agrarpartei Rußlands/ APR (Agrarnaja Partija Rossii), welche die "roten Fürsten" vom Lande, die Kolchosvorsitzenden und Sovchosdirektoren vereinigte. Vorsitzender der Partei wurde Michail Lapschin. Viele APR-Mitgliedern waren gleichzeitig Mitglieder und sogar Aktivisten der KPRF.

Die kommunistischen Organisationen hatten eine Verbindung zu den alten und neuen patriotischen Parteien und Bewegungen; doppelte Mitgliedschaft war auch hier die Regel. Kurz vor und kurz nach dem Beginn der Wirtschaftsreform kam es zur Gründung einer Reihe patriotischer und "kommunistisch-patriotischer" Organisationen, die sich teilweise auf schon vor dem Putsch existierende Organisationen stützen konnten.

Im Januar 1992 fand der Gründungskongreß einer breiten Sammelorganisation mit der Bezeichnung "Vaterland"(Otčizna) statt, an dem sowohl Vertreter der kommunistischen als auch der patriotischen Parteien sich beteiligten. Diese wie auch die Gründung einer Reihe ähnlicher Organisationen (z.B. die im Februar gegründete "Rußländische Volksversammlung") dienten aber nur als Vorbereitung auf die Bildung einer starken, vereinigten Opposition. Im Oktober 1992 gründeten Vertreter vieler kommunistischer und patriotischer sowie ehemaliger demokratischer Vereinigungen ein breites oppositionelles Bündnis, die Front der Nationalen Rettung/ FNR (Front Nacional'nogo Spasenija). In der FNR sahen sowohl der Präsident als auch die demokratischen Bewegungen die größte Gefahr für die demokratischen Reformen. Der Versuch Jelzins, per Dekret die FNR zu verbieten, scheiterte, weil die Maßnahme vom Verfassungsgericht als Kompetenzüberschreitung und damit für verfassungswidrig erklärt wurde.⁵²⁹ Bis Herbst 1993 gewann die FNR schnell an Einfluß.

Die Präsenz von Vertretern aus Parteien und politischen Bewegungen im Volkskongreß und im Obersten Sowjet bedeutete keineswegs klare Abgrenzungen, organisatorische Verbindungen und berechenbare Zuordnungen. Die Verbindungen zwischen Parteien und Parlament waren eher mittelbarer Natur. Auch die Fraktionen in den lokalen Sowjets waren parteilich nicht festgelegt, und die Deputierten waren bei den Abstimmungen nicht einmal an die Position ihrer Fraktion gebunden.⁵³⁰ Das Bild der Beziehungen zwischen der Legislative und den

⁵²⁸ Ausführlich zu Sjuganow: Krotov N./Luchterhandt Galina: Zwischen "Patriotismus" und "Sozial-Demokratie". Der Kommunist Gennadij Zjuganow.

⁵²⁹ VVS RF 1993, Nr. 9, Pos. 344.

⁵³⁰ Vgl.: Pribylovskij, Vladimir: Političeskie frakcii i deputatskie grupy Rossijskogo parlamenta.

Parteien bzw. Bewegungen wird noch verschwommener durch den Umstand, daß auch die Fraktionen als solche, d.h. als eigenständige Größe neben den Parteien, an politischen Bündnissen außerhalb des Parlaments teilnahmen.

4. Die Kommunisten nach der Verfassungsreform 1993

Die Periode zwischen den Parlamentswahlen, von 1993 und 1995 bedeutete für die Kommunisten und vor allem für die KPRF einen Rollenwechsel von der "unversöhnlichen Opposition" zur stärksten Kraft in der Legislative auf föderaler Ebene und in den meisten Regionen sowohl auf regionaler als auch auf lokaler Ebene.⁵³¹ Immer stärker waren sie auch in den Exekutivorganen vertreten. Es wuchs der Anteil der "links" wählenden Bürger.⁵³² Die KPRF wurde zur mitgliederstärksten Partei, was auch die Sympathisanten und "Rivalen" aus dem linken Teil des politischen Spektrums stark beeinflusste.⁵³³

Am 21.9.1993 löste Präsident Jelzin mit seinem Dekret "Über die etappenweise Verfassungsreform in der Rußländischen Föderation"⁵³⁴ den Obersten Sowjet und den Kongreß der Volksdeputierten auf und ordnete an, beschleunigt eine endgültige Version der Verfassung auszuarbeiten und gleichzeitig mit den am 12.12.1993 angesetzten Parlamentswahlen beschleunigt ein Verfassungsreferendum durchzuführen.⁵³⁵ Unmittelbar nach diesem - offenkundig verfassungswidrigen - Schachzug des Präsidenten trat der Kongreß der Volksdeputierten Rußland zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, auf welcher die Anordnungen Jelzins für rechtswidrig erklärt wurden. Auf der Grundlage einer Stellungnahme des Verfassungsgerichts wurde vom Volkskongreß (deklaratorisch) der automatische Amtsverlust Jelzins festgestellt und Vizepräsident Alexander Ruzkoj als Präsident Rußlands vereidigt. Im Gegenzug riegelten die präsidententreuen Truppen des Innenministeriums das Parlamentsgebäude ab. Nachdem eine Reihe von Versuchen, zu einem Kompromiß zu kommen, gescheitert war und nach blutigen Auseinandersetzungen zwischen regierungstreuen Truppen und parlamentstreuen Freiwilligenverbänden, die das "Weiße Haus" zu verteidigen versuchten, wurde das Parlamentsgebäude beschossen und gestürmt. Gegenpräsident Ruzkoj, der Parlamentsvorsitzende Ruslan Chasbulatow und andere führende Vertreter von Parteien und Bewegungen, die auf seiten des Parlaments an dem Aufruhr teilgenommen hatten, namentlich Makaschow (RKAP) und Wiktor Anpilow ("Werk tätiges Rußland"), wurden verhaftet.

Nachdem zunächst Generalstaatsanwalt, Sicherheitsministeriums und das Justizministerium einige widersprüchliche Anordnungen getroffen hatten, und das Verbot von 18 präsidentenfeindlichen Parteien und Bewegungen bekanntgemacht worden war, schloß der Präsident durch ein Dekret vom 19.10.1993 sechs gesellschaftliche Organisationen der vereinigten Op-

⁵³¹ Siehe dazu: Cholmskaja, M.: Komdvženie v Rossii: oraganizacionnyj etap, in: Vlast', 1994, Nr. 12; Federal'noe sobranie Rossii: opyt pervykh vyborov, Moskva, Institut gosudarstva i prava RAN, 1994; Partii i političeskie bloki v Rossii, Moskva, Nipek 1993, S. 80-125, 188-192, 203-205; Rossija: partii, vybory, vlast', Moskva, "Obozrevatel", 1996, S. 57-74; Spravočnik. Političeskie partii, dviženija i bloki sovremennoj Rossii, Nižnij Novgorod, 1993, S. 25-39.

⁵³² Vgl. dazu: Segal, A.: Elektorat levych sil, in: Analiz elektorata političeskich sil Rossii, Moskva, Komtech, 1995, S. 32-45.

⁵³³ Vgl.: Ivanov, Leonid J.: Rußland nach Gorbatschow. Wurzeln, Hintergründe, Trends der sich formierenden Gruppierungen, Perspektiven für die Zukunft, Passau 1996, S. 197-220.

⁵³⁴ SAPPRF 1993, Nr. 39, Pos. 3597.

⁵³⁵ Zum Ablauf der Wahlen und Wahlergebnisse siehe: Sakwa, Richard: The Russian Elections of December 1993; Schneider, Eberhard: Das neue Russische Parlament; ders., Die Paralmntswahlen in Rußland vom Dezember 1993. Ein Überblick, S. 442 ff..

position von der Beteiligung an den bevorstehenden Wahlen aus:⁵³⁶ die FNR, die RKAP, den Offiziersbund (Sojuz Oficerov), den Bund des sozialen und rechtlichen Schutzes der Wehrbediensteten, Wehrpflichtigen und ihrer Familienmitglieder "Schild" ("Ščit"), die nationalistische "Russische Nationale Einheit" ("Russkoe Nacional'noe Edinstvo") sowie die "Rußländische Kommunistische Jugendunion".

Im Unterschied zu den anderen (radikalen) oppositionellen Parteien und Bewegungen, etwa der RKR von Viktor Anpilow und Makaschow, nahm die KPRF an den Auseinandersetzungen um das Weiße Haus im Oktober 1993 nicht teil, obwohl sie das Dekret Nr. 1400 als verfassungswidrig und volksfeindlich einstufte und in der "Ansprache ans Volk" die Ereignisse vom 3./4.10.93 als "blutige Abrechnung mit dem Obersten Sowjet" charakterisierte. Wegen Beteiligung einiger ihrer Parteimitglieder an diesen Auseinandersetzungen wurde die Tätigkeit der KPRF bis zum 18.10.1993, d.h. bis zur Aufhebung des Ausnahmezustandes in Moskau, vom Justizministerium suspendiert. Von den Wahlen konnte sie jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Am 1.10.1993 bestätigte der Präsident die "Ordnung über die Wahlen der Abgeordneten der Staatsduma im Jahre 1993", die zwei Monate vor dem Wahltermin veröffentlicht wurde.⁵³⁷ Nach der Wahlordnung sollte die eine Hälfte, d.h. 225 Abgeordnete der Duma, nach Parteilisten gewählt werden, die andere Hälfte hingegen im Wege der Direktwahl nach dem Mehrheitswahlsystem. Berechtigt zur Teilnahme an den Wahlen waren: "gesamtföderale Parteien" und "gesamtföderale politische Bewegungen", deren Satzungen vom Justizministerium der Rußländischen Föderation registriert worden waren, sowie Blöcke solcher gesellschaftlicher Vereinigungen, die zum Zweck der Beteiligung an den Wahlen gegründet wurden. Die an der Wahl teilnehmenden Organisationen wurden unter dem Oberbegriff der "Wählervereinigung" zusammengefaßt. Die Zentrale Wahlkommission ließ 13 von 21 Parteien bzw. Blöcken, die mit dem Sammeln von Unterschriften begonnen hatten, zu den Wahlen zu; ihre Liste wurde am 12.11. veröffentlicht.⁵³⁸ Auf den föderalen und regionalen Listen aller an den Wahlen beteiligten Wählervereinigungen standen sowohl echte Mitglieder der Parteien und Bewegungen als auch Personen, die zum Teil erst im letzten Moment gefunden worden waren und gegebenenfalls durch ihre Prominenz bzw. ihren hohen sozialen Status Wählerstimmen mobilisieren sollten. Insgesamt wurden für 225 Mandate der Parteien 1756 Kandidaten nominiert.⁵³⁹

An den Wahlen nahmen 54,8% der Wahlberechtigten teil. In die Duma wurden 444 von 450 Deputierte gewählt, darunter 225 über Parteilisten und 219 direkt; die noch fehlenden Mandate wurden ebenfalls im März 1994 besetzt.

⁵³⁶ Vgl.: SAPP RF, Nr. 43, Pos. 4080.

⁵³⁷ Vgl.: SAPP RF, Nr. 43, Pos. 3907.

⁵³⁸ Vgl.: Rossijskaja gazeta vom 12.11.1993.

⁵³⁹ Vgl.: Bjulleten' Central'noj Izbiratel'noj Komissii Rossijskoj Federacii, 1993, Nr. 8, S. 5.

Die 225 nach den Listen zu vergebenden Duma-Mandate verteilten sich folgendermaßen auf:

Liberal-Demokratische Partei	59
Rußlands Wahl	40
KPRF	32
Agrarpartei Rußlands	21
Frauen Rußlands	21
JABLOKO	20
Partei der Rußländischen Einheit und Eintracht (PRES)	18
Demokratische Partei Rußlands	14

Von den im Wege der Direktwahl in die Staatsduma gelangten Abgeordneten waren einige von den Parteien und Bewegungen nominiert worden, so daß ein Teil von ihnen den Fraktionen der betreffenden Parteien beitrug. Die Zusammensetzung der Fraktionen veränderte sich dadurch wesentlich.

Im Föderationsrat, der ursprünglich von jeweils zwei Deputierten jedes der 89 Subjekte der Föderation gebildet wurde, waren 84% der Abgeordneten parteilos; es gab nur 11 Mitglieder der KPRF. Insgesamt waren im Föderationsrat 14 Mitglieder von oppositionellen Parteien und Bewegungen und 12 aus den demokratischen Parteien und Bewegungen vertreten. Dementsprechend spielte die "Parteizugehörigkeit" in dieser Kammer des Parlaments, im Unterschied zur Staatsduma, kaum eine Rolle. Nach diversen Austritten und Verschiebungen sah das politische Spektrum in der Staatsduma im Sommer 1994 so aus.⁵⁴⁰

Zu den Demokraten gehörten die Fraktionen "Rußlands Wahl" (Vybor Rossii) unter der Leitung von Jegor Gaidar, "JABLOKO" unter der Leitung von Grigorij Jawlinskij und die der Partei der Rußländischen Einheit und Eintracht (Partija Rossijskogo Edinstva i soglasija) unter der Leitung von Sergej Schachraj, insgesamt 132 Abgeordnete. Hinzu kam noch die "Liberal-Demokratische Union des 12. Dezember" (Liberal'no-demokratièkij Sojuz 12 dekabrja) vereinigte die demokratisch gesonnenen, direkt gewählten Deputierten; bei der Registrierung hatte die Gruppe 35 Mitglieder, schrumpfte aber allmählich, und ihre Registrierung wurde schließlich Ende 1994 annulliert.

Von dem vor den Wahlen existierenden Bündnis der "zentristischen" Kräfte gelangte in die Duma nur die Demokratische Partei Rußlands (Demokratièskaja Partija Rossii) mit 15 Deputierten zunächst mit Nikolaj Trawkin an der Spitze, der nach seiner Ernennung zum Minister durch den ehemaligen Wirtschaftsminister Sergej Glazjew und später dann durch den Filmproduzenten Stanislaw Goworuchin ersetzt wurde. Eher zur politischen Mitte gehörten auch die 64 direkt gewählten Deputierten, die die Gruppe "Neue Regionale Politik"/ NRP (Novaja Regional'naja Politika) bildeten. Die NRP vereinigte Deputierte mit unterschiedlichen politischen Positionen, die überwiegend zu den regionalen Eliten gehörten. Ihr Leiter war Wladimir Medwedew, der Vorsitzende der Union der Ölproduzenten von Tjumen. Auch die Fraktion "Frauen Rußlands" (Žènškoskaja Partija Rossii) (23 Deputierte) mit Jekaterina Lachowa an der Spitze, einer Beraterin des Präsidenten in Frauenfragen war den "Zentristen" zuzuordnen. In vielen Fragen hatte sie allerdings keine klare Position.

Die Kommunisten waren in der Duma mit 100 Abgeordneten stark vertreten davon:
45 von der KPRF mit Sjuganov an der Spitze;
und 55 von der APR mit Lapschin an der Spitze.

⁵⁴⁰ Vgl.: Federal'noe Sobranie, Moskva, Panorama 1994.

Die patriotische bzw. nationalistische Opposition vertrat erstens die LDPR (59 Deputierte) unter der Führung von Schirinowskij. Von ihr spalteten sich im April 1994 fünf Deputierte ab und bildeten die nicht registrierte Gruppe "Großmacht" (Deržava). Hinzu kam "Rußlands Weg", eine ebenfalls nicht registrierte Gruppe aus 14 Deputierten (2 davon gehörten formell noch zur APR) unter der Leitung von Sergej Baburin, dem oben erwähnten Vorsitzenden von ROS, vereinigte Vertreter der "unversöhnlichen Opposition".

Die Vertretung der linken Parteien und Bewegungen in der Duma zeigt folgende Tabelle.

Tabelle Nr.1

Mitglieder der Parteien/Bewegungen in der Staatsduma
(Stand: Juni 1994)⁵⁴¹

Parteien/Bewegungen	absolute Zahl	Zahl der Fraktions- mitglieder	#: 1 zu 2 Kommentar
KPRF	44	45	97,8
APR	24	55	43,6
FNR	5	vor den Wahlen verboten	

Die Opposition war insgesamt gut organisiert und diszipliniert. Bei Abstimmungen zeigten die Fraktionen der KPRF und der APR eine starke Geschlossenheit.

Die zweiten Parlamentswahlen im Dezember 1995 waren für die teilnehmenden linken Parteien ein großer Erfolg.⁵⁴² Die KPRF nominierte 244 Kandidaten aus 88 Subjekten der Föderation (vgl.: bei JABLOKO 171 Kandidaten aus 56 Regionen, beim Kongreß der Russischen Gemeinden (Kongres Russkich Obščin) unter der Leitung von Alexander Lebed 168 Kandidaten aus 49 Regionen).⁵⁴³ Diesmal waren auf der Liste der Parteien die anderen linken Parteien und Bewegungen vertreten. Die RKAP, die Bewegung "Werktägliches Rußland" bildeten einen Wahlblock, dem auch die anderen kleinen orthodoxen kommunistischen Parteien und Bewegungen wie die RKP-KPdSU, die Rußländische Partei der Kommunisten und der Rußländische Bund der Kommunisten beitraten. Dieser Block, "Kommunisten - Werktägliches Rußland für die Sowjetunion" (Kommunisty - "Trudovaja Rossija za Sovetskij Sojuz") scheiterte nur knapp an der 5% - Klausel. Nur zwei Abgeordneten, die den Parteien dieses Blocks angehörten, schafften es, direkt gewählt zu werden. Die APR und der traditionell-sozialistisch orientierte Wahlblock "Die Macht dem Volke" des Ex-Premierministers Nikolaj Ryshkow, die außerdem auf der Liste standen, lagen zwar auch unter 5%, sammelten aber nicht wenig Wählerstimmen. Direkt wurden 20 von der APR nominierten Kandidaten gewählt, der Block "Die Macht dem Volke" (Vlast' - narodu!), der 1,61% der Stimmen bekam, stellte 9 direkt gewählte Kandidaten, die den Kern der Abgeordnetengruppen der APR bzw. der "Volksmacht" (Narodovlastie) unter der Leitung von jeweils Lapschin und Ryshkow in der Duma bildeten.⁵⁴⁴

⁵⁴¹ Zusammengestellt von der Verfasserin auf der Basis von Informationen in: Federal'noe sobranie, 1994.

⁵⁴² Vgl.: Belin, Laura/Ortung, W. Robert: The Russian parliamentary election of 1995 New York, Armonk 1997, S. 11-159; Rose, Richard/Tichomirov, Evgeny/Mishler, William: Understanding Multi-party Choice: The 1995 Duma Election, in: Europe-Asia Studies, Vol. 49, No. 5, July 1997, S. 799-824; Rossija: partii, vybory...ebd., S. 152-160; White, Richard/Wyman, Matthew/Oates, Sarah: Parties and Voters in the 1995 Russian Duma Elections, in: Europe-Asia Studies, Vol. 49, No. 5, July 1997, S. 767-798.

⁵⁴³ Ausgerechnet von der Basis: Federal'nye spiski kandidatov v deputaty Gosudarstvennoj Dumy, Rossijskaja gazeta 1995.

⁵⁴⁴ Vgl.: Federal'noe sobranie. Spravočnik. Moskva, Panorama, 1996.

Der Schwerpunkt der Taktik des Wahlkampfes der Kommunisten war die Agitation "von Tür zu Tür" bzw. "von Mensch zu Mensch", die die Parteimitglieder vor Ort gewährleisteten. Wahlreklame im Fernsehen war ausgesprochen traditionell und langweilig, Wahlplakate machten einen billigen "Amateureindruck". Agitatoren und Sammler der Unterschriften-sammler waren Mitglieder oder Sympathisanten der KPRF und arbeiteten kostenlos. Im zentralen Fernsehen war die KPRF als solche minimal vertreten, wurde aber von den anderen Kandidaten kritisiert; sie nutzte dagegen aktiv die regionalen Medien.⁵⁴⁵ Diese Methode war offenkundig für die Wählerschaft der Kommunisten gerade richtig. Die KPRF war die einzige Kraft unter 43 auf dem Wahlzettel aufgelisteten Parteien, die mit minimalen Finanzressourcen ein maximales Ergebnis erzielte. Verschiedenen Umfragen zufolge sehen die Kommunisten selbst ihre Wählerschaft bzw. die soziale Basis der Partei bei den Arbeitnehmern, den Industrie- und Landarbeitern sowie bei den Ingenieuren der Staatsbetriebe, wobei vermutlich fast ein Drittel über 60 Jahre und zwei Drittel über 45 Jahre alt ist. Außerdem ergaben verschiedene Untersuchungen, daß mehr als 40% dieser Wählergruppe eine Hochschulbildung haben. Der Anteil der Arbeiter ist relativ niedrig und liegt bei ca. 20%, ist also niedriger als bei der DWR; bei der LDPR ist diese Zahl doppelt so hoch. Diese Erkenntnisse veranlaßte die KPRF, ihre Meinung über die eigene Stammwählerschaft und dementsprechend ihre Wahltaktik zu ändern, die jetzt überwiegend auf Ingenieure und Techniker sowie Angestellte und Lehrer ausgerichtet ist.⁵⁴⁶

Die Kerngruppe der Wählerschaft der KPRF blieb beständig, d.h. die Mehrheit derjenigen, die 1993 für diese Partei stimmten, waren auch nach zwei Jahren dazu wieder bereit. Die Zahl der Linkswählenden ist aber insgesamt deutlich gewachsen, die Stimmen der "links" bzw. "kommunistisch" gestimmten Wähler verteilten sich auf eine Reihe von Wahlblöcken. Mit 22,3% der Wählerstimmen hat die KPRF ihre Ergebnisse von 1993 verdoppelt. Der Block "Kommunisten-Werktäufiges Rußland für die Sowjetunion" bekam 4,53% der Stimmen; auch die traditionell sozialistisch orientierte "Die Macht dem Volke" von Ryshkow bekam über eine Million (1,61%) Stimmen. Wenn wir noch die 3,78% der Stimmen der Bruderpartei, der APR, dazurechnen, kommen wir zum Ergebnis, daß mehr als ein Drittel der Wähler links wählte. Die Wahlergebnisse unterscheiden sich jedoch stark je nach der Region.

Von den sechs großen Wahlvereinigungen bei den Wahlen von 1993 schaffte es nur die KPRF, nicht nur ihre Wählerschaft zu vergrößern, sondern auch ihre regionale Basis zu erweitern. In 21 Subjekten der Föderation, überwiegend im Zentrum des Landes und an der Wolga (u.a. die Gebiete Brjansk, Kaluga, Orjel, Rjazan, Wolgograd, Saratow, Penza), in denen im Jahre 1993 die LDPR an erster Stelle gewesen war, wurde 1995 die KPRF mit ca. 30% der Stimmen zum Sieger. Die besten Ergebnisse bekam die KPRF im Nordkaukasus (durchschnittlich 32%), in der Schwarzerderegion (durchschnittlich 31%) und an der Wolga (durchschnittlich 25%). Minimale Stimmenzahl erhielt die KPRF (von 5% bis maximal 10%) dagegen im Norden und im Ural.

Mit 142 Mitgliedern war die Fraktion der Kommunisten, zwar die größte in der Duma, jedoch kleiner, als sie hätte sein können. Die KPRF traf die Entscheidung, der Bruderpartei APR, deren 20 direkt gewählten Abgeordneten keine Fraktion bilden konnten, weil man dazu 35 Personen benötigt, zu helfen, und gab der APR die fehlenden 15 Abgeordneten ab. Zum Dumavorsitzenden wurde der Kommunist Gennadij Selesnjew gewählt. Da jede Fraktion und

⁵⁴⁵ Vgl.: Vasil'ev, Andrej/Dergatscheva, Lidija: Strasti vokrug chetvertoj vlasti, in: Izvestija vom 12.4.1994, S. 5.

⁵⁴⁶ Vgl.: Segal, Aleksandr: Elektorat levych sil, in: Analiz elektorata politicheskich sil Rossii, Komtex, Moskva 1995, S. 40-41.

registrierte Gruppe nach der Vereinbarung das Recht hatte, einen Stellvertreter zu stellen, gelangte von der KPRF noch Swetlana Gorjatschewa ins Präsidium. Die Partei stellte außerdem zehn von insgesamt 26 Ausschußvorsitzenden, darunter in einigen Schlüsselausschüssen, einen davon leitet formell ein Mitglied der Fraktion der APR, das jedoch über die KPRF-Liste in die Duma gewählt wurde.

Die registrierten Fraktionen und Gruppen der zweiten Staatsduma hatten im Sommer 1996 folgende Mitgliederzahlen:⁵⁴⁷

Fraktionen:	
KPRF -	147
LDPR -	51
NDR -	66
JABLOKO -	46
Gruppen:	
APR -	37
"Alle Macht dem Volke "	37
"Regionen Rußlands"	42

Außerdem bildeten die Fraktionen der KPRF sowie die Gruppen APR und "Alle Macht dem Volke" faktisch einen kommunistischen Block mit 222 Mitgliedern.

Die Opposition war insgesamt gut organisiert und diszipliniert, was sowohl für die erste als auch für die zweite Duma galt. Bei Abstimmungen zeigten ihre Fraktionen und Gruppen eine starke Geschlossenheit.

5. Die Linke vor den Präsidentschaftswahlen: eine neue links-patriotische Koalition

Vor den Präsidentschaftswahlen 1996 wurden von der KPRF die Ergebnisse der Wahlkampagne vom Dezember 1995 sorgfältig analysiert und die neuen Aufgaben im Präsidentschaftswahlkampf definiert, die sowohl die Programmatik als auch die Taktik und die innerparteiliche Struktur betrafen.

"Die Wählerpotential der linken Kräfte ist wesentlich breiter, als das von KPRF und APR zusammengenommen," - schrieb der Gründer der Sozialistischen Partei und Kritiker der KPRF, Boris Kagarlitzkij, der für eine "Volksalternative" aus der "parlamentarischen Linken", "neue Linke" der Gewerkschaften und Jugendorganisationen plädierte, um eine breite moderne Bewegung als Alternative zu gegenwärtigen Macht zu bilden.⁵⁴⁸

Entscheidend war die Bereitschaft der Partei, eine möglichst breite Koalition zu schließen, die den gemeinsamen Kandidaten unterstützten sollte. Die Voraussetzungen für eine solche völkisch-patriotische Koalition waren längst vorhanden: Seit dem August-Putsch waren mehrmals Versuche unternommen worden, eine effektive Koalition von "linken" und "rechten" zu bilden, d.h. von der Deputierten- und Wählervereinigung "Union" über "Vaterland" und die "Russische Nationale Landesversammlung" bis hin zur Front der Nationalen Rettung. Solche Bündnisse existierten nicht nur im Zentrum, auch in der Provinz waren sie in der Regel sehr

⁵⁴⁷ Vgl.: Federal'noe..., 1996, ibid..

⁵⁴⁸ Kagalickij, Boris: Edinstvo levych sil? in: Svobodnaja mysl', 1995, Nr. 2, S. 65.

aktiv, radikale Kommunisten und Nationalisten organisierten in den meisten Regionen, in denen überhaupt ein Parteienspektrum vorhanden war, seit 1991 gemeinsame Protestaktionen. Gerade Sjuganow war ein politischer Akteur, der seit langem diese Koalition persönlich verkörperte: als Vorstandsmitglied von "Vaterland " und als Ko-Vorsitzender der "Duma" der RNV und der FNR.

Die politische Basis für dieses Bündnis bildete von Anfang an die Ablehnung der "Politik des nationalen Verrats". Die Bezeichnungen für den politischen Gegner sind inzwischen etwas zurückhaltender geworden, doch in den Deklarationen des VI. Plenums der KPRF über Grundlagen der Zusammenarbeit der patriotischen Volkskräfte wird das gegenwärtige Regime als "unmoralisch und verantwortungslos" und Jelzins Politik als "volksfeindlich" bezeichnet. Um den Sieg eines Kandidaten zu gewährleisten, muß diese Vereinigung aller Kräfte auf einer sehr verschwommenen ideologischen Basis erfolgen, im Geist der "besten heimatlichen Traditionen von Volksmacht, Kollektivismus, Patriotismus und Einigkeit der Nation". Ihr Ziel ist "das Land aus einer tiefen Krise auf einen normalen Entwicklungsweg zu führen, der das Gedeihen des Staates, die Berechenbarkeit seiner Innen- und Außenpolitik, das Wohlergehen der Bürger, ihrer Verfassungsrechte, Frieden und Eintracht in der Gesellschaft gewährleistet".⁵⁴⁹

Die Koalition gelang tatsächlich. Selbstverständlich war die Bruderpartei APR, trotz ihrer Differenzen mit der KPRF vor den Wahlen - sie betrafen die fast ausschließliche Orientierung der APR auf die Kolchosvorsitzenden und die Konkurrenz mit der KPRF auf den Lande - bereit, Sjuganow zu unterstützen. Aber auch die größere Organisation - die Agrarunion Rußlands unter der Leitung des August-Putschisten Sergej Starodubzew sowie die Gewerkschaften des agroindustriellen Komplexes waren bereit, mit Taten für den Sieg eines Kommunisten zu kämpfen. Eher selbstverständlich war die Unterstützung der Deputiertengruppe "Volksmacht" unter der Leitung von Nikolaj Ryschkow. Sogar die schärfsten Kritiker von Sjuganow und der KPRF aus dem linken Teil des kommunistischen Spektrums, wie Anpilow, unterstützen Sjuganow als gemeinsamen Kandidaten. Auch die Union der Kommunistischen Parteien - KPdSU unter der Leitung von Oleg Schenin, die einige kommunistische Parteien der früheren Sowjetrepubliken, darunter auch die KPRF, vereinigte, beschloß auf ihrem Plenum, Sjuganow zu unterstützen.⁵⁵⁰

Dem Block schloß sich eine Reihe von national-patriotischen Parteien und Bewegungen an, darunter der Rußländische Bund des Gesamten Volkes, die Russische Partei, die Partei "Großmacht" (Deržava) des amnestierten Exvizepräsidenten Alexander Ruzkoj. In den Regionen unterstützten verschiedene Organisationen der Opposition den "Kandidaten der patriotischen Volkskräfte"; in Tomsk waren es beispielsweise 15 Parteien, Bewegungen und Gewerkschaften.⁵⁵¹

Während im Zentrum Auseinandersetzungen zwischen den "radikal-orthodoxen" (RKAP, "Werk tätiges Rußland") und gemäßigten sozialistischen und zur Sozialdemokratie neigenden Strömungen an der Tagesordnung waren und es zu ständigen Rivalitäten zwischen diesen Organisationen bzw. ihrer Führung kam, sah das Bild in den Regionen, sogar in denen mit dem entwickelten Parteienaspekt, völlig anders aus.⁵⁵² In mehreren Regionen vereinigten

⁵⁴⁹ Pravda Rossii, vom 22.2.1996, S. 1.

⁵⁵⁰ Vgl.: Garifullina, Nadeshda: My istoritscheski otvetstvenny za sud'bu svoego naroda i svoej starany – SSSR's plenuma Soveta SKP - KPSS, in: Glasnost 1996, Nr. 1, S. 5.

⁵⁵¹ Vgl.: Soobščenie s mest, in: Sowjetskaja Rossija vom 19.3.1996, S. 1.

⁵⁵² Zur regionaler politischen Entwicklung: McAuley, Mary: Russias politics of uncertainty, Cambridge 1997.

Bündnisse und Blocks alle Organisationen aus dem linken Teil des politischen Spektrums sowie "patriotische" Organisationen, die teils vorübergehend, zum Zweck des Wahlkampfes gebildet wurden, teils aber einen stabilen Charakter hatten wie Für Volksmacht (Za narodovlastie) im Gebiet Swerdlowsk und Gegen Armut, Arbeitslosigkeit und Korruption (Protiv bednosti, bezraboticy i korrupcii) im Gebiet Orenburg. Die Formen der Organisation zwangen die Kommunisten zum ideologischen Pluralismus, daher war die Verschwommenheit der Programmatik auch im Zentrum nicht erstaunlich. Auf diese Weise wurde praktisch am Aufbau der Parteiorganisation und der Koalitionen zur Konsolidierung und Vereinigung aller Kräfte der Opposition gearbeitet.

Die Wahlergebnisse bezeugen, daß das Potential der linken Kräfte in Rußland sehr groß und stabil ist, jedoch bestimmte Grenzen nicht überschreiten kann: im ersten Wahlgang bekam Sjuganow mit 32,03% (24.211.686) der Stimmen ungefähr eben so viele (1,09 Mal mehr) wie bei der Duma-Wahl alle linken Wahlblöcke zusammen; im zweiten Wahlgang vergrößerte sich die Zahl seiner Wähler um 5,9 Mio. auf 40,31%.⁵⁵³ Er siegte im ersten Wahlgang in 43, im zweiten in 32 Subjekten der Föderation.⁵⁵⁴

6. Das linke Parteienspektrum heute

Neben der stärksten parlamentarischen Partei, der KPRF, agiert Anfang 1998 in Rußland eine bunte Palette von den linken Parteien und Bewegungen - von Anarchisten bis hin zu orthodoxen Bolschewiki und gemischten kommunistisch-chauvinistischen Organisationen.⁵⁵⁵ Wie vorher ist auch gegenwärtig die doppelte oder gar dreifache Mitgliedschaft keine Ausnahme, daher ist es sehr schwer die Zahl der realen Mitglieder festzustellen. Im großen und ganzen verteilt sich das linke Spektrum auf eine "parlamentarische" (die KPRF und die APR) und eine "außenparlamentarische" Opposition, wobei einige Vertreter der "außerparlamentarischen" Opposition (RKAP, RKP - KPdSU, SPW) auch in der Staatsduma sitzen.

6.1 Bündnisse

In diesem Teil des politischen Spektrums gibt es zwei wichtigste breite Bündnisse:

1. Die im August 1996 gegründete Patriotische Volksunion (Narodno-Patriotièeskij Sojuz), die sich um die KPRF als ihren festen Kern gruppierte und praktisch alle bedeutenden kommunistisch und national-patriotisch orientierten Organisationen, darunter die APR und die "Großmacht" von Ruzkoj, vereinigt, steht in Opposition zur Politik der Regierung bzw. des Präsidenten. Im Unterschied zur Phase der "unversöhnlichen Opposition" bis zum Ende des Jahres 1993 ist dieses Bündnis jetzt nach eigener Auffassung "innerhalb

⁵⁵³ Vgl.: Mendras, Marie: Yeltsin and the Great Divide in Russian Society, in: Rose, Richard/Tichomirov, Evgeny/Mishler, William: Understanding Multi-party Choice: The 1995 Duma Election, in: Europe-Asia Studies, Vol. 49, No. 5, July 1997, S. 799-824, 51-56; Mikhailovskaya, Inga: Russian Voting Behavior as a Mirror of Social-Political Change, in: Europe-Asia Studies, Vol. 49, No. 5, July 1997, S. 57-63; Schejnis, Viktor: Die Präsidentenwahlen in Rußland: Ergebnisse und Perspektiven, in: Osteuropa, 1996, Nr. 11, S. 1053-1071; Vyborny prezidenta Rossijskoj Federacii 1996 goda: Itogi i vyvody, Moskva, 1996, S. 23-24.

⁵⁵⁴ Ebd., S. 11, 15.

⁵⁵⁵ Ausführlich zum Parteienspektrum: Sakwa, Richard: Russian politics and society, New York 1997, S. 75-100; Urban, Dojan/Solovej, Valerij: Kommunističeskoe dviženie v postsovetsoj Rossii, in: Svobodnaja mysl', 1997, Nr. 3, S. 14-28.

der Macht selbst⁵⁵⁶, nämlich in den Vertretungsorganen aller Ebenen und in der Exekutive - sogar durch einen Minister - vertreten. Zum Koordinationsrat, dem Führungsorgan der Union mit 150 Mitgliedern, gehören als stellvertretende Vorsitzende neben Sjuganow der ehemalige Minister für GUS-Fragen und dann Gouverneur in Kemerowo Aman Tulejew, der Gouverneur von Kursk Alexander Ruzkoj und der Dumafraktionsvorsitzende Nikolaj Ryshkow.⁵⁵⁷ Der Parlamentsvorsitzende Gennadij Selenjew gehört als Mitglied der KPRF auch zu diesem Bündnis.

Die Kommunisten und ihre Verbündeten sind inzwischen bereit, in bestimmten Bereichen mit der Regierung zusammenzuarbeiten und nach Kompromissen zu suchen. Die Vertreter der Patriotischen Volksunion sind nicht nur in den Exekutivorganen vertreten, sie nehmen auch an den Sitzungen des im Herbst vom Präsidenten gegründeten Koordinationsrates teil.⁵⁵⁸

Die Patriotische Volksunion definiert ihre Position als "links-zentristisch". Die Ideologie des Bündnisses ist eine in sich widersprüchliche und relativ uneindeutige Mischung aus einer besonderen Form des "Patriotismus" und traditionellen Elementen der sozialistischen bzw. kommunistischen Ideologie, die im Programm der KPRF selbst deutlicher als im Programm der Patriotischen Volksunion zu finden sind.⁵⁵⁹ Unter "Patriotismus" wird dabei die "Verteidigung der gesamt-nationalen und gesamtstaatlichen Interessen" verstanden, die negativ im Sinne von "antiwestlich" definiert werden. Die KPRF, die den "festen Kern" und die treibende Kraft der Patriotischen Volksunion bildet, ist zur Zeit die größte Partei in Rußland, deren Organisation sich auf alle Föderationssubjekte, alle Großstädte, zahlreiche Kleinstädte und sogar auf ländliche Gebiete erstreckt. Die Anzahl der Mitglieder wurde zuletzt 1993 offiziell mit 600.000 angegeben.

Die soziale Basis und damit die Wählerschaft der KPRF und des Blocks sind in fast allen demographischen Gruppen zu finden, wobei Sympathien für die Kommunisten tendenziell vom Einkommensniveau bzw. dem Lebensstandard abhängen.

Einige radikal-orthodoxe kommunistische Bewegungen und Parteien sind nur in Extremfällen wie bei der Präsidentschaftswahl bereit, eine Koalition mit der KPRF einzugehen. Von solchen Ausnahmen abgesehen finden sich in der Bewegung "Werktägliches Rußland" und in der Rußländischen Kommunistischen Arbeiterpartei und anderen die schärfsten Kritiker der KPRF "von links".

2. Die außenparlamentarische Opposition vereinigte sich am 26.12.1993 in die "Union der rußländischen Kommunisten"/Roskomsojuz (Sojuz rossijskich kommunistov). Der neuen Vereinigung sind alle orthodoxen kommunistischen Parteien, nämlich die AKPB, die RKAP, die RPK und der BdK, sowie die Plattform "Leninistische Position" innerhalb der KPdSU unter der Leitung von Kossolapow beigetreten. Da aber die Rivalitäten innerhalb von Roskomsojuz zu groß waren, konnte das neue Bündnis nicht zu einer in sich geschlossenen Kraft werden, seine Funktionen begrenzten sich auf die Koordination. Obwohl die KPRF bei allen öffentlichen Auftritten die anderen kommunistischen Parteien

⁵⁵⁶ Sdelat' predstoit bol'se, čem sdelano. Doklad G. A. Sjuganowa na plenum CK KPRF, in: Pravda Rossii vom 18.1.1996, S. 3.

⁵⁵⁷ Vgl.: Kanor, Julija: Novaja pesnja o starom, in: Novoe vremja, 1996, Nr. 46, 7.

⁵⁵⁸ Nach der anfänglichen Weigerung, ohne Präsidenten mit Černomyrdin und Čubajs über die aktuelle Politik zu beraten, nahm Seleznev schließlich doch an den Sitzungen teil.

⁵⁵⁹ Ausführlich dazu: Luchterhandt, Galina: Die Kommunistische Partei..., ibid..

als "kleine Gruppierungen" abstempelte, strebte sie ihrerseits nach einem Kompromiß mit den Vertretern von Roskomsojuz, was angesichts der doppelten Mitgliedschaften (KPRF bzw. RKAP in der Provinz) völlig verständlich war. Am Ende wurde die KPRF in das Bündnis aufgenommen, wurden die besonders radikalen Politiker unter den orthodoxen kommunistischen Parteien "neutralisiert". So wurde Prigarin mitsamt seiner Gruppe, der im Frühjahr 1996 den Moskauer Verband der KPRF zu spalten versuchte, aus dem Bündnis ausgeschlossen.

Absehen von den starken Unterschieden in der Programmatik, sind sich alle neuen kommunistische Parteien einschließlich der KPRF in drei Grundsatzpunkten einig.⁵⁶⁰

- in der Notwendigkeit des Überganges zum Sozialismus, weil der Kapitalismus organische Mängel hat;
- in der Einschätzung des Westens als eines natürlichen Feindes von Rußland, das seinen eigenen Weg gehen soll;
- in der Erklärung des Zusammenbruches des Sowjetsystems durch den negativen Einfluß des Westens sowie durch den Verrat der kommunistischen Elite unter dem Einfluß von Gorbatschow und Jelzin.

6.2 Parteien, Bewegungen und Gruppierungen

Die wichtigsten Parteien, Bewegungen und Gruppierungen des linken Flügels sind gegenwärtig folgende.⁵⁶¹

6.2.1 Die Anarchisten

1. Anarchistische Vereinigungen von St. Petersburg. Die seit 1988 in Leningrad existierenden anarchistischen Gruppen durchlebten im Laufe der Zeit mehrere Spaltungen und Krisen. Im Februar 1994 wurde von mehreren Splittergruppen die Liga der Anarchisten von Peterburg (Peterskaja Liga Anarchistov) gegründet. Die Liga unterstützte einige Aktionen der kommunistisch-patriotischen Opposition, darunter die landesweiten Streiks und Kundgebungen der Bewegung "Werktägliches Rußland" im September 1994. Die Haupttätigkeit der Anarchisten besteht in der Herausgabe der aus Prinzip nicht registrierten Zeitung "Novyj mir" (Neue Welt) mit einer Auflage von 1.000 Exemplaren (1995). Die Zeitung ruft zu der "Liquidierung des Jelzins-Regimes auf, agitiert für "direkte Aktionen" auf der Straße und instruiert darüber, wie man bei der Auseinandersetzungen mit der Miliz dabei Molotow-Cocktails und Stöcke einsetzen kann.
2. Die anarchistischen Gruppen waren außerdem in der 1992 gegründeten Föderation der revolutionären Anarchisten (Federacija revoljucionnych anarchistov) vereinigt, die auch die Mitgliedsorganisationen aus den GUS-Staaten hatte, bis sie im August 1995 zerfiel; an ihrer Stelle wurde die Konföderation der revolutionären Anarcho-Syndikalisten (Konfede-

⁵⁶⁰ Urban/Solovej, ebd., S. 22-23.

⁵⁶¹ Auf der Basis der Informationen: Kogornju Ju. G./Zaslavskij, S.E.: Rossijskaj mnogopartijnost', Moskau 1996; Oleščuk, V.A./Pribylovskij, V.V./Rejblat, M.T.: Parlamentskie partii, dviženija, ob'edinenija, Moskva 1996; Oleščuk, V.A./Pavlenko, V.B.: Političeskaj Rossija.: partii, bloki, lidery. God 1997. Spravočnik, Moskva 1997; Verchovskij, A./Papp, A./Pribylovskij, V.: Političeskij ekstremizm v Rossii, Moskva 1996.

racija revoljucionnych anarcho-sindikalistov) gegründet. Alle diese Organisationen haben jeweils nur einige Dutzend Mitglieder.

3. Die Violette Internationale (Fioletovyj Internacional) existiert seit 1992 als eine alternative Jugendbewegung und steht den Anarchisten sehr nahe. In der ideologischen Plattform der Bewegung vermischten sich die Ideen von Marcuse und Adorno sowie des Neomarxismus mit der Begründung der Notwendigkeit des Partisanenkriegs. Die Mitglieder der Violetten Internationale, 1992-93 ca. 100, beteiligen sich an allen wichtigen Massenaktionen der Opposition und sind dabei immer zur Gewaltanwendung bereit. Die erste Auseinandersetzung mit der Miliz fand an der Seite der Vereinigten Opposition im Mai 1993 statt, später bei studentischen Unruhen in Moskau im April 1995. Die Moskauer Gruppe nennt sich die "Partisanenbewegung" (Partizanskoe dviženie) und ist das Mitglied der radikalen studentischen Gewerkschaft "Studentenverteidigung" (Studentčeskaja zaščita), der stärksten linksradikalen Jugendorganisation in Rußland. Die "Studentenverteidigung" wurde nach den Auseinandersetzungen zwischen demonstrierenden Studenten und der Miliz im April 1994 in Moskau gegründet. Die Organisation tritt für die Rechte der Studenten und für Zivildienst als alternativen Militärdienst ein; ideologisch ist sie links einzuordnen. In der gleichnamigen Zeitung mit eine Auflage von 2-3.000 Exemplaren sind oft antiwestliche Äußerungen zu finden. Die Anarchisten, bolschewistische und maoistische Gruppierung sowie die RKSM beteiligen sich an den Aktionen der "Studentenverteidigung". Eine der Aktionen in Moskau im April 1995 endete mit blutigen Schlägereien mit der Miliz, bei denen es mehr als 200 Verletzte gab.

6.2.2 Bolschewiken, Stalinisten und orthodoxe Marxisten

1. Die noch 1991 gegründete "Bolschewistische Plattform" (s.o.) bleibt bestehen und arbeitet in einem engen Kontakt mit der Bewegung "Werktätiiges Rußland". Sie verurteilt die KPRF Sjuganows für ihr "rechte Abweichung", ruft zur Wiederherstellung der Sowjetunion auf und boykottiert die Wahlen. Die Bolschewistische Plattform beteiligt sich als Kollektivmitglied an der Union der Kommunisten - KPdSU und hat nach eigenen Einschätzungen ca. 1.000 Mitglieder. Die Führerin der Organisation ist Tatjana Chabarowa.
2. Die ebenso 1991 gegründete "Allunionistische Kommunistische Partei der Bolschewiken" erlebte 1992 einige Spaltungen. In Moskau (unter der Leitung des 1963 geborenen Sozialwissenschaftlers Alexander Lapin⁵⁶²) und einigen anderen Städten gründeten die abgespalteten Gruppen selbständige radikal-kommunistische Organisationen. Die Partei wird weiterhin von der 1938 geborenen Physikerin und Hochschullehrerin Nina Andrejewa geführt. Typisch für die AKPB sind radikale Parolen wie etwa "Jelzin muß erschossen werden" oder "Wenn wir an die Macht kommen, werden alle diese Gorbatschows, Jelzins und Gaidars öffentlich auf dem Roten Platz hingerichtet".⁵⁶³ Ebenfalls sind die Bolschewiken offen antisemitisch; sie verwenden oft den Begriffen "Zionofaschismus" und die Führung des Landes wird als eine Gruppe von Zionisten unter westlichen Leitung bezeichnet. Die Finanzierung der Organisation erfolgt, nach einigen Quellen, mit Unterstützung von

⁵⁶² Politikerbiographien aus folgenden Quellen: Kto est' čto. Poliitičeskie partii i bloki, obščestvennye organizacii, Moskva 1994; Kto est' čto. Poliitičeskaja Rossija 1995-1996, Moskva 1996; Kto est' kto v Rossii i v bližnem zarubež'e, Moskva 1993; Pribylovskij, Vladimir: Rossijskie politiki ot A do Ja. 471 biografija, zwei Bände, Moskva, "Panorama", nojabr' 1996; 100 partijnych liderov Rossii. Moskva 1993; Vasilevskij, Andrej/Pribylovskij, Vladimir: Kto est' kto v rossijskoj politike (300 biografij), drei Bände, Moskva 1993.

⁵⁶³ Bjuleten' Levogo informcentra, 1993, Nr. 18; Moskovskie novosti, 1994, Nr. 50.

Nordkorea, dem Andrejewa 1992 einen Besuch abstattete, von Kuba und von einigen maoistischen Organisationen.⁵⁶⁴

3. Die Allunions-Jugendgarde der Bolschewiken (Vsesojuznaja molodaja gwardija bolševikov) wurde in St. Petersburg im Juni 1992 gegründet und hatte 1993 28 Regionalorganisationen mit überwiegend Arbeitern als Mitgliedern. Die Organisation versteht sich als "Reserve" der AKPB und der RKAP. Seit 1995 gibt die Jugendgarde die Zeitung "Proletarij" heraus. Es werden Kontakte mit den Anarchisten und der "Studentenverteidigung" aufgebaut. In Moskau hat die Organisation einige Dutzend Mitglieder.
4. Die National-bolschewistische Partei (Nacional-Bolševistskaja partija) wurde als eine Zwergpartei im Mai 1993 gegründet, ist aber wegen ihres Parteiführers, des Schriftstellers Eduard Limonow relativ bekannt. Der 1943 geborene und in der Emigration, 1974 - 91 (USA, Frankreich) bekannt gewordene Schriftsteller Limonow (Sawenko), veröffentlicht seine Artikel in den Presseorganen der links-patriotischen Opposition und war 1992 zeitweilig Mitglied der LDPR von Shirinowskij. Zur NBP gehören außerdem der Redakteur der antiwestlichen intellektuellen Zeitschrift "Elementy", Alexander Dugin, einige Journalisten aus "Den" (früher "Zavtra"), einer der wichtigsten Zeitungen der national-patriotischen Opposition, und einige bekannte Rockmusiker. Die NBP veranstaltet gemeinsame Aktionen mit der national-sozialistisch orientierten Russischen Nationalen Einheit/RNE (Russkoe Nacional'noe Edinstvo) unter der Leitung von Alexander Barkaschow. Außerdem erklärt die Partei ihre Bereitschaft, mit den alternativen Jugendbewegungen sowie mit Kriminellen zusammenzuarbeiten. Als Aufgabe wird die Beseitigung der "verfaulten" Regierung und der "faulen" Opposition verkündet, das Volk solle die Macht der "ethnischen und sozialen Minderheiten" stürzen. Die Partei hat die Regierung im Tschetschenien-Krieg unterstützt. Der Westen wird folgendermaßen gesehen: "Das beste wäre, was man schon längst hätte tun sollen, diesen Westen zu erobern...", "...die NATO und die UNO sollen mitsamt ganz Europa vernichtet werden".⁵⁶⁵ Im "Wahlprogramm der NBP" vom Juli 1995 ist die Einführung eines "eisernen Vorhangs" und die Annektierung aller Territorien mit über 50% russischer Bevölkerung vorgesehen. Die Parole ist die "national-soziale Revolution" mit einem autoritären Führers die auf einen Schlag das Leben von vielen verbessern und das Leben von einzigen verschlechtern wird.⁵⁶⁶ Die NBP gibt die Zeitung "Limonka" mit einer Auflage von 5.000 (1995) heraus. Sowohl Limonow als auch Dugin nahmen an den Parlamentswahlen 1995 erfolglos teil.
5. Die seit 1991 existierende Rußländische Kommunistische Arbeiterpartei/ RKAP (s.o.) wurde im Justizministerium 1992 registriert. Seit Januar 1992 spielt das Organisationsbüro (Orgbjuro) des ZK der RKAP die führende Rolle in der Partei, der erste Sekretär ist seit Dezember 1993 Wiktor Tjulkin. Der 1951 geborene Tjulkin machte eine Parteikarriere und war in der Perestrojka Mitglied des ZK der KPdSU; 1991 gründete er die Bewegung "Kommunistische Initiative". Zur Partei gehörten bis 1993 Albert Makaschow und bis 1996 Wiktor Anpilow. Die RKAP wurde 1992-93 zu der aktivsten Teilorganisation der unversöhnlichen Opposition, darunter die Front der Nationalen Rettung, und organisierte viele Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Regierung. Im Mai 1993 kam es während der Demonstration in Moskau zu Auseinandersetzungen mit der Miliz, außerdem beteiligte sich die Partei an den Krawallen im Oktober 1993 und wurde von Jelzin

⁵⁶⁴ Verchovskij, A./Papp, A./Pribylovskij, V.: Političeskij ekstremizm..., S. 93.

⁵⁶⁵ Promyvka mozgov, in: Limonka, 1995, Nr. 5; Promyvka mozgov, in: Limonka, 1995, Nr. 22.

⁵⁶⁶ Predvybornaja programma NBP (Osnovnye položenija), in: Limonka, 1995, Nr. 17.

per Dekret verboten. Makaschow, Anpilow und andere weniger prominente Mitglieder der Partei wurden verhaftet, später aber von der Duma amnestiert. Die Partei konnte wegen des Verbots nicht an den Wahlen im Dezember 1993 teilnehmen. Trotz der Behauptung, daß das Ziel der Partei der Generalstreik und die Absetzung der Regierung sei, und Beteiligung an den Wahlen daher sinnlos, nahm die RKAP an den Parlamentswahlen 1995 teil. Zu diesem Zweck wurde ein Wahlblock bestehend aus der RKAP, der Rußländischen Partei der Kommunisten von Krjutschkow und der Rußländischen Kommunistischen Partei-KPdSU von Prigarin "Kommunisten - Werktätiges Rußland - für die Sowjetunion" (Kommunisty - Trudovaja Rossija - Za Sovetskij Sojuz) gebildet, der als eine von 43 Wahlvereinigungen auf der "föderalen" Liste der Parteien stand; außerdem kandidierten 64 Mitglieder der Partei direkt. Der Wahlblock bekam im Lande über 3 Mio. Wählerstimmen, konnte aber mit 4,53% die 5%-Hürde nicht nehmen.⁵⁶⁷ Es gab jedoch die Regionen, in denen die Wahlergebnisse für den Block recht gut waren: 8,51% in Krasnodar, 8,51% in Udmurtien, 7,87% in Burjatien, 7,64% im Altai und 7,35%, in Tatarstan.⁵⁶⁸ Nur ein Vertreter der RKAP, Wladimir Grigorjew, der der Abgeordnetengruppe "Volksmacht" (Narodovlastie) Nikolaj Ryshkow beitrug, wurde direkt gewählt. Der ebenfalls direkt gewählte Gründer der Partei, General Makaschow, ist aus ihr schon 1993 wegen der "Entfremdung" der Partei von der patriotischen Bewegung und der "falschen" Entscheidung der RKAP, der KPRF nicht beizutreten, ausgeschieden.⁵⁶⁹ Obwohl das Statut die Existenz von Fraktionen verbietet, da die Partei auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut ist, gab es in der RKAP bis 1996 zwei Gruppen, eine um Tjulkin, der als gemäßiger Internationalist eingeschätzt wurde, und die zweite - um den Stalinisten und Nationalbolschewisten Anpilow. Im August 1996 traten Anpilow und seine Anhänger in der Moskauer Organisation aus der RKAP aus, um eine neue orthodoxe kommunistische Partei zu gründen. Im Programm der RKAP wird behauptet, daß seit den Reformen von Chruschtschow das Land den falschen "bourgoisen" Weg genommen hat. Die innere Feinde hätten Unterstützung im Westen gefunden. Zum Ziel wird der Aufbau des Sozialismus mit Hilfe von Bauern- und Arbeiterräten erklärt. Eine kommunistische Partei leninistischen Typs soll an die Macht kommen, das Privateigentum soll beseitigt und die Sowjetunion wiederhergestellt werden. Intensive Propaganda betreibt die Partei mit zahlreichen Flugblättern und der 1990 gegründeten Zeitung "Molnija"(dt. Der Blitz).

6. Die Bewegung "Werktätiges Rußland" (s.o.) und die von dieser Bewegung im Jahre 1992 wegen der Streitigkeiten mit Anpilow abgespaltene Organisation "Werktätiges Moskau" haben sowohl kollektive als auch individuelle Mitgliedschaft und stellen die wichtigste Basis für Protestaktionen der Kommunisten dar. Der Gründer der Bewegung Wiktor Anpilow wurde 1945 geboren und arbeitete als Journalist, bis er 1992 zum professionellen "Straßenpolitiker" wurde. 1992 war das "Werktätige Rußland" für die Blockade des "Imperiums der Lüge", des Fernsehsenders "Ostankino", verantwortlich. Es lieferte sich in Moskau mehrere Prügeleien mit der Miliz und wurde 1993 wegen der Beteiligung an blutigen Auseinandersetzungen vom Justizministerium verboten, Anpilow wurde verhaftet und im Februar 1994 von der Duma amnestiert. Die Duma-Wahlen 1993 wurden von dem Bewegung boykottiert. Im Dezember 1995 nahm "Werktätiges Rußland" als Mitglied des Blocks "Kommunisten-Werktätiges Rußland für die Sowjetunion" an den Wahlen teil. Gleichzeitig wurden 63 Direktkandidaten des Blocks registriert, darunter Prigarin und

⁵⁶⁷ Vybory deputatov Gosudarstvennoj Dumy 1995. Elektoral'naja statistika, Moskwa, Central'naja Izbiratel'naja komissija, 1996, S. 146, 144.

⁵⁶⁸ Ebd., 103-144.

⁵⁶⁹ Vasilevskij, A./Pribylovskij, V.: Kto est'kto v rossijskoj politike (300 biografij), Tom II, Moskva 1993, S. 352.

Anpilow. Die Ideologie der Bewegung ist ein orthodoxer Leninismus mit antisemitischem Einschlag. Anpilow und sein "Werktägliches Rußland" sind die schärfsten Kritiker der KPRF von links. Als Ziele der Bewegung werden die Wiederherstellung der UdSSR, des Sozialismus und der Sowjetmacht verkündet. Der größte Teil der Mitglieder der Bewegung, ca. 60.000, gehört gleichzeitig der RKAP und anderen orthodoxen kommunistischen Parteien an. In den Regionen wird auch die Zusammenarbeit mit den gemäßigten Parteien des linken Spektrums, etwa mit der APR gepflegt. Ein Mitglied der Bewegung, Wladimir Grigorjew, der der Gruppe "Volksmacht" beitrug, wurde in die Duma direkt gewählt.

7. Der Rußländische Kommunistische Jugendbund/ RKJB (Rossjiskij kommunističeskij sojuz molodeži) wurde 1992 auf dem "XXII. Parteitag der Wiederherstellung des Kom-somols" gegründet und wählte Igor Maljarow zum ersten Sekretär. Der 1965 geborene Absolvent der Moskauer Staatsuniversität und Wirtschaftswissenschaftler Maljarow war schon 1989 Gründer der Jugendorganisation der Vereinigten Front der Werktätigen, seit 1990 aktives Mitglied der "Kommunistischen Initiative" und gehört seit ihrer Gründung dem Rat der Bewegung "Werktägliches Moskau" an, seit 1993 ist er Erster Sekretär der RKJB. Der radikal gesinnte RKJB beteiligte sich an den Auseinandersetzungen mit der Miliz im Mai 1993 und an den Unruhen im Oktober 1993 in Moskau und wurde vor den Parlamentswahlen 1993 verboten. Einige Mitglieder wurden verhaftet und dann später von der Duma amnestiert. Mehrere Mitglieder des RKJB sind gleichzeitig Mitglieder der KPRF bzw. der RKAP. Der Bund arbeitet intensiv mit anderen kommunistischen Jugendorganisationen zusammen und initiierte mit anderen die Studentengewerkschaft "Studentenverteidigung". Grundorganisationen des RKJB existieren in mehreren Regionen; auf seinem zweiten Parteitag (27.8.1994) waren 128 Delegierten aus 41 Regionen Rußlands anwesend. Diese Organisation zeichnet sich durch einen ausgeprägten linken Extremismus, vermischt mit antiwestlicher Ideologie aus, die sich in der seit 1995 mit einer Auflage von 5.000 erscheinenden Zeitung "Bumbarasch" niederschlagen. Diese ist eine der radikalsten Zeitungen im ganzen Spektrum der linken Presse überhaupt und veröffentlicht Lobartikel auf den Terroristen Carlos⁵⁷⁰, Instruktionen für den Straßenkampf mit der Miliz⁵⁷¹ sowie Aufrufe der RAF.⁵⁷² Die Organisation hat Anfang 1997 einige Tausend Mitglieder und organisiert diverse Protestaktionen, die nicht selten, insbesondere in Moskau, einen gewalttätigen Charakter annehmen. Es gibt sogar eine Kampfabteilung der Organisation, die auf Auseinandersetzungen mit der Miliz spezialisiert ist.
8. Rußländische Kommunistische Partei / RKP - KPdSU unterscheidet sich von allen anderen durch die Idee einer direkten personellen Mitgliedschaft der Kommunisten in der wiederhergestellten KPdSU. Die Partei wurde aufgrund der Initiative von Prigarin 1995 nach der Spaltung des Bundes der Kommunisten und der Moskauer Organisation der KPRF gegründet. Der 1930 geborene Ingenieur Alexej Prigarin arbeitete als Direktor des wissenschaftlichen Zentrums für Arbeit und Verwaltung, später im Apparat des ZK der KPdSU, wurde 1990 Mitglied des ZK und war einer der Gründer der "Marxistischen Plattform".

Als Ziel setzt sich die RKP-KPdSU die Wiederherstellung der UdSSR und der Sowjetmacht. Die ideologische Basis der Partei bildet die "klassische" Variante des wissenschaftlichen Kommunismus. Die Partei vereinigt die Anhänger der Vereinigung aller Kommunisten, daher

⁵⁷⁰ Počemu my nazywaemsja Bumbaraš, in: Bumbaraš - 2017, 1994, Nr. 7 (18).

⁵⁷¹ Bumbaraš - 2017, 1994, Nr.3 (14).

⁵⁷² Bumbaraš - 1017, 1995, Nr. 3 (22).

ist oft deren doppelte Mitgliedschaft (auch in der KPRF) unvermeidlich. Die Partei ist offiziell nicht registriert, beteiligte sich aber an den Parlamentswahlen 1995 im Rahmen des Blocks "Kommunisten-Werk tätiges Rußland für die Sowjetunion". Sie hat mit Wiktor Weschnjakow ein direkt gewähltes Parteimitglied in der Duma, der aber der Fraktion der Liberal-Demokratischen Partei angehört.

6.2.3 Gemäßigte Kommunisten und Sozialisten

1. Die Agrarpartei Rußlands/ APR (Agrarnaja partija Rossii) wurde im Februar 1993 in Moskau gegründet. Vorsitzender wurde Michail Lapschin, einer der Führer der Fraktion "Agrarunion" im Kongreß der Volksdeputierten der RF. Damals gehörte er gleichzeitig den Vorständen der SPT und der KPRF an, die er jedoch bald verließ. Der 1934 geborene Agronom Michail Lapschin leitete bis 1992 eine Sowchose und seit 1993 die Fraktion der APR in der ersten Duma (s.o.). Zu den Programmprinzipien der Partei gehören die staatliche Regulierung der Landwirtschaft und die Sowjets als Form der Volksdemokratie. Die Partei blieb über die Jahre ein treuer Verbündete der KPRF. Diese Lobby-Partei sieht ihre Aufgabe vor allem in der Unterstützung des agroindustriellen Komplexes; seit März 1997 diskutiert sie auch die Unterstützung der Bauern einschließlich der Farmer. Die APR beteiligte sich mit Erfolg an den Wahlen im Dezember 1993, sie bekam 7,99% bzw. 55 Mandate. 16 Parteimitglieder wurden damals direkt gewählt, mit 55 Abgeordneten inklusive der der Fraktion beigetretenen Nichtmitglieder der APR wurde ihre Fraktion zur drittgrößten in der Duma.⁵⁷³ Die Beteiligung an den Wahlen 1995 führte allerdings zu keinem Erfolg: Die APR konnte die 5% -Klausel nicht überwinden, obwohl sie mit 3,78% über 2,6 Mio. Stimmen bekam. Ihre 20 direkt gewählten Abgeordneten konnten jedoch mit Hilfe der KPRF eine Abgeordnetengruppe mit 36 Mitgliedern bilden. Vorsitzender wurde der 1948 geborene Sowchosdirektor Nikolaj Charitonow, stellvertretender Vorsitzender der APR und Vorstandsmitglied der Patriotischen Volksunion.⁵⁷⁴

Die Partei hat nach eigenen Einschätzungen ca. 300.000 Mitglieder in allen Regionen Rußlands. Die stärksten Organisationen der APR befinden sich in den zentralen Landwirtschaftsregionen und in der Schwarzzerderegeion.

2. Die Sozialistische Partei Rußlands /SPR (Socialistčeskaja partija Rossii) wurde im April 1996 auf Initiative des damaligen Dumavorsitzenden Iwan Rybkin⁵⁷⁵ auf der Basis des "Wahlblocks von Iwan Rybkin" (Izbiratel'nyj blok Ivana Rybkina), der bei der Dumawahlen 1995 nur 1,11% der Wählerstimmen bekam⁵⁷⁶, gegründet. Der 1946 geborene Landwirtschaftsingenieur Iwan Rybkin begann seine Parteikarriere in Wolgograd schon während der Perestroika, war seit 1990 Parlamentsabgeordneter und Führungsmittglied von APR und SPW und wurde 1993 als Mitglied der APR in die Duma gewählt. Dort wurde er Dumavorsitzender und trat bald aus der APR aus. 1995 wurde er direkt in die Duma gewählt; als Jelzin ihn 1996 zum Sekretär des Sicherheitsrates ernannte, legte er sein Mandat nieder. Die SPR definiert sich als linkszentristische Partei

⁵⁷³ Federal'noe sobranie. Spravočnik. Moskva 1994, S. 104-105.

⁵⁷⁴ Federal'noe sobranie. Spravočnik. Moskva, Fond razvitija parlamentarizma v Rossii, 1996, S. 126-127, 302.

⁵⁷⁵ Er selbst schreibt über seine Biographie und Auffassungen im Buch. Rybkin, Ivan: My obrečeny na soglasie, Moskva, Meždunarodnye otnošenija, 1994.

⁵⁷⁶ Vyborny deputatov..., ebd., S. 94.

und tritt für den Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates mit "sozialer Partnerschaft" und "sozialer Gerechtigkeit" auf.

Die Partei wurde als "linker Flügel" der Partei der Macht konstruiert, wobei den rechten Flügel Tschernomyrdins Bewegung "Unser Haus Rußland/ UHR" (Naš dom Rossija) bilden sollte. Beide sollten Jelzin bei den Präsidentschaftswahlen unterstützen und danach zu den Grundsteinen eines Zweiparteiensystems in Rußland werden. Im Unterschied zur UHR ist die SPW relativ bedeutungslos geblieben, obwohl die Partei formell in 70 Subjekten der Föderation mehr als 3.000 Mitglieder hat.

3. Die Sozialistische Partei der Werktätigen /SPW (Socialistčeskaja partija trudjaščichsja), die 1991 gegründet wurde, spielt eine zunehmend geringere Rolle. An den Wahlen 1993 konnte sie nicht teilnehmen, da der Block "Vaterland" (Otečestvo), zu dem sie gehörte, beim Sammeln der nötigen Unterschriften für die Registrierung als Wahlvereinigung scheiterte. Dieser Partei gehörte zeitweilig auch Lapschin (APR) an. Ende 1997 war im Vorstand der SPW Vizepremier Ramasan Abdulatipow vertreten. Die 1938 geborene Parteivorsitzende, die Wirtschaftswissenschaftlerin Ljudmila Wartasarowa, begann 1989 ihre Tätigkeit als Parteifunktionärin der KPdSU. Einige prominente Mitglieder der SPW wurden direkt oder über Parteilisten der anderen Parteien (wie Rybkin) in die Duma gewählt, ein Mitglied (Gennadij Antonow aus dem Jüdischen Autonomen Gebiet) saß sogar im Föderationsrat. Bei den Wahlen 1995 gehörte die SPW zum Wahlblock "Kongreß der Russischen Gemeinden" unter Leitung von Jurij Skokow und Alexander Lebed, der 4,31% der Wählerstimmen bekam.⁵⁷⁷ Direkt wurden drei Mitglieder der SPW, darunter Abdulatipow, gewählt. Die SPW vertritt die Idee eines Sozialismus mit demokratischen Anlitz, ist für die Vielfältigkeit der Eigentumsformen und für die Gewaltenteilung. Die Partei, die anfangs mehrere Tausend von Ex-Mitglieder der KPdSU vereinigte, schrumpfte nach der Gründung der KPRF, zu der viele übertraten auf ca. 3.000 Mitglieder.
4. Die Rußländische Bewegung für einen neuen Sozialismus/ RBNS (Rossijskoe dvi ženie za novyj sozializm) wurde im Dezember 1996 von einigen sozialistisch orientierten Organisationen, darunter die SPW, SPR und ein Teil der Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften, sowie von einigen kleineren Gruppen, gegründet. Der Motor dieser Bewegung ist der 1939 geborene Ingenieur Jurij Petrow, der schon 1967 seine Karriere als Parteifunktionär begann, 1985 als Nachfolger Jelzins zum Ersten Gebietspartei sekretär im Gebiet Swerdlowsk wurde und 1991-93 die Administration des Präsidenten leitete. Seine politische Bewegung, die "Union der Realisten" (Sojuz realistov), die Pragmatiker aus der Industrie (vorwiegend aus der Militärindustrie) und der Verwaltung vereinigt, wurde zur Basis der neuen sozialistischen Bewegung.

Die politische Position der RBNS wird als linkszentristisch bzw. sozialdemokratisch charakterisiert. Ziel ist der sogenannte "neue Sozialismus": ein demokratischer Rechtsstaat mit einer sozial orientierten Marktwirtschaft sowie "Staatspatriotismus" und die Wiedergeburt Rußlands als Großmacht. Außer den schon erwähnten einigermaßen bekannten Parteien vereinigt die RBNS viele kleine sozialistische Gruppen und bei den Wahlen gescheiterte Wahlblöcke, wie z.B. der "Zeder" (Kedr), der 1995 nur 1,39% der Wählerstimmen bekam.

⁵⁷⁷ Ebd..

7. Fazit

Die linken Parteien, Bewegungen und Gruppierungen decken in Rußland zur Zeit die ganze Breite der ideologischen Modifikationen, vom Anarchismus bis hin zum orthodoxen Marxismus-Leninismus und Bolschewismus einerseits sowie von dem "neuen Sozialismus" bis hin zum National-Kommunismus und etatistischen Sozialismus andererseits ab. Einige von ihnen entstanden noch vor dem Zerfall der Sowjetunion und der Entmachtung der KPdSU, die anderen sind nach dem Verbot der Kommunistischen Staatspartei, der KPdSU gegründet worden. Indem die größte Nachfolgepartei der KPdSU, die KPRF von der radikalen Opposition zur Zusammenarbeit mit der Regierung wechselte und zu einer wichtigen politischen Kraft innerhalb des politischen Systems wurde, kam es zur Radikalisierung der kleineren kommunistischen Parteien, der anarchistischen und anderer linker Gruppen. Zur Konsolidierung ist das linke Spektrum nur in einem Extremfall wie bei den Präsidentschaftswahlen in der Lage. Im Unterschied zu der gut organisierten KPRF erleben die kleineren kommunistischen Parteien ständige Spaltungen und Neugründungen, die von den Parteiführern inspiriert werden. Doppelmitgliedschaft ist fast die Regel in diesem Teil des politischen Spektrums. Nachdem die KPRF mit ihrer ausgeprägten, wenn auch widersprüchlichen Ideologie, mit starker Vertretung in der Legislative und Exekutive auf der regionalen Ebene, mit ihren Mobilisierungsmöglichkeiten und ihrer Parteibasis zur stärksten Partei in Rußland geworden ist, bewegen sich die anderen Organisationen eher am Rande des politischen Lebens; die größten von ihnen sind kaum mehr als Mitorganisatoren von Protestaktionen und immer noch Protoparteien. Die Linken außerhalb der KPRF sind mit internen Streitigkeiten beschäftigt und unfähig, eine Alternative vorzuschlagen oder neue Führer zu rekrutieren.⁵⁷⁸

Typisch für den größten Teil des linken Spektrums in Rußland ist die enge Verbindung zwischen dem Kommunismus und einem imperialistisch geprägten Nationalismus, die in der engen Zusammenarbeit der radikalen Organisationen der orthodoxen Kommunisten und der Nationalisten ihr Ausdruck findet. Gerade deswegen sind bisher alle Versuche, eine bedeutende sozialistische bzw. links-sozialdemokratisch orientierte Partei zu gründen, gescheitert.

Die stabile und relativ breite Wählerschaft der Linken, die sich einerseits aus Sympathisanten der Kommunisten, andererseits aber und viel mehr aus Unzufriedenen und Verlierern der Reformpolitik zusammensetzt,⁵⁷⁹ wird von der KPRF rekrutiert. Die kleineren radikalen Parteien, die schon bei zwei Parlamentswahlen keine Vertretung in die Duma schicken konnten, sind auf der regionalen Ebene nicht imstande, die notwendigen Ressourcen auch zu mobilisieren, was unvermeidlich zur Marginalisierung und zur Radikalisierung, die die Gefahr des Extremismus mit sich bringt, führt.

⁵⁷⁸ Vgl.: Kagarlickij, B.: Vremja neopravdavšichsja nadežd, in: Svobodnaja mysl', 1997 Nr. 3, S. 13.

⁵⁷⁹ Vgl. dazu: Luchterhandt, Galina/Filippov, Aleksandr (Hrsg.): Itogi vyborov v gosudarstvennuju Dumu i perspektivy političeskogo razvitija Rossii, Moskva 1996; Maljutin, M./Lebedeva, A.: Paradoks stabil'nosti elektoral'nych orientacij naselenija Rossii, in: Biznes i politika, 1997, Nr. 9, S. 11-18; Političeskie orientacii naselenija regionov Rossii, Doklad TESIS, Bjuulleten Nr. 5, Moskva 1997; Sobjanin, A.: Evolucija rossijskogo elektorata v 1991-1995 gg. i baza podderžki prezidentov -96, in: Prezidentskie vybory v Rossii. Vypusk 2-3, S. 6-8.

8. Zusammenfassung

Das linke politisch Spektrum sah Anfang 1998 folgendermaßen aus: Die anarchistischen Gruppen, wie die Liga der Anarchisten in St. Petersburg, die Föderation und die Konföderation der revolutionären Anarchisten, sind eher kleine Gruppen, ebenso die Violette Internationale und die "Studentenverteidigung". Sie tendieren zu gewalttätigen Aktionen und werden von einigen kommunistischen und national-kommunistischen Gruppen zu Massenaktionen herangezogen.

Unter den orthodox-kommunistischen und stalinistischen Parteien ist die marxistisch-leninistische RKAP von Tjulkin die größte und einflußreichste. Zusammen mit der breiteren Bewegung "Werktägliches Rußland" von Anpilow und dem RKJB von Maljarow stellt sie die eigentliche kommunistische außerparlamentarische Opposition mit einem klaren ideologischen Profil dar. Die anderen kleinen bolschewistischen bzw. stalinistischen Parteien und Bewegungen wie die AKPB, die Bolschewistische Plattform oder die Allunionsgarde der Bolschewiken nahmen an Protestaktionen teil, spielten selbst aber eine zunehmend geringere Rolle und sind zu kleinen Gruppen geworden. Die radikale Intellektuelle vereinigende NBP von Limonow ist eher ein Instrument der künstlerischen Provokation als eine politische Organisation. Die RKP-KPdSU von Prigarin ist eine Organisation, die hauptsächlich auf dem Papier steht, da sie die Mitglieder von anderen kommunistischen Parteien vereinigt.

Die gemäßigten Kommunisten und Sozialisten sind durch Organisationen mit einer undeutlich formulierten Ideologie wie die APR von Lapschin, die eigentlich eine Lobby-Gruppe des agroindustriellen Komplexes ist, die im Verschwinden begriffene SPW von Wartasarowa oder die nur noch auf dem Papier existierende SPW von Rybkin vertreten. Was aus den ehrgeizigen Plänen von Petrow mit seiner RBNS wird oder ob überhaupt eine starke sozialistische bzw. links- sozialdemokratische Partei entsteht, wird die Zukunft zeigen.

Typisch für Rußland sind ständige oder temporäre Bündnisse, Wahlblöcke und Sammelorganisationen, die quer durch das politische Spektrum gehen und diverse Parteien als kollektive Mitglieder vereinigen. Die meisten linken Parteien sind, einschließlich der national-patriotisch gesinnten Organisationen in der locker organisierten Patriotischen Volksunion vereinigt, in der die KPRF die führende Rolle spielt. In der weniger bedeutenden Union der Rußländischen Kommunisten sind die orthodoxen Parteien, die die KPRF von links kritisieren, vereinigt.

In jedem Fall ist gegenwärtig die KPRF, die vorläufig noch in ihrem Namen den "Kommunismus" und in ihren Parolen und Programmprinzipien den "Sozialismus" behält, die einzig wichtige und einflußreiche linke politische Kraft in Rußland.

Heinz Timmermann

Die KP Rußlands – Struktur, Programm, Aktionsmuster

1. Einführung

Fast überall erlebten die KPen nach dem Sturz der kommunistischen Regime in Osteuropa mit gewissem Zeitverzug eine glänzende Wiederkehr. In einer Reihe von Ländern dieser Region – so in Polen, Ungarn, Litauen, Bulgarien – wurden sie führende Regierungsparteien, ohne daß westliche Politik hierüber in Panik verfallen wäre. Der Grund: Die Ex-KPen hatten sich mehr oder weniger überzeugend in Parteien sozialdemokratischer Prägung gewandelt und die Prinzipien der europäischen Demokratie in Theorie und Praxis akzeptiert. Folgerichtig wurden die ersten von ihnen mittlerweile in die Sozialistische Internationale aufgenommen – die ungarischen Sozialisten und die polnischen Sozialdemokraten als Vollmitglieder, andere mit Beobachter- oder Gaststatus.⁵⁸⁰

Ganz anders die KP der Russischen Föderation (KPRF).⁵⁸¹ Auch sie erlebte eine überraschende Renaissance, wurde im Dezember 1995 weitaus stärkste Oppositionspartei im Unterhaus ("Staatsduma") und hatte lange Zeit gute Chancen, die Präsidentschaftswahlen vom Sommer 1996 gegen Jelzin für sich zu entscheiden. In krassem Gegensatz zu ihren früheren osteuropäischen Bruderparteien hat sie sich jedoch nicht sozialdemokratisiert, und sie will dies auch gar nicht. Vielmehr hat sie einen linksnationalistischen bzw. linksimperialen Kurs eingeschlagen, in dem traditioneller Marxismus-Leninismus mit großrussischem Nationalpatriotismus eine eigenartige Mischung eingehen. So gesehen gleicht die KP Rußlands eher der nationalistisch-populistischen Sozialistischen Partei Serbiens unter Milošević als den ex-kommunistischen Reformparteien Ostmitteleuropas. Westliche Skepsis vor einer Übernahme der Macht durch die Sjuganow-KP im Zuge der Präsidentschaftswahlen von 1996 war daher durchaus berechtigt. Was sind die Gründe für den spezifischen Charakter der KP Rußlands?

Hier ist zum einen auf die Entstehungsgeschichte der Partei zu verweisen. In Ostmitteleuropa haben die Neo-Sozialdemokraten ihre Wurzeln in den Reformflügeln der KPen, die leninistische Orthodoxie wurde rasch marginalisiert und eliminiert. In Rußland dagegen bildete sich die KP seit 1990 umgekehrt als Widerpart gegen den Reformkurs Gorbatschows, als Sammelbecken all jener Kräfte, die an den traditionellen, sich zunehmend mit nationalpatriotischem Gedankengut mischenden Postulaten des Marxismus-Leninismus festhielten und die Perestrojka des Generalsekretärs als Verrat an der kommunistischen Sache und am sowjetischen Vaterland ansahen.⁵⁸² Demokratische und sozialdemokratische Strömungen der KPdSU ließen sich in der KP Rußlands erst gar nicht registrieren; sie verließen im folgenden die KPdSU und beteiligten sich aktiv an der Gründung neuer demokratischer Parteien.

⁵⁸⁰ Vgl. hierzu meinen Beitrag: Nehmen die Kommunisten Revanche?, in: Europäische Rundschau (Wien), Nr. 4/1994, S. 21-36.

⁵⁸¹ Die ausführlichste und beste Untersuchung hierzu bei Urban, J. Barth: Russia's Communists at the Crossroads, Boulder 1997. Vgl. auch Luchterhandt, Galina: Von der radikalen Opposition zur Beteiligung an der Macht. Die Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation, in: Osteuropa (Aachen), Nr. 10/1996, S. 968-986; Timmermann, Heinz: Renaissance der KP Rußlands, in: Europäische Rundschau, Nr. 2/1996, S. 59-80; sowie aus der Sicht russischer Experten: Levaja volna v postkommunističeskoj Evrope (1993-1996), in: Vestnik Fonda Rossijskij obščestvenno-političeskij centr Moskau, Mai 1996, S. 7-20. In dem vorliegenden Beitrag wird auch auf Aufzeichnungen zurückgegriffen, die der Autor als Beobachter des IV. KPRF-Parteitag in Moskau (April 1997) machte und die so z.T. nicht publiziert wurden.

⁵⁸² Vgl. hierzu ausführlich Urban, Barth: a.a.O., S. 37 ff..

Für den spezifischen Charakter der KP Rußlands gibt es aber noch einen weiteren Grund. In Ostmitteleuropa waren die KPen nach 1945 überwiegend künstliche Gebilde, großgeworden mit Unterstützung der Sowjets und später durch zwangsweise Einverleibung der Sozialdemokratie. Die so geprägten KPen mußten sich sozialdemokratisieren und europäisieren, wollten sie nach dem Systemwechsel im Spiel bleiben. In Rußland dagegen hatten die Kommunisten 1917 eine Revolution erfolgreich aus eigenen Kräften inszeniert (die übrigens in ganz Europa die einzige ihrer Art bleiben sollte). Danach hatten sie ihr Land in einen mächtigen Industriestaat verwandelt und es schließlich sogar in den Rang einer zweiten, den USA militärisch gleichrangigen Supermacht erhoben. Ideologisch fand dies darin seinen Ausdruck, daß Stalin, "gestützt auf das Postulat von der Möglichkeit der Errichtung des Sozialismus in einem Lande, Schritt für Schritt von der internationalistischen Weltsicht des Marxismus zur national-staatlichen Weltsicht übergang und am Ende seines Lebens ernsthaft die Grundlagen für die Konzeption des 'imperialen Sozialismus' legte".⁵⁸³ Diese Transformation der KPdSU schuf unter Stalin und seinen Nachfolgern in weiten Teilen der Bevölkerung einen gewissen, über die KPdSU vermittelten großrussisch-patriotischen Grundkonsens, an den die KPRF mit großem Engagement und beträchtlichem Erfolg anknüpft. Die häufigen Bezüge Sjuganows auf die mächtige Sowjetunion als den entscheidenden Widerpart globaler politischer, militärischer und kultureller Dominanz der Vereinigten Staaten unterstreichen die nationalistisch-imperiale Färbung weiter Teile der KPRF. Vorstellungen internationaler Partnerschaft und Solidarität der Sozialdemokratie können in einer so geprägten Partei nur schwer Fuß fassen.

Dies verweist auf eine dritte, die wohl einschneidendste Ursache für die Divergenzen zwischen den meisten Ex-KPen Ostmitteleuropas einerseits und der KPRF als der stärksten und einflußreichsten Nachfolgeorganisation der KPdSU andererseits. Die Ostmitteleuropäer wollen "zurück nach Europa", die Betonung von Gleichartigkeit und sogar Identität mit dem Westen steht im Zentrum ihrer Selbstwahrnehmung. Die zu Sozialdemokraten gewandelten früheren KPen fühlen und profilieren sich als Teil eines Grundkonsenses, der von dem Bestreben charakterisiert ist, ihre in gemeinsamen kulturellen Traditionen tief verankerte europäische Identität jetzt in politische, ökonomische und sicherheitspolitische Realität umzusetzen. In Rußland dagegen bildet die KPRF einen integralen Teil der großen Mehrheit unter den Eliten, die – in abgestufter Weise – die Eigenständigkeit, Andersartigkeit und Selbständigkeit Rußlands als Kultur- und Großmacht hervorkehren. Sie betont die eigenen, westlicher Dekadenz überlegenen Werte des russischen Zivilisationstyps und fordert, die spezifische, historisch verankerte "russische Idee" der zukünftigen Staatsdoktrin zugrunde zu legen. Aus dieser Sicht gilt es als unhistorisch, defätistisch und letztlich selbstzerstörerisch, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Rußland in Anlehnung an westliche Vorbilder und Erfahrungen zu transformieren. Logischerweise ergeben sich auch hieraus tiefgreifende Divergenzen zur internationalen Sozialdemokratie, die – auf dem Nährboden von Aufklärung und Rationalismus des Westens gewachsen – die Realisierung von freiheitlicher Demokratie und "allgemein-menschlichen Werten" auf ihre Fahnen schrieb und die in diesem Zeichen westliche Politik insbesondere nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs ganz wesentlich mitgestaltet hat.

⁵⁸³ So Orlov, B.S.: Perspektivy razvitija social'noj demokratii v Rossii (dve partii – dve političeskie kul'tury), in: Vestnik Fonda "Rossijskij obščestvenno-političeskij centr", Nr. 1/1997, S. 88-97, hier S. 95.

Wie im einzelnen ist das Comeback dieser Partei zustande gekommen, die von dem Perestrojka-Gegner und gelernten ML-Gesellschaftswissenschaftler Gennadij Sjuganow (Jg. 1944) geführt wird? Wo liegen die organisatorischen Kraftquellen der KPRF, von welcher Programmatik läßt sie sich leiten und welches sind die Kernpunkte ihrer Strategie zur Eroberung der Macht? Würde die Rückkehr der KPRF an die Macht auf eine Konfrontation mit dem Westen hinauslaufen oder wären in einem solchen Fall Angebote zu fortgesetzter Kooperation und partnerschaftlichem Interessenausgleich zu erwarten?

2. Verankerung der KPRF

Angesichts der komplexen Transformationskrise ist die große Mehrheit der Bevölkerung in Rußland seit Jahren einem ständigen Streß ausgesetzt. Von daher kann es nicht überraschen, daß sie sich schwerpunktmäßig auf jene Kräfte orientiert, die – wie die KPRF (und die Liberal-Demokratische Partei Shirinowskij) – scharfe Kritik an dem Jelzin-Regime im Zentrum und seinen Ablegern in den Regionen üben, die für die Misere verantwortlich gemacht werden. Dabei kommt der KPRF zugute, daß die Vorbehalte unter den Menschen gegenüber den Kommunisten mit dem wachsenden zeitlichen Abstand von ihrer Entmachtung offenbar geringer geworden sind: Hatte der Protest bei den Staatsdumawahlen vom Dezember 1993 seinen wichtigsten Bezugspunkt noch in der Shirinowskij-Partei gesehen (22,9 Prozent, KPRF: 12,4 Prozent), so konzentrierte sich das Votum in Umkehrung dieses Ergebnisses im Dezember 1995 auf die KP (22,4 Prozent; LDPR: 11,2 Prozent).

Der Aufschwung der KPRF ist durchaus kein Zufall. Vielmehr drückt sich darin der wirtschaftliche Niedergang und die damit verbundene Verelendung solcher sozialer Gruppen aus, die zu den Verlierern der Umbrüche zählen: Rentner, kinderreiche Familien, Staatsangestellte (Lehrer, Humanwissenschaftler, Ärzte, Polizisten, Militärs), Arbeiter unrentabler Betriebe sowie Teile der sozial deklassierten technischen Intelligenz aus Industrie, Rüstungssektor und den Konstruktionsbüros der Hochtechnologie. Im allgemeinen werden diese Gruppen unterbezahlt, oft empfangen sie monatelang überhaupt kein Geld und fürchten um ihren Arbeitsplatz. Darüber hinaus kann die KP mit wachsender Verelendung des flachen Landes auf die Unterstützung durch Management und Arbeiter der noch weitgehend intakten Kolchos- und Sowchosbetriebe rechnen, die bislang eher der linkspragmatischen Agrarpartei zuneigten. Wachsenden Zulauf erhält sie auch aus jenen Teilen der Bevölkerung, die dem verlorenen Großmachtstatus Rußlands nachtrauern, die den materiellen und moralischen Verfall der Armee als dessen Stütze beklagen und die schließlich entschiedene Maßnahmen gegen die zunehmende Korruption und Kriminalität fordern. Dazu gehören auch die Militärs, denen die KPRF die Wiederherstellung einer gut gerüsteten mächtigen Armee sowie energische Anstrengungen bei dem Bestreben verspricht, die angeblich durch Verrat Gorbatschows und gegen den Willen der Völker auseinandergefallene Sowjetunion auf friedliche Weise wieder zusammenzufügen.

Vor diesem Hintergrund wäre es zu einfach, die KPRF kurzerhand als bloße "Rentnerpartei" abzutun, wie es häufig geschieht. Vielmehr zählen zu ihrem Anhang auch viele Angehörige solcher Berufsgruppen, die ein hohes professionelles Niveau aufweisen und die im alten Regime oft tragende Positionen einnahmen. So haben unter ihren Wählern 38 Prozent eine mittlere und 10 Prozent eine höhere Bildung.⁵⁸⁴ Das entscheidende Motiv ihres Engagements für die KP liegt darin, daß sie unter den neuen Bedingungen entweder in Ansehen und Bezahlung herabgestuft wurden oder überhaupt nicht mehr benötigt werden. Betroffen hiervon

⁵⁸⁴ Levaja volna..., a.a.O., S. 18.

sind nicht zuletzt große Teile von Akademikern aus humanwissenschaftlichen und technischen Berufen, d.h. Angehörige der früheren "Sowjetintelligenz".

Unter diesen Rahmenbedingungen verfügt die KPRF über ein eindrucksvolles organisatorisches Netz und eine Vielzahl politischer Stützpunkte. Mit rund 540.000 Parteibuchbesitzern zählt sie mehr als doppelt so viele Mitglieder wie alle anderen Parteien Rußlands zusammengekommen, und ihre über 20.000 Grundorganisationen verteilen sich auf sämtliche 89 Subjekte der Föderation. Relativ schwach ist die KPRF im Medienwesen verankert: Zu TV- und Rundfunkstationen hat sie auf nationaler Ebene nur begrenzt Zugang sowie in den Regionen und Kommunen nur dort, wo sie leitende politische Positionen einnimmt. Dies erweist sich insbesondere in den Wahlkämpfen als großes Handicap: Jelzins Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen von 1996 ist fraglos zu einem Gutteil das Ergebnis seiner überwältigenden Medienpräsenz. Besser sieht es für die KPRF bei den Printmedien aus, wo sie in den Regionen und Kommunen insgesamt 120 Zeitungen und Zeitschriften publiziert⁵⁸⁵ – wesentlich mehr als jede andere Partei oder Bewegung des Landes. Auf nationaler Ebene stehen der KPRF zwei Blöcke von Tageszeitungen nahe: die nationalpatriotisch orientierte Sowjetskaja Rossija mit einer Auflage von rund 285.000 Exemplaren und die linksgerichteten drei Prawda-Versionen mit insgesamt etwa 227.000 Exemplaren. Die Aufsplitterung des von Lenin gegründeten KPdSU-Zentralorgans hat die Schlagkraft des KP-nahen Pressewesens allerdings geschwächt. Die Stamm-Prawda unter Chefredakteur Iljin mit einer Auflage von 15.000 Exemplaren und dem KPRF-Mitteilungsblatt Prawda Rossii als Einlage liegt voll auf Parteilinie. Die Prawda-5 mit einer Auflage von 192.000 Exemplaren steht weitgehend loyal zur KP, sie gehört dem griechischen Unternehmer Jannikos. Als drittes Blatt wurde im Herbst 1997 unter der Chefredaktion von Linnik eine konkurrierende Prawda mit einer Startauflage von 20.000 Exemplaren gegründet. Stil und Finanzierung des Blattes sind unklar, Gerüchte nennen die mächtige Oneximbank als Eigentümerin.⁵⁸⁶

Organisationsdichte und soziale Verankerung weisen die KP als eine im neuen russischen Parteienspektrum durchaus untypische Formation aus – paradoxerweise ist sie damit im westlichen Verständnis unter formal-organisatorischen Aspekten überhaupt die einzige wirkliche Partei des Landes. Das Paradox löst sich dann auf, wenn man sich vor Augen hält: Organisationsdichte und Organisationskraft der KPRF haben ihre Ursache vor allem in der Übernahme der verbliebenen KPdSU-Strukturen und sind nicht etwa das Ergebnis frischer Impulse aus dem Schoße der sich wandelnden Gesellschaft. Die Stärke der KPRF – die Verankerung in den alten Parteistrukturen – ist somit auf längere Sicht zugleich ihr größtes Problem.

Immerhin haben Organisationskraft und flächendeckende Präsenz der KPRF mit ihrer beachtlichen Fähigkeit zur Basismobilisierung ganz wesentlich zu den Wahlerfolgen der Partei beigetragen.⁵⁸⁷ So ging sie aus den Wahlen zu Staatsduma vom Dezember 1995 mit 22,4 Prozent der Stimmen (gleich 99 von 225 Mandaten) für die Parteiliste und 59 (von gleichfalls 225) Direktmandaten als klare Siegerin hervor. Als einzige Partei in allen Landesteilen signifikant präsent, zählt sie im Parlament 35 Prozent und gemeinsam mit Abgeordneten anderer links-

⁵⁸⁵ Interview Sjuganovs mit der (noch vereinten) Pravda, 24.10.1995. Andere Angaben sprechen sogar von 250 regionalen Publikationen der KPRF, vgl. Bonnamour, P.: *Main basse sur les médias russes*, in: *Le Monde diplomatique*, Paris, Nr. 1/1998, S. 9.

⁵⁸⁶ Die Angaben zu den Pravda-Versionen nach Il'ina, S./Popov, K.: *Zaregistrirovany srazu tri Pravdy*, in: *Nezavisimaja gazeta*, Moskau, 12.9.1997.

⁵⁸⁷ Zu den Ergebnissen im einzelnen vgl. Schneider, E.: *Staatsdumawahl 1995 und Präsidentenwahl 1996 in Rußland*, in: Bundesinstitut (Hrsg.): *Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Fortschritte und Mißerfolge der Transformation*, München/Wien 1997, S. 50-70.

orientierter Richtungen sogar 40 Prozent der Mandate. In dem westsibirischen Kohlebecken Kusbass erzielte die KP nahezu 50 Prozent und noch immer über 30 Prozent in dem "roten Gürtel", der sich westlich und südlich von Moskau über die Gebiete Smolensk, Brjansk, Kursk, Orjol, Belgorod, Woronesh, Tombow bis zur Republik Mordwinien hinzieht. Insgesamt belegte die KPRF in 70 der 89 Subjekte der Föderation auf den Parteilisten den ersten Platz, in weiteren 13 landete sie an zweiter Stelle. Auf die breite Streuung der KPRF verweist auch der Umstand, daß nur jeder vierte Duma-Abgeordnete der Partei aus Moskau stammt (Shirinowskijs LDPR: 48 Prozent, Jawlinskijs Jabloko: 41 Prozent).

Bestätigt wurde dieses Ergebnis – auch in seinen regionalen Schwerpunkten – in den Präsidentschaftswahlen von Juni/Juli 1996. Hier fielen im ersten Wahlgang bei insgesamt 10 Kandidaten 32 Prozent auf Sjuganow, in der Stichwahl erhielt er 40,3 Prozent (für Jelzin stimmten 53,8 Prozent). Schließlich fühlten sich die Kommunisten auch nach der Wahl der Verwaltungschefs ("Gouverneure") von Herbst 1996 bis Frühjahr 1997 in 52 Gebietseinheiten als Gewinner: 15 der neu gewählten Gouverneure (gleich 28,8 Prozent) wurden von der KPRF bzw. von dem KP-dominierten Sammelbecken Volkspatriotische Union unterstützt, womit die Linkspatrioten nach Repräsentanten der "Partei der Macht" die zweitgrößte Gruppe unter den Chefs der Gebiete stellen.⁵⁸⁸ Unter den Vorsitzenden der regionalen Legislativen ist sie sogar mit 36,4 Prozent vertreten. Jetzt gelte es, die gewachsene Stärke der KPRF in den Regionen tatsächlich als "Anti-Macht" zu nutzen, hieß es – etwa in einer gegen das Jelzin-Regime gerichteten engeren Kooperation der von KP-Gouverneuren regierten roten Regionen.

Auf den ersten Blick wirken die genannten Strukturdaten der KPRF tatsächlich eindrucksvoll und scheinen für sie Chancen für eine Rückkehr an die Macht zu signalisieren. Dies ist insofern erstaunlich, als die nach dem Putsch vom August 1991 zunächst verbotene und diskreditierte KP naturgemäß große Organisations- und Orientierungsprobleme hatte. Bei näherem Hinsehen zeigt sich jedoch, daß die Aussichten eher gering einzuschätzen sind, falls sich die Partei in Programm, Stil und sozialer Komposition nicht grundlegend wandelt. Dafür aber gibt es, wie die Ergebnisse ihres IV. Parteitags vom April 1997 demonstrieren, vorerst wenig Anzeichen. Im folgenden seien in gedrängter Form einige Kernprobleme genannt, die der KPRF im Hinblick auf Struktur und Verankerung zukünftig verstärkt zu schaffen machen werden:

- Die Mitgliedschaft stagniert seit Jahren, wobei insbesondere über das Fernbleiben der jüngeren Generation geklagt wird. Organisationschef Kupzow, der Erste Stellvertretende Vorsitzende der KP, begründete die Stagnation mit dem fragwürdigen Argument, man wolle nur Menschen mit festen Überzeugungen in die Parteilisten aufnehmen, um nicht wie die KPdSU von Karrieristen oder "von Anarchisten bis hin zu Monarchisten" überschwemmt zu werden.⁵⁸⁹ Der wahre Grund für die Flaute dürfte jedoch darin liegen, daß die reformtrübe KP wenig attraktiv ist für Angehörige der neuen sozialen Schichten und Bewohner der reformfreudigen urbanen Zentren. Nicht zufällig bildet sie in Moskau, St. Petersburg und Jekaterinburg unter den Wählern mit Zahlen um 10 Prozent eine kleine Minderheit. Bei den Wahlen zur Moskauer Stadtduma vom Dezember 1997 konnte die Partei keinen einzigen ihrer Kandidaten durchbringen. Problematisch ist auch, daß unter den Mitgliedern und Wählern der KPRF die ältere Generation dominiert: 49 Prozent ihrer Wähler sind über 55 Jahre alt (Jabloko Jawlinskijs: 25 Prozent), 32 Prozent zwischen 40 und 54 Jahren (Jabloko: 28 Prozent), 14 Prozent zwischen 25 und 39 Jahren (Jabloko: 33

⁵⁸⁸ Hierzu Schneider, E.: Föderalismus in Rußland: Kompetenzabgrenzungsverträge und Gouverneurswahlen, Berichte des Bundesinstituts, Nr. 21/1997, S. 20 ff..

⁵⁸⁹ Kupzow auf einem Treffen mit den auswärtigen Gästen anlässlich des IV. Parteitags.

Prozent) und nur 5 Prozent zwischen 18 und 25 Jahren (Jabloko: 15 Prozent). Trotz großer Anstrengungen blieb die KP-Vertrauensarbeit unter der Jugend bislang weitgehend erfolglos. In dieses Bild paßt, daß die KPRF-Dumafraktion mit 52 Jahren nach Ryschkows "Volksmacht"-Bewegung das höchste Durchschnittsalter aufweist.

- Problematisch für die KPRF ist der Umstand, daß die als "Klassenpartei" definierte Formation nach Auskunft ihrer Führung den Kontakt auch zur Arbeiterklasse weitgehend verloren hat. Die Ursache hierfür liegt nach Angaben der KPRF-Spitze darin, daß die in traditionellem KP-Verständnis führende Klasse nach Abschwung und Zusammenbruch großer Industriebereiche desorientiert und passiviert ist, so daß von einer organisierten Arbeiterklasse gegenwärtig überhaupt nicht geredet werden könne.⁵⁹⁰ Damit aber sind zugleich die Chancen der KPRF zu außerparlamentarischer Massenmobilisierung begrenzt, die aus kommunistischer Sicht traditionell unabdingbar ist, um parlamentarischen Initiativen der Kommunisten von außen die nötige Schubkraft zu verleihen. Exemplarisch für die mangelnde Verbindung der KPRF zur Arbeiterschaft sind die Mißerfolge des "nationalen Protesttags" vom März 1997, an dem sich statt der erwarteten 20 Mio. Menschen nur rund 2 bis 3 Mio. beteiligten, sowie des nationalen Streiktags vom Herbst 1997 mit ähnlich enttäuschender Beteiligung. Tatsächlich bildeten den Kern der Demonstranten - Kupzow zufolge - nicht die Arbeiterklasse, sondern Staatsangestellte mittleren Ranges sowie Vertreter aus dem Bildungs- und Gesundheitswesen.
- Die geringe soziale Mobilisierungsfähigkeit der KPRF für ihre politischen Ziele verweist auf eine weitere Schwäche der Partei: Die früheren organischen Verbindungen zu flankierenden gesellschaftlichen Organisationen sind gerissen (und konnten durch Beziehungen etwa zu General Rochlins restaurativ-imperialer Militärreform-Organisation und durch Anbiederung bei der Orthodoxen Kirche nicht wettgemacht werden). Die Schwäche wird besonders deutlich an dem komplizierten Verhältnis der KPRF zu den früheren Staatsgewerkschaften, dem mit formal insgesamt 45 Mio. Mitgliedern noch immer weitaus stärksten Berufsverband des Landes.⁵⁹¹ Zum einen ist die aufs Überleben bedachte Gewerkschaftsbürokratie weitgehend in das System eingebunden; sie möchte die Vorteile als vorrangige Gesprächspartnerin der Regierung (im Verhältnis zu den neugebildeten Gewerkschaften) und als Besitzerin sozialer Privilegien (Gewerkschaftshäuser, Ferienheime etc.) nicht durch Anschluß an den regierungsfeindlichen politischen Aktionismus der Kommunisten aufs Spiel setzen. Das fällt ihr umso leichter, als die Regierung sozialen Unruhen in bestimmten Regionen oft durch gezielte Zuwendungen die Spitze nimmt. Zum andern hat die Gewerkschaftsführung mit der Erwartung ihrer Mitglieder zu rechnen, durch günstige Kollektivverträge die soziale Lage der arbeitenden Menschen zu verbessern und sich nicht in parteipolitische Spiele der Parteien einbinden zu lassen. Die generelle Aversion der Gewerkschaften gegen parteipolitische Engagements hat im Verhältnis zur KPRF einen besonderen Akzent: Ganz offenbar sind jene Zeiten noch in naher Erinnerung, in denen der KPdSU-Apparat die Wirtschaft beherrschte und die Gewerkschaften als zuverlässiger Arm der Partei sowie als "Schulen des Kommunismus" die KP-Linie vor Ort umzusetzen hatten. Noch scheint das Mißtrauen in der Arbeiterschaft groß, daß die KPRF entgegen systemkritischer Rhetorik nach einer möglichen Übernahme der Regierungsgeschäfte erneut umfangreiche Verstaatlichungen

⁵⁹⁰ Ebenda. Vgl. auch Urban, Barth, 188 f..

⁵⁹¹ Vgl. Christensen, P.T.: Why Russia lacks a Labor Movement, in: Transitions, Prag, Nr. 7/1997, S. 44-51; sowie zur Situation der Gewerkschaften allgemein Hoffer, F.: Reform der sowjetischen Gewerkschaften. Ein schwerer, aber nicht hoffnungsloser Fall, Berichte des Bundesinstituts, Nr. 1/1998.

vornimmt und damit dem KP-bestimmten und staatlich vermittelten System der Arbeitsbeziehungen aus der kommunistischen Periode erneut Geltung verschafft.

- Als problematisch erweist sich die Vorstellung, die gewachsene Stärke der KPRF in den Regionen – insbesondere in Gestalt der "roten Gouverneure" – zu bündeln und als Gegenmacht gegen das Jelzin-Regime in Stellung zu bringen.⁵⁹² Zum einen sind die Gouverneure vorrangig am Wohl ihrer Regionen interessiert: Hieraus beziehen sie Legitimation und Konsens, nicht aber aus der skrupulösen Befolgung der jeweiligen politischen Linie der KP-Führung im Moskauer Zentrum. Zum andern sind die Kommunisten gerade in jenen Regionen stark, die von den Umbrüchen wirtschaftlich besonders hart betroffen sind. Das aber heißt: Die der KPRF nahestehenden Gouverneure sind auf ein gutes Verhältnis und enge Zusammenarbeit mit der Regierung in Moskau angewiesen, damit ihre Region auch weiterhin in den Genuß von Subventionen, Privilegien und Projektförderungen kommt. Bezeichnenderweise konzentrieren sich die Gouverneure und ihre Stäbe während der Sitzungsperioden des Föderationsrats (einer Art Länderkammer) in Moskau weniger auf die Parlamentspflichten als auf die Lobbyarbeit in den Korridoren der Staatsmacht.

So hat die KPRF bei den Staatsduma- und Präsidentschaftswahlen 1995/96 zwar hervorragend abgeschnitten – gemeinsam mit ihren Partnern kam sie auf jeweils rund 40 Prozent der Stimmen. Dazu hat ganz gewiß das volkspatriotische Bündnis verschiedener imperial-populistischer Formationen beigetragen, dem neben der dominierenden KP die Agrarpartei Lapschins, die "Volksmacht"-Gruppierung Ryschkows, die "Großmacht"-Bewegung Ruzkojs und eine Reihe weiterer Organisationen beitraten. Im August 1996 wurde die lockere Allianz in die "Volkspatriotische Union" überführt, um dem Bündnis größere Konsistenz zu verleihen; den Vorsitz übernahm der KPRF-Vorsitzende Sjuganow, Chef des Exekutivkomitees wurde der frühere sowjetische Ministerpräsident Ryschkow.⁵⁹³ Alle Anstrengungen um eine Erweiterung der Basis können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die KPRF und ihre Verbündeten mit 40 Prozent an eine Grenze gestoßen sind und ihr Potential voll ausgeschöpft haben. Aufgrund der erwähnten ungünstigen Strukturdaten (starke Überalterung, Überwiegen sozialer Absteiger, Überrepräsentanz gerade in den wirtschaftlich schwächeren Zonen) ist sogar damit zu rechnen, daß ihr Potential schrumpfen wird und ihre Chancen auf eine Übernahme der Führung des Landes damit zukünftig eher sinken.

Vor diesem Hintergrund hatte es im Vorfeld des IV. KPRF-Parteitag vom April 1997 bemerkenswerte Ansätze zu einer umfassenden Programmrevision gegeben. Wenn die Partei die Macht im Staat übernehmen wolle, so müsse sie in breitem Diskurs mit der Bevölkerung die "intellektuelle Führung in der Gesellschaft" erobern – so in Anlehnung an das strategische Konzept Gramscis die Schlußfolgerung Kupzows aus der Niederlage Sjuganows bei den Präsidentschaftswahlen. Dabei hatte er eine Diskussion über folgende Fragen angeregt: "Wie soll eine Gesellschaft aussehen, die unsere Partei dem Volk vorschlägt? Wie muß das Programm einer modernen Partei sozialistischer Orientierung beschaffen sein? Auf welche Weise kann die an die Regierung gelangte Partei die Interessen jener Mehrheit der Bevölkerung des Lan-

⁵⁹² Siehe hierzu Ostrovskij, V.: *Kommunisty prišli k vlasti. S delovym predlož eniem*, in: *Kommersant*, Moskau, Nr. 48/1996, S. 18 f., sowie Cukanova, L.: *Vož d' – Tverdaja ruka*, in: *Novoe Vremja* Moskau, Nr. 1/1998, S. 10.

⁵⁹³ Siehe Fedorov, A.: *Zavtra v Moskve otkryvaetsja s'ezd narodno-patriotičeskogo sojuza Rossii*, in: *Nezavisimaja gazeta*, 6.8.1996. Die KP nennt als kollektive Mitglieder der Volkspatriotischen Union insgesamt 200 Organisationen; darunter stehen viele jedoch nur auf dem Papier oder führen ein Dasein als winzige Politsekten.

des schützen, die für sie votiert hat? Wen betrachtet die KPRF als ihre Verbündeten und Weggefährten? Wie will die KPRF die demokratischen Rechte und Freiheiten der Bürger garantieren?"⁵⁹⁴

Tatsächlich unternahm die KPRF auf dem Parteitag jedoch keinerlei Versuch, auch nur eines dieser zentralen Probleme vertiefend zu diskutieren. Statt dessen wurde beschlossen, die Programmenerneuerung auf den kommenden Parteitag (oder eine spezielle Parteikonferenz) zu verschieben. Dieses Hinauszögern verweist auf die ideologische Heterogenität der KPRF und die – wohl berechnete – Furcht ihrer Führung, die Herausarbeitung eines klaren programmatischen Profils könnte in der amorphen Partei, in der "Fundamentalisten und 'Erneuerer', National-Patrioten und Internationalisten, Atheisten und Orthodoxe koexistieren"⁵⁹⁵, wie ein Sprengsatz wirken. Wie sehen die programmatischen Grundlinien der KPRF aus, und welchen Einfluß haben darauf die verschiedenen innerparteilichen Strömungen?

3. Ideologie und Parteiströmungen

Bei Licht besehen entzieht sich die KPRF jedem im Westen geläufigen Recht-Links-Schema. Legt man statt dessen die für das Rußland von heute eher angemessene Einteilung in Parteien staatsfixierter Richtung einerseits und liberaldemokratischer Prägung andererseits zugrunde, so wäre die Partei eindeutig dem zuerst genannten Parteientyp zuzuordnen. Ihre Spezifik gegenüber den anderen imperial-patriotischen Parteien besteht vor allem in einer selektiven Beimischung marxistisch-leninistischen, sowjetkommunistischen Gedankenguts. Herausgekommen ist dabei eine Programmatik, die in ihrer Widersprüchlichkeit und Eklektik ihresgleichen sucht: Sie koppelt herkömmlichen Marxismus-Leninismus mit Demokratie und Pluralismus; dialektischen Materialismus mit russisch-orthodox-religiösen Werten; starke und zentrale Staatsmacht mit Selbstverwaltungskonzepten; tiefgreifenden wirtschaftlichen Staat-interventionismus mit Elementen der Marktwirtschaft; Inflationsbekämpfung mit breiter Subventionsstreuung; ökologisch ausgerichtete nachhaltige Entwicklung mit unbegrenztem Wachstum und Produktivismus; traditionellen Internationalismus mit unverhülltem groß-russischem Imperialismus.⁵⁹⁶ Dabei lassen sich in der KPRF bei vielen Querverbindungen und Überschneidungen drei innerparteiliche Grundströmungen ausmachen, die in unterschiedlicher Stärke jeweils Teile der Programm-Versatzstücke repräsentieren:

- Den größten Einfluß haben die Nationalpatrioten unter ihrem unangefochtenen Repräsentanten Sjuganow. Geboren und aufgewachsen im Gebiet Orjol, befaßte sich der Dozent des lokalen Pädagogischen Instituts mit der Parteiarbeit vor Ort und seit 1983 im ZK der KPdSU schwerpunktmäßig mit ideologischen Fragen, war 1990 in führender Position an der Gründung der Perestrojka-kritischen KP der RSFSR beteiligt und Co-Autor des nationalistischen Manifests "Ein Wort an das Volk" vom Juli 1991, das den August-Putsch ideologisch mit vorbereitete. Während des Verbots der KP besetzte Sjuganow zunächst Spitzenfunktionen in verschiedenen nationalpatriotischen Organisationen, bevor er im Februar 1993 auf dem Gründungskongreß der KPRF die Führung der Partei übernahm. Indem die Vertreter dieser Strömung auf die Restauration der Größe des Landes auf der Grundlage traditionell-russischer Werte setzen, den spezifischen Charakter Rußlands gegenüber der westlichen Zivilisation hervorheben und das marxistische Erbe in den Hin-

⁵⁹⁴ Itogi vyborov, ich uroki i zadaèi partii, in: Dialog Moskau, Nr. 10/1996, S. 33-41, hier S. 40.

⁵⁹⁵ Levaja volna..., a.a.O., S. 18.

⁵⁹⁶ Zur kritischen Einschätzung der KPRF-Programmatik vgl. Levaja volna..., a.a.O., S. 14 f., sowie die ausführliche Debatte russischer Spezialisten: Russkij Tupik?, in: Nezavisimaja gazeta, 21.11.1996.

tergrund drängen, konvergieren sie programmatisch mit den übrigen nationalpatriotischen Gruppierungen (mit Ausnahme der als unseriös eingeschätzten Shirinowskij-Partei). Folgerichtig gibt es in dieser Strömung Bestrebungen, die KPRF mit ihren Partnern der Volkspatriotischen Union zu einer Partei rechtszentristischen Typs zu verschmelzen. Solche Bestrebungen wurden auf dem IV. Parteitag von den beiden anderen Strömungen freilich bekämpft und abgewehrt.

- Schwer einzuschätzen sind Stärke und Einfluß der zweiten Strömung, die man als marxistische Erneuerer bezeichnen könnte. Inspiriert und gelenkt wird sie von Vize-Parteichef Kupzow (Jg. 1937), der in seiner Heimat Wologda als Metallarbeiter begann und im regionalen Parteiapparat Karriere machte. 1989 wurde er zum Abteilungsleiter des ZK der KPdSU berufen und befaßte sich dort mit der Verbindung zu den Massenorganisationen, seit April 1990 als ZK-Sekretär. Am 6. August 1991 zum Vorsitzenden der KP der RSFSR gewählt, hielt er sich nach dem Putsch aus dem Gründungsboom nationalistischer Organisationen heraus und widmete sich statt dessen intensiv dem Wiederaufbau der KP. Im Februar 1993 wählte ihn der Gründungsparteitag der KPRF in seine heutige Funktion. Diese Strömung hält am sozialistischen Erbe Marx'scher und Leninscher Prägung fest und sieht die nationalpatriotischen Eskapaden des Sjuganow-Flügels mit Skepsis. Offenbar schwebt ihr vor, für die KPRF im russischen Parteienspektrum das linke Feld zu besetzen. Zu dieser Strömung sind auch Staatsduma-Sprecher Selesnjow, ein gelernter Parteijournalist, sowie aus der jüngeren Generation der Stellvertretende Parteivorsitzende Melnikow zu zählen. Melnikow (Jg. 1950) stammt aus dem Gebiet Tula, lehrte Mathematik an der Moskauer Staatsuniversität und fungierte dort von 1988 bis 1991 als Erster Sekretär der KPdSU-Organisation. Auf dem 28. Kongreß der KPdSU von 1990 in das ZK und kurz darauf zu einem seiner Sekretäre gewählt, trat er 1992 vor dem Verfassungsgericht als einer ihrer Advokaten auf. Im Juni 1995 wurde Melnikow in das Präsidium der KPRF und wenig später zu ihrem Internationalen Sekretär gewählt. Als dritter Mann in der Führungsgarnitur ist Melnikow Vertreter einer eher pragmatischen Linie, die das Engagement für soziale Gerechtigkeit mit professionellem Handeln verbindet und dabei über die Grenzen Rußlands hinaus nach Europa blickt. Ein Indiz hierfür ist der Umstand, daß Melnikow über den Vorsitz des Staatsdumakomitees für Wissenschaft und Bildung hinaus eine analoge Funktion auch im Rahmen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats übernahm.
- Die kleinste Strömung in der KPRF bilden mit einem Anteil von 10 bis 15 Prozent die stalinistischen Nostalgiker, zu denen auch einige der Putschisten von 1991 und 1993 zählen. Diese Strömung übt als solche nur geringen Einfluß auf Programmatik und Politik der Partei aus, profitiert aber von dem Druck, den stalinistische Formationen von außen auf die KPRF-Führung ausüben, um sie zur Liquidierung nationalistischer bzw. linksreformerscher Programmatik zu zwingen und sie auf das traditionelle Konzept des Marxismus-Leninismus festzulegen. Als gefährlichste Kritikerin der KPRF profiliert sich dabei die Russische Kommunistische Arbeiterpartei Tjulkins: Immerhin zählt sie rund 50.000 Mitglieder und verfehlte im Block mit der Bewegung Arbeitendes Rußland unter Anpilow, einem erprobten Organisator Moskauer Massendemonstrationen mit gelegentlich gewaltsamem Charakter, mit 4,5 Prozent der Stimmen 1995 nur knapp den Einzug in die Staatsduma.

Angesichts dieser ideologisch-programmatischen Divergenzen ist die KPRF keineswegs so kompakt, wie die einmütige Bestätigung Sjuganows im Parteivorsitz, die nahezu geschlossene Zustimmung zu seinem Rechenschaftsbericht des ZK sowie die überwiegend einstimmige

Verabschiedung diverser Resolutionen⁵⁹⁷ auf dem bereits mehrfach erwähnten IV. Parteitag vom April 1997 suggerieren. Einen plastischen Eindruck von der potentiellen Sprengkraft innerparteilicher Gegensätze boten die kontrastreichen Diskussionsbeiträge einer Reihe von Delegierten, wobei sich die Kontroversen im Kern auf folgende Aspekte bezogen⁵⁹⁸: Verhältnis von Sozialismus modifiziert sowjetischen Typs einerseits und Volkspatriotismus russischer Prägung andererseits; Fundamentalkritik oder konstruktive Opposition gegenüber System und Regierung; Öffnung der Partei gegenüber neuen sozialen Schichten oder verstärkte Mobilisierung traditioneller Wählergruppen. Die wichtigsten Positionen von links lauteten dabei: Vorbereitung eines Massenstreiks, Nationalisierung der Banken, Neuauflage der Leninschen Aprilthesen (Parteiorganisation Moskau); Massenaktionen durchführen und der KP Vorrang vor der Volkspatriotischen Union geben (Kursk); Leninismus statt Staatspatriotismus als Leitlinie der Partei (Twer). Andererseits wurden jedoch auch praktische Forderungen erhoben, in denen sich das Bestreben manifestierte, die KP als seriöse, pragmatisch handelnde potentielle Regierungspartei zu profilieren. Im Vordergrund standen dabei: Ausarbeitung eines praxisnahen Wirtschaftsprogramms – die bisherige Wirtschaftskommission habe versagt (Chabarowsk); Ausbau des KP-Medienwesens als Gegengewicht zur Medienmacht des Jelzin-Regimes (mehrere Ortsverbände); Professionalisierung von KP-Spezialisten für die Übernahme von Regierungsfunktionen (Wolgograd); Bereitstellung praxisbezogener soziologischer Analysen anstelle der abstrakt-theoretischen Werke Sjuganows.

So hinterließ der KPRF-Parteitag – als konzentrierter Ausdruck innerparteilicher Programmatik und Kräfteverhältnisse – zwar insofern einen positiven Eindruck, als zentrale Themen offen und kontrovers diskutiert wurden – bis hin zu der Frage, ob Sjuganow angesichts seiner stark russisch-patriotischen Prägung und seines wenig radikalen, auf Arrangement mit der Regierung bedachten Stils überhaupt der geeignete Vorsitzende sei. In dieser Diskussionsbereitschaft unterscheidet sich die KPRF deutlich von ihrer Vorgängerin KPdSU, denn unter deren Regie hatten sich die Delegierten im wesentlichen darauf zu beschränken, die Linie der jeweiligen Führung zu preisen und die Errungenschaften der eigenen Region hervorzuheben.

Inhaltlich jedoch hat der Kongreß wenig bewegt: Die Parteiführung setzte sich mit ihrer Strategie durch, notwendige Innovationen in Ideologie, Programm und sozialer Komposition auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben und in dem oft widersprüchlichen Programmangebot den kleinsten gemeinsamen Nenner herauszuarbeiten. Damit gelingt ihr zwar das erstaunliche Kunststück, die in der KPRF versammelten Strömungen unterschiedlicher Wertorientierungen, Interessen und sozialer Herkunft zusammenzuhalten. Von unschätzbarem Wert ist dabei die Bindekraft der Person Lenins. Paradoxerweise ist Lenin für die KPRF Sjuganows heute gerade aufgrund seiner opportunistischen Schwenks, seiner programmatischen Prinzipienlosigkeit als Referenz so wertvoll. Wäre er ein Prinzipienreiter gewesen, so würde die Berufung auf ihn die in sich äußerst heterogene KPRF heute eher sprengen. Als Vater so unterschiedlicher Ereignisse wie der Oktoberrevolution, des linkradikalen Kriegskommunismus, der evolutionär-reformistischen Neuen Ökonomischen Politik sowie als Restaurator des russischen Einheitsstaats und "Sammler der russischen Erde" nach dem Ersten Weltkrieg bietet sich Lenin als unbestrittene Autorität und Bezugspunkt für das breite Spektrum der in der KPRF vorhandenen Ansichten an.

⁵⁹⁷ Die Dokumente und Resolutionen des Parteitags sind abgedruckt in: *Kommunist*, Nr. 3/1997, S. 105-126.

⁵⁹⁸ Die Diskussionsbeiträge finden sich in: *Kommunist*, Nr. 3/997, S. 45-105, und Nr. 4/1997, S. 4-37.

Zugleich hat diese Strategie des niedrigen, diffusen Profils jedoch auch ihren Preis: Sie führt zu Selbstblockade und Reformträgheit der KPRF, so daß die Partei keine überzeugende Alternative zur Jelzin-Regierung darstellt und – wie zuvor analysiert – wenig Chancen hat, diese aus der Opposition heraus zu überwinden. Tatsächlich läuft die Strategie der Parteiführung deutlich erkennbar darauf hinaus, möglichst starke Präsenz in Parlamenten und Exekutivorganen aller Ebenen zu zeigen sowie auf die Konstituierung solcher in der Verfassung nicht vorgesehener Konsultationsmechanismen zu dringen, in denen Spitzenvertreter von Exekutive, Legislative und Parteien/gesellschaftlichen Organisationen wichtige politische Entscheidungen der Regierung gleichsam vorstrukturieren. Ziel dieser – weiter unten detaillierter zu analysierenden – Generallinie evolutionär-reformistischer Prägung ist es, die Voraussetzungen für eine schrittweise Beteiligung der KPRF an der Macht zu verbessern und diese – zusätzlich gestützt auf die Mobilisierung außerparlamentarischen politischen und sozialen Protests – auf verfassungsmäßigem Wege gleichsam von innen her zu erobern. Einige Beobachter vertreten sogar die Ansicht, die KP habe Angst gehabt vor einem Sieg bei den Präsidentschaftswahlen vom Juni 1996, da die Kommunisten dann die Führung des Landes hätten übernehmen müssen. Damals "schienen sich die Kommunistische Partei und ihr Kandidat Sjuganow nicht nur mit der Niederlage abgefunden zu haben, sondern auch froh darüber zu sein, sich in der Opposition zu befinden".⁵⁹⁹

Aktivste Vorkämpferin einer solchen Strategie ist die nationalpatriotische Mehrheitsströmung um Sjuganow: Der Vorrang für die Staatsorientierung und für die Restauration von Größe und Würde Rußlands auf der Grundlage der spezifischen Werte des Landes schaffen günstige Voraussetzungen eines Einvernehmens zumindest mit den zentristischen Kreisen der Regierung – bessere jedenfalls als die Priorität für den Klassenkampf gegen die Restauration der Herrschaft der Bourgeoisie, den die stalinistischen Nostalgiker und in gemäßigter Form auch die marxistischen Erneuerer auf ihre Fahnen geschrieben haben. Folgerichtig sind Bezüge auf Marxismus-Leninismus und Klassenkampf aus den Wahlprogrammen der KPRF fast völlig verschwunden (während das Grundsatzprogramm von Januar 1995 noch den Kommunismus als "historische Zukunft der Menschheit" bezeichnet⁶⁰⁰). In den Vordergrund rückte statt dessen die "russische Idee", die sich für die KPRF weitgehend mit der sozialistischen Idee deckt.

Die "russische Idee" beruht auf der Vorstellung, daß Rußland im Zeichen seiner genuinen Kulturtradition einen historischen Sonderweg eingeschlagen hat und einen spezifischen, "eurasischen" Zivilisationstyp darstellt. Dieser unterscheidet sich ganz wesentlich von dem Modell der liberalen Demokratien westlichen Typs – "russische Geistigkeit" steht gegen "westlichen Materialismus". Ähnlich wie in der deutschen Tradition des "Sonderwegs" wird dem negativen Begriff der "Gesellschaft" der positiv besetzte Begriff "Gemeinschaft" entgegengestellt. Nicht liberal-individualistische Werte sind es, die die Mentalität des russischen Volkes prägen, sondern historisch gewachsene eigene Werte, die mit Begriffen aus der Zeit vor der Oktoberrevolution umschrieben werden: *narodnost'* (Volksverbundenheit), *obščnost'* (Gemeinschaftlichkeit), *duchovnost'* (Geistigkeit) und *deržavnost'* (Reichsdenken). In diesem Licht erscheint der Kollektivismus sowjetsozialistischen Typs als zeitgemäße Variante traditioneller russischer Werte. In den Vorstellungen der KPRF-Mehrheitsströmung schafft die Besinnung auf die vorrevolutionären Werte, gepaart und angereichert mit sozialistischen Werten sowjetkommunistischen Typs, die Voraussetzungen für die Verwirklichung des zentralen Ziels der Partei: der Wiedererrichtung einer starken, in der organischen Gemeinschaft

⁵⁹⁹ Bachkatov, N.: 80e Anniversaire de la Révolution d'Octobre: Signification d'un non-event, in: *Transitions*, Brüssel, Nr. 1-2/1997, S. 335-341, hier S. 337 f..

⁶⁰⁰ Abgedruckt in *Pravda*, Moskau 31.1.1995.

verankerten Staatsmacht in Rußland. Von einem Absterben des Staates, wie es Marx, Engels und auch noch Lenin als konkrete Utopie vorschwebte, ist in den KPRF-Dokumenten konsequenterweise keine Rede mehr.

Akzentuiert werden die Vorstellungen der KPRF zur Rolle des Staates und zum russischen Sonderweg durch ihre Einschätzung des Westens und dessen Verhältnis zu Rußland. Danach braucht Rußland nicht zuletzt deshalb auch in Zukunft einen starken Staat mit einer "starken Armee, wirksamen Sonderdiensten, zuverlässigen Rechtsschutzorganen... und einem System patriotischer Erziehung der Jugend", um das Land zuverlässig gegen angeblich weiterwirkende feindliche Bestrebungen des Westens zu schützen.⁶⁰¹ Hierzu zählen nicht nur Maßnahmen zur geistigen Kolonisierung und materiellen Ausplünderung Rußlands durch den Westen, sondern auch Aktivitäten mit dem Ziel, unter dem Deckmantel von Partnerschaft seine internationalen Machtpositionen auf Kosten Rußlands zu erweitern und das Land womöglich sogar zu zerstückeln.

Aus dieser Sicht wird die spezifische Aufarbeitung der Vergangenheit durch die KPRF verständlich – der Umstand nämlich, daß unter den bolschewistischen Führern neben Lenin (vor allem als Restaurator der staatlichen Einheit Rußlands) besonders Stalin herausgehoben wird.⁶⁰² Zwar werden dabei in ambivalenten Formeln Stalins Repressionen verurteilt, doch wiegt dies in den Augen der KPRF-Führung gering gegenüber dem Verdienst des Diktators, die Sowjetunion in einen mächtigen Industriestaat verwandelt und den weltrevolutionären, Rußlands Kräfte auszehrenden Internationalismus zum etatistisch-imperial normierten Sowjetpatriotismus umgeformt zu haben. Tatsächlich ging es fortan vorrangig um Stärkung und Modernisierung des Vaterlandes und weniger um die für den einfachen Sowjetmenschen reichlich abstrakte internationale revolutionäre Mission der Kommunisten.

Die Heraushebung Stalins wirkt um so nachdrücklicher, als andere KP-Führer in den Augen der KPRF-Spitze wenig Gnade finden⁶⁰³: Trotzki wird die Absicht vorgehalten, Rußland in nationalem Nihilismus über die Weltrevolution in der internationalen Staatengemeinschaft aufgehen zu lassen; Chruschtschow hat die fatale Losung von "Einholen und Überholen" des Westens ausgegeben und damit einem "unkritischen Kopieren eines früheren Modells der westlichen Gesellschaft auf dem Gebiet von Produktion und Verbrauch" Vorschub geleistet (der 20. KPdSU-Parteitag von 1956 mit seiner scharfen Kritik an Stalin wird verschwiegen); unter Breshnew haben die moralische Zersetzung der Partei, der Verfall der Wirtschaft sowie jene Prozesse eingesetzt, die den wissenschaftlich-technischen Abstand zum Westen immer größer werden ließen. Gorbatschow schließlich hat mit seiner kleinen Verrätergruppe den Staat Sowjetunion überhaupt zugrunde gerichtet und das Land damit gegenüber dem Westen ideologisch-politisch wehrlos gemacht. So erfährt die Kritik der KPRF-Führung an der KPdSU von Stalin über Chruschtschow und Breshnew bis zu Gorbatschow eine Steigerung und nicht etwa eine Abschwächung, wie man erwarten sollte. Zentrale Ursache hierfür ist gerade die von Stalin vorangetriebene Schaffung eines starken Staates als Bollwerk gegen westliche Einflußnahme und Diversion.

Sjuganow geht sogar noch einen Schritt weiter, indem er im Verhältnis zum Westen nicht nur Andersartigkeit und Selbständigkeit Rußlands als Kultur- und Großmacht hervorhebt, sondern

⁶⁰¹ Hierzu beispielhaft Sjuganow: Uroki istorii i sovremennost', in: Nezavisimaja gazeta, 4.11.1997.

⁶⁰² Vgl. zu diesem Punkt die Oktober-Thesen Sjuganows, a.a.O., sowie Ignatow, A.: Vergangenheitsaufarbeitung in der Russischen Föderation, Berichte des Bundesinstituts, Nr. 42/1997.

⁶⁰³ Siehe hierzu im einzelnen das KPRF-Programm von 1995, den ZK-Bericht Sjuganows an den IV. Parteitag sowie die Oktoberthesen Sjuganows.

darüber hinaus explizit mit den Thesen Huntingtons vom "Zusammenstoß der Zivilisationen" als Hauptwiderspruch der zukünftigen Epoche sympathisiert.⁶⁰⁴ Zwar könnten diese Widersprüche unter bestimmten Bedingungen auf nichtkonfrontative Art und Weise überwunden werden, betont Sjuganow, fährt dann aber fort: "Indes muß man über seine (Huntingtons, H.T.) Prognose nachdenken. Denn wenn sich die Ereignisse global und regional entsprechend dem schlimmsten Szenario entwickeln, könnten viele seiner Vorhersagen leider unausweichliche Wirklichkeit werden."⁶⁰⁵ Gewiß gab es aus den Reihen der Partei heftige Kritik an dieser radikalen Umwertung zentraler Doktrinen des Sozialismus sowjetkommunistischen Typs, in deren Gefolge "die Klassifizierung der Staaten nach ihren ideologischen (Kommunismus-Kapitalismus), politischen (Demokratie-Totalitarismus) und ökonomischen Merkmalen (freier Markt – Staatsregulierung) ihre praktische Effektivität einbüßte" zugunsten "kultur-historischer und national-konfessioneller Unterschiede".⁶⁰⁶ Die Tatsache jedoch, daß der KP-Chef in einem seiner vielen populärwissenschaftlich-agitatorischen Bücher offene Sympathien für die höchst umstrittenen Thesen des konservativen und scharf antikommunistischen US-Professors Huntington zeigen und in großer Auflage publizieren kann, unterstreicht den ideologischen Wandel der Partei marxistisch-leninistischen Typs hin zu einer Partei national-patriotischen Typs.

4. Die KPRF als systemintegrierte Partei

Ein großes Problem besteht für die KPRF darin, daß Wort und Tat bei ihr oft weit auseinanderklaffen. So charakterisiert sie sich selbst als "unversöhnliche Opposition", übt sich in systemkritischer Rhetorik und stellt ihre Politik in den Dienst eines "nationalen Befreiungskampfes des russischen Volkes" zum Sturz des Jelzin-Regimes, handelt es sich hierbei doch laut Sjuganow um eine "kriminelle Diktatur", eine "Partei des Bürgerkriegs", eine Clique der nationalen Unterwerfung unter fremdländischen Willen.⁶⁰⁷ Solch starke Worte stehen jedoch in eklatantem Widerspruch zu ihren tatsächlichen Konzeptionen und Aktionen: Die Schere zwischen Programm und Handeln der KPRF passiviert Funktionärscorps und Mitgliedschaft und macht die Partei zum Manipulationsobjekt der Exekutive. Formal läßt sich dies vielleicht mit der Situation der Traditions-SPD vergleichen: Auch hier fielen revolutionäre Rhetorik und reformistische Praxis zum Schaden von Motivation und Schlagkraft der Partei weit auseinander, und erst das Godesberger Programm von 1959 hat dieses Dilemma endgültig überwunden. Wie also positioniert sich die KPRF tatsächlich zum Jelzin-Regime? Wie sieht ihre Strategie und Taktik zur Eroberung der Macht im einzelnen aus?

Zunächst: Die KPRF erteilt einer organisierten Machtergreifung auf revolutionär-gewaltsamem Weg ebenso eine deutliche Absage wie gewaltsamen Aktivitäten an der Basis, denn diese "bergen die Gefahr eines unmerklichen Umschlagens in unkontrollierbare volksfeindliche Spontaneität in sich".⁶⁰⁸ Überraschenerweise richtete Sjuganow in seinem ZK-Rechenchaftsbericht an den IV. Parteitag wiederholt scharfe Angriffe gegen den Trotzismus. Damit sollten aber nicht etwa trotzkistische Formationen ins Visier genommen werden, die in Ruß-

⁶⁰⁴ Vgl. hierzu die ausführliche Wiedergabe zentraler Huntington-Thesen in: Sjuganow, G.A.: *Rossija – Rodina Maja. Ideologija gosudarstvennogo patriotizma*, Moskau 1996, S. 115 ff..

⁶⁰⁵ Ebenda, S. 120.

⁶⁰⁶ So Lopata, P.: *Na puti idejnogo obnovlenija*, in: *Dialog*, Nr. 2/1997, S. 17-23, hier S. 18.

⁶⁰⁷ *O političeskom momente, kompartii i ee programme*, Rede Sjuganows auf der Allrussischen Konferenz der KPRF vom April 1994, in: *Dialog*, Nr. 4/1995, S. 35-41, hier S. 39.

⁶⁰⁸ Hierzu exemplarisch der ZK-Rechenchaftsbericht Sjuganows, a.a.O., sowie seine Oktoberthesen, a.a.O..

land ohnehin nur geringe Bedeutung haben. Vielmehr sollte damit signalisiert werden: Als "verantwortliche", wenn auch "unversöhnliche" Opposition wendet sich die KPRF entschieden gegen solche Gruppen und Bewegungen linksextremer Prägung (nicht zuletzt in den eigenen Reihen), die auf eine gewaltsame Beseitigung des herrschenden Regimes zielen. Diese Strategie friedlicher Machtübernahme ist insofern überzeugend, als sich die KP Rußlands in kritischen Momenten an Bestrebungen zum gewaltsamen Umsturz nicht beteiligt hat: Weder mobilisierte sie ihren Anhang beim Putschversuch gegen Gorbatschow vom August 1991 noch unterstützte sie die Anti-Jelzin-Revolte vom Oktober 1993. Die friedliche Strategie ist aber nicht nur überzeugend, sondern auch realistisch: Sie trägt dem Umstand Rechnung, daß die große Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor vom Trauma des Bürgerkriegs 1920/21 geprägt ist und entsprechende Neuauflagen scharf ablehnt. Nicht zufällig verwandte Sjuganow in seinen Thesen zum 80. Oktoberjubiläum viel Mühe auf den – fragwürdigen – Versuch zu beweisen, daß die Oktoberrevolution von 1917 zwar inhaltlich notwendig und alternativlos gewesen sei, nicht aber in ihrer gewaltsamen Form. Diese sei Lenin von inneren und äußeren Feinden aufgezwungen worden.⁶⁰⁹

Die KPRF beläßt es jedoch keineswegs bei Zusicherungen, ihre Ziele auf friedlichem (wenn auch nicht ausschließlich parlamentarischem) Wege zu verfolgen. Vielmehr versteht sie sich als Teil des real existierenden Systems, ist zu einer integralen Kraft des bestehenden Establishments geworden. Eine Reihe russischer Experten gehen sogar noch weiter und sehen die KPRF geradezu in der Rolle eines "politischen Stabilisators": Die Tatsache, daß die Partei die neuen Realitäten einschließlich der Verfassung von 1993 anerkannt habe, sei von großer Bedeutung für eine Absenkung von Spannung und Streß in Politik und gesellschaftlichem Leben gewesen, heißt es. Die Opposition bilde heute ein "effektives Ventil zum Dampfablassen", indem sie "die Unzufriedenheit eines großen Bevölkerungsanteils in legitime Ufer lenkt".⁶¹⁰

Tatsächlich hat sich die KPRF längst in das System integriert. Zwar suggerieren beide Seiten – das Jelzin-Lager ebenso wie die Kommunisten – in ihrer Rhetorik eine unüberbrückbare Kluft und Spaltung der Gesellschaft in Reformer und Reaktionäre. In Wirklichkeit jedoch läßt sich seit 1993 die Herausbildung eines "patriotischen Konsenses" beobachten, der in wesentlichen politischen Grundsatzfragen "den größten Teil der politischen Klasse miteinander verbindet und die meisten politischen Gruppierungen und Parteien überspannt. Außerhalb des patriotischen Konsenses stehen politische Gruppierungen an den äußeren Rändern des politischen Spektrums, und zwar sowohl auf der liberalen, prowestlichen Seite als auch auf der kommunistischen und national-extremistischen Seite. Die 'Partei der Macht' mit dem Jelzin-Lager und der überwiegende Teil der KPRF... sind dagegen – trotz Kontroversen in Einzelfragen – in einem patriotischen Konsens miteinander verbunden".⁶¹¹

Inhaltlich bezieht sich dieser Grundkonsens auf zentrale politische Ziele, darunter: die Herausarbeitung einer neuen russischen Idee als lagerumspannende geistige Orientierung; die Notwendigkeit der Entwicklung eines auf eigenen Traditionen beruhenden, vom Westen unterschiedenen politischen und Wirtschafts-Modells; die Wiederherstellung von Größe und Würde Rußlands; die Annäherung und Integration der GUS-Staaten mit Rußland als zentralem Bezugspunkt. Dieser Grundkonsens hat ganz wesentlich dazu beigetragen, daß Rußland trotz der gewaltigen mehrdimensionalen Umbrüche spätestens seit Ende 1993 politisch und gesellschaftlich von einer erstaunlichen Kontinuität und Stabilität geprägt ist.

⁶⁰⁹ Oktober-Thesen, a.a.O..

⁶¹⁰ Ševcova, L.: in der Diskussionsrunde Russkij Tupik?, a.a.O.. Ähnlich auch V. Solovej, ebenda.

⁶¹¹ Simon, G.: Der patriotische Konsens in Rußland, Aktuelle Analysen des Bundesinstituts, Nr. 11/1997.

Im politischen Tagesgeschehen findet all dies seinen Ausdruck in der Bereitschaft der KPRF zu konsensorientierter Mitarbeit im System sowie in dem Streben nach Kompromiß und Ausgleich mit der Exekutive.⁶¹² Wichtige Anhaltspunkte hierfür sind u.a.: die aktive Teilnahme an den Wahlen aller Ebenen und an der Gesetzgebung in den Parlamenten sowie das Hineinwachsen in die Exekutive von Kommunen, Regionen und ansatzweise auch der Regierung in Moskau (etwa in Form der früheren Minister Kowaljow/Justiz und Tulejew/GUS-Angelegenheiten). Noch bemerkenswerter ist der Umstand, daß die KPRF-Fraktion im Dezember 1992 den von Jelzin nominierten Tschernomyrdin zum Regierungschef mitgewählt hat (1996 sogar bereits im ersten Wahlgang) und ihn seither durch Verzicht auf ein Mißtrauensvotum de facto stützt. In die gleiche Richtung verweist ihre seit 1994 praktizierte Bereitschaft, nach gewissen Zugeständnissen der Regierung das Budget mitzutragen.

Neueste Entwicklungen verweisen darauf, daß diese Konsenssuche unter Einschluß der KPRF hinfort sogar noch breiter angelegt werden soll. Dies bezieht sich vor allem auf die Einrichtung eines ursprünglich von der KPRF-Führung vorgeschlagenen "Runden Tisches", an dem unter Leitung des Präsidenten die Vorsitzenden des Föderationsrates und der Staatsduma, die Vorsitzenden der Duma-Fraktionen, der Regierungschef und seine beiden Ersten Stellvertreter sowie Repräsentanten der Regionen und der Gewerkschaften angehören.⁶¹³ Man wird abwarten müssen, ob der "Runde Tisch" in der Lage sein wird, seiner Funktion gerecht zu werden und in "konfliktueller Zusammenarbeit"⁶¹⁴ so komplizierte und kontroverse Probleme wie Bodenrecht, Steuerrecht, Energiepreise, kommunales Wohnungswesen einvernehmlich zu lösen. Darüber soll hier nicht spekuliert werden. In unserem Zusammenhang ist statt dessen die Bereitschaft der KPRF von Interesse, sich in Diskussionen über zentrale innere Richtungsentscheidungen einbinden zu lassen. Faßt man all diese Aspekte eines Strebens nach Grundkonsens ins Auge, so kann man heute in gewisser Hinsicht von der Existenz einer Großen Koalition in Rußland mit der KPRF als ihrem indirekten und doch integralen Bestandteil sprechen.

Vergleicht man die KPRF mit anderen KPen, so lassen sich die Ex-KPen Ostmitteleuropas – wie eingangs erwähnt – dafür nicht heranziehen. Eher können gewisse Ähnlichkeiten mit der KP Frankreichs der Nachkriegsepoche bis in die 70er Jahre hinein konstatiert werden: Wie diese trägt die KPRF zur Stabilisierung des Systems bei, indem sie sozialen Protest kanalisiert und in verfassungskonforme Bahnen lenkt, ohne selbst die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Auf der anderen Seite hat sie gewisse formale Ähnlichkeiten mit der Situation der KP Italiens in der gleichen Periode: Wie diese ist die KPRF in Gemeinden, Regionen und nationalem Parlament stark vertreten, wird aber von der herrschenden politischen Klasse an der Übernahme der Macht im Zentrum gehindert. Die Folge ist die Entwicklung zu einer "blockierten Gesellschaft" (ähnlich dem Italien der DC), in der einerseits zwar die Gefahren einer Machtbeteiligung der KP verhindert werden, in der aber andererseits das herrschende Regime von Verkrustung, mangelnder Innovationsfähigkeit und Stagnation geprägt ist.

Der KPRF-Führung selbst scheint ein drittes Modell als "best-case-Szenario" vorzuschweben. Dieses bestünde darin, daß im Gefolge einer Verschärfung der sozialen Krise die dann abgewirtschaftete liberal-demokratische Gruppe um die Ersten Stellvertretenden Ministerpräsi-

⁶¹² Hierzu Kuzmin, J.: Opposition: Appeasers Taming Radicals, in: Moscow News, Nr. 31/7.-13.8.1997; ähnlich eg., Tschernomyrdins Kooperation mit der KP, in: Neue Zürcher Zeitung, 6.5.1997.

⁶¹³ Zu Funktion und Komposition des "Runden Tisches" vgl. Jelzins Pressesprecher Jastržembskij, Interfax 21.10.1997.

⁶¹⁴ So Bunin, J.: Na poroge "cholodnogo mira", in: Novoe Vremja, Nr. 50/1997, S. 10.

dentem Tschubais und Nemzow neutralisiert würde. Damit würden die Voraussetzungen dafür geschaffen, die Machtstrukturen friedlich zu durchdringen und wichtige Positionen in einem zentristisch ausgerichteten Kabinett Tschernomyrdin oder Strojew zu besetzen (Föderationsrats-Sprecher Strojew ist erst vor kurzem von der KP zur Bewegung "Unser Haus – Rußland" übergewechselt).⁶¹⁵ Denn nicht die risikoreiche Bildung einer Alternative im Bündnis mit Jabloko und/oder der Lebed-Formation ist das Ziel der KP: Beiden erteilte der Kongreß eine klare Absage, denn im Bündnis mit ihnen müßte die KPRF selbst Reformbereitschaft zeigen. Statt dessen zieht sie die risikoarme Lösung einer Teilung der Macht mit den Zentristen vor, zu denen sich tatsächlich in vielen Punkten Konvergenzen abzeichnen, etwa im Hinblick auf Skepsis gegenüber einschneidenden Wirtschaftsreformen, auf Ablehnung der Zerlegung mächtiger Staatsmonopole, auf die Unterstützung des nationalen Kapitals gegen die Kompradorenbourgeoisie, auf Zustimmung zu einer raschen Vereinigung Rußland–Belarus.⁶¹⁶ Aus Sicht der KPRF läge der Vorteil einer solchen Lösung nicht zuletzt darin, daß sie ihr den Weg zur Teilhabe an der Macht ebnet würde, ohne daß ihre Identität und Interessen grundsätzlich tangiert würden oder gar eine innerparteiliche Zerreißprobe zu befürchten wäre. Unter diesem Aspekt ist die KPRF in ihrer heutigen Verfassung eine zutiefst strukturkonservierende Kraft, deren relevante Einbeziehung in die Regierungsverantwortung die Stagnationstendenzen in Rußland verstärken würde.

Ganz unabhängig von den Absichten der Parteiführung und möglicherweise gegen ihren Willen könne eine Führungsrolle der KPRF in der Regierung gleichwohl destabilisierende Auswirkungen haben, insbesondere aufgrund von Turbulenzen in der Wirtschaft.⁶¹⁷ Zwar akzeptiert die KPRF mittlerweile marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen in einem gemischtwirtschaftlichen System. Im Falle einer Machtübernahme wird sie keine erneute Vollverstaatlichung der Produktions- und Austauschmittel sowie keine umfassende Neuverteilung des Eigentums vornehmen: Dies würde auf eine von der Sjuganow-KP (in Einklang mit der Bevölkerungsmehrheit insgesamt) strikt abgelehnte gewaltsame Konfrontation hinauslaufen und wäre angesichts der bereits erfolgten weitreichenden Umschichtungen des Eigentums sowie der wachsenden Eigenständigkeit der Regionen gegenüber der Moskauer Zentrale wahrscheinlich überhaupt aussichtslos. Im Grunde will die KPRF nur solche Wirtschaftsbereiche in staatlicher Regie halten oder renationalisieren, die für das Land strategische Bedeutung haben: Schlüsselindustrien insbesondere im Rüstungs- und Luftfahrtsektor, Rohstoffe und Energie, Transport- und Kommunikationswesen. Das würde aus sich heraus kein Zurück zur administrativen Planwirtschaft zur Folge haben, sondern eher auf ein stark staatlich reguliertes Wirtschaftssystem hinauslaufen, wie es russischen Traditionen entspricht und auch von den Zentristen um Tschernomyrdin angestrebt wird.

Problematischer für die Stabilität in Rußland wäre eine Realisierung der in den Wahlprogrammen der KPRF anvisierten ökonomisch-sozialen Dringlichkeitsprogramme. Danach sollen umfangreiche Kredite, Subventionen und Finanzhilfen für die notleidenden Zweige der nationalen Industrie, für den Militär-Industrie-Komplex und den de facto noch immer weitgehend kollektiv organisierten Agrar-Industriesektor bereitgestellt sowie die Mittel für Mindestlöhne, Renten, Gesundheit, Bildung und sonstige Sozialleistungen drastisch erhöht wer-

⁶¹⁵ Vgl. hierzu den instruktiven Beitrag von Shevtsova, L.: Dilemmas of Post-Communist Russia, in: Security Dialogue, London, Nr. 1/1997, S. 83-96.

⁶¹⁶ In ähnliche Richtung argumentiert Ju. S.: Parallel'nye miry, in: Literaturnaja gazeta, Moskau, Nr. 16, 23.4.1997, S. 1.

⁶¹⁷ Das Wirtschaftsprogramm des Präsidentschaftskandidaten Sjuganow in: Nezavisimaja gazeta, 22.5.1996. Vgl. hierzu auch Derjabina, M.: Präsidentschaftswahlen in Rußland: Das Wirtschaftsprogramm der Kommunistischen Partei, Aktuelle Analysen des Bundesinstituts, Nr. 34/1996.

den. Zusätzlich sollen auch die Streitkräfte alles erhalten, was nach Ansicht der Kommunisten für die Sicherheit des Landes notwendig ist. Da sich in einem solchen Super-Keynes-Programm die aufgeblähten Staatsausgaben kaum inflationsneutral finanzieren ließen, würde eine solche Rückkehr zur Verteilungswirtschaft aller Voraussicht nach den Rubel ruinieren und einen Inflationsschub auslösen, der in seinen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen nur schwer kontrollierbar wäre. Die Parteiführung stünde vor dem Dilemma, entweder die negative Dynamik durch immer neue Ausgabenprogramme abzumildern (was die Probleme aber eher noch weiter verschärfen würde) oder mittels eines umfassenden Austerity-Programms das Budget wieder ins Lot zu bringen und die Wirtschaft zu sanieren (was zu sozialen Revolten führen sowie die KPRF erheblichen Konsens kosten und sie womöglich sogar spalten würde). Da beide Perspektiven der Parteiführung wenig verlockend erscheinen, zieht sie es ganz offensichtlich vor, die Verantwortung aus starken Positionen in einer Großen Koalition mit zentristischen Formationen zu teilen.

5. Die internationale Dimension

Auch auf internationalem Felde bildet sich ein lagerübergreifender Grundkonsens zwischen der KPRF und der Jelzin-Regierung heraus, allerdings – insbesondere im Hinblick auf Charakter und Perspektiven der GUS-Integration – mit unterschiedlichen Akzentsetzungen.⁶¹⁸

Für die KPRF (und die anderen Komponenten der "Nationalpatrioten" linker und rechter Couleur) hat die Reintegration der GUS-Länder um Rußland herum höchste Priorität. So sprach Sjuganow auf dem Parteitag verächtlich von der "Belowesher Staatlichkeit Rußlands", die aus der Zerschlagung der Sowjetunion hervorgegangen sei – einer Sowjetunion, die historisch und kulturell in Großrußland ihre Wurzeln habe.⁶¹⁹ Folgerichtig rief er auf zur – gewaltlosen und freiwilligen – Restauration der "historischen Staatlichkeit Rußland" und zur "Wiedervereinigung der Völker des großen eurasischen Raums". Neben vielen anderen Gründen wurzelt der Vorrang für die GUS in der Vorstellung, Rußland könne seiner Großmachtrolle als Stabilisator des eurasischen Raums nur bei enger Anbindung und Kontrolle der GUS-Staaten gerecht werden. Umgekehrt stellt eine weitere Desintegration der GUS aus dieser Perspektive eine erstrangige Bedrohung für die innere Stabilität und die territoriale Integrität des Landes dar: Konflikte in dieser Region würden negativ nach Rußland hineinwirken, tatsächliche Unabhängigkeit von GUS-Ländern würde den wirtschaftlichen und militärischen Einfluß der USA und einer Reihe interessierter Regionalmächte zu Lasten Rußlands stärken. Bei alledem denkt die KPRF ebenso wie das Jelzin-Lager jedoch nicht an die Bildung einer neuen Union gleichberechtigter Staaten mit supranationalen Organen und kollektiven Sanktionsinstrumenten zur Implementierung gemeinsamer Beschlüsse: Eine solche Lösung, die z.B. dem belarussischen Präsidenten Lukaschenko vorschwebt⁶²⁰, ist für Moskau unannehmbar, denn sie würde eine Begrenzung der nationalen Souveränität implizieren. Statt dessen ist es in den Augen der russischen Eliten Aufgabe Moskaus, die Staaten des "nahen Auslands" um sich

⁶¹⁸ Vgl. hierzu Alexandrova, O.: Der außenpolitische Konsens in Rußland, Aktuelle Analysen des Bundesinstituts, Nr. 17/1997.

⁶¹⁹ Belovež skaja Pušëa bezeichnet die Gegend im Westen Weißrußlands, in der die Präsidenten Jelzin, Kravëuk (Ukraine) und Šuškeviè (Belarus) im Dezember 1991 die Auflösung der Sowjetunion beschlossen. Zur KPRF-Integrationskonzeption allgemein vgl. den Beitrag des KP-nahen früheren GUS-Ministers Tuleev: Novyj Sojuz – vo blago Rossii, in: Dialog, Nr. 6/1997, S. 33-38. Hierbei handelt es sich um seine Rede vor den ausländischen Gastdelegationen zum KPRF-Kongreß.

⁶²⁰ Die entsprechenden Vorstellungen Lukašenkos finden sich in: Nezavisimaja gazeta, 2.12.1997.

herum zu integrieren, nicht aber – unter Verzicht auf Teile der nationalen Souveränität – selbst integriert zu werden.

Bei allen Gemeinsamkeiten in der Integrationsrhetorik zeichnen sich im Hinblick auf das Verhältnis Rußland–GUS gleichwohl nicht unerhebliche Unterschiede zwischen Regierung und Opposition ab – womöglich am einschneidendsten überhaupt in den Außenbeziehungen. Zwar bekundete auch das Jelzin-Lager die Absicht zu einer beschleunigten Integration "mit verschiedenen Geschwindigkeiten" und suchte sie durch Konstituierung zunächst des Viererbundes mit Belarus, Kasachstan und Kirgisistan vom März 1996 sowie kurz darauf der Zweiergemeinschaft mit Belarus voranzutreiben (April 1996, zur "Union" vertieft im Mai 1997). Anders als die Opposition denkt die Jelzin-Exekutive dabei jedoch nicht an eine staatliche Vereinigung mit dem Ziel einer Wiederherstellung der Sowjetunion, sondern an einen hegemonial strukturierten Bi- und Multilateralismus im GUS-Bereich um Rußland herum und nach russischen Regeln. Diese Politik beläßt den Partnern die Verantwortung für die Innen- und Wirtschaftspolitik ebenso wie die formalen Attribute staatlicher Unabhängigkeit. Destabilisierungsmaßnahmen zur Disziplinierung unbotmäßiger Partner werden nur dort ergriffen, wo der Konflikt beherrscht werden kann (Beispiel: Abchasien), nicht aber dort, wo dies nicht der Fall ist (Beispiel: Ukraine). Allerdings ist durchaus fraglich, ob die Rechnung Moskaus tatsächlich aufgeht. Gewiß sucht eine Reihe von GUS-Staaten heute in der Hoffnung auf wirtschaftliche Vergünstigungen ein nahes Verhältnis zu Rußland. Für einige von ihnen – z.B. für die Ukraine und Aserbaidschan – bildet enge Wirtschaftskooperation mit Rußland aber nur ein taktisches Instrument, um einen ökonomischen Kollaps zu vermeiden und die eigene Staatlichkeit zu festigen. Beides ist für sie in genauem Gegensatz zu den russischen Ambitionen Voraussetzung für ihr langfristig angelegtes Ziel, die alternativlose Abhängigkeit von Moskau abzubauen und durch Intensivierung der Beziehungen zu anderen Mitgliedern der internationalen Staatengemeinschaft auszubalancieren.

Für die KPRF dagegen ist die Herausbildung einer neuen Union mit dem Ziel der schließlichen Wiedervereinigung unvermeidlich, hat der Prozeß in diese Richtung bereits eingesetzt. Dazu bemerkte – im Hinblick auf das größte Problem, die Ukraine – Parteivize Kupzow: "Wir lebten über 300 Jahre in einem einheitlichen Staat und haben dabei (gemeinsame) Regierungssysteme, Kommunikationsmechanismen, Kultur, Ethnos, Nation entwickelt. Ich habe einen Ukrainer niemals als einen Ukrainer angesehen, sondern habe ihn stets als denselben wie mich betrachtet. Daher ist eine Union objektiv im Entstehen begriffen. Sie wird verschiedene Stufen durchlaufen. Zunächst wird es sich wahrscheinlich um eine Wirtschaftsunion handeln, danach wird sie die Probleme einer Militärunion lösen. Eine politische Union wird etwas später entstehen. Welches werden die Initiatoren sein? Natürlich das Volk, nicht die Regierenden oder die Eliten. Die heutigen Machthaber hier und dort sind dazu weder bereit noch in der Lage."⁶²¹

Aus einer solchen Mentalität heraus sucht die KPRF mit einem breitgefächerten Instrumentarium von Einwirkungsmaßnahmen vorrangig im slawischsprachigen GUS-Raum die Integration bis hin zur staatlichen Vereinigung zu forcieren. Darauf verweist die Resolution der KP-dominierten Staatsduma vom März 1996, in der der Beschluß zur Auflösung der UdSSR vom Dezember 1991 annulliert und das unionsweite Referendum vom März 1991, in dem sich 76 Prozent der Abstimmenden für den Erhalt einer erneuerten Sowjetunion ausgesprochen hatten, zum zentralen Bezugspunkt für die GUS-Strategie in Rußland erklärt wurde. Zwar betont die KP-Führung in ihren Dokumenten ausdrücklich, daß die Wiedervereinigung auf freiwilli-

⁶²¹ Zitiert in dem Kupcov-Porträt von Simonsen, S.G.: Still Favoring the Power of the Workers, in: Transitions, a.a.O., S. 52-56, hier S. 53.

ger Basis und unter Berücksichtigung des Bevölkerungswillens geschehen soll. Die heftigen Proteste führender Politiker aus den meisten GUS-Ländern gegen die Dumaresolution unterstreichen jedoch, daß diesen Absichtsbekundungen wenig Glauben geschenkt und überhaupt eine Integrationslinie mit dem Ziel einer staatlichen Vereinigung strikt abgelehnt wird. Sollte eine KP-geführte Exekutive dennoch versuchen, ihre Maximal-Strategie in die Wirklichkeit umzusetzen, so könnte dies zu erheblichen Turbulenzen in GUS-Staaten und zu scharfen Konflikten mit dem Westen führen. Ganz offensichtlich unterschätzt die KP die Widerstandspotentiale in dieser Region und bezieht in Überschätzung der russischen materiellen und Machthebel die Kontrollierbarkeit von Destabilisierung nur unzureichend in das eigene Kalkül ein.

Angesichts der selbstgestellten Hauptaufgabe der Integration der GUS-Staaten um Rußland herum rückt bei der KPRF die Beschäftigung mit dem "Fernen Ausland" stark in den Hintergrund.⁶²² Rußland sei "eine besondere Welt, eine besondere Kultur", heißt es in Sjuganows Parteitagbericht, und alle historischen Versuche, dem Land das "lateinische, schwedische oder preußische Modell" aufzuzwingen, seien gescheitert. Heute bemühe sich der Westen, mit Hilfe einer fünften Kolonne in Moskau den Kapitalismus in Rußland zu restaurieren und dem Land in kolonialem Stil den Status eines bloßen Rohstoff- und Energielieferanten zuzuweisen. Darüber hinaus wolle er um Rußland herum einen "Cordon sanitaire" legen, um zu verhindern, daß das Land seinen traditionellen Einfluß auf das Weltgeschehen zurückgewinnt.

Diese traditionelle, aus ideologischen Kategorien abgeleitete Feindsicht vermittelt jedoch nicht das ganze Bild. Analog zur Innen- und Wirtschaftspolitik fügen sich auch die westpolitischen Konzeptionen der KPRF in den erwähnten Grundkonsens unter den politischen Eliten Rußlands, wie er von Außenminister Primakow verkörpert wird. Dazu gehört die Betonung der Notwendigkeit, die eigenständige Rolle Rußlands durch Diversifizierung seiner internationalen Beziehungen, durch eine Politik "tous azimuts" (Primakow) zu unterstreichen. In ihrem Kern zielt diese Linie vorrangig auf den Abschluß strategischer Partnerschaften mit China, Indien und weiteren Mächten im asiatisch-pazifischen und nahöstlichen Raum. Damit soll demonstriert werden: Rußland ist bereit und in der Lage, globalen Hegemonieambitionen der USA durch enge Beziehungen zu anderen Machtzentren wirksam entgegenzutreten, nachdem sich der Anspruch Moskaus auf strategische Parität mit Washington nicht aufrechterhalten läßt.

Solche strategischen Partnerschaften bedeuten aus der Sicht der KPRF-Führung jedoch keine vorbehaltlose Gegnerschaft zum Westen: Auf dem IV. Parteitag verband Sjuganow seine ideologischen Diatriben antiwestlicher Stoßrichtung mit dem pragmatischem Angebot "an die USA und den Westen insgesamt", auf der Grundlage von Gleichberechtigung und Interessenausgleich partnerschaftliche Beziehungen zu entwickeln – vorausgesetzt, der Westen respektiert den Großmachtstatus Rußlands sowie die Absicht des Landes, nach eigenen Bedingungen und Traditionen zu leben. Daß dies nicht nur leere Worte sind, unterstreicht ein bemerkenswerter Vorgang: Im Dezember 1996 stimmte die KPRF-Fraktion der Staatsduma dem umfassenden und perspektivreichen Partnerschafts- und Kooperationsvertrag Rußland-EU zu und gab damit zu erkennen, daß die Sjuganow-Partei an engen politischen und wirtschaftli-

⁶²² Bezeichnenderweise gibt es bis heute keinen wirklichen außenpolitischen Profi unter den führenden Politikern der KPRF und daher – läßt man Sjuganows stark ideologisierte Schriften einmal beiseite – auch keine umfassende Darstellung ihrer außenpolitischen Positionen. Eine der wenigen Ausnahmen bildet die KPRF-"Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation" vom April 1996. Auszüge finden sich in: Moscow News Confidential, 17.4.1996, S. 4-6.

chen Beziehungen zur Europäischen Union interessiert ist.⁶²³ Voraussichtlich wird die KPRF daher auch in Zukunft bei aller Konfliktbereitschaft (etwa über den Komplex "Erweiterung der NATO") darauf bedacht sein, kooperative Beziehungen zum Westen zu pflegen und Situationen offener Konfrontation und Abschottung möglichst zu vermeiden. Denn angesichts der wirtschaftlichen Interdependenzen mit Europa würde ein Kurs ungebremster Konfrontation in Rußland selbst auf harten Widerstand stoßen und das Land wirtschaftlich ruinieren – weit über 50 Prozent seines Handels wickelt Rußland mit der EU und deren Beitrittskandidaten ab, und ebenfalls 50 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen in Rußland stammen aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Beteiligt ist hieran auch eine Reihe russischer – einschließlich KP-administrierter – Regionen (insgesamt haben z.B. 15 Subjekte der Russischen Föderation Kooperationsabkommen mit 14 deutschen Bundesländern abgeschlossen). Sie würden ein Zurück zu konfrontativen Verhaltensmustern kaum widerspruchslos hinnehmen.

Vor diesem Hintergrund liegt es aus der Sicht der KPRF (als Teil des Grundkonsenses unter den russische Eliten) durchaus im Interesse Rußlands, den von gemeinsamen europäischen Normen, Standards und Werten geprägten internationalen Organisationen beizutreten bzw. enge Vertragsbeziehungen mit ihnen einzugehen (OSZE, Europarat, Europäische Union). Allerdings darf die multilaterale Kooperation nicht auf eine internationale Abhängigkeit Rußlands und eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes hinauslaufen. Denn aus KPRF-Sicht widerspricht es den Interessen Rußlands als eigenständiger Großmacht, die Beziehungen zum Westen im Sinne wachsender Interdependenzen oder gar einer strategischen Partnerschaft allzu eng zu gestalten, heißt es, denn dies laufe letztlich auf eine Abhängigkeit Rußlands vom Westen hinaus. Das aber will die KPRF unter allen Umständen vermeiden, zumal sich bei ihr der Eindruck festgesetzt hat: Der Westen ist eher an einer Schwächung des Landes interessiert und hat dies durch fehlgeleitete Wirtschaftsförderung, aber auch durch seinen Widerstand gegen die objektiven Prozesse der GUS-Integration hinreichend demonstriert. So gesehen stehen Rußland und der Westen in politischer Konkurrenz um Macht- und Einflußzonen – einem von "Nullsummen"-Denken geprägten Wettbewerb, der zwischen Konflikt und Kooperation oszilliert und in dem der Westen als Partner und Widerpart zugleich fungiert.

Über das Verhältnis zu den Staaten der GUS und dem traditionellen Ausland hinaus haben die internationalen Beziehungen der KPRF aber noch eine dritte, aus KPdSU-Zeiten überkommene Dimension: die Zusammenarbeit mit den kommunistischen Parteien in aller Welt. Diese Tradition manifestierte sich auf dem Treffen der KP-Führung mit den Repräsentanten der insgesamt 82 Auslandsdelegationen im Anschluß an den IV. Parteitag vom April 1997.

Die jeweilige Zahl und das Gewicht der anwesenden kommunistischen Parteien aus allen Erdteilen gaben zugleich wichtige Hinweise auf die internationalen Prioritäten der KPRF.⁶²⁴ Auffallend massiv war die Präsenz der Bruderparteien aus sämtlichen Ländern der GUS, deren Reihen bemerkenswerterweise zusätzlich durch Vertreter kommunistischer Parteien aus Abchasien, Südossetien und Transnistrien angereichert wurden. Den zweitgrößten Block bildeten die kommunistischen Parteien aus Asien (einschließlich Nahost): die mit starken Delegationen vertretenen regierenden Parteien aus China, Vietnam und Nordkorea sowie die nichtregierenden Parteien aus Indien, Afghanistan, Irak, Iran, Kurdistan(!), Syrien, Libanon, Palästina, Israel, Jordanien usw. Aus Ostmittel- und Südosteuropa hatten sich eine Reihe

⁶²³ Vgl. dazu detailliert meinen Beitrag: Die Europäische Union und Rußland – Dimensionen und Perspektiven der Partnerschaft, in: *Integration*, Bonn, Nr. 4/1996, S. 195-207.

⁶²⁴ Die genaue Auflistung der teilnehmenden Parteien findet sich in: *Kommunist*, Nr. 4/1997, S. 96-102.

kommunistischer Parteien (u.a. baltische Staaten, Tschechien, Slowakei, BR Jugoslawien) sowie linkssozialistisch-kommunistische Randgruppen eingefunden, nicht aber die zur Sozialdemokratie mutierten ehemaligen Kommunistischen Parteien beispielsweise aus Polen, Litauen und Ungarn. Die meisten Länder Westeuropas waren durch ihre Kommunistischen Parteien vertreten, ferner durch eine Reihe linkssozialistischer Formationen (Beispiel: PDS) und durch zwei Beobachterdelegationen der Sozialistischen Internationale (SPD, PASOK Griechenlands).

Im Mittelpunkt des Treffens – von der KPRF herabstufend als schlichter "Meinungsaustausch" charakterisiert – stand ein Auftritt von GUS-Minister Tulejew (und nicht die einleitenden Worte der drei Führungsfiguren Sjuganow, Kupzow und Melnikow). Die Ursache für diese Prioritätensetzung liegt ganz offensichtlich darin, daß für die KPRF die Re-Integration der GUS-Staaten sowie die Zusammenarbeit ihrer kommunistischen Parteien die höchste Form des Internationalismus bilden. So sahen es auch die Bruderparteien der Region: Analog zur stark integrationsbezogenen Kongreßrede des ukrainischen KP-Chefs Simonenko legten sie den Schwerpunkt ihrer Beiträge auf das Streben nach Wiederherstellung der Union, wobei sie die Pionierrolle der KPRF gebührend hervorhoben.⁶²⁵

Eine Reihe westlicher kommunistischer Parteien dagegen war keineswegs damit einverstanden, daß sich der moderne Internationalismus in der Solidarität mit den Vorkämpfern der GUS-Integration erschöpfen sollte. Vielmehr drängten sie die KPRF dazu, als große Partei der internationalen Arbeiterbewegung wieder einen Bezugspunkt für die kommunistischen Parteien zu bilden, wie früher Kommunistenkonferenzen mit dem Ziel der Ausarbeitung gemeinsamer Aktionen zu organisieren, ein Informationsorgan für die kommunistische Bewegung zu gründen (KP Finnlands, Ungarische AP, KP Chiles u.a.). Die KPRF hatte Mühe, derlei Anregungen abzuwehren: Als volkspatriotische Partei russischer Prägung hegt sie starke Vorbehalte gegen den traditionellen Internationalismus der Kommunisten. Für Führungsfiguren wie Sjuganow stellt er im Grunde nur eine andere Variante westlicher Bestrebungen dar, den spezifischen Zivilisationstyp Rußland den zersetzenden Einflüssen der westlichen Welt auszusetzen. Jedenfalls erteilt der KPRF-Vorsitzende in seinen Schriften dem "Moloch Weltrevolution" eine klare Absage: Er hält den sowjetischen Führern nach Stalin vor, die Kräfte des Landes vollkommen überschätzt und damit zu seinem Untergang beigetragen zu haben, "in der Jagd nach der Fata Morgana einer globalen Führung in der Welt, die dem Wesen und Geist der rußländischen geopolitischen Tradition vollständig fremd ist".⁶²⁶

So mußten sich die westlichen Parteien mit der Auskunft zufriedengeben, daß sich die KPRF zwar an kollektiven Initiativen der Bruderparteien beteiligen werde. Von der zukünftigen Organisation oder Koordination internationalistischer Aktivitäten durch die KPRF war jedoch nicht die Rede. Ihre Enttäuschung teilen sie mit den stalinistischen Nostalgikern in der KPRF, die bereits zuvor scharfe Kritik an Sjuganows – von Huntington beeinflusster – Einschätzung geübt hatten, wonach "weniger die Beziehungen zwischen den Klassen als die Beziehungen zwischen den Zivilisationen" die globalen Konflikte determinieren. Damit vergesse der Parteichef völlig die Prinzipien der internationalen Solidarität der Werktätigen und der Völker und mißachte die zentrale Lehre Lenins von der dialektischen Einheit zwischen Nationalstolz und Internationalismus. Selbst der Begriff "Internationalismus" wurde bei Sjuganow nur in negativem Sinn verwandt, nämlich als Kennzeichen einer Haltung, "die die jahrhundertalten

⁶²⁵ Die Reden der Parteiführer auf dem Kommunistentreffen wurden – mit Ausnahme des Tuleev-Vortrags (vgl. Anm. 39) – nicht publiziert; der Verfasser stützt sich auf eigene Aufzeichnungen.

⁶²⁶ Sjuganow, G.: *Za gorizontom*, Moskau 1995, S. 49. Vgl. hierzu auch Simon, G.: Gennadij Sjuganow: Das politische Weltbild des Präsidentschaftskandidaten, *Aktuelle Analysen des Bundesinstituts*, Nr. 15/1996.

Besonderheiten und die nationalen Interessen dem Moloch 'Weltrevolution' opfere".⁶²⁷ Das Weltbild des Nationalpatrioten Sjuganow und die Polemik seiner marxistisch-leninistischen Kritiker sind eindrucksvolle Beispiele für Wandel und Spannbreite der KPRF.

6. Fazit und Ausblick

Paradoxerweise sind es die Widersprüche, die die KPRF in der Balance halten – ganz ähnlich wie in Rußland insgesamt.⁶²⁸ Denn tatsächlich koexistieren in der Partei Nationalpatrioten und Slawophile mit Sowjettraditionalisten, marxistischen Modernisierern und pragmatischen Reformern. Die amorphe Programmatik und die Symbolfigur Lenin wirken zwar einerseits als Bindemittel zwischen den divergierenden Strömungen – jede unter ihnen findet dort solche Aussagen, die in das eigene Weltbild hineinpassen. Insofern ist die KPRF stabiler, als es von außen aussehen mag. Andererseits aber führt diese spezifische Form von Stabilität zu Stillstand und Stagnation: Die Flügel halten sich wechselseitig in Schach, den Anhängern eines "modernen Sozialismus" gelingt kein Durchbruch, wie die Absage der angekündigten Diskussion um eine Programmerneuerung eindrucksvoll demonstriert.

Vor diesem Hintergrund wird die KPRF auch dann, wenn sie stärker an der Regierung beteiligt werden sollte, keine Rückkehr zum Sowjetsystem betreiben. Sie hat politischen Pluralismus und gemischtwirtschaftliches System inzwischen prinzipiell akzeptiert, und sie weiß: Der Versuch einer Restauration könnte zu Gewalt, Bürgerkrieg und möglicherweise zum Zerfall Rußlands führen. Das heißt jedoch nicht, daß sich die KPRF nach dem Beispiel vieler ehemaliger kommunistischen Parteien Ostmitteleuropas in ihrer Gesamtheit mittelfristig "sozialdemokratisieren" wird.

Sofern die KPRF längerfristig überhaupt zusammenhält, wird sie sich als linksnationale Partei spezifisch russischen Typs weiterentwickeln, in der politische und wirtschaftliche Freiheit kollektiv gebunden sind, Gerechtigkeit als Gleichheit interpretiert wird und Solidarität jenen Kräften gilt, die zur Renaissance des russischen Imperiums beitragen. So steht die KP Sjuganows viel stärker in der Tradition ihrer Vorgängerin als die Ex-KPen Ostmitteleuropas, die sich inzwischen in ihrer Mehrheit glaubhaft zu Sozialdemokraten gewandelt haben und auf verschiedene Weise an die Sozialistische Internationale angebunden wurden. In Ostmitteleuropa war es der demokratische Sozialismus, der über den klassischen Marxismus-Leninismus triumphierte, in Rußland dagegen zu ganz wesentlichen Teilen der großrussische Nationalismus.

⁶²⁷ Lopata: a.a.O., S. 19 f. Die Zitate beziehen sich auf das Sjuganow-Buch *Rossija – Rodina Maja*, a.a.O., S. 53 bzw. S. 232 f..

⁶²⁸ Vgl. hierzu Shevtsova, L.: *Dilemmas of Post-Communist Russia*, a.a.O..

Autorenverzeichnis

Bingen, Dr. Dieter

Direktor des Deutschen Polen-Instituts, Darmstadt

Hauszmann, Dr. Janos

Geschäftsführender Herausgeber der ETHNOS – NATION, Köln

Hirscher, Dr. Gerhard

Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, München

Luchterhandt, Dr. Galina

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Mark, Dr. Rudolf A.

OST-AKADEMIE e.V.

Institut für Ost-West-Fragen an der Universität Lüneburg

Redaktion Deutsche Studien

Oschlies, Prof. Dr. Wolf

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Tauber, Dr. Joachim

Institut für Nordostdeutsches Kulturwerk, Lüneburg

Timmermann, Dr. Heinz

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Verantwortlich:

Dr. Reinhard C. Meier-Walser
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen
der Hanns-Seidel-Stiftung

Herausgeber:

Dr. Gerhard Hirscher
Referent für Grundsatzfragen der Politik
in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen

"Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen"

bisher erschienen:

- | | | |
|-----|----|--|
| Nr. | 1 | Berufsvorbereitende Programme für Studierende an deutschen Universitäten (vergriffen) |
| Nr. | 2 | Zukunft sichern: Teilhabegesellschaft durch Vermögensbildung |
| Nr. | 3 | Start in die Zukunft - Das Future-Board (vergriffen) |
| Nr. | 4 | Die Bundeswehr |
| Nr. | 5 | "Stille Allianz"? Die deutsch-britischen Beziehungen im neuen Europa |
| Nr. | 6 | Neue Herausforderungen für die Sicherheit Europas |
| Nr. | 7 | Aspekte der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union |
| Nr. | 8 | Möglichkeiten und Wege der Zusammenarbeit der Museen in Mittel- und Osteuropa |
| Nr. | 9 | Sicherheit in Zentral- und Südasien - Determinanten eines Krisenherdes |
| Nr. | 10 | Die gestaltende Rolle der Frau im 21. Jahrhundert |
| Nr. | 11 | Griechenland: Politik und Perspektiven |
| Nr. | 12 | Russland und der Westen |
| Nr. | 13 | Die neue Familie: Familienleitbilder - Familienrealitäten |
| Nr. | 14 | Kommunistische und postkommunistische Parteien in Osteuropa
Ausgewählte Fallstudien |

in Vorbereitung:

Doppelqualifikation: Berufsausbildung und Studienberechtigung Leistungsfähige in der beruflichen Erstausbildung

Qualitätssicherung im Bildungswesen

Besser Justiz durch dreigliedrigen Justizaufbau?